

**Die empirische Bestätigung der
Ludwig von Mises-These
der Unmöglichkeit einer Wirtschaftsrechnung
in den Betrieben der güterwirtschaftlich gelenkten
sozialistischen Zentralplanwirtschaft der SBZ/ DDR
(1945 – 1990)**

Inaugural-Dissertation
in der Fakultät Geistes- und Kulturwissenschaften
der Otto-Friedrich-Universität Bamberg

vorgelegt von
Horst Hartte

aus
Essen

I n h a l t s v e r z e i c h n i s

Danksagung.....	13
Einleitung und forschungsleitende Hypothesen	15
Vorbemerkungen zu den ökonomischen Begriffen und den „ökonomischen Gesetzen“ des Sozialismus in der güterwirtschaftlich gelenkten sozialistischen Zentralplanwirtschaft der DDR	22
1. Der Inhalt ökonomischer Begriffe.....	22
2. „Ökonomische Gesetze“ des Sozialismus und die Logik der Willkür.....	35
2.1 Lenin (1870-1924) als theorieloser wirtschaftsordnungspolitischer Experimentator	35
2.2 Josef W. Stalin (1879-1953) erfindet die phantastischen „ökonomischen Gesetze des Sozialismus“ (1951).....	38
2.3 Charakter und Folgen der Nichtexistenz der „ökonomischen Gesetze des Sozialismus“: Voluntarismus, Subjektivismus	44
I. DIE MISES-THESE ÜBER DIE UNMÖGLICHKEIT EINER WIRTSCHAFTSRECHNUNG IN DEN BETRIEBEN DER GÜTERWIRTSCHAFTLICH GELENKTEN SOZIALISTISCHEN ZENTRALPLANWIRTSCHAFT	51
1. Die Wirtschaftsrechnung der Wirtschaftssubjekte – Die theoretischen Ansätze von Ludwig von Mises: Carl Mengers „Grundsätze der Volkswirtschaftslehre“ (1871).....	51
2. Die Wirtschaftsrechnung in den modernen arbeitsteiligen Volkswirtschaften.....	54
2.1 In marktwirtschaftlichen Systemen	54
2.2 In Systemen der güterwirtschaftlich gelenkten sozialistischen Zentralplanwirtschaft	63
3. Ludwig von Mises theoretische Analyse, daß eine Wirtschaftsrechnung im Sozialismus unmöglich ist.....	66

4.	Ideologien und reale Erkenntnisobjekte als Grundlage für die These von Ludwig von Mises	73
4.1	Die Ideologie des Sozialismus bis 1914/18	74
4.1.1	Kommunismus, Marxismus, Sozialdemokratie und Revisionismus bis 1914 und die Abspaltung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) von der SPD	74
4.1.2	Die wissenschaftliche Kritik am sozialistischen Zukunftsstaat	83
4.2	Die realen Erkenntnisobjekte	86
4.2.1	Die Folgen der Kriegswirtschaft des Ersten Weltkrieges (1914-1918)	86
4.2.2	Experimente der Wirtschaftspolitik	92
4.2.2.1	Rußland	93
4.2.2.2	Ungarn	96
4.2.2.3	Deutschland	98
4.2.2.4	Österreich	100
4.3	Der „Fünfjahresplan des sozialistischen Aufbaus der UdSSR“ 1928/29 bis 1932/33 - Modell für die SBZ /DDR	101
4.3.1	Die wirtschaftsordnungspolitischen Experimente in der Sowjetunion 1917-1927	101
4.3.2	Der Stand der ökonomischen Theorie in Rußland 1928	102
4.3.3	Boris Brutzkus Analyse des „Fünfjahresplanes des sozialistischen Aufbaus der UdSSR“ 1928/29 bis 1932/33	107
5.	Die Debatte um die Wirtschaftsrechnung im Sozialismus	116
II.	DIE WEGE DER BEIDEN DEUTSCHEN TEILSTAATEN NACH DER KAPITULATION AM 7./9. MAI 1945 UND BEFREIUNG VON DER NATIONALSOZIALISTISCHEN DIKTATUR	130
1.	Die Staats- und Rechtsordnung	130
1.1	Die Bedeutung und Ausgangssituation bei der Staats- und Rechtsordnung als übergeordneter Rahmen für die Gestaltung der Wirtschaftssysteme	130
1.2	Die Entwicklung der beiden deutschen Teilstaaten	130

1.2.1	Staatsform.....	132
1.2.2	Rechtsstaat.....	133
1.2.3	Gewaltenteilung.....	135
1.2.4	Verwaltungsgerichtsbarkeit.....	136
1.3	Merkmale der neu geschaffenen Staats- und Rechtsordnung in der SBZ/DDR.....	139
2.	Die Wirtschaftssysteme.....	147
2.1	Das deutsche Wirtschaftschaos (1945-1948) – Diagnose und Therapie von Walter Eucken.....	147
2.2	In den Westzonen zur Sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland.....	153
2.2.1	1948: Von der güterwirtschaftlich gelenkten nationalsozialistischen Wirtschaft zur Währungsreform und Sozialen Marktwirtschaft	153
2.2.2	Die DM-Eröffnungsbilanzen der Unternehmen zum 21. Juni 1948	159
2.3	In der sowjetisch besetzten Zone: Installierung der güterwirtschaftlich gelenkten sozialistischen Zentralplanwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik	162
2.3.1	Die Errichtung einer „antifaschistisch-demokratischen Ordnung“ als Grundlage für die SED-Herrschaft.....	162
2.3.2	Die wirtschaftliche Ausgangssituation nach dem zweiten Weltkrieg in der SBZ/DDR.....	170
2.3.3	Befehle der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) schaffen die Voraussetzungen für eine güterwirtschaftlich gelenkte sozialistische Zentralplanwirtschaft nach sowjetischem Vorbild.....	173
2.3.3.1	Erste Etappe: Enteignung der Banken, privater Betriebe und Überführung in Volkseigentum.....	175
2.3.3.1.1	Bankenschließungen am 28. April 1945 durch den russischen Stadtkommandanten von Berlin und die Kontenenteignungen gemäß SMAD-Befehl Nr. 01 vom 23. Juli 1945	175
2.3.3.1.2	Die Konfiskation von privaten Unternehmen und Überführung in Volkseigentum.....	177
2.3.3.2	Zweite Etappe: 1948/49 Aufbau einer zentralisierten Industrieverwaltung.....	183

2.3.3.3	Dritte Etappe: Auflösung der DWK nach Gründung der DDR	185
2.3.3.4	Vierte Etappe: Erster Fünfjahrplan ab Anfang 1951	185
2.3.4	Folgewirkungen der Enteignungen: Abwanderung von Unternehmen aus der SBZ/DDR nach Westdeutschland	186
2.4	Binnenwährungsumtausch in der SBZ im Juni/ Juli 1948 und die Bilanzkontinuität im Rechnungswesen der Betriebe.....	189
III.	EMPIRISCHE ÜBERPRÜFUNG DER MISES-THESE DER UNMÖGLICHKEIT EINER WIRTSCHAFTSRECHNUNG IN DER GÜTERWIRTSCHAFTLICH GELENKTEN SOZIALISTISCHEN ZENTRALPLANWIRTSCHAFT DER SBZ/ DDR.....	194
1.	Geld in der güterwirtschaftlich gelenkten sozialistischen Zentralplanwirtschaft – Geld ohne Geldfunktionen.....	194
2.	Logik der Willkür in der güterwirtschaftlich gelenkten sozialistischen Zentralplanwirtschaft der DDR: willkürliche Löhne, fiktive Kosten, willkürliche Preise	198
2.1	Willkürliche Löhne.....	198
2.2	Fiktive Kosten	204
2.3	Willkürliche Preise	209
3.	Innovation und willkürliche Investitionen.....	216
3.1	Innovation im System der sozialistischen Zentralplanwirtschaft	217
3.2	Investitionen im System der sozialistischen Zentralplanwirtschaft	221
3.2.1	Begriff der Investition	221
3.2.2	Die Investitionsplanung.....	223
3.2.3	Willkürliche Investitionen.....	228
3.2.4	Zwangsläufige Investitionen im Energiebereich	236
4.	Das zentralistische Planungssystem	240
4.1	Die zielsetzenden Instanzen	240
4.2	Die Planungshierarchie	240

4.3	Der Plan als Gesetz.....	242
4.4	Die Staatliche Plankommission	245
4.5	Die rechtliche Ausgestaltung der Planung	246
4.6	Die zentralistische Bilanzierung von Aufkommen und Verwendung	247
4.7	Das „Einheitliche System von Rechnungsführung und Statistik“	249
4.8	Die Koordinierung der Teilpläne und Einzelbilanzen.....	250
5.	Die Pläne auf der Ebene der Kombinate und Volkseigenen Betriebe	257
5.1	Das „Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung“ als Wirtschaftsrechnung und ökonomische Zielsetzung der DDR- Betriebe.....	257
5.2	Die Pläne der Kombinate und Volkseigenen Betriebe	258
5.2.1	Die Planteile und Planvorgaben der Kombinate und Volkseigenen Betriebe	259
5.2.2	Die Einwirkung der Rechtsordnung auf die Pläne der Kombinate und Volkseigenen Betriebe.....	266
6.	Das Rechnungswesen der Kombinate und Volkseigenen Betriebe	267
6.1	Aufgaben und Inhalt des Rechnungswesens	267
6.2	Die Einzelrechnungen in den Kombinat und Betrieben	268
6.3	Der Jahresgeschäftsbericht.....	269
6.4	Prüfung durch die Staatliche Finanzrevision.....	275
7.	Inhaltliche und zeitliche Bilanzkontinuität in den Betrieben der SBZ/DDR nach dem Binnenwährungsumtausch 1948.....	275
8.	Die Jahresabschlüsse (Bilanz- und Ergebnisrechnung) der Kombinate und Volkseigenen Betriebe der DDR	280
8.1	Verrechnete Anlagenabschreibungen und Abschreibungsquote	299
8.2	Beurteilung der bilanzierten Grundmittelwerte.....	302

8.3	Bilanzmäßige Eigenmittelausstattung und Fondskapitalrendite der Volkseigenen Betriebe und Kombinate der DDR	303
8.4	Die Umsatzrendite der Volkseigenen Betriebe der DDR nach deren Ergebnisrechnung.....	305
8.5	Zins- und Abgabenbelastung.....	306
8.6	Beurteilung der abgeleiteten Rendite-Kennziffern.....	309
9.	Empirische Überprüfung der Mises-These: Die Schlußbilanzen in Mark der DDR zum 30.6.1990 und DM-Eröffnungsbilanzen zum 1.7.1990.....	310
9.1	Die Notwendigkeit des D-Markbilanzgesetzes	310
9.2	Vergleich mit den Goldmarkbilanzen von 1924 und den DM-Eröffnungsbilanzen von 1948	313
9.3	Vergleichende Betrachtung zwischen der Schlußbilanz in Mark der DDR zum 30.6.1990 und der DM-Eröffnungsbilanz zum 1.7.1990	315
9.4	Auswertung der ersten hundert veröffentlichten DM-Eröffnungsbilanzen	334
9.5	Ergänzende Bestätigung durch die Gesamteröffnungsbilanz der Treuhandanstalt zum 1.7.1990 und deren Folgebilanzen bis zum 31.12.1994	335
10.	Das sozialistische Außenhandels- und Valutamonopol. Ein Außenhandel ohne Wirtschaftsrechnung	339
10.1	Das sozialistische Außenwirtschaftsmonopol.....	339
10.2	Naturaltausch im „Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW)	350
10.3	Die Zahlungsbilanz regiert. Zunehmende „Hans-im-Glück-Geschäfte“ im westlichen Außenhandel - Der Bereich „Kommerzielle Koordinierung“ (KoKo) unter Schalck-Golodkowski ab 1966-1989	354
11.	Die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ und der Offenbarungseid der SED-Führung 1989.....	360
	Schlußbetrachtung	371

1. Theorielosigkeit des Sozialismus und systemimmanente Defekte.....	371
1.1 Zum Informationsproblem zentraler Planung	372
1.2 Zum Leistungs- und Anreizsystem.....	373
1.3 Fehlende Innovationsdynamik und Investitionshemmnisse	374
1.4 Fazit: Systemimmanente Effizienzmängel	375
2. Empirische Bestätigung der Mises-Prognose – Der Untergang der DDR war ökonomisch determiniert	378
Verzeichnis der Anlagen	382
Abkürzungsverzeichnis.....	383
Literaturverzeichnis	398

Verzeichnis der Abbildungen im Text

Abbildung 1: Der Leistungs- und Güterumsatz „mittels“ Geld in einer Marktwirtschaft.....	59
Abbildung 2: Arbeitsstundengeldschein über zwei Stunden (1832).....	69
Abbildung 3: Merkmale der Staats- und Rechtsordnung.....	138
Abbildung 4: Desintegration und Zerstückelung der Wirtschaftsräume nach der Bildung von vier Besatzungszonen und Länder 1947	150
Abbildung 5: Modell einer dualistischen Wirtschaftsordnung in einer demokratischen Gesellschaft	158
Abbildung 6: Konfiskation des Privateigentums an Produktionsmitteln und Überführung in „Volkseigentum“ in der SBZ/DDR (1945-1950) sowie Verfügungsmacht.....	182
Abbildung 7: Ermittlung der Exportprämien.....	201
Abbildung 8: Gliederung der Kosten nach der gesellschaftlichen Akzeptanz	207
Abbildung 9: Bestandteile Industrieabgabepreis	211
Abbildung 10: Energiequellen für den Strom.....	237
Abbildung 11: Zweimal deutscher Energieverbrauch	238
Abbildung 12: Planungshierarchie.....	242
Abbildung 13: Strukturen der naturalen Planung	253
Abbildung 14: Planteile der Kombinate und Betriebe.....	260
Abbildung 15: Gestaltung des Haushaltsbuchs.....	264
Abbildung 16: Materielle Anerkennung bei Materialeinsparungen	265
Abbildung 17: Schema der sozialistischen Bilanz.....	282
Abbildung 18: Bilanz zum 31. Dezember 1988 des VEB Plastmaschinenwerk Schwerin nach Formblatt 069	285
Abbildung 19: Ergebnisrechnung 1988 des VEB Plastmaschinenwerk Schwerin lt. Formblatt 161	290
Abbildung 20: Nachweis über die Planerfüllung der Warenproduktion 1988 lt. Formblatt 161-1	296
Abbildung 21: Nachweis über die Selbstkostenentwicklung 1988 lt. Formblatt 161-2	298

Abbildung 22: Betriebsaufwand in Mark der DDR für 1 „VM“=1 DM Erlös aus NSW Export und Devisenertragskennziffer	346
Abbildung 23: Niedrigster und höchster Inlandsaufwand 1988 für eine Valutamark nach Wirtschaftszweigen	347
Abbildung 24: Die europäische Außenhandelsverflechtung 1938 und 1947 (Mio. US-\$).....	352
Abbildung 25: Bericht über Warenangebot 1984 im Objekt Wandlitz	359

Verzeichnis der Tabellen im Text

Tabelle 1:	Vergleichende Gegenüberstellung von Merkmalen der Wirtschaftssysteme	65
Tabelle 2:	Vergleich der durchschnittlichen monatlichen Brutto- und Nettolöhne in der Industrie (1988) – in Mark -	204
Tabelle 3:	„Gesellschaftlich nicht notwendige Aufwendungen“ des VEB Plastmaschinenwerk Schwerin lt. Nachweis Ergebnisrechnung 1988	208
Tabelle 4:	Erreichte Akkumulationsquote und Investitionsquote in der Volkswirtschaft der DDR, 1970 bis 1989.....	235
Tabelle 5:	Produktion von Rohbraunkohle	237
Tabelle 6:	Erdgasimporte aus der UdSSR	239
Tabelle 7:	Einsatz heimischer Braunkohle	239
Tabelle 8:	Leistungen für die Bevölkerung als gesellschaftliche Verpflichtung	270
Tabelle 9:	Erfüllung Staatsplan- und Finanzplanpositionen eines VEB 1989	271
Tabelle 10:	Einhaltung der Energieträgerkontingente	272
Tabelle 11:	Wirtschaftliche Gesamtrechnung eines VEB 1989	273
Tabelle 12:	Zusammenfassende Darstellung der Ergebnisrechnung 1988	292
Tabelle 13:	Ermittlung des "Ergebnis Export"	293
Tabelle 14:	Verwendung Nettogewinn für eigene Fonds	294
Tabelle 15:	Ermittlung Exporterlöse nach Formblatt 161-1	299
Tabelle 16:	Abschreibungsquote bei Volkseigenen Betrieben	300
Tabelle 17:	Vergleich Abschreibungssätze DDR-BRD.....	301
Tabelle 18:	Anteil Nettowert der Grundmittel (Sachanlagen) an der Bilanzsumme von Volkseigenen Betrieben.....	302
Tabelle 19:	Entwicklung Altersstruktur der Ausrüstungen 1977/1989	303
Tabelle 20:	Anteil der Eigenmittel (=Fonds) an der Bilanzsumme von Volkseigenen Betrieben.....	304
Tabelle 21:	Fondskapitalrendite bei Volkseigenen Betrieben	305
Tabelle 22:	Umsatzrendite bei Volkseigenen Betriebe.....	306

Tabelle 23:	Betriebsergebnis - Gewinn vor Steuern und Zinsen	307
Tabelle 24:	Ermittlung Produktionsfondsabgabe.....	308
Tabelle 25:	Zins- und Steuerbelastung in VEB	309
Tabelle 26:	Zins- und Steuerbelastung in westdeutschen Betrieben	309
Tabelle 27:	Vergleich DDR-Schlußbilanz mit DM- Eröffnungsbilanz für "Neutral"-GmbH.....	318
Tabelle 28:	Vergleich DDR-Schlußbilanz mit DM- Eröffnungsbilanz für I.S.T.C. (Tiefbaukombinat Cottbus).....	319
Tabelle 29:	Vergleich DDR-Schlußbilanz mit DM- Eröffnungsbilanz für Herstellung Metallwaren	321
Tabelle 30:	Vergleich DDR-Schlußbilanz mit DM- Eröffnungsbilanz für Bauunternehmen.....	322
Tabelle 31:	Vergleich DDR-Schlußbilanz mit DM- Eröffnungsbilanz für Gummiwerke Liegau	324
Tabelle 32:	Vergleich DDR-Schlußbilanz mit DM- Eröffnungsbilanz für Zimmerei	325
Tabelle 33:	Vergleich DDR-Schlußbilanz mit DM- Eröffnungsbilanz für Seehafen Rostock – Aktiengesellschaft (SHR-AG)	326
Tabelle 34:	Vergleich DDR-Schlußbilanz mit DM- Eröffnungsbilanz für Gothaer Fahrzeugwerke GmbH.....	328
Tabelle 35:	Vergleich DDR-Schlußbilanz mit DM- Eröffnungsbilanz für Obererzgebirgische Posamenten- und Effekten-Werke GmbH.....	330
Tabelle 36:	Wertverluste in Relation zum Gesamtvermögen	331
Tabelle 37:	Gesamtübersicht zu den Wertminderungen.....	332
Tabelle 38:	Veränderung des Nettovermögens.....	333
Tabelle 39:	Gesamteröffnungsbilanz der Treuhandanstalt zum 1. Juli 1990.....	336
Tabelle 40:	Die Entwicklung des Richtungskoeffizienten (RiKo) 1970-1988	348
Tabelle 41:	Entwicklung der Valutaverschuldung.....	349

Danksagung

Herrn Professor Dr. Dr. habil. Jürgen Schneider verdanke ich die Anregung zu dem Thema dieser Arbeit. Auslösendes Moment war eine Expertenanhörung der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“, auf der Herr Prof. Dr. Dr. habil. Jürgen Schneider über den Kenntnisstand in Westdeutschland und wechselseitige Wahrnehmung der ökonomischen Lage in West und Ost referierte.

Ganz besonderen Dank schulde ich Frau Prof. Dr. Margarete Wagner-Braun für die Übernahme der Betreuung der Arbeit und die wohlwollend kritische wissenschaftliche Begleitung.

Für die fachliche Anteilnahme, Unterstützung und entscheidende Hinweise danke ich Frau Prof. Dr. Margarete Wagner-Braun und Herrn Professor Dr. Dr. habil. Jürgen Schneider. Die persönlichen Gespräche wurden durch den Meinungs Austausch in den Seminaren in Dresden und Bamberg ergänzt.

Die Geduld und der moralische Beistand von Frau Prof. Dr. Margarete Wagner-Braun und Herrn Professor Dr. Dr. habil. Jürgen Schneider haben mir stets bei der Überwindung einer sinkenden Motivation und bei der Gefahr eines Ertrinkens in den Wirrungen der sozialistischen Gedankenwelt geholfen. Auch hierfür herzlichen Dank.

Danken möchte ich auch Frau Christa Kühn, Hauptbuchhalterin des VEB COSID-KAUTASIT-WERKE, Coswig, sowie Frau Angelika Lazarek als Hauptbuchhalterin, Herrn Manfred Geißler als Betriebsleiter des VEB Elastwerk Liegau und Herrn Heiner Krieg, Hauptbuchhalter, sowie Herrn Dipl.-Ing. Rudolf Sieler, Technischer Direktor Produktion, beide beim VEB Braunkohlenwerk „Erich Weinert“ Deuben. Herrn Eberhard Linke, Mitarbeiter der Staatlichen Finanzrevision, möchte ich für die Überlassung von Unterlagen zur Rechnungslegung in den Volkseigenen Betrieben und den ergänzenden Meinungs Austausch anlässlich der Diskussionen in Cottbus und Dresden danken.

Dies gilt in gleicher Weise für die in Rostock mit Herrn Prof. em. Dr.-Ing. A. Dudszus (früher DDR-Schiffsbaukombinat) und mit Herrn Klaus-Dieter Hulbe (Hallescher Straßenservice) in Halle sowie die in Gera mit Frau Christine Melzer, Leiterin einer Inspektion der Staatlichen Finanzrevision, geführte Unterredung.

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bundesarchivs Berlin-Lichterfelde und des Landeshauptarchivs Sachsen-Anhalt in Merseburg

danke ich für die Beratung bei der Auswahl und für die anschließende Bereitstellung von Archivmaterialien.

Für die hilfreiche Unterstützung bei den Literaturrecherchen und der Literaturbeschaffung danke ich Frau Dipl.-Bibliothekarin (FH) Doris Tönnessen, Leiterin der Wirtschaftsbibliothek bei der Industrie- und Handelskammer zu Köln und Herrn Dipl.-Volkswirt Siegfried Käufer, Leiter der Bibliothek bei der Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main.

Einleitung und forschungsleitende Hypothesen

Die Ursachen des Zusammenbruchs der DDR-Wirtschaft wurden bisher in einer Vielzahl von Veröffentlichungen¹ untersucht. Eine kritische und empirisch gestützte Untersuchung und Bewertung der Wirtschaftsrechnung auf der Ebene der Betriebe in der DDR als Träger der Leistungserstellung, fehlt bis heute – eine erhebliche Forschungslücke.

Die vorliegende Arbeit soll anhand der nunmehr verfügbaren Daten über Betriebe in der güterwirtschaftlich gelenkten sozialistischen Zentralplanwirtschaft der DDR die von Max Weber², Ludwig von Mises³, Georg Halm⁴, Friedrich A. von Hayek⁵, Walter Eucken⁶ u. a. aufgestellte These, daß in einer Zentralplanwirtschaft eine Wirtschaftsrechnung nicht möglich ist, empirisch belegen. Dies ist die forschungsleitende Hypothese, die dem Dissertationsvorhaben zugrunde liegt.

Grundlage der DDR-Wirtschaft ist eine vom marktwirtschaftlichen System grundlegend abweichende Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Trotz des einheitlichen Sprachgebietes haben ökonomische Grundlagen und Begriffe durch deren ideologische Ausrichtung im Laufe der Zeit völlig un-

¹ Vgl. u.a. Gutmann, Gernot/Buck, Hannsjörg F.: Die Zentralplanwirtschaft der DDR - Funktionsweise, Funktionsschwächen und Konkursbilanz, in: Am Ende des realen Sozialismus (2). Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den 80er Jahren, hrsg. von Eberhard Kuhrt im Auftrag des Bundesministeriums des Innern, Opladen 1996, S. 7-54; Schroeder, Klaus: Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft, München 1998, S. 269 ff. und S. 487 ff.; Schneider, Jürgen/ Harbrecht, Wolfgang (Hrsg.): Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik in Deutschland (1933-1993), Stuttgart 1996; Schwarzer, Oskar: Sozialistische Zentralplanwirtschaft in der SBZ/DDR. Ergebnisse eines ordnungspolitischen Experiments (1945-1989), Stuttgart 1999; Sinn, Hans-Werner/Sinn, Gerlinde: Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung, Tübingen 1991; Fritze, Lothar: Panoptikum DDR-Wirtschaft, Akademiebeiträge zur politischen Bildung, Bd. 26, München 1993; Steiner, André: Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, München 2004.

² Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft, in: Grundriß der Sozialökonomik, Bd. 3, Tübingen 1921, S. 51 ff.

³ Mises, Ludwig von: Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 47. Bd., Tübingen 1920/21, S. 86-121; ders.: Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus, Jena 1922; ders.: Nationalökonomie. Theorie des Handelns und Wirtschaftens, Genf 1940.

⁴ Halm, Georg: Ist der Sozialismus wirtschaftlich möglich? Wirtschaftsprobleme der Gegenwart, hrsg. von Adolf Weber, Berlin 1929.

⁵ Hayek, Friedrich A. von (Hrsg.): Collectivist Economic Planning. Critical Studies on the Possibilities of Socialism by N.G. Pierson, Ludwig von Mises, Georg Halm and Enrico Barone, London 1935; ders.: Der Weg zur Knechtschaft, 3. Aufl., Zürich 1952; ders.: Die verhängnisvolle Anmaßung: Die Irrtümer des Sozialismus, Tübingen 1996.

⁶ Eucken, Walter: Die Grundlagen der Nationalökonomie, 1. Aufl., Jena 1940.

terschiedliche Sinngehalte erhalten. Dies birgt beim Gebrauch der einheitlichen Sprache die Gefahr von Mißverständnissen und darauf aufbauenden Fehlurteilen. Zur Vermeidung einer stetigen Differenzierung werden daher in einer Vorbemerkung die inhaltlichen Unterschiede beim Gebrauch gleicher Begriffe skizziert.

Die Wirtschaftsrechnung stellt die rationale Entscheidungsgrundlage für das Wirtschaften durch die jeweiligen Wirtschaftssubjekte (Haushalte, Betriebe, öffentliche Institutionen u. a.) dar. Daher ist zunächst auf die Fragestellung nach dem Sinn und Zweck des Wirtschaftens als Basis für das Handeln der wirtschaftenden Menschen in Form der Wirtschaftsrechnung⁷ einzugehen.

Nach Ludwig von Mises gehen die Knappheiten entsprechend der subjektivistischen Wertlehre auf die „subjektive Wertung der wirtschaftlichen Güter“⁸ durch die Wirtschaftssubjekte zurück und bestimmen deren Handeln.

Neben Ludwig von Mises, Max Weber, Georg Halm, zeigte auch Walter Eucken die Unmöglichkeit einer Wirtschaftsrechnung in güterwirtschaftlich gelenkten sozialistischen Zentralplanwirtschaften auf.

Die Arbeit umfaßt nach der erwähnten Vorbemerkung **drei Kapitel**. Ausgangspunkt sind die theoretischen Ansätze von Carl Mengers „Grundsätze der Volkswirtschaftslehre“ (1871). Die von Menger begründete subjektivistische Wertlehre wurde zur Grundlage der gesamten modernen Nationalökonomie. Darauf aufbauend wird auf die Begrifflichkeit der Natural-, Geld- und Creditwirtschaft auf Grundlage der theoretischen Ansätze von Bruno Hildebrand⁹, Ludwig Elster¹⁰ und Ludwig von Mises eingegangen und mit den Vorstellungen Ludwig von Mises zur „Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen“ verbunden.

Was ist das Ziel des Wirtschaftens im Sozialismus und konnte die Wirtschaft überhaupt subjektive Werturteile der Wirtschaftssubjekte berücksichtigen? Wurde nicht eher durch die zentrale Planung der Wirtschaft und deren Steuerung durch die SED-Führung die Konsumentensouveränität aufgehoben?

⁷ Vgl. u.a. Tisch, Kläre: Wirtschaftsrechnung und Verteilung im zentralistisch organisierten sozialistischen Gemeinwesen, unv. Diss., Bonn 1932, S. 6 ff., 15 ff.

⁸ Mises, Ludwig von: Bemerkungen zum Grundproblem der subjektivistischen Wertlehre, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 59: 1, Tübingen 1928, S. 32-47 (33).

⁹ Hildebrand, Bruno: Natural-, Geld- und Creditwirtschaft, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Zweiter Band, Jena 1864, S. 1-24.

¹⁰ Elster, Ludwig: Naturalwirtschaft, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, hrsg. von Ludwig Elster, Adolf Weber, Friedrich Wieser, 4. umgearbeitete Auflage, 6. Band, Jena 1925, S. 738-741.

Konnten die Bilanzen der Betriebe als Informationsinstrument und Entscheidungsgrundlage in der güterwirtschaftlich gelenkten sozialistischen Zentralplanwirtschaft eine mit deren Aufgaben in der Marktwirtschaft vergleichbare Funktion erfüllen? Diesen Fragen soll unter besonderer Berücksichtigung der Vorstellungen von Ludwig von Mises zur Wirtschaftsrechnung nachgegangen werden.

Das **Kapitel I** geht auf den Begriff und Grundlagen der Wirtschaftsrechnung einschließlich deren Ausgestaltung in der freien Marktwirtschaft und güterwirtschaftlich gelenkten sozialistischen Zentralplanwirtschaft ein. Die im Kapitel I behandelten Schwerpunkte beschäftigen sich mit dem sozialistischen Zukunftsstaat, der Ideologie des Sozialismus bis 1914/18, den Rückwirkungen des Ersten Weltkrieges (1914-1918) auf die Wirtschaft, die zu Diskussionen über die Gestaltung der Wirtschaftsordnung geführt und Ludwig von Mises' Ansätze zur „Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen“ ausgelöst haben. Nationalökonomien wie Ludwig von Mises, Friedrich August von Hayek, Walter Eucken, Alfred Müller-Armack und der Betriebswirt Eugen Schmalenbach, um nur einige zu nennen, haben versucht, die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Konzeption des Sozialismus in der Theorie zu erforschen, und haben ihre Anwendbarkeit und Folgen der Umsetzung in der Praxis bemerkenswert weitsichtig und zutreffend beschrieben. In dem Kapitel wird auf diese Nationalökonomien – insbesondere auf Ludwig von Mises - und ihre kritischen Betrachtungen zum Sozialismus eingegangen und ihre einschlägigen Werke gewürdigt.

Eine kritische Untersuchung der sozialistischen Experimente in Rußland, Ungarn, Deutschland und Österreich sowie die Darstellung des „Fünfjahresplans des sozialistischen Aufbaus der UdSSR“ 1928/29 bis 1932/33 als Modell für die SBZ/DDR schließen – neben der Debatte um die Wirtschaftsrechnung im Sozialismus - das erste Kapitel ab.

Das **Kapitel II** zeigt die Wege der beiden späteren deutschen Teilstaaten aus einer vergleichbaren Ausgangslage nach der Niederlage und Befreiung vom Nationalsozialismus 1945.

Die Untersuchung geht von der Hypothese aus, daß die Staats- und Rechtsordnung den übergeordneten Rahmen für die Gestaltung der Wirtschaftssysteme bildet.

Für die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik wird anhand von elementaren Charakteristika untersucht, ob es Kontinuitäten oder einen Bruch mit der totalitären Diktatur des Nationalsozialismus gab. Dabei werden für die beiden deutschen Staaten die gleichen Charakteristika (Staatsform, Rechtsstaat, Gewaltenteilung und Verwaltungsgerichtsbarkeit) zur Analyse herangezogen.

Es folgt eine vergleichende Darstellung zu der historischen Entwicklung der Wirtschaftssysteme in beiden Teilen Deutschlands nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. In den Westzonen entsteht die soziale Marktwirtschaft mit der Währungsreform 1948 als entscheidender Einschnitt für eine Beendigung der Folgewirkungen der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft. Auch die Bedeutung dieser Umstellung für die Rechnungslegung der Unternehmen als eine Grundlage für deren Wirtschaftsrechnung – ein Instrument der ökonomischen Entscheidungen – wird skizziert.

Die sowjetisch besetzte Zone entwickelt sich dagegen zur güterwirtschaftlich gelenkten sozialistischen Zentralplanwirtschaft der späteren Deutschen Demokratischen Republik. Die als antifaschistisch-demokratische Umgestaltung propagierte Transformation erfolgte durch Befehle der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) mit Unterstützung der aus dem sowjetischen Exil zurückgekehrten „Gruppe Ulbricht“.

Als erste Etappe wurden die Banken enteignet und private Betriebe in Volkseigentum überführt. In diesem Zusammenhang wird auch auf die Folgen der Zerschlagung des Mittelstands und deren Auswirkungen in den Betrieben eingegangen. Nach sowjetischem Vorbild folgten als weitere Etappen der Aufbau einer zentralistischen Lenkungshierarchie und der Beginn der Zentralplanung, die schließlich in den ersten Fünfjahrplan mündete. Ferner wird auf den Binnenwährungsumtausch 1948 und dessen Bedeutung für die Rechnungslegung in den Volkseigenen Betrieben eingegangen.

Im Zusammenhang mit der Naturalplanung in der güterwirtschaftlich gelenkten sozialistischen Zentralplanwirtschaft wird im **Kapitel III** die Frage aufgeworfen, ob die zentrale Wirtschaftsplanung tatsächlich in ihren Grundzügen als naturale oder Mengenplanung erfolgen mußte. War die geldwirtschaftliche oder Finanzplanung in diesem zentralen Lenkungssystem subsidiärer Art? Hatte sie tatsächlich vorwiegend Funktionen im Rahmen der Planverwirklichung und -kontrolle zu erfüllen?

Die Arbeit greift hier auch interessante Untersuchungen der fünfziger Jahre auf, so z.B. die Dissertation von Eberhard Pfeiffer¹¹ zur naturalen Planung des Wirtschaftsprozesses in der DDR und versucht diese Denkansätze anhand empirischer Arbeiten aus den siebziger und achtziger Jahren zu belegen.

Das Kapitel III befaßt sich insbesondere mit der empirischen Überprüfung der Mises-These der Unmöglichkeit einer Wirtschaftsrechnung in einer güterwirtschaftlich gelenkten Zentralplanwirtschaft unter den Bedingungen der volkseigenen Wirtschaft der DDR. Eine Wirtschaftsrechnung als ökonomische Entscheidung unter der Zielsetzung einer effektiven

¹¹ Vgl. Pfeiffer, Eberhard: Die naturale Planung des Wirtschaftsprozesses in der DDR, Diss., Freiburg 1956.

Überwindung der subjektiven Knappheiten der Wirtschaftssubjekte zur Realisierung einer höchstmöglichen Bedürfnisbefriedigung hat entsprechende ökonomische Daten zur Voraussetzung. Als Ausgangspunkt einer Betrachtung der ökonomischen Grunddaten wird daher auf die Funktionen des Geldes, die Löhne, Kosten und Preise eingegangen. Hinzu kommen Investitionen und Innovationen als Grundlagen für eine leistungsfähige Volkswirtschaft – somit auch der Volkseigenen Betriebe. Es schließen sich Ausführungen zu den Plänen auf der Ebene der Kombinate und Volkseigenen Betriebe an.

Eine Aussage über die ökonomische Qualität der Wirtschaftsrechnung in den Volkseigenen Betrieben soll durch einen Vergleich von deren Schlußbilanz in Mark der DDR zum 30.6.1990 mit der Eröffnungsbilanz in Deutscher Mark auf den 1.7.1990 abgeleitet werden. Diese Bilanzen stellen eine Bestandsaufnahme der Betriebe faktisch auf den gleichen Zeitpunkt nach den Grundsätzen der güterwirtschaftlich gelenkten sozialistischen Zentralplanwirtschaft und nach den Kriterien der freien Marktwirtschaft dar.

Als Grundlage und wesentliches Informationsmittel für betriebliche Entscheidungen wird zunächst das Rechnungswesen der Kombinate und Volkseigenen Betriebe in der güterwirtschaftlich gelenkten sozialistischen Zentralplanwirtschaft insbesondere anhand von empirischen Daten analysiert. Empirische Beurteilungen zum wirtschaftlichen Aussagewert der DDR-Bilanzen (verrechnete Anlagenabschreibungen und Abschreibungsquote, Beurteilung der bilanzierten Grundmittelwerte, bilanzmäßige Eigenmittelausstattung und Fondskapitalrendite, die Umsatzrendite von DDR-Betrieben nach deren Ergebnisrechnung sowie die Beurteilung der abgeleiteten Rendite-Kennziffern) stehen dabei im Mittelpunkt. Es wird ein Eindruck über die fast exzessive Art und den Umfang des Rechnungswesens in den DDR-Betrieben und die Fülle der dadurch verfügbaren Daten als Grundlage für eine Wirtschaftsrechnung vermittelt.

Die Abweichungen zwischen der DDR-Schlußbilanz und der DM-Eröffnungsbilanz der verschiedenen Unternehmen – insbesondere beim Gesamtvermögen, bei den Grundmitteln (Sachanlagen), Vorräten und Rückstellungen - bestätigen auf empirischer Basis die Notwendigkeit des DM-Bilanzgesetzes und die erforderliche Neubewertung. Weiterhin läßt sich hieraus ableiten, daß die DDR-Bilanzen keinen Aussagewert über das in den Betrieben effektiv eingesetzte Nettovermögen und die Entwicklung der Ertragslage vermitteln konnten. Die Bilanzen der DDR-Betriebe wurden somit ihrer eigentlichen Funktion einer realistischen ökonomischen Darstellung der Vermögens- und Ertragslage der Betriebe nicht gerecht. Die nach einer Abrechnungs- und Handlungsperiode abgebildete Bestandsaufnahme besitzt keine ökonomische Qualität und versagt daher auch als Grundlage für in die Zukunft gerichtete Entscheidungen.

In der Schlußbetrachtung wird auf wesentliche Fehlentwicklungen der DDR-Wirtschaft eingegangen. Hier erscheinen insbesondere die Probleme der Außenwirtschaft mit zunehmender Verschuldung gegenüber dem westlichen Ausland bis zur drohenden Zahlungsunfähigkeit von Bedeutung. In diesen Zusammenhang fallen auch die Autarkiebestrebungen nach den Energiekrisen und das Scheitern einer wachstumsbetonten, kreditfinanzierten Außenwirtschaftsstrategie.

Mangelnde Innovationen und Investitionen führten zum Verfall des Kapitalstocks und sinkender Effektivität der DDR-Wirtschaft.

Neben den Ursachen des ökonomischen Offenbarungseids der SED-Führung wird auf die Theorielosigkeit der güterwirtschaftlich gelenkten sozialistischen Zentralplanwirtschaft einschließlich betriebswirtschaftlicher Defizite und die systemimmanenten Mängel eingegangen. Notwendige Reformen scheiterten - trotz Kenntnisstand der SED-Führung - an der absoluten Machterhaltung einschließlich der damit verbundenen Privilegien durch die SED-Führungsschicht.

Die Fehlinterpretation gleichartiger ökonomischer Begriffe mit jedoch abweichenden Inhalten führte im Vereinigungsjahr 1990 in der Bundesrepublik Deutschland zu völlig falschen Vorstellungen über den Zustand der DDR-Wirtschaft und den Folgewirkungen.

Die empirischen Daten – insbesondere der Vergleich der Schluß- und Eröffnungsbilanzen – belegen Mises Theorie von der Unmöglichkeit der Wirtschaftsrechnung in der natural gelenkten Zentralplanwirtschaft. Seine Widerlegungen des planwirtschaftlichen Sozialismus in seinem Werk „Die Gemeinwirtschaft“ von 1922 können als ein wahres Muster an theoretischer Klarheit und Geschlossenheit eingeschätzt werden.

Die Quellenlage für den Untersuchungsgegenstand ist als ausgesprochen schwierig zu bezeichnen. Die Arbeit basiert auf der systematischen Auswertung zahlreicher zentraler und – soweit einsehbar – betrieblicher Archivbestände. Relevante Archivbestände befinden sich größtenteils im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde. Die Beschaffung der Akten u. a. zu den DDR-Schlußbilanzen und DM-Eröffnungsbilanzen erwies sich als sehr kompliziert und war überwiegend nur auf „vertraulicher Grundlage“ zu bewerkstelligen. Über die Gründe, warum die betrieblichen Akten bereits vernichtet wurden, kann an dieser Stelle nur spekuliert werden. Auch die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS), als Nachfolgerin der Treuhandanstalt, konnte trotz Vorgabe einer Liste von Volkseigenen Betrieben eine Einsicht in betriebliche Akten bzw. DDR-Schlußbilanzen und DM-Eröffnungsbilanzen nicht ermöglichen.

In den Findkarteien der Archive (u. a. Berlin-Lichterfelde, Merseburg) blieben die Stichworte „Bilanzen“, „Eröffnungsbilanzen“ etc. ohne Ergeb-

nis, da lediglich Gesetzestexte und ähnliche formale Unterlagen enthalten waren. Auch Nachfragen beim Statistischen Bundesamt als Nachfolgeinstitution der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik der DDR blieben erfolglos. Dies gilt in gleicher Weise für die Referate Statistik in den Archiven. Direkte Anfragen bei Unternehmen im Gebiet der ehemaligen DDR aufgrund von veröffentlichten DM-Eröffnungsbilanzen bzw. Archivdaten über Volkseigene Betriebe scheiterten im Falle einer Informationsbereitschaft an dem Fehlen der DDR-Schlußbilanzen auf den 30. Juni 1990 in Mark der DDR. Von dem Kaufmännischen Leiter eines Kombinates wurde hierzu angemerkt, daß diese Unterlagen offenbar einem „Verdrängungsphänomen“ zum Opfer fielen, da im Wesentlichen nur Sozialversicherungsdaten weiter aufbewahrt wurden.

Vorbemerkungen zu den ökonomischen Begriffen und den „ökonomischen Gesetzen“ des Sozialismus in der güterwirtschaftlich gelenkten sozialistischen Zentralplanwirtschaft der DDR

1. Der Inhalt ökonomischer Begriffe

Die arbeitsteilige Wirtschaft als gesellschaftliches Zusammenwirken ist nur bei einer Kommunikation zwischen den beteiligten Wirtschaftssubjekten in allen Einheiten, Hierarchien und Institutionen sowie über räumliche Grenzen hinweg möglich. Als Kommunikationsmedium fungiert die Sprache. Für eine intersubjektive Verständigung müssen gleiche Sprachinhalte in Ausdruck und Sinngehalt der Begriffe gegeben sein. In vielen Fällen wird der Bedeutungsinhalt der Begriffe durch Verknüpfungen und Wechselwirkungen beeinflusst. Auch gegebene subjektive Erfahrungen und Einstellungen wirken auf die von den Menschen aufgenommenen Inhalte der sprachlichen Darlegungen ein. Hier läßt sich als Beispiel eine enge oder weite Auslegung anführen. Im Falle einer unterschiedlichen Einordnung wird aneinander vorbeigeredet. Gleichartige Begriffe erhalten bei einer Anwendung in verschiedenen Lebensbereichen eine unterschiedliche Bedeutung. Auch das jeweils gegebene Lebensumfeld und dessen Veränderungen sowie die Entstehung und Wirkungen der durch die Sprache vermittelten Sachverhalte können als eine Art Umwelt auf die Sprachinhalte einwirken und insbesondere deren Sinngehalt beeinflussen. Dies wird bei einer Übersetzung fremdsprachlicher Begriffe deutlich, wenn bei einer wörtlichen Übersetzung wegen fehlender Kenntnis und Einfühlungsvermögen in das Sprachumfeld ein falscher Sinngehalt vermittelt wird. So wurde bei wörtlicher Übersetzung aus dem Russischen der Begriff „Rechnungsführung“ als „Rechnungswesen“ übernommen. Die Sprache unterliegt als Instrument des menschlichen Zusammenlebens ständigen Anpassungen an Veränderungen und Gestaltungen des jeweiligen Lebensumfeldes sowie geistigen und kulturellen Einflüssen und Strömungen. In Abwandlung eines lateinischen Sprichwortes ließe sich formulieren: Die Realität ändert sich und die Sprache mit ihr.

Da die Sprache kein statisches, sondern aufgrund ständiger Wandlungen ein dynamisches Gebilde darstellt, kann deren Entwicklung durch einseitige Einflußnahme gesteuert werden. Georg Orwells Roman „1984“ - erschienen 1946 – ist für die Manipulation der Sprache durch ein „Ministerium der Wahrheit“ ein vorzügliches Beispiel.

Die sozialistische Umgestaltung erfolgt „gesetzmäßig“ und erstreckt sich auf alle Lebensbereiche der Gesellschaft, alle Seiten und Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, die sozialen und politischen Beziehungen, die

Wissenschaft und das Bildungswesen, die sozialistische Ideologie und Kultur, die Gesamtheit der Arbeits- und Lebensbedingungen u.a.¹²

Unter Führung der SED wird die sozialistische Lebensweise bestimmt und durchgesetzt.¹³ Für den Bereich der Wirtschaft galt das Prinzip der Einheit von Politik und Wirtschaft unter dem Primat der Politik. Die totale sozialistische Indoktrination führte zu einer gleichgerichteten Umgestaltung der Sprache. Veränderte Strukturen, die sozialistischen Denk- und Handlungsweisen führten zu neuen Bezeichnungen, bislang unbekannte Begriffe traten nun in den Mittelpunkt des betrieblichen und gesellschaftlichen Lebens. Bewährte und tradierte Kategorien wechselten in der güterwirtschaftlich gelenkten sozialistischen Zentralplanwirtschaft ihren Charakter.¹⁴

Auch die Sprache war ein Instrument zur Durchsetzung und Erhaltung des totalitären Herrschaftsanspruchs der herrschenden politischen Klasse. Als Mittel wurden Agitation und Propaganda eingesetzt. Die Sprache wird durch politisch-ideologische Parolen vergiftet; ihr wird ein von den traditionellen Begriffsinhalten abweichender Sinngehalt aufgezwängt.

Das überwiegende Vokabular der Produktionspropaganda der DDR (sozialistischer Wettbewerb, Schrittmacher, Aktivist, Kader, Brigade der sozialistischen Arbeit) findet in der Bundesrepublik keine Entsprechung.¹⁵ Die umfangreichsten Wortschatzänderungen und auch -differenzen sowie völlig unterschiedliche Sinngehalte sind dem Sachgebiet Wirtschaft in allen seinen Bereichen zuzuordnen. Dies betrifft sowohl das Wirtschaftssystem als Ganzes (DDR als sozialistische Planwirtschaft, Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft) wie auch die Wirtschaftsorganisation der DDR (VEB, PGH, LPG, etc.).

Dies soll für die nachstehenden ökonomischen Begriffe beispielhaft dargestellt werden:

¹² Vgl. Stichwort Sozialismus/Kommunismus, in: Lexikon der Wirtschaft Arbeit, Bildung, Soziales, Berlin 1982, S. 818 f.

¹³ Vgl. Stichwort Lebensweise, sozialistische, in: Lexikon der Wirtschaft Arbeit, Bildung, Soziales, S. 569.

¹⁴ Vgl. Martin, Thomas: Systemimmanente Funktionsmängel der sozialistischen Zentralplanwirtschaft in der SBZ/DDR 1949. Am Beispiel des volkseigenen industriellen Sektors, Diss. vorgelegt an der der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, Bamberg 2001, S. 41.

¹⁵ Moser, Hugo: Sprachliche Folgen der politischen Teilung Deutschlands, Düsseldorf 1962, insb. S. 10 ff.

„Preise“

in der güterwirtschaftlich gelenkten sozialistischen Zentralplanwirtschaft	in marktwirtschaftlichen Systemen
<p>„[...]in Geld ausgedrückter Wert einer Ware, der durch die in den Waren enthaltene gesellschaftlich notwendige Arbeit bestimmt ist.“¹⁶ Mit der gesellschaftlich notwendigen Arbeit wird eine Norm für den Verbrauch von lebendiger und vergegenständlichter Arbeit gesetzt. Im Sozialismus werden die Preise planmäßig (autark) festgesetzt. Zur Umsetzung von staatlichen Verteilungs- und Umverteilungsmaßnahmen sind Abweichungen der Preise vom Wert möglich. Bestandteil der Wirtschafts- und Sozialpolitik der SED und des Staates ist die Politik stabiler Verbraucherpreise (Grundnahrungsmittel u.ä., Wohnungsmiete, Verkehrstarife) mit der Folge beträchtlicher staatlicher Subventionen.</p> <p>Die Preise sind Instrument und Gegenstand der Planung und ermöglichen die Aggregation der Naturalgrößen als wertmäßige Aufstellung, Bilanzierung und Abrechnung der Pläne, sie sichern die „Einheit von materieller und finanzieller Planung“.</p> <p>Jeder vereinbarte und berechnete Preis muß eine gesetzliche Grundlage haben, die Betriebe müssen bei der Festsetzung von Preisen für neue oder veränderte Erzeugnisse sowie Normative zur Genehmigung Preisanträge beim „Amt für Preise beim Ministerrat der DDR (AfP)“ stellen. In die Preisbildung wird auch das „Amt für Standardisierung, Meßwesen und Warenprüfung (ASMW)“ eingebunden. Die Betriebe können zur selbständigen Festsetzung von Preisen unter Beachtung der Rechtsvorschriften (staatliche Kalkulationsrichtlinie u.a.) ermächtigt werden. In Ausrichtung auf die jeweiligen Abnehmer ergeben sich folgende Preisarten:</p>	<p>Der Preis ¹⁸ ist das in Geld ausgedrückte Austauschverhältnis der Waren und Dienste auf den Märkten. Die Rahmenbedingungen für den freien Marktzugang, Wettbewerb und Vertragsfreiheit müssen durch den Staat gewährleistet werden. Markteingriffe des Staates sind als Ausnahmefall nur in Krisensituationen zulässig und sollen mit marktkonformen Mitteln erfolgen. Die Marktpreise bilden sich autonom durch das Zusammenwirken und einen Ausgleich von Angebot und Nachfrage. Die Preise werden durch die Grenzanbieter und Grenznachfrager bestimmt, die auf den Märkten noch zum Zuge kommen. Über die Verknüpfung der Märkte wirken die Konsumpreise auf die Produktionsmittelpreise ein und steuern die Unternehmensentscheidungen. Durch die Preisbildung und den Ausgleich von Angebot und Nachfrage werden die ökonomischen Entscheidungen von den einzelnen Wirtschaftssubjekten als Marktteilnehmer autonom getroffen. Über die Märkte wird die arbeitsteilige Wirtschaft durch ein autonomes Regelungssystem gesteuert.</p>

¹⁶ Lexikon der Wirtschaft Preise, Berlin 1979, S. 165 ff. und Lexikon der Wirtschaft Volkswirtschaftsplanung, Berlin 1980, S. 491 ff.

¹⁸ Gröske, Karl-Dieter/ Recktenwald, Horst Claus: Wörterbuch der Wirtschaft, Stichwort Preis, 12. erweiterte Aufl., Stuttgart 1995, S. 488; vgl. auch Lexikon der Betriebswirtschaft, hrsg. von Schneck, Ottmar, Stichwort Preis, 5. überarbeitete und erweiterte Aufl., München 2003, S. 786 f.

<p>gesellschaftliche notwendige Gesamtselbstkosten</p> <p>+ Gewinn (Prozentsatz staatlich vorgegeben, meist auf Verarbeitungskosten)</p> <p>+ Extragewinn</p> <p>+ <u>Gewinnzuschläge</u></p> <p>= Betriebspreis (BP)</p> <p>+ Produktgebundene <u>Abgaben (bzw. Stützung)</u></p> <p>= Industrieabgabepreis (IAP)</p> <p>+ <u>Großhandelsspanne</u></p> <p>= Großhandelsabgabepreis (GAP)</p> <p>+ <u>Einzelhandelsspanne</u></p> <p>= <u>Einzelhandelsverkaufspreis (EVP)</u></p> <p>In der Kommandowirtschaft der sozialistischen Zentralplanung kann den Preisen keine autonome Steuerungsfunktion über Märkte zugestanden werden. Durch die Verstaatlichung der Produktionsmittel sind in diesem Bereich auch wegen fehlender Marktteilnehmer keine Marktfunktionen denkbar. Seit dem Bestehen der DDR „[...] befinden sich die Preise fest in der Hand des sozialistischen Staates, werden sie zur Durchsetzung der Planziele ausgenutzt.“¹⁷</p>	
---	--

„Kosten“

in der güterwirtschaftlich gelenkten sozialistischen Zentralplanwirtschaft	in marktwirtschaftlichen Systemen
Kosten ¹⁹ sind der „Geldausdruck des Verbrauchs von vergegenständlichter und lebendiger (= Lohn, Vergütungen) Arbeit zur Vorbereitung, Herstellung und Realisierung von Erzeugnissen und Leistungen sowie von Teilen des Mehrprodukts“. ²⁰ Als Mehrpro-	Nach Gutenberg sind Kosten „[...] in Geld veranschlagte (bewertete) Sachgüter, Arbeitsleistungen, Dienstleistungen und öffentliche Abgaben, sofern sie zur betrieblichen Leistung benötigt werden.“ ²¹ Das Mengengerüst der Sachgüter, Arbeits- und

¹⁷ Lexikon der Wirtschaft Volkswirtschaftsplanung, S. 501.

¹⁹ Vgl. Autorenkollektiv, Siegfried Lindner: Wirtschaftliche Rechnungsführung und Kostenrechnung Industrie, Berlin 1975, S. 113 ff. und Lexikon der Wirtschaft Rechnungsführung und Statistik, Hrsg. Donda, Arno, Berlin 1974, S. 279-299 und S. 336.

²⁰ Wirtschaftliche Rechnungsführung und Kostenrechnung Industrie, S. 113.

²¹ Gutenberg, Erich: Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, Erster Band, Die Produktion, Berlin, Göttingen, Heidelberg 1958, S. 228.

<p>dukt werden Erhöhungen für gesamtgesellschaftliche Bedürfnisse verstanden (u.a. Erweiterung von Produktionsanlagen, Konsumtion im nichtproduzierenden Bereich und der nicht arbeitenden Bevölkerung sowie gesellschaftliche Konsumtion wie Bildungswesen u.ä.).</p> <p>Das Mengengerüst der Kosten wird mit den staatlich festgelegten Planpreisen bewertet. Die Kosten können daher nicht als Gradmesser für die von den Wirtschaftssubjekten subjektiv empfundenen Knappheiten fungieren – die Kosten der sozialistischen Zentralplanwirtschaft ermöglichen keine Entscheidungen mit ökonomischem Inhalt. Hinzu kommt eine ideologische Ausrichtung auf gesellschaftlich notwendige Größen, die als Durchschnitt und Einbeziehung von Normativen ermittelt werden. Die Kosten bilden keine „betriebsbedingten“ Inhalte ab.</p>	<p>Dienstleistungen wird mit den im Leistungszeitpunkt geltenden Marktpreisen bewertet. Danach bilden die Kosten den im Leistungszeitpunkt gegebenen Ressourcenverzehr in Ausrichtung auf die Knappheitsverhältnisse ab und liefern Daten für Entscheidungen von ökonomischer Qualität.</p>
---	---

„Warenproduktion“

in der güterwirtschaftlich gelenkten sozialistischen Zentralplanwirtschaft	in marktwirtschaftlichen Systemen
<p>Warenproduktion ²² - sozialistische Bezeichnung der arbeitsteiligen Wirtschaft. Zur Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse erfolgt ein Kauf und Verkauf der Produkte, die dadurch zu „Waren“ (Produkte menschlicher Arbeit, die zur menschlichen Bedürfnisbefriedigung geeignet sind und über den Austausch zu Konsumenten gelangen) werden. Die wichtigsten Produktionsmittel sind gesellschaftliches Eigentum, die Identität von Produzent und Eigentümer der Produktionsmittel wird „im gesellschaftlichen Maßstab“ hergestellt. Der Austausch von Waren vollzieht sich unter den Bedingungen gesellschaftlicher Planmäßigkeit. „Die politische Ökonomie stellt fest, daß die Verteilung, der Austausch und die Konsumtion entscheidend vom Produktionsprozeß abhängen. Die Verhältnisse der Produktion bestimmen folglich das Wesen aller anderen ökonomischen Verhältnisse. Von der marxistisch-</p>	<p>Eine Darstellung der Grundlagen und Funktionsweise des Wirtschaftssystems in der arbeitsteiligen Wirtschaft ist in Ausrichtung auf den Begriff „Ware“ unmöglich. Als „Waren“ werden in der Marktwirtschaft Güter jeder Art bezeichnet, die durch Kauf erworben und nicht durch die betriebliche Leistungserstellung (Faktorkombination) geschaffen wurden.</p> <p>Es besteht keine gesellschaftliche Planmäßigkeit, die arbeitsteilige Wirtschaft wird durch autonome Entscheidungen der Wirtschaftssubjekte auf freien Märkten mit den Komponenten Wettbewerb, Vertragsfreiheit und Preisen koordiniert. Die Produktionsmittel sind Privateigentum. Durch den Markt bzw. Plan einschließlich der ideologischen Grundlagen besitzen die „Waren“ als wirtschaftliche Güter in den beiden Wirtschaftssystemen nicht vergleichbare Wert- und Funktionszusammenhänge.</p>

²² Vgl. Lexikon der Wirtschaft Volkswirtschaftsplanung, Berlin 1980, S. 658 f.

<p>leninistischen politischen Ökonomie wird hieraus die wichtige Schlußfolgerung gezogen, daß der Produktion das Primat (die vorrangige, entscheidende Bedeutung) gegenüber den übrigen Bereichen der Ökonomie zukommt.“²³ Bei fortgeschrittener Arbeitsteilung wird in den Betrieben unmittelbar gesellschaftliche Arbeit verausgabt und vergegenständlicht sich in Produkten. Durch den Verkauf der Produkte als Waren wird die Arbeit als gesellschaftliche anerkannt und erlangt dadurch „Wert“. Die Gesetze der Warenproduktion (z.B. das Wertgesetz) sind Teil des Systems der „ökonomischen Gesetze“ des Sozialismus.</p>	
---	--

„Investitionen“

in der güterwirtschaftlich gelenkten sozialistischen Zentralplanwirtschaft	in marktwirtschaftlichen Systemen
<p>Investitionen²⁴ (in den Betrieben) ist die „[...] Gesamtheit der materiellen und finanziellen Mittel zur Erneuerung und Erweiterung der Grundfonds“ (= Anlagevermögen). Im Sozialismus werden die Investitionen planmäßig nach den „Erfordernissen der ökonomischen Gesetze“ und volkswirtschaftlich strukturbestimmende Aufgaben eingesetzt. Zur Aufnahme von Investitionsvorhaben in den Investitionsplan müssen die Betriebe Investitionsanträge stellen, die u.a. von der „Zentralen Staatlichen Inspektion für Investitionen der Staatlichen Plankommission“ und der Bank begutachtet werden. Es fehlt ein eindeutiges ökonomisches Entscheidungskriterium wie zukünftige Einnahmeüberschüsse. Als Entscheidungsmaßstab gelten vielmehr z.B. Exportsteigerung, Importvermeidung, Einsparung von Arbeitskräften, Verbesserung von Normen und</p>	<p>Investition²⁵ ist der Einsatz von Kapital zur Erweiterung bzw. Ersatz der Anlagen und sonstiger Sachgüterbestände. Als Investition wird die Verwendung von finanziellen Mitteln verstanden im Gegensatz zur Bereitstellung/ Aufbringung finanzieller Mittel, die dem Bereich der Finanzierung zugeordnet wurden. Für Investitionsentscheidungen wurden verschiedene Verfahren einer Investitionsrechnung entwickelt, die grundsätzlich auf die monetäre Größe der zukünftigen Einnahmenüberschüsse ausgerichtet sind. Im Gegensatz zu dem vom Sozialismus implizierten planmäßigen Verlauf der Investitionswirkungen sind die Zukunftserwartungen in der Marktwirtschaft mit den Risiken der Unsicherheit verbunden. Die Preise und Kosten als bestimmende Grundlagen der Investitionsrechnungen sind von ökonomischer Qualität und umfassen die effektiven</p>

²³ Politische Ökonomie des Sozialismus, Gesamtedaktion Rumjanzew Alexander F. et al., Übersetzung aus dem Russischen, Berlin 1973, S. 22.

²⁴ Autorenkollektiv, Siegfried Lindner: Wirtschaftliche Rechnungsführung und Kostenrechnung Industrie, S. 98 ff. und Lexikon der Wirtschaft Industrie, Berlin 1970, S. 402 ff.

²⁵ Gröske, Karl-Dieter/ Recktenwald, Horst Claus: Wörterbuch der Wirtschaft, Stichwort Investition und Investitionsquote, S. 296 f.; Wöhe, Günter: Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, München 2005, S. 583 ff.

<p>Normativen sowie eine vorgegebene Rückflußdauer. Die Vielzahl und Verschiedenartigkeit der Kriterien verhindert eindeutige Investitionsentscheidungen und ermöglicht eine willkürliche Ausrichtung. Die in eine wirtschaftliche Betrachtung einfließenden Preise und Kosten besitzen nach deren Inhalten keine ökonomische Qualität im Hinblick auf das Wirtschaften zur Überwindung von Knappheiten. Im Sozialismus ist nicht bekannt, was die Investitionen wirklich kosten. Für die Betriebe besteht kein Investitionsrisiko.</p>	<p>betrieblichen Gegebenheiten anstelle von gesellschaftlichen Durchschnittsgrößen sowie Normen und Normativen. Das Investitionsrisiko wird von den einzelnen Wirtschaftssubjekten getragen.</p>
---	--

„Gewinn“

in der güterwirtschaftlich gelenkten sozialistischen Zentralplanwirtschaft	in marktwirtschaftlichen Systemen
<p>Gewinn²⁶ ist im Sozialismus der Geldausdruck für das in der materiellen Produktion durch den Verkauf der Erzeugnisse und Leistungen realisierte und in den Betrieben verbleibende Teil des Mehrprodukts. Der Gewinn ergibt sich als Differenz zwischen Erlösen und Selbstkosten der im In- und Ausland abgesetzten Waren und sonstiger betrieblichen Leistungen. „In der sozialistischen Gesellschaft bildet sich der Gewinn auf der Grundlage des planmäßigen Absatzes der Erzeugnisse zu Planpreisen [...]“²⁷ Auf der Erlösseite verfügen die Betriebe danach über keine Gestaltungsmöglichkeiten. Eine kontinuierliche und rasche Senkung der Selbstkosten – vor allem durch Steigerung der Arbeitsproduktivität – wird im Sozialismus als „gesetzmäßige Erscheinung“ eingestuft. Ein Gestaltungsspielraum der Betriebe besteht hier in Einsparungen gegenüber den vom <i>Plan vorgegebenen Bezugsgrößen</i> und soll durch Prämienanreize stimuliert werden. Gewinne aus Planverstößen (Verletzung preisrechtlicher Bestimmungen, Nichtein-</p>	<p>Gewinn²⁸ einer Unternehmung als Unterschied zwischen Ertrag und Aufwand besteht in der Differenz zwischen den Gelderlösen und den in Geld ausgedrückten Kosten. Die Erlöse und Kosten werden durch die auf den Märkten aus Angebot und Nachfrage im Wettbewerb gebildeten Preise bestimmt. Der Unternehmenserfolg und damit der Gewinn hängt von der Akzeptanz der Produkte und Leistungen des Unternehmens auf den Märkten ab. Die Konkurrenz auf den Märkten führt zu einem Ausleseprozeß. Die Entscheidungen des „dispositiven Faktors“²⁹ müssen auf die über Märkte mittelbar und unmittelbar wirkenden Entscheidungen der Konsumenten über deren Bedürfnisbefriedigung ausgerichtet sein und von diesen angenommen werden. Auch das betriebliche Handeln erfolgt autonom und ist mit den Chancen einer Gewinnerwirtschaftung aber auch mit dem Verlustrisiko verbunden.</p>

²⁶ Vgl. Lexikon der Wirtschaft Rechnungsführung und Statistik, S. 198 ff.; Wirtschaftliche Rechnungsführung und Kostenrechnung Industrie, S. 74-81; 283-285.

²⁷ Politische Ökonomie des Sozialismus, Gesamtdirektion Rumjanzew Alexander F. et al., S. 354.

²⁸ Gröske, Karl-Dieter/ Recktenwald, Horst Claus: Wörterbuch der Wirtschaft, Stichwort Gewinn, S. 237.

²⁹ Gutenberg, Erich: Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, Wiesbaden 2006, S. 27.

<p>haltung der planmäßigen Sortimente) sind gesondert an den Staatshaushalt abzuführen. Aus dem ermittelten Bruttogewinn ist die Produktionsfondsabgabe (Bemessungsgrundlage ist der Durchschnittsbestand des Anlage- und Umlaufvermögens) abzuführen. Von dem verbleibenden Nettogewinn ist der vom Plan vorgegebene Anteil (auch bei einem Nichterreichen des Nettogewinns) an den Staatshaushalt abzuführen. Der verbleibende Nettogewinn wird für Prämienfonds, einen betrieblichen Investitionsfonds oder Tilgung von Krediten verwendet.</p> <p>Der sozialistische Gewinn besitzt wegen der Einbindung der Betriebe in die Kommandowirtschaft des Planes und fehlender Knappheitssignale der Preise und Kosten keine ökonomische Qualität.</p>	
--	--

„Bilanzen“

in der güterwirtschaftlich gelenkten sozialistischen Zentralplanwirtschaft	in marktwirtschaftlichen Systemen
<p>Die Bilanz ist eine gleichgewichtige Gegenüberstellung von Größen, die in irgendeiner Beziehung zueinander stehen, deren Wirkungen verknüpft sind oder die nach unterschiedlichen Merkmalen dargestellt werden. Beide Seiten müssen sich ausgleichen oder zum Ausgleich gebracht werden (lat. Bilanz = zwei Waagschalen habend).</p> <p>In der sozialistischen Zentralplanwirtschaft stellen die Bilanzen als Gegenüberstellung von Aufkommen und Bedarf das grundlegende Entscheidungs-, Leitungs- und Kontrollinstrument dar. Die jeweiligen Bilanzinhalte können in Mengen oder Werten ausgedrückt werden. Nach der Ausrichtung werden zweiseitige Bilanzen unterschieden:</p> <ol style="list-style-type: none"> (1) nach den erfaßten Bereichen: Volkswirtschaft, Zweige, Territorien, Betriebe (2) nach Art der Zusammenhänge: Material, Arbeitskräfte, Nationaleinkommen, Staatshaushalt, Außenhandel, Geld- und Kreditsystem, Investitionen u.a. (3) nach den erfaßten Zeiträumen: Fünfjahr- und Jahresplanung. <p>In Verflechtungsbilanzen erfolgt in schachbrettförmiger Ausgestaltung der horizontale und vertikale Ausweis mehrerer ökonomischer Größen und ihrer Abhängigkeiten. Die unterste Stufe stellt die Betriebsverflechtungsbilanz dar.</p> <p>Durch die Einbeziehung von möglichen Entscheidungsalternativen in das Planungssystem der Bilanzen wird die Komplexität dieser Instrumente weiter erhöht. Im Sozialismus bedeutet „Bilanzieren“ die Aufnahme in den Plan und dadurch in die Entscheidung der Kommandowirtschaft. Die getroffenen Entscheidungen sind „[...]ohne Abweichungen durchzuführen, da eine Verände-</p>	<p>In der Bilanz der Unternehmen wird das Vermögen (Aktiva) dem Kapital (Passiva) zu einem bestimmten Zeitpunkt in komprimierter Form gegenübergestellt.</p> <p>Die in dem Unternehmen gegebenen Wertverhältnisse werden abgebildet. Dabei zeigt die Aktivseite die im Unternehmen eingesetzten und von dieser im Umformungsprozeß erstellten Wirtschaftsgüter (wie Anlagen, Vorräte, Geldbestände u.a.). Das Kapital auf der Passivseite repräsentiert die dem Unternehmen von außenstehenden Dritten und den Eigentümern überlassenen finanziellen Mittel. Als Informationsinstrument über die im Unternehmen gegebenen Wertverhältnisse entfaltet die Bilanz eine Innen- und Außenwirkung. Im Außenverhältnis besteht insbesondere ein Interesse von vorhandenen und potentiellen Gläubigern wie Kreditgebern und Lieferanten. Durch einen Zeitvergleich der in den Bilanzen dokumentierten Wertverhältnisse und deren Veränderung läßt sich ableiten, ob das Unternehmen in diesem Zeitraum mit Gewinn oder Verlust gearbeitet hat.</p> <p>Im Hinblick auf die intersubjektive Informationsfunktion sind Bilanzierungsnormen notwendig, die gesetzlich fixiert sind oder über nicht kodifizierte allgemein anerkannte Grundsätze einwirken. Die meisten gesetzlichen Regelungen sind als Generalnorm gestaltet, um eine Umsetzung in nicht vergleichbaren Unternehmen und eine Anpassung an sich ständig wandelnde Verhältnisse zu ermöglichen. So gilt im deutschen Handelrecht beispielsweise das Vorsichtsprinzip (HGB § 252, Abs. 4) mit der Folge, daß vorsichtig bewertet werden muß.</p> <p>Weiterhin dürfen Gewinne erst nach ihrer Realisierung ausgewiesen werden, drohende Verluste sind dagegen bereits vor ihrem</p>

<p>rung [...] zu negativen Auswirkungen in bezug auf die Bilanzen führen kann.“³⁰</p> <p>Den sog. „buchhalterischen Bilanzen“ als Instrument im Bereich der Finanzrechnung ist dagegen eine untergeordnete Gewichtung beizulegen. In der zweiseitigen buchhalterischen Bilanz werden „[...] die wirtschaftlichen Mittel einer Wirtschaftseinheit [...] an einem bestimmten Stichtag nach ihrer Verwendung und Zweckbestimmung [...] und nach Finanzierungsquellen in zusammengefaßten Wertkennziffern [...]“ gegenübergestellt.³¹</p> <p>Der Vergleich zwischen Anfangs- und Endbeständen der Bilanz zeigt das ökonomische Ergebnis (Gewinn oder Verlust) der Abrechnungsperiode. Durch die Bilanzen erfolgt ein Nachweis gegenüber der sozialistischen Gesellschaft „[...] wie die dem Betrieb anvertrauten materiellen und finanziellen Mittel im Abrechnungszeitraum genutzt worden sind.“³² Durch die administrative Einbindung der Betriebe in das zentralistische System der sozialistischen Staatswirtschaft können die buchhalterischen Bilanzen – unabhängig von ihrem Charakter als Verschlusssache – keine Außenwirkung entfalten, da sämtliche Finanzierungsmittel einschließlich Bankkredite vom Staat zugeteilt werden. Wegen fehlender Märkte entfällt eine Darstellung gegenüber Lieferanten, Kunden, Mitarbeitern u.ä.³³ Der Aufbau und der Inhalt der Bilanzen wurde durch Verordnungen sowie Kontenrahmen mit Erläuterungen, Buchungsanweisungen und einem ausufernden Vordruck- und Formularwesen durch die Staatli-</p>	<p>Eintritt anzusetzen. Die Bedeutung der Bilanzen, insbesondere in der Information mit Außenwirkung, wird durch den Straftatbestand der Bilanzfälschung unterstrichen. Übersteigen die in der Bilanz ausgewiesenen Schulden das Vermögen, so bestehen bei dieser bilanziellen Überschuldung gesetzliche Handlungspflichten, deren Verletzung ebenfalls strafbewehrt ist. Die Informationsfunktion der Bilanzen wird durch gesetzliche Offenlegungspflichten unterlegt.</p> <p>Im Zeitpunkt der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion galten für die Rechnungslegung und Bilanzierung der Kaufleute und Unternehmen die Bestimmungen des Handelsgesetzbuches (HGB) und ergänzende Vorschriften in Spezialgesetzen wie das Aktiengesetz, GmbH-Gesetz u.a.</p>
--	--

³⁰ Zentrale Staatliche Inspektion für Investitionen der Staatlichen Plankommission: Hinweise für die Vorbereitung und staatliche Begutachtung von Investitionen, 2. Aufl., Berlin 1987, S. 13.

³¹ Lexikon der Wirtschaft Rechnungsführung und Statistik, Hrsg. Donda, Arno, Berlin 1974, S. 99.

³² Kreitel, Werner/ Reinecke, Gerhard: Buchführung: Grundkurs für ökonomische Ausbildungseinrichtungen, Berlin 1987, S. 19.

³³ Anlässlich einer internen Arbeitstagung mit leitenden Mitarbeitern des Gaskombinats „Schwarze Pumpe“ wurde von einem Teilnehmer im März 1990 die Frage gestellt: „Wenn wir jetzt in die Marktwirtschaft kommen, müssen wir Kredite aufnehmen. Wie macht man so etwas?“

che Zentralverwaltung für Statistik detailliert vorgegeben. ³⁴ Die Werte der Bilanzposten entstehen nicht aus Marktgrößen oder werden aus diesen abgeleitet, sondern gehen auf staatliche Preisfestsetzungen zurück.	
---	--

„Wettbewerb“

in der güterwirtschaftlich gelenkten sozialistischen Zentralplanwirtschaft	in marktwirtschaftlichen Systemen
<p>Der „sozialistische Wettbewerb“³⁵ stellt die „umfassendste Masseninitiative zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und ihrer Teilnahme an der Planung und Leitung []“³⁶ zur Erhöhung der Effektivität der gesellschaftlichen Arbeit dar. Träger des „sozialistischen Wettbewerbs“ sind die Gewerkschaften (FDGB).</p> <p>Zu den Aufgaben des FDGB zählte es, die Bevölkerung und die Beschäftigten mit einer intensiven Produktionspropaganda von der gesellschaftlichen Notwendigkeit der Planziele zu überzeugen, zusammen mit den Ministerien, Branchenverwaltungen, Kombi-nats- und Betriebsleitungen branchen-, bereichs- und betriebsspezifische Wettbewerbskonzeptionen auszuarbeiten sowie materielle Anreize für die Teilnahme an den Kampagnen des sozialistischen Wettbewerbs zu setzen, was über ein ausdifferenziertes System von Lohnformen und Prämien geschah.³⁷</p> <p>Eine bei den Gewerkschaften gebildete Wettbewerbskommission legt in der sog. Wettbewerbskonzeption alle [...] „politischen, ökonomischen, technischen, organisatorischen und erzieherischen Aufgaben zur Organisierung und Führung des Wettbe-</p>	<p>Der freie Wettbewerb stellt das Rückgrat und Kernstück des Konkurrenzsystems in der Marktwirtschaft dar. „Die Marktwirtschaft kann ohne Wettbewerb nicht gedacht werden, und dieser Wettbewerb muß zugleich echt wie frei sein“.⁴¹</p> <p>Die Käufer und Verkäufer sowohl als Konsumenten als auch als Produzenten treffen im freien Wettbewerb und unter Vertragsfreiheit auf Märkten aufeinander. Die Entscheidungen der Marktteilnehmer werden jeweils unabhängig voneinander autonom getroffen. Über die Preisbildung im Wettbewerb erfolgt ein Ausgleich von Angebot und Nachfrage in Ausrichtung auf gegebene subjektive Knappheiten und die von den Wirtschaftssubjekten angestrebte höchstmögliche Bedürfnisbefriedigung.</p> <p>Der Wettbewerb besitzt eine Doppelfunktion. Als „Antriebsprinzip“ stimuliert er die individuelle Leistung der Marktteilnehmer. Das „Ordnungsprinzip“ ist durch den auf den Märkten erreichten Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage und die dadurch autonom erfolgende Koordinierung und Steuerung der arbeitsteiligen Wirtschaft gegeben.⁴² Der Wettbewerb ist nach Friedrich A. von Hayek ein Verfahren zur Ent-</p>

³⁴ Vgl. u.a. Kontenrahmen Industrie mit Erläuterungen, Buchungsanweisungen und Buchungsbispielen gültig ab 1. Januar 1990, Hrsg.: Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1989.

³⁵ Vgl. Lexikon der Wirtschaft Arbeit, Redaktionskollektiv, Bley, H. et al., Berlin 1969, S. 634 ff sowie Lexikon der Wirtschaft Volkswirtschaftsplanung, Hrsg. Steeger, Horst, Berlin 1980, S. 666 f.

³⁶ Lexikon der Wirtschaft Arbeit, S. 634.

³⁷ Vgl. zum sozialistischen Wettbewerb und dem FDGB: FDGB-Lexikon. Funktion, Struktur, Kader und Entwicklung einer Massenorganisation der SED (1945-1990), Hrsg. von Dowe, Dieter et al., Berlin 2009.

<p>werbs unter Mitarbeit der Gewerkschaften“³⁸ fest. Auch die als Grundorganisation der SED in den Betrieben gebildete Betriebsparteiorganisation (BPO) wird eingebunden.</p> <p>Von den SED-Parteitag wurden u.a. als Losungen für den „Sozialistischen Wettbewerb“ in 1963 „Dem Volk zum Nutzen – der Republik zu Ehren“ und 1967 „Rationeller produzieren für dich, für deinen Betrieb, für unseren sozialistischen Friedensstaat“³⁹ ausgegeben.</p> <p>Alle Wettbewerbsziele sind letztlich auf die Erreichung oder Überbietung der Planaufgaben gerichtet.</p> <p>Mit Ausnahme der Bezeichnung läßt sich der „sozialistische Wettbewerb“ in keiner Weise mit einem freien Wettbewerb auf den Märkten in marktwirtschaftlichen Systemen vergleichen. Es fehlt systemimmanent an einer Konkurrenzsituation zwischen den auf den Märkten agierenden Wirtschaftssubjekten als Konsumenten und Produzenten. Damit scheidet auch jegliche autonome Steuerung und Koordinierung des Wirtschaftens aus. Die Betriebe verfügen außerdem über keine selbstständigen ökonomischen Entscheidungsspielräume.</p> <p>Auch das in der Marktwirtschaft gegebene individuelle Antriebsprinzip läßt sich wegen der kollektivistischen Einbindung, der bürokratischen Ausgestaltung und Vorgaben ohne eigenständige Gestaltungsspielräume nicht erreichen. Der „sozialistische Wettbewerb“ erstreckt sich ausschließlich auf die Arbeitnehmer und stellt eine ideologisch verbrämte Untersetzung der Normative dar. Nach Wolfgang Förster ist der „sozialistische Wettbewerb“ lediglich „eine Organisations- aber keine Betätigungsform“.⁴⁰</p> <p>Im Sinne Lenins diente die Gewerkschaft (FDGB) nicht als „Gegenmacht“ zur Partei,</p>	<p>deckung von Tatsachen.⁴³</p>
---	--

⁴¹ Röpke, Wilhelm: Wettbewerb (II) Ideengeschichte und ordnungspolitische Stellung, in: HdSW, 12. Bd., Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1965, S. 29-36, S. 33.

⁴² Vgl. ebd., S. 32.

³⁸ Lexikon der Wirtschaft Arbeit, S. 637.

³⁹ Lexikon der Wirtschaft Arbeit, S. 636.

⁴⁰ Förster, Wolfgang: Rechnungswesen und Wirtschaftsordnung, Berlin 1967, S. 26.

⁴³ Vgl. Hayek, Friedrich A. von: Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren, Kieler Vorträge, Neue Folge 56, Kiel 1968, insb. S. 3

sondern als „Transmissionsriemen“ im organisierten Wettbewerb um höhere Arbeitsleistungen und Produktionsergebnisse bei der Erfüllung der Volkswirtschaftspläne.	
--	--

„Arbeit“

in der güterwirtschaftlich gelenkten sozialistischen Zentralplanwirtschaft	in marktwirtschaftlichen Systemen
<p>Der Sozialismus erkennt ausschließlich die „Arbeit“ als Produktionsfaktor an. Durch die Vergesellschaftung des Bodens scheidet dieser als ein Produktionsfaktor „Kapital“ aus. Bei der Arbeit unterscheidet der Sozialismus zwischen „lebendiger“ Arbeit als unmittelbare Leistung des arbeitenden Menschen und „vergegenständlichter“ Arbeit. Die „vergegenständlichte“ Arbeit ist das „festgeronnene“ Ergebnis der lebendigen Arbeit in Form von Produktionsmitteln als „Arbeitsgegenstände“ (durch frühere Arbeit geschaffene Rohstoffe, Rohmaterialien, Halb- und Fertigfabrikate) und „Arbeitsmitteln“ (Dinge und Komplexe, mit denen auf den Arbeitsgegenstand eingewirkt wird: Maschinen, Werkzeuge, Geräte und weitere sachliche Bedingungen, wie Gebäude, Straßen, Hochspannungsleitungen, Kanäle, Güterwagen usw.).⁴⁴</p> <p>Als „gesellschaftliche Arbeit“ wird im Gegensatz zur individuellen Arbeit die Summe der lebendigen und vergegenständlichten Arbeit „von in Gesellschaft lebenden und in Gesellschaft produzierenden Menschen verstanden.“⁴⁵</p> <p>Die „gesellschaftlich notwendige Arbeit“ stellt die Menge Arbeit dar, die [...], „unter dem gegebenen Durchschnitt der gesellschaftlichen Produktionsbedingungen [...] notwendig ist, um zur Befriedigung „des gesellschaftlichen Bedürfnisses“ Gebrauchswerte zu erstellen.“⁴⁶</p>	<p>Die betriebliche Leistungserstellung läßt sich „als eine Kombination von Arbeitsleistungen und maschineller Apparatur [...]“⁴⁸ auffassen. Als Elementarfaktoren der betrieblichen Betätigung faßt Gutenberg die Arbeitsleistungen und die technische Apparatur („Betriebsmittel“) zusammen.⁴⁹ Die für eine Fabrikation notwendigen Rohstoffe, Halbfabrikate u.a. stellen den dritten Elementarfaktor dar. Die erwähnten Elementarfaktoren müssen in Ausrichtung auf bestimmte Grundsätze (z.B. ein möglichst sparsamer und dadurch wirtschaftlicher Einsatz) durch menschliche Entscheidungen kombiniert werden. Zu den drei Elementarfaktoren tritt ein dispositiver Faktor hinzu. Bei einer Übertragung der beiden Führungsfunktionen Planung und Organisation auf besondere Instanzen untergliedert sich der dispositive Faktor in die drei Faktoren Geschäfts- und Betriebsleitung, Planung und Organisation. Das System der produktiven Faktoren besteht nach Gutenberg⁵⁰ aus:</p> <p>Drei Elementarfaktoren</p> <ul style="list-style-type: none"> - menschliche Arbeitsleistung - Betriebsmittel - Werkstoffe <p>und drei dispositiven Faktoren</p> <ul style="list-style-type: none"> - Geschäfts- und Betriebsleitung - Planung - Organisation.

⁴⁴ Vgl. Lexikon der Wirtschaft Arbeit, S. 36, 84.

⁴⁵ Ebd., S. 34.

⁴⁶ Ebd., S. 35.

<p>Dieses Quantum Arbeit ist nicht mit dem im Sozialismus verwendeten Begriff der „notwendigen Arbeit“ zu verwechseln, die zur Reproduktion der menschlichen Arbeitskraft als Träger der lebendigen Arbeit erforderlich ist.⁴⁷</p> <p>Der Wert der produzierten Waren wird durch die „gesellschaftlich notwendige Arbeit“ bestimmt und findet in der Marx'schen Arbeitswertlehre ihren Niederschlag.</p>	<p>Gegenüber der güterwirtschaftlich gelenkten sozialistischen Zentralplanwirtschaft bildet die „Arbeit“ nicht den alleinigen wertbestimmenden Produktionsfaktor. Von besonderem Gewicht ist der in den Betrieben angesiedelte dispositive Faktor, der in der zentralistischen Kommandowirtschaft den systemimmanenten Grundlagen widersprechen würde.</p>
---	--

2. „Ökonomische Gesetze“ des Sozialismus und die Logik der Willkür

2.1 Lenin (1870-1924) als theorielooser wirtschaftsordnungspolitischer Experimentator

Die erste Periode der Sowjetherrschaft in Rußland (1918-1921) unter Lenin wird als „Kriegskommunismus“ bezeichnet. Lenins feste Stütze war vor allem die von ihm selbst geschaffene „Partei neuen Typs“. Sein Machtinstrument im Innern war der von Feliks Dzierżyński aufgebaute Terrorapparat, die Tscheka, die in der Organisation und in den Methoden an die zaristische Geheimpolizei erinnert.

Lenin verwirklichte den Grundsatz der Gewalteneinheit und das „Prinzip des demokratischen Zentralismus“. Das eigentliche Anliegen und Ziel der bolschewistischen Revolution war die radikale Umstrukturierung der gesamten Gesellschaftsordnung auf dem Wege eines gewaltigen Wirtschaftsexperiments. Das erstrebte Ziel dieses Experiments war die Schaffung einer klassenlosen Gesellschaft mit marktloser planmäßiger Regelung der Produktion nach den Bedürfnissen der Gesamtheit und des einzelnen und der Vergesellschaftung von Produktionsmitteln. Es sollte zu einer „völligen Auflösung des Geldes“ kommen; jeder sollte nach seinen Bedürfnissen ausnahmslos alles, was er brauchte umsonst vom Staat und nach dessen „Absterben“ von der Gesellschaft erhalten und dafür nach seinen Fähigkeiten für die Gesellschaft arbeiten.⁵¹

⁴⁸ Gutenberg, Erich: Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, Nachdruck 2006, Wiesbaden 2006, S. 27.

⁴⁹ Ebd.

⁵⁰ Vgl. ebd.

⁴⁷ Vgl. ebd.

⁵¹ Vgl. Rimscha, Hans von: Geschichte Rußlands, 2. überarbeitete Aufl., Darmstadt 1970, S. 596.

Die Autoren des Lehrbuchs „Politische Ökonomie“ formulieren: „Lenin [...] hat in seinen Werken ausführlich und wissenschaftlich begründet, daß es im Sozialismus objektiv notwendig und möglich ist, die Produktion systematisch und beispiellos schnell zu steigern; er deckte auf, daß die höchstmögliche Beschleunigung des technischen Fortschritts, das vorrangige Wachstum der Schwerindustrie und die Steigerung der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit als Grundlagen für die stetige Hebung des Wohlstandes und kulturellen Niveaus der Volksmassen lebenswichtig sind für die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft.“⁵² Auch die Autoren des Herausgebers Waldfried Schließer von der Hochschule für Ökonomie „Bruno Leuschner“ behaupten, Lenins Leistung bestehe in der Erarbeitung des „ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus“ sowie der Theorie der Warenproduktion und des Wertgesetzes.⁵³ Erstens verteidige Lenin die Marxsche Arbeitswerttheorie gegen alle Angriffe durch die „bürgerliche politische Ökonomie“ sowie auch gegen verschiedene Reform- und „Verbesserungsversuche“. Zweitens gäbe Lenin eine Interpretation der Marxschen Arbeitswerttheorie, wozu z.B. die klassische Formulierung des Inhalts der Warenproduktion⁵⁴ und des Wert-Preis-Problems⁵⁵ gehören. Drittens habe Lenin die Notwendigkeit erkannt, – entgegen der Auffassung führender Sozialisten, beispielsweise Bebels, Luxemburgs, Kautskys, Hilferdings – die Waren- und Geldzirkulationen und das ökonomische Grundgesetz für den Aufbau des Sozialismus zu entfalten und planmäßig auszunutzen.⁵⁶

Damit überhaupt die „ökonomischen Gesetze des Sozialismus“ wirken können, forderte Lenin die „Zerstörung“ kapitalistischer Strukturen in Rußland und die alleinige Herrschaft der Bolschewiki. Die Enteig-

⁵² Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Institut für Ökonomie. Politische Ökonomie. Lehrbuch, 3. überarbeitete Aufl., Berlin 1959, S. 520. In dem sowjetischen Lehrbuch „Politische Ökonomie“, Berlin 1955 wird behauptet, daß Lenin die „Ausgangsthese des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus erarbeitet hat“, S. 462. Eine solche Behauptung läßt sich aus den Werken Lenins nicht ableiten. Vgl. dazu Schneider, Jürgen: „Marxistisch-leninistische Wirtschaftswissenschaften“ nach sowjetischem Modell an den Hochschulen der SBZ / DDR. Legitimation und Propaganda für die Parteitage der SED, in: Hans-Jürgen Gerhard (Hrsg.), Struktur und Dimension. Festschrift für Karl Heinrich Kaufhold zum 65. Geburtstag, Bd. 2, 1997, S. 214-265 (250), Fußnote 201.

⁵³ Schließer, Waldfried (Hrsg.): Wertgesetz und Wertkategorien in der sozialistischen Planwirtschaft – eine politökonomische Studie, Berlin 1979, S. 14.

⁵⁴ Lenin, Wladimir I.: Zur sogenannten Frage der Märkte, in: Werke Bd. 1, Berlin 1959, S. 84.

⁵⁵ Lenin, Wladimir I./ Karl Marx, in: Werke Bd. 21, Berlin 1962, S. 55.

⁵⁶ Vgl. Schließer, Waldfried (Hrsg.): Wertgesetz und Wertkategorien in der sozialistischen Planwirtschaft, S. 14.

nung der besitzenden Klasse wurde durch entsprechende Dekrete angeordnet. Die anarchischen Zustände im Industriesektor wollte Lenin durch drakonische Strafmaßnahmen erzwingen, die sog. „Arbeitsdisziplin“. Selbst kleine Verfehlungen, wie z.B. Verspätungen, konnten das Einkommen reduzieren, die Freiheit gefährden und gegebenenfalls wurde mit Todesstrafe gedroht. Die Genossenschaften wurden der Struktur staatlicher Versorgungsorgane angegliedert, die Gewerkschaften „verstaatlicht“. Auf dem Dorf sollte ein Netz von „besonderen Volksorganen“ errichtet werden, die eine Kontrolle über die gesamte Produktionstätigkeit der Bauern ausüben sollten.⁵⁷ Die totale Zerstörung traditioneller Strukturen respektive der Moral stand unter der Leninschen Formel: Der Zweck heiligt die Mittel.

Die dilettantische und utopische Politik des „Kriegskommunismus“ führte zu einer Wirtschaftsmisere und rief zunehmend Massenwiderstand hervor, der sich in großen Bauernrevolten und Unruhen in Großstädten niederschlug. Er gipfelte schließlich in dem berühmten Aufstand der Kronstädter Matrosen im März 1921, der blutig niedergeschlagen wurde.

Die Bolschewiki – unter der Führung Lenins - sahen sich auf dem Hintergrund der wirtschaftlichen Misere gezwungen, eine neue Konzeption ihrer Politik zu entwickeln, deren Basis die Erneuerung der Marktmechanismen und Freiräume für die Wirkung von Ware- Geld- Beziehungen sein sollten. Die Sphäre der staatlichen Lenkung der Gesellschaft sowie der Umfang staatlicher Eingriffe in das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben wurden deutlich reduziert. Wie vor der Einführung des „Kriegskommunismus“ besaßen die Bolschewiki unter Lenins Führung auch beim Übergang zur „Neuen Ökonomischen Politik“ (NEP) keine klare und realistische Konzeption.⁵⁸ Die NEP, die auf dem X. Parteitag der KPR im März 1921 beschlossen wurde, sollte eine Atempause bringen. Sie war als vorübergehende Konzession an die kapitalistischen Kräfte gedacht und nicht als Verzicht auf den Sozialismus. Die Investierung größerer ausländischer Kapitalien in der Form sog. Industriekonzessionen wurde zeitweilig gefördert und ein Wettbewerb zwischen staatlicher und privater Initiative zugelassen. Gleichzeitig wurde die völlig zerrüttete Währung durch Einführung des Cervonec stabilisiert (1922). Während der Außenhandel, das Bankwesen und die Schwer- und Grundstoffindustrie verstaatlicht blieben, wurden der Binnenhandel und die mittlere und kleine Industrie wieder für eine Privat-

⁵⁷ Vgl. Reiman, Michael: Lenin, Stalin, Gorbačev. Kontinuität und Brüche in der sowjetischen Geschichte, Hamburg 1987, S. 25.

⁵⁸ Vgl. ebd., S. 26.

initiative freigegeben.⁵⁹ Das gleiche gilt auch für die Landwirtschaft infolge der wieder zugelassenen privatwirtschaftlichen Initiative. Bauern wurde es gestattet, einen Teil ihrer Erzeugnisse für sich zu behalten und auf dem freien Markt zu verkaufen.

In die Mitte der Periode der NEP (1921-1927) fiel der Tod Lenins (Januar 1924). Eine erneute Wirtschaftskrise brach Ende 1927 aus. Die Versorgung mit Lebensmitteln und landwirtschaftlichen Rohstoffen brach völlig zusammen. Eine verheerende Hungerkatastrophe breitete sich aus, der mehrere Millionen Menschen zum Opfer fielen.

Im Dezember 1927 unterbreitet Stalin – nach der Entmachtung von Leo Trotzki - die „Direktiven für die Erstellung eines Fünfjahresplanes der Volkswirtschaft“; damit war die Periode der NEP beendet. Bereits im Rahmen des 1. Fünfjahresplanes (1928-1932) begann Stalin, die sog. Kulaken entschädigungslos zu enteignen, zu deportieren und ihre Ernterträge zur Verfügung des Staates einzuziehen. Sein verkündetes und mit Hilfe der Machtinstrumente des totalitären Staates auch erreichtes Ziel war die „Liquidierung des Kulakentums als Klasse“.⁶⁰

Nach Schätzungen wurden zwei bis drei Millionen sog. Kulaken entweder als „Konterrevolutionäre“ sofort liquidiert oder in den hohen Norden, nach Sibirien und in den Fernen Osten deportiert. Ein großer Teil der Deportierten ist in den Lagern des GULAG umgekommen.

Zusammenfassend kann man feststellen, daß Lenin ein theorielooser wirtschaftspolitischer Experimentator war. Er besaß keine klare und realistische Konzeption über die Gestaltung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse; weder bei der Einführung des „Kriegskommunismus“ noch beim Übergang zur NEP.

2.2 Josef W. Stalin (1879-1953) erfindet die phantastischen „ökonomischen Gesetze des Sozialismus“ (1951)

Die „objektiven Gesetze des Sozialismus“ stammen von Josef W. Stalin⁶¹ in dem von ihm initiierten Lehrbuch „Politische Ökonomie“, das 1954 in der UdSSR erschien. Die deutsche Ausgabe wurde vom Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut beim Zentralkomitee der Sozialistischen

⁵⁹ Vgl. Rimscha, Hans von: Geschichte Rußlands, S. 601 f.

⁶⁰ Vgl. ebd., S. 618 f.

⁶¹ Stalin, Josef W.: Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR. Bemerkungen zu ökonomischen Fragen, die mit der Novemberdiskussion 1951 zusammenhängen, in: Einheit, 7. Jg., Juli 1952, Heft 7, S. 1013-1062.

Einheitspartei Deutschlands besorgt und erschien 1955 in erster Auflage von 300.000 Exemplaren in Berlin.⁶²

Nach Stalin entstand das „Gesetz der planmäßigen (proportionalen) Entwicklung der Volkswirtschaft als Gegengewicht zum Gesetz der Konkurrenz und der Anarchie der Produktion im Kapitalismus“.⁶³

Zu den im Sozialismus wirksamen ökonomischen Gesetzen zählte Stalin auch das Wertgesetz.⁶⁴ Das Grundgesetz des Sozialismus formulierte Stalin so: „Die wesentlichen Züge und Erfordernisse des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus könnten etwa folgendermaßen formuliert werden: Sicherung der maximalen Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft durch ununterbrochenes Wachstum und stetige Vervollkommnung der sozialistischen Produktion auf der Basis der höchstentwickelten Technik.“⁶⁵ Nach Stalin sind die „Gesetze der politischen Ökonomie im Sozialismus somit objektive Gesetze, die die Gesetzmäßigkeit der sich unabhängig von unserem Willen vollziehenden Prozesse des ökonomischen Lebens widerspiegeln“ und „Gegenstand der politischen Ökonomie sind die Produktionsverhältnisse, die ökonomischen Verhältnisse der Menschen. Hierzu gehören: a) die Formen des Eigentums an den Produktionsmitteln; b) die sich daraus ergebende Stellung der verschiedenen sozialen Gruppen in der Produktion und ihre wechselseitigen Beziehungen oder, wie Marx sagt: ‚Der Austausch ihrer Tätigkeiten gegeneinander;‘ c) die völlig davon abhängenden Formen der Verteilung der Produkte. All das zusammengenommen bildet den Gegenstand der politischen Ökonomie.“⁶⁶

Auf der II. theoretischen Konferenz der SED wurde die Arbeit Stalins ausführlich behandelt⁶⁷ und wurde zur Grundlage der „Politischen Ökonomie“ in der DDR ab 1952/53 sowie an allen Universitäten und Hochschulen der DDR zur Pflichtlehrveranstaltung im Grundstudium. Zur Vorgeschichte des Lehrbuchs „Politische Ökonomie“ (1955) berichtet Robert Naumann, Professor an der Humboldt-Universität Berlin und an den Entstehungsarbeiten des sowjetischen Lehrbuchs „Politische Ökonomie“ Beteiligter: [...] „Nicht selten schlüpfte die oberflächliche

⁶² Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Institut für Ökonomie. Politische Ökonomie. Lehrbuch, Berlin 1955.

⁶³ Stalin, Josef W.: Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, S. 1016.

⁶⁴ Vgl. ebd., S. 1024 f.

⁶⁵ Ebd., S. 1035.

⁶⁶ Ebd., S. 1017, 1055.

⁶⁷ Mußler, Werner: Die Bedeutung der Arbeit J.W. Stalins „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“. Bericht von der II. theoretischen Konferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: Einheit, 8. Jg., Januar 1953, Heft 1, S. 26 ff.

und falsche Meinung durch, daß es im Sozialismus keine ökonomischen Gesetze gebe. [...] Die Leugnung des Wirkens ökonomischer Gesetze des Sozialismus aber bedeutete das Abgleiten zum vulgären Voluntarismus. [...] Die Frage des Charakters der ökonomischen Gesetze des Sozialismus wurde (von J.W. Stalin) restlos geklärt. Zum ersten Male wurden das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus und das Gesetz der planmäßigen, proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft formuliert. [...] Das Lehrbuch ist von dem Bestreben getragen, die Ausführungen unserer großen Lehrmeister und die Beschlüsse der Partei richtig wiederzugeben.“⁶⁸

Das Motto „Von der Sowjetunion lernen heißt siegen lernen“ bedeutete, daß mit der Übernahme der sozialistischen Zentralplanung nach sowjetischem Modell auch die politische Ökonomie des Sozialismus von der Sowjetunion übernommen wurde.⁶⁹ „Stalins Arbeit ‚Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR‘ bildet den Ausgangspunkt für grundlegende inhaltliche und methodologische Verbesserungen im Unterricht der Wirtschaftswissenschaften. [...] Es gibt keine Fragen und Zusammenhänge der politischen Ökonomie, die nicht neu durchgearbeitet werden müßten.“⁷⁰

Vom Anfang bis zum Ende der DDR orientierte sich die politökonomische Forschung an den Parteitagungen der SED, die sich in „voller Übereinstimmung mit dem Programm der KPdSU“⁷¹ befanden.

Die ökonomischen Gesetze werden als „allgemeingültig“ und „objektiv“ dargestellt.⁷²

⁶⁸ Naumann, Robert: Aus der Vorgeschichte des Lehrbuchs „Politische Ökonomie“, in: Wirtschaftswissenschaft, 1955, S. 45 ff. und vgl. Schürer, Gerhard: Gewagt und verlor. Eine deutsche Biographie, Frankfurt/ Oder 1996, S. 62 f.

⁶⁹ Schneider, Jürgen: „Marxistisch-leninistische Wirtschaftswissenschaften“ nach sowjetischem Modell an den Hochschulen der SBZ / DDR, S. 232 f.; Dittmann, Gabriele: Zur Formierung der politischen Ökonomie des Sozialismus als Lehr- und Forschungsdisziplin während der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR, Diss. Berlin 1983.

⁷⁰ Benary, Arne/ Schnippel, Günther/ Wenger, Siegfried: Über die Auswertung der Arbeit Stalins „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Karl-Marx-Universität in Leipzig, in: Wirtschaftswissenschaft, 1. Jg. 1953, S. 198 und vgl. u.a. Naumann, Robert: Stalin als Ökonom, in: Das Redaktionskollegium, Unsere Aufgabe, in: Wirtschaftswissenschaft, 1. Jg. 1953, S. 4-20.

⁷¹ Kleines politisches Wörterbuch, Berlin (Ost) 1973, S. 684.

⁷² Vgl. u.a. Oelßner, Fred: Über das Wirken objektiver Gesetze in der Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik, in: Einheit, 9. Jg. Oktober 1954, Heft 10, S. 920 f.; Wörterbuch der Ökonomie. Sozialismus, hrsg. von Ehlert, Willi/ Joswig, Heinz und Luchterhand, Willi, Stichwort Ökonomisches Gesetz, Berlin 1967, S. 338; Ökonomi-

Der „objektiver Charakter der ökonomischen Gesetze des Sozialismus besteht darin, daß diese Gesetze unabhängig vom Willen und vom Bewußtsein der Menschen existieren; sie können nicht nach dem Willen der Menschen abgeschafft oder umgewandelt werden; wird den Erfordernissen dieser Gesetze nicht Rechnung getragen, so sind Störungen im Wirtschaftsleben unvermeidlich. Die sozialistische Gesellschaft kann aber diese Gesetze erkennen, sie sich zu eigen machen und in ihrem Interesse ausnutzen.“⁷³

Das Wertgesetz und seine Kategorien sind „unabdingbarer Bestandteil des gesamten Systems der objektiven Gesetze des Sozialismus“⁷⁴. Diese Behauptung wurde von J.W. Stalin aufgestellt.⁷⁵ Aufbauend auf Stalin gab es folgende ökonomische Gesetze des Sozialismus⁷⁶:

- das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus

„Das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus umschließt das objektive Ziel der Produktion im Sozialismus und die Mittel zu seiner Realisierung. Das Ziel der Produktion im Sozialismus besteht in der immer vollständigeren Befriedigung der wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Menschen. Mittel zur Erreichung dieses Ziels sind ein hohes Entwicklungstempo der Produktion, die Erhöhung der Effektivität, die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und das Wachstum der Arbeitsproduktivität. Durch das ökonomische Grundgesetz ist die Wirkungsrichtung aller anderen ökonomischen Gesetze des Sozialismus bestimmt. Es gibt die grundlegende Orientierung für das ökonomische Handeln der Menschen.“⁷⁷

- das Wertgesetz

„Das Wertgesetz als Gesetz der Warenproduktion ist ein notwendiger Bestandteil des Systems der ökonomischen Gesetze des Sozialismus. Da im Sozialismus die Arbeitsprodukte als Waren erzeugt werden, erlangt der gesellschaftliche Arbeitsaufwand Wertausdruck. Infolge der Existenz

ches Lexikon A-G, Stichwort Gesetz, ökonomisches, 3. neu bearbeitete Aufl., Berlin 1978, S. 758.

⁷³ Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Institut für Ökonomie. Politische Ökonomie. Lehrbuch, Berlin 1955, S. 461; vgl. dazu auch Politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus. Lehrbuch für das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium, hrsg. von Horst Richter et al., 14. Aufl., Berlin 1988, S. 27 f.

⁷⁴ Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR, Berlin 1969, S. 191.

⁷⁵ Stalin, Josef W.: Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, S. 1024.

⁷⁶ Volkswirtschaftsplanung. Lehrbuch, hrsg. von Hans-Heinrich Kinze/ Hans Knop/ Eberhard Seifert, Berlin 1975, S. 49.

⁷⁷ Ebd., S. 50.

der Warenproduktion in der sozialistischen Gesellschaft wirkt auch hier das Wertgesetz. Das Wertgesetz schließt ein, daß die Waren in Übereinstimmung mit dem gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand produziert und ausgetauscht werden. Es erfordert, daß der Arbeitsaufwand planmäßig in Wertform ausgedrückt wird und sich der gesellschaftliche Wert der Waren entsprechend dem Wachstum der gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität verringert. Der Wert tritt im Sozialismus in Wertkategorien, wie zum Beispiel dem Geld, dem Preis, den Kosten, den Finanzen, dem Kredit, dem Zins oder der Grundrente, in Erscheinung.⁷⁸

- das Gesetz der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft

Das Gesetz „wirkt auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums an den wichtigsten Produktionsmitteln. Auf der Grundlage der Vergesellschaftung der Produktionsmittel wird die notwendige Proportionalität in der Verteilung der Produktionsmittel und Arbeitskräfte auf die Zweige der sozialistischen Volkswirtschaft planmäßig hergestellt. Spontaneität und Selbstlauf sind mit dem sozialistischen Eigentum unvereinbar.“⁷⁹ Zu den wichtigsten Proportionen der sozialistischen Volkswirtschaft zählen u.a.: ein „richtiges Verhältnis zwischen der Produktion von Produktions- und Konsumtionsmitteln; richtige Proportionen in der Entwicklung der einzelnen Zweige der Volkswirtschaft [...] eine rationelle Standortverteilung der Produktion.“⁸⁰

- das Gesetz der vorrangigen Entwicklung der Produktion von Produktionsmitteln gegenüber der Produktion von Konsumtionsmitteln

„Ökonomisches Gesetz der erweiterten Reproduktion des gesellschaftlichen Gesamtprodukts, das den objektiven Zusammenhang zw. dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt und der Entwicklung der Zweigstruktur der gesellschaftlichen Produktion (Abteilungen I und II) ausdrückt. Das ständige Wachstum der organischen Zusammensetzung der Produktion führt zu einer Verminderung des Anteils der lebendigen und zu einer Erhöhung des Anteils der vergegenständlichten Arbeit am produzierten gesellschaftlichen Produkt, was gesetzmäßig zu einem schnelleren Wachstum der Produktion von Produktionsmitteln (Abteilung I) gegenüber der von Konsumtionsmitteln (Abteilung II) führt. [...]

⁷⁸ Ebd., S. 60.

⁷⁹ Wörterbuch der Ökonomie. Sozialismus, hrsg. von Ehlert, Willi/ Joswig, Heinz und Luchterhand, Willi, Stichwort Gesetz der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft, Berlin 1967, S. 173.

⁸⁰ Ebd., S. 174.

Die immer bessere Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung im Sozialismus mit Konsumtionsmitteln verlangt die Produktion von immer mehr, technisch besseren und vollkommeneren Produktionsmitteln. Das Niveau und der Umfang der fungierenden Produktionsmittel bestimmt, unter welchen Bedingungen, mit welchem Effekt und in welcher Größe Konsumtionsmittel produziert werden können.⁸¹

- das Gesetz der Ökonomie der Zeit

„Allgemeines ökonomisches Gesetz, das die Notwendigkeit, bei aller ökonomischen Tätigkeit Zeit einzusparen und Arbeitszeit auf rationellste Weise zu verausgaben, widerspiegelt. Dem Gesetz liegt die Tatsache zugrunde, daß der gesellschaftliche Reichtum durch die Arbeit des Menschen geschaffen wird, folglich der Umfang des gesellschaftlichen Reichtums und die Wohlfahrt der Gesellschaft sich erhöhen, je rationeller und effektiver die gesellschaftliche Arbeit, lebendige wie vergegenständlichte, verausgabt wird.“⁸²

- das Gesetz der stetigen Steigerung der Arbeitsproduktivität

Das Gesetz „verlangt, daß sich im Sozialismus die zur Herstellung eines Gebrauchswertes notwendige Menge an vergegenständlichter und lebendiger gesellschaftlicher Arbeit ununterbrochen verringert. [...] Durch die Produktion der modernsten Produktionsinstrumente, die Entwicklung der führenden Zweige, die Konzentration, Kombination, Spezialisierung und Kooperierung der Produktion, die rationelle Standortverteilung der Produktion werden immer neue Möglichkeiten zur Steigerung der Arbeitsproduktivität erschlossen.“⁸³

- das Gesetz der Verteilung nach der Arbeitsleistung (G.d.V.)

„Ökonomisches Gesetz des Sozialismus, das als Hauptprinzip bei der Verteilung der Konsumgüter an die Werktätigen die Abhängigkeit von der Qualität und Quantität der geleisteten Arbeit und die Zahlung von gleichem Arbeitseinkommen für gleiche Arbeit unabhängig von Nationalität, Alter und Geschlecht erfordert. Die Verteilung nach der Arbeitsleistung ist notwendig, weil die Produktivkräfte im Sozialismus noch nicht einen solchen Entwicklungsstand erreicht haben, daß ein Überfluß an Produkten geschaffen wird und die Verteilung der Konsum-

⁸¹ Ökonomisches Lexikon A-G, Stichwort Gesetz der vorrangigen Entwicklung der Produktion von Produktionsmitteln, Berlin 1978, S. 770.

⁸² Wörterbuch der Ökonomie. Sozialismus, hrsg. von Ehlert, Willi/ Joswig, Heinz und Luchterhand, Willi, Stichwort Gesetz der Ökonomie der Zeit, Berlin 1967, S. 172.

⁸³ Wörterbuch der Ökonomie. Sozialismus, Stichwort Gesetz des stetigen Wachstums der Arbeitsproduktivität, Berlin 1967, S. 177.

tionsmittel nach den Bedürfnissen der Bevölkerung erfolgen kann, und weil die Arbeit noch nicht zum ersten Lebensbedürfnis geworden ist. Die Durchsetzung des G.d.V. sichert die Wirksamkeit der persönlichen materiellen Interessiertheit der Werktätigen an den Ergebnissen der gesellschaftlichen Produktion als Triebkraft zur ständigen Steigerung der Arbeitsproduktivität.“⁸⁴

2.3 Charakter und Folgen der Nichtexistenz der „ökonomischen Gesetze des Sozialismus“: Voluntarismus, Subjektivismus

Bereits Anfang der sechziger Jahre wies Karl C. Thalheim nach: „Die offizielle politökonomische Theorie behauptet zwar die Existenz des ‚Geistes der planmäßigen proportionalen Entwicklung‘ der sozialistischen Wirtschaft; die Erfahrungen, die sowohl in der Sowjetunion als auch in der Sowjetzone gemacht worden sind, stehen jedoch zu dieser Behauptung in krassem Widerspruch.“⁸⁵

Horst Ebel kritisierte Stalins „objektive ökonomische Gesetze“ des Sozialismus: „Er (Stalin) verzichtete auf den Beweis, die Objektivität war für ihn a priori vorhanden. Und weil diese da war, ergab sich daraus nicht nur die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus, sondern war die Formulierung dieser Grundgesetze zugleich die Zerschlagung der unwissenschaftlichen bürgerlichen Theorie.“⁸⁶

Alle von Stalin erfundenen „ökonomischen Gesetze“ berühren nicht die eigentliche ökonomische Realität. Sie waren Phantome und Appelle der Parteiführung.⁸⁷ Stalins „Gesetz der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft“⁸⁸ ist nur in einer stationären Wirtschaft (Pareto, Barone), also in einer Wirtschaft ohne technischen Fortschritt möglich.⁸⁹ Stalin und im Anschluß daran die „Politische Ökonomie des Sozialismus“ postulierten jedoch eine „höchstentwickelte Technik“, die jedoch das Gleichgewicht immer wieder stört (Schumpeter). Der Träger des technischen Fortschritts, der Unternehmer, war von der KPD/ SED

⁸⁴ Wörterbuch der Ökonomie. Sozialismus, Stichwort Gesetz der Verteilung nach der Arbeitsleistung, Berlin 1967, S.176.

⁸⁵ Thalheim, Karl C.: Die Wirtschaft der Sowjetzone in Krise und Umbau, Berlin 1964, S. 21.

⁸⁶ Ebel, Horst: Abrechnung - Das Scheitern der ökonomischen Theorie und Praxis des „realen Sozialismus“, Berlin 1990, S. 77.

⁸⁷ Vgl. ebd., S. 77.

⁸⁸ Stalin, Josef W.: Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, S. 1016.

⁸⁹ Schneider, Jürgen: „Marxistisch-leninistische Wirtschaftswissenschaften“ nach sowjetischem Modell an den Hochschulen der SBZ / DDR, S. 250.

als Klassenfeind liquidiert worden. Die „höchstentwickelte Technik“ war ein Produkt der Parteitagsbeschlüsse der SED.⁹⁰ „Wenn die sozialistische Zentralplanwirtschaft eine höhere Produktivität als der Kapitalismus haben wollte, dann mußte in den Parteitagsbeschlüssen, in den sozialistischen Zentralplänen mehr Sachverstand zentral vorhanden sein als die Millionen Unternehmer in der Marktwirtschaft hatten. Das Politbüro der SED hätte eine permanente Offenbarung haben müssen, eine irrealer Vorstellung.“⁹¹ Ebel betont zu Recht, daß der wissenschaftlich-technische Fortschritt in der sozialistischen Zentralplanung ein Störfaktor ist.⁹²

Der russische Dissident Michael S. Voslensky nennt das von Stalin formulierte „ökonomische Grundgesetz des Sozialismus“ die „phantastischste Behauptung in der offiziellen Politökonomie des realen Sozialismus. Nach seiner Auffassung besteht das wahre Grundgesetz des Realsozialismus im Bestreben der herrschenden Nomenklaturklasse, durch wirtschaftliche Maßnahmen die maximale Sicherung und Verbreitung ihrer Macht zu garantieren“.⁹³ Die Verstaatlichung der Produktionsmittel bedeutete, daß die Nomenklatura der SED dem Arbeiter den „Mehrwert“ zur eigenen Herrschaftsausübung entzog.

Im Herbst 1989 bildete das Politbüro der SED eine Kommission, „die die Ursachen und die persönlichen Verantwortlichkeiten für die gegenwärtige ökonomische Situation in der DDR untersucht“⁹⁴. Der Bericht der Kontrollkommission vom 21. November 1989 führte u.a. aus: „Seit Beginn der 70er Jahre hat die DDR über ihre Verhältnisse gelebt. [...] Den Beschlüssen des IX. Parteitages wurden nicht realisierbare Zielstellungen und Wunschträume zugrunde gelegt. Dies führte zu sozialpolitischen Maßnahmen, die nicht durch eigene wirtschaftliche Leistungen erwirtschaftet waren. [...] Im Ergebnis der groben Verletzung der ökonomischen Gesetze wurde die Struktur- und Verschuldungspolitik nicht mehr beherrscht. [...] Alle wesentlichen ökonomischen Gleichgewichte der Wirtschaft wurden durcheinander gebracht.“⁹⁵ Der

⁹⁰ Ebel, Horst: Abrechnung - Das Scheitern der ökonomischen Theorie und Praxis des „realen Sozialismus“, S. 84.

⁹¹ Schneider, Jürgen: „Marxistisch-leninistische Wirtschaftswissenschaften“ nach sowjetischem Modell an den Hochschulen der SBZ / DDR, S. 250 f.

⁹² Vgl. Ebel, Horst: Abrechnung - Das Scheitern der ökonomischen Theorie und Praxis des „realen Sozialismus“, S. 84.

⁹³ Vgl. Schneider, Gernot: Wirtschaftswunder DDR. Anspruch und Realität, Köln 1988, S. 46.

⁹⁴ Janson, Carl-Heinz: Totengräber der DDR. Wie Günter Mittag den SED-Staat ruinierte, Düsseldorf, Wien, New York 1991, S. 256.

⁹⁵ Ebd., S. 256, 259.

Bericht spricht von „subjektivistischen Entscheidungen in der Investitionspolitik, die in der Endkonsequenz zu weiteren Disproportionen im gesamtwirtschaftlichen Reproduktionsprozeß führten“,⁹⁶ vom „praktizierten Voluntarismus“⁹⁷ und vom „ausgeklügelten System der Schönfärberei von Berichten, Analysen und Veröffentlichungen in den Medien.“⁹⁸ Nach kommunistischem Brauch wurde die „Hauptschuld- und -verantwortung“ auf Personen, Erich Honecker und Günter Mittag, abgewälzt.⁹⁹ Carl-Heinz Janson sieht den Mangel des Berichtes darin, „daß er nicht zu den tieferen Ursachen vorstößt, nämlich zur Auseinandersetzung mit der stalinistischen Verzerrung des Wirtschaftssystems, und daß er nicht aufdeckt, wie die subjektiven Mängel der führenden Genossen durch dieses System ihre verhängnisvolle Wirkung entfalten konnten.“¹⁰⁰

„Der Bericht der Kontrollkommission zeigt mit aller Deutlichkeit, daß die Verfasser des Berichtes gläubige Kommunisten/Sozialisten waren und daß der Glaube an ‚objektive Gesetze des Sozialismus‘ von der Gründung der DDR (1949) bis zum Kollaps der DDR (1989) anhielt.“¹⁰¹

1990 richtete Ulrich Sommerfeld eine Zuschrift an die Zeitschrift „Wirtschaftswissenschaft“: „Objektive Prozesse und Erfordernisse haben sich als stärker erwiesen als subjektive Vorstellungen und subjektives Wollen. Der Versuch, spezielle sozialistische Gesetze und Gesetzmäßigkeiten zu formulieren, führte in eine Sackgasse.“¹⁰² Die Generallinie der ökonomischen Politik der SED-Führung war ein „theorieloser Zickzack-Kurs“.¹⁰³ Die güterwirtschaftlich gelenkte sozialistische Zentralplanwirtschaft der DDR war theorielos, hatte kein Ordnungssystem und führte zu willkürlichen Entscheidungen.

Zu der Entwicklung in Sowjet-Rußland – deren Grundlagen von den sozialistischen Ländern übernommen wurden – stellt Georg Halm bereits 1929 fest: „[...] daß die Mißerfolge in Sowjet-Rußland viel weniger auf

⁹⁶ Ebd., S. 257.

⁹⁷ Ebd., S. 260.

⁹⁸ Ebd., S. 261.

⁹⁹ Ebd., S. 261.

¹⁰⁰ Ebd., S. 262.

¹⁰¹ Schneider, Jürgen: „Marxistisch-leninistische Wirtschaftswissenschaften“ nach sowjetischem Modell an den Hochschulen der SBZ / DDR. Legitimation und Propaganda für die Parteitage der SED, S. 214-265 (229).

¹⁰² Sommerfeld, Ulrich: Weltwirtschaftliche Transformation und gesamteuropäische Kooperation, in: Wirtschaftswissenschaft, 38, 1990, S. 1670.

¹⁰³ Schneider, Jürgen: „Marxistisch-leninistische Wirtschaftswissenschaften“ nach sowjetischem Modell an den Hochschulen der SBZ / DDR, S. 257.

Fehler in der Diktatur der proletarischen Minderheit zurückzuführen sind, als auf die prinzipielle Systemlosigkeit der sozialistischen Wirtschaft.“¹⁰⁴

Der Erfinder der „ökonomischen Gesetze des Sozialismus“, J.W. Stalin, wurde nach 1956 nicht mehr zitiert. Die Gesetze jedoch wurden auf allen Parteitagungen und in allen sozialistischen Lehrbüchern weiter propagiert. Der tiefe sozialistisch-kommunistische Glaube an die „ökonomischen Gesetze“ hielt von Ulbricht über Honecker bis zum Ende der DDR ungebrochen an. Fritz Behrens, der wegen seiner Auffassungen von Walter Ulbricht auf der Babelsberger Konferenz (April 1958) angegriffen wurde, formuliert: „[...] Ein objektives Gesetz der planmäßigen Entwicklung der Wirtschaft existiert so wenig wie ein objektives Gesetz ihrer proportionalen Entwicklung.“¹⁰⁵

Bei den „ökonomischen Gesetzen“ des Sozialismus handelt sich um ideologisch verbrämte Gemeinplätze, um Leersätze. Karl R. Popper kritisierte in seinem Werk die Hegelsche Dialektik, auf der der historische und der dialektische Materialismus aufbauten. Die Theorien von Hegel und Marx seien von Grund auf falsch.¹⁰⁶ Marx' Denken führe in eine „geschlossene Gesellschaft“. Diese sei dadurch gekennzeichnet, daß sie sozusagen am Reißbrett von „kommunistischen Funktionären“ geplant werde, die sich im Besitz angeblich „wissenschaftlicher Erkenntnisse über die objektiven Interessen“ der Unterworfenen glaubten. Die „geschlossene Gesellschaft“ sei also eine totalitäre Diktatur. In seiner Schrift „Das Elend des Historizismus“¹⁰⁷ kritisierte Popper die Vorstellung des historischen Materialismus, daß Geschichte zielgerichtet verlaufe, daß bestimmte Muster in ihr durch bestimmte darauf folgende Muster begründet würden, daß die vermeintlich „objektive Erkenntnis“ dieser Grundmuster Prognosen des Geschichtsverlaufs und normative Aussagen darüber erlaube, wie er zu beeinflussen sei. Insgesamt sei der historische und dialektische Materialismus aber keineswegs wissenschaftlich, da er nicht falsifizierbar sei.

In einem Abschnitt „Die Wissenschaft und die Zukunft“ führt von Mises aus: „Die Voraussage, deren die Nationalökonomie fähig ist, bezieht sich auf die Wirkungen künftigen Handelns. Sie kann nichts darüber sagen, wie gehandelt werden wird. Über die Zukunft der Gesellschaft und der menschlichen Kultur und über den Gang der künftigen

¹⁰⁴ Halm, Georg: Ist der Sozialismus wirtschaftlich möglich?, Berlin 1929, S. 41.

¹⁰⁵ Behrens, Fritz: Abschied von der sozialen Utopie, Berlin 1992, S. 138 f.

¹⁰⁶ Vgl. Popper, Karl R.: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. Falsche Propheten Hegel, Marx und die Folgen, 8. Aufl. Tübingen 2003.

¹⁰⁷ Popper, Karl R.: Das Elend des Historizismus, Tübingen 1957.

Ereignisse können wir durch praxeologische und nationalökonomische Erkenntnis nicht unterrichtet werden. Keine Wissenschaft kann die Frage beantworten, ob wir am Anfänge neuer ungeahnter Kulturfortschritte stehen oder am Anfänge eines Rückfalls in die Barbarei. Wissenschaftliche Voraussicht ist eben nicht Prophetie. Voraussagen ist nicht Wahrsagen.

Dieser Tatbestand mag manchen enttäuschen und ihn die Bedeutung der praxeologischen und nationalökonomischen Erkenntnis geringschätzen lassen. Doch der Mensch hat sich damit abzufinden, dass dem Denken und Forschen seines Geistes Schranken gezogen sind.

Was die Zukunft birgt, wird uns immer unbekannt bleiben. Es kann gar nicht anders sein. Denn wüssten wir im Voraus, was die Zukunft unabänderlich bringt, dann könnten wir nicht mehr handeln.¹⁰⁸

Auch Georg Halm stellt fest: „Was in Zukunft wirtschaftlich möglich sein wird, kann niemand voraussehen.“¹⁰⁹

Im klaren Gegensatz zum sozialistisch-kommunistischen Glauben der SED-Funktionäre an die „ökonomischen Gesetze“ und dem unabdingbaren, zwangsläufigen Eintritt der als „Gesetz“ formulierten Thesen, Zielvorstellungen und Appelle, entwickelte Friedrich August von Hayek eine Theorie der kulturellen Evolution. Nach von Hayek sind die Regeln, auf denen das menschliche Handeln und Zusammenleben beruht, in einem evolutorischen „trial and error“ Prozeß geformt worden, den von Hayek in seiner Theorie der kulturellen Evolution darlegt.¹¹⁰

Für Hayek ist die kulturelle Evolution ein Prozeß unablässiger Anpassung an unvorhersehbare Ereignisse, an zufällige Umstände, die nicht vorhergesagt werden können.¹¹¹ „Insofern ist es wichtig, von Anfang an eine Vorstellung zu vermeiden, die sich aus der ‚verhängnisvollen Anmaßung‘ [...] ergibt: nämlich den Gedanken, die Fähigkeit zur Erwerbung von Fertigkeiten leite sich aus der Vernunft her. Es ist vielmehr umgekehrt: Unsere Vernunft ist ebenso sehr das Ergebnis eines evolutorischen Ausleseprozesses wie unsere Moral“¹¹², so Hayek. So kennt die biologische Evolutionstheorie ebenso wenig wie die kulturelle

¹⁰⁸ Mises, Ludwig von: Nationalökonomie. Theorie des Handelns und Wirtschaftens, Genf 1940, S. 750.

¹⁰⁹ Halm, Georg: Ist der Sozialismus wirtschaftlich möglich?, S. 45.

¹¹⁰ Vgl. Hayek, Friedrich A. von: Individualism and Economic Order, London 1948. (deutsch): Individualismus und wirtschaftliche Ordnung, Salzburg, 2. Aufl. 1976; ders. The Constitution of Liberty, London 1960. (deutsch) Die Verfassung der Freiheit, Tübingen, 3. Aufl. 1991.

¹¹¹ Vgl. Hayek, Friedrich A. von: Die verhängnisvolle Anmaßung: Die Irrtümer des Sozialismus, Tübingen 1996, S. 23.

¹¹² Ebd., S. 18.

Evolutionstheorie so etwas wie „Gesetze der Evolution“ oder „zwangsläufige Gesetze historischer Entwicklung“ im Sinne von Gesetzen, die für Stufen oder Phasen gelten, welche die Produkte der Evolution notwendigerweise durchmessen müssen, und die die Vorhersage zukünftiger Entwicklungen ermöglichen. Jene Philosophen, die wie Marx und Auguste Comte behaupten, daß Forschungen Entwicklungsgesetze aufdecken können, die die Vorhersage unumgänglicher zukünftiger Entwicklungen ermöglichen, irren.¹¹³

„Was die Sozialisten fordern, sind nicht moralische Schlußfolgerungen aus den Traditionen, aus denen die erweiterte Ordnung entstand, welche erst den Zivilisationsprozeß möglich machte. Im Gegenteil, sie bemühen sich, diese Traditionen durch ein rational geplantes Moralsystem zu ersetzen. [...] Sie nehmen an, daß die Menschen, die im Stande gewesen waren, irgendein System von Regeln zur Koordination ihrer Bemühungen *hervorzubringen*, auch im Stande sein müssen, ein noch besseres und befriedigenderes System zu *entwerfen*.“¹¹⁴

Von Hayek stellt sich gegen die Annahme eines allwissenden ökonomischen Menschen. Für ihn sind Menschen zielbewußte, allerdings unvollkommene Akteure mit begrenzter Informationsverarbeitungskapazität, die Fehler machen und lernen können. Von Hayek wendet sich sowohl gegen die „Annahme eines streng rationalen Verhaltens“ bzw. gegen die Annahme eines allwissenden Akteurs als auch gegen die Annahme des notwendigerweise wohltätigen und gutmütigen Menschen.¹¹⁵ Den „Sozialingenieuren“, die eine Gesellschaft auf dem Reißbrett entwerfen wollen, warf von Hayek die „Anmaßung von Wissen“ vor. Damit grenzt sich von Hayek – wie auch von Mises – vom kollektivistischen Menschenbild ab.

Für die Funktionsfähigkeit des evolutorischen Prozesses ist nicht entscheidend, daß der experimentelle Input ungeplant ist, sondern daß diese Inputs sich im Wettbewerbsprozeß bewähren müssen.¹¹⁶ Eine solche Bewährung ist u.a. gegeben, wenn „die Leute einer Ausbeutung da-

¹¹³ Vgl. ebd., S. 23.

¹¹⁴ Ebd., S. 3 f. In dem Zusammenhang formuliert von Hayek: „Die kollektivistische Wirtschaftsplanung, von der man früher gewöhnlich annahm, sie erfordere die Nationalisierung der Mittel der ‚Produktion, Verteilung und des Tausches‘, führt unweigerlich zu totalitärer Tyrannei.“ Hayek, Friedrich A. von: Drei Vorlesungen über Demokratie, Gerechtigkeit und Sozialismus, Tübingen 1977, S. 46.

¹¹⁵ Vgl. Hayek, Friedrich A. von: Individualismus und wirtschaftliche Ordnung, 1948/2. Aufl. 1976, S. 22 f. und vgl. dazu Holl, Christopher: Wahrnehmung, menschliches Handeln und Institutionen. Von Hayeks Institutionenökonomik und deren Weiterentwicklung, Tübingen 2004, S. 69 f.

¹¹⁶ Vgl. Holl, Christopher: Wahrnehmung, menschliches Handeln und Institutionen, S. 104.

durch entkommen können, daß sie mit den Füßen abstimmen.“¹¹⁷ Inwieweit die positiven Eigenschaften eines evolutorischen Wettbewerbsprozesses genutzt werden können, hängt von Hayek zufolge im Wesentlichen davon ab, ob neben der Geistes- bzw. Meinungsfreiheit insbesondere die Handlungsfreiheit der Menschen garantiert wird. Die Individuen müssen in der Lage sein, ihre eigenen Ziele erreichen zu können.¹¹⁸ Von Hayeks eigentliche Hauptthese lautet: Selbst unter der Annahme, daß eine Gruppe von Fachleuten, die mit den besten Computern ausgestattet ist, in der Lage wäre, das beste verfügbare wissenschaftliche Wissen und die Informationen zu sammeln und zu verarbeiten, würde das wirtschaftliche Problem – die Verwertung des praktischen Wissens – in einer Planwirtschaft nicht gelöst.¹¹⁹

Das ökonomische Kalkül, d.h. die Verwertung dezentralen Wissens in der Gesellschaft kann – so von Hayek – nur durch das Preissystem gelöst werden.¹²⁰ Das Preissystem vollbringt eine Koordinationsleistung, die kein anderer Mechanismus erbringen kann. Der Markt und der Preismechanismus sorgen als „Entdeckungsverfahren“¹²¹ permanent für Innovationen und Informationsverarbeitung. Mit von Hayeks Worten ausgedrückt ist es ein „Mechanismus zur Vermittlung von Informationen“¹²², der eine unglaubliche Wirtschaftlichkeit im Hinblick auf die Ausnützung von Wissen aufweist.

In der güterwirtschaftlich gelenkten sozialistischen Zentralplanwirtschaft der DDR wurde der Wettbewerb ausgeschaltet; damit fehlt auch die Funktion des Wettbewerbes als Entdeckungs- und Koordinationsverfahren von Informationen und Wissen. Ohne die „Anziehungskraft des Gewinnes“ – ohne eine entsprechende Ausgestaltung von Verfügungsrechten – kommt es in einer sozialistischen Wirtschaft kaum zu riskanten Unternehmungen und damit auch kaum zur Generierung neuen Wissens.¹²³

¹¹⁷ Hayek, Friedrich A. von: Individualismus und wirtschaftliche Ordnung, 1948/ 2. Aufl. 1976, S. 32.

¹¹⁸ Vgl. Hayek, Friedrich A. von: Liberalismus, Tübingen 1979, S. 43.

¹¹⁹ Hayek, Friedrich A. von: Individualismus und wirtschaftliche Ordnung, S. 106 f.

¹²⁰ Vgl. ebd., S. 111.

¹²¹ Vgl. Hayek, Friedrich A. von: Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren, Kieler Vorträge, Neue Folge 56, Kiel 1968.

¹²² Vgl. Hayek, Friedrich A. von: Individualismus und wirtschaftliche Ordnung, S. 115.

¹²³ Hayek, Friedrich A. von: Individualismus und wirtschaftliche Ordnung, S. 225 und vgl. dazu auch Holl, Christopher: Wahrnehmung, menschliches Handeln und Institutionen, S. 126 f.

I. DIE MISES-THESE ÜBER DIE UNMÖGLICHKEIT EINER WIRTSCHAFTSRECHNUNG IN DEN BETRIEBEN DER GÜTERWIRTSCHAFTLICH GELENKTEN SOZIALISTISCHEN ZENTRALPLANWIRTSCHAFT

1. Die Wirtschaftsrechnung der Wirtschaftssubjekte – Die theoretischen Ansätze von Ludwig von Mises: Carl Mengers „Grundsätze der Volkswirtschaftslehre“ (1871)

Die Wirtschaftsrechnung beinhaltet nicht - wie aus dem Wortsinn abgeleitet werden könnte - das „bloße Umgehen mit Zahlen“¹²⁴, sondern umfaßt das wirtschaftliche Handeln der Menschen - das „Wirtschaften“.

Das Wirtschaften erfordert von den Wirtschaftssubjekten in Ausrichtung auf die Überwindung der bei wirtschaftlichen Gütern einschließlich der Ressourcen der Produktionsfaktoren gegebenen Knappheiten ökonomische Entscheidungen über deren alternativen Verbrauch bzw. Einsatz mit der Zielsetzung einer höchstmöglichen Bedürfnisbefriedigung. Dieses wirtschaftliche Handeln unterliegt wie jedes auf einen Zweck ausgerichtete menschliche Handeln dem allgemeinen Vernunftsprinzip (Rationalprinzip).

„Alles menschliche Handeln erscheint, sofern es rational ist, als ein Vertauschen eines Zustandes mit einem anderen. Die zur Verfügung stehenden Gegenstände des Handelns - die wirtschaftlichen Güter und die eigene Arbeit und Zeit - werden in die Verwendung gebracht, die den höchsten unter den gegebenen Verhältnissen erreichbaren Grad von Wohlfahrt verbürgt.“¹²⁵

Welche Voraussetzungen verleihen den Dingen die Eigenschaften eines knappen, eines „wirtschaftlichen Gutes“? Während seines Studiums an der Wiener Universität las Mises Ende 1903 die 1871 von Carl Menger erschienenen „Grundsätze der Volkswirtschaftslehre“¹²⁶, die das nationalökonomische Denken von Mises geprägt haben.¹²⁷

¹²⁴ Rittig, Gisbert: Wirtschaftsrechnung, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften (HdSW), hrsg. von Erwin von Beckerath, Hermann Bente, Carl Brinkmann u. a., 12. Bd., Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1965, S. 238.

¹²⁵ Mises, Ludwig von: Die Gemeinwirtschaft, Jena 1922, S. 100.

¹²⁶ Menger, Carl: Grundsätze der Volkswirtschaftslehre. Erster Allgemeiner Theil, Wien 1871.

¹²⁷ Eine persönliche Bekanntschaft zwischen Menger und Mises entstand nach 1910. Eugen von Böhm-Bawerk als herausragender Nachfolger der von Carl Menger begründeten Lehre wurde zum wichtigsten persönlichen Hochschullehrer von Mises. An dem von Mises außerhalb der Universität ab 1920 veranstalteten berühmten „Privatsemi-

Carl Menger führt im ersten Kapitel unter § 1 „Ueber das Wesen der Güter“ aus: „Diejenigen Dinge, welche die Tauglichkeit haben, in Causal-Zusammenhang mit der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse gesetzt zu werden, nennen wir *Nützlichkeiten*, wofern wir diesen Causal-Zusammenhang aber erkennen und es zugleich in unserer Macht haben, die in Rede stehenden Dinge zur Befriedigung unserer Bedürfnisse thatsächlich heranzuziehen, nennen wir sie *Güter*.

Damit ein Ding ein Gut werde, oder mit andern Worten, damit es die Güterqualität erlange, ist demnach das Zusammentreffen folgender vier Voraussetzungen erforderlich:

1. Ein menschliches Bedürfnis.
2. Solche Eigenschaften des Dinges, welche es tauglich machen, in ursächlichen Zusammenhang mit der Befriedigung dieses Bedürfnisses gesetzt zu werden.
3. Die Erkenntnis dieses Causal-Zusammenhanges seitens der Menschen.
4. Die Verfügung über dies Ding, so zwar, dass es zur Befriedigung jenes Bedürfnisses thatsächlich herangezogen werden kann.

Nur wo diese Voraussetzungen zusammentreffen, kann ein Ding zum Gute werden, wo immer aber auch nur eine derselben mangelt, kann kein Ding die Güterqualität erlangen; besäße es aber bereits dieselbe, so müsste sie doch sofort verloren gehen, wenn auch nur eine jener vier Voraussetzungen entfallen würde“.¹²⁸

Zur Überwindung der Knappheiten und Erreichen einer höchstmöglichen Bedürfnisbefriedigung müssen die Wirtschaftssubjekte Entscheidungen über den alternativen Einsatz der verfügbaren wirtschaftlichen Güter treffen. Dies erfordert eine Wertung der wirtschaftlichen Güter in Ausrichtung auf die durch ihren Einsatz angestrebte Bedürfnisbefriedigung.

Im Gegensatz zur klassischen Nationalökonomie führt Carl Menger den Wert der Güter nicht auf die eingesetzte Arbeit oder die Produktionskosten zurück, sondern auf deren individuell empfundene Nützlichkeit und Seltenheit.¹²⁹

nar“ nahmen später bedeutende Wissenschaftler wie u.a. Friedrich von Hayek, Gottfried von Haberler, Oskar Morgenstern und Karl Menger, der Sohn Carl Mengers, teil. Vgl. Hoppe, Hans-Hermann: Einführung, in: Ludwig von Mises, *Liberalismus*, Stuttgart 1927, 4. Aufl. Sankt Augustin 2006, S. 10 und S. 18.

¹²⁸ Menger, Carl: *Grundsätze der Volkswirtschaftslehre*, S. 1-3.

¹²⁹ Elster, Ludwig: Carl Menger (1840-1921), in: *Handwörterbuch der Staatswissenschaften*, 4. Aufl., 6. Bd., Jena 1926, S. 543.

„Nützlichkeit ist die Tauglichkeit eines Dinges, der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse zu dienen, und demnach (und zwar die *erkannte* Nützlichkeit) eine allgemeine Voraussetzung der Güterqualität“.¹³⁰ Ein Gut hat für den Konsumenten einen Wert, da es der Bedürfnisbefriedigung dienen kann. „Der Güterwerth ist in der Beziehung der Güter zu unseren Bedürfnissen begründet, nicht in den Gütern selbst. Mit dem *Wechsel dieses Verhältnisses* muß auch der Werth entstehen oder vergehen“.¹³¹ Aus diesen Feststellungen heraus schlußfolgert Menger: „Der Werth ist demnach nichts den Gütern Anhaftendes, keine Eigenschaft derselben, eben so wenig aber auch ein selbständiges, für sich bestehendes Ding. Derselbe ist ein Urtheil, welches die wirthschaftenden Menschen über die Bedeutung der in ihrer Verfügung befindlichen Güter für die Aufrethaltung ihres Lebens und ihrer Wohlfahrt fällen, und demnach ausserhalb des Bewusstseins derselben nicht vorhanden. ... Der Werth ist demnach nicht nur seinem *Wesen*, sondern auch seinem *Masse* nach subjectiver Natur. Die Güter haben „Werth“ stets für bestimmte wirthschaftende Subjecte, aber auch nur für solche einen *bestimmten Werth*“.¹³²

Im praktischen Leben fragt Niemand nach der Entstehung eines Gutes. Bei der Beurteilung des Wertes hat der Konsument nur die Dienste dieses Gutes im Auge. „Auch die Meinung, daß die zur ‚*Reproduction der Güter*‘ nöthige Quantität von Arbeit, oder von sonstigen Produktionsmitteln das maßgebende Moment des Güterwerthes bilde, ist eine unhaltbare.“¹³³

Mit diesen Feststellungen widerlegte Menger die Arbeitswertlehre der Klassischen Nationalökonomie, die von Marx übernommen wurde.

„Das Wenigerbefriedigende wird hingegeben, um ein Mehrbefriedigendes zu empfangen“¹³⁴, durch das Handeln soll ein Vorteil - ein Gewinn - erzielt werden. Dieser Vorteil stellt für das handelnde Individuum - und nur diese können handeln - einen psychischen Zustand dar,

¹³⁰ Menger, Carl: Grundsätze der Volkswirtschaftslehre, S. 84.

¹³¹ Ebd., S. 85.

¹³² Ebd., S. 88, 119 ff.: Die Lehre, nach welcher die zur Erzeugung eines bestimmten Guts aufgewendete Arbeit den Wert bestimmt, ist unhaltbar, weil „im praktischen Leben niemand nach der Geschichte der Entstehung eines Gutes fragt, sondern bei der Beurteilung des Wertes desselben lediglich die Dienste im Auge hat, welche ihm dasselbe leisten *wird* und deren er entbehren mußte, wofern er über das betreffende Gut nicht verfügen könnte“.

¹³³ Ebd., S. 120 f.

¹³⁴ Mises, Ludwig von: Nationalökonomie. Theorie des Handelns und Wirtschaftens, Genf 1940, S. 75.

dessen Empfinden nicht gemessen oder gewogen werden kann. Das im Rahmen des Handelns als Entscheidung über unzählige Austauschmöglichkeiten von dem Wirtschaftssubjekt zu treffende Werturteil [...] „drückt Rangordnung und Reihung, aber nicht Maß und Gewicht aus. Nur die Ordnungszahlen, nicht auch die Kardinalzahlen stehen uns für den Ausdruck der Werturteile zur Verfügung.“¹³⁵ Rechnen läßt sich nur mit Kardinalzahlen, die jedoch für die subjektiv empfundenen Werturteile nicht ermittelt werden können. Da das ökonomische Handeln durch die subjektiven Werturteile bestimmt wird, versagt auch die Naturalrechnung, die nur auf zählbare und meßbare Mengen abstellt.¹³⁶ Sie kann dem Handelnden keine Antwort auf die Frage geben, wie er die verfügbaren Mittel bei unendlich vielen verschiedenen Kombinationsmöglichkeiten einsetzen soll, um in Ausrichtung auf seine subjektiven Zielsetzungen einen höchst möglichen Nutzen zu erreichen.

Wissenschaftlich können Bedürfnisse der Subjekte nicht zu aggregierten Größen zusammengefaßt werden. Nutzenschätzungen lassen sich wissenschaftlich nicht definieren.¹³⁷

Bei ihrem isolierten Handeln ist ein ‚Rechnen‘ der Wirtschaftssubjekte nicht möglich.

2. Die Wirtschaftsrechnung in den modernen arbeitsteiligen Volkswirtschaften

2.1 In marktwirtschaftlichen Systemen

In der arbeitsteiligen Wirtschaft tritt an die Stelle des isolierten Handelns ein gesellschaftliches Zusammenwirken der Wirtschaftssubjekte – diese Koordination erfolgt auf Märkten. Das isolierte Handeln spaltet sich in die Erzeugung und das Verkaufen eines Produkts und in das Einkaufen für den eigenen Verbrauch. Dieses Tauschen muß auf freien Märkten möglich sein, d.h. es herrschen freier Marktzugang, Vertragsfreiheit und Wettbewerb.

Die Grundlagen des ökonomischen Tausches erklärt Menger konsistent nach der allgemeinen Lehre vom Gute: „Das Prinzip, welches die Menschen zum Tausche führt, ist kein anderes, als dasjenige, dass sie

¹³⁵ Ebd., S. 75.

¹³⁶ Vgl. ebd. S. 196.

¹³⁷ Vgl. Weber, Max: *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*, Tübingen 1922, 5. Aufl. Tübingen 1980, S. 48 f.; vgl. dazu auch Mises, Ludwig von: *Bemerkungen zum Grundproblem der subjektivistischen Wertlehre*, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* 59: 1, Tübingen 1928, S. 32-47.

bei ihrer gesamten ökonomischen Thätigkeit überhaupt leitet, d. i. das Streben nach der möglichst vollständigen Befriedigung ihrer Bedürfnisse. Die Lust, welche die Menschen bei dem *ökonomischen* Austausch von Gütern empfinden, ist aber jenes allgemeine Gefühl der Freude, welches die Menschen empfinden, wofern durch irgend ein Ereignis für die Befriedigung ihrer Bedürfnisse besser vorgesorgt wird, als dies ohne den Eintritt desselben der Fall gewesen wäre“.¹³⁸

Um zu verhindern, daß einzelne Wirtschaftssubjekte durch Einschränkungen des freien Spiels der Kräfte Sondervorteile erringen und den Marktmechanismus aushebeln, muß der Staat die Rahmenbedingungen eines freien Marktes gewährleisten. Dies geschieht z.B. durch Gesetze gegen Wettbewerbsbeschränkungen und deren Durchsetzung durch Kartellbehörden.

Im Tauschverkehr auf den Märkten treffen die subjektiven Wertschätzungen verschiedener Wirtschaftssubjekte als Angebot und Nachfrage aufeinander – aus diesem Zusammenspiel bildet sich als intersubjektiver Ausgleich ein Tauschwert. Damit wandeln sich die subjektiven Gebrauchswerte in objektivierte Tauschwerte, die in die jeweiligen Wirtschaftsrechnungen eingehen. Für die Bestimmung der Austauschrelationen muß eine einheitliche Recheneinheit gefunden werden – hierfür wird in der modernen Verkehrswirtschaft das Geld gewählt. „Der gemeinsame Nenner der Wirtschaftsrechnung ist das Geld.“¹³⁹ Nach Auffassung von Mises¹⁴⁰ ist das Geld als wirtschaftliches Gut nicht „wertstabil“. Das Austauschverhältnis zwischen den Gütern und dem Gelde ist beständigen – meist nicht zu heftigen – Schwankungen unterworfen, [...] „die nicht nur von Seite der übrigen wirtschaftlichen Güter, sondern auch von Seite des Geldes herrühren [...]“.¹⁴¹ Die Wertrechnung wird dadurch nicht gestört. „Die Unzulänglichkeit der Geldrechnung des Wertes stammt zum Hauptteil nicht daher, daß in einem allgemein gebräuchlichen Tauschmittel, im Geld, gerechnet wird, sondern daher, daß es überhaupt der Tauschwert ist, der der Rechnung zugrunde gelegt wird und nicht der subjektive Gebrauchswert.“¹⁴² So können außerwirtschaftliche wertbestimmende Faktoren (die Schönheit der Natur, Gesundheit, Glück u.ä.), [...] „die außerhalb des Austauschverkehrs stehen“¹⁴³ nicht in die Geldrechnung einfließen. Da es sich bei den ideellen Gütern um

¹³⁸ Menger, Carl: Grundsätze der Volkswirtschaftslehre, S. 159.

¹³⁹ Mises, Ludwig von: Nationalökonomie, S. 202.

¹⁴⁰ Mises, Ludwig von: Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 47. Bd., Tübingen 1920, S. 95 f.

¹⁴¹ Ebd., S. 95.

¹⁴² Ebd., S. 95.

¹⁴³ Ebd.

Güter erster Ordnung handelt, können diese vom Werturteil der Wirtschaftssubjekte unmittelbar erfaßt und außerhalb der Geldrechnung berücksichtigt werden. „Doch innerhalb dieser Grenzen [...] leistet die Geldrechnung all das, was wir von der Wirtschaftsrechnung verlangen müssen.“¹⁴⁴ Auf den Märkten bilden sich aus dem Zusammentreffen von Angebot und Nachfrage – den Austauschverhältnissen – Preise, es kann gerechnet werden. Eine Wirtschaftsrechnung wird überhaupt erst möglich. „Sie gibt uns einen Wegweiser durch die erdrückende Fülle der wirtschaftlichen Möglichkeiten. [...] Hätten wir sie nicht, dann wäre alles Produzieren mit weit ausholenden Prozessen, dann wären alle längeren kapitalistischen Produktionsumwege ein Tappen im Dunkeln.“¹⁴⁵

Als Voraussetzungen für die Wertrechnung in Geld führt Mises¹⁴⁶ an:

1. auch die von der Wertrechnung erfaßten Güter höherer Ordnung müssen im Tauschverkehr stehen
2. ein allgemein gebräuchliches Tauschmittel, ein Geld, muß auch beim Austausch der Produktivgüter eine Vermittlerrolle spielen.

Bei den Konsumgütern schließt das natürliche Eigentum des einen das aller anderen aus. „Das Haben der Produktivgüter ist – anders als das der Genußgüter – im natürlichen Sinne teilbar“.¹⁴⁷

Die Eigentümer der Produktionsmittel, also der Kapitalbesitzer, der Grundbesitzer und der Arbeiter sind in der arbeitsteiligen Wirtschaft nicht imstande, ihr physisches Haben der Produktionsmittel unmittelbar in den Dienst der Produktion zu stellen. „Da alle Produktion in der Zusammenfassung verschiedener Produktionsmittel besteht, muß ein Teil der Eigentümer der Produktionsmittel ihr natürliches Eigentum an andere übertragen, damit diese die Kombinationen, aus denen die Produktion besteht, ins Werk setzen. Kapitalisten, Bodenbesitzer und Eigner der Arbeitskraft übertragen die Verfügung an den Unternehmer, der damit die unmittelbare Leitung im Produktionsprozeß übernimmt. Die Unternehmer führen nun die Wirtschaft nach den Weisungen der Verbraucher, die wieder keine anderen sind als die Eigner der Produktionsmittel: Kapitalbesitzer, Grundbesitzer, Arbeiter. Von dem Produkte aber

¹⁴⁴ Ebd., S. 97.

¹⁴⁵ Ebd., S. 97.

¹⁴⁶ Mises, Ludwig von: Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen, S. 97 f.

¹⁴⁷ Mises, Ludwig von: Die Gemeinwirtschaft, S. 17.

fällt jedem Faktor jener Teil zu, der seiner produktiven Mitwirkung am Erfolge ökonomisch zugerechnet wird“.¹⁴⁸ Wie viel die einzelnen Produktionsfaktoren zum Erfolg der Produktion physisch beigetragen haben, kann nicht ermittelt werden. Jeder Produktionsfaktor empfängt im Preis den Ertrag seiner Mitwirkung. Der Arbeiter erhält im Lohn den vollen Arbeitsertrag.

Das natürliche Eigentum an den Produktionsmitteln (Güter höherer Ordnung) ist ganz anders als das des natürlichen Eigentums an den Genußgütern. „Um ein Produktivgut im wirtschaftlichen Sinne zu haben, d.h. es seinen eigenen wirtschaftlichen Zwecken dienstbar zu machen, muß man es nicht in der Weise physisch haben, in der man Konsumgüter haben muß, um sie zu verbrauchen oder zu gebrauchen. Um Kaffee zu trinken, muß ich nicht Eigentümer einer Kaffeepflanzung in Brasilien, eines Ozeandampfers und einer Kaffeerösterei sein, wenn auch alle diese Produktionsmittel verwendet werden müssen, damit eine Schale Kaffee auf meinen Tisch kommt. Es genügt, daß andere jene Produktionsmittel besitzen und für mich verwenden. In der arbeitsteiligen Gesellschaft ist niemand mehr ausschließlicher Eigentümer der Produktionsmittel, der sachlichen sowohl als auch der persönlichen, der Arbeitskraft. Alle Produktionsmittel stehen im Dienste der Gesamtheit der am Marktverkehr teilnehmenden Menschen“.¹⁴⁹

In den „Grundsätzen“ wird von Carl Menger unter § 2 „Ueber den Causal-Zusammenhang der Güter“¹⁵⁰ ausgeführt:

Es erscheint „von der höchsten Wichtigkeit“ zu sein, daß man den „Causal-Zusammenhang“ der Güter und die Gesetze, unter denen sie stehen, erforscht. Entscheidend ist die Stelle jedes einzelnen Gutes in dem Causalnexus der Güter.¹⁵¹

Brot z.B. dient unmittelbar der Befriedigung. Alle Güter, die unmittelbar zur Befriedigung der Bedürfnisse verwendet werden, nennt Menger „Güter erster Ordnung“. Alle anderen Güter, die nicht der unmittelbaren Befriedigung dienen, sind Güter höherer Ordnung, die zur Produktion der Güter 1. Ordnung, der Konsumgüter, dienen. „Besteht kein Bedarf an Gütern dieser Art, so kann auch ein Bedarf an Gütern höherer Ordnung nicht entstehen“.¹⁵² Der ökonomische Charakter der Güter hö-

¹⁴⁸ Ebd., S. 18 f.

¹⁴⁹ Ebd., S. 19.

¹⁵⁰ Menger, Carl: Grundsätze der Volkswirtschaftslehre, S. 7.

¹⁵¹ Menger, Carl: Grundsätze der Volkswirtschaftslehre, § 2 Ueber den Causal-Zusammenhang der Güter, S. 7 ff.

¹⁵² Ebd., S. 35.

herer Ordnung ist durch jenen der Güter niederer Ordnung bedingt, zu deren Hervorbringung sie dienen.¹⁵³

Durch den Kauf eines Gutes 1. Ordnung, z.B. eines Roggenbrottes, werden in die Güter höherer Ordnung Signale über den Bäcker zum Müller bis zum Bauern, der Roggen anbaut, gesetzt.¹⁵⁴ Das Zusammenwirken der Güter verschiedener Ordnungen über die Produktionsstufen beschreibt Menger ebenfalls für das Beispiel einer Bäckerei,¹⁵⁵ das von Eisler in der folgenden Abbildung dargestellt wird.

¹⁵³ Ebd., S. 69, 124.

¹⁵⁴ Zuckerkandl, Robert: Preis (Theorie), in: Johannes Conrad u. a. (Hrsg.), Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 3. Aufl., 6. Bd., 1910, S. 1137 f.

¹⁵⁵ Menger, Carl: Grundsätze der Volkswirtschaftslehre, S. 7 f: Menger exemplifiziert seine Theorie „Ueber den Causal-Zusammenhang der Güter“ am Beispiel einer Bäckerei.

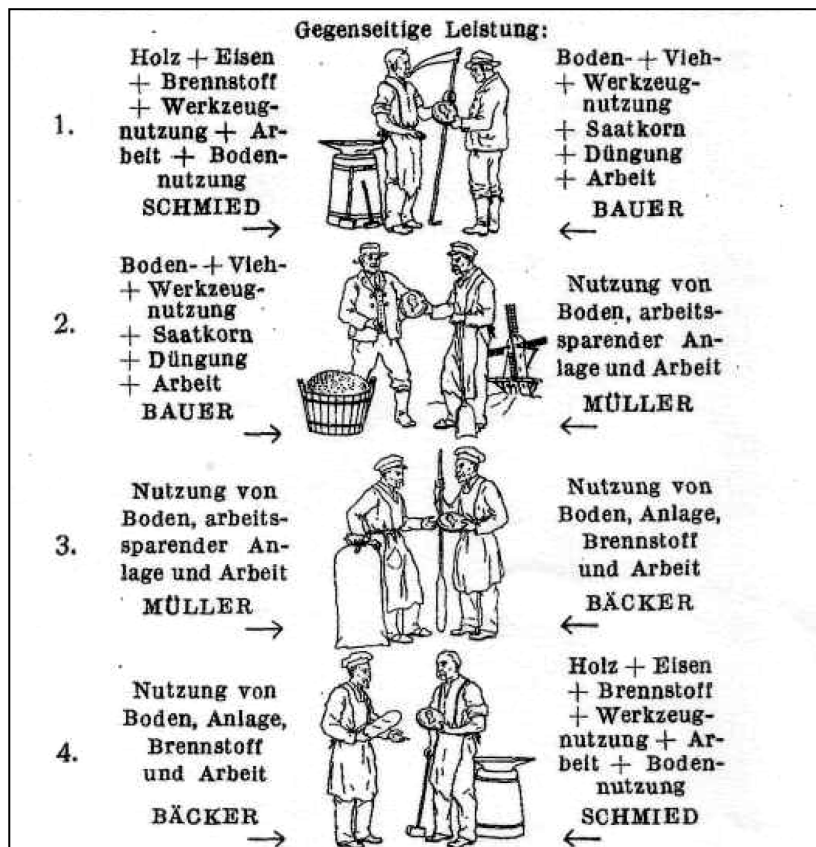
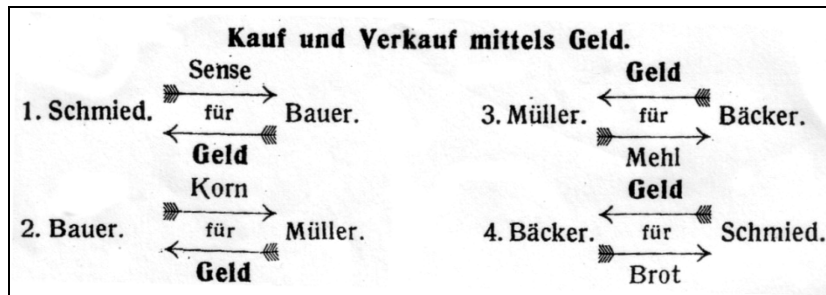


Abbildung 1: Der Leistungs- und Güterumsatz „mittels“ Geld in einer Marktwirtschaft

Quelle: Eisler, Robert: Das Geld. Seine geschichtliche Entstehung und gesellschaftliche Bedeutung, München 1924, S. 22 f.

„Der Markt ist einheitlich und unzerlegbar. Er ist *ein* Zusammenhang von Handlungen.“¹⁵⁶

Über die Verknüpfung der Märkte ist ein Wirkungsmechanismus der Preise gegeben. „[...] Von den Preisen der Güter erster Ordnung

¹⁵⁶ Mises, Ludwig von: Nationalökonomie, S. 291.

werden die Bewertungen und Handlungen bestimmt, die zur Bildung der Preise der Güter höherer Ordnung führen.¹⁵⁷ Voraussetzung für eine Preisbildung für die Güter höherer Ordnung ist das Privateigentum an Produktionsmitteln, da im Fall von Staatseigentum nur ein Marktteilnehmer und damit kein Markt gegeben ist.

Der Bedarf der Verbraucher an Konsumgütern bestimmt die Nachfrage nach Produktionsmitteln und deren Wertung. Aufgrund der Entscheidungsmacht der Verbraucher im Sinne der Konsumentensouveränität „[...] ist das kapitalistische Produktionssystem eine wirtschaftliche Demokratie, in der jeder Pfennig das Recht gibt, eine Stimme abzugeben. Die Verbraucher sind das souveräne Volk.“¹⁵⁸

„Der Markt lenkt, der Markt bringt in das Getriebe Sinn und Ordnung.“¹⁵⁹ Über den Markt erfolgt die Koordination der unzähligen Einzelentscheidungen der Wirtschaftssubjekte. „Man kann aus dem Ablauf des Handelns in der Marktwirtschaft das Wirken von Unternehmern nicht ausschalten.“¹⁶⁰

Der Prozeß der Umgestaltung von Gütern höherer Ordnung in solche niederer Ordnung, muß von einem wirtschaftenden Subjekt vorbereitet und in ökonomischem Sinne geleitet werden. Diese Tätigkeit bezeichnet Menger als Unternehmertätigkeit. Die Unternehmertätigkeit wird nach Menger durch vier Funktionen bestimmt: „Der Journaleigentümer ist demnach nicht selten zugleich Mitarbeiter seines Journalen, der Gewerbeunternehmer zugleich Arbeiter. Unternehmer sind beide jedoch nicht durch ihre technische Mitwirkung beim Produktionsprozeß, sondern dadurch, dass sie Güter höherer Ordnung durch ihr wirtschaftliches *Calcül* und schliesslich durch einen Willensact einem bestimmten Produktionszwecke zuführen. Die Unternehmertätigkeit umfasst a) die *Information* über die wirtschaftliche Sachlage, b) die sämtlichen Berechnungen, welche ein Produktionsprozeß, soll er anders ein ökonomischer sein, zu seiner Voraussetzung hat, oder mit andern Worten das wirtschaftliche *Calcül*, c) den *Willensact*, durch welchen Güter höherer Ordnung (unter entwickelten Verkehrsverhältnissen, wo der Regel nach jedes ökonomische Gut gegen andere umgesetzt werden kann, Güter überhaupt) einer bestimmten Production gewidmet werden, und endlich d) die *Ueberwachung* der möglichst ökonomischen Durchführung des

¹⁵⁷ Ebd., S. 292.

¹⁵⁸ Mises, Ludwig von: Die Bürokratie. (Titel der amerikanischen Originalausgabe „Bureaucracy“, New Haven 1944), hrsg. vom Liberalen Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung, Bd. 3, 2. Aufl., Sankt Augustin, S. 14.

¹⁵⁹ Mises, Ludwig von: Nationalökonomie, S. 251.

¹⁶⁰ Ebd., S. 241.

Productionsplanes. Die hier dargelegte Unternehmerthätigkeit pflegt bei geringfügigen Unternehmungen nur einen sehr unbedeutlichen Theil der Zeit des Unternehmers in Anspruch zu nehmen, während bei großen Unternehmungen nicht nur der Unternehmer selbst, sondern nicht selten auch noch einige Gehilfen von derselben vollauf in Anspruch genommen werden“.¹⁶¹

Die Verfahren mit längerer Produktionszeit sind mit dem Anreiz einer Mehrergiebigkeit verbunden. Zur Überbrückung der Produktionszeit muß die Befriedigung des heutigen Bedarfs aufgeschoben werden. Mit der Ansammlung von Überschüssen an Genußgütern für einen späteren Verbrauch beginnt eine Kapitalbildung.¹⁶²

Die verfügbaren Kapitalgüter erscheinen über die Geldrechnung als Geldsumme, als Kapital. Über die Darstellung aller Veränderungen des Kapitals ermittelt die Geldrechnung Erfolg oder Mißerfolg des Unternehmens. Auf den höheren Stufen führt das „[...] Kombinieren von drei Gruppen von Produktionsfaktoren, nämlich Arbeit, naturgegebene sachliche Produktionsmittel und produzierte Produktionsmittel [...]“¹⁶³ zur Kapitalbildung.

Das Kapital erscheint als Geldkapital „[...] in der Wirtschaftsrechnung der kaufmännischen Bücher, Kalkulationen und Bilanzen.“¹⁶⁴

Max Weber führt hierzu aus: „Rein technisch angesehen, ist *Geld* das ‚vollkommenste‘ wirtschaftliche Rechnungsmittel, das heißt: das formal rationalste Mittel der Orientierung wirtschaftlichen Handelns [...]. Dem rationalen wirtschaftlichen Erwerben ist zugehörig eine besondere Form der Geldrechnung: die *Kapitalrechnung*. *Kapitalrechnung* ist die Schätzung und Kontrolle von Erwerbchancen und -erfolgen durch Vergleichung des Geldschätzungsbetrages einerseits der sämtlichen Erwerbsgüter (in Natur oder Geld) bei Beginn und andererseits der (noch vorhandenen und neu beschafften) Erwerbsgüter bei Abschluß des einzelnen Erwerbsunternehmens oder, im Fall eines kontinuierlichen Erwerbsbetriebes: einer Rechnungsperiode, durch Anfangs- bzw. Abschluß-*Bilanz*. *Kapital* heißt die zum Zweck der Bilanzierung bei Kapitalrechnung festgestellte Geldschätzungssumme der für die Zwecke des Unternehmens verfügbaren Erwerbsmittel, *Gewinn* bzw. *Verlust* der durch die Abschlußbi-

¹⁶¹ Menger, Carl: Grundsätze der Volkswirtschaftslehre, S. 137: „Nicht einverstanden kann ich mich, nach dem Gesagten, mit *Mangoldt* erklären, welcher (Die Lehre vom Unternehmergewinn, 1855, S. 86 ff.) „die Uebernahme der Gefahr“ bei einer Production als das *wesentliche* an der Unternehmung bezeichnet, während die „Gefahr“ doch nur etwas *accidentielles* ist und der Verlust- die Gewinn-Chance gegenübersteht“.

¹⁶² Mises, Ludwig von: Nationalökonomie, S. 449 f.

¹⁶³ Ebd., S. 451.

¹⁶⁴ Ebd., S. 253.

lanz ermittelte Mehr- bzw. Minderbetrag der Schätzungssumme gegenüber derjenigen der Anfangsbilanz, *Kapitalrisiko* die geschätzte Chance bilanzmäßigen Verlustes, wirtschaftliches *Unternehmen* ein an Kapitalrechnung autonom orientierbares Handeln.“¹⁶⁵

Kapital ist „Wirtschaft zum Erwerb“, „zur Erzielung eigenen Gewinns“.¹⁶⁶ Die Kapitalrechnung und Kalkulation des Marktunternehmens kennt „keine Orientierung am Grenznutzen, sondern an der Rentabilität“. [...] Für die ökonomische Theorie ist der *Grenzkonsument* der Lenker der Richtung der Produktion.“¹⁶⁷

Die Wirtschaftsrechnung „[...] ist nicht nur Vorbedenken des künftigen Handelns, sondern auch Nachbedenken des vergangenen Handelns“¹⁶⁸.

Das Nachbedenken zeigt als Kapitalrechnung die für das zukünftige Handeln verfügbaren Kapitalgüter und die auf dieser Grundlage möglichen Entscheidungen. Gleichzeitig wird für die mit deren künftigen Einsatz verbundene Unsicherheit als Entscheidungskalkül ein Risikovolumen bestimmt. Die Erfahrungen aus dem in der Vergangenheit vollzogenen Handeln bilden „[...] eine Richtschnur für unser stets auf die Zukunft gerichtetes Handeln.“¹⁶⁹ Bei den Unternehmen erscheint das Ergebnis des vergangenen Handelns in der Bilanz – als Vergleich des gegenwärtigen Vermögens mit dessen Stand bei Beginn des Handelns – und in der Gewinn- und Verlustrechnung – hier als Unterschied zwischen Aufwendungen und Ertrag.¹⁷⁰

Die Quelle für Gewinn oder Verlust des Unternehmers ist die Ungewißheit über die künftige Entwicklung von Angebot und Nachfrage über die Zeitspanne der Produktion. „Die Notwendigkeit, Gewinne zu erzielen, zwingt den Unternehmer, sich den Wünschen der Verbraucher, die auf dem Markte geäußert werden, so schnell und so vollkommen als möglich anzupassen. Wenn er das nicht vermag, oder wenn er sich dagegen auflehnt, wird er über kurz oder lang aufhören, Unternehmer zu sein.“¹⁷¹

Über das Eigentum an den Produktionsmitteln trifft das Verlustrisiko allein den Unternehmer.

¹⁶⁵ Weber, Max: Grundriß der Sozialökonomik. III. Abteilung Wirtschaft und Gesellschaft, 3. Aufl. 1. Halbband, Tübingen 1947, S. 45, 48.

¹⁶⁶ Ebd., S. 48 f.

¹⁶⁷ Ebd., S. 49.

¹⁶⁸ Mises, Ludwig von: Nationalökonomie, S. 198.

¹⁶⁹ Ebd., S. 199.

¹⁷⁰ Vgl. ebd., S. 199.

¹⁷¹ Ebd., S. 271.

Jeder, der im wirtschaftlichen Leben handelt und zwischen der Befriedigung zweier Bedürfnisse wählen kann, von denen nur das eine befriedigt werden kann, setzt Werturteile. Die Werturteile erfassen die Konsumgüter und gehen dann auf die Güter höherer Güterordnungen zurück. „Das Werturteil mißt nicht, es stuft ab, es skaliert.“¹⁷²

„In der Verkehrswirtschaft tritt der objektive Tauschwert der Güter als Einheit der Wirtschaftsrechnung in Erscheinung. Das bringt dreifachen Vorteil. Einmal ermöglicht es, die Rechnung auf der Wertung aller am Verkehr teilnehmenden Wirte aufzubauen. Der subjektive Gebrauchswert des einzelnen ist als rein individuelle Erscheinung mit dem subjektiven Gebrauchswert anderer Menschen unmittelbar nicht vergleichbar. Er wird es erst im Tauschwert, der aus dem Zusammenspiel der subjektiven Wertschätzungen aller am Tauschverkehr teilnehmenden Wirte entsteht. Dann aber bringt die Rechnung nach dem Tauschwert eine Kontrolle über die zweckmäßige Verwendung der Güter. Wer einen komplizierten Produktionsprozeß kalkulieren will, merkt es gleich, ob er wirtschaftlicher als die anderen arbeitet oder nicht; kann er im Hinblick auf die auf dem Markte herrschenden Austauschverhältnisse die Produktion nicht rentabel durchführen, so liegt darin der Hinweis darauf, daß andere die fraglichen Güter höherer Ordnung besser zu bewerten verstehen.“¹⁷³ Über den Markt erfolgt ein Ausleseprozeß.

2.2 In Systemen der güterwirtschaftlich gelenkten sozialistischen Zentralplanwirtschaft

Auch in der güterwirtschaftlich gelenkten sozialistischen Zentralplanwirtschaft müssen Entscheidungen über den Einsatz der Produktionsfaktoren, der knappen Ressourcen, getroffen werden.

Die von Marx ausgearbeiteten Grundlagen sind 1848 in das „Manifest der Kommunistischen Partei“¹⁷⁴ von Marx und Engels eingeflossen.

Die Macht soll auf die Arbeiterklasse übergehen, dafür muß das im Kapitalismus gegebene Privateigentum an den Produktionsmitteln beseitigt werden, alle Produktionsmittel werden Staatseigentum.

Die wirtschaftlichen Entscheidungen über die Kombination der Produktionsfaktoren werden auf eine Zentralinstanz übertragen. Durch das Staatseigentum gibt es keine Märkte für Produktionsmittel (nur einen Marktteilnehmer), keinen Wettbewerb, keine Unternehmer.

¹⁷² Ebd., S. 75.

¹⁷³ Mises, Ludwig von: Die Gemeinwirtschaft, S. 101 f.

¹⁷⁴ Marx, Karl / Engels, Friedrich: Werke, Band 4, Berlin 1974, S.459-493.

Wegen fehlender Märkte für Produktionsmittel können sich keine Preise als Gradmesser für Knappheiten der Ressourcen bilden. Die Preise werden von der Zentralinstanz festgesetzt. Es gibt keine Recheneinheit mit rationaler ökonomischer Qualität – es kann nicht gerechnet werden. Wegen fehlender Preisbildung auf freien Märkten mit Wettbewerb besitzt das sozialistische Geld in dem ebenfalls zentralistisch ausgerichteten Geldsystem nur eine eingeschränkte Funktion als Zahlungsmittel im Konsumgüterbereich. Von dem Konsumgüterbereich können keine Signale für die Wertungen der Produktionsmittel ausgesendet werden.

Die Planung erfolgt auf güterwirtschaftlicher Grundlage – als Naturalplanung.

Die in der freien Marktwirtschaft von unzähligen Wirtschaftssubjekten autonom über unzählige Güter zu treffenden Verwendungsentscheidungen einschließlich vielfältiger Verflechtungswirkungen gehen auf die Zentrale über. Die gewaltigen Informationsprobleme liegen auf der Hand und erscheinen bei dem Volumen und Vielschichtigkeit sowie zeitlichen Veränderungen in der Erfassung und Verarbeitung auch mit moderner Rechentechnik unlösbar.

Für die wirtschaftliche Entwicklung gelten „objektive“ ökonomische Gesetze,¹⁷⁵ die zwingend in den kommunistischen Zukunftsstaat führen. Hier gilt „jeder nach seinen Bedürfnissen“ und es sei kein Geld erforderlich. Es fehlen Aussagen über die Funktionsweise, auch die ökonomischen Gesetze werden als eine Art Naturgesetze nicht begründet.

Nach dem Gesetz der „planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft“ sei die Zentralplanwirtschaft den „spontanen“ Entscheidungen in der Marktwirtschaft überlegen und führe zu deren Untergang. Diese Entwicklung sei zwangsläufig und unumkehrbar, auch nicht temporär.

Für den Wert der Güter wird die Arbeitswertlehre der klassischen Nationalökonomie übernommen. Marx unterscheidet nach einfacher und komplizierter Arbeit. Jede Arbeit wird auf einfache Arbeit umgewertet. Ein Maßstab für die Bewertung der einfachen Arbeit ist die „Verausgabung im Durchschnitt“.¹⁷⁶

Selbst von marxistischen Politökonomien wird eingeräumt, daß dieses Problem noch nicht voll gelöst sei.

¹⁷⁵ Vgl. dazu das Kapitel Ökonomische „Gesetze“ des Sozialismus und die Logik der Willkür der vorliegenden Arbeit.

¹⁷⁶ Vgl. Lexikon der Wirtschaft Arbeit, Bildung, Soziales, Berlin 1982, Stichwort Arbeit einfache, S. 43 und Stichwort Arbeit komplizierte, S. 46.

Mit der Oktoberrevolution haben die Bolschewisten 1917 in Rußland die Macht und auch das kapitalistische System Geld übernommen. 1918 wurde in Moskau die Beseitigung des Geldwesens beschlossen, nach Auffassung Lenins wirke das Geld zersetzend. Nach den Fehlschlägen in der Wirtschaft wurde das Geld 1921 mit Gründung der Staatsbank wieder eingeführt. Dies änderte die grundsätzliche Einstellung gegenüber dem Geldwesen nicht. Lenin schrieb im Frühjahr 1921: „Wir [...] begingen [...] den Fehler, daß wir beschlossen, den unmittelbaren Übergang zur kommunistischen Produktion und Verteilung zu vollziehen. Eine ‚nicht sehr lange Erfahrung‘ überzeugte uns ‚von der Fehlerhaftigkeit dieser Konstruktion‘.“¹⁷⁷

Eine vergleichende Gegenüberstellung von Merkmalen der Wirtschaftssysteme zeigt folgende Tabelle 1.

Tabelle 1: Vergleichende Gegenüberstellung von Merkmalen der Wirtschaftssysteme

	Marktwirtschaft	güterwirtschaftlich gelenkte sozialistische Zentralplanwirtschaft
Eigentum an Produktionsmittel	Privateigentum	Staatseigentum
Planträger	autonome Wirtschaftssubjekte	Zentralinstanz
Koordination der Einzelpläne	Märkte, Wettbewerb	zentrale Steuerung (Befehle)
Wertmaßstab	subjektive Nutzenschätzung	Arbeitswert, Produktionskosten
Anreiz	Gewinn/Verlust	Belohnung/Strafe
Risikotragung	Wirtschaftssubjekte	Staat
Informationsprozeß	wechselseitig	einseitig

Quelle: Tuchtfeldt, Egon: Wirtschaftssysteme, in: HdWW, Stuttgart und New York, Tübingen, Göttingen und Zürich 1982, S. 332 mit eigener Ergänzung

¹⁷⁷ Lenin, Wladimir I.: Die Neue Ökonomische Politik und die Aufgaben der Ausschüsse für politisch-kulturelle Aufklärung, in: Werke, Bd. 33, Berlin 1962, S. 42.

3. Ludwig von Mises theoretische Analyse, daß eine Wirtschaftsrechnung im Sozialismus unmöglich ist

Das Anliegen von Mises ist es, den Sozialismus, der ein „Programm der Umgestaltung der Gesellschafts- und Wirtschaftsverfassung nach einem bestimmten Ideal“ ist, mit Hilfe der Soziologie und der Nationalökonomie wissenschaftlich zu untersuchen.¹⁷⁸ Für die nationalökonomischen Fragen bietet die „Katallaktik“¹⁷⁹ der modernen subjektivistischen Wertlehre einen festen Ausgangspunkt.¹⁸⁰ Für die soziologischen Fragen sind die Grundlagen weniger brauchbar.

Der Gebrauch der beiden Wörter „Kommunismus“ und „Sozialismus“ wechselte nach Mises in den Jahrzehnten von 1920 wiederholt die Bedeutung, „doch immer waren es nur Fragen der Taktik, die Sozialisten und Kommunisten schieden. Beide streben Vergesellschaftung der Produktionsmittel an. Sozialismus ist die Überführung der Produktionsmittel aus dem Privateigentum¹⁸¹ in das Eigentum der organisierten Gesellschaft des Staates. Der sozialistische Staat ist Eigentümer aller sachlichen Produktionsmittel und damit der Leiter der gesamten Produktion“.¹⁸²

Als Illusion bezeichnet es Mises, „wenn man glaubt, man könnte die Geldrechnung in der sozialistischen Wirtschaft durch die Naturalrechnung ersetzen. Die Naturalrechnung kann in der verkehrslosen Wirtschaft immer nur die Konsumgüter erfassen; sie versagt vollkommen bei allen Gütern höherer Ordnung“.¹⁸³ Sobald man die freie Geldpreisbildung der Güter höherer Ordnung aufgibt, hat man rationelle Produktion überhaupt unmöglich gemacht. Wenn das Privateigentum an den Produktionsmitteln beseitigt wird, kann nicht mehr festgestellt werden, was die Produktionsmittel für die Güter höherer Ordnung kosten

¹⁷⁸ Mises, Ludwig von: Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus, Jena 1922, S. 10. In die Erstausgabe der „Gemeinwirtschaft“ hat Mises Teile des Aufsatzes „Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 47. Bd., Tübingen 1920/21, S. 86-121, auf den Seiten 100 ff. eingearbeitet.

¹⁷⁹ Fels, Eberhard: Katallaktik, in: HdSW, 5. Bd., 1956, S. 569 f.: Das Wort „Katallaktik“ kommt aus dem Griechischen und bedeutet austauschen, ausgleichen, versöhnen. Synonyma sind mehr oder weniger „reine Tauschtheorie, statische Mikrotheorie, reine Theorie des Konsumentenverhaltens, Preistheorie, elementare ökonomische Analyse“.

¹⁸⁰ Mises, Ludwig von: Die Gemeinwirtschaft, S. 11.

¹⁸¹ Ludwig von Mises benutzt immer das Wort „Sondereigentum“, d.h. gesondertes Privateigentum im Gegensatz zum gemeinschaftlichen oder Gemeineigentum. Anstelle von „Sondereigentum“ wurde der synonyme Begriff „Privateigentum“ benutzt.

¹⁸² Mises, Ludwig von: Die Gemeinwirtschaft, S. 101.

¹⁸³ Ebd., 106.

und dann auch nicht, wie hoch die Kosten der Konsumgüter sind. Es fehlt in der sozialistischen Wirtschaft jeder Wegweiser. „Die Versorgung wird nicht mehr anarchisch¹⁸⁴ vor sich gehen, das ist wahr. Über allen der Bedarfsdeckung dienlichen Handlungen wird der Befehl einer obersten Behörde walten. Doch anstelle der Wirtschaft der anarchischen Produktionsweise wird das sinnlose Gebaren eines vernunftlosen Apparates getreten sein. Die Räder werden sich drehen, doch sie werden leer laufen.

Man vergegenwärtige sich die Lage des sozialistischen Gemeinwesens. Da gibt es Hunderte und Tausende von Werkstätten, in denen gearbeitet wird. Die wenigsten von ihnen erzeugen gebrauchsfertige Waren; in der Mehrzahl werden Produktionsmittel und Halbfabrikate erzeugt. Alle diese Betriebe stehen untereinander in Verbindung. Sie durchwandert der Reihe nach jedes wirtschaftliche Gut, bis es genußreif wird. In dem rastlosen Getriebe dieses Prozesses fehlt aber der Wirtschaftsleitung jede Möglichkeit, sich zu Recht zu finden. Sie kann nicht feststellen, ob das Werkstück auf dem Wege, den es zu durchlaufen hat, nicht überflüssigerweise aufgehalten wird, ob an seine Vollendung nicht Arbeit und Material verschwendet werden. Welche Möglichkeit hätte sie, zu erfahren, ob diese oder jene Erzeugungsart die vorteilhaftere ist? Sie kann bestenfalls die Güte und Menge des genußreifen Endergebnisses der Erzeugung vergleichen, aber sie wird nur in den seltensten Fällen in der Lage sein, den bei der Erzeugung gemachten Aufwand zu vergleichen. Sie weiß genau, welchen Zielen ihre Wirtschaftsführung zustreben soll oder glaubt es zu wissen, und sie soll darnach handeln, d.h. sie soll die angestrebten Ziele mit dem geringsten Aufwand erreichen. Um den billigsten Weg zu finden, muß sie rechnen. Diese Rechnung kann natürlich nur eine Wertrechnung sein; es ist ohne weiteres klar und braucht keiner näheren Begründung, daß sie nicht „technisch“ sein, nicht auf dem objektiven Gebrauchswert (Nutzwert) der Güter und Dienstleistungen aufgebaut werden kann“.¹⁸⁵

Über den *Charakter der sozialistischen Produktionsweise* führt Mises aus: „In der sozialistischen Gemeinschaft sind alle Produktionsmittel Eigentum des Gemeinwesens. Das Gemeinwesen allein kann über sie verfügen und ihre Verwendung in der Produktion bestimmen. Das Gemeinwesen produziert, das Ergebnis der Produktion fällt ihm zu und von seiner Verfügung hängt es ab, wie die Produkte zu nutzen sind“.¹⁸⁶

¹⁸⁴ Bezeichnung der Sozialisten für die spontanen und daher planlosen Entscheidungen in der Marktwirtschaft.

¹⁸⁵ Mises, Ludwig von: Die Gemeinwirtschaft, S. 107 f.

¹⁸⁶ Ebd., S. 116.

Im sozialistischen Gemeinwesen kann es nur *ein Organ* geben, das alle wirtschaftlichen und sonstigen staatlichen Funktionen zusammenfaßt.

Die *Verteilung des Einkommens* in der Marktwirtschaft entspricht dem Werte, den die Produktionsfaktoren (Boden, Arbeit, Kapital) im Produktionsprozeß geleistet haben. „Jeder Dienst wird nach seinem Wert entlohnt“.¹⁸⁷

Im sozialistischen Gemeinwesen fehlt jede Verbindung über Marktsignale zwischen der Produktion und der Verteilung. Die Verteilung wird im Sozialismus vollkommen von der ökonomischen Zurechnung losgelöst und hat mit der Bewertung der Dienstleistungen, die der einzelne der Gesellschaft leistet, nichts mehr zu tun. Da im Sozialismus kein Produktionsmittel im Tauschverkehr umgesetzt wird, gibt es keine Geldpreise der Produktivgüter. „Die Produktivgüter sind *res extra commercium*“.¹⁸⁸

Die Arbeitswertlehre von Marx ist vollkommen ungeeignet, um hier weiterzuhelfen. Marx unterscheidet einfache und komplizierte Arbeit. Einfache Arbeit ist die „[...] Verausgabung einfacher Arbeitskraft, die im Durchschnitt jeder gewöhnliche Mensch, ohne besondere Entwicklung in seinem leiblichen Organismus besitzt“ und komplizierte Arbeit ist „potenzierte und vielmehr multiplizierte Arbeit“.¹⁸⁹ Im „Ökonomischen Lexikon“ des Sozialismus wird jede „Verausgabung von Arbeitskraft auf einfache Arbeit zurückgeführt“,¹⁹⁰ jedoch sei die Reduktion komplizierter auf einfache Arbeit ein „bislang nicht voll gelöstes Problem der politischen Ökonomie des Sozialismus“.¹⁹¹ Von den Politökonomien ist nie ein Faktor gefunden worden, um komplizierte in einfache Arbeit zu reduzieren. In dem Beitrag „Arbeit, komplizierte“ findet sich am Ende ein Hinweis auf „Arbeitsklassifizierung“.¹⁹² Letzterer Beitrag hat jedoch mit der „Arbeitswertlehre“, die eigentlich die Grundlage für die „Arbeitsklassifizierung“ bildet, nichts zu tun. Die Arbeitswertlehre ist eine Leerformel, d.h. sie ist ohne Bezug zur Realität. Als Beweis genügte in der Politischen Ökonomie des Sozialismus immer ein Zitat von Marx oder Lenin. Die Arbeitswertlehre ist ein Teil des sozialistischen Etikettenschwindels.

¹⁸⁷ Ebd., S. 143.

¹⁸⁸ Ebd., S. 146.

¹⁸⁹ Marx, Karl: Das Kapital. Erster Band, in: Marx/Engels: Werke, Bd. 23, Berlin 1975, S. 59.

¹⁹⁰ Ökonomisches Lexikon A-G, 2. Aufl., Berlin, 1977, S. 113.

¹⁹¹ Mises, Ludwig von: Die Gemeinwirtschaft, S. 116.

¹⁹² Ebd., S. 140-142.

Die Unmöglichkeit einer praktischen Umsetzung der Arbeitswertlehre haben bereits die Versuche des englischen Fabrikbesitzers Robert Owens (1771-1858) unter den vor über 150 Jahren gegebenen Verhältnissen gezeigt. Er vertrat die Auffassung, daß der Erzeuger nie den vollen Wert erhält, da die Unternehmer und Händler in den Geldpreis einen Gewinnaufschlag einrechnen.¹⁹³ Durch einen unmittelbaren Tausch aller Erzeuger über eine Tauschbank wollte man eine Abhilfe erreichen. Die Tauschbank sollte die Wareneinlagen in Arbeitsstunden bewerten und hierfür Gutscheine ausgeben, die durch Übertragung an andere Einleger einen Warentausch ermöglichen sollten.¹⁹⁴ Von der 1832 in London gegründeten Arbeitstauschbank („National Equitable Labour Exchange“) wurde beispielsweise nachstehender „Arbeitsstundengeldschein“ auf den Wert von 2 Arbeitsstunden ausgegeben:



Abbildung 2: Arbeitsstundengeldschein über zwei Stunden (1832)

Quelle: Andy Mabbett (CC BY-SA 3.0)

Gründe für das Scheitern der Warenbanken waren die Angabe zu hoher Arbeitsstunden durch die Einleger, danach mußten Schätzer angestellt werden. Diese konnten die Arbeitsstunden nicht schätzen und gingen auf deren Ermittlung durch Division der üblichen Marktpreise durch den üblichen Stundenlohn über.¹⁹⁵

¹⁹³ Eisler, Robert: Das Geld, seine geschichtliche Entstehung und gesellschaftliche Bedeutung, München 1924, S. 339

¹⁹⁴ Ebd.

¹⁹⁵ Ebd. S. 341

Dies stand in krassem Gegensatz zu dem Grundgedanken von Owens. An die Leiter, Schätzer, Schreiber, Speicherwächter usw. mußten ebenfalls Arbeitsgutscheine ausgegeben werden, die vom Guthaben der übrigen Tauschgenossen abgezogen werden mußte. Hinzu kam das Problem von deren Quantifizierung. Auch bei Owens „gerechtem Tausch“ war danach ein Abzug vom „vollen Arbeitsertrag“ unvermeidlich.¹⁹⁶

Zusätzlich haben die „schlauhen Londoner Krämer“ ihre unbegehrten Waren (Ladenhüter) eingeliefert.¹⁹⁷

Von besonderer Bedeutung bei Mises ist das Kapitel „Die Gemeinwirtschaft im Beharrungszustand“. „Die Annahme eines wirtschaftlichen Beharrungszustandes ist ein Hilfsmittel unseres Denkens, kein Versuch, die gegebene Wirklichkeit zu beschreiben. Wir können ohne diese Denkform nicht auskommen, wenn wir zur Erkenntnis der Gesetze der wirtschaftlichen Veränderungen gelangen wollen. Um die Bewegung zu studieren, müssen wir uns zunächst einen Zustand denken, in dem sie fehlt. Der statische Zustand ist jene Gleichgewichtslage, der wir uns alle Objekte des wirtschaftlichen Handelns im Augenblicke zustrebend denken, und die sie wirklich erreichen würden, wenn nicht früher der Eintritt neuer Tatsachen einen anderen Gleichgewichtszustand bedingen würde. Im gedachten Gleichgewichtszustand sind alle Teilchen der Produktionsfaktoren in der wirtschaftlichsten Verwendung; es ist kein Anlaß vorhanden, irgendwelche Veränderungen mit ihnen vorzunehmen“.¹⁹⁸ Eine solche sozialistische Wirtschaft im Beharrungszustand (stationäre Wirtschaft) kann sich Mises „ganz gut vorstellen“ [...] „Alle sozialistischen Theorien und Utopien haben immer nur den statischen Zustand vor Augen“.¹⁹⁹ Die stationäre Wirtschaft ist ein Hilfsmittel, eine gedankliche Annahme, um auf diesem Hintergrund festzustellen, wie sich die Daten in der realen Wirtschaft permanent verändern. Bei der stationären oder statischen Wirtschaft greift Mises auf Léon Walras (1834-1910) zurück, der als Gründer der Lausanner Schule zu den Klassikern der mathematischen Wirtschaftstheorie gehört. „Man rechnet ihm heute die kristallklare Erfassung der Volkswirtschaft in einem statischen

¹⁹⁶ Ebd.

¹⁹⁷ Ebd.

¹⁹⁸ Ebd., S. 151; Brandt, Karl: Gleichgewicht, ökonomisches, in: HdSW, 4. Bd., 1965, S. 600: Verallgemeinernd kann man immer dann von einem Gleichgewicht sprechen, wenn ein System von Zustands- oder Bewegungsgrößen bei Datenkonstanz keine Veränderung erfährt. Auch Joseph A. Schumpeter (1883-1950) griff bei seiner „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung“ (1912) auf die stationäre Wirtschaft als Referenzmodell zurück.

¹⁹⁹ Mises, Ludwig von: Die Gemeinwirtschaft, S. 152.

Gleichgewicht interpedenter Größen zu, das auf einem einheitlichen Prinzip begründet ist“.²⁰⁰

Schumpeter hatte bei seiner „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung“ (Leipzig 1912) scharf zwischen Statik und Dynamik unterschieden. „Die Statik ist Gleichgewichtstheorie, eine auf den Beharrungszustand fixierte Betrachtungsweise. Sie ist zugleich die besondere Ausprägung eines entwicklungslos gedachten Systems, eine in sich ruhende, passive stationäre Wirtschaft“.²⁰¹

Methodisch geht Mises ähnlich wie Schumpeter vor. Nach der stationären Wirtschaft behandelt Mises die Dynamik, die Probleme der realen Wirtschaft, die bei der „Gemeinwirtschaft in Bewegung“ auftreten. Hier analysiert Mises u. a. wie Veränderungen der Bevölkerungsgröße, Veränderungen des Bedarfs und Veränderungen in der Größe des Kapitals (Konsum- oder Produktivgüter) dauernd auf die reale und damit auch auf das sozialistische Gemeinwesen einwirken. „Dann aber haben wir eine sozialistische Wirtschaftsordnung vor uns, die im Ozean der möglichen und denkbaren Wirtschaftskombinationen ohne die Busssole²⁰² (Kompaß – H.H.) der Wirtschaftsrechnung umherfährt. [...] Alles tappt hier im Dunkeln. Sozialismus ist Aufhebung der Rationalität der Wirtschaft.“²⁰³

In den Händen des Leiters der sozialistischen Produktion liegen „Glück und Unglück wie in den Händen einer Gottheit. Gottähnlich müßte fürwahr dieser Leiter der sozialistischen Wirtschaft sein, um das zu vollbringen, was ihm obliegt. Sein Blick müßte alles umspannen können, was für die Wirtschaft von Bedeutung sein kann; er müßte ein unfehlbares Urteil haben, das auch die Verhältnisse entfernter Gegenden und künftiger Jahrzehnte richtig abzuschätzen weiß.

Daß der Sozialismus ohne weiteres durchführbar wäre, wenn ein allwissender und allmächtiger Gott persönlich niedersteigen würde, um die Regierung der menschlichen Angelegenheiten in die Hand zu nehmen, ist nicht zu bestreiten. Solange man aber darauf nicht mit Bestimmtheit rechnen kann, ist nicht zu erwarten, daß die Menschen einem aus ihrer Mitte freiwillig eine solche Stellung einzuräumen bereit wären“.²⁰⁴

²⁰⁰ Waffenschmidt, Walter Georg: Léon Walras (1834-1910), in: HdSW, 11. Bd., 1961, S. 495.

²⁰¹ Brandt, Karl: Geschichte der deutschen Volkswirtschaftslehre. Band 2: Vom Historismus bis zur Neoklassik, Freiburg i.Br. 1993, S. 327.

²⁰² Busssole, Instrument mit Magnetmesser, welches u.a. als Orientierungsmittel gebraucht wird. Ohne Busssole bedeutet orientierungslos.

²⁰³ Mises, Ludwig von: Die Gemeinwirtschaft, S. 110.

²⁰⁴ Ebd., S. 196.

Die „Lähmung der Initiative und des Verantwortungsgefühls“ lassen die Gemeinwirtschaft „unfehlbar zugrunde“ gehen.²⁰⁵

Im III. Teil „Die Lehre von der Unentrinnbarkeit des Sozialismus“ geht Mises auf den sozialistischen Chiliasmus ein: „Vom christlichen Chiliasmus, der durch die Jahrhunderte mit immer neu erwachender Kraft schreitet, führt eine gerade Linie zum philosophischen Chiliasmus, in den die Rationalisten des 18. Jahrhunderts das Christentum umzudeuten suchen, und von da über Saint Simon, Hegel und Weitling zu Marx und Lenin. Und es ist ein eigentümliches Spiel des Zufalls, daß gerade der Sozialismus, der in solcher Weise von mystischen Ideen, deren Ursprung sich im Dunkel der Geschichte verliert, abstammt, sich selbst den Namen wissenschaftlicher Sozialismus beigelegt hat, während er jenen Sozialismus, der aus den rationalen Erwägungen der Philosophen herkommt, durch die Bezeichnung utopisch zu disqualifizieren sucht.“²⁰⁶

Im V. und letzten Teil der „Gemeinwirtschaft“ resümiert Mises seine Analyse des Sozialismus unter dem Titel „Destruktionismus“: „Und doch ist die Ideologie des Sozialismus nichts anderes als die großartige Rationalisierung kleinlichen Ressentiments. Keine seiner Theorien kann vor der Kritik auch nur im geringsten bestehen, alle seine Deduktionen sind hohl und nichtssagend. Seine Auffassung der kapitalistischen Wirtschaftsweise ist schon längst als durchaus unhaltbar erkannt worden; sein Entwurf einer künftigen Gesellschaftsordnung erweist sich als innerlich widerspruchsvoll und darum undurchführbar. Der Sozialismus würde nicht nur die Wirtschaft nicht rationeller machen, er würde alles Wirtschaften überhaupt aufheben. Daß er Gerechtigkeit bringen könnte, ist nichts als eine willkürliche Behauptung, deren Herkunft aus dem Ressentiment und aus falscher Deutung der Vorgänge innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft gezeigt werden konnte. Und daß die Geschichte uns keinen anderen Weg gelassen hätte als den zum Sozialismus, erweist sich als eine Weissagung, die sich von den chiliastischen Träumen altchristlicher Sektierer nur durch den Anspruch unterscheidet, den sie auf die Bezeichnung „Wissenschaft“ erhebt.

Der Sozialismus ist in Wahrheit nicht das, was er zu sein vorgibt. Er ist nicht Wegbereiter einer besseren Zukunft, sondern Zertrümmerer dessen, was Jahrtausende der Kultur geschaffen haben. Sein Element ist die Zerstörung; er baut nicht auf, er reißt nieder. Nach dem Erfolg seines Wirkens müßte man ihm den Namen Destruktionismus geben. Denn sein Wesen ist die Zerstörung. Er bringt nichts hervor, er zehrt nur auf,

²⁰⁵ Ebd., S. 197.

²⁰⁶ Ebd., S. 270 f.

was die auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhende Gesellschaftsordnung geschaffen hat. Da es eine sozialistische Gesellschaftsordnung nicht geben kann, es wäre denn als ein Stück Sozialismus inmitten einer im übrigen auf dem Sondereigentum beruhenden Wirtschaftsverfassung, muß jeder Schritt, der zum Sozialismus hinführen soll, sich in Zerstörung des Bestehenden erschöpfen“.²⁰⁷

4. Ideologien und reale Erkenntnisobjekte als Grundlage für die These von Ludwig von Mises

Ludwig von Mises hat seine These über die Unmöglichkeit einer rationalen Wirtschaftsrechnung in güterwirtschaftlich gelenkten sozialistischen Zentralplanwirtschaften nicht als abstraktes Theoriegebäude im Elfenbeinturm allein auf der Grundlage gegebener Ideologien, sondern auch in Reflexion zu historischen und zeitgeschichtlichen Realitäten entwickelt. Diese Ausrichtung hat die anschließende „Sozialismusdebatte“ mit Rückwirkungen auf die wirtschaftspolitischen Experimente in der Folgezeit ausgelöst. Daher sollen einige wesentliche Aspekte dieser Entwicklungen aufgezeigt werden.

Zum Marxismus und Karl Marx bemerkt Mises: „[...] daß die Ideologienlehre an dem grundlegenden Tatbestand der Wissenschaft vom menschlichen Handeln gar nicht zu rühren vermochte. Doch wie die Mehrzahl seiner Zeitgenossen hat Marx nicht begriffen, daß die Nationalökonomie keine Lehre von den Zielen ist, denen die Menschen zustreben sollen, sondern eine Lehre von den Mitteln und Wegen, die zu Zielen führen, über die die Wissenschaft keine Aussagen macht und die sie weder empfiehlt noch verwirft.“²⁰⁸

„Als Nationalökonom war Marx ein durchaus unorigineller Nachfahre der klassischen Nationalökonomie, dem die Fähigkeit mangelte, das nationalökonomisch Wesentliche an den Problemen politisch unbefangen zu betrachten, und der alle Zusammenhänge durch die Brille des Agitators sah, dem die Wirkung auf die Volksmasse stets das Wichtigste bleibt. [...] Die materialistische Geschichtsauffassung ist wissenschaftlich wertlos; Marx hat sie übrigens nie geistig durchgearbeitet und sie in mehreren, schlechterdings unvereinbaren Fassungen vorgetragen.“²⁰⁹

²⁰⁷ Ebd., S. 448.

²⁰⁸ Mises, Ludwig von: Nationalökonomie, S. 156.

²⁰⁹ Mises, Ludwig von: Die Gemeinwirtschaft, S. 449 f.

4.1 Die Ideologie des Sozialismus bis 1914/18

4.1.1 Kommunismus, Marxismus, Sozialdemokratie und Revisionismus bis 1914 und die Abspaltung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) von der SPD

Im Januar 1848 schrieben Karl Marx und Friedrich Engels das „Manifest der kommunistischen Partei“, im Auftrag der Zentralbehörde des Bundes der Kommunisten, einer geheimen Propagandagesellschaft, der Marx und Engels im Frühjahr 1847 beigetreten waren.

In dem „Kommunistischen Manifest“ ist im ersten Paragraphen des Statutes das kurze kommunistische Glaubensbekenntnis festgehalten: „Die kommunistische Revolution ist das radikalste Brechen mit den überlieferten Eigentumsverhältnissen [...]. Der erste Schritt in der Arbeiterrevolution ist die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie. Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, d.h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren. [...] Es kann dies natürlich zunächst nur geschehen vermittels despotischer Eingriffe“.²¹⁰

Das Manifest enthielt keinen neuen Gedanken, „der nicht schon da gewesen wäre, hatte seine Wirkung durch die innere Geschlossenheit und das Pathos seiner Gedankenführung“.²¹¹

Dabei ist hervorzuheben, daß der Marxismus keine Theorie des Sozialismus ist, „sondern eine Entwicklungstheorie des Kapitalismus, die das unausweichliche Kommen von Sozialismus und Kommunismus voraussagt. Über das Wesen der zukünftigen Wirtschaft finden sich bei Marx nur wenige Bemerkungen“.²¹²

Karl Marx hatte seine Theorie der Wirtschaft ohne Markt, Wettbewerb und Unternehmer „im wesentlichen vor 1848 (im Kommunistischen Manifest) konzipiert“.²¹³ Die Zeit vor 1850/60 gehört einer ausklingenden Epoche der abendländischen Geschichte an.²¹⁴ Die Wirt-

²¹⁰ Drahm, Ernst: Sozialdemokratie, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., 7. Bd., Jena 1926, S. 524.

²¹¹ Meßner, Johannes: Karl Marx (1818-1883), in: Sacher, Hermann (Hrsg.), Staatslexikon, 5. Aufl., 3. Bd., 1929, Sp. 1173.

²¹² Halm, Georg: Wirtschaftssysteme. Eine vergleichende Darstellung, Berlin 1960, S. 1.

²¹³ Seidel, Bruno: Sozialismus (IV), Neuere Richtungen (1) Revisionismus, in: HdSW, 9. Bd., 1956, S. 501.

²¹⁴ Conze, Werner: Vom „Pöbel“ zum „Proletariat“. Sozialgeschichtliche Voraussetzungen für den Sozialismus in Deutschland, in: VSWG, 41. Bd., 1954, S. 333-364.

schaftshistoriker sprechen vom langen 18. Jahrhundert, das bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts reichte. Der Pauperismus, den Marx und Engels in England und Deutschland erblickten, kam aus der vorindustriellen Zeit, die öfter von „Massenarmut und Hungerkrisen“ geprägt war. Seit etwa 1750 wuchs die Bevölkerung, da die repressiven Faktoren wie Pest und Kriege die Bevölkerungszunahme immer wieder verhindert hatten. Nach Malthus (1766-1834) hatte die Bevölkerung die Neigung, „sich in geometrischer Reihe zu vermehren, während die Nahrungsmittel nur in arithmetischer Reihe wuchsen“.²¹⁵

Mit der Baumwollindustrie breiteten sich in England die Spinn- und Webmaschinen aus, deren Anfänge Friedrich Engels²¹⁶ und Karl Marx in England sahen. „Doch die Not, die sie in diesen Fabriken fanden, darf nicht dem „Kapitalismus“ aufgebürdet werden. Blickt man über die Werkstätten der Industrien hinaus auf das Land und über das 19. Jahrhundert hinweg in die Zeiten, die ihm vorgelagert waren, so wird offenbar, daß das Elend des Pauperismus aus vorindustriellen Umständen stammte und durch sie im Kern – natürlich nicht in allen Formen seiner Erscheinung – auch begründet war. Nach Ursprung und Entwicklung gehört die Armut des frühen 19. Jahrhunderts dem ausklingenden agrarischen Zeitalter der abendländischen Geschichte an“.²¹⁷ Der Agrarhistoriker Wilhelm Abel hat wissenschaftlich nachgewiesen, was zur Überwindung der vorindustriellen Not nach 1850 führte: „Im Zeitalter der Industrien verlor die Landwirtschaft die ihr von den Klassikern der Nationalökonomie zugewiesene Funktion eines Lohnweisers und Preisregulators in der Volkswirtschaft. Die Gewerbe übernehmen die Führung. Sie lösten die Arbeitsentgelte aus der Fessel des „abnehmenden Bodenertragszuwachses“ und ermöglichten die wachsende Produktivität der Arbeit, die dann auch – mit einigen Hilfen aus dem politischen Raum – den breiten Massen der Bevölkerung zugute kam“.²¹⁸

Auf dem Eisenacher Kongreß 1869 wurde die „Sozialdemokratische Partei“ gegründet. Im Eisenacher Programm taucht erstmalig die Utopie des sozialistischen Zukunftsstaates auf, der das Steckenpferd August Bebel (1840-1913) blieb. Bebel glaubte fest an den sozialistischen Zukunftsstaat. In der Reichstagssitzung vom 6. Februar 1893 erklärte Be-

²¹⁵ Wiese, Leopold von: Malthus und Malthusianismus, in: HdSW, 7. Bd., 1961, S. 103.

²¹⁶ Engels, Friedrich: Die Lage der arbeitenden Klasse in England, Leipzig 1845, später abgedruckt in Marx/Engels, Werke Bd. 2, Berlin 1972.

²¹⁷ Abel, Wilhelm: Massenarmut und Hungerkrisen im vorindustriellen Deutschland, Göttingen 1972, S. 69. Vgl. zu den gewerblichen Betriebssystemen, den Niedergang des Handwerks, der Arbeitsteilung und der sozialen Klassenbildung Bücher, Karl: Die Entstehung der Volkswirtschaft. Vorträge und Versuche, 4. Aufl. Tübingen 1904.

²¹⁸ Ebd., S. 76.

bel, die Grundzüge des sozialistischen Zukunftsstaates seien in großen Zügen in der sozialistischen Literatur enthalten. Bebel selbst hat sich in seinen Schriften eingehend mit dem Zukunftsparadies der Sozialdemokraten beschäftigt.²¹⁹

Dasselbe haben Wilhelm Liebknecht²²⁰, Jacob Stern²²¹, Oskar Köhler²²², Atlantikus²²³ und Karl Kautsky²²⁴ getan.

Seit dem Kongreß in Gotha 1875 bekannte sich die Sozialdemokratie zu einem Programm, das auf marxistischen Grundsätzen basierte. „Nach Marx beinhaltet die sozialistische Wirtschaftsordnung die Beseitigung des kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisses durch Aufhebung des Sondereigentums (Privateigentums) an Produktionsmitteln, Ersetzung des freien Spiels der Kräfte auf dem Markt durch zentrale Bedarfsermittlung und Produktionsleitung und Verteilung des Produktionsertrags nach dem Bedarf der am Produktionsprozeß Beteiligten. Die Entwicklung des Kapitalismus zu dieser Wirtschaftsordnung vollzieht sich mit Notwendigkeit in zwei Stadien, der politischen Revolution (dem Niederbruch der bestehenden Produktionsweise) und in der sozialen Revolution (dem Aufbau der sozialistischen Wirtschaftsform)“.²²⁵

Alfred Müller-Armack (1901-1978) weist auf die spezielle Situation hin auf die der Marxismus stieß: „Auch das 19. Jahrhundert kann als ein großer Säkularisationsprozeß verstanden werden, bei dem mit dem Verblenden der zentralen Glaubensvorstellungen irdische Werte, wie die Kunst, der Staat, die Wirtschaft, Klassen und Massen, zum Ersatz des ursprünglichen Glaubens werden. Diese Entstehung von Ersatzreligionen dürfte ein wichtiger Schlüssel zur Erklärung vieler Massenbewegungen der Neuzeit sein. Auch im sowjetischen Kommunismus stecken,

²¹⁹ Bebel, August: Die Frau und der Sozialismus, 1883 und spätere Jahrgänge. Bebel's Buch „Die Frau“ wurde mit gerechtem Spott der „grüne Baedeker für das Land Utopien“ genannt. Bebel, August: Unsere Ziele, 1870.

²²⁰ Liebknecht, Wilhelm: Was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen, 1891.

²²¹ Stern, Jacob: Thesen über den Sozialismus, 1891.

²²² Köhler, Oskar: Der Sozialdemokratische Staat, Nürnberg 1891.

²²³ Atlantikus: Ein Blick in den Zukunftsstaat, 1898. Atlantikus ist Pseudonym für Karl Ballod. Ballod hat sein Buch unter seinem wahren Namen neu herausgegeben unter dem Titel „Der Zukunftsstaat“. Obwohl er es in der neuen Auflage umgearbeitet hat, wiederholt er doch im wesentlichen dieselben utopistischen Zukunftspläne. Er scheint zu meinen, man könne mit den lebendigen Menschen umgehen wie mit den Figuren eines Schachbretts.

²²⁴ Kautsky, Karl: Am Tage nach der sozialen Revolution, 1903.

²²⁵ Dobretsberger, Josef: Sozialisierung, in: Sacher, Hermann (Hrsg.), Staatslexikon, 5. Aufl., 4. Bd., 1931, Sp. 1682; Drahn, Ernst: Sozialdemokratie, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., 7. Bd., Jena 1926, S. 529.

wie inzwischen aus zahlreichen Studien, so z.B. denen von Jules Monnerot, hervorgegangen ist, pseudoreligiöse Elemente“.²²⁶

Die pseudoreligiösen Elemente finden sich auch bei August Bebel, dem Mitbegründer und unumstrittenen Führer der Sozialdemokraten. „Meine Herren“, sagte Bebel im Reichstag am 23. Februar 1890, „Sie wissen so gut wie wir, daß, je mehr der Glaube an das jenseitige Leben bei den Massen schwindet, die Massen um so nachdrücklicher verlangen, daß sie ihren Himmel auf Erden finden“.²²⁷

Der Glaube an das Jenseits wurde zunehmend ersetzt durch den Glauben an den sozialistischen Zukunftsstaat, „der zwar in den Parteiprogrammen (wie auch bei Marx) sehr vorsichtig umschrieben, jedoch in der Agitation um so glühender und farbenprächtiger ausgemalt wurde“.²²⁸

Seit dem Parteitag zu Halle (1890) nannte sich die Partei „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ (SPD). Auf dem Parteitag in Erfurt (1891) triumphierte der Marxismus, der von Karl Kautsky interpretiert wurde. „Über den Zukunftsstaat sprach sich das Erfurter Programm sehr unklar aus, man half sich mit allgemeinen Phrasen, wie allseitige harmonische Vervollkommnung, höchste Wohlfahrt, Befreiung des gesamten Menschengeschlechts“.²²⁹

Die reale Entwicklung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts verlief anders als es Marx und Engels vorausgesagt hatten. Der Widerspruch mit der wirtschaftlichen Realität und den marxistischen Voraussagen war so eklatant, daß es zum Revisionismus kam, der das Ziel verfolgte die „empirisch angreifbaren Teile der Marxschen Lehre auszusondern oder neu zu schreiben“.²³⁰ Damit zeichneten sich schon die zwei Richtungen ab, die zur Spaltung der Sozialdemokratie führten:

²²⁶ Müller-Armack, Alfred: Religionssoziologie, in: HdSW, 8. Bd., 1964, S. 795.

²²⁷ Cathrein, Victor: Der Sozialismus. Eine Untersuchung seiner Grundlagen und seiner Durchführbarkeit, 14.-16. Aufl., Freiburg i. Breisgau 1923, S. 215f. „Der Gedanke ist nicht neu. Schon vor mehr als achtzig Jahren hat ihn H. Heine (1797-1856) ausgesprochen. Nachdem er bemerkt, die deutsche Philosophie habe den Gottesglauben und die Gottesfurcht untergraben“, fährt er fort: „Mit dem Umsturz der alten Glaubensdoktrinen ist auch die alte Moral entwurzelt [...] Die Vernichtung des Glaubens an den Himmel hat nicht nur eine moralische, sondern auch eine politische Wichtigkeit. Die Massen tragen nicht mehr mit Geduld ihr irdisches Elend und lechzen nach Glückseligkeit auf Erden. Der Kommunismus ist eine natürliche Folge dieser veränderten Weltanschauung, und er verbreitet sich über ganz Deutschland.“

²²⁸ Nobel, Alfons: Sozialdemokratie, in: Sacher, Hermann (Hrsg.), Staatslexikon, 5. Aufl., 4. Bd., 1931, Sp. 1648 f.

²²⁹ Ebd., Sp. 1650.

²³⁰ Brandt, Karl: Geschichte der deutschen Volkswirtschaftslehre. Band 2: Vom Historismus bis zur Neoklassik, Freiburg i. Breisgau 1993, S. 175.

1. Karl Kautsky (1854-1938)²³¹ und Rosa Luxemburg (1871-1919)²³² waren die Hauptvertreter der orthodoxen Richtung, die das Marx'sche Erbe verteidigten. Das „größte und bleibende Verdienst des marxistischen Theoretikers, sozialistischen Gesellschaftsphilosophen und Historikers Kautsky liegt darin, mit seinen geschichtlichen Untersuchungen den Boden für die Auffassung bereitet zu haben, daß alle politischen und ökonomischen Begriffe, Vorstellungen und Erkenntnisse im Marxismus nur als historische Kategorien gesehen werden dürfen, die jeweils auf ihre soziologische Bedingtheit zurückgeführt und aus ihr heraus verstanden werden müssen“.²³³
2. Der Führer der revisionistischen Richtung war Eduard Bernstein (1850-1932). Sein Werk „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“ (1899) war eine zusammenfassende Darstellung der von den Revisionisten auf ökonomischem, philosophischem und politischem Gebiet gegen den Marxismus erhobenen Vorwürfe.²³⁴

Bernstein geht von folgenden Überlegungen aus:²³⁵

Die von den Vertretern der inzwischen entwickelten subjektiven Wertlehre (Grenznutzenschule) vorgebrachte Kritik an der klassischen Arbeitswertlehre ist berechtigt. Nutzenschätzungen und Nachfrage müssen zur Beurteilung von Markt und Verteilung herangezogen werden.²³⁶

²³¹ Zwoch, Gerhard: Karl Kautsky (1854-1938), in: HdSW, 5. Bd., 1956, S. 603 f.

²³² Maus, Heinz: Rosa Luxemburg (1870-1919), in: HdSW, 7. Bd., 1961, S. 69-71.

²³³ Zwoch, Gerhard: Karl Kautsky, in: HdSW, 5. Bd., 1956, S. 603.

²³⁴ Schon 1896 hatte sich Eugen von Böhm-Bawerk (1851-1914) sehr kritisch über Marx geäußert: „Dass Böhm-Bawerk trotz seiner eminent analysierenden und kritischen Denkweise auf die Beobachtung der Tatsachen einen besonderen Wert gelegt hat, beweist auch seine berühmte Abhandlung ‚Zum Abschluß des Marx'schen Systems‘, worin er schreibt, dass sich der Menscheng Geist nicht dauernd von einer geschickten Rhetorik imponieren lasse. „Auf die Dauer kommen doch immer die Tatsachen, die solide Verkettung nicht von Worten und Phrasen, sondern von Ursachen und Wirkungen zur Geltung.“ Weinberger, Otto: Eugen von Böhm-Bawerk, in: HdSW, 2. Bd., 1959, S. 385. Eugen von Böhm-Bawerk: Zum Abschluß des Marx'schen Systems, in: Staatswissenschaftliche Arbeiten, Festgabe für Karl Knies, Hrsg. Otto von Boenigk, Berlin 1896.

²³⁵ Brandt, Karl: Geschichte der deutschen Volkswirtschaftslehre, S. 175.

²³⁶ Nach der modernen Nutzen- und Werttheorie haben Güter keinen eigenen oder inneren Wert (wie die marxistische Arbeitswerttheorie behauptet), sie werden nur nach ihrem Nutzen bewertet. Weber, Wilhelm/ Streissler, Erich: Nutzen, in: HdSW, 8. Bd., 1964, S. 1-19; Rosenstein-Rodan, Paul N.: Grenznutzen, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., 4. Bd., 1927, S. 1190-1233.

Adam Smith vertrat die Arbeitswerttheorie,²³⁷ die jedoch nur für die Zeit vor der Erfindung des hellenischen Münzgeldes im 7. Jahrhundert vor Christus²³⁸ eine gewisse Geltung beanspruchen kann: „Auf der *untersten Entwicklungsstufe eines Landes*, noch bevor es zur Kapitalbildung kommt und der Boden in Besitz genommen ist, ist das Verhältnis zwischen den Mengen Arbeit, die man einsetzen muß, um einzelne Gegenstände zu erlangen, offenbar der einzige Anhaltspunkt, um eine Regel für deren gegenseitigen Austausch ableiten zu können. Bedarf es beispielsweise in einem Jägervolk gewöhnlich doppelt so vieler Arbeit, einen Biber zu töten, als einen Hirsch zu erlegen, sollte natürlich im Tausch ein Biber zwei Hirsche wert sein. Es ist dann nur selbstverständlich, daß der übliche Ertrag der Arbeit von zwei Tagen oder zwei Stunden doppelt soviel wert sein sollte als der übliche eines Tages oder einer Stunde“.²³⁹ Die Arbeitswertlehre von Sir William Petty (1662) und Galiani (1751) kann bis auf den griechischen Schriftsteller Xenophon (um 430 v. Chr. – 354 v. Chr.) zurückverfolgt werden.²⁴⁰

Auch die auf Marx zurückgehende Mehrwertlehre und These der „Verelendung des Proletariats“ ist historisch widerlegt und wurde von Georg Halm kritisiert:

1. Die Mehrwertlehre ist kein unumstößliches Dogma, sondern eine an der Realität zu prüfende Hypothese. Muß sie verworfen werden, fällt auch die Ausbeutungstheorie.
2. Die Lehre vom Produktionspreis und der Durchschnittsprofitrate ist mit der Arbeitswert- und Mehrwertlehre nicht vereinbar.

²³⁷ Mann, Fritz Karl: Adam Smith (1723-1790), in: HdSW, 9. Bd., 1956, S. 290 „Werttheorie“.

²³⁸ Heichelheim, Fritz Moritz: Geld- und Münzgeschichte: I Anfänge und Antike, in: HdSW, 4. Bd., Tübingen 1965, S. 276.

²³⁹ Smith, Adam: Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen, München 1974, S. 42. Vgl. z.B. dos Santos, António Ramos: What pays what? Cashless Payment in Ancient Mesopotamia (626-331 BC), in: Sushil Chaudhuri and Markus A. Denzel (Ed.), Cashless Payments and Transactions from the Antiquity to 1914, Stuttgart 2008, S. 15-32.

²⁴⁰ Eisler, Robert: Das Geld. Seine geschichtliche Entstehung und gesellschaftliche Bedeutung, München 1924, S. 343: „Die *Arbeitswertlehre* geht aber in Wirklichkeit noch hinter Adam Smith (Natur und Ursachen des Volkswohlstands, deutsch von Löwenthal, Berlin 1879, S. 31: „Arbeit ist also der wahre Maßstab für den Tauschwert aller Güter“) auf die Abhandlung des Abbate Galiani (1751) „über das Geld“ und Sir William Pettys Untersuchung über Steuer und Abgaben (1662) zurück und kommt selbst im Altertum schon vor (Epicharm bei Xenophon mem. II, 1, 20: „Die Götter verkaufen dem Menschen alle Güter um den *Preis der Arbeit*“).

3. Die von Marx behauptete Konzentration ist nicht eingetreten. In der Landwirtschaft hat es überhaupt keine Konzentration gegeben, in der Industrie ist der erreichte Konzentrationsgrad hinter der Marxschen Prognose zurückgeblieben. Klein- und Mittelbetriebe sind nicht verdrängt worden, sie haben sich am Markt behaupten können.²⁴¹
4. Die kapitalistische Reife kommt in Kartellen und Konzernen zum Ausdruck. Diese haben die Fähigkeit, die Produktion umfassend zu regulieren. Sie beseitigen dadurch Auswüchse anarchischer Produktion und mildern die Folgewirkungen von Krisen.
5. Historisch ist die Verelendung nicht nachzuweisen. Es gibt sozialen Fortschritt, durch den die Lebensbedingungen der Arbeiter verbessert werden.²⁴²

Nach Bernstein war der Kapitalismus nicht zusammenbruchsreif. Daraus schlußfolgert er: „Das Ziel des Sozialismus ist nichts, die Bewegung der auf Reformen gerichtete Tageskampf alles“.²⁴³

Karl Marx und Friedrich Engels interpretierten die gesellschaftliche Entwicklung als „naturgeschichtlichen Prozeß“.²⁴⁴ Mit dem Manifest der Kommunistischen Partei wurden die „grundlegenden Entwicklungsgesetze der menschlichen Gesellschaft aufgedeckt“.²⁴⁵ Die marxistische Lehre unterschied verschiedene Gesellschaftsformationen, die gesetzmäßig aufeinander folgen: (1) Urgemeinschaft, (2) Sklaverei, (3) Feudalismus, (4) Kapitalismus, (5) Sozialismus, (6) Kommunismus. Die „gesellschaftlichen Gesetze“ hatten nach marxistischer Ansicht „objektiven Charakter“ und wurden den „Natur-Gesetzen“ gleichgestellt.²⁴⁶

²⁴¹ Halm, Georg: Groß- und Kleinbetrieb, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., Ergänzungsband 1929, S. 384-401; Cathrein, Victor: Der Sozialismus. Eine Untersuchung seiner Grundlagen und seiner Durchführbarkeit, 14.-16. Aufl., Freiburg i. Breisgau 1923, S. 150 ff.

²⁴² Gömmel, Rainer: Realeinkommen in Deutschland. Ein internationaler Vergleich (1810-1914), Nürnberg 1979; Seidel, Bruno: Sozialpolitik (Geschichte), in: HdSW, 9. Bd., 1956, S. 532-539; Cathrein, Victor: Der Sozialismus, S. 168 ff.

²⁴³ Eduard Bernstein (1850-1932), in: Ökonomisches Lexikon A-G, 3. neu bearbeitete Aufl., Berlin 1978, S. 304; Kautsky, Benedikt: Eduard Bernstein, in: HdSW, 2. Bd., 1959, S. 5-7.

²⁴⁴ Ökonomisches Lexikon A-G, 3. neu bearbeitete Aufl., Berlin 1978, S. 754.

²⁴⁵ Ebd., S. 757.

²⁴⁶ Ebd., S. 758. Die Ideologie des Marxismus-Leninismus-Stalinismus war ein Glaubensakt. Der Untergang der DDR nahm Erich Honecker (1912-1994), wie er selbst schrieb, „nicht den Glauben an den Sozialismus“. Honecker, Erich: Moabiter Notizen. Letztes schriftliches Zeugnis und Gesprächsprotokolle vom BRD-Besuch 1987 aus

Bis zum Ersten Weltkrieg und auch noch danach wie z.B. auf dem Heidelberger Parteitag 1925 beschränkte sich das Programm der SPD auf die Schilderung der „wirtschaftlichen, sozialen und politischen Auswirkungen des kapitalistischen Systems, dessen Überwindung nur durch die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum erreicht werden könne“.²⁴⁷

Arbeitervereine, Gewerkschaften und Sozialdemokratie bewegten sich bis 1914 zwischen orthodoxem Marxismus und Revisionismus.²⁴⁸

Die SPD-Fraktion stimmte nach Ausbruch des 1. Weltkrieges den Kriegskrediten am 4.8.1914 geschlossen zu. „Sie bekannte sich mit diesem Votum zur Vaterlandsverteidigung und hoffte, durch eine patriotische Haltung das Odium der ‚vaterlandslosen Gesellen‘ abstreifen und Barrieren auf dem Weg zu politischem Einfluß überwinden zu können. Das schloß die Zustimmung zur Politik des ‚Burgfriedens‘ ein. Im Streit über ‚Kriegskreditbewilligung‘ und ‚Burgfriedenspolitik‘ hat sich die Fraktion schließlich gespalten“.²⁴⁹

dem persönlichen Besitz Erich Honeckers, Berlin 1994, S. 10. Nach Honecker sind die „Entwicklungsgesetze der menschlichen Gesellschaft objektiv“. (S. 11) Das subjektiv illusionäre, unbedingte Fürwahrhalten des Marxismus-Leninismus-Stalinismus zeigt die Denkschablonen Honeckers auf. Der „Vollblutdogmatiker Erich Honecker“ lebte in einer Welt, die mit der Realität nichts gemein hatte. Przybylski, Peter: Tatort Politbüro. Bd. 2: Honecker, Mittag und Schalck-Golodkowski, Berlin 1992, S. 56. „Für Honecker war es unvorstellbar, daß sich das berühmte Rad der Geschichte je würde zurückdrehen lassen. [...] Die Geschichtsspirale, auf der er die DDR weit fortgeschrittener als den Kapitalismus wählte, konnte sich in seiner schablonenhaften Weltansicht nur weiter „aufwärts“, niemals „abwärts“, zum bürgerlichen System hin, bewegen. Honecker hatte, wie die meisten, die sich in der DDR für Marxisten hielten (der Autor eingeschlossen), ein Scheitern des Realsozialismus dank zwingender historischer Gesetzmäßigkeit absolut ausgeschlossen. Diese Überzeugung hatte er kurze Zeit vor dem Fall der Mauer noch auf den simplen Reim gebracht: „Den Sozialismus in seinem Lauf, hält weder Ochs noch Esel auf.“ – Honeckers blinder Glaube an den Realsozialismus machte ihm auch die Wahl der Mittel leicht. In seiner Vorstellung heiligten sie allemal den Zweck, der für ihn eben in einer guten und sozial gerechten Sache bestand. Die Simplizität seines Sozialismusmodells, für jedermann Arbeit, Brot und ein Dach über den Kopf zu schaffen, ist ihm nie aufgegangen. Subjektiv wollte Honecker etwas Positives für die Menschen schaffen, in Wahrheit hat er damit einen sozialen Trümmerhaufen hinterlassen“. (S. 85 f.)

²⁴⁷ Nobel, Alfons: Sozialdemokratie, in: Sacher, Hermann (Hrsg.), Staatslexikon, 5. Aufl., 4. Bd., 1931, Sp. 1654.

²⁴⁸ Brandt, Karl: Geschichte der deutschen Volkswirtschaftslehre, Band 2: Vom Historismus bis zur Neoklassik, S. 169 ff. 6. Arbeitervereine und Sozialdemokratie zwischen orthodoxem Marxismus und Revisionismus.

²⁴⁹ Potthoff, Heinrich: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.), Staatslexikon, 7. Aufl., 4. Bd., Freiburg 1988, Sp. 1223

Unter Hugo Haase (1863-1919) konstituierte sich eine Minorität als „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“, die den Kern für die „Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ (USPD) bildete, die im April 1917 in Gotha gegründet wurde. Der USPD schloß sich auch die Spartakusgruppe an.²⁵⁰ Durch die Oktoberrevolution 1917 kamen die von Lenin geführten Bolschewisten in Rußland an die Macht. Danach entstanden 1918-1920 in den meisten europäischen Ländern ebenfalls kommunistische Parteien durch Abspaltung von der Sozialdemokratie. Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) entstand durch die Vereinigung des radikalen Flügels (Spartakusbund) der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands mit Bremer Linksradi-kalen auf dem Berliner Parteitag vom 30.12.1918-1.1.1919.

Die seit 1919 der Kommunistischen Internationale (KI) angehörende KPD (führende Zeitung: „Die Rote Fahne“, Berlin) wurde von einer moskauhörigen, zentralistisch organisierten Führungsspitze (Mitglieder u. a. Wilhelm Pieck²⁵¹ und Walter Ulbricht²⁵²) geleitet.²⁵³

²⁵⁰ Cathrein, Victor: Der Sozialismus. Eine Untersuchung seiner Grundlagen und seiner Durchführbarkeit, S. 74 f. Im Programm des Spartakusbundes vom 14. Dezember 1918 wurden sehr umfangreiche Vermögenskonfiskationen gefordert.

²⁵¹ Weber, Hermann: Wilhelm Pieck (1876-1960), in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.), Staatslexikon, 7. Aufl., 4. Bd., 1988, Sp. 394. Der Opportunist Pieck paßte sich den jeweils herrschenden „linken“ oder „rechten“ Parteiführungen an und hatte sich in den zwanziger Jahren „völlig der Politik Stalins unterworfen“.

²⁵² Weber, Hermann: Walter Ulbricht (1893-1973), in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.), Staatslexikon, 7. Aufl., 5. Bd., 1989, Sp. 512 f. Ulbricht war bis zu Stalins Tod (5.3.1953) „dessen eifrigster Anhänger“. Ulbricht wirkte unermüdlich für die Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung und erhielt dafür höchste Auszeichnungen der Sowjetunion und der DDR.

²⁵³ Morsey, Rudolf/ Weber, Hermann: Kommunistische Partei Deutschlands, in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.), Staatslexikon, 7. Aufl., 3. Bd., 1987, Sp. 604; Hedeler, Wladislaw/ Vatlin, Alexander: Die Weltpartei aus Moskau. Der Gründungskongress der Kommunistischen Internationale 1919. Protokoll und neue Dokumente, Berlin 2008. Die Gründung der III. Kommunistischen Internationalen am 3.3.1919 in Moskau zeigt, daß die Eroberung der Macht in Rußland von vornherein nur als der erste Schritt zur bolschewistischen Weltrevolution, die Sowjetunion nur als Basis („Mutterland des Proletariats“) zur Entfaltung des Weltbolschewismus angesehen wurde. Lenin erklärte: „Die Gründung der III. Kommunistischen Internationale ist nichts weiter als der Erste Grad der internationalen Sowjetrepublik und des Sieges des Kommunismus in der ganzen Welt.“ An der Spitze der Kommunistischen Internationale (Komintern) steht das völlig unbeschränkt herrschende Exekutiv-Komitee (EKKI). Die kommunistischen Parteien der einzelnen Länder sind nichts anderes als Sektionen dieser Internationale, die sie finanziert und deren Weisungen sie streng zu befolgen haben.

Die KPD übernahm Lenins Ansicht, daß der Sozialismus auf Grund der revolutionären Diktatur des Proletariats als „die erste Stufe der kommunistischen Gesellschaft anzusehen ist“.²⁵⁴

4.1.2 Die wissenschaftliche Kritik am sozialistischen Zukunftsstaat

Der Ökonom Karl Diehl (1864-1943)²⁵⁵ zeigte 1926 auf, wie wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der sozialistischen Wirtschaftsordnung geführt werden muß: „Die Kritiker des Sozialismus können daher weder durch Deduktionen noch durch ausreichende Erfahrungsbeispiele die Unmöglichkeit einer sozialistischen Wirtschaftsordnung behaupten. Was die Kritik nur leisten kann, ist, daß sie die *wahrscheinlichen wirtschaftlichen Folgen*, die aus der Struktur der sozialistischen Wirtschaftsordnung sich ergeben, kontrastiert mit den tatsächlichen Verhältnissen der kapitalistischen Wirtschaft, und ferner, daß sie die wichtigsten ökonomischen Theorien des wissenschaftlichen Sozialismus einer kritischen Prüfung unterzieht“.²⁵⁶

Einer der ersten, der sich mit der von den Kommunisten geplanten zentralen Wirtschaftsbehörde auseinandersetzte, war Hermann Heinrich Gossen (1810-1858)²⁵⁷, „einer der ersten und vielleicht der konsequenteste Vertreter der „subjektiven Wertlehre“.²⁵⁸ Gossen: „Dazu folgt aber außerdem aus den im vorstehenden gefundenen Sätzen über das Genießen, und infolgedessen über das Steigen und Sinken des Werthes jeder Sache mit Verminderung und Vermehrung der Masse und der Art, *daß nur durch Feststellung des Privateigenthums der Maßstab gefunden wird zur Bestimmung der Quantität, welche den Verhältnissen angemessen am zweckmäßigsten von jenem Gegenstand zu produzieren ist.* Darum würde denn die von Communisten projectierte Centralbehörde zur Verteilung der verschiedenen Arbeiten sehr bald die Erfahrung machen,

²⁵⁴ Lenin, Wladimir I.: Staat und Revolution, Berlin 1918, S. 85 ff.

²⁵⁵ Hesse, Albert: Karl Diehl (1864-1943), in: HdSW, 2. Bd., 1959, S. 590 f.

²⁵⁶ Diehl, Karl: Sozialismus und Kommunismus, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., 7. Bd., 1926, S. 609 f. Diehl, Karl: Über Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus, Jena 1906, 5. Aufl., 1923. Diehl, Karl: Von der sterbenden Wertlehre, in: Schmollers Jahrbuch, Jg. 49, 1925, S. 27 ff.; Diehl, Karl: Über das Verhältnis von Wert und Preis im ökonomischen System von Karl Marx, Jena 1898.

²⁵⁷ Bousquet, Georges Henri: Hermann Heinrich Gossen (1810-1858), in: HdSW, 4. Bd., 1965, S. 618-620.

²⁵⁸ Liefmann, Robert: Hermann Heinrich Gossen (1810-1858), in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., 4. Bd., 1927, S. 1185.

daß sie sich eine Aufgabe gestellt habe, deren Lösung die Kräfte einzelner Menschen weit übersteigt“.²⁵⁹

Eberhard Friedrich Schöffle (1831-1903)²⁶⁰ war von der Unhaltbarkeit des sozialistischen Zukunftsstaates überzeugt. Für Schöffle war die Freiheit der Bedarfsbestimmung die Grundlage jedes Kulturfortschritts: „Die Freiheit der Bedarfsbestimmung ist sicherlich die unterste Grundlage der Freiheit überhaupt. Würden die Lebens- und Bildungsmittel etwa von außen her und einem jeden nach dem Bedarfsschema zugemessen, so könnte niemand nach seiner Individualität leben und sich ausbilden; es wäre der ‚Brotkorb‘ der Freiheit beseitigt. Es fragt sich deshalb, ob der Sozialismus die individuelle Freiheit der Bedarfsbestimmung aufhebt oder nicht. Hebt er sie auf, so ist er freiheitsfeindlich, aller Individualisation, daher aller Gesittung entgegen und ohne alle Aussicht, mit den unvertilgbarsten Trieben des Menschen jemals fertig zu werden“.²⁶¹

Das meistgelesene Werk des Jesuiten Victor Cathrein²⁶² „Der Sozialismus. Eine Untersuchung seiner Grundlagen und seiner Durchführbarkeit“, das erstmals 1890 bei der Aufhebung des Sozialistengesetzes erschien, wurde 1923 in 16. Auflage, 35- Tausendmal, publiziert und in 11 Fremdsprachen übersetzt. Cathrein fragte, ob im sozialistischen Zukunftsstaat die heutige Freizügigkeit der Arbeitsplatzwahl bestehen oder nicht bestehen bleibt. Eine interessante Illustration zu der Freiheit im Sozialistenstaat liefert *folgender Beschluß*, den der 2. Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands im April 1920 in Moskau gefaßt hat. „In Anbetracht dessen, daß ein erheblicher Teil der Arbeiter, auf der Suche nach *besseren Verpflegungsbedingungen*, nicht selten aber auch zu Zwecken der Spekulation, eigenmächtig die Unternehmen verläßt und von einem Ort an den andern übersiedelt, wodurch der Produktion weitere Schäden zugefügt werden und die allgemeine Lage der Arbeiterklasse verschlechtert wird, sieht der Kongreß eine der dringendsten Aufgaben der Sowjetmacht und der Gewerkschaftsorganisationen im planmäßigen, systematischen, beharrlichen, strengen Kampfe mit der

²⁵⁹ Gossen, Hermann Heinrich: Entwicklung der Gesetze des menschlichen Verkehrs, und der daraus fließenden Regeln für menschliches Handeln, Braunschweig, 1854, Berlin 1889, S. 231; Hayek, Friedrich A. von: Individualismus und wirtschaftliche Ordnung, Erlenbach-Zürich 1952, S. 179.

²⁶⁰ Meitzel, Albert: Eberhard Friedrich Schöffle (1831-1903), in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., 7. Bd., 1926, S. 166 f.

²⁶¹ Schöffle, Eberhard Friedrich: Die Quintessenz des Sozialismus, Gotha 1875, 13. Aufl. 1891. Zitiert nach: Cathrein, Victor, Der Sozialismus. Eine Untersuchung seiner Grundlagen und seiner Durchführbarkeit, 14.-16. Aufl., Freiburg i. B. 1923, S. 261 f.

²⁶² Rauch, Wendelin: Victor Cathrein S. J. (1845-1931), in: Hermann Sacher (Hrsg.), Staatslexikon, 5. Aufl., 1. Bd., 1926, Sp. 1197-1199.

Arbeitsdesertion, im besondern durch *Veröffentlichung von Straflisten der Deserteure, durch Schaffung von Strafkommandos aus Deserteuren und endlich durch Einsperren der Deserteure in ein Konzentrationslager.*“ – Dazu bemerkt der „Vorwärts“ (1920 Nr. 495): „Der Arbeiter, der sich eine bessere Arbeitsstelle zu suchen wagt, wandert hinter Stacheldraht. Dieser Beschluß genügt eigentlich, um die Frage zu erklären, ob die aus Rußland heimgekehrten bei der Schilderung des bolschewistischen ‚Paradieses‘ übertrieben haben.“ Er übersieht, daß im Zukunftsstaat der Sozialisten ganz ähnliche Zustände zu erwarten wären“.²⁶³

Cathrein befaßte sich auch mit der Freizügigkeit der Auswanderung, d.h. dem Verlassen eines Staatsgebietes, um sich in einem anderen niederzulassen. „*Dürfen im Zukunftsstaat die „Genossen“ beliebig in ein anderes Land, etwa aus Deutschland nach Frankreich, England, Nordamerika, auswandern oder nicht?* Das ist eine Lebensfrage für den Sozialismus. Ohne Zweifel werden die Sozialisten mit Ja antworten. Das schulden sie schon ihrem Gerede von der Freiheit, mit der sie die Menschheit beglücken wollen im Gegensatz zur heutigen „Sklaverei“. Heute steht es doch jedem frei, sein Glück in einem andern Himmelsstrich zu versuchen. – In der Tat würde sich auch die Auswanderung gar nicht hindern lassen; wenigstens stünde es den Genossen frei, zu desertieren. Man kann doch nicht die Grenzen ringsum mit Soldaten besetzen, und die Soldaten könnten schließlich auch die Lust an ihrem Handwerk verlieren.

Es steht also jedem frei, nach Belieben auszuwandern. Was wird nun geschehen? Wenn man nicht voraussetzt, daß *in allen Kulturstaaten der Sozialismus gleichzeitig zur Herrschaft gelangt, so wird eine massenhafte Auswanderung nach jenen Staaten Platz greifen, in denen der Sozialismus nicht herrscht*; und zwar werden vorzugsweise die jüngeren arbeitsfähigen Männer zum Wanderstab greifen. Daran wird der Sozialismus nichts ändern: Die Freiheit der Selbstbestimmung und die Aussicht, durch Fleiß und Geschick emporzukommen, hat für das menschliche Herz mehr Anziehungskraft als die Ehre, Mitglied „eines einzigen ungeheuren Staatsbetriebes“ zu sein, in welchem prinzipiell keine Ungleichheit geduldet und jeder über das Durchschnittsmaß hinausragende Genosse mit Scheelsucht betrachtet wird.

Ist es nun wahrscheinlich, daß jemals in allen Kulturländern der Sozialismus gleichzeitig durchgeführt werde? Diese Hoffnung oder Befürchtung wird wohl niemand ernstlich hegen“.²⁶⁴

²⁶³ Cathrein, Victor: Der Sozialismus. Eine Untersuchung seiner Grundlagen und seiner Durchführbarkeit, S. 271.

²⁶⁴ Ebd., S. 273 f.

Mit diesen Worten erwies sich Cathrein als Prophet für die totalitären sozialistischen Staaten, die nach 1945 als Satelliten der Sowjetunion geschaffen wurden.

4.2 Die realen Erkenntnisobjekte

4.2.1 Die Folgen der Kriegswirtschaft des Ersten Weltkrieges (1914-1918)

Als grundlegende Elemente der liberalen marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung ab der Mitte des 19. Jahrhunderts bezeichnet Götz Briefs²⁶⁵ Privateigentum und Erbrecht, persönliche Verfügungsfreiheit in der Verwertung von Kapital und Arbeit durch das Mittel freier Verträge, Ausrichtung des wirtschaftlichen Handelns nach Privatinteressen und Rationalisierung auf höchste Erträge mit der Folge der maschinellen Massenproduktion im Großbetrieb.²⁶⁶

Briefs griff bei der wissenschaftlichen Behandlung der Rückwirkung des Ersten Weltkrieges (1914-18) auf die sich im Gleichgewicht

²⁶⁵ Brintzinger, Klaus-Rainer: Briefs, Gottfried Anton, gen. Goetz (1899-1974), in: Harald Hagemann und Claus-Dieter Krohn (Hrsg.) Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Wirtschaftswissenschaftlichen Emigration nach 1933, Bd. 1, München 1999, S. 78-82.

²⁶⁶ Briefs, Goetz: Kriegswirtschaftslehre und Kriegswirtschaftspolitik, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., 5. Bd., Jena 1923, S. 988; Briefs, Goetz: Klassische Nationalökonomie, in: HdSW, 6. Bd., 1959, S. 5 f.: „Die individualistische Verfassung der liberalen Wirtschaft läßt sich in vier Grundsätzen zusammenfassen: (1) Träger der wirtschaftlichen Handlungen ist das Individuum (nicht der Staat, nicht irgendein Kollektivum). Das Individuum entscheidet in freier *Selbstbestimmung* über seine wirtschaftlichen Handlungen und Unterlassungen. Zu dieser Selbstbestimmung gehören folgende *Rechte* (in denen sich das Naturrecht der Aufklärung niederschlägt): (1.1) das Recht, Eigentum in ungestörtem Besitz zu haben, zu verwerten und zu genießen; (1.2) das Recht, über die eigene Arbeitskraft und Arbeitseignung frei zu verfügen; (1.3) das Recht, das Was und Wie und Wo der Verfügung über Eigentum (Kapital) und Arbeit frei zu bestimmen; (1.4) das Recht auf Freiheit des Vertragsschlusses. (2) Mit dieser Freiheit und Selbstbestimmung notwendig verknüpft ist die *wirtschaftliche Selbstverantwortung* der Individuen. Sie haben einzustehen für die Folgen ihres Tuns und Unterlassens. Keine sozialen Schutznormen und Schutzgehäuse entlasten sie von Verantwortung. (3) Gestellt auf Selbstverantwortung handeln die Individuen nach der *Leitnorm des Selbstinteresses*. ... Sie tun es nach aller Erfahrung, gewissermaßen mit psychologischer Notwendigkeit. Der wirtschaftliche Individualismus sah im Selbstinteresse das einzig systemkongruente Handeln; ein Handeln aus anderen als selbstinteressierten Motiven störe den naturgemäßen Preisbildungs- und Verteilungsvorgang und beeinträchtige dadurch die Wohlfahrt der Gesamtheit. (In dieser Lehre vom Selbstinteresse schlägt sich die natürliche Ethik der Aufklärung nieder). (4) Wenn Individuen in einer so bestimmten Weise handeln, ergibt sich notwendig *freie Konkurrenz*. Sie ist mehr als eine Zwangsfolge der anderen Prinzipien; sie ist die Voraussetzung für das Funktionieren des Gesamtsystems.“

befindliche Friedenswirtschaft von 1913 als Bezugsgröße zurück und gewann damit die Möglichkeit, „die in der Kriegswirtschaft auftretenden Wirtschaftsprozesse als *Störungen des Gleichgewichts der Friedenswirtschaft* theoretisch zu erklären“.²⁶⁷ In der Friedenswirtschaft vor 1914 existierte ein Gleichgewicht von Produktion und Konsum: „Nachfrage nach Kriegsmaterial umschließt die stärkste Störung in der Gleichgewichtslage; ihre Dringlichkeit führt zur Umstellung der Produktion und damit zur Verengung der bürgerlichen Bedarfsbefriedigung“.²⁶⁸

Walter Eucken charakterisierte die Wirtschaftspolitik seit 1914 bei seinem 1. Vortrag, den er auf Einladung der Universität London im März 1950 hielt. „Seit 1914 experimentierte man mit neuen Währungsformen, mit Marktregelungen, Selbstverwaltung der Wirtschaft, zentraler Planung usw. – ohne zu wissen, was dabei herauskommen werde. [...] Seit dem Kriege 1914/18 ist die Wirtschaftspolitik in eine neue Ära getreten. Es ist die Wirtschaftspolitik der Experimente, die nunmehr beginnt und in deren Zeitalter wir noch heute stehen (1950)“.²⁶⁹

Als einer der ersten hatte sich Otto Neurath (1882-1945)²⁷⁰ schon vor dem Ersten Weltkrieg mit der Kriegswirtschaft beschäftigt. Nach dem Ersten Weltkrieg (ab 1918) galt das Interesse Neuraths vor allem der Sozialisierung und Planwirtschaft, „wobei er die These vertrat, ein Wirtschaftsplan ließe sich nur verwirklichen, wenn man bei seiner Aufstellung statt der Geld- die Naturalrechnung zugrunde lege“.²⁷¹

Zur *Naturalwirtschaft* schreibt Ludwig Elster im Handwörterbuch der Staatswissenschaft 1925: „Unter Naturalwirtschaft verstehen wir

1. eine sich selbst genügende, ihre Bedürfnisse ausschließlich durch eigene Produktion deckende Wirtschaft. Das Wesentliche dieser

²⁶⁷ Gebauer, Werner: Kriegswirtschaft, in: HdSW, 6. Bd., 1959, S. 394.

²⁶⁸ Briefs, Goetz: Kriegswirtschaftslehre, S. 990.

²⁶⁹ Eucken, Walter: 1. Vortrag. Das Problem der wirtschaftlichen Macht, in: Eucken, Walter: Unser Zeitalter der Mißerfolge. Fünf Vorträge zur Wirtschaftspolitik, Tübingen 1951, Vorwort: „Fünf Vorträge zur Wirtschaftspolitik waren vorgesehen. Drei von ihnen hat er halten können. Eine Grippeerkrankung zwang ihn, den vierten vorlesen zu lassen. Unmittelbar vor dem fünften, als er bereits genesen schien, ereilte ihn der Tod.“

²⁷⁰ Mauch, Gerhard J.: Neurath Otto (*10.12.1882 in Wien, † 22.12.1945 in Oxford) in: Harald Hagemann und Claus-Dieter Krohn (Hrsg.), Biographisches Handbuch der deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration nach 1933, Bd. 2, München 1999, S. 508 f.

²⁷¹ Gruner, Rolf: Otto Neurath (1882-1945), in: HdSW, 7. Bd., 1961, S. 559; Neurath, Otto: Die Sozialisierung Sachsens, Chemnitz 1919; Neurath, Otto: Durch die Kriegswirtschaft zur Naturalwirtschaft, München 1919; Neurath, Otto: Wirtschaftsplan und Naturalrechnung, Berlin 1925.

Naturalwirtschaft besteht darin, daß eine Familie oder irgendeine andere Gruppe von Menschen innerhalb des Rahmens eines einheitlichen Haushalts alle wirtschaftlichen Güter, deren sie bedarf - aber auch nicht mehr -, selbst gewinnt. Hier fehlt also die auf dem Güterausaustausche beruhende volkswirtschaftliche Arbeitsteilung, während die technische Arbeitsteilung innerhalb der Einzelwirtschaft immerhin schon zu einiger Ausbildung gelangt sein kann.²⁷²

2. Spricht man von Naturalwirtschaft vor allem auch dann, wenn sich schon ein gewisser *Güterausaustausch* zwischen den Einzelwirtschaften der Gesellschaft herausgebildet hat. Die Wirtschaften stehen miteinander mehr oder minder in Verkehr, weil sie nicht mehr imstande sind, ihre sämtlichen Bedürfnisse unmittelbar durch eigene Produktion zu befriedigen; aber dieser Verkehr ist *ein natürlicher Tauschverkehr*, Güter werden gegen Güter umgesetzt, ohne daß das Geld als Vermittlungsgut herangezogen wird. Die Naturalwirtschaft in dieser Auffassung²⁷³ [...] bildet also den Gegensatz zur Geldwirtschaft. Aber das Fehlen des durch Geld vermittelten Güterausaustausches ist doch nur ein untergeordnetes Merkmal der Naturalwirtschaft [...].

Das deutlichste Bild einer Naturalwirtschaft mit nur nebensächlichem Tauschverkehr auf einer primitiven, aber doch nicht geringen anzuschlagenden Kulturstufe erhalten wir aus der Odyssee, in der sich ohne Zweifel die Zustände abspiegeln, die zur Zeit der Entstehung dieser Dichtung in den von den asiatischen Kultureinflüssen noch wenig berührten Teilen Griechenlands vorherrschten. [...] Als Wertmaß werden nur Rinder angeführt; Gold, Silber, Eisen und Kupfer oder Bronze kommen als gewöhnliche Waren, auch als Schatzgüter, aber nicht als geldartige Tauschmittel vor.²⁷⁴ [...] Die alte Naturalwirtschaft stellte in ihrer sicheren Selbstgenüfung, in ihrer Unabhängigkeit von den unberechenbaren Störungen und Erschütterungen, denen die arbeitsteiligen, wesentlich nur für den Verkauf produzierenden Einzelwirtschaften als

²⁷² Vgl. Bücher, Karl: Die Entstehung der Volkswirtschaft. Vorträge und Versuche, 4. Aufl. Tübingen 1904

²⁷³ Vgl. dazu Hildebrand, Bruno: Natural-, Geld- und Creditwirtschaft, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Zweiter Band, Jena 1864, S. 1-24.

²⁷⁴ „In den asiatischen Großstädten mußten jedoch andere Verhältnisse bestehen als in den in der Odyssee geschilderten einfachen Zuständen. Dort konnte der Verkehr ohne eine einigermaßen ausgebildete Geldwirtschaft gar nicht auskommen, was dann auch durch die neueren Forschungen, insbesondere auch über das babylonische Bankwesen und durch Stellen in dem Gesetzbuch Hammurabis bestätigt wird. Auch in Athen gab es zur Zeit Solons schon Anfänge der Geldwirtschaft.“ Elster, Ludwig: Naturalwirtschaft, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, hrsg. von Ludwig Elster, Adolf Weber, Friedrich Wieser, 4. umgearbeitete Auflage, 6. Band, Jena 1925, S. 738-741 (S. 739).

untergeordnete Glieder eines volks- und weltwirtschaftlichen Systems unterliegen, einen in gewisser Weise befriedigenden Zustand dar. Für die Naturalwirtschaft bildete der Gebrauchswert der Güter, der nach dem Grade der Nützlichkeit und dem Grade der Schwierigkeit der Beschaffung derselben beurteilt wird, die leitende Norm. Der Tauschwert kommt nur nebensächlich in Betracht. Wenn der Produzent nur einen verhältnismäßig kleinen Teil seiner Erzeugnisse gegen andere Waren oder Geld austauscht, so bleibt die Existenz seines Haushaltes und seiner Wirtschaft von der gesamtwirtschaftlichen Preisbildung unabhängig.[...]“²⁷⁵

Bruno Hildebrand unterscheidet zwischen Natural-, Geld- und Creditwirtschaft.²⁷⁶ Zur Naturalwirtschaft schreibt er: „Die Naturalwirtschaft setzt einen ökonomischen Zustand voraus, in welchem das Capital noch eine selbstständige nationale Productivkraft ist, denn alles Capital entspringt wie das Geld aus dem Ueberschuss der Producte über den Bedarf, und wo dieser Ueberschuss vorhanden ist, beginnt auch der allmähliche Gebrauch des Geldes. [...] Das Geld (in der Geldwirtschaft) dient als Sparkasse, in der die Ueberschüsse der Arbeitsproducte über den augenblicklichen Bedarf angelegt und für eine zukünftige Verwendung aufgesammelt werden können. Es wird dadurch Grundlage und Hebel zur Entwicklung eines Nationalcapitals, und fügt somit zu den beiden nationalen Productivkräften, welche in der Naturalwirtschaft fast ausschliesslich herrschen, der *Naturkraft* und der menschlichen *Arbeitskraft*, als dritte die *Capitalkraft* hinzu, welche mit der fortschreitenden Ausdehnung der Geldwirtschaft im grossen Productionsprocesse der Völker immer einflussreicher und mächtiger wird.“²⁷⁷

Zusammenfassend stellt Hildebrand fest: „Die *Naturalwirtschaft* hatte die Menschen durch äusserliche, sinnliche Bande aneinander gefesselt, aber dadurch die Entwicklung einer frischen, freien Saftströmung in dem Organismus der Völker gehemmt; die *Geldwirtschaft* hatte jene Fesseln gesprengt und die Menschen zu neuer Kraft und neuem Leben erweckt, aber eine selbstsüchtige Interessen-Oekonomie geschaffen und die ganze Gesellschaft in lauter Atome aufgelöst. Die *Creditwirtschaft* verbindet die Menschen wieder durch geistige und sittliche Bande; sie vereinigt die grösste Beweglichkeit mit der inneren Festigkeit, sie verallgemeinert die *Capitalkraft* der Nation [...] und ruft so eine ökonomische Lebensordnung hervor, welche die Vortheile der

²⁷⁵ Elster, Ludwig: Naturalwirtschaft, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, S. 738 ff.

²⁷⁶ Vgl. Hildebrand, Bruno: Natural-, Geld- und Creditwirtschaft, S. 4 f.

²⁷⁷ Ebd., S. 8 ff.

beiden früheren wirtschaftlichen Entwicklungsepochen miteinander verbindet.²⁷⁸

Interessant ist, daß Hildebrand bereits 1864 davon sprach, dass der Kredit „eine geistige und sittliche Macht“ sei, der auf der Ehrlichkeit und Gewissenhaftigkeit, auf der öffentlichen Moral des Volkes beruhe. Wo diese nicht vorhanden sei, da helfen weder Banken noch Kreditpapiere. Börsenspiel, Differenzgeschäfte und ähnliche Spekulationen seien „Auswüchse der Geldwirthschaft und vernichten gerade den Credit“.²⁷⁹

Max Weber²⁸⁰ analysierte die Neurathsche Naturalwirtschaft und zeigte auf, daß die Naturalrechnung in keinster Weise das zu leisten imstande sei, was die Geldrechnung ermögliche.²⁸¹

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges (1918) hat sich das Fehlen einer direkt anwendbaren sozialistischen Wirtschaftstheorie resp. Wirtschaftspolitik, insbesondere auch einer Geldtheorie, besonders schmerzlich ausgewirkt: „Seit Jahrzehnten war die sozialistische Gesellschaft die Sehnsucht von Millionen Menschen gewesen, und als die Stunde gekommen war, die ihren Traum verwirklichen sollte, da wurden Traumdeuter und Weise berufen und eine Kommission gebildet, um da-

²⁷⁸ Ebd., S. 22.

²⁷⁹ Ebd., S. 22 f.

²⁸⁰ Honigsheim, Paul: Max Weber (1864-1920), in: HdSW, 11. Bd., 1961, S. 556-562.

²⁸¹ Weber, Max: *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*, 5. Auflage, Tübingen 1972, S. 58: „Es ist auf das bereitwilligste zuzugestehen: 1. dass auch die Geldrechnung zu willkürlichen Annahmen genötigt ist, bei solchen Beschaffungsmitteln, welche keinen Marktpreis haben (was besonders in der landwirtschaftlichen Buchführung in Betracht kommt), – 2. dass in abgemindertem Maß etwas Aehnliches für die Aufteilung der „Generalunkosten“ bei der Kalkulation insbesondere von vielseitigen Betrieben gilt, – 3. dass jede, auch noch so rationale, d.h. an Marktchancen orientierte, Kartellierung sofort den Anreiz zur exakten Kalkulation schon auf dem Boden der Kapitalrechnung herabsetzt, weil nur da und soweit genau kalkuliert wird, wo und als eine *Nötigung* dafür vorhanden ist. Bei der Naturalrechnung würde aber der Zustand zu 1 universell bestehen, zu 2 *jede* exakte *Berechnung* der „Generalunkosten“, welche immerhin von der Kapitalrechnung geleistet wird, unmöglich und zu 3 *jeder* Antrieb zu exakter Kalkulation ausgeschaltet und durch Mittel von fraglicher Wirkung (s.o.) künstlich neu geschaffen werden müssen. Der Gedanke einer Verwandlung des umfangreichen, mit Kalkulation befassten Stabes „kaufmännischer Angestellter“ in ein Personal einer *Universalstatistik*, von der geglaubt wird, dass sie die Kalkulation bei Naturalrechnung *ersetzen* könne, verkennt nicht nur die grundverschiedenen Antriebe, sondern auch die grundverschiedene Funktion von „Statistik“ und „Kalkulation“. Sie unterscheiden sich wie Bürokrat und Organisator. [...] Träger des Rechnens war überall das Geld, und dies erklärt es, dass in der Tat die Naturalrechnung technisch noch unterentwickelter geblieben ist, als ihre immanente Natur dies erzwingt (insoweit dürfte O. Neurath Recht zu geben sein)“.

rüber nachzusinnen, was unter Sozialismus und unter Sozialisierung zu verstehen sei“.²⁸²

Die Idee der „Planwirtschaft“²⁸³ ist eng mit dem Namen Walther Rathenau,²⁸⁴ Wichard v. Moellendorff²⁸⁵ und Rudolf Wissell²⁸⁶ verknüpft. „Ihnen allen ist gemeinsam die Forderung einer Ueberwindung der nach ihrer Ansicht irrationalen, anarchischen und wegen ihrer Planlosigkeit Menschen und Güter verschwendenden, ungezügelten Konkurrenzwirtschaft durch eine nach einem einheitlichen Plane geführte „Gemeinwirtschaft“, und zwar – zum Unterschiede von weitgehenden Sozialisierungsplänen – so, dass bei einstweilen grundsätzlicher Belassung des Eigentums an den Produktionsmitteln in den Händen ihrer derzeitigen Besitzer, die Ausführung des Wirtschaftsplans im einzelnen paritätisch zusammengesetzten und nach einem mehr oder weniger komplizierten Schema miteinander verbundenen Selbstverwaltungskörpern der Wirtschaftszweige übertragen wird“.²⁸⁷ Nach Röpke ist für die Planwirtschaft wesentlich, „dass sie den Willen zum Staatssozialismus kompromissartig mit der resignierten Einsicht verbindet, dass reine Verstaatlichung die Gefahr bürokratischer Versumpfung in sich schließt“.²⁸⁸

Der Industrielle und Schriftsteller Walther Rathenau (1867-1922)²⁸⁹ machte zu Beginn des Ersten Weltkrieges auf die unzureichende wirtschaftliche Vorbereitung des Reiches aufmerksam. Bis März 1915 leitete er die Kriegsrohstoffabteilung im preußischen Kriegsministerium und

²⁸² Block, Herbert: Die Marxsche Geldtheorie, Diss. Jena 1926, S. 119; Brintzinger, Klaus-Rainer: Herbert Block (1903-1988), in: Harald Hagemann, Claus-Dieter Krohn (Hrsg.), Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Wirtschaftswissenschaftlichen Emigration nach 1933, München 1999, S. 54.

²⁸³ „Planwirtschaft“ ist ein aus der Zeit der Sozialisierungsversuche nach dem Ersten Weltkrieg stammender Ausdruck. Auch in einer Marktwirtschaft planen Unternehmen und Haushalte - jedoch autonom und dezentral.

²⁸⁴ Brauer, Thomas: Walther Rathenau (1867-1922), in: Hermann Sacher (Hrsg.), Staatslexikon, 5. Aufl., 4. Bd., 1931, Sp. 536: „Auf Rathenau führen die *planwirtschaftlichen Versuche* unter dem Wirtschaftsminister Wissell zurück.“ Pehle, Walter H.: Walther Rathenau (1857-1922), in: Wolfgang Benz und Hermann Graml (Hrsg.), Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik, München 1988, S. 263.

²⁸⁵ Vasold, Manfred: Moellendorff, Wichard von (1881-1937), in: Benz/ Graml, S. 229.

²⁸⁶ Vasold, Manfred: Rudolf Wissell (1869-1962), in: Benz/Graml, S. 369 f.

²⁸⁷ Röpke, Wilhelm: Planwirtschaft, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., 6. Bd., Jena 1925, S. 876.

²⁸⁸ Ebd., S. 877.

²⁸⁹ Schulin, Ernst: Walther Rathenau (1867-1922), in: Walther Killy u. a. (Hrsg.), Deutsche Biographische Enzyklopädie, Bd. 8, 2001, S. 150 f.

sah dabei auch Ansätze für eine neue gemeinwirtschaftliche Form. „Rathenaus ‚Planwirtschaft‘ arbeitete mit Zwangssyndikaten, ‚Berufsverbänden‘, in deren Leitung außer den Unternehmern auch Arbeiter und Staatsbeamte vertreten sein sollen, um das unternehmerische Profitinteresse in der Preisstellung zu korrigieren“.²⁹⁰

Wichard von Moellendorff (1881-1937) war 1919 Unterstaatssekretär bei Reichswirtschaftsminister Rudolf Wissell (Februar 1919 – Juli 1919 Minister) und veröffentlichte mit ihm die Schrift „Wirtschaftliche Selbstverwaltung (1919) Gedanken einer Planwirtschaft mit Selbstverwaltung unter staatlicher Aufsicht“. Moellendorff trat nach der Ablehnung der praktischen Durchführung der Denkschrift durch das Reichskabinett zurück.²⁹¹

4.2.2 Experimente der Wirtschaftspolitik

Kommunistische und sozialistische Regime waren im Ersten Weltkrieg (1914-1918) und kurz danach an die Macht gekommen und es setzte eine Zeit der wirtschaftspolitischen Experimente ein, was für Mises der Anlaß war, theoretisch zu analysieren, welche Folgen eintreten würden, wenn in der sozialistischen Gemeinschaft alle Produktionsmittel Eigentum des Gemeinwesens wären.

Bereits 1920 hatte Mises vor der Wiener Nationalökonomischen Gesellschaft einen viel beachteten Vortrag über „Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen“ gehalten, der 1920/21 publiziert wurde.

Das Erkenntnisobjekt für Mises waren die realen Wirtschaften in denen sozialistische Experimente unternommen wurden: „Seit die jüngsten Ereignisse in Rußland, Ungarn, Deutschland und Oesterreich sozialistischen Parteien zur Macht verholfen und damit die Durchführung des sozialistischen Vergesellschaftungsprogramms in unmittelbare Nähe gerückt haben, haben auch die marxistischen Schriftsteller angefangen, sich mit den Problemen der Einrichtung des sozialistischen Ge-

²⁹⁰ Heimann, Eduard: Walther Rathenau (1867-1922), in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., Ergänzungsband, 1929, S. 701: „Bei all diesen sozialistischen Motiven und Gedanken stand Rathenau der gegebenen sozialistischen Bewegung mit Abneigung gegenüber und kritisierte sie und ihren Begründer (K. Marx) mit Schärfe“ (S. 703).

²⁹¹ Wissell, Rudolf; von Moellendorff, Wichard: Wirtschaftliche Selbstverwaltung (Schriftenreihe „Deutsche Gemeinwirtschaft“, herausg. von Ernst Schairer, Heft 10), Jena 1919; Wissell, Rudolf: Praktische Wirtschaftspolitik, Berlin 1919; Ders: Kritik und Aufbau, Berlin 1921; Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums vom 7./V. 1919 (abgedruckt bei Wissell, Rudolf: Praktische Wirtschaftspolitik, S. 97 ff.); Kritisches zur Planwirtschaft, hrsg. vom Präsidium des Hansabundes für Handel, Industrie und Gewerbe, Berlin 1919.

meinwesens näher zu befassen. Aber auch jetzt weichen sie den Kernfragen noch immer behutsam aus, es den verachteten „Utopisten“ überlassend, sich mit ihnen zu beschäftigen. Sie selbst ziehen es vor, sich auf das zu beschränken, was zunächst zu tun ist; sie bringen immer nur Programme über den Weg zum Sozialismus, nicht über den Sozialismus selbst. Nur das eine können wir aus allen diesen Schriften ersehen, daß ihnen das große Problem der Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Staat in keiner Weise zum Bewußtsein gekommen ist“.²⁹²

4.2.2.1 Rußland

Der Bolschewismus²⁹³ war bis 1917 eine im Ausland kaum beachtete und bekannte Bewegung innerhalb der russischen Sozialdemokratie. Begründer und führender Repräsentant war Lenin. „Unter Bolschewismus ist demgegenüber die Gesamtheit praktischer Maßnahmen zu begreifen, die direkt oder indirekt ein Niederschlag des Leninismus ist. Bolschewismus ist der in die Tat umgesetzte Leninismus ist Politik“.²⁹⁴ Ziele des Bolschewismus waren u. a. die Abschaffung des Privateigentums und die Proklamierung des Klassenkampfes. „Die Bolschewiken erstreben Menschheitsbeglückung ohne Gott und verheißen Erlösung des Menschengeschlechts im Diesseits“.²⁹⁵ In den Thesen vom Oktober 1915 verlangte Lenin „möglichste Förderung der Streiks in Rußland, Proklamierung der „demokratischen revolutionären Diktatur des Proletariats und der Bauern“ und Übertragung des Revolutionären Brandes auf ganz Europa“.²⁹⁶ Der Aufstieg des Bolschewismus zur Macht erfolgte in der Revolution von 1917. Vier Dinge sind als das ureigenste Werk von Lenin anzusprechen: *Der Ausbau des Rätensystems, die Schaffung der Kommunistischen Partei, die Organisation der III. Internationale*

²⁹² Mises, Ludwig von: Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 47. Bd., Tübingen 1920/21, S. 114.

²⁹³ Grundsätzlich: Boettke, Peter J.: The Political Economy of Soviet Socialism. The Formative Years, 1918-1928, 1990.

²⁹⁴ Seraphim, Hans-Jürgen: Bolschewismus, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., Ergänzungsband, 1929, S. 207, 213.

²⁹⁵ Ebd., S. 206; Fülöp-Miller, René: Geist und Gesicht des Bolschewismus, Zürich, Leipzig, Wien 1926: „Die Sehnsucht der Bolschewiken nach einem irdischen Reiche der Seligkeit führte sie dahin, dass sie den ökonomischen Kollektivismus selbst als die Erlösung der Menschheit von allem Uebel betrachteten und zum alleinigen Inhalt des Bolschewismus machten.“

²⁹⁶ Schmidt, Conrad: Bolschewismus, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., 2. Bd., 1924, S. 993.

*und der Aufbau der kriegskommunistischen Wirtschaft.*²⁹⁷ „Am 7. (20.) IV. 1917 veröffentlicht die „Pravda“ Lenins *Thesen*, die erste Fassung der Leitsätze der bolschewikischen Partei nach dem Umsturz. Eroberung der gesamten Macht durch das Proletariat, Kampf gegen die Provisorische Regierung, alle Macht den Arbeiterräten, Nationalisierung des Grund und Bodens, Vereinheitlichung und Kontrolle des Bankwesens, der Industrie und der Lebensmittelverteilung, Gründung einer *wirklich revolutionären Internationale* – das sind die wichtigsten Forderungen, die er aufstellt“.²⁹⁸

Lenin und seine Adepten hielten sich für die einzig wahren Marxinterpreten. Auf dem Gebiet der reinen ökonomischen Theorie herrschte zwischen Leninismus und Marxismus völlige Übereinstimmung. „Lenin hat Marxens Arbeitswert-, Mehrwert- und Ausbeutungstheorie – um nur die Eckpfeiler zu nennen – einfach rezipiert. Die bolschewikische Literatur hat hier nichts Neues zutage gefördert, ja eine Auseinandersetzung mit der ‚bürgerlichen Nationalökonomie‘ findet nicht mehr statt. Die Ergebnisse der ökonomischen Theorie des Marxismus gelten als gesichert. Kein Unterschied der Anschauungen besteht ferner hinsichtlich der letzten Zielsetzung. Was erstrebt werden soll, bzw. der sich bildende Endzustand, die klassenlose kommunistische Gesellschaft, sind nicht kontrovers“.²⁹⁹

Das von Lenin entworfene Wirtschaftsprogramm stellt in „wesentlichen Punkten eine einfache Fortbildung der westeuropäischen Kriegswirtschaft dar (Zwangssyndizierung, Regulierung der Konsumtion); in anderen haben wir Sozialisierungsmaßnahmen zu erblicken (Nationalisierung der bestehenden Syndikate, Arbeiterkontrolle, Aufhebung des Geschäftsgeheimnisses). Alle Maßnahmen sollen sich nur gegen den Großunternehmer und das Finanzkapital richten“.³⁰⁰

Den Sozialisten fehlt vollkommen der Blick dafür, daß die Funktionen, die den Unternehmern obliegen, auch im sozialistischen Gemeinwesen erfüllt werden müssen. „Am besten erhellt dies aus den Schriften von Lenin. Das Um und Auf der Tätigkeit, die in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung von jenen besorgt wird, denen er das Prädikat „werktätig“ versagt, ist seiner Meinung nach „Produktions- und Verteilungskontrolle“ und „Arbeits- und Produktenregistrierung“. Das könne leicht „durch bewaffnete Arbeiter, durch das gesamte bewaffnete Volk“

²⁹⁷ Seraphim, Hans-Jürgen: Lenin (1870-1924), in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., Ergänzungsband, 1929, S. 683.

²⁹⁸ Ebd., S. 682.

²⁹⁹ Seraphim, Hans-Jürgen: Bolschewismus, S. 207.

³⁰⁰ Ebd., S. 210.

besorgt werden.³⁰¹ Lenin trennt dabei ganz richtig diese Funktionen der „Kapitalisten und Beamten“ von der Arbeit des technisch höher gebildeten Personals, nicht ohne übrigens die Gelegenheit vorübergehen zu lassen, um durch einen Seitenhieb auf das wissenschaftlich vorgebildete Personal jener Verachtung für alle qualifizierte Arbeit, die den marxistischen Proletarier-Snobismus auszeichnet, Ausdruck zu verleihen. „Diese Registrierung, die Ausübung dieser Kontrolle“ meint nun Lenin „hat der Kapitalismus auf das äußerste *vereinfacht*, hat sie in außergewöhnlich einfache, jedem des Lesens und Schreibens Kundigen zugängliche Operationen der Beaufsichtigung und Notierung verwandelt, für deren Ausübung die Kenntnis der vier Rechnungsarten und die Ausstellung entsprechender Quittungen genügt“.³⁰² Es sei also ohne weiteres möglich, es dahin zu bringen, daß alle Mitglieder der Gesellschaft fähig werden, diese Aufgaben selbst zu besorgen.³⁰³ Das ist alles, aber auch rein alles, was Lenin über dieses Problem zu sagen wußte; und kein Sozialist weiß ein Wort mehr darüber. Sie sind in der Erkenntnis des Wesens der Wirtschaft kaum weiter gekommen als der Laufbursche, der von der Tätigkeit des Unternehmers nur das eine beobachtet hat, daß er irgendwelche Blätter Papier mit Buchstaben und Ziffern beschreibt.

Darum war es Lenin auch ganz unmöglich, die Ursachen des Versagens seiner Politik zu erkennen. Durch sein Leben und durch seine Lektüre war er dem Wirtschaftsleben so entrückt geblieben, daß er dem Tun der „Bourgeoisie“ so fremd gegenüberstand wie ein Eingeborener dem Tun eines Entdeckungsreisenden, der geographische Messungen vornimmt. Da er sah, daß es so, wie er es angefangen hat, nicht weiter gehen konnte, entschloß er sich, die „bürgerlichen“ Fachmänner nicht länger mehr nur durch den Hinweis auf die „bewaffneten Arbeiter“ zur Mitwirkung zu zwingen; sie sollten für eine kurze Übergangszeit „hohe Bezüge“ erhalten, damit sie die sozialistische Wirtschaft in Gang setzen und sich selbst damit überflüssig machen.³⁰⁴ Er hielt es für möglich, daß dies schon nach einem Jahr der Fall sein werde“.³⁰⁵

Im Jahr 1918 begann die planmäßige Nationalisierung. „Der Anfang wurde mit der Berg- und Hütten-, Zucker- und Naphtha-Industrie gemacht. „Die Zentralisierung der Verwaltung der Volkswirtschaft ist das sicherste Mittel in den Händen des siegreichen Proletariats zur schnellsten Entwicklung der Produktivkräfte des Landes. Sie ist gleichzeitig die

³⁰¹ Vgl. Lenin, Wladimir I.: Staat und Revolution, Berlin 1918, S. 94.

³⁰² Ebd., S. 95.

³⁰³ Ebd., S. 96.

³⁰⁴ Lenin, Wladimir I.: Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, Berlin 1918, S. 16 ff.

³⁰⁵ Mises, Ludwig von: Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus, 2. Aufl., Jena 1932, S. 190-192.

Vorbedingung zum sozialistischen Aufbau der Volkswirtschaft.“ So das offizielle Regierungsprogramm“.³⁰⁶

Bis Juni 1918 wurden 1100 industrielle Großbetriebe nationalisiert. Im April 1920 waren 72% aller Betriebe (jeder maschinelle Betrieb mit über 5 und jeder handwerksmäßige Betrieb mit über 10 Arbeitern) unter staatlicher Bewirtschaftung. „Die Folge war ein Sinken der Gesamtproduktion um 43%, ein Anbaustreik der Bauern, ein Rückgang der Real-löhne (Lebensmittelzuweisung) um 35%. Die eingesetzten Kommissionen konnten Hungersnot u. Arbeitsunlust nicht eindämmen. Seit Jan. 1921 brachte Lenin das Produktivitätsproblem offen zur Sprache. Die Hungerrevolte während des Rätekongresses im März führte unmittelbar zur „Neuen Ökonomischen Politik“ (NEP)“.³⁰⁷ In die Mitte der Periode der NEP (1921-1927) fiel der Tod Lenins (1924). Eine erneute Wirtschaftskrise ab 1927 führte zum „Fünfjahresplan des sozialistischen Aufbaus der UdSSR“ 1928/29 bis 1932/33 unter der Führung Stalins. Die „marktwirtschaftlichen“ Elemente der NEP wurden aufgehoben.³⁰⁸

4.2.2.2 Ungarn

Besonders aufmerksam hat Ludwig von Mises von Wien aus das bolschewistische Experiment in der „Ungarischen Räterepublik“ verfolgt. Am 24. November 1918 wurde unter Führung von Béla Kun³⁰⁹ und anderen Revolutionären, die als ehemalige Kriegsgefangene an der Seite der Bolschewiki in der Sozialistischen Oktoberrevolution 1917 gekämpft hatten und nach Ungarn zurückgekehrt waren, die Kommunistische Partei Ungarns (KPU) gegründet. Die kommunistischen Berufsrevolutionäre stellten sich als „Avantgarde“ an die Spitze der revolutionären

³⁰⁶ Seraphim, Hans-Jürgen: Bolschewismus, S. 221.

³⁰⁷ Dobretsberger, Josef: Rußland, in: Hermann Sacher (Hrsg.), Staatslexikon, 5. Aufl., 4. Bd., 1931, Sp. 1083; von Eckardt, Heinrich: Schicksal und Bedeutung der Industrie in der russischen Revolution 1917-1922, in: Archiv für Soz., LI. Bd., 1924, S. 183 ff.

³⁰⁸ Vgl. das nachfolgende Kapitel 4.3.

³⁰⁹ Kun Béla, ungarischer Revolutionär und Politiker, * 20.2.1886 Szilágycseh (Cehul Silvaniei), † 30.11.1939; Journalist; geriet 1916 in russische Kriegsgefangenschaft, wurde Mitglied der Partei der Bolschewiki und führte die internationale revolutionäre Kriegsgefangenenbewegung in Tomsk und Moskau. Im November 1918 kehrte Kun nach Ungarn zurück; er wurde Mitbegründer und Sekretär der KP Ungarns. Am 21.3.1919 rief er die Ungarische Räterepublik aus, in der er als Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten führend tätig war. Nach der Niederschlagung der Räterepublik war Kun zunächst in Österreich interniert, 1920 ging er nach Sowjetrußland. 1921 richtete er in der Krim nach dem Abzug der weißrussischen Truppen ein Blutbad an, dem 50.000 Menschen zum Opfer fielen. Seitdem war er im Dienste der Komintern besonders in Mitteleuropa tätig; er war Mitglied des Exekutiv-Komitees der Komintern und Leiter der Sektion Ungarn.

nären Aktionen. Sie forderten die Enteignung des Großgrundbesitzes und Großkapitals, die Bewaffnung des Proletariats und das brüderliche Bündnis mit Sowjetrußland. „Am 21.3.1919 wurde der Revolutionäre Regierende Rat gebildet und die Ungarische Räterepublik ausgerufen. Der Revolutionäre Regierende Rat ging unverzüglich an die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Er zerschlug den alten Staatsapparat, organisierte die Rote Garde zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern und die Rote Armee zur Verteidigung der Heimat gegen die imperialistische Intervention. Die Räteregierung leitete Maßnahmen zur Beseitigung der kapitalistischen Ordnung ein: Banken, Verkehrswesen, Industriebetriebe, Schulen, Grund und Boden wurden verstaatlicht.“³¹⁰

Die blutige Schreckensherrschaft der Räterepublik unter Kun fand nach 133 Tagen am 1.8.1919 ein Ende.

Der frühere Budapester Universitätsprofessor und Präsident des obersten Wirtschaftsrats der ungarischen Räterepublik Eugen Varga (1879-1964)³¹¹ gibt eine Selbstdarstellung vom kommunistischen Standpunkt³¹² „mit unverhülltem Eingeständnis der lehrreichen Mißerfolge“ beim Versuch der Abschaffung des Geldes: „Gegenüber der ausgesprochenen Absicht jeder Proletarierregierung den Ausbau der Güterwirtschaft und die möglichst *rasche Abschaffung des Geldes im kapitalistischen Sinn* anzustreben“³¹³ ist es überaus lehrreich, daß weder in dem kurzlebigen, daher aus den Übergangsschwierigkeiten gar nicht herausgekommenen ungarischen Rätestaat, noch in den nun ins siebente Jahr fortdauernden Sowjetrepubliken irgendein Erfolg in der Durchführung einer *geldlosen* Güterverrechnung erzielt werden konnte. Im Gegenteil hat sich in Rußland eine *Geldwirtschaft* herausgebildet, die in allen einzelnen Erscheinungen – im Niederbruch und in der Wiederaufrichtung – vollkommen gleiche Züge aufwies, wie die Geldwirtschaft in den kapitalistischen Nachbarstaaten Finnland, Estland, Litauen, Polen, Deutschland, Österreich, Ungarn“.³¹⁴

³¹⁰ Meyers Neues Lexikon, 2. Aufl., Bd. 14, Leipzig 1976, S. 196; Sziklai, Lazlo: Das „kapitalistische“ und das kommunistische Geld, in: Schmollers Jahrbücher für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 44 b, 1920, S. 750 ff. Junge, Reinhard: Die Geldpolitik der ungarischen Bolschewisten, in: Schmollers Jahrbücher für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 1919, Bd. 43, S. 1213-1270, Bd. 44a, 1920, S. 101-131; Huszar, Tibor: Proletarierdiktatur in Ungarn, Budapest 1930.

³¹¹ Braun, Manfred: Eugen Varga (1879-1964), in: Werner Krause, u. a., Ökonomenlexikon, Berlin 1989, S. 586-590.

³¹² Varga, Eugen: Die wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur, Wien 1920.

³¹³ Ebd., S. 119.

³¹⁴ Eisler, Robert: Das Geld. Seine geschichtliche Entstehung und gesellschaftliche Bedeutung, München 1924, S. 353 f.

4.2.2.3 Deutschland

Unter dem Einfluß der Sozialistischen Oktoberrevolution von 1917, in Zusammenhang mit der militärischen und politischen Niederlage des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg und als Folge der zunehmenden Hungersnot entwickelte sich im Herbst 1918 eine revolutionäre Situation. Am 7.10.1918 beschloß die Reichskonferenz der Spartakusgruppe das Programm der Volksrevolution. Der bewaffnete Aufstand der Matrosen und Arbeiter am 3.11.1918 in Kiel wurde zum Auftakt der Novemberrevolution. Überall bildeten sich Arbeiter- und Soldatenräte. Karl Liebknecht rief die „freie sozialistische Republik Deutschland“ aus. Der von Liebknecht und Rosa Luxemburg am 11.11.1918 gegründete Spartakusbund sowie die Bremer Linksradiكالen trieben die Revolution voran. Der 1. Reichsrätekongreß vom 16. bis 21.12.1918 in Berlin lehnte den Antrag der Spartakusvertreter und anderer Linker zur Übertragung der Macht an die Arbeiter- und Soldatenräte ab und stimmte für den Antrag der SPD, am 19.1.1919 Wahlen zur Nationalversammlung durchzuführen.

Die revolutionären Bewegungen erreichten im April/Mai 1919 mit der Errichtung der Münchner Räterepublik ihren Höhepunkt. Die Herrschaft der Bayerischen Räterepublik dauerte vom 13.4.-3.5.1919. Betriebs- und Kasernenräte wählten einen Aktionsausschuß aus Mitgliedern der KPD, USPD und SPD, dessen Vollzugsrat Eugen Leviné³¹⁵ leitete. Der Vollzugsrat rief zum Generalstreik auf, eine Militärkommission stellte eine Rote Armee auf und es wurde eine Kontrolle über Fabriken und Banken eingeleitet. Lenin begrüßte die Münchner Republik. Am 1.5.1919 wurde München durch das Freikorps Epp eingenommen.

Das Zeitalter der Experimente setzte 1919 mit dem Versuch des Sozialisierungsgesetzes von 1919 ein.³¹⁶ „Der Grundgedanke dieses Gesetzes war, im Kohlen- und im Kalibergbau den vorhandenen Syndikaten Zwangscharakter zu verleihen. Die Gewerbefreiheit wurde also bei Kohle und Kali insofern aufgehoben, als alle Unternehmen gezwungen waren, sich den Syndikaten anzuschließen. Diese „Selbstverwaltungs-

³¹⁵ Leviné Eugen, Kommunist, * 9.5.1883 Petersburg (Leningrad), † 5.6.1919 München; wegen seines revolutionären Kampfes in Rußland seit 1905 mehrmals verhaftet, emigrierte er 1909 nach Deutschland und schloß sich den Linken an. Leviné nahm am Gründungskongreß der KPD teil, trug seit März 1919 als Herausgeber der „Münchner Roten Fahne“ maßgeblich zur Organisation der KPD in Bayern bei und leitete den Vollzugsrat des Aktionsausschusses der Münchner Räterepublik. Anfang Juni 1919 wurde er zum Tode verurteilt und erschossen.

³¹⁶ Berichte der Sozialisierungskommission, Berlin 1919 ff.; Veröffentlichungen der sächsischen Landesstelle für Gemeinwirtschaft, Dresden 1919 ff.

körper' sollten Träger des Wirtschaftsprozesses sein und sollten geleitet werden nicht nur von Unternehmern, sondern auch von Vertretern der Arbeiterschaft, sowie der Konsumenten. Es war somit die Absicht, gerade auch die soziale Frage durch Bildung von Selbstverwaltungskörpern zu lösen. Die alten privaten Machtkörper wurden zu Zwangskorporationen, *gewannen* also an Macht – sollten aber einen sozialen Charakter erhalten. So sollten die Gegensätze zwischen Unternehmer und Arbeiter und zwischen Kohleproduzent und Kohleverbraucher dadurch überwunden werden, daß an der Lenkung der Kohlenwirtschaft alle Interessengruppen beteiligt wurden. Vor allem hoffte man das Problem der wirtschaftlichen Macht dadurch zu bewältigen, daß die Funktionäre der Arbeiterschaft in den Selbstverwaltungskörpern mitwirkten. Indem in die Leitungen der Selbstverwaltungskörper des Kohlenbergbaues Funktionäre der Kohlenarbeiter und der Angestellten delegiert waren, sollte in den monopolistischen Gemeinwirtschaftskörpern das Gesamtinteresse zur Geltung gelangen. Die Gegensätze sollten am Verhandlungstisch überbrückt, und die Machtkörper sollten durch Hereinnahme aller Beteiligten ‚gemeinwirtschaftliche‘ Korporationen werden.

Der Versuch scheiterte. Und zwar aus einem Grunde, der ebenfalls von prinzipieller Bedeutung ist. Ist die Arbeiterschaft am Monopolgewinn beteiligt, so hat sie am Monopol ein ebenso starkes Interesse wie die Unternehmer³¹⁷.

Die Sozialisierungsbestrebungen hatten in der revolutionären Atmosphäre der ersten Jahre nach Beendigung des Ersten Weltkrieges (1918) ein starkes politisches Gewicht, verschwanden aber nach 1920 fast völlig aus der öffentlichen Erörterung.³¹⁸

³¹⁷ Eucken, Walter: Zeitalter der Mißerfolge, S. 7 f.; Röpke, Wilhelm: Sozialisierung, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., 7. Bd., 1926, S. 568: „Der Begriff umfasst aber nicht etwa alle Bestrebungen, die auf die Beseitigung oder Milderung der genannten Schäden des Kapitalismus ausgehen, sondern ist beschränkt auf die radikale, revolutionäre Methode der Beseitigung des Kapitalismus als der angenommenen Wurzel aller Uebel. Sozialisierung bedeutet also: Aufhebung des Sondereigentums an den Produktionsmitteln zugunsten der Gesamtheit, Ersatz des freien Spiels des Marktes durch eine auf direkte Ermittlung des Bedarfs und der Produktionsmöglichkeiten ausgehende zentrale Leitung, die durch Funktionäre der Gesamtheit ausgeübt wird, bewußte und nach irgendeinem Maßstab „gerechte“ Verteilung der Nationaldividende und schließlich dies alles – in Abweichung von der dem Sozialismus durch Marx erteilten Marschroute – nicht als automatisches Ergebnis einer immanenten und eindeutig einer sozialistischen Wirtschaftsordnung zustrebenden Entwicklung, sondern als bewußte politische Tat.“

³¹⁸ Ortlieb, Heinz Dieter/ Stavenhagen, Gerhard: Sozialisierung: II Geschichte (1) Deutschland, in: HdSW, 9. Bd., 1956, S. 465 f.

4.2.2.4 Österreich

Unter dem Einfluß der Sozialistischen Oktoberrevolution 1917 kam es 1918 in Österreich zu Streiks, in denen Waffenstillstand an allen Fronten und Arbeiter- und Soldatenräte gefordert wurden. Am 2.11.1918 entstand die Kommunistische Partei Österreichs. Am 12.11.1918 wurde die erste Republik Österreich mit einer provisorischen sozialdemokratischen Regierung unter Karl Renner (seit 15.4.1919 im Amt) ausgerufen.

Otto Bauer war erster Außenminister der Republik Österreich in der Koalitionsregierung unter Karl Renner. Im Vertrag von Saint-Germain (10.9.1919) wurde ein Verbot des Anschlusses Österreichs an Deutschland ausgesprochen und deshalb trat Bauer nach kurzer Zeit aus der Regierung aus. „Den sozial-demokratischen Vorstellungen einer neuen Wirtschaft versuchte er als Vorsitzender der Sozialisierungskommission zum Durchbruch zu verhelfen, trat aber auch von dieser Funktion 1921 zurück, als das Scheitern einer revolutionären Umgestaltung der Produktionsverhältnisse offensichtlich war“.³¹⁹

Otto Bauer war der führende Theoretiker des Austromarxismus und der wichtigste sozialdemokratische Politiker Österreichs in der Zwischenkriegszeit. Als Studienkollege aus dem Seminar von Eugen von Böhm-Bawerk gelang es Mises in nächtelangen Diskussionen mit Otto Bauer, Österreich ein bolschewistisches Experiment zu ersparen.³²⁰

Die Diskussion über Otto Neuraths Naturalrechnung³²¹ und die zwischen der österreichischen Schule und dem Austromarxismus ist von Günther Chaloupek aufgearbeitet worden. Die Schriftsteller Otto Leichter (1898-1973)³²² und Walter Schiff³²³ bringen keine neuen Gedanken

³¹⁹ Rosner, Peter: Otto Bauer (1881-1938), in: Harald Hagemann, Claus-Dieter Krohn (Hrsg.), Biographisches Handbuch der deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration nach 1933, Bd. 1, 1999, S. 30; Bauer, Otto: Die Sozialisierungsaktion im ersten Jahr der Republik, Wien 1919; Bauer, Otto: Der Weg zum Sozialismus, Wien 1919; Leichter, Käthe: Erfahrungen des österreichischen Sozialisierungsversuche, in: Der lebendige Marxismus, Jena 1924, S. 195 ff.; Ellenbogen, Wilhelm: Sozialisierung in Oesterreich, Wien 1921.

³²⁰ Hoppe, Hans-Hermann: Einführung, in: Ludwig von Mises, Liberalismus, S. 13.

³²¹ Chaloupek, Günther: Otto Neurath's Concept of Socialization and Economic Calculation and his Socialist Critics, in: E. Nemeth (eds.), Otto Neurath's Economics in Context. Vienna Circle Institute Yearbook, 2007, vo. 13. Otto Neurath, Economic Writings. Selections 1904-1945, with an introduction by Thomas Uebel, Dordrecht 2004.

³²² Leichter, Otto: Die Wirtschaftsrechnung in der sozialistischen Gesellschaft, Wien 1923. Otto Leichter hatte 1921 Käthe Leichter, geb. Pickl (1895-1942) geheiratet. Zu Käthe Leichter: Wobbe, Therese: Käthe Leichter, in: Harald Hagemann und Claus-Dieter Krohn (Hrsg.), Biographisches Handbuch, S. 367-368.

in die Debatte um die Wirtschaftsrechnung. „Leichters Auffassung der Wirtschaft ist ausgesprochen statisch“.³²⁴ Sowohl Leichter (1923) als auch Schiffs (1932) Ausführungen gehen von der Marxschen Arbeitswertlehre aus, die schon 1871 von dem Österreicher Carl Menger wissenschaftlich widerlegt worden war.

Zu den Österreichern, die sich mit der sozialistischen Rechnungslegung auseinandersetzten, gehört auch Karl Polanyi.³²⁵ Polanyi war 1918 unter Graf Michael Károlyi in Ungarn Minister. Im März 1919 wurde die Republik Ungarn durch den Kommunisten Béla Kun gestürzt. In Wien wurde Polanyi dann Mitherausgeber des „Österreichischen Volkswirt“. Nach 1933 gelangte Polanyi über England in die USA, wo er Wirtschaftsgeschichte lehrte. „Polanyi war freilich ‚ein zutiefst enttäuschter Mensch‘ (Drucker), denn er fand auch in der Vorgeschichte nirgends so etwas wie eine ‚menschenfreundliche‘ Nicht-Markt-Gesellschaft. Seine Suche nach wenigstens historischen Alternativen zu der vom Wirtschaftsliberalismus der Gegenwart unterstellten Nutzenanthropologie blieb vergeblich. Jene von Polanyi unterstellte Wechselseitigkeit von Ökonomie und Gesellschaft, die sowohl Wirtschaftswachstum und Stabilität als auch Freiheit und Gleichheit garantieren sollte, ließ sich jedenfalls empirisch nicht belegen“.³²⁶ Vor diesem Hintergrund wirken die wirtschaftsordnungspolitischen Experimente der *marktlosen* sozialistischen Zentralplanwirtschaften im 20. Jahrhundert vollkommen anachronistisch.

4.3 Der „Fünfjahresplan des sozialistischen Aufbaus der UdSSR“ 1928/29 bis 1932/33 - Modell für die SBZ /DDR

4.3.1 Die wirtschaftsordnungspolitischen Experimente in der Sowjetunion 1917-1927

In „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft“ formulierte Friedrich Engels (1820-1895)³²⁷ 1878 das Endziel, um dessentwil-

³²³ Schiff, Walter: Die Planwirtschaft und ihre ökonomischen Hauptprobleme, Berlin 1932.

³²⁴ Chaloupek, Günther: Die Österreichische Schule und der Austromarxismus, in: Wirtschaft und Gesellschaft, 4/87, S. 481.

³²⁵ Polanyi, Karl: Sozialistische Rechnungslegung, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 1922, Bd. 49/2, S. 377 ff.

³²⁶ Papcke, Sven: Karl Polanyi (* 1886 in Wien, † 1964 in Pickering/Kanada), in: Harald Hagemann, Claus-Dieter Krohn, Biographisches Handbuch, Bd. 2, 1999, S. 534; Beatty, Jack: Die Welt des Peter Drucker, Frankfurt/Main 1998, S. 83 f.

³²⁷ Stavenhagen, Gerhard: Friedrich Engels (1820-1895), in: HdSW, 3. Bd., 1961, S. 223-227.

len die bolschewistische Partei Rußlands im November 1917 die politische Macht an sich riß: „Aufbau des Sozialismus“, d.h. einer klassenlosen Gesellschaft mit marktloser, „gesellschaftlich-planmäßiger Regelung der Produktion nach den Bedürfnissen der Gesamtheit wie jedes Einzelnen“, mit fortgeschrittenster Technik und Gemeineigentum an den Produktionsmitteln.³²⁸ Nach der bolschewistischen Interpretation des Marxismus „steht es fest, daß nur das Proletariat und nur unter Zuhilfenahme der Gewalt eine dem Kapitalismus überlegene Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung herbeiführen kann“.³²⁹

Bei der Analyse der „Planwirtschaftlichen Versuche in der Sowjetunion 1917-1927“ (1928) unterteilt Friedrich Pollock die wirtschaftspolitischen Experimente in Entwicklungsphasen vom sog. Kriegskommunismus bis zur Neuen Ökonomischen Politik (NEP).³³⁰ Diese führte zur Bildung des GOSPLAN³³¹, dem Staatlichen Plankomitee, das ein Modell für die Gestaltung der staatlichen Planung in der DDR bildete.

4.3.2 Der Stand der ökonomischen Theorie in Rußland 1928

Die russische sozialistische Wirtschaftstheorie (1928) wird von Iwanzoff als „Neomarxismus“ bezeichnet. Im theoretischen System von Marx gibt es keinen Satz, „von dem die russischen Sozialisten nicht den Kern übernommen hätten“. Nur auf zwei Gebieten wenden sich die russischen Theoretiker von der eigentlichen Marxschen Lehre ab, und zwar (1) die Lehre von der Agrarentwicklung und (2) die Lehre von den konkreten ökonomischen Voraussetzungen und grundlegenden Entwick-

³²⁸ Engels, Friedrich: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. Berlin 1921, S. 301.

³²⁹ Pollock, Friedrich: Die planwirtschaftlichen Versuche in der Sowjetunion 1917-1927, Leipzig 1929, S. 1. Zu Pollock: Kalmbach, Peter: Friedrich Pollock (1894-1970), in: Harald Hagemann und Claus-Dieter Krohn (Hrsg.), Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Bd. 2, München 1999, S. 537-541.

³³⁰ Pollock, Friedrich: Planwirtschaftliche Versuche, S. IX-XII..

³³¹ Opitz, Petra: Stanislaw Gustawowitsch Strumilin (1877-1974), in: Werner Krause u. a. (Hrsg.), Ökonomenlexikon, Berlin 1989, S. 55 f.: „Mit der Gründung der Staatlichen Plankommission (Gosplan) 1921 wurde Strumilin auf persönliche Anweisung Lenins in deren Tätigkeit einbezogen und hatte dort von 1921 bis 1937 und von 1943 bis 1951 verschiedene verantwortungsvolle Funktionen inne. [...] Er war maßgeblich an der Herausbildung des sozialistischen Planungssystems und an der Aufstellung des ersten Fünfjahrplans der UdSSR beteiligt.“ Strumilin Stanislaw G.: Ökonomische Schriften 1. Band: Sozialismus und Planung, hrsg. in deutscher Sprache von Ottomar Kratsch, Berlin 1977; Rezension von Gertraud Wittenburg, in: Wirtschaftswissenschaft, 1981, S. 108-112.

lungsstufen des unmittelbaren sozialistischen Aufbaues.³³² Letztere zerfällt in zwei von einander streng zu trennende Teile:

1. die Lehre von der sozialistischen Umwälzung und der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus. Der Übergang geschieht nicht in einem Ausreifen des Sozialismus im Schoße des Kapitalismus, sondern in einem gewaltsamen Bruch des Bestehenden. Damit haben sich zahlreiche Werke der russischen kommunistischen ökonomischen Schule beschäftigt. Die Lehre von der sozialistischen Umwälzung und der Übergangsstufe vom Kapitalismus zum Sozialismus ist unter dem „stärksten Einfluß der sozialistischen Experimente in Rußland entstanden und in ihrem Wesen nichts anderes als eine ‚stilisierte‘ Schilderung der russischen Gegenwart und der jüngsten Vergangenheit. Die Vertreter der russischen kommunistischen Schule selbst schreiben ihr jedoch eine allgemeine Bedeutung zu, nicht bloß darum, weil sie – wie begreiflich – geneigt sind, den theoretischen Wert ihrer Thesen zu überschätzen, sondern auch deshalb, weil sie die im heutigen Rußland vor sich gehenden sozial-ökonomischen Prozesse als typische Erscheinungen ansehen, die sich auch in jedem anderen Lande, das den Weg des sozialistischen Aufbaues beschreitet, wiederholen werden“.³³³

2. die Lehre vom endgültigen Werden der sozialistischen Ordnung. Hierzu existieren nur „vereinzelt einander oft widersprechende Anschauungen verschiedener Autoren über die einzelnen mehr oder weniger willkürlich gewählten Teilfragen. [...] Vom formellen Standpunkt aus gesehen, bedeutet die Lehre der russischen Kommunisten vom sozialistischen Aufbau eine Rückkehr zum Utopismus“.³³⁴

³³² Iwantzoff, Dymitri N.: Der gegenwärtige Stand der ökonomischen Theorie des Sozialismus in Rußland, in: Hans Mayer (Hrsg.), Die Wirtschaftstheorie der Gegenwart, 4. Bd., Konjunkturen und Krisen. Internationaler Verkehr. Hauptprobleme der Finanzwissenschaft. Ökonomie-Theorie des Sozialismus, Wien 1928, S. 346. Iwantzoff war Professor an dem russischen Institut für das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen Prag (vorm. Moskau).

³³³ Iwantzoff, Dymitri N.: Der gegenwärtige Stand der ökonomischen Theorie des Sozialismus in Rußland, Wien 1928, S. 357. Fußnote 5: „In Rußland muß die Diktatur des Proletariats unvermeidlich einige Besonderheiten aufweisen [...]. Aber die Grundkräfte und Grundformen der gesellschaftlichen Wirtschaft sind in Rußland dieselben wie in jedem beliebigen anderen kapitalistischen Staate, so daß die Abweichungen keineswegs das Wesentliche berühren.“ Lenin, Wladimir, I.: Ökonomik und Politik in der Zeit proletarischer Diktatur. Gesammelte Werke, Bd. XVII, S. 348. „Auch bewirkt die Eigenart der Mittellage Rußlands (zwischen den kapitalistisch-industriellen und agrar-kolonialen Ländern), daß es für einen Vergleich mit der übrigen Welt *typischer* als jedes Land ist“ (Leontjew, A. und E. Chmelnitzkaja: Die Sowjetökonomik, S. 96).

³³⁴ Iwantzoff, Dymitri N.: Der gegenwärtige Stand der ökonomischen Theorie des Sozialismus in Rußland, Wien 1928, S. 352.

Nach Iwanzoff hat B.D. Brutzkus die Schwierigkeiten der Verwirklichung der sozialistischen Ordnung ziemlich allseitig beleuchtet.³³⁵ Als echte sozialistische Ordnung kann nur jene angesprochen werden, die die Sowjetregierung in den Jahren 1917 bis 1921 einzuführen suchte. Diese sozialistische Ordnung ist charakterisiert durch das Fehlen des Tauschverkehrs und die totale planmäßige staatliche Regulierung des Wirtschaftslebens. Eine Wirtschaftsrechnung ist in einer solchen Ordnung unmöglich und auch die Durchführung des Arbeitsplanes stieß auf unüberwindliche Schwierigkeiten. „Alle die angeführten Momente führen nach Boris D. Brutzkus dazu, daß sich die kapitalistische Anarchie der Produktion (polypolistischer Wettbewerb) in eine sozialistische Superanarchie verwandelt, wodurch das Bestehen der sozialistischen Ordnung unmöglich wird“.³³⁶

Nicolai J. Bucharin glaubte,³³⁷ daß man die alte Form der geldlichen Wirtschaftsrechnung durch eine Naturalrechnung ersetzen könne.³³⁸ A.W. Tschajanow³³⁹ entwickelte die neue Methode am Beispiel der landwirtschaftlichen Betriebe und gelangte zu folgender Art der Berechnung: für die Erzeugung von 1000 Einheiten von Kornprodukten mußten aufgewendet werden – 30 Einheiten Arbeit, 90 Einheiten Le-

³³⁵ Brutzkus, Boris D.: Die sozialistische Wirtschaft, Berlin 1923.

³³⁶ Iwanzoff, Dymitri N.: Der gegenwärtige Stand der ökonomischen Theorie des Sozialismus in Rußland, Wien 1928, S. 359.

³³⁷ Bucharin, Nicolai J.: Ökonomik der Transformationsperiode, Hamburg 1922; Bucharin, Nicolai J.: Der Weg zum Sozialismus, Wien 1925. Bucharin, Nicolai J.: Programm der Kommunisten (Bolschewiki), Berlin 1919.

³³⁸ Jahn, Josef B.: Bolschewismus, in: Hermann Sacher (Hrsg.), Staatslexikon, 5. Aufl., Freiburg i.Br. 1926, Sp. 988: Die bolschewistische Wirtschaft sollte in den Jahren 1917/21 eine geldlose Wirtschaft sein. „Die Entscheidungen über die Verwendung von Stoffen und Kräften sollte nicht auf der Marktpreisbildung beruhen, sondern auf Grund einer Statistik von Vorrat u. Bedarf zentral getroffen werden. Die bolschewistische Wirtschaft sollte also nicht auf der Geldrechnung, sondern auf einer *Naturalrechnung* aufgebaut sein. Naturalwirtschaftliche Zustände sind in primitiven Wirtschaftsverhältnissen etwas durchaus Gewohntes, in einer komplizierten modernen Wirtschaft sind sie ein kaum lösbares Problem. Die bolschewistische Naturale Planwirtschaft führte denn auch zu den ausgeklügeltsten Konstruktionen u. Organisationen, die aber nur auf dem Papier sich logisch darstellten, in der Wirklichkeit aber nicht funktionierten, sondern zu einer dauernden Verminderung der Produktion führten. Naturalrechnung hatte eine Verwendung von Menschen- u. Naturkräften entgegen dem wirtschaftlichen Prinzip zur Folge und dadurch eine Minderung des möglichen Nutzeffektes“.

³³⁹ Tschajanow, Alexander W.: Skizzen zur Theorie der Arbeitswirtschaft, Folge I. Moskau 1911; Folge II. Moskau 1912; Versuch einer Verarbeitung der Budgetmaterialien nach dem 101. Budget des starobielskischen Kreises des Gouvernements Charkow. Moskau 1915. Das Optimum des Umfangs der landwirtschaftlichen Unternehmungen. Moskau 1921. Die Lehre von der bäuerlichen Wirtschaft. Berlin 1923.

bensmittel, 8,6 Einheiten Boden, 0,2 Einheiten Transport, 25,6 Einheiten Bauten, 0,4 Einheiten Inventar, 1,5 Einheiten Material, 0,03 Einheiten Heizung. Um zu dieser gehörig komplizierten Formel zu gelangen, mußte Tschajanow eine gemeinsame Einheit für alle Lebensmittel, eine gemeinsame Einheit für alle Bauten, eine für alle Arten von Inventar von der Egge bis zur Dampfdreschmaschine, eine für alle Materialien von dem Schmieröl bis zum Strick aufsuchen. Es versteht sich nun von selbst, daß alle diese Einheiten einen sehr bedingten Wert haben oder vielmehr ganz willkürlich sind. Soweit aber ihnen irgendeine reale Bedeutung zukommt, ist es nur sofern sie auf Grund eines gemeinsamen Wertprinzips herausgerechnet sind, das zu formulieren, dem Verfasser jedoch nicht gelungen ist. Ferner, wenn der Vorsteher der Sowjetgüter die Bilanzen nur in der besagten Form erhalten werde, wird er mit ihnen nichts anfangen können. Sollen aber alle die Maßeinheiten der Bauten, der Lebensmittel, des Bodens, des Inventars auf einen Generalnenner gebracht werden, so muß doch ein solcher namhaft gemacht werden“.³⁴⁰

Tschajanows Versuch mißglückte, da es ihm nicht gelang, einen Generalnenner ausfindig zu machen. S. Strumilin und E. Varga lehnten Tschajanows Methode ab und nahmen nach Brutzkus in der „*Ekonomitscheskaja Zhiznj*“³⁴¹ das Problem der Wirtschaftsrechnung in Angriff und gelangten beide zu dem Ergebnis, daß ebenso wie die kapitalistische Wirtschaft in dem Rubel einen allgemeinen Wertmesser habe, so auch die sozialistische Wirtschaft eine analoge Einheit für die Wertbemessung ihrer Elemente besitzen müsse. Diese Schlußfolgerung ist allerdings unbestreitbar: *ohne Wertrechnung ist ein rationelles Wirtschaftsgebaren unter einem wie immer gearteten Wirtschaftssystem gänzlich unmöglich*. In voller Übereinstimmung mit den Grundprinzipien des Marxismus stellten nun Varga und Strumilin fest, daß die Arbeit als Wertmaßstab fungieren müsse. Ist die Arbeit nach Marx bereits in der kapitalistischen Gesellschaft die tatsächliche, wenn auch verkappete, Grundlage der sozialen Bewertung der Wirtschaftsgüter und die Grundlage ihres Tauscherts, so müsse die Arbeit erst recht bewußtermaßen der Wertbemessung in der sozialistischen Gesellschaft zugrunde gelegt werden“.³⁴²

³⁴⁰ Brutzkus, Boris D.: Die Lehren des Marxismus im Lichte der russischen Revolution, Berlin 1928, S. 19 f.

³⁴¹ Die führende Wirtschaftszeitung im heutigen Rußland. (Bemerk. z. deutsch. Übersetz.)

³⁴² Brutzkus, Boris D.: Die Lehren des Marxismus im Lichte der russischen Revolution, S. 20.

Die Bemessung des Arbeitswertes sollte im Sowjetstaat obligatorisch vorgeschrieben werden, die Verordnung wurde tatsächlich nicht ausgeführt.

Auch in der sozialistischen Wirtschaftsordnung stellt die Produktion stets die Kombination der drei Faktoren Arbeit, Kapital und Boden dar. Brutzkus wies nach, daß der Arbeitskostenkalkül „keine irgendwie brauchbaren Hinweise über größere oder geringere Wirtschaftlichkeit unserer Unternehmungen liefern“³⁴³ kann.

Bei der Widerlegung der marxistischen Arbeitswerttheorie stützt sich Brutzkus auf die „moderne Nationalökonomie, die auf den großen Errungenschaften von Menger, Walras und Jevons fußt. Den Werterscheinungen liegen subjektive Wertschätzungen zugrunde; diese summieren und objektivieren sich in dem Marktpreise, der die Intensität des gesellschaftlichen Güterbedarfs widerspiegelt. Bei der Bewilligung des Marktpreises geht nicht nur der Rentner, was auch Bucharin³⁴⁴ zuzugeben gewillt ist, sondern auch der Proletarier von seinen Bedürfnissen aus“³⁴⁵.

Brutzkus zeigt die grundsätzlichen Schwierigkeiten auf, die dem sozialistischen Staat bei der Feststellung des Bedarfes entstehen. „Somit ist der sozialistische Staat selbst mit dem ganzen Rüstzeug der wissenschaftlichen Theorie und eines statistischen Riesenapparates nicht imstande, den Bedarf seiner Bürger zu ermessen, nicht imstande, ihn abzuwägen, und daher auch nicht in der Lage, der Produktion die erforderlichen Direktiven zu geben. Die schwächste Seite der sozialistischen Wirtschaft besteht aber in dem Bestreben des sozialistischen Staates, in den Händen seiner Bureaucratie sämtliche Verteilungsfunktionen zu zentralisieren“³⁴⁶.

Der Bedarf, der Wohlstand, ist nur auf das Individuum zu beziehen. „Ein objektiver interpersoneller oder intersubjektiver Wohlstands-Vergleich ist wissenschaftlich ausgeschlossen“³⁴⁷. Der sozialistische Staat muß jedoch individuelle Nutzenschätzungen für die Zentralplanung aggregieren. Das große Verdienst von Brutzkus besteht darin, daß

³⁴³ Ebd., S. 28.

³⁴⁴ Der Verfasser polemisiert hier gegen die Ansichten Bucharins, die dieser in seinem Buche „Nationalökonomie des Rentiers“ entwickelte, mit diesen Namen bezeichnet Bucharin nämlich die sog. österreichische Schule der Nationalökonomie. (Anmerkung zur Übersetzung).

³⁴⁵ Brutzkus, Boris D.: Die Lehren, S. 28.

³⁴⁶ Ebd., S. 43.

³⁴⁷ Weber, Wilhelm/ Jochimsen, Reimut: Wohlstandsökonomik, in: HdSW, 12. Bd., 1965, S. 349.

er wissenschaftlich nachwies, daß der sozialistische Staat dabei willkürlich vorgehen muß, z. B. durch Normierung des Bedarfs.

4.3.3 Boris Brutzkus Analyse des „Fünfjahresplanes des sozialistischen Aufbaus der UdSSR“ 1928/29 bis 1932/33

Der „Fünfjahresplan des sozialistischen Aufbaus der UdSSR“ 1928/29 bis 1932/33 ist aus zweierlei Gründen von höchster Bedeutung. Einmal ist er das Modell für die sozialistische Zentralplanung in der SBZ/DDR und zum anderen zeigen sich bei der Realisierung des Fünfjahresplans in der UdSSR die systemimmanenten Funktionsprobleme, die auch später die SBZ/DDR Wirtschaft charakterisieren.

Eine wissenschaftlich glänzende Analyse des Fünfjahresplans hat Boris Brutzkus, Professor am Russischen Wissenschaftlichen Institut in Berlin, ehemals Professor an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Petrograd 1932 vorgelegt.³⁴⁸

Nach Brutzkus verkennen die Sozialisten „Die Bedeutung der automatischen Regulatoren, die die kapitalistische Wirtschaft in dem Markte besitzt. [...] Der Sozialismus verwirft grundsätzlich den Markt als einen Regulator der Wirtschaft“.³⁴⁹ Die Idee der Zentralplanwirtschaft dominierte auch die russische kommunistische Revolution, so daß sich das im März 1921 von Lenin verkündete System der Neuen Wirtschaftspolitik (NEP), nicht lange behaupten konnte.

Das Charakteristikum für den Fünfjahresplan ist seine Absicht, ungeheure Investitionen in einer armen Volkswirtschaft zu realisieren und gleichzeitig die materielle Lage von breiten Schichten der Bevölkerung bedeutend zu bessern.³⁵⁰ In den Wirtschaftsjahren 1928/29 und 1929/30 wuchs die Schwerindustrie bedeutend schneller als die Leichtindustrie, die nur langsam wuchs.³⁵¹ Die Leiter der Fabriken erfüllten die Pläne quantitativ und kümmerten sich wenig um die Qualität der Waren, die „von viel niedrigerer Qualität als diejenigen der russischen kapitalistischen Industrie waren“.³⁵²

Über die sehr schlechte Qualität der Waren existieren nach Brutzkus „unzählige Beispiele“.³⁵³

³⁴⁸ Brutzkus, Boris D.: Der Fünfjahresplan und seine Erfüllung, Leipzig 1932.

³⁴⁹ Ebd., S. 7 f.

³⁵⁰ Ebd., S. 22.

³⁵¹ Ebd., S. 31.

³⁵² Ebd., S. 32.

³⁵³ So schildert Brutzkus: Im Jahr 1913 wurden in Rußland 28 Millionen Paar Gummischuhe, ein sehr wichtiger Gebrauchsgegenstand produziert, 1928/29 41,5 Millionen

Auf der im Oktober 1930 stattgefundenen Unionstagung über die Qualität der Konsumwaren äußerte sich der Vorsitzende des Obersten Volkswirtschaftsrates Kujbyšev zu dieser Frage: „Die für den Massenbedarf arbeitende Industrie hat in dem letzten Jahre die Qualität ihrer Waren verschlechtert. Es steht außerordentlich schlecht mit der Baumwollindustrie, wo der Prozentsatz des Ausschusses von Vierteljahr zu Vierteljahr anwächst. Ebenso schlecht steht es mit der Woll-, Trikotage- und anderen Industrien. Die Verluste des Landes an Ausschußwaren hat noch niemand berechnet; es ist aber nicht zu bezweifeln, daß sie Hunderte Millionen, und möglicherweise sogar, daß sie Milliarden Rubel ausmachen.“ Die anderen Redner versicherten, daß sogar eine Hälfte der zum Verkauf kommenden Waren Ausschuß sei, und dabei werden sie zu den normalen Preisen verkauft. In der Baumwollindustrie liefern viele Fabriken sogar 65- 70% Ausschußwaren.

Abermals ist ein Jahr verflossen, und die Klagen über die Unbrauchbarkeit und Minderwertigkeit der Waren der sozialistischen Industrie hören nicht auf. In ‚Ěkon. žizn‘ vom 19. November 1931 wurde folgender Bericht über die Beratung, die die Redaktion in dieser Frage einberufen hat, gegeben: „Das Problem der Qualität der Produktion wurde in aller Schärfe von dem XVI. Parteikongreß (Juni 1930) gestellt. In den anderthalb Jahren, die seit dem Kongreß verflossen sind, ist jedoch wenig getan, um die wirkliche Hebung der Produktionsqualität zu gewährleisten. [...] Von den 2000 Mill. Meter Stoff, die im Vorjahr produziert wurden, sind 21% Ausschuß. Mehr als 400 Mill. Meter Stoff hat man verdorben. Ein anderes eklatantes Beispiel ist der hohe Aschegehalt der Kohle. Die Untersuchungen haben festgestellt, daß bei einem Aschegehalt von 8,49% in dem Flöz die geförderte Kohle einen solchen von 16,5% hatte. Es ist festgestellt, daß die elektrischen Birnen statt 800 Stunden laut dem Standard lediglich 600 Stunden brennen und dabei anormal viel Kraft verausgaben usw.“ In der Nummer vom 21. November 1931 derselben Zeitung lesen wir, daß „in einem Paar Stiefel 22 Defekte gefunden werden, daß der Konsument Hosen tragen muß, bei denen ein Hosenbein kürzer als das andere ist, wobei jedes einzelne Hosenbein mit den Händen festgehalten werden muß, weil die Hosenschnallen der *Rationalisierung* zum Opfer gefallen sind, daß die Konditoreierzeugnisse nach Gebranntem und nach Petroleum riechen u. a. m.“ (‚Ěkon žizn‘ vom 21. November 1931.)³⁵⁴

Paar. „Also die Quantität der Gummischuhe ist um 48% gestiegen, aber der Gebrauchswert dieser Masse Gummischuhe ist nicht gewachsen, sondern um 26 % kleiner geworden.“

³⁵⁴ Brutzkus, Boris D.: Der Fünfjahresplan und seine Erfüllung, S. 33 f.

Die Folge der Überspannung der sozialistischen Zentralpläne war nicht nur eine außerordentliche Verschlechterung der Qualität der Konsumwaren, sondern auch eine andere sehr eigentümliche Erscheinung, die darin bestand, nur wenige Waren einer und derselben Gattung zu produzieren und Waren anderer Art überhaupt nicht mehr zu produzieren. Eine Folge der sogenannten sozialistischen Rationalisierung:

„Ganze Warengattungen“, wird in der ‚Ėkon žizn‘ vom November 1931 geklagt, „werden jetzt von der Industrie überhaupt nicht mehr hergestellt und sind infolgedessen vollständig aus dem Verkehr verschwunden. Zu solchen Waren zählen: Ebonitkäämme, Kleiderknöpfe, Briefklammern, Rasierzeug, Manschettenknöpfe, Kleiderhaken, Kleiderwatte, wollene Watte, Futterzeug, bunter Bindfaden, Chiffons, Bettuch, Prünellstiefel, wollene Hausschuhe, Schuhe mit Gummisohlen. Dieses Verzeichnis erschöpft keineswegs die Liste aller vom Markte verschwundenen Waren“.³⁵⁵

Während viele Waren, deren Produktion in großen Mengen schwierig war, nicht mehr hergestellt wurden, wurden andere zu produzierende Waren besonders bequem in ungeheueren Quantitäten hergestellt. Der Moskauer Korrespondent der „Vossischen Zeitung“ Wilhelm Stein schrieb darüber aus Moskau im Dezember 1931 folgendes: „Es gibt eine Moskauer Behörde, die unter anderem für die Bereitstellung von Knöpfen für Stadt und Land zu sorgen hat, von Jackenknöpfen und Hosknöpfen, von Hemdenknöpfen und von Mantelknöpfen. Und es gibt eine Moskauer Fabrik, die Knöpfe fabrizieren kann. Der Chef der Behörde und der Direktor der Fabrik haben oft genug von Prämien, Belohnungen, Auszeichnungen – bis zu hohen und höchsten Orden des kommunistischen Staates – gelesen, die auf Chefs und Direktoren niederregneten, wenn es ihnen gelang, die Ziffern des ‚Planes‘ zu überbieten, den Fünfjahresplan ihres Betriebes in drei oder zweieinhalb Jahren zu ‚erfüllen‘. Und somit bestellte die Behörde für alle Fälle ein Vielfaches des Bedarfs – und die Fabrik verdoppelte oder verdreifachte den Auftrag, indem sie alle ihre Kräfte auf die Produktion eines besonders rasch herzustellenden einfachen Knopfes konzentrierte. In Ziffern: nach dem ‚Plan‘ brauchte die Behörde etwa für 150.000 Rubel Knöpfe und bestellte vielleicht für 600.000 (‚Vierteljahresplan in einem Jahr‘), die Fabrik aber lieferte für 3,15 Millionen (‚Fünfjahresplan in einem Jahr‘). Im Resultat mangelt es in und um Moskau an allen gangbaren und besseren Knopfsorten, dagegen füllen für mehr als drei Millionen billigster und im Format fast nie ‚gefragter‘ Knöpfe die Lager bis zum Überlaufen.“

³⁵⁵ Ebd., S. 35.

Der Eifer der beiden Chefs wurde diesmal nicht anerkannt; im Gegenteil – sie werden durch einen Ukas der Regierung und des Parteizentralkomitees zu strafrechtlicher Verantwortung gezogen als ‚Desorganisatoren der Arbeiterversorgung‘; zugleich mit ihnen aber rund 30 andere Chefs und Direktoren anderer Fabriken und Behörden, womit die Knopfgeschichte als eine typische Erscheinung der sowjetrussischen Wirtschaft und nicht als krasser Ausnahmefall oder Sabotageakt erscheint [...]“.³⁵⁶

Die Heim- und Kleinindustrie war im vorrevolutionären Rußland sehr stark entwickelt. Diese Industrie wurde mit unerträglichen Steuern belegt, um die Großindustrie vor der Konkurrenz der privaten Kleinindustrie zu schützen. „Der Verbraucher erhielt 1931 zu höheren Preisen bedeutend schlechtere Waren“.³⁵⁷

Die Auswirkung des Fünfjahresplanes auf dem flachen Land löste eine zweite Agrarrevolution aus, „die einen unvergleichbar grausameren Charakter als die Agrarrevolution des Jahres 1917/18 trug“.³⁵⁸ Brutzkus behandelt ausführlich die „totale Kollektivierung“ und die „Entkulakisierung“, d.h. die Liquidation der sog. wohlhabenden Bauern.³⁵⁹ „Die Hauptursache, warum die Sowjetregierung mit der ganzen Anspannung ihrer Kräfte die Kollektivierung der Bauernwirtschaften in so schnellem Tempo betreibt, ist ihr Wunsch, ihre Machtpositionen in der Landwirtschaft auszubauen“.³⁶⁰ Damit verbunden war die Entwicklung von echter Sklavenarbeit in Sowjetrußland. „Die Lage der Hunderttausenden nach den nördlichen Wäldern verschickten Kulaken ist sogar noch schlimmer als die Lage der Sklaven im Altertum, denn sie werden dorthin in der ausdrücklichen Absicht, als Feinde des kommunistischen Staates allmählich vernichtet zu werden, verschickt. Die spärlichen Nachrichten über die Behandlung der Zwangsarbeiter, die aus den nördlichen Konzentrationslagern durchsickern, sind schreckenerregend“.³⁶¹

Im 4. Kapitel „Die Zerstörung des Marktverkehrs und die Zerrüttung der Geldwirtschaft“ faßt Brutzkus seine Analysen zusammen: „Die Erfolge des Fünfjahresplanes sind aber rein quantitativer Natur; dagegen versagt die Qualität der Arbeit auf allen Gebieten. Die neuen Industrie-

³⁵⁶ Ebd., S. 36.

³⁵⁷ Ebd., S. 39.

³⁵⁸ Zur ersten Agrarrevolution Boris Brutzkus, *Agrarentwicklung und Agrarrevolution in Rußland*, Berlin 1929.

³⁵⁹ Brutzkus, Boris D.: *Der Fünfjahresplan und seine Erfüllung*, S. 40 ff.

³⁶⁰ Ebd., S. 59.

³⁶¹ Ebd., S. 60.

werke kosten viel und rechtfertigen nicht die Hoffnungen, die an sie geknüpft wurden. Die Industrieproduktion ist den Bedürfnissen der Abnehmer nicht angepaßt, ihre Erzeugnisse sind schlechter Qualität, die Produktionskosten bleiben trotz der Modernisierung der Produktionsverfahren viel zu hoch. Die Ernten pro Flächeneinheit bleiben trotz der Mechanisierung der Landwirtschaft außerordentlich niedrig³⁶². In den ersten zwei Jahren des Fünfjahresplanes (1928/29 – 1929/30) wurde der Marktverkehr vollständig zerstört. In den Städten wurden Brot und alle anderen Nahrungsmittel bereits im Frühjahr 1929 rationiert. Die wichtigsten industriellen Gebrauchsartikel wie Baumwollstoffe, wollene Stoffe, fertige Kleider, Lederwaren, Schuhwaren, Metallwaren und Fensterglas sowie Zucker, Pflanzenöle und Tabakerzeugnisse wurden 1929/30 auf die eine oder andere Art rationiert. „Die Sowjetregierung sucht die Tatsache, daß die Lage der Volksmassen unter dem Fünfjahresplan sich nicht gebessert, sondern außerordentlich verschlechtert hat, vor dem Auslande zu verheimlichen“³⁶³.

Der Weg in die total marktlose Wirtschaft stand in engster Verbindung mit der Zerrüttung der Währung. Die Geldmenge stieg in zwei Jahren (1928/30) um 114%. Die großen Investitionen wurden zu einem gewissen Teil durch die Notenpresse finanziert.

Bei der Zerrüttung der Währung spielte die Kreditreform im Jahre 1930 eine verhängnisvolle Rolle. „Die Erteilung von kurzfristigen Krediten wurde durch die Staatsbank gesetzlich monopolisiert“³⁶⁴. „Die Staatsbank sollte die strikte Erfüllung der Pläne im materiellen Sinne kontrollieren“³⁶⁵.

In der Kreditreform von 1930 erblickten die kommunistischen Wirtschaftspolitiker gewissermaßen die „Krönung der Planwirtschaft“.

Brutzkus analysiert dann, auf welchen zwei theoretischen Prämissen die grundlegenden kommunistischen Reformen immer aufgebaut sind: „erstens, die *sozialistische Zentralstelle ist allmächtig* und zweitens, sie ist auch *allwissend*. Was die Macht der Zentrale anbelangt, so kann sie, dank der Allmacht des kommunistischen Staates, außerordentlich gesteigert werden. Viel schlimmer ist es aber mit der Allwissenheit der sozialistischen Zentralen beschaffen. Sie erweist sich immer als ein Wahn, und dementsprechend zeitigen so oft die großzügig angelegten kommunistischen Reformen, die jegliche Selbsttätigkeit von unten aus ausschalten, katastrophale Ergebnisse. Die Reform des Kreditwesens, in der

³⁶² Ebd., S. 60.

³⁶³ Ebd., S. 63.

³⁶⁴ Ebd., S. 72.

³⁶⁵ Ebd.

man den entscheidenden Schritt zum Inordnungbringen der Planwirtschaft erblickte, wurde zur wichtigsten Ursache der tieferen Zerrüttung der Wirtschaft“.³⁶⁶

Mit der „automatischen Kreditierung“ der Staatsbetriebe untereinander seit dem 1. April 1930 wurde das Schwinden jeglicher Disziplin in der Sowjetwirtschaft besiegelt. Zwischen dem Lieferanten und dem Abnehmer sind alle Verbindungen aufgelöst worden. „Gewisse hochbürokratische Zentralstellen schließen untereinander sehr vage Verabredungen über die Belieferung ihrer Betriebe mit verschiedenen Waren“.³⁶⁷ Finanzfragen interessierten die Wirtschaftsleiter nur sehr wenig.

Die kommunistischen Politökonomien waren 1929/30 der Ansicht, das Geld sei nur ein Verrechnungszeichen und könne bald abgeschafft werden. „Man müsse sich gewöhnen, in Naturalien zu disponieren. Wird die Sowjetwirtschaft dennoch ein Wertmaß benötigen, so eignet sich als solches für eine sozialistische Wirtschaft nicht das Geld, sondern der Arbeitstag“.³⁶⁸ Im Vollsozialismus wurde immer naturalwirtschaftlich gedacht, Geld spielte keine Rolle mehr, ein Markt für Produktionsmittel existierte nicht mehr. Damit war im „Fünfjahresplan des sozialistischen Aufbaus der UdSSR (1928/29 bis 1932/33)“ das praktisch eingetreten, was Ludwig v. Mises 1922 theoretisch herausgearbeitet hatte, daß in einer marktlosen Wirtschaft eine Wirtschaftsrechnung unmöglich war. Es kann zu keinem Zeitpunkt festgestellt werden, welche Kosten und Preise tatsächlich entstanden sind. Kosten und Preise sind fiktiv. Eine solche Wirtschaft ist ohne Wegweiser, ohne Bussole im wirtschaftlichen Chaos. 1930 kamen bedrohliche Zeichen der *allgemeinen* Zersetzung der russischen Wirtschaft. Die grundlegenden Fragen der sozialistischen Wirtschaftsordnung blieben ein ungelöstes Rätsel.³⁶⁹ Da es in der güterwirtschaftlich gelenkten sozialistischen Zentralplanwirtschaft keine selbständigen Betriebe gibt, verliert die Wirtschaftsrechnung auch ihren Sinn. Die Produktionsmittel werden durch Verordnungen der Zentralstelle beschafft. Da es keinen Markt für die Produktionsmittel gibt, konnte nie festgestellt werden, was die Produktionsmittel kosteten.

Die Produktionsmittel sind komplementär, d.h. für die Produktion müssen alle Produktionsmittel in entsprechenden Quantitäten vorhanden sein. Fehlt nur ein Produktionsmittel, so führt dies zur Lahmlegung der gesamten Produktion. „Die Leiter der Industrie“, lesen wir in „Izvestija“

³⁶⁶ Ebd., S. 73.

³⁶⁷ Ebd., S. 74.

³⁶⁸ Ebd., S. 76 f.

³⁶⁹ Ebd., S. 77.

vom 1. Februar 1931, „bringen eine Reihe von Beispielen, aus denen zu ersehen ist, daß infolge des Schildkröten-Arbeitstempos einer Reihe von Zentralstellen des Obersten Wirtschaftsrates die Forderungen der Unternehmungen an die Materialienfonds nur dann bestätigt werden, wenn die Fabrik ... vor der Produktionseinstellung steht“.³⁷⁰

Immer wieder wird über den „Glavkismus“, über die Herrschaft der bürokratischen Zentralstellen geklagt. Die Zentralstellen stehen jedoch vor einer unlösbaren Aufgabe, denn sie müßten die Produktionsmittel richtig nach dem höchsten Grenznutzen verteilen.

Die russische Währung, der Cervonec, hatte jede Verbindung mit ausländischen Währungen verloren und war dadurch zu einer reinen Binnenwährung geworden. Bei der Ausfuhr spielten Produktionskosten und Preise des Binnenmarktes keine Rolle. Um die Einfuhr von modernen Maschinen zu finanzieren, mußten Rohstoffe und Nahrungsmittel in immer größeren Mengen exportiert werden. Der Export zu jedem Preis ist zwangsläufig, um die Devisen für den Import zu erhalten.

Im Jahr 1930 wurden in den Hauptstädten einige Staatsläden eröffnet, in denen alle Waren frei gegen Devisen verkauft wurden. Ein Jahr später wurden Verkaufsstellen eröffnet, in denen Waren frei gegen Sowjetgeld zum fünf- bis zehnmal höheren Preis gekauft werden konnten. Dadurch sollte ein Teil des überschüssigen Geldes abgeschöpft werden. In der DDR wurden ebenfalls Läden nach diesem Muster eröffnet.

In den „Schlußbetrachtungen“ hebt Brutzkus hervor, daß eine sozialistische Zentralplanwirtschaft, die eine Marktwirtschaft ersetzt hat, „schnell auf die Bedürfnisse eines Weltkrieges umgestellt werden kann“.³⁷¹

Besonders betont Brutzkus die absolute Machtfülle der kommunistischen Partei, die durch die enge Verbindung des politischen Machtmonopols mit dem wirtschaftlichen Machtmonopol entstanden ist.

„Planwirtschaft bedeutet immer die engste Verflechtung der Wirtschaft mit der Politik. Die Entwicklung der *Wirtschaft* verliert ihre Eigengesetzlichkeit und wird *außenwirtschaftlichen Mächten unterstellt*. Das ist der Fall auch in Sowjetrußland. Was durch den Fünfjahresplan unzweifelhaft erreicht wird, das ist die ausgezeichnete Ausrüstung der

³⁷⁰ Ebd., S. 80: In „Izvestija“ vom 16. Dezember 1931 finden wir eine Beschreibung der unter der Leitung von besten amerikanischen Ingenieuren schnell erbauten Traktorenfabrik in Char'kov. Die Fabrik könnte eigentlich normal funktionieren, aber ihr fehlt immer dieses oder jenes Produktionsmittel, oftmals eine Kleinigkeit. Und deswegen fließt das Band nicht, und deswegen liegen hundert Traktoren auf dem Fabrikhofe und rosten unter dem Schnee, – es fehlt ihnen diese oder jene Kleinigkeit.

³⁷¹ Ebd., S. 102.

Roten Armee mit Kampfmitteln. Was durch den Fünfjahresplan ebenfalls wirklich erreicht wird, das ist eine gewisse Entwicklung der russischen Wirtschaft in der Richtung zur Autarkie – eine Tendenz, die vom rein wirtschaftlichen Standpunkt nicht gerechtfertigt werden kann“.³⁷²

Brutzkus hatte sich zum Ziel gesetzt, die sowjetrussische Zentralplanwirtschaft vom ökonomischen Standpunkt zu beurteilen. „Es muß hier indessen abschließend hervorgehoben werden, daß damit das Problem der kommunistischen Planwirtschaft noch nicht erschöpft ist. Diese Planwirtschaft bedeutet nicht nur ein anderes Wirtschaftssystem als das bürgerliche, sondern auch eine andere Lebensform, eine andere Kultur. Es wäre keine Übertreibung, zu sagen: hätte der Kommunismus in ganz Europa gesiegt, so bedeutete dieses den wahren ‚Untergang des Abendlandes‘;³⁷³ denn diese kommunistische Planwirtschaft scheint die tiefsten Grundlagen der bestehenden abendländischen Kultur umzuwerfen. Die höchste Errungenschaft dieser Kultur ist der Aufbau einer außerordentlich komplizierten gesellschaftlichen Organisation auf der Grundlage der freien Persönlichkeit. Nun weist der wissenschaftliche Sozialismus auf die Grenzen dieser bürgerlichen Freiheit hin und verspricht, ein höheres Maß derselben zu geben. Nach dem Dogma des wissenschaftlichen Sozialismus bedeutet die soziale Revolution den ‚Sprung aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit‘, denn auf diesem Wege wird die Menschheit die auf ihr lastenden Gesetze der Wirtschaft überwinden. Der ‚wissenschaftliche‘ Sozialismus hat aber außer Acht gelassen, daß die Planwirtschaft von den Volksmassen gerade die höchste Disziplin erfordert, und je gespannter der Plan, desto strenger muß die Disziplin sein. *Den Sprung in das Reich der Freiheit macht also nur die Diktatur*, denn sie erlangt dank der Planwirtschaft ungeheure Machtmittel, um das ganze Leben der Volksmassen nach ihren Absichten zu gestalten. Dagegen *bringt die sozialistische Revolution die Volksmassen in den Zustand der äußersten Unfreiheit*. Das ist das Ergebnis der russischen Revolution“.³⁷⁴

Die unheimliche Despotie, die ungeheuere, nie dagewesene Zusammenballung politischer und wirtschaftlicher Macht, war nur im Sozialismus möglich. Der Versuch, die Utopie des sozialistischen Zukunftsstaates zu realisieren, führte zum sozialistischen Totalitarismus.

³⁷² Ebd., S. 103.

³⁷³ Anspielung auf das Werk von Oswald Spengler „Der Untergang des Abendlandes. Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte“ München, (2 Bde., 1918-1922). Die metaphysisch begründete Geschichts- und Kulturphilosophie erregte vorübergehend die öffentliche Meinung Europas.

³⁷⁴ Brutzkus, Boris D.: Der Fünfjahresplan und seine Erfüllung, S. 104 f.

Paul Berkenkopf charakterisierte die Lage der Wirtschaft 1932 in der Sowjetunion als Wirtschaft im Kriegszustand, als ein großes Kriegslager. „Darauf deuten auch all die Bezeichnungen hin, mit denen man die Menschen und die Organisationen in dieser Wirtschaft benennt: Brigaden, Stoßtrupp, Kampagne, Arbeitsfront, Reserven usw. [...] So ist alles in fortwährender Unruhe, in ewigem Hasten und nie endender nervöser Bewegung. In dieser Hinsicht ist alles in Gärung begriffen, ein einheitliches Ordnungsprinzip hat sie noch nicht gefunden, und es fehlen ihr auch einheitliche wirtschaftliche Erfolgsmaßstäbe, an denen sie ihre Ergebnisse messen könnte. ... Die Qualität der industriellen Erzeugnisse ist außerordentlich niedrig. ... Das Gesamtbild verwirrt sich immer mehr und bietet ein Beispiel unheilvollen Leerlaufes und stärkster Kapitalverschwendung. [...] Es fehlt jeder einheitliche Maßstab, ohne den ein rationelles Wirtschaften unmöglich ist.“³⁷⁵

Die von Berkenkopf angeführten Funktionsmängel der Wirtschaft in der Sowjetunion finden sich später auch in der güterwirtschaftlich gelenkten sozialistischen Zentralplanwirtschaft der SBZ/DDR, da es sich um Funktionsmängel handelt, die der güterwirtschaftlich gelenkten sozialistischen Zentralplanwirtschaft immanent sind.

Die marxistisch-leninistische politische Ökonomie in der Sowjetunion war antikallaktisch, d.h. marktlos.³⁷⁶

„Ausgesprochen antikallaktisch gerichtet ist die *marxistisch-leninistische Wirtschaftslehre* der Sowjetunion. Hatte sich Bljumin 1931 noch mit formalen Einzelheiten subjektivistischer Wert- und Preistheorien kritisch auseinandergesetzt, so ist im autoritativen Lehrbuch ‚Politische Ökonomie‘ der Akademie der Wissenschaften der UdSSR (1954, redigiert von Ostrowitjanow, Schebilow u. a.) das theoretische Interesse für quasi-automatische Marktmechanismen erloschen. Die persönliche Leistungsaustauschwilligkeit in ihrer Dimensionalität ist in diesem Rahmen unbeachtlich, denn es gilt die ‚strengste Kontrolle seitens der Gesellschaft und seitens des Staates über das Maß der Arbeit und das Maß der Konsumtion‘, wenngleich die Arbeit, ‚Pflicht und Ehrensache eines jeden arbeitsfähigen Bürgers‘, einstweilen noch unter dem ‚Prin-

³⁷⁵ Berkenkopf, Paul: Zur Lage der Sowjetwirtschaft, in: Schmollers Jahrbuch 56, 1932, S. 51 ff.

³⁷⁶ Brus, Włodzimierz/ Łaski, Kazimierz: Von Marx zum Markt. Die sozialistischen Länder auf der Suche nach einem neuen Wirtschaftssystem, Marburg 1990, S. 65. „Nach dem Ersten Weltkrieg und der Russischen Revolution von 1917 erkannten nach und nach auch die orthodoxen Marxisten innerhalb des sozialdemokratischen (in Abgrenzung zum kommunistischen) Flügels des Sozialismus – etwa Karl Kautsky und Otto Bauer – die Bedeutung des Marktes für das Funktionieren einer sozialistischen Wirtschaft. Die kommunistische Ideologie blieb jedoch in den programmatischen Schriften weiterhin grundlegend verankert, und zwar in Gestalt eines marktlosen Konzepts“.

zip der materiellen Interessiertheit des Werktätigen' steht. Angebot und Nachfrage wird auf dem ‚nichtorganisierten' Märkte lediglich eine Hilfsfunktion zugebilligt. Für die Preisbildung auf dem ‚organisierten' Märkte sind sie unbeachtlich“.³⁷⁷

5. Die Debatte um die Wirtschaftsrechnung im Sozialismus

Die Mises-These von der Unmöglichkeit einer Wirtschaftsrechnung im Sozialismus ist von Sozialisten nie widerlegt worden.³⁷⁸ Die Entwicklung in den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts gab ihm recht: der Kommunismus scheiterte am Chaos, das die Irrationalität der Zentralplanung schaffen mußte.³⁷⁹

Robert Eisler, Dr. phil., dipl. ord. Mitglied des Instituts für österreichische Geschichtsforschung an der Universität Wien, muß die Forschungen von Max Weber und Ludwig von Mises, die ebenfalls an der Universität Wien tätig waren, gekannt haben, denn er beschreibt 1924 mit aller wissenschaftlichen Klarheit die so genannte Mises-These: „Wenn der größte Gesellschaftsumbildungsversuch der ganzen Weltgeschichte (die sozialistische Oktoberrevolution von 1917 in Rußland – H.H.) *irgend etwas augenfällig gelehrt hat*, so ist es die Tatsache, *daß es ein anderes Geld als das ‚kapitalistische' nicht gibt, und nicht geben kann*; daß die ausgebildetste Gemeinwirtschaft des Geldes als Berechnungs- und Verrechnungsmittel *nicht entbehren* kann, und schließlich, daß das Weiterbestehen der Geldwirtschaft die tiefgreifendsten sozialen Umwälzungen an sich durchaus nicht verhindert.

Die Unentbehrlichkeit der Geldrechnung – d. h. der Zurückführung aller ausgetauschten Güter und Leistungen auf eine Werteinheit – liegt darin, daß auf andere Art *die Wirtschaftlichkeit eines Betriebes* in der arbeitsteiligen Großwirtschaft gar nicht *festzustellen* ist. Man könnte meinen, daß der Wirtschaftserfolg eines Betriebs sich rein ‚gütermäßig' erfassen ließe: z.B. bei einer Webwarenfabrik die größte Wirtschaftlich-

³⁷⁷ Fels, Eberhard: Katallaktik, in: HdSW, 5. Bd., 1956, S. 571.

³⁷⁸ Grundlegend Boettke, Peter J.: Socialism and the Market. The Socialist Calculation Debate Revisited, 9 vols., London and New York 2000. Boettke beschränkt sich für die Zeit nach Hayeks Publikation „Collectivist Economic Planning“ (1935) auf die Diskussionsbeiträge im englischsprachigen Raum (England, USA). Aus der Auseinandersetzung mit dem Sozialismus ging auch der Ordoliberalismus (Walter Eucken) hervor.

³⁷⁹ Zlabinger, Albert H.: Mises, Ludwig von (1881-1973), in: Harald Hagemann und Claus-Dieter Krohn (Hrsg.), Biographisches Handbuch der deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration nach 1933, Bd. 2, München 1999, S. 452.

keit erreicht ist, wenn die größtmögliche Menge (guter) Webware beim geringstmöglichen Verbrauch an Rohstoff, Kohle, Arbeiterstunden u. dgl. herausgebracht wird. In Wirklichkeit könnte ein solcher Betrieb mit höchstem Wirkungsgrad wirtschaftlich ganz verkehrt gearbeitet haben; z. B. Millionen von Taschentüchern für eine Bevölkerung gewebt haben, die sich recht gern für diesen Zweck mit ihren fünf Fingern begnügt hätte.

Besteht eine Geldrechnung, so wird dem Betrieb einfach eine solche nicht sehr begehrte Erzeugung unabsetzbar auf dem Halse bleiben und ein buchmäßiger Verlust ausgewiesen werden müssen. In der reinen Verteilungswirtschaft dagegen würde der oberste Wirtschaftsrat nur auf Grund allfällig eingelaufener Beschwerden über unnütz verwebte Faserstoffe, die für Windeln besser verwendet worden wären, die Taschentuchweberei einstellen bzw. nach willkürlicher Schätzung oder ‚genauer‘ ‚Bedarfserhebung‘ einschränken können.³⁸⁰

Eisler sprach die zentralen systemimmanenten Defekte der sozialistischen Zentralplanwirtschaft an, die auch für die DDR charakteristisch sein sollten:

- (1) Die Unmöglichkeit einer Wirtschaftsrechnung in einer marktlosen Naturalwirtschaft.
- (2) Produktion und Konsum sind in der sozialistischen Zentralplanwirtschaft getrennte Bereiche. Falls die Nachfrage in einer Marktwirtschaft zurückgeht, macht das Unternehmen Verluste und schränkt die Produktion ein. Ein solcher „Seismograph“ fehlt in der marktlosen sozialistischen Zentralplanwirtschaft, in der öfters am Konsumenten vorbei produziert wird.

Peter Kende hatte für Ungarn schon 1964 festgestellt, daß das wirkliche Modell der sozialistischen Zentralplanwirtschaft eine erschreckende Ähnlichkeit mit dem hatte, was Ludwig von Mises bereits 1922 wissenschaftlich herausgearbeitet hatte.³⁸¹

Das Hauptanliegen von Mises galt jedoch dem wissenschaftlichen Nachweis, daß eine Wirtschaftsrechnung im Sozialismus unmöglich sei. „Der Sozialismus ist aber auch nicht nur darum unausführbar, weil er edlere und uneigennützigere Menschen voraussetzt. Es war eine der Aufgaben, die sich dieses Buch gestellt hat, zu zeigen, daß dem sozialistischen Gemeinwesen vor allem das fehlt, was alle Wirtschaft mit weiter ausholenden Prozessen, alle Wirtschaft, die nicht von der Hand in den

³⁸⁰ Eisler, Robert: Das Geld. Seine geschichtliche Entstehung und gesellschaftliche Bedeutung, München 1924, S. 354 f.

³⁸¹ Kende, Peter: Logique de l'économie centralisée; un exemple, la Hongrie. Paris 1964, S. 491.

Mund lebt, sondern mit kapitalistischen Produktionsumwegen arbeitet, vor allem braucht: die Möglichkeit zu rechnen, d.h. rationell vorzugehen. Ist einmal diese Erkenntnis allgemein geworden, dann müssen alle sozialistischen Ideen aus den auf die Vernunft abgestellten Erwägungen der Menschen verschwinden“.³⁸²

Georg Halm, der sich 1928 bei Adolf Weber habilitierte, analysierte die Konkurrenz als Ordnungsprinzip und resümierte über die sozialistische Wirtschaft: „Um das Ergebnis vorwegzunehmen: nach dem heutigen Stand sozialökonomischer Erkenntnis muß man Mises durchaus zustimmen, wenn er sagt: ‚Der Kapitalismus ist die einzig denkbare und mögliche Gestalt gesellschaftlicher Wirtschaft‘.“³⁸³

Halm wies die Notwendigkeit einer Wirtschaftsrechnung auch in der sozialistischen Zentralplanwirtschaft nach. *Unmöglich* ist nach Halm.³⁸⁴

- (1) Eine Zinsbildung im Sozialismus
- (2) Eine Preisbildung für Kapitalgüter
- (3) Zinspreisbildung und Rentenbildung
- (4) Die Arbeitswertrechnung.

Die Diskussion über die Wirtschaftsrechnung im Sozialismus faßte Ludwig von Mises 1928 zusammen: „Man kann heute bereits ein abschließendes Urteil über die sozialistische Literatur des Jahrzehnts fällen, das auf die unvergleichlichen politischen Erfolge des kompromißlosen Sozialismus, die mit der russischen Revolution einsetzen, gefolgt ist. Ein dem Sozialismus sehr freundlich gesinnter Autor, *Cassau*, hat (in der zum 80. Geburtstag Lujo Brentanos herausgegebenen Festschrift) vom proletarischen Sozialismus gesagt, alle Erfahrungen des letzten Jahrzehnts wären an seiner Ideologie vorübergegangen, ohne sie zu beeinflussen. Diese Ideologie habe kaum jemals soviel Ausbaumöglichkeiten gehabt und sei kaum jemals so steril gewesen wie in der Blütezeit der Sozialisierungsdebatten. Dieses Urteil klingt sehr hart, doch es gilt ohne jede Einschränkung von der gesamten Literatur des Sozialis-

³⁸² Mises, Ludwig von: Die Gemeinwirtschaft, S. 498.

³⁸³ Halm, Georg: Die Konkurrenz. Untersuchungen über die Ordnungsprinzipien und Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Verkehrswirtschaft, München und Leipzig 1929, S. 30f.

³⁸⁴ Halm, Georg: Ist der Sozialismus wirtschaftlich möglich? Berlin 1929, S. 26 ff.

mus, nicht bloß von der des marxistischen oder – wie man ihn heute mitunter zu benennen pflegt – proletarischen Sozialismus“.³⁸⁵

1935 edierte F.A. von Hayek einen Sammelband mit dem Titel „Collectivist Economic Planning“³⁸⁶ mit kritischen Studien über die Möglichkeiten des Sozialismus von N.G. Pierson, Ludwig von Mises, Georg Halm und Enrico Barone. Dem Sammelband stellte von Hayek eine Einführung voran und zog im Schlußteil eine Bilanz. Hayek betonte, daß die zentrale These von Mises bis zu diesem Zeitpunkt nicht widerlegt werden konnte.³⁸⁷

1948 publizierte F.A. Hayek Aufsätze, die zuerst in englischer Sprache in verschiedenen Zeitschriften erschienen waren, unter dem Titel „Individualism and Economic Order“,³⁸⁸ die dann auch in deutscher Sprache erschienen.³⁸⁹ Hayek teilte die Diskussion um die Sozialistische Wirtschaftsrechnung in drei Phasen, wobei die Phasen I und II den Stand der Diskussion um 1935 wiedergaben. Die Diskussion um die Wirtschaftsrechnung im Sozialismus begann im englischen Sprachraum relativ spät. F.M. Taylor³⁹⁰ und W.C. Roper,³⁹¹ zwei Amerikaner und H.D. Dickinson³⁹² aus England zeigten auf, „daß unter der Annahme einer *vollständigen Kenntnis aller Daten* die Werte und Mengen der verschiedenen zu erzeugenden Güter bestimmt werden könnten, durch Anwendung des Apparates, mit dem die theoretische Nationalökonomie die Preisbildung und die Produktionslenkung in einem Wettbewerbssystem erklärt“.³⁹³ Hayek wandte sich gegen die neoklassischen Gleichgewichtsmodelle.

³⁸⁵ Mises, Ludwig von: Neue Schriften zum Problem der sozialistischen Wirtschaftsrechnung, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 51. Bd., 1928, S. 189.

³⁸⁶ Collectivist Economic Planning. Critical Studies on the Possibilities of Socialism by N.G. Pierson, Ludwig von Mises, Georg Halm, and Enrico Barone. Edited, with an Introduction and a Concluding Essay by Friedrich August von Hayek, London 1935, Nachdruck 1938.

³⁸⁷ Ebd., S. 37.

³⁸⁸ Hayek, Friedrich A. von: Individualism and Economic Order, Chicago, London 1948.

³⁸⁹ Hayek, Friedrich A. von: Individualismus und wirtschaftliche Ordnung, Erlenbach-Zürich 1952.

³⁹⁰ Taylor, Frederick: The Guidance of Production in a Socialist State, in: American Economic Review, Vol. 19, 1929, pp. 1-8.

³⁹¹ Roper, Willet C: The Problem of Pricing in a Socialist State, Cambridge, Mass. 1929.

³⁹² Dickinson, Henry D.: Price Formation in a Socialist Community, in: Economic Journal, London, Vol. 43, 1933, pp. 237-250.

³⁹³ Hayek, Friedrich A. von: Individualismus, S. 197; Caldwell, Bruce: Hayek and Socialism, in: Journal of Economic Literature, vol. XXX (Dec. 1997), S. 1856-1890 wieder abgedruckt bei Peter J. Boettke, Socialism and the Market, vol. IX, S. 1886: „The virtue of the economics of information is to permit economists to discuss questions of

„Equilibrium models, he argued, could be no more than a useful preliminary to the study of the main problem, which was to show how the market enables profit seeking individuals to make choices in an environment of decentralized and incomplete information and uncertainty about the future, and in which they bear the consequences of their choices. To Hayek, the market economy is essentially a spontaneously evolved institutional response to the difficulties of coordinating economic activity in a complex and changing world. Because the real world is so complex and so changeable, it was clear to him that the simplistic models constructed by the market socialists, if used to operate a real socialist economy, were doomed to produce an economic environment far different from, and far inferior to the one they envisioned in their plans”.³⁹⁴

Die angelsächsischen Autoren stützten sich auf Enrico Barones Aufsatz von 1908.³⁹⁵ Don Lavoie analysierte die Beiträge der sogenann-

agency with analytical precision and rigor. Like all theories, its analytic rigor is purchased at the price of an oversimplified picture of reality. This poses a danger if it leads one to think that the only problems facing socialism are agency problems, problems that can be overcome once the requisite incentive compatibility mechanisms are put into place. Hayek was no opponent of theory; indeed, he frequently defended it from its historicist detractors. But he also understood the limitations of theory. A half century ago well-intentioned socialists demonstrated with simplistic mathematical models that market socialism could duplicate the workings of a competitive market system, plus remove its deficiencies. More elegant models are available today for correcting a system with informational problems. Over 60 years ago Hayek warned about the dangers of an “excessive preoccupation with the conditions of a hypothetical state of stationary equilibrium” (1935, p. 226). It is not altogether outrageous to suggest that today he might warn against an excessive preoccupation with questions of information.”

³⁹⁴ Vaugh, Karen I.: *Economic Calculation under Socialism. The Austrian Contribution*, in: Peter J. Boettke, *Socialism and the Market*, vol. V, S. 552.

³⁹⁵ Klotten, Norbert: *Enrico Barone (1859-1924)*, in: *HdSW*, 1. Bd., 1956, S. 634 f.: „Barone in angewandter Methodik und klarer Fragestellung gleich vorbildlicher Aufsatz „Il ministro della produzione nello Stato colettivista“ (1908) hat seinen Ruhm begründet und die Diskussion um eine Wirtschaftsrechnung in einer Wirtschaft ohne Privateigentum erst ihre theoretisch systematische Grundlage gegeben. Unter der Voraussetzung, daß die technischen Produktionskoeffizienten und die Präferenzskalen der Wirtschaftssubjekte dem Produktionsminister bekannt sind, wird dieser nach Barone in seinem Streben nach einem kollektiven Wohlfahrtsmaximum alle ökonomischen Kategorien der Verkehrswirtschaft: Preise, Löhne, Renten, Zins, Gewinne, Sparen usw., in völlig analoger Weise einplanen, d.h. die Gleichgewichtsbedingungen der vollständigen Konkurrenz und der sozialistischen Wirtschaft sind – eine Produktion zu minimalen Kosten vorausgesetzt – identisch. Während sich jedoch das Wohlfahrtsmaximum bei vollständiger Konkurrenz automatisch einstellt, kann es in der sozialistischen Wirtschaft nur durch Experimente auf breitester Basis verwirklicht werden, weil der Produktionsminister nur so die ökonomische Indeterminiertheit der Produktions-

ten „Marktsozialisten“, die die mathematische Lösung benutzten, um Mises zu widerlegen. „All of these arguments are essentially „static“ in the sense that they completely abstract from any complications entailed in the existence of continuous unexpected change. In all three arguments it was assumed that the knowledge necessary for the formulation of the Walrasian equations is available and that the only problem remaining is that of finding, whether by algebra or guesswork, the equilibrium set of prices. Thus the statement of the problem to be solved was significantly modified. An examination of some further work in this direction (‘‘plannometrics’’) concluded that it too suffers from an excessively static formulation of the problem’’.³⁹⁶

Herbert Zassenhaus machte 1934 die Prämissen des Baroneschen Modells nochmals explizit. Das Modell von Barone gehört zur statischen Theorie, d.h. „wir haben angenommen, daß die Daten des Systems bekannt sind und sich während der Beobachtungszeit nicht ändern – auch dadurch nicht, daß das System sich gegen das Gleichgewicht hin bewegt. [...] So liegt z.B. beim Produktionsministerium eine alle Mengen aller Konsumgüter umfassende Bewertungsskala vor, gegebene Technik, statische Verhältnisse. [...] Die Frage der Realisierbarkeit der Planwirtschaft bleibt also hier ganz unerörtert. [...] Dem Produktionsministerium fallen als dem Erben der Unternehmer all die Schwierigkeiten zu, mit denen diese zu rechnen hatten“.³⁹⁷ Ludwig von Mises hat sich in der „Gemeinwirtschaft“ (1922) ausführlich mit Barones Modell auseinandergesetzt, so daß auch Oskar Lange (1904-1965)³⁹⁸ und Abba

koeffizienten zu überwinden vermag. Dem Produktionsminister bleibt nur die Möglichkeit, die Selektionswirkung des konkurrenzwirtschaftlichen Preissystems durch ein höchst kompliziertes und sehr kostspieliges Korrekturverfahren experimenteller Natur zu ersetzen. Diese a posteriori-Bestimmung des adäquaten Wirtschaftsablaufs stellt eine ernste, fast unüberwindliche Schwierigkeit dar. Barones Ziel war es – im Gegensatz zu manchen Behauptungen –, die vielfach utopischen Thesen der zeitgenössischen Sozialisten ad absurdum zu führen und die Problematik der sozialistischen Wirtschaftsrechnung an Hand klarer Modelle aufzuzeigen.“

³⁹⁶ Lavoie, Don: Rivalry and central planning. The socialist calculation debate reconsidered, Cambridge 1985, S. 181. Wieder abgedruckt bei Peter J. Boettke, *Socialism and the Market*, vol. VI, 2000.

³⁹⁷ Zassenhaus, Herbert: Über die ökonomische Theorie der Planwirtschaft, in: *Zeitschrift für Nationalökonomie*, Bd. V, 1934, S. 508, 515f., 531. Zu Zassenhaus siehe Harald Hagemann / Claus-Dieter Krohn, *Die Emigration deutschsprachiger Wirtschaftswissenschaftler nach 1933. Biographische Gesamtübersicht unter Mitarbeit von Hans Ulrich Esslinger*, Hohenheim 1995, S. 313.

³⁹⁸ Lange, Oskar: *On the Economic Theory of Socialism*, Minneapolis, Minnesota 1948. Lange, Oskar und Taylor, Frederick M.: *On the Economic Theory of Socialism*, Minneapolis 1938; Opitz, Petra: Oskar Lange (1904-1965), in: Werner Krause u. a. (Hrsg.), *Ökonomenlexikon*, Berlin 1989, S. 284-286; Stavenhagen, Gerhard: Ge-

P. Lerner,³⁹⁹ deren Studien sich auf Barone stützen, nichts Neues zur Diskussion über die Wirtschaftsrechnung im Sozialismus beitragen. Es ist sehr erstaunlich, was der Wirtschaftswissenschaftler Kurt R. Leube feststellte: „Beim mehrmaligen Besuch der persönlichen Bibliothek Oskar Langes an der Universität Warschau stellte sich allerdings überraschenderweise heraus, daß weder die für diese fundamentale Diskussion wirklich relevanten Arbeiten von Menger, Böhm-Bawerk, von Schönfeldt-Iilly, oder Robbins, noch wenigstens diejenigen von Mises oder Hayek je geöffnet, geschweige denn überhaupt angelesen wurden und noch immer angestaubt und unberührt in den Regalen stehen. Aber auch Max Weber, der nahezu zeitgleich wie Mises mit seinem großen Beitrag zu ganz ähnlichen Schlußfolgerungen gelangte, steht heute noch ungelesen dort“.⁴⁰⁰

Walter Eucken urteilte über das Baronsche Modell: „Grundsätzlich gilt: Dieses Modell stellt keine Zentralverwaltungswirtschaft dar, sondern eine besondere Form der Verkehrswirtschaft, in der im übrigen nach dem Prinzip bestmöglicher Güterversorgung gehandelt wird. Eine Anwendung der theoretischen Analyse dieses Modells auf die modernen Probleme von Wirtschaftsordnungen, die ‚kollektivistisch‘ genannt werden, ist also unzulässig“.⁴⁰¹

Während seiner Assistentenzeit bei Walter Eucken verfaßte Karl Paul Hensel eine Studie mit dem Titel „Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft. Eine vergleichende Untersuchung idealtypischer wirtschaftlicher Lenkungssysteme an Hand des Problems der Wirtschaftsrechnung“ (1954). Dabei setzte sich Hensel mit Walter Euckens Auffassung der Wirtschaftsrechnung bei zentraler Lenkung des Wirtschaftsprozesses auseinander.⁴⁰² In den „Dogmengeschichtlichen Anmerkungen zur Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft“ faßt Hensel das Ergebnis seiner Studie zusammen:

schichte der Wirtschaftstheorie, 3. Aufl., Göttingen 1964, S. 376: Lange macht, wie er selbst hervorhebt, die irrealen Annahme, daß alle Menschen annähernd gleiche Nutzenempfindungen (in qualitativer und quantitativer Hinsicht) haben, Lerner setzt nur qualitative Gleichheit voraus.

³⁹⁹ Lerner, Abba P.: *Economic Theory and Socialist Economy*, in: *Review of Economic Studies* 2 1934 und 5 1937.

⁴⁰⁰ Leube, Kurt R.: Über Ludwig von Mises, in: Hans-Hermann Hoppe u. a. (Hrsg.), *Ludwig von Mises „Die Gemeinwirtschaft“*, Düsseldorf 1996, S. 28.

⁴⁰¹ Eucken, Walter: *Die Grundlagen der Nationalökonomie*, 5. Aufl., Godesberg 1947, S. 398f.

⁴⁰² Hensel, Karl Paul: *Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft. Eine vergleichende Untersuchung idealtypischer wirtschaftlicher Lenkungssysteme an Hand des Problems der Wirtschaftsrechnung*, Stuttgart 1954, S. VII.

„Wenn wir unter a) sagten, daß den kritischen Urteilen Euckens in Bezug auf die konkreten Erscheinungen der Wirtschaftsrechnung im wesentlichen zuzustimmen sei,⁴⁰³ so wird diese Feststellung durch unsere Bemerkungen zu b) keineswegs verändert. Wir würden diese Erscheinungen lediglich in anderer Weise erklären. Während Eucken die unzureichende Wirtschaftsrechnung der Praxis mit der Unmöglichkeit einer genauen Wirtschaftsrechnung in diesem System überhaupt erklärt, bejahen wir die Möglichkeit einer zureichenden Wirtschaftsrechnung und führen die praktischen Unzulänglichkeiten auf das Fehlen idealtypischer Voraussetzungen zurück.“⁴⁰⁴ Hensel nimmt an, daß alle Daten des Systems bekannt sind. Seine Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft entspricht Barones Gleichgewichtsmodell der stationären Wirtschaft. Ludwig von Mises hatte 1922 festgestellt, daß die sozialistische Zentralplanwirtschaft funktioniere, wenn die Leitung allwissend ist. Dies entspricht Hensels idealtypischen Voraussetzungen. Die „praktischen Unzulänglichkeiten“ sind eine Folge davon, daß die Leitung der Zentralplanwirtschaft nicht allwissend ist.

Zur Henselschen Lenkungsmechanik, dem Planmechanismus, nimmt Helmut Leipold Stellung: „Die Planung der Arbeits- und Produk-

⁴⁰³ Ebd., S. 226: a) Sämtliche Urteile Euckens sind Folgerungen aus Beobachtungen der wirtschaftlichen Wirklichkeit, insbesondere in der Zeit der deutschen Kriegs- und Nachkriegswirtschaft. In der Tat werden sie, sofern sie konkrete Erscheinungen der Wirtschaftsrechnung betreffen, schwerlich bestritten werden können. Sie ließen sich auch durch weitere Beispiele aus anderen Ländern, in denen die zentrale Lenkung keine Kriegswirtschaft darstellt, befestigen. Seiner Kritik dessen, was war, der wirklichen Wirtschaftsrechnung also (insbesondere VIII. Kapitel), ist im wesentlichen durchaus zuzustimmen.

⁴⁰⁴ Hensel, Karl Paul: Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft, S. 227: „Im Hinblick auf die systemimmanenten Möglichkeiten der Wirtschaftsrechnung bei zentraler Lenkung glauben wir den „Mengenbilanzen“ eine größere Bedeutung beimessen zu können, als Eucken dies tat. Wir haben darzustellen versucht, wie gerade aus dem System dieser Bilanzen eine Lenkungsmechanik, der Planmechanismus, entsteht, der sich allerdings nur auf die Planung des Wirtschaftsprozesses bezieht; wie weiter an den Plansalden, den Salden dieser Mengenbilanzen also, die gesamtwirtschaftlichen Knappheiten angezeigt werden; und wie schließlich auf Grund der Planbilanzen eine Kosten- und insbesondere eine Grenzkosten- (Grenznutzen- P.H.) Rechnung durchgeführt sowie ein allgemeines Plangleichgewicht hergestellt werden kann. Bei voller Entfaltung der Theorie der zentralen Lenkung läßt sich weiterhin zeigen, daß grobe Dringlichkeitsstufungen oder Bedarfsrangordnungen zunächst nur dem Aufbau des Plansystems dienen und nach Sichtbarmachung der Knappheiten hinreichend verfeinert werden können, wobei sowohl dem Gossenschen Gesetz wie auch dem Sachverhalt der Komplementarität Genüge getan werden kann. Wenn man schließlich die Probleme der Planung und die der Planverwirklichung genug auseinanderhält, so wird deutlich, daß die Preise nur bei der Planverwirklichung, nicht aber bei der Planung eine Rolle spielen.“

tionsprozesse bedeutet deren inhaltliche Festlegung und Abstimmung für eine zukünftige Periode; bei zentraler Planung muß notwendigerweise eine Einheitsperiode, z.B. ein Jahr, unterstellt werden. Bevor jedoch Sollzustand und Sollbeziehungen des Wirtschaftsprozesses festgelegt und abgestimmt werden können, sind die Istzustände der wirtschaftlichen Größen und deren Istbeziehungen informationell abzubilden. Hierbei hat, gemäß dem Gesetz der erforderlichen Varietät, die Varietät der Binnenstruktur des kognitiven Informationssystems zentraler Planinstanzen der Varietät der realen Produktionsprozesse zu entsprechen. Dieser Forderung können zentrale Instanzen bei zunehmender Vergesellschaftung bzw. Ausdifferenzierung der Arbeitsprozesse immer weniger genügen. Eine ungefähre Vorstellung über die Varietät der realen Produktionsprozesse, die in Form der Bedarfs- und Aufkommensalternativen einzelner Güterarten und der Interdependenzen zwischen diesen zu erfassen ist, vermitteln Schätzungen von DDR-Planungsexperten, nach denen die Zahl der in der Jahresplanung zu erfassenden und zu planenden ökonomischen Beziehungen zwischen 2 und 20 Milliarden beträgt.⁴⁰⁵ Die detaillierte informationelle Erfassung und Verarbeitung der ökonomischen Größen und Beziehungen übersteigt die Verarbeitungskapazität des zentralen Planungs- und Verwaltungsapparates, der zudem mit zunehmender Größe mehr und mehr bürokratischen Auswüchsen und Restriktionen unterliegt⁴⁰⁶.

Einen Planmechanismus wie ihn Hensel als eine der zentralen Prämissen für seine Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft annimmt, hat es in der sozialistischen Zentralplanwirtschaft nie gegeben. „Die historische Analyse zeigt, daß der subjektive Faktor in der sozialistischen Planwirtschaft noch eine große Rolle spielt, und es gibt noch keine Theorie, die den objektiven Mechanismus der Planwirtschaft darstellt“.⁴⁰⁷

In der SBZ/ DDR wurde sich wissenschaftlich nie ernsthaft mit Ludwig von Mises Theorie von der Unmöglichkeit der Wirtschaftsrechnung in einer marktlosen Wirtschaft auseinandergesetzt: „Traurige Berühmtheit erreichte Mises vor allem durch seine Theorie von der ‚logischen und praktischen Undurchführbarkeit des Sozialismus‘, die er u. a. in seinem Buch ‚Die Gemeinwirtschaft‘ (Jena 1932) vertreten hatte. Mi-

⁴⁰⁵ Reinhold, Otto: Ökonomische Gesetze des Sozialismus und Wirtschaftspolitik, in: Wirtschaftswissenschaft, Oktober 1972, S. 1443.

⁴⁰⁶ Leipold, Helmut: Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme im Vergleich. Grundzüge einer Theorie der Wirtschaftssysteme, 5. Aufl., Stuttgart 1988, S. 217.

⁴⁰⁷ Behrens, Fritz: Fragen der Ökonomie und Technik, in: Wirtschaftswissenschaft, Sonderheft Ökonomie und Technik, Berlin 1956, S. 2; Opitz, Petra: Friedrich (Fritz) Behrens (1909-1980), in: Werner Krause u. a. (Hrsg.), Ökonomenlexikon, Berlin 1989, S. 34-36.

ses wurde mit dieser falschen Prophezeiung zu einem der auf dem rechten Flügel stehenden Wortführer in der Debatte bürgerlicher Ökonomen über die ‚Wirtschaftsrechnung im Sozialismus‘, die nachzuweisen suchte, daß das volkswirtschaftliche Optimum im Sozialismus nicht erreichbar sei“.⁴⁰⁸

Herbert Meißner von der Ostberliner Akademie der Wissenschaften behauptete in einer Publikation: „Die bürgerliche Wirtschaftswissenschaft sei keineswegs dabei, ihren Charakter als Vulgärökonomie⁴⁰⁹ zu verlieren“.⁴¹⁰ Unter Vulgärökonomie wurden die Ökonomen nach der Klassischen Nationalökonomie, also nach Adam Smith (1723-1790), Thomas Robert Malthus (1766-1834), Jean-Baptiste Say (1767-1832), David Ricardo (1772-1823) und John Stuart Mill (1806-1873) verstanden.⁴¹¹ Die Politökonomien der SBZ / DDR behaupteten auch, daß nur ein Politökonom, der fest auf dem Boden des Marxismus-Leninismus stehe, einen Wirtschaftsordnungsvergleich vornehmen könne. Ein bürgerlicher Ökonom, d.h. alle nicht sozialistischen Ökonomen, hätte das falsche, d.h. nicht sozialistische Klassenbewußtsein und seien daher für Sozialismusforschung ungeeignet. Es handelt sich hier um so schwachsinnige Argumente, daß darauf nicht eingegangen wird. Die extreme Sterilität der Politökonomien war durch die totalitäre Generallinie der Sozialistischen Einheitspartei (SED) bedingt.⁴¹²

Der polnische Ökonom Włodzimierz Brus⁴¹³ publizierte 1961 eine Studie über „Funktionsprobleme der sozialistischen Wirtschaft“, die

⁴⁰⁸ Ludwig von Mises (1881-1973), in: Ökonomisches Lexikon H-P, 3. Aufl., Berlin 1978, S. 536.

⁴⁰⁹ „Vulgärökonomie: die bürgerliche politische Ökonomie, in der nur die Oberflächenerscheinungen untersucht werden und, wissentlich oder unbewußt, darauf verzichtet wird, das Wesen und die inneren Gesetzmäßigkeiten und Entwicklungstendenzen ökonomischer Erscheinungen zu analysieren. Die Ursachen für den vulgären Charakter ökonomischer Theorien bzw. für vulgäre Elemente in ihnen können sowohl darin bestehen, daß der Klassenstandpunkt des Autors in politischen Fragen keine unbefangene, wissenschaftliche Untersuchung zuläßt, oder auch darin, daß in bestimmter Hinsicht die wissenschaftlichen Voraussetzungen für exakte wissenschaftliche Arbeit fehlen“, in: Meyers Neues Lexikon, Bd. 14, Leipzig 1976, S. 627.

⁴¹⁰ Lauterbach, Günter: Kritik der Methoden des Vergleichs von Wirtschaftssystemen aus DDR-Sicht, in: Gernot Gutmann (Hrsg.), Methoden und Kriterien des Vergleichs von Wirtschaftssystemen, Berlin 1987, S. 149.

⁴¹¹ Briefs, Goetz: Klassische Nationalökonomie, in: HdSW, 6. Bd., 1959, S. 4-19.

⁴¹² Schneider, Jürgen: „Marxistisch-leninistische Wirtschaftswissenschaften“ nach sowjetischem Modell an den Hochschulen der SBZ / DDR. Legitimation und Propaganda für die Parteitage der SED, S. 214-265, insb. S. 228 ff. .

⁴¹³ Włodzimierz Brus, geboren 1921 in Plock, studierte in Warschau, Saratow und Leningrad. Ab 1952 Professor der Wirtschaftswissenschaften an der Hochschule für Planung und Statistik in Warschau, ab 1954 Ordinarius an der Universität Warschau. Seit

1971 in deutscher Sprache erschien. Die Argumente, die Ludwig von Mises über die Unmöglichkeit einer Wirtschaftsrechnung anführte, werden von Brus objektiv zusammengefaßt.⁴¹⁴

Die Beurteilung der Mises'schen Argumentation durch Brus ist frappierend: „Die Primitivität dieser Argumente ist heute offenkundig – nicht nur angesichts der Praxis des Sozialismus, sondern auch der Erfahrungen des Staatskapitalismus. Dennoch hielten ziemlich viele bürgerliche NationalökonomInnen jahrelang die Argumente von Mises für stichhaltig (die Überlegungen eines so bedeutenden Gelehrten wie Max Weber in *Wirtschaft und Gesellschaft* gingen teilweise in die gleiche Richtung)“.⁴¹⁵

Nach Brus konnte Oskar Lange „die Grundlosigkeit der Behauptungen von Mises, Hayek, Robbins und anderen aufzeigen.“⁴¹⁶ Die Argumente von den Ökonomen, die Mises widerlegen wollten, basierten alle auf dem neoklassischen Gleichgewichtsmodell der stationären Wirtschaft (u. a. Abba Lerner, Oskar Lange). Lange selbst machte 1947 „im Vorwort der (beabsichtigten, aus ideologischen Gründen aber fallengelassenen) polnischen Ausgabe seiner Publikation *Zur ökonomischen Theorie des Sozialismus* ein Zugeständnis, indem er einen früheren privaten Brief an Hayek⁴¹⁷ wieder aufgriff und die fundamentale Bedeu-

1973 in Oxford, Fellow of St. Antony's und Wolfson Colleges, Professor of Modern Russian and East European Studies. Wichtigste Bücher: *Das Wertgesetz und die materiellen Anreize* (polnisch 1956), *Funktionsprobleme der sozialistischen Wirtschaft* (polnisch 1961; deutsch 1971); *Sozialisierung und politisches System* (polnisch 1974, deutsch 1975), *Geschichte der Wirtschaftspolitik in Osteuropa*, (englisch 1983, deutsch 1987). Die drei letzten Bücher wurden in die wichtigsten Weltsprachen übersetzt.

⁴¹⁴ Brus, Włodzimierz: *Funktionsprobleme der sozialistischen Wirtschaft*, Frankfurt a.M. 1971, S. 51 ff.

⁴¹⁵ Ebd., S. 53.

⁴¹⁶ Ebd., S. 58.

⁴¹⁷ „In Band 2 der *Collected Works* von Oskar Lange – in polnischer Sprache Oskar Lange, *Dziela*, Bd. 2, Warschau 1973 – wurde der Brief an F.A. Hayek vom 31. August 1940, es handelte sich um eine Antwort auf die Zusendung von Hayeks Beitrag *Sozialist Calculation: The Competitive Solution*, abgedruckt. Der Brief enthält folgende Passage: „Ich hoffe, Ihnen nicht zu nahe zu treten, wenn ich mir erlaube Ihre Position als Übergang zur dritten Linie der Verteidigung zu charakterisieren. Anstelle der rein statischen Aspekte betonen Sie in Ihrer Argumentation jetzt besonders die dynamischen. Damit verlagern Sie die ganze Frage freilich auf eine in der Tat sehr wichtige Ebene, die jedoch – ehe eine zufrieden stellende Antwort gefunden werden kann – neuer Untersuchungen und Erläuterungen bedarf. Es ist Ihnen ohne jeden Zweifel gelungen, auf die wesentlichen Probleme hinzuweisen und die Lücken in der von mir vorgelegten rein statischen Lösung aufzuzeigen. Ich werde zu diesem Thema arbeiten und eine Antwort auf Ihr Papier vorlegen [...] irgendwann im Herbst“; *Dziela*, S. 567.

tung der dynamischen Aspekte hervorhob, die ‚in der von mir vorgelegten rein statischen Lösung‘ ausgeklammert worden waren“.⁴¹⁸

Es ist erstaunlich, daß von sozialistischen Schriftstellern wichtige Entwicklungen in den wirtschaftswissenschaftlichen Theorien nicht wahrgenommen wurden. Ein Großteil der marktwirtschaftlichen Realität liegt zwischen den Marktformen⁴¹⁹ „Vollkommener Wettbewerb“ (Polypol)⁴²⁰ und Monopol.⁴²¹ Für die theoretische Durchdringung dieses Zwischenbereichs entwickelten Sraffa (1926)⁴²², Edward H. Chamberlin (1933)⁴²³, Heinrich Freiherr von Stackelberg (1934)⁴²⁴ und Walter Eucken (1940)⁴²⁵ Denkmodelle sui generis (Oligopoltheorie)⁴²⁶, die von sozialistischen Politökonomen nie in ihre Argumentation aufgenommen worden sind.

Die Unmöglichkeit einer Wirtschaftsrechnung in einer sozialistischen Zentralplanwirtschaft führte zu dem Surrogat der Mengenrechnung.

„Können die Schwierigkeiten der globalen Wertrechnung dadurch überwunden werden, daß die Leitung zur Mengenrechnung übergeht und danach bestimmt, welche Mengen an Kohle, Eisen, Leder, Tuchen

Dieses Versprechen löste Lange nie ein.“ In: Brus, Włodzimierz / Łaski, Kazimierz: Von Marx zum Markt. Die sozialistischen Länder auf der Suche nach einem neuen Wirtschaftssystem, Marburg 1990, S. 76.

⁴¹⁸ Brus, Włodzimierz / Łaski, Kazimierz, Von Marx zum Markt, S. 76. Kazimierz Łaski, geboren 1921 in Warschau, studierte in Warschau. Ab 1960 Professor der Wirtschaftswissenschaften an der Hochschule für Planung und Statistik in Warschau. Seit 1971 o. Universitätsprofessor an der Johannes-Kepler Universität Linz, Konsulent des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche. Wichtigste Bücher: Zur Theorie der sozialistischen Reproduktion (polnisch 1961, tschechisch 1986), The Rate of Growth and the Rate of Interest in a Socialist Economy (englisch 1972).

⁴¹⁹ Willeke, Rainer J.: Marktformen, in: HdSW, 7. Bd., 1961, S. 136-147.

⁴²⁰ Machlup, Fritz: Polypol, in: HdSW, 8. Bd., 1964, S. 407-421.

⁴²¹ Machlup, Fritz: Monopol, in: HdSW, 7. Bd., 1961, S. 427-452. Zu den Marktformen und der Marktformenlehre sowie der Wettbewerbsminderung auf monopolisierten Märkten vgl. auch Willeke, Rainer J.: Marktformen, in: HdSW, 7. Bd., 1961, S. 137-147 und Hensel, Karl Paul: Marktordnung, in: HdSW, 7. Bd., 1961, S. 161-169.

⁴²² Sraffa, Piero: The Laws of Returns under Competitive Conditions, in: Economic Journal, 36, London 1926.

⁴²³ Chamberlin, Edward H.: The Theory of Monopolistic Competition, Cambridge (Mass.), 1933.

⁴²⁴ von Stackelberg, Heinrich Freiherr: Marktform und Gleichgewicht, Wien, Berlin 1934; Möller, Hans: Heinrich Freiherr von Stackelberg, in: HdSW, 9. Bd., 1956, S. 770-772.

⁴²⁵ Eucken, Walter: Die Grundlagen der Nationalökonomie, Jena 1940.

⁴²⁶ Machlup, Fritz: Oligopol, in: HdSW, 8. Bd., 1964, S. 82-94.

produziert werden sollen. Die ‚Bilanzen‘ der Planstellen sind ‚Mengenbilanzen‘. Aufkommen und Verwendung von Mengeneinheiten an Kohle, Eisen usw. werden in diesen Bilanzen miteinander verglichen. Können nicht diese Mengenbilanzen die Wertrechnung ersetzen? [...] Ein solcher Versuch mit Mengenstatistiken zu wirtschaften, wird in jeder Ordnungsform der Wirtschaft ohne weiteres ad absurdum geführt. Die Menge allein läßt nie erkennen, wie weit Knappheit überwunden wird. Darauf aber kommt es beim Wirtschaften an. Die Bedeutung, welche jede einzelne Arbeitsstunde und die Verwendung jedes Produktionsmittels und jedes Konsumguts für die Bedürfnisbefriedigung in den tausenden der möglichen Verwendungen gewinnt, soll ermittelt werden. Das ist der Sinn der Wirtschaftsrechnung, die eine Statistik der Mengen nicht ersetzen kann. Da auch dieser Vorschlag - die Mengenrechnung - unbrauchbar ist, muß es bei globalen Bewertungen bleiben, die kein Gleichgewicht herstellen können.⁴²⁷

In einer theoretischen Analyse arbeitete Walter Eucken das grundsätzliche Dilemma einer Zentralverwaltungswirtschaft bereits 1943/44 heraus: „Mögen die Preise aus der Verkehrswirtschaft übernommen oder mögen sie auf Grund neuer Bewertungen der Zentralverwaltung neu festgesetzt sein, - sie sind nicht geeignet, die Auslese der günstigsten Wirtschaftspläne zu sichern. Da hilft auch keine Verfeinerung der Kalkulationsmethoden und des ganzen Rechnungswesens der einzelnen Betriebsstätten, z.B. der Fabriken. Solange die Preise der Güter - also der Produkte und der Kostengüter - die faktische Knappheit nicht anzeigen, ist jede, auch die feinste Wirtschaftsrechnung, nicht brauchbar. Das innerbetriebliche Rechnungswesen verliert den Sinn, den Wirtschaftsplänen und dem Wirtschaftsprozeß Wegweiser zu sein.“⁴²⁸ Ein sozialistischer Leiter – so Walter Eucken – vergleicht die Kosten und den Erlös, die zu erwarten sind. Aber diese seine Wirtschaftspläne sind „falsch“ – trotz exakter betrieblicher Wirtschaftsrechnung -, weil die Preise, die in die Wirtschaftrechnung eingehen, „willkürlich“ sind, d.h. die Knappheit der Güter nicht widerspiegeln. Die Kosten – auch die Grenzkosten, mit denen gerechnet wird – sind fiktiv.⁴²⁹

In der güterwirtschaftlich gelenkten sozialistischen Zentralplanwirtschaft werden die Elemente des betrieblichen Rechnungswesens aus einem Erkenntnis- und Gestaltungsmittel für eigenverantwortliche Unternehmensdispositionen in einen „Hebel zur Erfüllung der staatlichen

⁴²⁷ Eucken, Walter: Grundsätze der Wirtschaftspolitik, S. 120, S. 122.

⁴²⁸ Eucken, Walter: Die zeitliche Lenkung des Wirtschaftsprozesses und der Aufbau der Wirtschaftsordnungen, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 158/159, 1933/44, S. 186.

⁴²⁹ Vgl. ebd., S. 186.

Planung“ transformiert.⁴³⁰ Trotz dieser Umgestaltung werden in der „wirtschaftlichen Rechnungsführung“ – als sozialistische „Wirtschaftsrechnung“ – die ökonomischen Größen wie Kosten, Preis, Gewinn, Rentabilität etc. als Zielgrößen eingesetzt. Im Vergleich zu marktwirtschaftlichen Systemen besitzen diese sozialistischen Begriffe keinen ökonomischen Aussagegehalt und stellen daher reine Rechengrößen dar.⁴³¹

⁴³⁰ Förster, Wolfgang: Rechnungswesen und Wirtschaftsordnung. Ein Beitrag zur Diagnose der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs und ihrer Reformen aus betriebswirtschaftlicher Sicht, Berlin 1967, S. 68.

⁴³¹ Vgl. Schneider, Jürgen: Von der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft zur sozialistischen Zentralplanung in der SBZ/DDR, in: Schneider, Jürgen/ Harbrecht Wolfgang (Hrsg.), Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik in Deutschland (1933-1993), Stuttgart 1996, S. 40 f.

II. DIE WEGE DER BEIDEN DEUTSCHEN TEILSTAATEN NACH DER KAPITULATION AM 7./9. MAI 1945 UND BEFREIUNG VON DER NATIONALSOZIALISTISCHEN DIKTATUR

1. Die Staats- und Rechtsordnung

1.1 Die Bedeutung und Ausgangssituation bei der Staats- und Rechtsordnung als übergeordneter Rahmen für die Gestaltung der Wirtschaftssysteme

Die modernen Volkswirtschaften mit einer hochentwickelten Arbeitsteilung und wachsenden gegenseitigen Abhängigkeiten setzen als gesellschaftliche Wirtschaft eine Ordnung voraus. Diese ist im weitesten Sinne Rechtsordnung als Summe der in einem Staatsgebiet geltenden und auf das Wirtschaften direkt und indirekt einwirkende kodifizierte Norm.⁴³² Diese „gesetzten“ Normen sind in der Verfassung, Gesetzen, Verordnungen usw. fixiert. „Das Wirtschaftssystem wird durch die politische Willensbildung bestimmt und auch verändert.“⁴³³ Von dem Gesetzgeber nicht oder nur teilweise kodifizierte Bereiche werden nach Franz Böhm durch „selbst geschaffenes Recht der Wirtschaft“ ausgefüllt.⁴³⁴

Als Folge der Kapitulation am 7./9. Mai 1945 erlosch faktisch die staatliche Existenz Deutschlands und die bestehende Staats- und Rechtsordnung. Die politische Gewalt übernahmen bis zur Errichtung der beiden deutschen Teilstaaten die vier Besatzungsmächte.⁴³⁵ Auf dieser Grundlage und den noch vorhandenen und auch notwendigen Überresten der NS-Rechtsordnung mußte die Staats- und Rechtsordnung für die beiden späteren deutschen Teilstaaten neu gestaltet werden.

1.2 Die Entwicklung der beiden deutschen Teilstaaten

Für die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik soll anhand von elementaren Charakteristika untersucht werden, ob es Kontinuitäten oder einen Bruch mit der totalitären Dikta-

⁴³² Vgl. Ritschl, Hans: „Wirtschaftsordnung“, in: HdSW, 12. Bd. Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1965, S. 189.

⁴³³ Tuchtfeldt, Egon: „Wirtschaftssysteme“, in: HdWW, 9. Bd., Stuttgart und New York, Tübingen, Göttingen und Zürich 1982, S. 327.

⁴³⁴ Zitiert nach ebd., S. 329.

⁴³⁵ Vgl. Graml, Hermann: Vom Kriegsende bis zur doppelten Staatsgründung 1945-1949, in: Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949-1989, Hrsg. Werner Weidenfeld, Hartmut Zimmermann, München, Wien 1989, S. 35-47 (36).

tur des Nationalsozialismus (1933-1945) gab. Für die beiden deutschen Staaten werden die folgenden Charakteristika zur Analyse herangezogen:

- Staatsform
- Rechtsstaat
- Gewaltenteilung
- Verwaltungsgerichtsbarkeit

1.2.1 Staatsform

Staatsform: Bundesstaat oder zentralistischer Einheitsstaat

Nationalsozialistische Herrschaft (1933-1945)
Nationalsozialistischer zentralistischer Einheitsstaat mit Gauen als Mittelbehörde. Auflösung der Länder. Einheitsstaat, Zusammenfassung des Volkes zu einem Staat zum Unterschied vom zusammengesetzten Staat (Bundesstaat, Föderativstaat). Das Gesetz über den Neuaufbau des Reichs v. 20. Jan. 1934 beseitigte den bundesstaatlichen Charakter des Deutschen Reiches und begründete den deutschen Einheitsstaat. ⁴³⁶
<i>Fazit: Nationalsozialistischer zentralistischer Einheitsstaat.</i>

Bundesrepublik Deutschland (ab 1949)	Deutsche Demokratische Republik (DDR, 1949-1990)
„Der demokratische Staat weist nur sachlich unterscheidbare Funktionen auf. Sie nach Art der Gewaltenteilung zu gliedern, also zu sondern, bleibt sinnvoll, da der moderne Staat angesichts seiner umfassenden Einwirkungsmöglichkeiten auf das Leben des einzelnen der Mäßigung bedarf. Diesem Zweck dient nicht mehr nur die Gewaltenteilung, sondern auch die bundesstaatliche Verteilung der Staatsfunktionen auf Bund und Länder (Bundesstaat) und nicht zuletzt die kommunale Selbstverwaltung“. ⁴³⁷	Sozialistischer zentralistischer Einheitsstaat. Auflösung der Länder. Bezirke als Mittelbehörde. „In dem auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus organisierten sozialistischen Einheitsstaat üben die Werktätigen die politische Macht durch ihre demokratisch gebildeten Vertretungsorgane aus“. ⁴³⁸
<i>Fazit: Keine Kontinuität. Bundesstaat.</i>	<i>Fazit: Sozialistischer zentralistischer Einheitsstaat.</i>

⁴³⁶ Der Neue Brockhaus, 1. Bd., Leipzig 1937, S. 654

⁴³⁷ Forsthoff, Ernst: Gewaltenteilung, in: Herzog, Roman u. a. (Hrsg.), Evangelisches Staatslexikon, 3. Aufl., Bd. 1, 1987, Sp. 1132.

⁴³⁸ Meyers Neues Lexikon, 2. Aufl., Bd. 4, S. 136. Mielke, Henning: Die Auflösung der Länder in der SBZ/DDR 1945-1952. Von der deutschen Selbstverwaltung zum sozialistisch-zentralistischen Einheitsstaat nach sowjetischem Modell 1945-1952, Stuttgart 1995.

1.2.2 Rechtsstaat

Rechtsstaatsmaßstäbe: „Absolutes und oberstes Entscheidungskriterium aufgrund der Rechtsstaatsidee ist der „Primat des Rechts“. Die oberste Staatshandlungskategorie verpflichtet den Staat zu dauernder Selbstbindung an das von ihm gesetzte Recht, auf die Maßstäbe Sachlichkeit und Unparteilichkeit und auf die Anerkennung des Rechts als Eigenwert in allen Lebensbereichen“.⁴³⁹

Nationalsozialistische Herrschaft (1933-1945)
<p>Nationalsozialismus (NSDAP) steht <i>über dem Recht</i>.</p> <p>Rechtsstaat: „Der Nationalsozialismus ordnet alle Rechte des einzelnen dem Recht der Volksgemeinschaft unter; er erstrebt die Freiheit des Volksganzen aus der Erkenntnis heraus, daß dadurch die wohlverstandene Freiheit der einzelnen überhaupt erst ermöglicht wird“.⁴⁴⁰ Die Bindung der Staatsführung und Verwaltung an Gesetze, die Kontrolle der Staatsmacht durch Unabhängige, der dadurch verbürgte Schutz des Einzelnen gegen den Staat und die zu diesem Zweck durchgeführte Trennung der Gewalten – das sind die Kriterien des „Rechtsstaates“. „Der nationalsozialistische Staat Adolf Hitlers, das Deutsche Reich, ist also kein Rechtsstaat in diesem Sinne. Diese vertiefte, organisch, biologische Auffassung vom Staat ist es, die der Führer stets selbst als Zielbild gesehen hat“.⁴⁴¹</p> <p><u>Fazit:</u> <i>Nationalsozialistischer Unrechtsstaat.</i></p>

⁴³⁹ Albrecht, Alfred: Rechtsstaat, in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.), Staatslexikon, 7. Aufl., 4. Bd., 1988, Sp. 742.

⁴⁴⁰ Der Neue Brockhaus, 3. Bd., Leipzig 1937, S. 673.

⁴⁴¹ Freisler, Roland: Rechtsstaat, in: Die Rechtsentwicklung der Jahre 1933 bis 1935/36. Hrsg. von Erich Volkmar. Zugleich Handwörterbuch der Rechtswissenschaft, Bd. VIII. Der Umbruch 1933/1936, Leipzig 1937, S. 568, 572, 574.

Bundesrepublik Deutschland (ab 1949)	Deutsche Demokratische Republik (DDR, 1949-1990)
<p>Die Rechtsstaatsidee ist durch das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (Art. 20 Abs. 1, 28 Abs. 1 GG) und die Landesverfassungen als staatsprägendes Prinzip in der Konkretisierung als sozialer Rechtsstaat durch eine breite öffentliche Meinung anerkannt und verfassungsgesetzlich gesichert.</p> <p><i>Fazit: Recht steht über dem Staat. Keine Kontinuität zum NS-Staat.</i></p>	<p>Sozialismus (SED) steht über dem Recht. Rechtsstaat: „Heute wird der Begriff Rechtsstaat auch ‚sozialer Rechtsstaat‘, von der bürgerlichen Staatslehre vielmehr mit der imperialistisch-militarisierten Staatsordnung gleichgesetzt, dient damit der Verschleierung der Rechtsbeschränkung demokratischer Kräfte wie der Werktätigen überhaupt sowie der antikommunistischen Hetze und Verleumdung der sozialistischen Staaten. In Wirklichkeit sind die Rechte der Werktätigen allein nach der Überwindung der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung gesichert, und erst durch die Arbeiter-und-Bauern-Macht haben die Werktätigen die sozialen und materiellen Garantien und den notwendigen juristischen Schutz ihrer Interessen und Rechte und eine Vielzahl von wirksamen Handhaben und Institutionen zur Durchsetzung ihrer Rechte“.⁴⁴²</p> <p><i>Fazit: Sozialistischer Unrechtsstaat.</i></p>

„Die Wurzeln des Gegensatzes zwischen Ost und West liegen in der Auffassung vom Staat. „ Uns ist er als Rechtsstaat Diener und Schützer des vor ihm bestehenden und ihm Schranken setzenden Rechtes. Für die amtliche sowjetzonale Doktrin ist der Staat vor dem Recht, und das Recht ist nur für den Staat da, als sein Produkt und Ausdruck seines Machtwillens. Die alte Basis-Überbau-Konstruktion wird allerdings immer wieder einmal hervorgeholt. Offenbar nicht nur aus konventionellen Gründen. Sie bildet vielmehr, ebenso wie die längst gegenstandslos gewordene Klassenkampftheorie, die Kulisse, hinter der sich die oligarchische Machtzusammenballung am unverfänglichsten vollziehen läßt“.⁴⁴³

⁴⁴² In: Meyers Neues Lexikon, 2. Aufl., Bd. 11, Leipzig 1975, S. 400.

⁴⁴³ Draht, Martin: Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit in der DDR, 2. Aufl., Bonn 1954, S. 89.

1.2.3 Gewaltenteilung

Gewaltenteilung ist ein Grundsatz für die Organisation der Staatsgewalt, der Machtmißbrauch bei deren Ausübung verhindern und die Freiheit der Bürger sichern soll.⁴⁴⁴

Nationalsozialistische Herrschaft (1933-1945)
Gewaltenteilung: Vor allem die Entwicklung in Deutschland zeigte, daß die Gewaltenteilung besonders in Verbindung mit dem Parlamentarismus, der einheitlichen Staatsführung und der geschlossenen Machtentfaltung des Staates entgegensteht. Darum verwirft der Nationalsozialismus die Gewaltenteilung grundsätzlich, als mit seiner Staatsauffassung unvereinbar. Er schuf den nationalsozialistischen Führerstaat, in dem alle Macht ungeteilt und uneingeschränkt in der Hand des Führers und Reichskanzlers vereint ist. ⁴⁴⁵
<i>Fazit: Keine Gewaltenteilung.</i>

Bundesrepublik Deutschland (ab 1949)	Deutsche Demokratische Republik (DDR, 1949-1990)
„In den rechtsstaatlichen Demokratien ist die Rechtsprechung unabhängig von den beiden anderen Gewalten. Neben der ordentlichen Gerichtsbarkeit (Zivil- und Strafjustiz; Gerichtsbarkeit, Gerichtsverfassung), gibt es Verwaltungsgerichtsbarkeit, die gegen Akte oder Unterlassungen der Verwaltung angerufen werden kann. Die Institution der gerichtlichen Normenkontrolle ist als besondere Ausprägung der Gewaltenteilung zu bewerten, da sie ermöglicht, die Mehrheitsentscheidungen des Parlaments zu kontrollieren und auf ihre Verfassungsmäßigkeit zu prüfen und im Falle der Verfassungswidrigkeit unangewendet zu lassen. Die Normenkontrolle kann einem besonderen Verfassungsgericht zugewiesen sein, das die Befugnis	„In den sozialistischen Ländern ist diese dominierende Stellung der kommunistischen oder sozialistischen Partei regelmäßig in der Verfassung garantiert (z. B. Art. 1 Abs. 1 DDR-Verf.: Art. 6 UdSSR-Verf.: Art. 3 Abs. 1 poln. Verf.). Die sozialistische Staatstheorie lehnt die klassische Gewaltenteilung ab, da der Schutz vor Machtmißbrauch gegenüber einer sich historisch im Recht befindlichen Partei nicht mehr notwendig sei.“ ⁴⁴⁷ Der sozialistische Staat kennt keine Gewaltenteilung, die Souveränität des werktätigen Volkes findet ihren Ausdruck in der Einheit der Staatsgewalt, die sich im System der Volksvertretungen verkörpert.

⁴⁴⁴ Starck, Christian: Gewaltenteilung, in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.), Staatslexikon, 7. Aufl., 2. Bd., 1986, Sp. 1023.

⁴⁴⁵ In: Der Neue Brockhaus, 2. Bd., Leipzig 1937, S. 222.

<p>hat, verfassungswidrige Gesetze für nichtig zu erklären. [...] Bundesstaatlichkeit – eine Grundidee der Organisation der staatlichen Gewalt – bewirkt eine vertikale Teilung der staatlichen Funktionen“.⁴⁴⁶</p> <p><i>Fazit: Gewaltenteilung</i></p>	<p><i>Fazit: Keine Gewaltenteilung im Sozialismus</i></p>
---	---

1.2.4 Verwaltungsgerichtsbarkeit

Verwaltungsgerichtsbarkeit ist eine insbesondere dem Rechtsschutz des Bürgers gegen Akte der öffentlichen Gewalt dienende Einrichtung; sie wird durch unabhängige, von den Verwaltungsbehörden getrennte Gerichte ausgeübt.⁴⁴⁸

<p>Nationalsozialistische Herrschaft (1933-1945)</p>
<p>Die Tätigkeit der Verwaltungsgerichte wurde nach 1933 laufend eingeschränkt und kam schließlich zum Erliegen. Nationalsozialistische Definition der Verwaltungsgerichtsbarkeit: „die Gerichtsbarkeit in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten; die von Verwaltungsgerichten im Verwaltungsstreitverfahren ausgeübt wird. Nach nationalsozialistischer Auffassung hat die Verwaltungsgerichtsbarkeit nicht den einzelnen gegen den Staat zu schützen, sondern die allgemeine Volksordnung aufrechtzuerhalten, wenn und soweit diese infolge der Beeinträchtigung der Belange einzelner durch einen Verwaltungsakt gestört ist“.⁴⁴⁹</p>
<p><i>Fazit: Im Nationalsozialismus keine unabhängige Verwaltungsgerichtsbarkeit.</i></p>

⁴⁴⁷ In: Meyers Neues Lexikon, 2. Aufl., Bd. 5, Leipzig 1973, S. 433 und vgl. Brunner, Georg: Einführung in das Recht der DDR, München 1979, S. 19, 56 f.

⁴⁴⁶ Starck, Christian: Gewaltenteilung, Sp. 1025.

⁴⁴⁸ Sendler, Horst: Verwaltungsgerichtsbarkeit, in: Herzog, Roman u. a. (Hrsg.), Evangelisches Staatslexikon, 3. Aufl., 2. Bd., 1997, Sp. 3840.

⁴⁴⁹ Der Neue Brockhaus. Allbuch in vier Bänden und einem Atlas, 4. Bd., Leipzig 1938, S. 587.

Westzonen / Bundesrepublik Deutschland ⁴⁵⁰	Deutsche Demokratische Republik (DDR, 1949-1990)
<p>Nach 1945 wurden in den Ländern auf landes- oder besatzungsrechtlicher Grundlage wieder Verwaltungsgerichte eingerichtet. Die Verwaltungsgerichtsbarkeit ist eine insbesondere dem Rechtsschutz des Bürgers gegen Akte der öffentlichen Gewalt dienende Einrichtung; sie wird durch unabhängige, von den Verwaltungsbehörden getrennte Gerichte ausgeübt, und zwar durch die (allg.) Verwaltungsgerichte und durch die Finanz- und Sozialgerichte als besondere Verwaltungsgerichte. Als Verwaltungsgerichtsbarkeit werden üblicherweise nur die allgemeinen Verwaltungsgerichte bezeichnet.</p> <p><i>Fazit: Sofortige Verwaltungsgerichtsbarkeit in den Westzonen / Bundesrepublik Deutschland.</i></p>	<p>In der DDR wurde die Verwaltungsgerichtsbarkeit beseitigt. Sozialistische Definition der Verwaltungsgerichtsbarkeit: „Besondere Form der Entscheidung von Streitigkeiten auf dem Gebiet des Verwaltungsrechts entweder durch ordentliche Gerichte (angelsächsisches System) oder durch spezielle Verwaltungsgerichte (kontinentales System). Sie besteht in den meisten bürgerlichen Staaten; in Frankreich seit 1790, in Preußen und Österreich seit 1875. Als Ausdruck der sog. Gewaltenteilung liegt ihr formal der Gedanke zugrunde, die Rechtmäßigkeit von Verwaltungsakten richterlich überprüfbar zu machen. In der DDR und den meisten sozialistischen Staaten gibt es keine Verwaltungsgerichtsbarkeit. Im Sinne der einheitlichen sozialistischen Staatsgewalt kann die Gesetzmäßigkeit von Verwaltungsmaßnahmen nicht nur im Beschwerdewege von der übergeordneten Stelle überprüft werden, sondern unterliegt auch der Kontrolle durch die staatlichen Machtorgane, bes. der Volksvertretungen und der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion“.⁴⁵¹</p> <p><i>Fazit: Im Sozialismus keine Verwaltungsgerichtsbarkeit.</i></p>

Das Kontrollratsgesetz Nr. 36 vom 10. Oktober 1946⁴⁵² hatte die Errichtung von Verwaltungsgerichten in ganz Deutschland zwingend vorgeschrieben. In Thüringen, Brandenburg und Mecklenburg wurden Verwaltungsgerichte gebildet, die jedoch nach der Verwaltungsreform 1952 durch eine interne Anordnung des Ministers des Innern im Widerspruch zur Verfassung beseitigt wurden. Den Bewohnern der Sowjetzo-

⁴⁵⁰ Sendler, Horst: Verwaltungsgerichtsbarkeit, 2. Bd., 1997, Sp. 3840.

⁴⁵¹ In: Meyers Neues Lexikon, 2. Aufl., Bd. 14, Leipzig 1976, S. 516 und vgl. Brunner, Georg: Einführung in das Recht der DDR, S. 21.

⁴⁵² Amtsblatt des Kontrollrats vom 31.10.1946.

ne ist ein wirksamer Rechtsschutz gegenüber den Maßnahmen der Verwaltungsbehörden versagt.⁴⁵³

Durch Einführung der Kassation⁴⁵⁴ konnten in der DDR rechtskräftige gerichtliche Entscheidungen aufgehoben oder abgeändert werden. Dieser Rechtsbehelf sollte einer einheitlichen und richtigen Gesetzesanwendung dienen sowie die Rechte und Interessen der Bürger und der sozialistischen Gesellschaft schützen. Zur Stellung des Antrags waren der Direktor des Bezirksgerichts, Präsident des Obersten Gerichts bzw. die jeweiligen Staatsanwälte berechtigt. Zuständig für die Kassation sind das Bezirksgericht für die Entscheidung über rechtskräftige Entscheidungen der Kreisgerichte und das Oberste Gericht für die Entscheidung über rechtskräftige Entscheidungen der Senate des Obersten Gerichts, der Bezirks- und Kreisgerichte.⁴⁵⁵

Im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland als freiheitlich rechtsstaatliche Demokratie wurde in der DDR ebenso wie durch die nationalsozialistische Herrschaft (1933-1945) eine *totalitäre Diktatur* errichtet, wie eine vergleichende Gegenüberstellung der vorstehenden Charakteristika zeigt.

	Nationalsozialistische Herrschaft (1933-1945)	Deutsche Demokratische Republik (DDR, 1949-1990)	Bundesrepublik Deutschland (ab 1949)
Staatsform	Nationalsozialistischer zentralistischer Einheitsstaat	Sozialistischer Einheitsstaat	Bundesstaat
Rechtsstaat	NSDAP steht über dem Recht: Unrechtsstaat	SED steht über dem Recht: Unrechtsstaat	Rechtsstaat
Gewaltenteilung	Keine Gewaltenteilung im Nationalsozialismus	Keine Gewaltenteilung im Sozialismus	Gewaltenteilung
Verwaltungsgerichtsbarkeit	Keine Verwaltungsgerichtsbarkeit im Nationalsozialismus	Keine Verwaltungsgerichtsbarkeit im Sozialismus	Verwaltungsgerichtsbarkeit
Fazit	Nationalsozialistische totalitäre Diktatur	Sozialistische totalitäre Diktatur	Freiheitlich rechtsstaatliche Demokratie

Abbildung 3: Merkmale der Staats- und Rechtsordnung

⁴⁵³ Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hrsg.), Unrecht als System. Dokumente über planmäßige Rechtsverletzungen in der Sowjetzone Deutschlands. Zusammenge stellt vom Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen, Bonn 1955, S. 69.

⁴⁵⁴ Lexikon der Wirtschaft Arbeit, Redaktionskollektiv, Bley, H. et al., Berlin 1969, S. 371.

⁴⁵⁵ Vgl. ebd., S. 371.

Die Synopse zeigt mit sehr großer Deutlichkeit, daß die Deutsche Demokratische Republik (1949-1990) ebenso wie die Nationalsozialistische Herrschaft (1933-1945) eine totalitäre Diktatur war. „Indem die totalitäre SED ihre Prinzipien auf Gesellschaft und Staat übertrug, war die 1949 gegründete DDR ein totalitärer SED-Staat, der weder Gewaltenteilung noch kulturellen, sozialen oder politischen Pluralismus kannte“.⁴⁵⁶

1.3 Merkmale der neu geschaffenen Staats- und Rechtsordnung in der SBZ/DDR

Carl Joachim Friedrich und Zbigniew K. Brzezinski entwickelten eine „allgemeine, beschreibende Theorie“ der totalitären Diktatur.⁴⁵⁷ Für die totalitäre Diktatur entwickelten sie sechs Wesenszüge:

„*Erstens*: Was die offizielle Ideologie, die offizielle Lehre angeht, so erstreckt sie sich auf alle wichtigen Gebiete des menschlichen Lebens, und jeder, der in einer solchen Gesellschaft lebt, hat ihr eine gewisse Loyalität zu bezeigen. Hierbei ist zu beachten, daß eine solche Ideologie charakteristischerweise einen Endzustand der Menschheit, ein Paradies auf Erden, proklamiert,⁴⁵⁸ der eine radikale Verwerfung der bestehenden Gesellschaft mitbeinhaltet.

Zweitens: Die für die totalitäre Diktatur typische Massenpartei, die im alleinigen Besitz der formellen Herrschaft ist, wird in der Regel von einem Mann, dem Diktator, geführt. Sie besteht aus einem verhältnismäßig kleinen Prozentsatz der Gesamtbevölkerung (bis zu 10 %). Zum mindesten eine aktive Minderheit dieser Parteimitglieder ist leidenschaftlich und kompromißlos der Ideologie ergeben und deshalb bereit, in jeder Weise ihre Ausbreitung zu fördern. Eine solche totalitäre Partei ist hierarchisch und oligarchisch aufgebaut. Sie ist typischerweise entweder der staatlichen Bürokratie übergeordnet oder vollkommen mit ihr verflochten.

Drittens: Die terroristische Geheimpolizei unterstützt einerseits die Partei, aber andererseits überwacht sie sie auch für ihre Führer. Charakteristischerweise bekämpft sie nicht nur die nachweisbaren Feinde des Regimes, sondern auch eigenmächtig ausgewählte Gruppen der Bevölkerung, die sogenannten „potentiellen Feinde“. Es ist hierbei wichtig,

⁴⁵⁶ Schroeder, Klaus: Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949-1990, München, Wien 1998, S. 645.

⁴⁵⁷ Friedrich, Carl Joachim/ Brzezinski, Zbigniew K.: Totalitäre Diktatur, Stuttgart, 1957, S. 7.

⁴⁵⁸ Artikel „Kommunismus“, in: Meyers Neues Lexikon, 2. Aufl., Bd. 7, 1973, S. 658 f.

daß der Terror der totalitären Geheimpolizei systematisch die wissenschaftlichen Ergebnisse der modernen Psychologie verwertet.

Viertens: Das nahezu vollkommene Monopol aller Nachrichtenmittel in der Hand der Partei und ihrer Kader ist technisch bedingt durch die moderne Entwicklung von Presse, Radio, Film usw. Es stellt eine noch nie dagewesene Vergewaltigung des Menschen dar, in deren Verlauf eine Entwurzelung des Einzelnen und seine Verschmelzung mit der Masse befördert wird.

Fünftens: Ebenso ist das fast vollkommene Waffenmonopol technisch bedingt, was das Verschwinden jeder Möglichkeit bewaffneten Widerstandes bedeutet.

Sechstens: Die zentrale Lenkung und Beherrschung der gesamten Wirtschaft wird verwirklicht durch eine bürokratische Gleichschaltung aller vorher unabhängigen Wirtschaftskörper, Vereinigungen usw., die dann typischerweise auch auf alle sonstigen Vereinigungen und Gruppen übergreift.

Die Betonung dieser *sechs Wesenszüge* soll nicht bedeuten, daß es nicht auch noch andere geben mag, die gegenwärtig nicht hinreichend erkannt sind. Aber diese Eigenschaften sind heute *ganz allgemein als Wesenszüge der totalitären Diktatur anerkannt*, und zwar nicht nur von Schriftstellern des Westens, sondern ebenso sehr von den Totalitären selber⁴⁵⁹.

Nach Schroeder sind diese sechs Grundmerkmale „konstitutiv miteinander verflochten und erlauben in dieser Kombination die Charakterisierung von Systemen als totalitär“⁴⁶⁰.

Mit den sechs Wesenszügen werden die nationalsozialistische Herrschaft (1933-1945) und das kommunistisch-sozialistische Regime (1945-1990) in der SBZ/DDR charakterisiert: „Der von der stalinistischen Sowjetunion mit Hilfe deutscher Kommunisten implantierte Sozialismus hatte anfangs zweifellos eine totalitäre Gestalt. Spätestens ab Anfang der fünfziger Jahre erfüllte die SBZ/DDR alle von der klassischen Totalitarismustheorie aufgestellten Kriterien: eine allgemeinverbindliche Ideologie mit chiliastischem Anspruch; eine hierarchisch und oligarchisch organisierte Monopolpartei als ausschließlicher Träger der Macht; ein von der Partei und ihrer Geheimpolizei organisiertes und kontrolliertes physisches und psychisches Terrorsystem; eine nahezu vollkommenes Monopol der Massenkommunikationsmittel; ein Waffen-

⁴⁵⁹ Artikel „Kommunismus“, in: Meyers Neues Lexikon, 2. Aufl., Bd. 7, 1973, S. 19 f.

⁴⁶⁰ Schroeder, Klaus: Die DDR: eine (spät-)totalitäre Gesellschaft, in: Manfred Wilke (Hrsg.), Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht, Berlin 1998, S. 548.

bzw. Gewaltenmonopol sowie eine zentrale Kontrolle und Lenkung der gesamten Wirtschaft“.⁴⁶¹

Ein Vergleich der Diktatur der SED mit der NS-Diktatur bedeutet aber nicht eine Gleichsetzung.⁴⁶² Wo liegen die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen Nationalsozialismus und SED-Regime?

1. „Die SED hat keinen Weltkrieg ausgelöst [...] und auch trotz aller menschenfeindlichen Brutalität ihrer Repressionsmethoden keinen Massenmord, wie etwa den staatlich organisierten millionenfachen Jugendgenozid des NS-Regimes“⁴⁶³, verübt.

2. „Der Nationalsozialismus entstand zwar alles andere als unabhängig von der internationalen Konstellation des Ersten Weltkrieges, der Niederlage, des Versailler Vertrages, der Reparationen, der Weltwirtschaftskrise seit 1929, war aber doch im Kern ein ‚hausgemachtes‘ Produkt der deutschen Gesellschaft. [...] Die DDR dagegen ging nicht aus genuin deutschen Antriebskräften hervor, sondern blieb von Anfang bis zum Ende ein Geschöpf der Sowjetpolitik – ein Satellit der russischen Hegemonialmacht.“⁴⁶⁴

3. Während im Nationalsozialismus der Rassenkampf eine zentrale Rolle spielte, stand für die SED – wie für alle marxistisch-leninistischen Regime – der Klassenkampf im Zentrum ihrer politischen Strategie.

4. „Die sozialökonomische Struktur beider Systeme blieb erheblich unterschieden. Die NS-Diktatur respektierte weiterhin das Privateigentum in der Wirtschaft, auch ihre Investitions- und Gewinnentscheidungen, steigerte das Leistungsprinzip im Sinne ihrer arischen ‚egalitären Leistungs-Volksgemeinschaft‘.“⁴⁶⁵ Die DDR dagegen zerstörte das private Eigentum an Produktionsmitteln und den Mittelstand und baute eine güterwirtschaftlich gelenkte sozialistische Zentralplanwirtschaft auf. Die Nomenklatura in der DDR verfügte neben der politischen auch über die wirtschaftliche Macht.

⁴⁶¹ Ebd., S. 557.

⁴⁶² Kosiek, Rolf: Historikerstreit und Geschichtsrevision, Tübingen 1987; Jesse, Eckhard: Die Totalitarismusforschung im Streit der Meinungen, in: Eckhard Jesse (Hrsg.): Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung, Bonn 1996, S. 9-39; Vollnhals, Clemens: Der Totalitarismusbegriff im Wandel, Aus Politik und Zeitgeschichte 39/2006, S. 21-27; Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1949-1990, Bonn 2009, insb. S. 414-419.

⁴⁶³ Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1949-1990, S. 415 f.

⁴⁶⁴ Ebd., S. 416.

⁴⁶⁵ Ebd.

Auf der anderen Seite zeigen sich strukturelle Ähnlichkeiten und Gemeinsamkeiten.

1. „Die SED errichtete, wie auch die NSDAP, ein Einparteiensystem, in dem die Blockparteien als machtloses Feigenblatt fungierten.“⁴⁶⁶ Beide Systeme verachteten und blockierten den Parlamentarismus. Die Volkskammer der DDR trat jährlich nur wenige Male zusammen, verabschiedete vor allem die Gesetze über den Volkswirtschaftsplan mit einstimmigen Voten per Akklamation und diente ansonsten hauptsächlich als Zustimmungskulisse für außenpolitische Erklärungen der SED-Führer.

2. „Eine institutionelle Begrenzung der Staatsmacht (Gewaltenteilung) sah die Realverfassung der DDR nicht vor.“⁴⁶⁷ Die DDR blieb von Anfang bis Ende ein Unrechtsstaat, auch darin stand sie mit der „Führerdiktatur“ auf einer Stufe. In beiden Diktaturen wurde die Justiz politisch gesteuert und die Grund- und Menschenrechte kontinuierlich verletzt.⁴⁶⁸

3. Das Ministerium für Staatssicherheit hatte mit der Gestapo eine vergleichbare Funktion eines Repressions- und Terrorinstruments.

4. Wie die NS-Diktatur wirkte auch das SED-Regime auf eine Militarisierung der Gesellschaft hin.⁴⁶⁹ Äußere Kennzeichen dafür waren Orden, Aufmärsche vor der politischen Führung, Militärparaden mit Stechschritt, vormilitärische Wehrrtütigung etc.

5. Letztlich ging es in beiden totalitären Systemen um die Herausbildung eines neuen Menschentyps - der arischen Rasse oder der „sozialistischen Persönlichkeit in einer klassenlosen Gesellschaft“. Terror und Umerziehung waren Instrumente gesellschaftlicher Strukturbrüche. Der Zweck heiligte in beiden Systemen die Mittel.

Nach allem ist ein Vergleich möglich, aber eine „schlichte Gleichsetzung der beiden deutschen Diktaturen nicht zulässig, da einige Unterschiede zu auffällig sind.“⁴⁷⁰ Für ein Urteil bleibt aber unbestreitbar, daß der SED-Staat zum Regimetypus der totalitären Diktaturen gehört.⁴⁷¹

⁴⁶⁶ Ebd., S. 417.

⁴⁶⁷ Ebd.

⁴⁶⁸ Vgl. ebd., S. 417.

⁴⁶⁹ Vgl. ebd., S. 417 f.

⁴⁷⁰ Ebd., S. 419.

⁴⁷¹ Vgl. ebd., S. 419.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen gab in Verbindung mit dem Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen für die Jahre 1952 bis 1961 eine vierteilige Dokumenten-Sammlung „Unrecht als System“⁴⁷² heraus, in dem nur *Tatsachenmaterial* vorgelegt wurde. Die Dokumente zeigen, wie die SED mit dem Recht umging. „Neue unerhörte Verstöße gegen die fundamentalen Rechtsprinzipien sind in der DDR inzwischen begangen worden. Sie verpflichten uns, wiederum an die Weltöffentlichkeit zu appellieren. Wir haben nicht die Absicht, eine politische Idee oder eine Wirtschaftskonzeption anzugreifen. Auseinandersetzungen auf diesem Gebiet sind Aufgaben der Politiker. Die Mißachtung der Menschenrechte in Mitteldeutschland aber können wir nicht schweigend hinnehmen, denn die Rechtsnot hält unverändert an.

Mochten in Kenntnis der ersten Dokumenten-Sammlung manche noch glauben, es handele sich um eine Übergangserscheinung, wie sie bei Umwälzungen in Staat und Gesellschaft in den ersten Phasen der Entwicklung regelmäßig auftreten, so zeigen die neuen Fälle, daß auch in den letzten zwei Jahren die Herrscher der Zone auf dem Wege des Unrechts immer weiter fortschreiten.

Daher muß von einem „Unrecht als System“ gesprochen werden. Die politischen Ziele werden erstrebt ohne Rücksicht auf die Grenzen, die in einem Rechtsstaat das Recht auch dem Herrschenden setzt. In der Zone herrscht nicht etwa ein anderes Rechtssystem; es fehlt vielmehr am Rechtsstaat, weil das Regime die Grundrechte der Menschen mißachtet und sich damit außerhalb dessen stellt, was im Völkerrecht als Grundprinzip einer Rechtsordnung anerkannt wird.

Die Machthaber der Zone mißachten die einfachsten menschlichen Rechtsgüter der persönlichen Freiheit, der Gewissensfreiheit, der Glaubensfreiheit und des Eigentums. Gesetztes Unrecht tritt an die Stelle des Rechts, auch wenn es äußerlich zum Teil noch Formen zeigt, die rechtsstaatlich wirken sollen. Selbst die eigene Verfassung wird planmäßig verletzt. Das Recht auf freie Meinungsäußerung steht nur auf dem Papier. Erschreckend ist der Einbruch des Unrechts-Systems in die Justiz. Die Unabhängigkeit der Richter ist praktisch beseitigt. Allein beim Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen sind bei einem Planbestand von 1050 Richtern und 250 Staatsanwälten 946 Juristen registriert, die auf Grund politischer Gefährdung die Sowjetzone als Flüchtlinge verlassen mußten. Es gibt kein Gericht in der Sowjetzone, das seit 1945 die gleiche Richterbesetzung aufweist, dagegen aber zahlreiche, in de-

⁴⁷² Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hrsg.), Unrecht als System. Dokumente über planmäßige Rechtsverletzungen in der Sowjetzone Deutschlands. Zusammengestellt vom Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen, Bonn. Teil I: 1952, Teil II: 1952-1954 (1955), Teil III: 1954-1958 (1958), Teil IV: 1958-1961 (1962).

nen heute schon die fünfte oder sechste Garnitur tätig ist. Die Anwälte werden unter Druck gesetzt, um ihre Mandanten nicht ordnungsgemäß zu vertreten. Im Jahre 1946 gab es nach Ausschaltung aller nationalsozialistisch belasteten Juristen noch 1200 Anwälte in der Zone. Heute sind für 18 Millionen Einwohner nur noch 500 freie Anwälte tätig – im Vergleich zu 13.500 für 48 Millionen Einwohner der Bundesrepublik.

Politische Zweckmäßigkeit und nicht Recht beherrscht das öffentliche Leben. In den letzten 2 Jahren hat das Regime vielerlei Anstrengungen unternommen, um die Bevölkerung „umzustimmen“. Die Proklamation des sogenannten Neuen Kurses „sollte dazu dienen, durch Steigerung der Verbrauchsgüterproduktion und durch andere wirtschaftliche Zugeständnisse an die Bevölkerung ihr Vertrauen zu gewinnen. Für die Beseitigung des Grundübels, die Rechtlosigkeit, wurden keine Anstalten gemacht. Sie aber ist gerade die tiefe Ursache der Abneigung und des Widerstandes der Bevölkerung gegen das herrschende Regime“.⁴⁷³

Die Sowjetisierung *des Strafrechts* auf dem Gebiet der Strafverfolgung, der Strafvollstreckung und des Strafvollzugs war vollständig durchgeführt mit dem Inkrafttreten des „Gesetzes über die Staatsanwaltschaft der DDR“ am 1. Juni 1952. Richter und Staatsanwälte waren Funktionäre der DDR.

„Obwohl nach der Verfassung der Sowjetzone alle Bürger das Recht haben, ihre Meinung frei und öffentlich zu äußern und sich zu diesem Zweck friedlich und unbewaffnet zu versammeln, waren über 26.000 Männer, Frauen und Jugendliche deshalb unter unmenschlichen Bedingungen inhaftiert, weil sie von diesem Recht Gebrauch machten, weil sie wegen ihrer abweichenden politischen Einstellung zu ‚Saboteuren‘, ‚Agenten‘ und ‚Volksfeinden‘ erklärt wurden.

Obleich nach Artikel 20 der Verfassung die Privatwirtschaft in der Entfaltung ihrer privaten Initiative unterstützt werden soll, wurden viele Tausende Bürger der Sowjetzone wegen angeblichen Wirtschaftsverbrechens zu meist hohen Strafen und Vermögenseinziehung verurteilt, um auf diese Weise eine entschädigungslose Enteignung von Privatbetrieben zu erreichen“.⁴⁷⁴

⁴⁷³ Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hrsg.), Unrecht als System, Teil II 1952-1954, S. 5 f.

⁴⁷⁴ Unrecht als System, Bonn 1952, S. VII. Im Strafrecht kam es zu folgenden Tatbeständen: (1) Freie Meinungsäußerung – „gefährdet den Frieden. (2) Unterdrückung der Gedankens- und Religionsfreiheit. (3) Willkürliche Festnahmen und Verhaftungen. (4) Folter, unmenschliche, demütigende Bestrafung. (6) Aburteilung ohne Verteidigung und Schuldnachweis. (7) Beseitigung der Unabhängigkeit der Gerichte.

Die Gründung der DDR 1949 war das „Ergebnis kommunistischer Gewaltakte in Deutschland“.⁴⁷⁵ Der KPD/SED war jedes Mittel recht, um die Macht zu erobern und nach der Eroberung darf man sie unter keinen Umständen wieder abgeben. Die Machtergreifung geschah mit Hilfe der Sowjettruppen und die Existenz der DDR beruhte auf der Anwesenheit sowjetischer Truppen.

„Die formelle Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschland erfolgte auf dem Wege einer manipulierten Einheitswahl zu einem sogenannten Deutschen Volkskongreß, bei der die Wähler vor die Suggestivfrage gestellt wurden, ob sie für die Einheit Deutschlands und einen Friedensvertrag seien. Damit verbunden war eine Einheitsliste eines sogenannten ‚Blocks der antifaschistischen und demokratischen Parteien und Massenorganisationen‘. Die Wähler konnten nur mit ‚Ja‘ oder ‚Nein‘ stimmen. Trotzdem gaben über 6 Prozent der Wähler ungültige Stimmen ab, 4 Millionen stimmten überhaupt mit ‚Nein‘. Der erste Ministerpräsident der DDR, Otto Grotewohl, erklärte damals, der einzige Zweck der Gründung der DDR sei die deutsche Wiedervereinigung. Die Verfassung wurde ebenso wie die aus dem Volkskongreß umgebildete Volkskammer für provisorisch erklärt und sollte 1950 in Wahlen bestätigt werden. Doch seit 1950 lehnt die Führung der SED eben gerade Wahlen, bei denen sich die Bevölkerung wenigstens zwischen Kandidaten der SED und den Kandidaten der DDR-Blockparteien entscheiden könnte, ab und präsentierte statt dessen eine sogenannte Einheitsliste, die im Politbüro der SED beschlossen wird“.⁴⁷⁶

Der unumstritten führende Mann der SPD nach Kriegsende im Mai 1945 war Kurt Schumacher,⁴⁷⁷ der vom ersten Parteitag der SPD (Mai

⁴⁷⁵ Seiffert, Wolfgang: Die DDR – Herrschaftsinstrument der SED und Produkt sowjetischer Deutschlandpolitik, in: Hermann von Berg, Franz Loeser, Wolfgang Seiffert, Die DDR auf dem Weg in das Jahr 2000, Köln 1987, S. 29 f.

⁴⁷⁶ Ebd., S. 30

⁴⁷⁷ Kurt Schumacher (1895-1952) hatte sich im Januar 1918 der SPD angeschlossen. Nach kurzer Tätigkeit im Reichsarbeitsministerium war er 1920-30 politischer Redakteur der „Schwäbischen Tagwacht“ in Stuttgart. Als Abgeordneter des Reichstages (seit 1930) rechnete er in einer Reichstagsrede im Februar 1932 mit den Nationalsozialisten ab. Nach dem Machtantritt Adolf Hitlers beteiligte sich Schumacher sofort am Widerstand gegen das NS-Regime, er wurde verhaftet und in Gefängnissen und Konzentrationslagern in Haft gehalten. Auf einer von Schumacher einberufenen Parteikonferenz der wiedererstehenden Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in den Westzonen im Oktober 1945 in Wennigsen wurde er als Sprecher bestätigt und der Führungsanspruch des Berliner „Zentralausschusses der SPD“ unter Otto Grotewohl abgewiesen. Schumacher verstand sich als der berufene Sprecher und Repräsentant des „anderen Deutschland“, das sich dem NS-Regime nicht gebeugt hatte und darum von den Siegermächten Gleichberechtigung einfordern könne. Mit seiner erfolgreichen Abwehr kommunistischer Ansprüche verfestigten sich die Westorientierung der SPD

1946) bis zu seinem Tod im August 1952 Parteivorsitzender war. Im März 1930 gab Schumacher auf einer Gaukonferenz des Reichsbanners Württemberg in seiner offenen Auseinandersetzung mit den Kommunisten folgende Bewertung ab: *„Der Weg der leider ziemlich zahlreichen proletarischen Hakenkreuzler geht über die Kommunisten, die in Wirklichkeit nur rotlackierte Doppelausgaben der Nationalsozialisten sind. Beiden ist gemeinsam der Hass gegen die Demokratie und die Vorliebe für Gewalt.“*

Nach 1945 verwendete Kurt Schumacher diesen Begriff immer wieder in der offensiven Auseinandersetzung mit der kommunistischen Politik, vor allem in der SBZ und DDR. Helmut Bärwald, Leiter des Ost-Büros der SPD in den 60er und 70er Jahren, bestätigt als Zeitzeuge, daß Schumacher diese Bezeichnung sehr oft in Gesprächen, bei Besprechungen in Parteigremien und bei anderen Gelegenheiten zur prägnanten Charakterisierung der Kommunisten (nicht nur der deutschen Kommunisten), ihrer Politik und ihrer Zwangsherrschaft benutzte. In zahlreichen Reden, Referaten und Diskussionsbeiträgen setzte sich Schumacher – so sein Biograf Peter Merseburger – zumeist sehr detailliert mit den Kommunisten und ihrer Politik auseinander und hob insbesondere die geistige, politisch-ideologische Verwandtschaft von Nationalsozialisten und Kommunisten bzw. von nazistischer und kommunistischer Politik hervor.⁴⁷⁸ Diese teilweise sehr ausführlichen analytischen Feststellungen lassen sich durchweg auf die sehr prägnante Formel „rotlackierte Nazis“ reduzieren.

Nach einer Sitzung der COMISCO (Comité Consultatif International Socialiste) im Juni 1947 in Zürich, auf der Schumacher den Antrag auf Aufnahme der SPD in diese Institution stellte und in seinem Referat den Kommunismus hart attackierte, führte er unter anderem mit einem

und ihre Begrenzung auf den westlichen Teil Deutschlands. Schumachers politisches Ziel war die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit. Er akzeptierte zwar – wegen der Sowjetisierung der SBZ – die Gründung eines „Weststaates“ als unumgänglich, lehnte aber „kleineuropäische“ Lösungen - Europarat, Montanunion, Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) – ebenso wie die Wiederbewaffnung ab, weil sie die Spaltung Deutschlands und Europas zementieren würden. Die internationalen Mächtikonstellationen und die Mehrheitsverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland verhinderten eine Durchsetzung von Schumachers außen-, national- und innenpolitischen Vorstellungen. Neben Adenauer blieb Schumacher die beherrschende Gestalt der Anfangsphase der Bundesrepublik in: Pothoff, Heinrich: Schumacher, Kurt (1895-1952), in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.), Staatslexikon, 7. Aufl., 4. Bd., 1988, Sp.1095 f. und vgl. Scholz, Günther: Kurt Schumacher, Düsseldorf, Wien und New York 1988, insb. S. 152 ff. und S. 211 ff.

⁴⁷⁸ Merseburger, Peter: Der schwierige Deutsche Kurt Schumacher. Eine Biographie, Stuttgart 1995; Schober, Volker: Der junge Kurt Schumacher 1895-1933. Reihe Politik- und Gesellschaftsgeschichten des Historischen Forschungsseminars der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 53, Bonn 2000.

Redakteur der norwegischen Zeitung „Arbeiderbladet“ (Oslo, 12. Juni 1947) ein langes Gespräch. In dem danach in diesem Blatt veröffentlichten Bericht heißt es: *„Schumacher ist Demokrat und ein starker Fürsprecher des Individuums, und er hebt besonders hervor, daß die Kommunisten die Tyrannei nur von braun auf rot umfärben wollen. Er nennt sie rotlackierte Nazis.“*

Der sozialdemokratische Politiker Prof. Carlo Schmid erinnerte in einer Kurt Schumacher gewidmeten Gedenkrede 1962 daran: *„Schumachers Wort, daß der Totalitarismus eine Scheußlichkeit bleibe, auch wenn er rot gestrichen ist statt braun, und daß Konzentrationslager mit Hammer und Sichel über dem Torbogen eine größere Schande sind als solche mit dem Hakenkreuz, hat die Masse der deutschen Arbeiterschaft in Ost und West gegen Drohungen und Lockungen aus Moskau und Pankow immun gemacht.“*

2. Die Wirtschaftssysteme

2.1 Das deutsche Wirtschaftschaos (1945-1948) – Diagnose und Therapie von Walter Eucken

Mit der Devisenzwangswirtschaft wurde in der nationalsozialistischen Wirtschaft die Binnenwirtschaft von der Außenwirtschaft getrennt. Der Preisstop 1936 und der Lohnstop von 1938 schalteten den Preismechanismus aus und führten zur güterwirtschaftlich gelenkten Wirtschaft. Mit Kriegsbeginn 1939 wurden die Güter des täglichen Bedarfs zwangsbewirtschaftet. Das in die Rüstung gepumpte Geld ergab 1944 einen Gesamtbestand von 298 Milliarden RM an liquiden Mitteln. „Ein sofortiger Kollaps der Reichsmarkwährung konnte nur dadurch abgewendet werden, daß die Siegermächte die grundlegenden Bausteine des Rationierungs- und Bewirtschaftungssystems von 1939 in allen Zonen übernahmen“.⁴⁷⁹

Walter Eucken⁴⁸⁰ analysierte das deutsche Wirtschaftschaos (1945 – Juli 1948) vor und nach der Währungsreform.⁴⁸¹ Nach der Schilderung

⁴⁷⁹ Ermer, Matthias: Von der Reichsmark zur Deutschen Mark der Deutschen Notenbank. Zum Binnenwährungsumtausch in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (Juni/Juli 1948), Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 91, hrsg. von Jürgen Schneider, Markus A. Denzel, Rainer Gömmel, Stuttgart 2000 S. 60 f.

⁴⁸⁰ Müller, J. Heinz: Walter Eucken (1891-1950), in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.), Staatslexikon. 7. Aufl., 2. Bd., 1986, S. 414.

⁴⁸¹ Eucken, Walter: Deutschland vor und nach der Währungsreform, in: Jürgen Schneider, Wolfgang Harbrecht (Hrsg.), Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik in Deutschland (1933-1993), Stuttgart 1996, S. 327-360.

der Tatsachen im deutschen Wirtschaftschaos interpretiert Eucken in einer wirtschaftswissenschaftlichen Analyse diese Fakten. Bis zur Währungsreform in den Westzonen war die Zuweisung der Bewirtschaftungsstellen an die Betriebe „ganz unzureichend“. Wenn die Betriebe zusätzliche Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe benötigten, mußten sie ihre Fertigprodukte gegen diese Güter eintauschen, d. h. es wurden Güter gegen Güter getauscht. Es gab dafür Fachleute: die Kompensatoren. „Für eine Kanne Speziallack z. B. macht ein Kompensator vier bis fünf lange Reisen. Früher genügte eine Postkarte. Schon aus diesen Gründen – sehr hohe Kosten des Tausches – sind die Kosten des Betriebes heraufgeschnellt. Trotz aller Bemühungen gelingt es der energischen Geschäftsleitung nicht, genügend Materialien heranzuschaffen, und der Betrieb könnte 30 % mehr erzeugen, wenn keine Materialschwierigkeiten beständen.

Und nun die Arbeiter: Im Betriebe sieht man heute hauptsächlich alte Arbeiter; die jüngeren sind zum erheblichen Teil gefallen, verwundet oder gefangen. Doch fehlen auch viele Frauen, die früher dort arbeiteten. Der Betrieb leidet an Arbeitermangel in einer dichtbevölkerten Gegend; und die Arbeiter arbeiten nur 35 Stunden wöchentlich statt früher 48. Wie kommt das? – In einem Arbeiterhaushalt werden wir die Antwort finden. Früher arbeiteten der Vater – ein Feinmechaniker – und zwei Töchter ganztägig in der Firma; die Frau, die das Haus besorgte, arbeitete nur vormittags. Heute erzwingt die wirtschaftliche Situation eine ganz andere Verteilung der Kräfte. Der Vater muß am Wochenende Bäume schlagen und das Holz aufbereiten, damit die Wohnung im Winter geheizt werden kann. Im Übrigen ist er infolge des Hungers zu schwach, um mehr als 35 Stunden wöchentlich zu arbeiten. Die eine Tochter ‚hamstert‘. Sie tauscht auf dem Land sogenannte Kompensationsgüter, die der Betrieb an die Arbeiter ausgibt, Töpfe, Nadeln, Eisen-teile – gegen Lebensmittel. Die andere Tochter muß in den Ämtern und Läden Schlange stehen, was sieben Achtel ihrer Zeit beansprucht. (Die Schlange, dieses Kennzeichen eines gleichgewichtslosen Marktes, ist zum typischen Bild in Deutschland geworden.) Die Frau bearbeitet den kleinen Garten intensiver als früher, um fehlende Lebensmittel zu gewinnen; oder sie flickt alte Wäschestücke zusammen. Alle vier Menschen sind angestrengt tätig, aber der Ertrag ist minimal. Jetzt wissen wir, warum der Betrieb an Arbeitermangel leidet. Schon in diesem kleinen Haushalt eines Arbeiters blitzt ein allgemeiner Zusammenhang auf: Der *Einzelne* handelt *richtig* – aber die Ordnung der Wirtschaft ist *verfehlt*. Mit den schwächlichen und alten Arbeitern produziert der Betrieb pro Kopf und Woche nur 30% der Wochenleistung von ehemals.⁴⁸² Die

⁴⁸² Eucken, Walter: Deutschland vor und nach der Währungsreform, S. 328.

zunehmende Aktivität der deutschen Bevölkerung zeigte sich auch in ihrer Mobilität.

Der größte Teil der Eisenbahnreisenden fährt zu Tauschzwecken über größere Strecken.⁴⁸³ „Die deutsche Bevölkerung muß rastlos tätig sein, um nicht zu verhungern“.⁴⁸⁴

Bei der wirtschaftlichen Analyse dieser Fakten hebt Eucken hervor, daß Deutschland früher ein „hochindustrialisiertes Land mit entwickelter Arbeitsteilung und großem Außenhandel war“.⁴⁸⁵ Die Kriegszerstörungen und die Verluste an Arbeitskräften minderten die Produktivität. „Die vorhandenen Menschen arbeiten weitgehend vergeblich, obwohl sie rastlos tätig sind. Wer - so wie wir es taten –⁴⁸⁶ durch deutsche Betriebe und Haushalte wandert und die Frage nach dem Warum stellt, stößt vor allem auf drei Ursachenkomplexe.“

Überall stellen wir den Abbruch alter Geschäftsverbindungen mit den Firmen in anderen Zonen und mit dem Ausland fest: *Eine Desintegration*, eine Zerstückelung eines großen arbeitsteilig zusammengesetzten Gebietes in viele kleine Räume hat sich vollzogen.

Diese Desintegration und Zerstückelung dokumentiert die folgende Abbildung:

⁴⁸³ Ebd., S. 329: „Davon bekommen wir einen Eindruck, wenn wir am Sonnabend oder Sonntag aufs Land gehen oder wenn wir mit der Bahn fahren. Der größte Teil der Reisenden fährt zu Tauschzwecken. In der Eisenbahn erkennen wir deutlich gewisse Ströme. So ergießt sich Tag für Tag ein Strom von Menschen aus der Pfalz in die Gegend des Bodensees und bringt dorthin Schuhe, Textilwaren, Bügeleisen, Gold- und Silberwaren, um Kartoffeln einzutauschen; ebenso vom Rheinland nach Hessen. Die Züge sind voll von Hunderten und Tausenden dieser Menschen, die oft nur wenige Pfund Kartoffeln Hunderte von Kilometern schleppen. Wir könnten auch sagen, es werde bilateral, nicht multilateral getauscht. – Wer von Frankfurt nach Bremen fährt, stößt auf den sogenannten „Heringszug“. Das sind Tausende von Menschen, die aus Sachsen und Thüringen kommen, über die Sowjetgrenze zu Fuß gehen, um in Wesermünde und anderen Fischerstädten Heringe gegen Haushaltsgegenstände zu tauschen und wegen einiger Pfund Heringe Hunderte von Kilometern durchmessen, wobei sie schwere Gefahren auf sich nehmen“.

⁴⁸⁴ Ebd., S. 330.

⁴⁸⁵ Ebd., S. 331.

⁴⁸⁶ Ebd.



Abbildung 4: Desintegration und Zerstückelung der Wirtschaftsräume nach der Bildung von vier Besatzungszonen und Länder 1947

Quelle: CC-BY-SA, TUBS, http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Germany_location_map_labeled_8_Jun_1947_-_22_Apr_1949.svg, Abgerufen am 11.11.2012

Ein akuter *Kapitalmangel* macht es unmöglich, den Aufbau und die Reparatur der Häuser und Fabriken in Gang zu setzen oder Rohstoffe und Maschinen zu beschaffen.⁴⁸⁷

Es fehlt an einer „zureichenden *Lenkung* des arbeitsteiligen Wirtschaftsprozesses. Statt eines zweckmäßigen Ineinanders besteht ein Nebeneinander der Wirtschaftspläne und Tätigkeiten“.⁴⁸⁸

Das zentrale Problem für Eucken ist die *Lenkung* der Wirtschaft. Mit dem Preisstopp von 1936 wurde der Lenkungsmechanismus der Preise überhaupt stillgelegt. Deutschland trat in das Stadium der „zurückgestauten Inflation“ ein, die Preise brachten nicht mehr die Knappheitsrelationen der Güter zum Ausdruck, d.h. die Preise versagten als Lenkungsinstrument überhaupt.

„Da aber die Zuteilungen der Konsumsphäre sowie die Zuweisungen an Rohstoffen und Materialien an die Betriebe so gering wurden, daß niemand bei diesen Rationen leben und kein Betrieb produzieren konnte, entthronte diese ‚Planwirtschaft‘ sich selbst. Jeder Betrieb und jeder Haushalt mußte – wie wir es beschrieben haben – versuchen, außerhalb des Röhrensystems der zentralverwaltungswirtschaftlichen Beschlagnahmen und Zuweisungen, Güter herzustellen oder einzutauschen. Und so vollzog sich vor unseren Augen eine erschreckende Primitivisierung der Wirtschaft: Ein Nebeneinander von zentralen Zuteilungen, Preisen auf dem Schwarzmarkt, Tauschwerten und subjektiven Bewertungen in den Haushalten und Betrieben entstand. Es fehlt an einer *einheitlichen Rechenskala*, wie es in den USA der Dollar ist. Man rechnet in Zigaretten oder Kaffee oder Branntwein oder auch in Mark, um nur einige Rechenskalen zu nennen, und diese Rechenskalen besaßen keine feste Verbindung. So hat sich eine ‚Spaltung‘ des Wirtschaftsprozesses in unabsehbar viele Teile und Teilchen vollzogen. Aber ein großer industrialisierter Wirtschaftsprozess wie der deutsche kann nur als Einheit Bestandbild haben. Man klage nicht den Einzelnen an etwa den einzelnen Haushalt oder den einzelnen Betrieb. Er muß so handeln, wie er handelt, wenn er nicht zugrundegehen soll. In der *Ordnung* fehlen die *einheitliche Rechenskala und die zureichende Lenkung*“.⁴⁸⁹

Die Aufgabe – die Diagnose ist nach Eucken die Grundlage der Therapie – besteht darin, welcher Weg aus dem deutschen Wirtschaftschaos führt. Der Weg der Zentralverwaltungswirtschaft ist zur Lösung dieser Aufgabe verbaut, da die Zentralverwaltungswirtschaft in

⁴⁸⁷ Ebd., S. 332.

⁴⁸⁸ Ebd., S. 332 f.

⁴⁸⁹ Ebd., S. 337.

Deutschland keine zureichende Lenkung des Wirtschaftsprozesses erzielen kann. „*In Deutschland sind alle Methoden zentraler Wirtschaftlenkung versucht worden; aber alle sind gescheitert. [...] Zentrale Planstellen besitzen keine Mittel, um eine sinnvolle Lenkung des Wirtschaftsprozesses in der einzelnen Maschinenfabrik oder Weberei oder im einzelnen Bauernhof und in allen übrigen Betrieben zu bewirken. Und sie können die Produktionsprozesse in den einzelnen Betrieben nicht zureichend miteinander verbinden*“.⁴⁹⁰

Wenn Deutschland einen Weg aus dem Wirtschaftschos heraus finden will, dann gibt es nach Eucken nur einen einzigen Weg, die Rückkehr zur geldgesteuerten Lenkung: „Wenn aber die Methoden der Zentralverwaltungswirtschaft versagten, bleibt nur *ein* Weg: Preise – und zwar Wettbewerbspreise – sind das einzige Mittel, um die unabsehbar vielen Pläne und Entscheidungen der Millionen von Haushalten und Betrieben aufeinander abzustimmen und sinnvoll zu einem Gesamtprozeß zu verbinden. Der Preismechanismus ist das einzige Instrument, das in Deutschland zur Lösung der zentralen Aufgabe der Wirtschaftspolitik zur Verfügung steht; es ist das Preissystem, das die Knappheitsrelationen der Güter zum Ausdruck bringt. Dadurch ist eine Wirtschaftsrechnung der einzelnen Betriebe und Haushalte wieder möglich. Die Kostenrechnung, die Bilanzen und die Gewinn- und Verlustrechnungen, an denen sich die Betriebe in ihren Plänen und Entscheidungen ausrichten, führen dahin, daß die Teilstücke des gesamten Wirtschaftsprozesses, die sich im einzelnen Betrieb – z. B. im einzelnen Bauernhof oder in der Maschinenfabrik – vollziehen, ineinandergreifen. Und zwar geschieht dies so, daß die starken individuellen Kräfte, welche in frei planenden und handelnden Haushalten und Betrieben lebendig sind, wirksam werden“.⁴⁹¹

Es muß eine Geldordnung hergestellt werden, in deren Rahmen *Preise* den Wirtschaftsprozeß lenken.⁴⁹² Immer wieder hebt Eucken hervor, daß eine Wirtschaftsrechnung in einer Zentralverwaltungswirtschaft unmöglich ist.

⁴⁹⁰ Eucken, Walter: Deutschland vor und nach der Währungsreform, S. 340 f.

⁴⁹¹ Ebd., S. 341 f.

⁴⁹² Ebd., S. 341.

2.2 In den Westzonen zur Sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland

2.2.1 1948: Von der güterwirtschaftlich gelenkten nationalsozialistischen Wirtschaft zur Währungsreform und Sozialen Marktwirtschaft

Um aus dem deutschen Wirtschaftschaos (1945 bis Frühjahr 1948) herauszukommen, hatte Walter Eucken nur einen alternativlosen Weg gesehen: die Rückkehr zur geldgesteuerten Wirtschaft. Dieser Weg wurde mit der Währungsreform vom 20. Juni 1948 beschritten. Dabei mußten zwei Wege aus dem deutschen Wirtschaftschaos eingeschlagen werden, die jedoch ein Ziel erreichen sollten: ein *Geldumtausch* sowie eine radikale Änderung der Wirtschaftsordnung.

Heinz Sauer mann definiert eine Währungsreform so: „Unter Währungsreform wird im folgenden eine solche Neuordnung des Geldwesens eines Landes verstanden, die einer vorangegangenen Geldzerrütung ein Ende setzt und die Voraussetzungen für eine funktionsfähige Geldwirtschaft wiederherstellt. Daraus folgt, daß es sich bei einer Währungsreform nicht nur um ein technisches Experiment handelt. Zwar ist mit jeder Geldreform ein *Geldumtausch* oder die Einführung eines neuen Geldes an die Stelle des alten Geldes verbunden, aber sie beschränkt sich nicht auf diesen technischen Vorgang. Als isolierte technische Maßnahme des Geldumtausches würde eine Reform wenig Wert haben. Sie ist nur dann sinnvoll, wenn eine *grundsätzliche Änderung der bisherigen Wirtschaftspolitik* mit ihr verbunden ist“.⁴⁹³

Der *Geldumtausch* war ein Werk der Amerikaner Gerhard Colm, Joseph M. Dodge und Raimond Goldsmith.⁴⁹⁴

Die „grundsätzliche Änderung der bisherigen Wirtschaftspolitik“ war ein Werk von deutschen Wirtschaftswissenschaftlern, dem Wissenschaftlichen Beirat. Die Bedeutung des Beirats bei der bizonalen Wirtschaftsverwaltung für die richtige Weichenstellung, um aus dem deutschen Wirtschaftschaos herauszukommen, kann nicht hoch genug eingeschätzt werden.⁴⁹⁵

„Als ‚Wissenschaftlicher Beirat der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes‘ im Januar 1948 konstituiert, war dieser in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland das erste unabhängi-

⁴⁹³ Sauer mann, Heinz: Währungsreformen, in: HdSW, 11. Bd., 1961, S. 452.

⁴⁹⁴ Hoppenstedt, Wolfram: Gerhard Colm. Leben und Werk 1897 bis 1968 (Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Band 65), Stuttgart 1997, S. 157 ff.

⁴⁹⁵ Bundesministerium für Wirtschaft (Hrsg.), Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft. Sammelband der Gutachten von 1948 bis 1972, 1973.

ge und ehrenamtlich tätige Gremium zur wissenschaftlichen Beratung einer politischen Instanz. Er hat seither kontinuierlich zu drängenden wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen Stellung genommen und damit wesentlich zur wirtschaftspolitischen Willensbildung und Entscheidungsfindung beigetragen. Besondere Verdienste hat sich der Beirat durch seine gutachtlichen Äußerungen bei der Grundlegung unserer freiheitlichen Wirtschaftsordnung und bei deren Ausgestaltung erworben“.⁴⁹⁶

„Im schweren Winter 1947/48, am 23. Januar 1948, trafen sich, eingeladen von der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, 17 deutsche Wirtschaftswissenschaftler und Wirtschaftsjuristen in Königstein im Taunus. Sie beschlossen mit der Leitung dieser in der damaligen Zeit obersten deutschen Wirtschaftsbehörde, einen Beirat zu gründen, der zu wirtschaftspolitischen Fragen wissenschaftlich Stellung nehmen sollte. Dies war die erste von nunmehr rund 170 Beiratstagungen.“⁴⁹⁷ [...]

„Die im Vergleich zu anderen Ländern tiefe Kluft zwischen Regierungs- und Verwaltungspraxis auf der einen und der Wirtschaftswissenschaft als Beruf auf der anderen Seite, die sich in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen aufgetan hatte, sollte überbrückt werden.“⁴⁹⁸ [...]

„Aus dem Kontinuum der Beiratstätigkeit lassen sich einige Gutachten als Höhepunkte herausheben, gemessen hier allein an der intellektuellen Befriedigung, die sie den Beiratsmitgliedern selbst verschafft haben. Daß schon das allererste Gutachten über ‚Maßnahmen der Verbrauchsregelung, der Bewirtschaftung und der Preispolitik nach der Währungsreform‘ zu einem solchen Höhepunkt führte, war sicherlich für die Zukunft des Beirats von großer Bedeutung. Es trug dazu bei, daß der Beirat sich schnell zu einem arbeitsfähigen Gremium entwickelte und die große Verantwortung zu spüren bekam, die mit jedem wirtschaftspolitischen Ratschlag verbunden ist“.⁴⁹⁹

Das Gutachten des Beirats vom 1. April 1948 zeigt, wie die nationalsozialistische güterwirtschaftlich gelenkte Wirtschaft mit der Währungsreform vom 20. Juni 1948 liquidiert wurde.

⁴⁹⁶ Geleitwort des Bundesministers für Wirtschaft Hans Friderichs im Januar 1973, in: Bundesministerium für Wirtschaft (Hrsg.), *Der Wissenschaftliche Beirat*, S. XIV.

⁴⁹⁷ Vorwort, ebd., S. XVII.

⁴⁹⁸ Ebd., S. XVIII.

⁴⁹⁹ Ebd., S. XX.

Gutachten vom 1.4.1948⁵⁰⁰

Thema: Maßnahmen der Verbrauchsregelung, der Bewirtschaftung und der Preispolitik nach der Währungsreform

Dem Wissenschaftlichen Beirat ist von der Verwaltung für Wirtschaft die Frage vorgelegt worden, ob, in welchem Umfang und mit welchen Methoden

„Maßnahmen der Verbrauchsregelung, der Bewirtschaftung und der Preispolitik nach der Währungsreform“

deren Grundlinien bekannt sind, durchgeführt werden sollen.

1. Der Wissenschaftliche Beirat sieht als die wichtigste Voraussetzung für alle erfolgreichen Maßnahmen der künftigen Wirtschaftspolitik unmittelbar nach der Währungsreform eine Koordinierung sämtlicher wirtschafts- und sozialpolitischen Entscheidungen an. Das gilt im besonderen für eine Abstimmung der Industrie-, Agrar-, Preis-, Lohn-, Beschäftigungs-, Investitions-, Kredit- und Finanzpolitik. Diese Koordinierung ist um so dringender, je tiefgreifendere Maßnahmen zu treffen sind.
2. Die Währungsreform ist nur sinnvoll, wenn eine grundsätzliche Änderung der bisherigen Wirtschaftslenkung mit ihr verbunden wird. Als isolierter technischer Vorgang wäre sie wertlos, wenn nicht sogar gefährlich. Durch die Währungsreform wird die wirksame Nachfrage so beschränkt, daß eine totale Verbrauchsregelung und Zwangsbewirtschaftung gegenstandslos wird.
3. Der Beirat vertritt die Auffassung, daß die Funktion des Preises, den volkswirtschaftlichen Prozeß zu steuern, in möglichst weitem Umfang zur Geltung kommen soll. Diese Auffassung schließt Zuteilungsmaßnahmen aus, sofern nicht zwingende insbesondere soziale Gründe für sie sprechen.
4. Die Steuerung durch den Preis dient dazu, das Sozialprodukt zu steigern. Dies ist die wichtigste sozialpolitische Aufgabe des Augenblicks.[...]
7. Die Mehrheit des Beirats entscheidet sich für eine möglichst sofortige Freigabe der Preisbildung mit tendenzieller Angleichung an die Weltmarktpreise auch bei mengenmäßig rationierten Verbrauchsgütern, da sie sich hiervon die im Interesse der Versorgung zweckmäßigste Lenkung der Produktion verspricht.[...]

⁵⁰⁰ Bundesministerium für Wirtschaft (Hrsg.), Sammelband der Gutachten von 1948 bis 1972, Göttingen 1973, S. 1-6

10. Die Mehrheit des Beirats entscheidet sich für eine Aufhebung der Bewirtschaftungsmaßnahmen auch der Grundstoffe im Interesse der Herausbildung einer zutreffenden Kostenstruktur und der Gewinnung strenger Kalkulationsmöglichkeiten im innerbetrieblichen und zwischenbetrieblichen Vergleich. [...]
13. Außer den obigen Maßnahmen erscheint dem Beirat auch die Überwindung der gegenwärtig ungeordneten Lohnpolitik durch eine geordnete Lohnbildung unbedingt erforderlich, wobei von der Anerkennung tarifvertraglicher Bindungen grundsätzlich ausgegangen wird, ohne daß damit im Interesse der Beschäftigungsmöglichkeit breiter Schichten der Bevölkerung völlige Lohnstarrheit wie überhaupt eine Starrheit in der Einkommensbildung anerkannt werden kann.

Bei der Währungsreform am 20. Juni 1948 erwies sich besonders günstig der „sofortige Übergang zur freien Marktwirtschaft. Bewirtschaftung und Preisbindung wurden für zahlreiche Güter am 24. Juni 1948 durch Gesetz aufgehoben“.⁵⁰¹

Die Auswirkungen werden u.a. an der Reaktion der Preise auf dem Schwarzen Markt deutlich. Ende Juni 1948 fiel der Preis für 1kg Butter von 1.000 auf 22 Reichsmark und für 1kg Margarine von 700 auf 14 Reichsmark.⁵⁰²

Mit dem Geldumtausch und der radikalen Änderung der Wirtschaftsordnung erhielt das Geld wieder Geldfunktionen. „Terminologisch versteht man unter Geld alles, was Geldfunktionen ausübt. Geld ist von seinen folgenden drei Funktionen her definiert: (1) Als *Tausch- und Zahlungsmittel* ermöglicht das Geld überhaupt erst die moderne, arbeitsteilige Wirtschaft. An die Stelle des sonst nötigen Tauschs Ware gegen Ware tritt der Verkauf von Gütern gegen Geld und der Kauf von Gütern mit Hilfe des Geldes. Kredit wird in Geld gegeben und in Geld (samt Zinsen) zurückerstattet. (2) Als *Wertaufbewahrungsmittel* überbrückt das Geld die zeitliche Diskrepanz zwischen Einnahmen und Ausgaben und erlaubt den Transfer von Werten im Zeitablauf. (3) Schließlich ermöglicht die abstrakte Eigenschaft der *Recheneinheit* die Angabe des Wertes der verschiedensten Dinge in einer Summe. Dies gilt z. B. für den Umsatz oder das Vermögen eines Betriebes, den Export, Import, das Sozialprodukt einer Volkswirtschaft etc.“⁵⁰³

⁵⁰¹ Sauer mann, Heinz: Währungsreformen, S. 470.

⁵⁰² Mendershausen, Horst: Prices, Money and the distribution of goods in postwar Germany, in: The American Economic Review 39. Jhg., Nashville 1949, S. 666

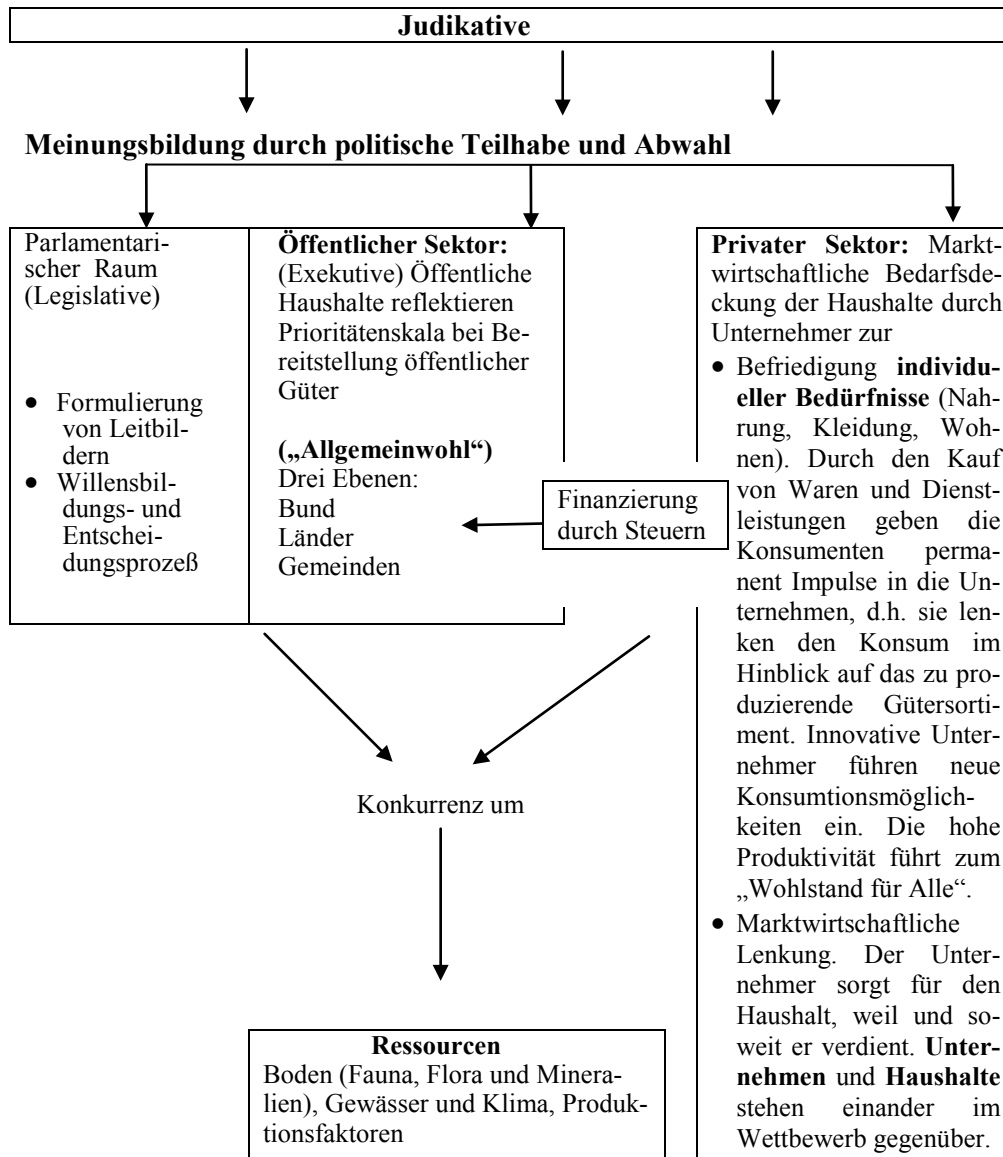
⁵⁰³ Issing, Ottmar: Geld, in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.), Staatslexikon, 7. Aufl., 2. Bd., 1986, Sp. 799.

Diese Maßnahmen wurden unter dem Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ zusammengefaßt. „Sinn der sozialen Marktwirtschaft ist es, das Prinzip der Freiheit auf dem Markte mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden“.⁵⁰⁴

Beide Maßnahmen, Wiederherstellung von funktionsfähigem Geld und radikale Änderung der Wirtschaftsordnung waren nicht nur für die 1949 gegründete Bundesrepublik Deutschland von elementarer Bedeutung. Mit der Wiedervereinigung 1990 wurden diese Maßnahmen auch auf die neuen Bundesländer übertragen.

Die nachfolgende Abbildung verdeutlicht das Modell einer dualistischen Wirtschaftsordnung in einer demokratischen Gesellschaft wie sie in der Bundesrepublik Deutschland ab 1949 institutionalisiert wurde.

⁵⁰⁴ Müller-Armack, Alfred: Soziale Marktwirtschaft, in: HdSW, 9. Bd., 1956, S. 390.



Zum Begriff Konsum: „Erst mit dem Aufbau der ‚subjektiven Wertlehre‘ wurde das Wirtschaftsgeschehen vom Konsumenten her zu erfassen versucht und die Aufnahme des Motivs der *Bedürfnisbefriedigung* in den Konsumbegriff ermöglicht (Carl Menger)“, in: Kolms, Heinz, Stichwort Konsum, in: HdSW, 6. Bd., Göttingen 1959, S. 142-149 (S. 142). „Auch der Staat tritt als Konsument auf, indem er Güter und Dienste der Wirtschaft für die Befriedigung der ‚Kollektivbedürfnisse‘ in Anspruch nimmt.“ Ebd., S. 148; Entwurf: Jürgen Schneider, Altdorf bei Nürnberg 2008.

Abbildung 5: Modell einer dualistischen Wirtschaftsordnung in einer demokratischen Gesellschaft

2.2.2 Die DM-Eröffnungsbilanzen der Unternehmen zum 21. Juni 1948

Mit Einführung der Deutschen Mark am 21. Juni 1948 mußten die Unternehmen auf den Stichtag der Währungsumstellung eine Eröffnungsbilanz aufstellen. In dieser Eröffnungsbilanz wurde der totale Neubeginn dokumentiert. Wegen der Unsicherheiten über die Preis- und Lohnentwicklung nach der Aufhebung von Preis- und Lohnstop und Lockerung der Bewirtschaftungsmaßnahmen wurden die gesetzlichen Grundlagen erst 14 Monate später in dem „Gesetz über die Eröffnungsbilanz in Deutscher Mark und die Kapitalneufestsetzung (D-Markbilanzgesetz) vom 21. August 1949“ fixiert. Da sich vor allem die Preise erst auf den Märkten herausbilden mußten, wurden verlängerte Aufstellungsfristen und rückwirkende Anpassungen eingeräumt. Bei der Neubewertung wurde die wertmäßige Kontinuität gegenüber der Reichsmark-Schlußbilanz aufgegeben.

In den Jahresabschlüssen bisher angesetzte Vermögensposten für Forderungen an das Deutsche Reich aus Rüstungslieferungen und Kriegsschäden mußten bereinigt werden. Dies gilt in gleicher Weise für Vermögenswerte jeder Art in den abgetrennten Ostgebieten u.ä. Die Gefahr eines Kapitalverlustes oder gar einer Überschuldung durch die erwähnten Wertverluste konnte durch die Auswirkungen der Neubewertung verhindert werden. Dies verdeutlicht die gravierenden Auswirkungen durch die Aufhebung von Preis- und Lohnstop usw. Beispielhaft sollen zur Verdeutlichung die Auswirkungen in der Bilanz von drei Unternehmen angeführt werden.

Continental Gummi-Werke AG⁵⁰⁵			
	Schlußbilanz 20.6.1948 Tsd. Reichs- mark	Eröffnungsbilanz 21.6.1948 Tsd. Deutsche Mark	Vermögensänderung nominell in Tsd.
<i>Vermögensposten:</i>			
Anlagevermögen	38.079	59.441	+ 21.362
Vorräte	33.402	42.525	+ 9.123
übriges Umlauf- vermögen	41.105	4.082	./ 37.023
Erstattung Kriegs- schäden	<u>15.865</u>	-,-	<u>./ 15.865</u>
	128.451	106.048	./ 22.403
abzüglich <i>Schuld- posten</i>	<u>./ 40.051</u>	<u>./ 8.808</u>	<u>+ 31.243</u>
Eigene Mittel	<u>88.400</u>	<u>97.240</u>	<u>+ 8.840</u>

(EVS) Energie- Versorgung Schwaben AG⁵⁰⁶			
	Schlußbilanz 20.6.1948 Tsd. Reichs- mark	Eröffnungsbilanz 21.6.1948 Tsd. Deutsche Mark	Vermögensänderung nominell in Tsd.
<i>Vermögensposten:</i>			
Anlagevermögen	112.682	163.396	+ 50.714
Vorräte	5.338	7.008	+ 1.670
übriges Umlauf- vermögen u.ä.	<u>61.057</u>	<u>5.788</u>	<u>./ 55.269</u>
	179.077	176.192	./ 2.885
abzüglich <i>Schuld- posten</i>	<u>./ 101.757</u>	<u>./ 26.330</u>	<u>+ 75.427</u>
Eigene Mittel	<u>77.320</u>	<u>149.862</u>	<u>+ 72.542</u>

⁵⁰⁵ Vgl. Handbuch der deutschen Aktiengesellschaften 1950/51, 51. Jg. Heppenheim, S. 38 ff.

⁵⁰⁶ Ebd., S. 5060 ff.

Zellstofffabrik Waldhof AG⁵⁰⁷			
	Schlußbilanz 20.6.1948 Tsd. Reichs- mark	Eröffnungsbilanz 21.6.1948 Tsd. Deutsche Mark	Vermögensänderung nominell in Tsd.
<i>Vermögensposten:</i>			
Anlagevermögen	25.806	56.919	+ 31.113
Vorräte	19.475	22.085	+ 2.610
übriges Umlauf- vermögen	13.031	2.524	./ 10.507
„Kriegsbeeinflusste Aktiva“	<u>65.769</u>	<u>-,-</u>	<u>./ 65.769</u>
	124.081	81.528	./ 42.553
abzüglich <i>Schuld- posten</i>	<u>./ 42.581</u>	<u>./ 18.653</u>	<u>+ 23.928</u>
Eigene Mittel	<u>81.500</u>	<u>62.875</u>	<u>./ 18.625</u>

In den „Bemerkungen zur DM-Eröffnungsbilanz“ dieser Gesellschaft wird ausgeführt, daß durch Kriegsschäden, Enteignungen, Demontagen und Abtrennung der Werke in den Ostgebieten mehr als die Hälfte der Kapazitäten verloren ging.

Weitere Verluste entfallen auf ausländische Beteiligungen (u.a. in Finnland und Österreich).

Weiter heißt es: „Zu diesen materiellen Einbußen kommen die Verluste großer ideeller Werte hinzu: die Zerstörung der inländischen und ausländischen Organisation, die jahrelange Unterbrechung geschäftlicher und menschlicher Beziehungen, der Verlust zahlreicher Mitarbeiter, deren Kenntnisse und Erfahrungen die Gesellschaft heute vermißt.“ [...] Die trotzdem geringe Kapitalabwertung ist u.a. auf die „Wiederherstellung der Ertragskraft des Unternehmens zurückzuführen. Das letztere wurde ermöglicht durch den systematischen und beschleunigten Wiederaufbau und die Modernisierung der teilweise zerstörten Produktionsanlagen sowie durch die seit der Währungsumstellung erheblich gesteigerte Arbeitsleistung aller Mitarbeiter.“⁵⁰⁸

⁵⁰⁷ Vgl. Handbuch der deutschen Aktiengesellschaften 1951/52, 52. Jg. Heppenheim, S. 955 ff.

⁵⁰⁸ Ebd.

Bei einer Aufgliederung der Änderungsfaktoren nach den Posten der Neubewertung (Anlagen, Vorräte) und den unter die reine Geldumstellung fallenden Posten (Forderungen, Verbindlichkeiten einschl. Banksalden) ergibt sich für vorstehende Unternehmen folgendes Bild:

	Continental Tsd.	EVS- Energieversorgung Tsd.	Zellstoffwerke Tsd.
Anlagen	+ 21.362	+ 50.714	+ 31.113
Vorräte	+ 9.123	+ 1.670	+ 2.610
Kriegsschäden	<u>./ 15.865</u>	—	<u>./ 65.769</u>
	+ 14.620	+ 52.384	./ 32.046
Posten der Geld- umwertung (Sal- den)	<u>./ 5.780</u>	<u>+ 20.158</u>	<u>+ 13.421</u>
Gesamt	<u>+ 8.840</u>	<u>+ 72.542</u>	<u>./ 18.625</u>

Diese Übersicht dokumentiert die gravierenden Auswirkungen der reinen Geldumstellung und der Neubewertungen aufgrund von wieder verfügbaren Marktpreisen. In allen Fällen konnte eine Überschuldung vermieden bzw. sogar eine Erhöhung der eigenen Mittel erreicht werden.

2.3 In der sowjetisch besetzten Zone: Installierung der güterwirtschaftlich gelenkten sozialistischen Zentralplanwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik

2.3.1 Die Errichtung einer „antifaschistisch-demokratischen Ordnung“ als Grundlage für die SED-Herrschaft

Am 2. Mai 1945 kapitulierten die Verteidiger von Berlin vor der Roten Armee. Am gleichen Tag begann die sog. „Gruppe Ulbricht“ mit dem Aufbau eines kommunistisch beherrschten Verwaltungsapparates in Berlin. Die sog. „Gruppe Ulbricht“ bestand aus Walter Ulbricht,⁵⁰⁹

⁵⁰⁹ Leonhard, Wolfgang: Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln 2006, S. 413: „Ulbrichts Hauptstärke war sein organisatorisches Talent, sein phänomenales Namensgedächtnis, seine Fähigkeit, jeweilige Kurswechsel vorauszuahnen, und seine unermüdliche Arbeitskraft. Selbst nach den arbeitsreichsten Tagen schien er nicht er-

Richard Gyptner, Otto Winzer, Hans Mahle, Gustav Gundelach, Karl Maron, Walter Köppe, Fritz Erpenbeck, Wolfgang Leonhard und einem technischen Zeichner. Um 6 Uhr früh des 30. April 1945 starteten die Mitglieder der Gruppe auf dem Moskauer Flughafen und erreichten nach Zwischenlandungen in Minsk und Kalau den Ort Bruchmühle 30 km östlich von Berlin, wo der politische Stab der Armee von Marschall Shukow war. Am gleichen Tag beging Adolf Hitler im Bunker der Reichskanzlei in Berlin gegen 15.30 Uhr Selbstmord. Am selben Abend kam Ulbricht aus Berlin zurück, wo er den ganzen Tag verbracht hatte, „aber er erzählte nur wenig. Ihr werdet es ja selbst sehen“⁵¹⁰, meinte er.

„Als wir anschließend zusammensaßen, erklärte Ulbricht uns endgültig unser Vorhaben: ‚Es wird unsere Aufgabe sein, die deutschen Selbstverwaltungsorgane in Berlin aufzubauen. Wir werden in die verschiedenen Berliner Bezirke fahren und dort aus den antifaschistisch-demokratischen Kräften jene herausuchen, die sich für den Aufbau der neuen deutschen Verwaltung eignen. Es wird das beste sein, wenn wir uns verteilen und jeder einen bestimmten Berliner Bezirk übernimmt. Abends werden wir dann zusammenkommen, wobei jeder über seinen Bezirk Bericht erstattet.‘

‚Wann sollen wir mit dieser Arbeit beginnen?‘

‚Morgen‘, antwortete Ulbricht kurz und knapp.

Morgen – das war der 2. Mai 1945.

An diesem Tag kapitulierte die Wehrmacht in Berlin.

Am gleichen Tag begann die Tätigkeit der ‚Gruppe Ulbricht‘.⁵¹¹

Die Gruppe Ulbricht konnte in Berlin ungestört mit der Bolschewisierungspolitik im sowjetischen Besatzungsgebiet arbeiten,⁵¹² denn vom

schöpft zu sein. Unbelastet von theoretischen Überlegungen und persönlichen Gefühlen – ich habe ihn selten lachen hören und erinnere mich nicht, jemals bei ihm eine persönliche Gefühlsregung bemerkt zu haben –, gelang es ihm meines Wissens immer, die ihm von sowjetischer Seite übermittelten Direktiven mit List und Rücksichtslosigkeit durchzusetzen.

Nach 1945 wurde Ulbricht, der Apparatschik *par excellence*, der zwar Funktionären Direktiven übermitteln, aber niemals Massen für umwälzende Maßnahmen begeistern kann, zunächst stets hinter Pieck und Grotewohl genannt. Seine Stellung festigte sich jedoch zusehends, als die sozialen Umwälzungen (wie die Bodenreform), für die zumindest die passive Unterstützung weiter Bevölkerungsschichten erforderlich war, in den Hintergrund traten und der Apparat zum beherrschenden Instrument wurde.“

⁵¹⁰ Leonhard, Wolfgang: Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln 2006, S. 428.

⁵¹¹ Ebd., S. 428 f.

⁵¹² Bolschewiki: historische Bezeichnung für die Mitglieder der KPdSU. Der Begriff entstand 1903 auf dem II. Parteitag der SDAPR, als die um Lenin gescharten revolutionären Marxisten bei den Wahlen zu den zentralen Parteiinstitutionen die Mehrheit (russisch „bolschinstwo“) errangen und deshalb „Bolschewiki“ genannt wurden, während die opportunistische Minderheit (russisch „menschinstwo“) die Bezeichnung „Men-

2. Mai bis zum 7. Juli gab es in Berlin nur die sowjetische Besatzungsmacht.

Wie äußerst zielbewußt Ulbricht vorging, zeigte sich an einer neuen Direktive: Schon nahmen wir an, daß unsere bisherige Tätigkeit unverändert weitergeführt würde, als Ulbricht uns eine neue Direktive mitgab: „Wir werden unsere Arbeit zur Unterstützung der Bezirksverwaltungen jetzt ändern. Wir müssen uns ausschließlich auf die Bezirke im Nordwesten, Südwesten und Westen Berlins beschränken. In etwa einem Monat ist mit dem Eintreffen der westlichen Alliierten zu rechnen. Bis dahin müssen die Bezirksverwaltungen in ihren Bezirken einwandfrei funktionieren.“⁵¹³

„Kann ich wenigstens noch einige Tage in östliche Bezirke fahren? Es ist sehr dringend“, bat einer von uns, der offensichtlich seine bisherigen Bezirke besonders lieb gewonnen hatte.

„Nein, das kommt gar nicht in Frage, von heute ab fährt niemand mehr in den Osten Berlins. Dazu haben wir später noch Zeit.“⁵¹⁴

Am 4. Juni 1945 flogen Ulbricht, Ackermann und Sobottka mit einer Militärmaschine nach Moskau, wo sie von Wilhelm Pieck zu einer längeren Aussprache empfangen wurden. „Am selben Abend fand ein Gespräch mit J. W. Stalin und weiteren Mitgliedern des sowjetischen Politbüros statt, bei dem die Neugründung der KPD beschlossen wurde.“⁵¹⁵

Von Stalin brachte Ulbricht genaue Direktiven mit, die sofort in der SBZ umgesetzt wurden:

„Es wird keine einheitliche sozialistische Partei geben. Sowohl die KPD als auch die SPD werden als selbständige Parteien neu entstehen.

Die Kommunistische Partei Deutschlands soll sofort gegründet werden.

Die Vorarbeiten für die Herausgabe einer eigenen Parteizeitung müssen sofort beginnen.

Die Bildung bürgerlicher Parteien soll gefördert werden. Sie müssen der früheren Demokratischen Partei und dem früheren Zentrum entsprechen.

schewiki“ erhielt. Auf der VI. Gesamtrussischen Parteikonferenz 1912 in Prag wurden die Menschewiki ausgeschlossen, und die Bolschewiki formierten sich zur SDAPR (B), 1918 in KPR (B), 1925 in KPdSU (B) umbenannt. Der XIX. Parteitag (1952) beschloß, die Partei künftig KPdSU, ohne den historisch überholten Zusatz (B), zu nennen. In: Meyer, Neues Lexikon, 2. Aufl., Bd. 2, Leipzig 1972, S. 460.

⁵¹³ Leonhard, Wolfgang: Die Revolution entläßt ihre Kinder, S. 457.

⁵¹⁴ Ebd., S. 457 f.

⁵¹⁵ Ebd., S. 479.

Danach muß man einen antifaschistischen demokratischen Block der neuen Parteien bilden.

Alle Kräfte müssen zuerst für die Gründung der Kommunistischen Partei eingesetzt werden. Unmittelbar nach der Gründung muß mit der Schulungsarbeit begonnen werden.

Anschließend haben alle Vorbereitungen für die Bodenreform einzusetzen. Sie soll schon im Sommer 1945 eingeleitet werden.“⁵¹⁶

Mit „Befehl Nr. 2“ verkündete die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) am 10. Juni 1945 die Zulassung von Parteien. Einen Tag später konstituierte sich die KPD. „Der zentralen Parteiführung (W. Pieck, W. Ulbricht, F. Dahlem und A. Ackermann) kam es darauf an, eine zentralistische und disziplinierte Massenpartei aufzubauen, die Einfluß auf Verwaltung und Wirtschaft nehmen sollte. In der SBZ konnte dieses Ziel mit Hilfe der SMAD realisiert werden.“⁵¹⁷

„Die Leitung der gesamten Parteischulungsarbeit lag in den Händen von Fred Oelßner, der Anfang Juli 1945 mit Wilhelm Pieck nach Berlin gekommen war. Ich hatte Oelßner schon in Moskau getroffen. Damals hieß er ‚Larew‘ und war Chefredakteur der deutschen Sendungen des Moskauer Rundfunks. Ähnlich wie Ackermann, hatte auch Fred Oelßner in Moskau die Lenin-Schule besucht.

Ab Juni erschienen die *Vortragsdispositionen* – in Parteikreisen *Schulungshefte* genannt – unter Oelßners Oberhoheit mit einer Präzision, die angesichts der damaligen Situation bewundernswert war. Was auch immer geschah – die Schulungshefte waren pünktlich in den Händen der Parteiorganisationen. Jeden Dienstagabend waren alle Parteiorganisationen in der ganzen sowjetischen Zone verpflichtet, aufgrund dieser Dispositionen Schulungsabende zu veranstalten.

*Ehe die Potsdamer Konferenz (17. Juli - 2. August 1945) stattfand, längst bevor sich die westlichen Alliierten überhaupt einigermaßen darüber klargeworden waren, was denn nun in Deutschland zu tun sei, wurden in der Sowjetzone Hunderttausende von Parteimitgliedern einmal wöchentlich in bestimmten politischen Fragen oder – wie es bei uns damals hieß – auf die ‚richtige Linie‘ gebracht.“*⁵¹⁸

Die *Schulungshefte* erschienen im Dietz Verlag in einer Auflage von 120.000 Exemplaren.⁵¹⁹

⁵¹⁶ Ebd., S. 480.

⁵¹⁷ Hermann Weber, Kommunistische Partei Deutschlands, in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.), Staatslexikon, 7. Aufl., 3. Bd., 1987, Sp. 605.

⁵¹⁸ Leonhard, Wolfgang: Die Revolution entläßt ihre Kinder, S. 514 f.

⁵¹⁹ Ebd., S. 516.

Im Herbst 1945 wurden die ersten Landesschulen der KPD in Mecklenburg, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen und Berlin eingerichtet. In den Landesschulen wurden 60 bis 80 Teilnehmer in vierwöchigen Lehrgängen herangebildet.

Neben den kommunistischen Schulen richtete die Sowjetische Militäradministration in Königswusterhausen eine große politische Schule ein.

„Lektoren und Seminarleiter waren sowjetische Offiziere. Außerdem hatte man noch Lene Berner, mit der ich 1942 in der Kominternschule gewesen war, als Lehrerin hinzugezogen. Diese Schule trat nicht offiziell für die Partei ein. Unter den Teilnehmern befanden sich viele junge CDU- und LDP-Funktionäre. Es war offensichtlich der Wunsch der sowjetischen Leitung, einen festen Stamm für die Blockpolitik heranzubilden, gleichzeitig aber die CDU- und LDP-Funktionäre indirekt im gewünschten Sinne zu beeinflussen“.⁵²⁰

Bald zeigte sich, daß sich die SPD bedeutend schneller entwickelte, als die KPD-Führung im Juni 1945 angenommen hatte. Die KPD drängte zur Vereinigung mit der SPD. Am 13. und 14. April 1946 fanden die Landesparteitage der KPD und der Einheitsanhänger der SPD in Berlin statt. Auf dem Berliner Landesparteitag hielt der Berliner KPD Vorsitzende Waldemar Schmidt das Hauptreferat. Nach Schmidt sprach Walter Ulbricht. „Es war die erste Rede, in der er schroff und klar Unterschiede und Gegensätze zu den westlichen Zonen betonte. ‚Bei Ihnen in den Westzonen – bei uns in der Sowjetunion...‘, begannen seine Gegenüberstellungen. Allgemeines Gelächter – damals gab es noch keinen Ulbricht-Kult –, als Ulbricht sich versprach: ‚Bei uns in der Sowjetunion...‘ Er bekam einen puterroten Kopf: ‚Ich meine natürlich bei uns in der Sowjetzone‘...“⁵²¹

Walter Ulbricht las den Beschluß zur Vereinigung vor: „Am 19. und 20. April 1946 haben der 40. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der 15. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands übereinstimmend die Vereinigung beider Arbeiterparteien beschlossen.“

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die Kommunistische Partei Deutschlands konstituieren sich nunmehr als Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“.⁵²²

Pieck und Grotewohl wurden die neuen Vorsitzenden. Nach den Schlußworten von Ulbricht sangen alle das Lied „Brüder, zur Sonne, zur

⁵²⁰ Leonhard, Wolfgang: Die Revolution entläßt ihre Kinder, S. 517.

⁵²¹ Ebd., S. 536.

⁵²² Ebd., S. 543.

Freiheit“. Die SED war gegründet. Die Gründungseuphorie verflog schnell, denn die alten KPD-Funktionäre verdrängten sehr schnell in den Leitungen die Nicht-Kommunisten: „So sind von den 14 Mitgliedern des Zentralsekretariats, die bei der Vereinigung unter dem Jubel der Delegierten gewählt wurden, 10 Spitzenfunktionäre im Verlauf von wenigen Jahren ihrer Funktionen beraubt, degradiert, teilweise sogar als ‚Parteifeinde‘ entlarvt und aus der Partei ausgeschlossen worden.

Nicht weniger groß waren die Opfer unter dem neugewählten achtzigköpfigen Parteivorstand und unter den über tausend Delegierten des Vereinigungsparteitages. Auch sie wurden zum großen Teil Opfer der besonders nach 1948 einsetzenden Säuberungen. Manche kamen mit einer Degradierung relativ glimpflich davon, andere aber wurden aus der Partei ausgeschlossen oder sogar verhaftet“.⁵²³

Bei den letzten freien Wahlen in Berlin am 20. Oktober 1946 erreichte die SPD 48,7%, die CDU 22,1%, die SED 19,8% und die Liberal-Demokratische Partei 9,4% der Stimmen. Wolfgang Leonhard war der Ansicht, daß bei völlig unbeeinflussten Wahlen in der SBZ – ohne Propaganda und ohne besondere Papierzuteilungen – etwa 15-20% für den Osten und 80-95% für den Westen stimmen würden. Zum gleichen Ergebnis war auch die Politische Verwaltung der sowjetischen Militäradministration gekommen.⁵²⁴

Die SED sah als Ursache für das desaströse Wahlergebnis eine mangelnde Schulung. Jetzt sollten 180.000 SED-Mitglieder in 14tägigen Kursen in Kreisschulen geschult werden. Es wurden Schulungshefte in einer Gesamtauflage von über 2 Millionen Exemplaren gedruckt. „*So schuf sich die SED Schritt für Schritt, ohne sich durch Mißerfolge oder Niederlagen bei den Wahlen beeinflussen zu lassen, zäh und geduldig einen Stamm von geschulten und ergebnen Funktionären*“.⁵²⁵

Die Wahlniederlage der SED („Russenpartei“) führten zu einer verstärkten Sowjetisierung. Die Bindungen an die Sowjetunion und an die sowjetische Besatzungsmacht wurden stärker. Hier wurde auch die beginnende Systemauseinandersetzung, der Kalte Krieg, erkennbar, der die Ostzone mehr in das sozialistische Lager und die Westzonen mehr in die freie Welt einbanden. Dies wurde beim II. Parteitag der SED im September 1947 deutlich. Die enge Bindung an die Sowjetunion wurde jetzt offen proklamiert.

Hermann Matern vom Präsidiumstisch der SED „las die sowjetische Grußbotschaft vor, die von Suslow, dem Sekretär des Zentralkomitees

⁵²³ Ebd., S. 545 f.

⁵²⁴ Ebd., S. 560 f.

⁵²⁵ Ebd., S. 564 f.

der KPdSU, unterzeichnet war. Alle Blicke richteten sich auf die Loge, in der Suslow als Gast des Parteitages saß. Suslow stand auf und rief in deutscher Sprache: ‚Es lebe die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands!‘ Als sich der Beifall für diese Begrüßung gelegt hatte, rief Matern vom Präsidiumstisch aus in den Saal: ‚Es lebe ihr Zentralkomitee! Es lebe ihr Führer Stalin!‘⁵²⁶

An der Parteihochschule Karl Marx wurden Ende 1947 in Zweijahreslehrgängen „junge, entwicklungsfähige Genossen, die nach 1945 zu uns gestoßen sind und bereits Kreis- und Landesparteischulen besucht und beendet haben, zu theoretisch fundierten Funktionären, zu verantwortungsvollen Parteiarbeitern herangebildet“.⁵²⁷

Am 16. April 1948 hielt Walter Ulbricht in der Parteihochschule Karl Marx ein fünfstündiges Referat über die allgemeine Situation in der Sowjetzone, um auf bestehende Veränderungen hinzuweisen. Mit dem Instruktionsreferat bereitete Ulbricht auf jenen politischen Kurswechsel vor, „der im Sommer und Herbst 1948 das gesamte Leben in der Sowjetzone weitgehend verändern sollte“.⁵²⁸

Bei dem Instruktionsreferat von Ulbricht zeigt sich offen und mit aller Deutlichkeit, daß die KPD/SED bisher aus taktischen Gründen ihre strategischen Ziele nie offen dargelegt hatte, diese Ziele jedoch konsequent und unbeirrt verfolgt hatte. Bei seinem Instruktionsreferat traf Ulbricht folgende wichtige Feststellungen: „In der Zeit von 1945 bis 1947 konnten viele Fragen nicht offen gestellt werden. Die SED mußte schrittweise vorgehen, sowohl aufgrund der ideologisch-politischen Rückständigkeit in der Partei als auch aus außenpolitischen Gründen. [...]

Bis 1947 wurden die Grundlagen einer sozialistischen Ordnung geschaffen. Jetzt, im Frühjahr 1948, da 40 % der Produktion in den Händen volkseigener Betriebe liegt und der Kapitalismus entscheidend geschwächt ist, kann man diese Periode als beendet betrachten. Das gleiche gilt für die Landwirtschaft. Die Bodenreform ist abgeschlossen, der Großgrundbesitz endgültig und unwiderruflich aufgeteilt. Jetzt kommt es darauf an, sich auf die Klein- und Mittelbauern zu stützen und eine Organisation zur Zurückdrängung der Großbauern zu schaffen.

⁵²⁶ Leonhard, Wolfgang: Die Revolution entläßt ihre Kinder, S 580.

⁵²⁷ Ebd., S. 583. „Schriften von Trotzki und Bucharin und wichtigen Oppositionsgruppen oder Bücher von ehemaligen KP-Funktionären, die mit dem Stalinismus gebrochen hatten, fanden sich weder in der Bibliothek noch wurden Auszüge davon in den hektographierten Materialien veröffentlicht. Diese Schriften den Schülern oder Lehrern der Parteihochschule zum Studium geben, erschien der SED-Führung 1947 in Ostberlin genauso gefährlich wie dem Komintern 1942 in Ufa.“ S. 589.

⁵²⁸ Ebd., S. 593.

Durch die weitgehenden Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse, erklärte Ulbricht, habe sich der Klassenkampf zugespitzt, aber die Formen und Methoden des Klassenkampfes seien anders geworden. ‚Wir haben jetzt die Möglichkeit, unsere Forderungen mit Hilfe des Staatsapparates durchzusetzen. Auf der anderen Seite müssen wir bestrebt sein, mehr die Massenorganisationen zu aktivieren und damit die Blockpolitik ihrem Wesen nach zu verändern.‘

Unsere Partei ist zu einer Staatspartei geworden, die die Hauptverantwortung für die Lösung aller Fragen der Volkspolizei, der Wirtschaftsplanung, der Landwirtschaft und der Kulturpolitik trägt. Die ‚Blockpolitik‘ hat in der ersten Phase eine große Rolle gespielt. Jetzt werden jedoch die reaktionären Kräfte in den bürgerlichen Parteien wieder lebendig, um unter dem Vorwand der ‚Überprüfung‘ unsere Maßnahmen rückgängig zu machen.

Wir werden auch jetzt noch nicht den Weg zum Einparteiensystem beschreiten, aber dafür sorgen, daß unsere Partei die führende und tragende Kraft im Staate ist. Wir müssen aber auch in dieser neuen Periode mit den anderen beiden Parteien zusammenarbeiten. ‚Vielleicht wäre es nicht schlecht, noch ein paar neue zu gründen‘, meinte Ulbricht sarkastisch lächelnd. Wir wußten, daß dies nicht so hingesagt war – tatsächlich wurde zwei Monate später die Gründung der ‚National-Demokratischen Partei‘ und der ‚Demokratischen Bauernpartei‘ bekanntgegeben. Beide hatten das Ziel, die bestehenden bürgerlichen Parteien (Sowjetzonen-CDU und LDP) zu schwächen und die außerhalb der SED stehenden politischen Kräfte aufzusplittern⁵²⁹.

Am 2. Mai 1945 hatte die „Gruppe Ulbricht“ mit der Errichtung der „Grundlagen einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung“ begonnen und Ulbricht hatte diese Phase im Frühjahr 1948 für beendet erklärt. In Wirklichkeit war dies die Metamorphose von der nationalsozialistischen totalitären Diktatur zur kommunistisch/sozialistischen totalitären Diktatur.

Im Anschluß an das Instruktionsreferat von Walter Ulbricht hielt Oberst Tulpanow, der politische Berater der sowjetischen Militäradministration, in der Parteihochschule Karl Marx ein Referat zum Thema „Volksdemokratie“. Nach Tulpanow gab es zwei Kennzeichen der Entstehung der Volksdemokratie: (1) Die Existenz der Sowjetunion und (2) der gemeinsame Kampf gegen den Faschismus. Eine volksdemokratische Revolution, wenn sie sich ohne Hindernisse entwickelt, geht zwangsläufig in eine sozialistische Revolution über. Die Volksdemokratie sei eine Übergangsform, die die Voraussetzungen für eine sozialisti-

⁵²⁹ Leonhard, Wolfgang: Die Revolution entläßt ihre Kinder, S. 542 f., 592 f.

sche Entwicklung schaffe.⁵³⁰ Damit formulierte Tulpanow, was später Staatsdoktrin der DDR wurde: *„Volksdemokratie und Sowjetmacht sind Staaten ein und desselben historischen Typus, Staaten der Diktatur des Proletariats. Ihnen liegen die gleichen allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus-Kommunismus zugrunde. Der volksdemokratische Staat hatte in der ersten Etappe der Revolution vorwiegend allgemein-demokratische Aufgaben zu lösen. Seinem Klassenwesen nach war er im allgemeinen eine revolutionär-demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern unter Führung der Arbeiterklasse. Erst in der zweiten Etappe übt er die Funktion der Diktatur des Proletariats aus. Der Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung wird zu seiner grundlegenden Aufgabe. Obwohl die Volksdemokratie unter anderen historischen Bedingungen als die Sowjetmacht entstanden ist, ist sie als eine Form des sozialistischen Staates durch die gleichen Grundzüge charakterisiert“*.⁵³¹

Am 27. Juni 1948 schließen die im Kominform zusammengeschlossenen kommunistischen Parteien Europas unter Führung der KPdSU die Kommunistische Partei Jugoslawiens (KPJ) aus dem Kominform aus. Sofort begann in der SED eine Kampagne gegen den jugoslawischen Weg zum Sozialismus. Im September 1948 wurde die Entschließung der Kominform auf der 13. Tagung des SED-Vorstandes „untertänigst begrüßt und die vollständige Anlehnung an die Sowjetunion proklamiert“.⁵³²

2.3.2 Die wirtschaftliche Ausgangssituation nach dem zweiten Weltkrieg in der SBZ/DDR

Nach den Zerstörungen durch den Krieg stand die Mehrzahl der deutschen Betriebe vor der Aufgabe des Wiederaufbaus. Zusätzliche Anforderungen wurden durch die Reparationsleistungen an die Siegermächte verursacht. Zu diesen Problemstellungen kam der Zusammenbruch und eine völlige Neuausrichtung der staatlichen Strukturen, Organisationen, usw. Deutschland war in vier Besatzungszonen zerstückelt mit der Folge von Abschottungen. Diese Abspaltungen führten zu weiteren Belastungen, da keiner der entstandenen Teilräume in sich einigermaßen ausgeglichen war und sich heterogene Strukturen herausbildeten.⁵³³

⁵³⁰ Ebd., S. 594.

⁵³¹ Artikel „Volksdemokratie“ in: Meyers Neues Lexikon, 2. Aufl., Bd. 14, Leipzig 1976, S. 584.

⁵³² Leonhard, Wolfgang: Die Revolution entläßt ihre Kinder, S. 623.

⁵³³ Gleitze, Bruno: Ostdeutsche Wirtschaft, Berlin 1956, S. 3.

Auch zeichneten sich die zunehmenden Gegensätze und der Bruch zwischen den westlichen Besatzungsmächten und der Sowjetunion ab, die schließlich zum „Eisernen Vorhang“ führten. Hierzu merkt Gleitze an⁵³⁴, daß für die deutsche Nation ein schicksalhafter Gegensatz entstand, da das Wesensmerkmal der geographischen Begriffe nun nicht mehr in den Himmelsrichtungen – Ost und West – bestand, sondern in einer totalen ideologischen Abgrenzung nach Besatzungsgebieten. Von DDR-Autoren⁵³⁵ wird die Auffassung vertreten, daß der Wiederaufbau der Wirtschaft im Vergleich zu Westdeutschland durch ungünstigere Ausgangsbedingungen erschwert wurde.

„Drei häufig erwähnte Gründe sind Strukturverzerrungen der ostdeutschen Industrie, Kriegszerstörungen des Produktionsapparates sowie Reparationen an die Sowjetunion und ihre Satellitenstaaten.“⁵³⁶

Für eine Beurteilung erscheint die Festlegung der Vergleichsbasis für einen erreichten Wiederaufbau entscheidend. Als zeitliche Grundlage bietet sich dabei das Jahr 1936 als letztes Jahr vor Beginn der Rüstungswirtschaft bzw. das Jahr 1939 als letztes Friedensjahr an. In diesem Zeitraum und bis zum Kriegsende wurden aus strategischen Gründen verstärkt Investitionen und sogar Verlagerungen in das spätere Gebiet der Sowjetzone vorgenommen.⁵³⁷

Eine weitere Schwierigkeit besteht in der Auswahl der Daten als Beurteilungsmaßstab sowie deren Verfügbarkeit und Qualität. Von Leptin⁵³⁸ wird in diesem Zusammenhang angemerkt, daß für die Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung auf mehrere Einflußfaktoren abzustellen ist.

Bei einer Festlegung von Beurteilungsmaßstäben stellt sich die Frage, ob absolute Größen von Mengen bzw. Werten oder Relationen z.B. als Pro-Kopf-Einsatz oder Pro-Kopf-Verbrauch zu einer sachgerechten Aussage führen. Die politisch-ideologischen Einflüsse haben zu Zweifeln an der Qualität der DDR-Statistiken geführt. So ergibt sich nach den DDR-Statistiken ab 1950 ein durchschnittliches Wachstum von jährlich 5,6% der Wirtschaftsleistung gegenüber 4,5% in der Bundesrepublik. Danach hätte

⁵³⁴ Ebd. Einleitung XI

⁵³⁵ Vgl. u.a. Barthel, Horst: Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der DDR, Berlin (Ost) 1979. Neumann; Neumann, Gerd: Die ökonomischen Entwicklungsbedingungen des RGW, Band 1: 1945-1958, Berlin (Ost) 1980; Roesler, Jörg/Siedt, Veronika/Elle, Michael: Wirtschaftswachstum in der Industrie der DDR 1945-1970, Berlin (Ost) 1986.

⁵³⁶ Ritschl, Albrecht: Aufstieg und Niedergang der Wirtschaft der DDR in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Berlin 1995, S. 17.

⁵³⁷ Melzer, Manfred: Anlagevermögen, Produktion und Beschäftigung der Industrie im Gebiet der DDR von 1936-1978, Berlin 1980, S. 40.

⁵³⁸ Leptin, Gert: Deutsche Wirtschaft nach 1945 Ein Ost-West-Vergleich, Opladen 1980, S. 51

die DDR mit Leichtigkeit den westdeutschen Lebensstandard erreichen können.⁵³⁹

Im „Handbuch der Deutschen Demokratischen Republik“ wird unter der Überschrift „Das wahre Deutsche Wunder“ in ähnlicher Weise ausgeführt: „Die DDR gehört zu den zehn führenden Industrienationen der Welt. Bereits Ende 1961 wurden auf dem Territorium der DDR, das nicht einmal ein Viertel der Gesamtfläche des alten Deutschen Reiches umfaßt, etwa 90% der Industrieproduktion ganz Deutschlands vom Jahre 1936 erreicht.“⁵⁴⁰

Die Reparationen an die Sowjetunion in Form von Demontagen und Lieferungen aus der laufenden Produktion wurden allein von der sowjetischen Besatzungszone getragen und haben unstrittig im Vergleich zu den Westzonen zu einer höheren Belastung geführt. Dies läßt sich im Sinne der DDR-Autoren nicht als maßgebende Ursache für den wirtschaftlichen Rückstand gegenüber der Bundesrepublik anführen. Auch kann das Ausmaß der Reparationslasten nicht eindeutig quantifiziert werden. Wie sollen z.B. die Kapazitätsverluste bei mehrstufigen und Mehrprodukt-Betrieben verifiziert werden. Wertgrößen für Anlagenverluste können im Regelfall nicht als Maßstab herangezogen werden, da die Auswirkungen keinen Niederschlag finden. Dies gilt z.B. für Engpaßfaktoren, wie die Entnahme sämtlicher Formen, Modelle und Werkzeuge, die zu einer Stilllegung des Gesamtbetriebes führen können. Nach Ritschl⁵⁴¹ muß bei einer Wertung auf relative Größen abgestellt werden, um mehrere Einflußfaktoren zu berücksichtigen. Für 1950 wird von Ritschl ermittelt, daß durch Einbeziehung von Wanderungsbewegungen „in der Pro-Kopf-Ausstattung mit Produktionskapital keine wesentlichen Unterschiede zwischen Ost und West“⁵⁴² bestehen.

Die Einführung der sozialistischen Zentralplanwirtschaft stellt einen weiteren Faktor für die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten dar und läßt sich nur schwer quantifizieren. Welche Auswirkungen hatte die Konfiskation der Privatunternehmen mit der Folge einer Abwanderung von Unternehmern und Fachkräften als Verlust von möglichen Antriebskräften?

Bei einer Gesamtwürdigung – auch unter Einbeziehung der allein von der Bundesrepublik geleisteten Wiedergutmachungen – kann davon ausgegangen werden, daß die Reparationsbelastungen nicht als Grund für die anhaltenden Rückstände gegenüber der Bundesrepublik, sondern höchstens für eine zeitliche Verzögerung des Wiederaufbaus aufgeführt werden können.

⁵³⁹ Ebd.

⁵⁴⁰ Handbuch der Deutschen Demokratischen Republik Hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Berlin (Ost) o. Jhg. (1965), S. 22.

⁵⁴¹ Ritschl, Alfred: Aufstieg und Niedergang der Wirtschaft der DDR a.a.O. S. 22

⁵⁴² Ebd. S. 21

2.3.3 Befehle der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) schaffen die Voraussetzungen für eine güterwirtschaftlich gelenkte sozialistische Zentralplanwirtschaft nach sowjetischem Vorbild

Der Aufbau des wirtschaftlichen Lenkungsgefüges in der SBZ/DDR verlief ab 1945 in mehreren Etappen.

1. Etappe: Enteignung der Banken, privater Betriebe und Überführung in Volkseigentum
2. Etappe: 1948/49 Aufbau einer zentralisierten Industrieverwaltung, ihr Spitzenorgan die Deutsche Wirtschaftskommission (DWK). Sie ähnelte in ihrem Aufbau „dem obersten Volkswirtschaftsrat“, dem entscheidenden Wirtschaftsführungsorgan in der UdSSR während der „Neuen Ökonomischen Politik“ (NÖP-Periode).
3. Etappe: Auflösung der DWK nach Bildung der DDR: an ihre Stelle trat ein Industrieministerium. Aus dieser Umstrukturierung lassen sich wieder Parallelen zu der Entwicklung in der UdSSR ziehen.⁵⁴³
4. Etappe: Erster Fünfjahrplan ab Anfang 1951.

Die SMAD übte für den Zeitraum von 1945-1949 in der SBZ die eigentliche Regierungsgewalt aus.⁵⁴⁴

Mit dem Befehl Nr. 1 vom 9. Juni 1945 wird die SMAD mit Sitz in Berlin-Karlshorst ins Leben gerufen. Bis 1949 ist sie die höchste Behörde in der SBZ, deren Befehle Gesetzeskraft haben. Erster Chef der SMAD ist der sowjetische Marschall Georgi K. Shukow. Ihm folgen im April 1946 Marschall Wassilij D. Sokolowski sowie ab März 1949 General Wassilij I. Tschuikow. Von allen Besatzungsmächten unterhält die UdSSR das meiste Personal in Deutschland. Nach der Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 wird die SMAD am 10. Oktober 1949 aufgelöst und durch die Sowjetische Kontrollkommission (SKK) ersetzt.

⁵⁴³ In der UdSSR war 1930/31 die Leitung der Industrie dem Verwaltungsbereich des obersten Volkswirtschaftsrates entzogen und einem Volkskommissariat übertragen worden. Vgl. Pfeiffer, Eberhard: Die naturale Planung des Wirtschaftsprozesses in der DDR, Diss., S. 6 f.

⁵⁴⁴ DDR-Handbuch, wissenschaftliche Leitung Hartmut Zimmermann u. a., Bd. 1, 3. Aufl., Köln 1985, Stichwort Besatzungspolitik, S. 192 f.; Creuzberger, Stefan: Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, Weimar, Köln, Wien 1996; SMAD Handbuch. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland 1945-1949, hrsg. von Horst Möller und Alexandr O. Tschubarjan, München 2009.

Mit einem dichten Netz von Kommandanturen auf Länder- und Kreis- bis hinunter zur Ortsebene kontrolliert die SMAD das gesamte wirtschaftliche und politische Leben in ihrer Besatzungszone: Sie nimmt Demontagen vor, verfügt eine Boden- und Industriereform, die Verstaatlichung von Banken und Versicherungen, gründet Länder und läßt neue Parteien zu. Nach den Vorgaben der SMAD wird die sowjetische Besatzungszone bis 1949 im Sinne der UdSSR komplett umgestaltet.

Die „Initiativgruppen“ des ZK der KPD⁵⁴⁵ bzw. die sich formierenden KPD-Grundorganisationen erhielten die ausdrückliche Weisung, zu einer schnellstmöglichen Belebung des wirtschaftlichen Lebens beizutragen.⁵⁴⁶ Mit gesonderten, für die ganze SBZ verbindlichen Befehlen unterstrich die SMAD im Juli und erneut im August 1945 ihre Orientierung auf „beschleunigte Wiederherstellung und Ingangsetzung der industriellen Unternehmungen“.⁵⁴⁷ Der Befehl Nr. 9 der SMAD legte weiter fest: „Der Verkauf von Waren und Erzeugnissen an die Besatzungstruppen, Unternehmungen und Bevölkerung“ hat laut § 5 „zu den im Jahre 1944 festgesetzten Preisen zu erfolgen“ – den sog. Stoppreisen. Weiter wurde festgelegt, eine Wirtschaftsplanung und straffe Güterlenkung durchzusetzen. Bereits in diesem Befehl wurde die Erstellung eines „Projektionsplans“ für das 4. Quartal 1945 angeordnet und erste Bewirtschaftungsrichtlinien erlassen.⁵⁴⁸

⁵⁴⁵ Bereits im Dezember 1944 mündeten die Diskussionen der KPD-Führung in das „Aktionsprogramm des Blockes Kämpferischer Demokratie“, das federführend von Pieck, Ulbricht und Ackermann entworfen worden war. Vgl. Frank, Mario: Walter Ulbricht. Eine deutsche Biographie, Berlin 2001, S. 175 und Voßke, Heinz: Walter Ulbricht. Biographischer Abriß, Berlin 1983, S. 237 f.

⁵⁴⁶ Zank, Wolfgang: Wirtschaftsplanung und Bewirtschaftung in der Sowjetischen Besatzungszone – Besonderheiten und Parallelen im Vergleich zum westlichen Besatzungsgebiet, 1945-1949, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 71. Bd., Heft 4/ 1984, S. 485-504 (486 f.)

⁵⁴⁷ Vgl. SMAD-Befehl Nr. 9 vom 21. Juli 1945 und SMAD-Befehl Nr. 10 vom 21.7.1945.

⁵⁴⁸ Zank, Wolfgang: Wirtschaftsplanung und Bewirtschaftung in der Sowjetischen Besatzungszone – Besonderheiten und Parallelen im Vergleich zum westlichen Besatzungsgebiet, 1945-1949, S. 487 ff.

2.3.3.1 Erste Etappe: Enteignung der Banken, privater Betriebe und Überführung in Volkseigentum

2.3.3.1.1 Bankenschließungen am 28. April 1945 durch den russischen Stadtkommandanten von Berlin und die Kontenenteignungen gemäß SMAD-Befehl Nr. 01 vom 23. Juli 1945

Die Konfiskation⁵⁴⁹ des Eigentums (und - partiell - des Erbrechts) war eine 1945 und späterhin konsequent geschaffene Grundlage für die kommunistische Diktatur in der SBZ gewesen.⁵⁵⁰ Unmittelbar nach der Besetzung Berlins wurden durch den Befehl Nr. 1 des Chefs der Besatzung der Stadt Berlin vom 28. April 1945 alle Banken geschlossen und es wurde den Bankbeamten kategorisch verboten, jegliche Werte zu entnehmen.

Entscheidende Schritte waren die sog. Konten-Enteignungen in der Sowjetischen Besatzungszone 1945. Mit Datum vom 23. Juli 1945 hatte die Sowjetische Militäradministration in Deutschland mit ihrem SMAD-Befehl Nr. 01 „Über die Neuorganisation der deutschen Finanz- und Kreditorgane“⁵⁵¹ in ihrer Besatzungszone eine generelle Auszahlungssperre für alle Reichsmark-Guthaben verfügt. Die Auszahlungssperre betraf dabei nicht nur die Guthaben auf Spar- und Girokonten, sondern auch die Ansprüche aus Anleihen und gegenüber Versicherungen.⁵⁵²

⁵⁴⁹ Bei der Masse der zwischen 1945 und 1949 in der SBZ erfolgten Eingriffe in private Eigentumspositionen handelt es sich um Konfiskationen, nicht dagegen um Enteignungen. Im Gegensatz zu diesen sind Konfiskationen durch ihren Charakter als entschädigungslose, subjektbezogene Verfolgungsmaßnahmen gekennzeichnet. Vgl. dazu von der Beck, Stefan: Die Konfiskationen in der Sowjetischen Besatzungszone von 1945-1949, Frankfurt a.M. 1996, S. 55 und vgl. dazu auch Schweisfurth, Theodor: SBZ-Konfiskationen privaten Eigentums 1945 bis 1949. Völkerrechtliche Analyse und Konsequenzen für das deutsche Recht, Baden-Baden 2000, S. 12.

⁵⁵⁰ Vgl. dazu u.a. Mampel, Siegfried: Die sozialistische Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, (Kommentar), 2. neubearb. Aufl., Frankfurt/a.M. 1982, insb. S. 288 ff.; Lisse, Albert: Handlungsspielräume deutscher Verwaltungsstellen bei den Konfiskationen in der SBZ 1945-1949, Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, hrsg. von Jürgen Schneider, Markus A. Denzel, Rainer Gömmel, Nr. 99, Stuttgart 2003, S. 17 ff.

⁵⁵¹ SMAD-Befehl Nr. 01 vom 23. Juli 1945. Die in der Arbeit zitierten SMAD-Befehle sind abgedruckt bei Foitzik, Jan: Inventar der Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945-1949, im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte, zusammengestellt und bearbeitet von Jan Foitzik, Offene Serie, München 1995 und bei Lisse, Albert: Handlungsspielräume deutscher Verwaltungsstellen bei den Konfiskationen in der SBZ 1945-1949, im Anhang S. 181-226.

⁵⁵² Vgl. Lisse, Albert: Handlungsspielräume deutscher Verwaltungsstellen bei den Konfiskationen in der SBZ 1945-1949, Stuttgart 2003, S. 18.

Die Auszahlungssperre änderte sich mit Einschränkungen erst am 26. Juni 1948, dem Tag des Binnenwährungsumtausches⁵⁵³ in der SBZ. Vor dem 9. Mai 1945 entstandene und gesperrte Guthaben werden lt. SMAD-Befehl Nr. 111/1948 im Verhältnis 10:1 umgewertet und in eine Anleihe umgewandelt.⁵⁵⁴

Die Bankenschließung stellt eine grundlegende Weichenstellung für die Sowjetisierung der Ostzone dar. Gustav Stolper, der 1933 in die USA emigrierte und nach dem Krieg als Mitglied einer Mission des US-Präsidenten Herbert Hoover im Februar 1947 Deutschland wieder besuchte, führt im Zusammenhang mit Überlegungen über eine anstehende Währungsreform hierzu in eindeutiger Klarheit aus:

„War je eine gemeinsame Währung für ein sozialisiertes Ostdeutschland und ein privatwirtschaftliches – wenn auch mit sozialistischen Elementen durchsetztes – Westdeutschland denkbar?“

Eine der ersten Maßnahmen der russischen Eroberer in ihrer Zone mit Einschluß von ganz Berlin war die Sperrung aller Banken. Als sie endlich den westlichen Alliierten gestatteten, ihre Amtsstellen in Berlin einzurichten, blieb die Sperrung der Banken eine jener russischen Maßnahmen, die nie abgeändert wurden. Nun befand sich aber der größte Teil aller deutschen Bankdepositen in den Berliner Banken, während die Inhaber der Depositen über ganz Deutschland verstreut lebten. Die Russen richteten neue Länder- und Provinzbanken ein, die ihr Geschäft, einschließlich der Annahme von neuen Depositen, von vorne anfangen, aber dieses neue Geschäft hat aus offensichtlichen Gründen nur einen Bruchteil des Geschäftsumfanges der geschlossenen Banken. [...] Vom ersten Augenblick der Okkupation an begann Moskau die Ostzone zu sozialisieren. [...] Aber die negative Maßnahme der Schließung der privaten Banken war nicht genug. Die Sowjets brauchen Banken in Deutschland geradeso wie in Rußland. Deshalb gründeten sie je eine Landesbank in jedem ihrer fünf Länder, in Dresden, Weimar, Schwerin, Potsdam und Halle. Die neuen Banken übernahmen Organisation und Einrichtung der gesperrten privaten Banken und erwarben so ein weites Netz von lokalen Bankfilialen, die unter dem Namen von Stadtbanken ihre Schalter wieder öffneten. Ihr endgültiges Schicksal bleibt vorbehalten.

⁵⁵³ Zum Binnenwährungsumtausch vgl. Schneider, Jürgen: Die Währungsreform in der SBZ: Ausgabe von funktionslosem Geld, in: Ludwig-Erhard-Stiftung (Hrsg.), Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Nr. 77 (3/1998), S. 63-69; Schneider, Jürgen/ Schwarzer, Oskar/ Kluge, Ulrich: Markt gegen Plan, in: 50 Jahre Deutschland. Ereignisse und Entwicklungen, hrsg. von Hermann Schäfer, Freiburg 1999, S. 28-39 (S. 29 f.); vgl. auch Zschaler, Frank: Die vergessene Währungsreform. Vorgeschichte, Durchführung und Ergebnisse der Geldumstellung in der SBZ 1948, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 2/1997, S. 191-223.

⁵⁵⁴ Deutsche Finanzwirtschaft, 1948. Nummer 7, Seite 44

ten. Die Landesbanken werden ergänzt von fünf Emissions- und Girobanken, die die Funktionen der ehemaligen Reichsbank übernahmen, nämlich die Aufsicht über die Währung, Geldübertragungen zwischen den Provinzen und alle anderen Funktionen einer Emissionsbank, mit der wichtigen Ausnahme des Privilegs der Emission neuen Geldes. Sie haben keine Privatkundschaft, sondern sind auf den Verkehr zwischen den Regierungsstellen und den Banken in ihren betreffenden Ländern beschränkt. [...] Die früheren Sparkassen wurden durch neue Stadt- und Kreissparkassen ersetzt. Die Kreditgenossenschaften, in Deutschland eine ziemlich weitverbreitete Organisation, wurden nicht gesperrt. Sie arbeiten zusammen mit den neu geschaffenen Organisationen weiter. Im Gegensatz zu den westlichen Zonen sind die neuen Banken nicht Rechtsnachfolger der gesperrten privaten Anstalten. Sie haben nicht die Verantwortung für die alten Depositen und anderen Verpflichtungen übernommen. Trotzdem treiben sie ausstehende Forderungen und Kredite der gesperrten Anstalten ein. Ganz dasselbe Verfahren wurde nach 1917 in der Sowjetunion befolgt.⁵⁵⁵

Bereits in der „Anordnung Nr. 0135 des Kriegsrates der GSBSD zur Organisation deutscher Finanz- und Kreditinstitute in der SBZ“ vom 10. Juli 1945⁵⁵⁶ wird verfügt, daß von den Provinzen und Ländern „zur Leitung der Finanz-, Bank- und Kreditinstitute Provinzialbanken und innerhalb der Verwaltungen Finanzabteilungen“⁵⁵⁷ zu schaffen sind. Den Finanzabteilungen obliegt die Finanzierung der Verwaltung sowie der ihr unterstellten Unternehmen und Betriebe auf Basis der bestätigten Haushalte. Damit wurde bereits zu diesem Zeitpunkt die Einbindung der volkseigenen Wirtschaft einschließlich Finanzsystem in den Staatshaushalt begründet. Als lediglich untergeordnete Ausführungsorgane können die neu gebildeten Bankinstitutionen nicht mit einem westlichen Bankensystem und dessen Funktionen verglichen werden.

2.3.3.1.2 Die Konfiskation von privaten Unternehmen und Überführung in Volkseigentum

Im September 1945 begannen die sog. demokratische Bodenreform und die Konfiskationen der Betriebe.⁵⁵⁸ Unter der Formel „demokratische Bodenreform“ und mit der Propaganda-Wendung „Junkerland in

⁵⁵⁵ Stolper, Gustav: Die Deutsche Wirklichkeit, Hamburg 1949 (Übersetzung der amerikanischen Originalausgabe von 1947), S. 129 und 132-134

⁵⁵⁶ Abgedruckt in Foitzik, Jan (Hrsg.): Sowjetische Interessenpolitik in Deutschland 1944-1954, München 2012, S. 198-201

⁵⁵⁷ Ebd. S. 200

⁵⁵⁸ Vgl. dazu auch Stern, Carola: Ulbricht. Eine politische Biographie, Köln, Berlin 1964, S. 128 f.

Bauernhand⁵⁵⁹ wurde die Konfiskation jedweden Grundeigentums vollzogen, der über einer Grenze von 100 ha lag, und zwar zur Gänze, Inventar und persönliche Habe eingeschlossen.⁵⁶⁰

Die Forderung nach grundlegenden Veränderungen auf dem Lande als eine der „unmittelbarsten und dringendsten Aufgaben [...] für die demokratische Erneuerung Deutschlands“⁵⁶¹ wurde bereits in das Manifest der KPD vom 11. Juni 1945 aufgenommen. Die darin konkretisierte programmatische Forderung lautete: „Liquidierung des Großgrundbesitzes, der großen Güter der Junker, Grafen und Fürsten und Übergabe ihres ganzen Grund und Bodens sowie des lebenden und toten Inventars an die Provinzial- bzw. Landesverwaltungen zur Zuteilung an die durch den Krieg ruinierten und besitzlos gewordenen Bauern. Es ist selbstverständlich, daß diese Maßnahmen in keiner Weise den Grundbesitz und die Wirtschaft der Großbauern berühren wird.“

Der letzte Satz des Aufrufes (Punkt 7.) belegt die Propagandalüge der KPD-Führung, denn gerade der Grundbesitz und die Wirtschaft der Großbauern waren von den nachfolgenden Konfiskationsmaßnahmen erheblich betroffen. Im Zusammenhang mit der Bodenreform wurden auch die Grundbuchblätter der beschlagnahmten Ländereien einschließlich der Grundkarten und sonstigen Unterlagen vernichtet.⁵⁶²

Die Konfiskationen der Betriebe – auf der Grundlage der SMAD-Befehle Nr. 124 und 126 vom 30. und 31. Oktober 1945 - in der Industrie als dritte entscheidende Maßnahme der wirtschaftspolitischen Umgestaltung in der SBZ betraf ca. 9.500 größere Industriebetriebe, wobei auch hier oftmals, örtlichen Begehrlichkeiten oder Animositäten kommunistischer Funktionäre folgend, die Konfiskationen auch kleine Unternehmen erfaßten.⁵⁶³

Auch die „Industriereform“ war - wie die „Bodenreform“ - ein Instrument der unterschiedslosen Verfolgung und Vernichtung einer ganzen sozialen Schicht, des Bürgertums in der SBZ.

⁵⁵⁹ Vgl. ebd., S. 132 f.

⁵⁶⁰ Vgl. dazu die Dokumentation bei Kruse, Joachim von: Weißbuch über die „demokratischen Bodenreform“ in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, München 1988, S. 9 ff. und vgl. Lisse, Albert: Handlungsspielräume deutscher Verwaltungsstellen bei den Konfiskationen in der SBZ 1945-1949, S. 19.

⁵⁶¹ Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands an das deutsche Volk zum Aufbau eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands, 11. Juni 1945, in: Dokumente aus den Jahren 1945-1949, Berlin 1968, S. 62.

⁵⁶² Vgl. Verordnung vom 8. April 1946.

⁵⁶³ Vgl. Lisse, Albert: Handlungsspielräume deutscher Verwaltungsstellen bei den Konfiskationen in der SBZ 1945-1949, S. 19 f.

Den Betroffenen der Konfiskationen war jede Möglichkeit zur Rechtfertigung verwehrt. Gerichtliche Überprüfungsmöglichkeiten und rechtsstaatliche Verfahrensregeln (rechtliches Gehör, Rechtsschutz, Unschuldsvermutung) bestanden nicht.⁵⁶⁴

Bereits in der SBZ wurde die Gewaltenteilung aufgehoben und die Justiz von der SED instrumentalisiert und die persönliche Freiheit nicht durch Gerichte geschützt.⁵⁶⁵

Zur Durchführung der Befehle 124 und 126 installierte die SMAD mit dem Befehl Nr. 139⁵⁶⁶ vom 9. November 1945 die organisatorischen Strukturen. Der SMAD-Befehl 139 legte fest: „Die Landräte bzw. Oberbürgermeister sind dafür verantwortlich, daß alle auf Grund der Befehls Nr. 124 ausgesprochenen Beschlagnahmen überprüft werden. Insbesondere ist anzugeben, ob von diesem Befehl betroffene Personen tatsächlich Aktivisten gewesen sind. Die bloße Behauptung genügt nicht, sie muß belegt werden.“

Am 29. März 1946 erließ die SMAD den Befehl Nr. 97⁵⁶⁷ mit Ausführungsbestimmungen, der die Sequesterpraxis in den Ländern vereinheitlichte und dafür die Zentrale Deutsche Kommission für Sequestrierung und Beschlagnahme (ZDK) einsetzte.

Während der SMAD-Befehl Nr. 97 vom 29. März 1946 neben der Bildung der ZDK die Übergabe der sequestrierten und beschlagnahmten Vermögenswerte in die Verfügungsgewalt deutscher Verwaltungen ankündigte, regelte der SMAD-Befehl Nr. 154/181 vom 21. Mai 1946⁵⁶⁸ diese Übergabe.

Punkt 8 des Befehls Nr. 154/181 vom 21. Mai 1946 verpflichtete die deutschen Behörden abermals zur strikten Einhaltung des sowjetischen Besatzungsrechts.

Die „falsche Anwendung“ der o. g. Befehle fand ihren Niederschlag in der Zuordnung zu den Listen A oder B⁵⁶⁹, für die die deutschen Ver-

⁵⁶⁴ Vgl. Forsthoff, Ernst: Ist die Bodenreform in der Deutschen Demokratischen Republik im Falle der Wiedervereinigung als rechtswirksam anzuerkennen? Rechtsgutachten, Heidelberg 1954, S. 4 ff. und Lisse, Albert: Handlungsspielräume deutscher Verwaltungsstellen bei den Konfiskationen in der SBZ 1945-1949, m.w.N.

⁵⁶⁵ Vgl. hier den vorgehenden Abschnitt II.1. Die Staats- und Rechtsordnung.

⁵⁶⁶ SMAD-Befehl Nr. 139 vom 9. November 1945.

⁵⁶⁷ SMAD-Befehl Nr. 97 vom 29. März 1946.

⁵⁶⁸ SMAD-Befehl Nr. 154/181 vom 21. Mai 1946.

⁵⁶⁹ Die Liste A verzeichnete alle Betriebe, deren Besitzer enteignet werden sollten. Die Liste B erfaßte Betriebe, die an ihre Eigentümer zurückgegeben werden sollten, weil diese als „nicht in erheblichem Maße“ belastete Naziaktivisten und Kriegsverbrecher galten. De facto wurde die Rückgabe vieler Unternehmen auf der Liste B durch Willkürentscheidungen deutscher Verwaltungsstellen verhindert. Vorläufig im Besitz bzw.

waltungsstellen von Anfang an verantwortlich waren. Die SMAD-Festlegungen und die Kritik an den deutschen Verwaltungsstellen werfen ein bezeichnendes Licht auf den Wert dieser Listen.⁵⁷⁰

Sowjetische Reparationsansprüche auf betriebliches Vermögen, erfaßt in einer sog. C-Liste, regelte u. a. der Befehl Nr. 167⁵⁷¹ vom 5. Juni 1946.

Ende Januar 1946 wurde die Übernahme von etwa 200 deutschen Betrieben als Sowjetische Aktiengesellschaften (SAG) in sowjetisches Eigentum zur anteiligen Befriedigung von Reparationsansprüchen beschlossen.⁵⁷² Die SAG's wurden 1953/1954 mit Ausnahme der Wismut AG (Urangewinnung) für ca. 3 Mrd. Mark⁵⁷³ an die DDR zurückgegeben.

Mit dem Befehl Nr. 201 vom 16. August 1947⁵⁷⁴ und seinen Ausführungsbestimmungen differenzierte die SMAD erst zwei Jahre nach dem Befehl Nr. 124 zwischen nominellen und aktiven NSDAP-Mitgliedern und verbot Eigentumsentzug ohne korrekte Verfügung gerichtlicher oder entsprechender Verwaltungsorgane.

Der endgültige Abschlußbericht der Zentralen Deutschen Kommission für Sequestrierung und Beschlagnahme (ZDK) an die SMAD-Kontrollkommission vom 11. März 1948 enthielt nur die konkrete Statistik der Enteignungen und Aufstellung von Betrieben, die aus unterschiedlichen Gründen in den Ländern und Provinzen auf den A-, B- und C- Listen während der vergangenen zwei Jahre hin- und hergeschoben wurden.

unter Kontrolle der SMAD verbleibende, meist Reparationszwecken dienende Unternehmen registrierte ein besondere Liste C. Vgl. zu den verschiedenen Listen Broszat, Martin/ Weber, Hermann (Hrsg.): Das SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949, München 1990, S. 381 f.

⁵⁷⁰ Vgl. Hinweise von Tatzkow, Monika/ Henicke, Hartmut: Zur Praxis der „Enteignung der Naziaktivisten und Kriegsverbrecher“ in der SBZ, in: Zeitschrift für offene Vermögensfragen (ZOV) 4/1992, S. 183 f.

⁵⁷¹ SMAD-Befehl Nr. 167 vom 5. Juni 1946.

⁵⁷² SMAD-Befehl Nr. 167 vom 5. Juni 1946 sowie Karlsch, Rainer: Allein bezahlt?, Berlin 1993, S. 100

⁵⁷³ Vgl. Bröll, Werner: Die Wirtschaft der DDR, München-Wien 1974, S. 14.

⁵⁷⁴ SMAD-Befehl Nr. 201 vom 16. August 1947.

Danach betrug die Zahl der in der SBZ auf die A-Liste gesetzten betrieblichen Unternehmen 9.281. Für die B- und C-Liste machte der Bericht keine Angaben.⁵⁷⁵

Der Befehl Nr. 64 vom 17. April 1948 und seine Ausführungsverordnungen wie auch die ihm folgenden DWK-Richtlinien beendeten im Eilverfahren und formal die Konfiskationen.⁵⁷⁶

Die nachfolgende Abbildung zeigt die Konfiskation des Privateigentums an Produktionsmitteln und Überführung in „Volkseigentum“ in der SBZ/DDR (1945-1950).

⁵⁷⁵ Vgl. Tatzkow, Monika/ Henicke, Hartmut: Zur Praxis der „Enteignung der Naziaktivisten und Kriegsverbrecher“ in der SBZ, in: ZOV 1992, S. 185.

⁵⁷⁶ ZVOBl. 1948, S. 140 ff.

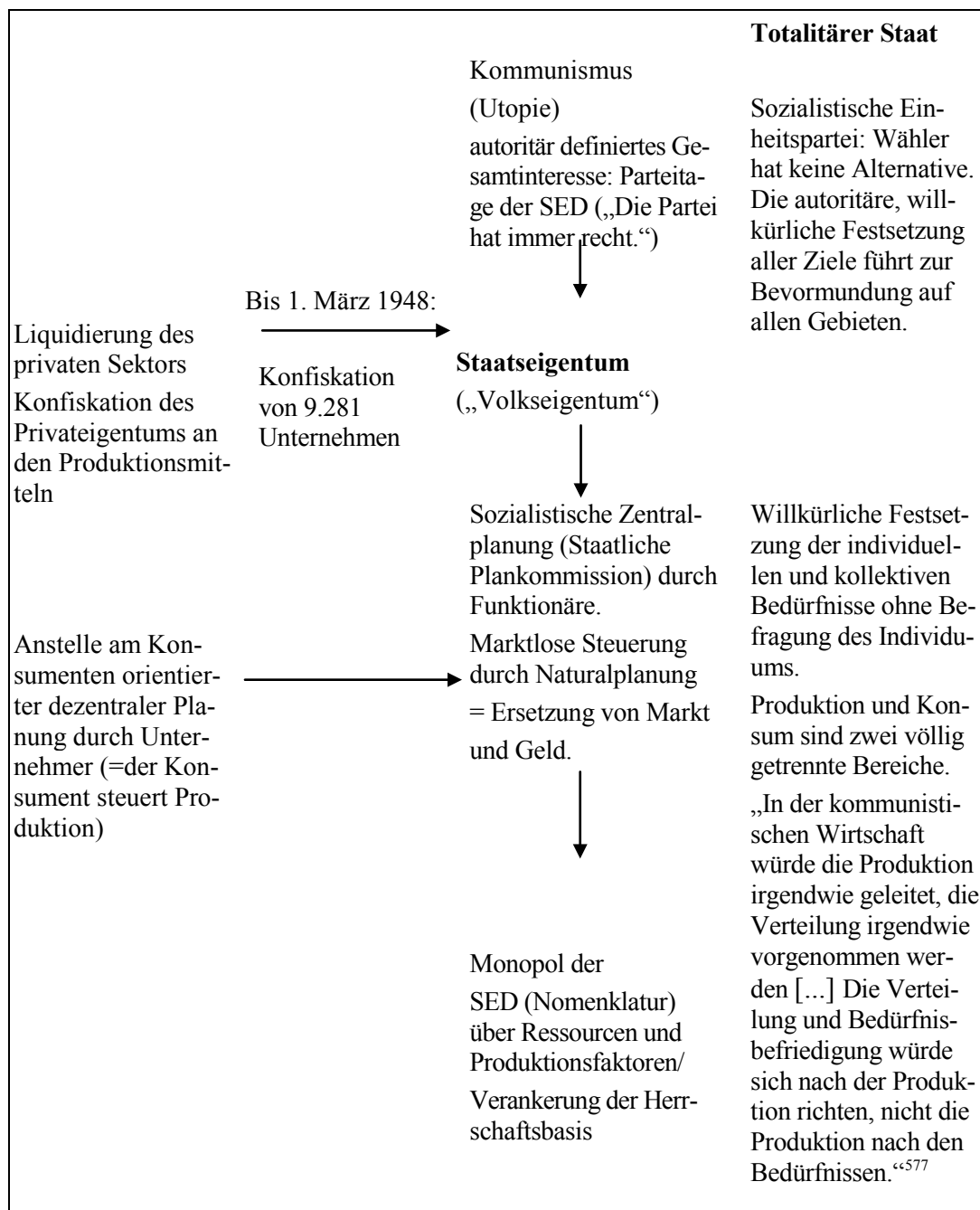


Abbildung 6: Konfiskation des Privateigentums an Produktionsmitteln und Überführung in „Volkseigentum“ in der SBZ/DDR (1945-1950) sowie Verfügungsmacht

⁵⁷⁷ Halm, Georg: Die Konkurrenz. Untersuchungen über die Ordnungsprinzipien und Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Verkehrswirtschaft, München und Leipzig 1929, S. 32, Entwurf: Schneider, Jürgen, Altdorf bei Nürnberg 2008.

2.3.3.2 Zweite Etappe: 1948/49 Aufbau einer zentralisierten Industrieverwaltung

Die SMAD errichtete auf Grund der Befehle Nr. 17 vom 27. Juli 1945 und 17 a vom 12.9.1945⁵⁷⁸ elf „Deutsche Verwaltungen“ mit Zuständigkeit für die gesamte SBZ. Laut der erst am 11. September 1945 erfolgten Bekanntgabe ihrer Gründung sind sie zur „Entwicklung der lebenswichtigen Wirtschaft“ bestimmt. Sie sollen „im Kompetenzbereich der gesamten sowjetischen Okkupationszone ihre Funktionen gemäß den Direktiven der entsprechenden Abteilungen“ der SMAD „unter ihrer unmittelbaren Kontrolle ausüben“. Die elf Verwaltungen sind: Verkehr (Dr. Wilhelm Pfitzner, SPD), Nachrichtenverbindung (Wilhelm Schröder), Brennstoff (Dr. Ferdinand Friedensburg, CDU), Industrie (Leo Scripscinski, KPD), Ackerbau (Edwin Hörnle, KPD), Finanzen (Heinrich Meier), Arbeitskräfte (Gustav Gundelach), Erziehung (Paul Wandel, KPD), Justiz (Dr. Eugen Schiffer, LDP), Gesundheit (Paul Konitzer) und Handel (Dr. Buschmann, SPD). Diese zentralen „Deutschen Verwaltungen“ sind zunächst tatsächlich nur Unter- und Hilfsbehörden der SMAD und mit deutschen Sachverständigen besetzt. Sie schaffen vor allem den „Besatzungsbedarf“ und die „Reparationen“ für die UdSSR mit herbei.⁵⁷⁹

Am 11. Juni 1947 konstituierte sich auf der Grundlage des SMAD-Befehls Nr. 138 vom 4. Juni 1947⁵⁸⁰ in Berlin die Deutsche Wirtschaftskommission (DWK) für die Sowjetische Besatzungszone.⁵⁸¹ Mit der DWK-Gründung wurde in der SBZ der entscheidende Schritt zur Schaffung zentraler staatlicher Verwaltungen getan.

Mit dem SMAD-Befehl Nr. 32 vom 12. Februar 1948⁵⁸² und einem DWK-Beschluß vom 20. April 1948 wurde der Ausbau der Deutschen Wirtschaftskommission zum zentralen Staatsorgan für die Planung und

⁵⁷⁸ Vgl. SMAD-Befehle Nr. 17 vom 27. Juli 1945 und 17 a vom 12.9.1945.

⁵⁷⁹ Die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands in den Jahren 1945 bis 1954, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn, Berlin 1964, S. 14.

⁵⁸⁰ SMAD-Befehl Nr. 138 vom 4. Juni 1947.

⁵⁸¹ Zur DWK vgl. Herbst, Andreas/ Ranke, Winfried / Winkler, Jürgen: So funktionierte die DDR, Bd. 1, Stichwort Deutsche Wirtschaftskommission (DWK), Reinbek b. Hamburg 1994, S. 228 f.; aus DDR-Sicht, Schöneburg, Karl-Heinz: Staat und Recht in der Geschichte der DDR, Berlin 1973, S. 119 ff.; Weißleder, Wolfgang: Deutsche Wirtschaftskommission und Errichtung des sozialistischen Staates der DDR, in: Staat und Recht, 1975, S. 576 ff.

⁵⁸² Vgl. SMAD-Befehl Nr. 32 vom 12. Februar 1948 - Zusammensetzung und Vollmachten der Deutschen Wirtschaftskommission, in: ZentralVOBl. Nr. 8/1948, S. 89 und Nr. 15/1948, S. 138 f.

Leitung der SBZ-Wirtschaft verfügt.⁵⁸³ Mit SMAD-Befehl Nr. 64 vom 17. April 1948 wurde formell die „Beendigung der Sequesterverfahren“ in der SBZ beschlossen und die Kommissionen für Sequestrierung und Beschlagnahme, die zur Durchführung des SMAD-Befehls Nr. 124 geschaffen wurden, wurden aufgelöst. „Alle Betriebe, die ohne genügenden Grund sequestriert wurden [...], sind den früheren Besitzern bis zum 30. April (1948) zurückzugeben.“⁵⁸⁴ In der Realität liefen die Sequestrierungen auch nach diesem SMAD-Befehl weiter – ein exemplarisches Beispiel dafür, daß sich deutsche Dienststellen über sowjetische Befehle hinweggesetzt haben.

Nachdem die sowjetische Besatzungsmacht der DWK im ersten halben Jahr ihres Bestehens nur sehr begrenzte Entscheidungs- und Verwaltungskompetenzen zugebilligt hatte, änderte sich dieses ab Februar 1948. Aufgrund des Befehls Nr. 32 wurde der DWK gestattet, eine größere und straffere Organisation aufzubauen und erheblich erweiterte Befehls- und Verwaltungszuständigkeiten selbstverantwortlich zu übernehmen.

Die Verordnungen, Anordnungen und Beschlüsse der Deutschen Wirtschaftskommission erhielten faktisch Gesetzeskraft⁵⁸⁵ und waren für alle Behörden und Bewohner der SBZ verbindlich, wodurch die Gesetzgebungskompetenz der Länder eingeschränkt und deren Exekutive teilweise zugleich den Anweisungen der DWK unterstellt wurde.

Oberstes Leitungsgremium der Deutschen Wirtschaftskommission, bei dem alle entscheidenden Legislativen, Exekutiven und Kontrollfunktionen konzentriert waren, war das DWK-Sekretariat, das sich aus dem Vorsitzenden Heinrich Rau (KPD/SED), dessen Stellvertretern Fritz Selbmann (KPD/SED), Bruno Leuschner und weiteren Mitgliedern der KPD/SED zusammensetzte.

Aus den organisatorisch und personell gut ausgestatteten Apparaten der DWK und deren zentraler Rechtsetzungskompetenz⁵⁸⁶ sowie der drei Zentralverwaltungen konnte im Oktober 1949 mühelos die erste DDR-Regierung gebildet werden.

⁵⁸³ ZentralVOBl. Nr. 8/1948, S. 89 und Nr. 15/1948, S. 138.

⁵⁸⁴ SMAD-Befehl Nr. 64 vom 17. April 1948.

⁵⁸⁵ Vgl. auch Maunz, Theodor: Deutsches Staatsrecht, 5. Aufl. 1956, S. 1-20 (3 ff.).

⁵⁸⁶ Zur Rechtsetzungskompetenz der DWK vgl. näheres Brunner: Einführung in das Recht der DDR, 2. Aufl., München 1979, S. 17 ff.

Bernd Niedbalski ⁵⁸⁷ formuliert zur Deutschen Wirtschaftskommission zusammenfassend: „Mit der Deutschen Wirtschaftskommission wurde ab Mitte 1947 (verstärkt aber mit deren Ausbau und Kompetenzerweiterung vom Frühjahr 1948 an) ein zentraler staatlicher Apparat für die Planung und Leitung der Wirtschaft geschaffen. Die DWK war aber nicht nur oberstes wirtschaftsleitendes Organ, sondern zugleich der Kern des späteren Staatsapparates der DDR. [...] Mit der Etablierung der DWK als zentralem wirtschaftsleitenden Staatsorgan waren die Voraussetzungen zur Verbesserung der Wirtschaftslenkung und schließlich für den Übergang zur zentralen Planwirtschaft gegeben.“

2.3.3.3 Dritte Etappe: Auflösung der DWK nach Gründung der DDR

Mit der Gründung der DDR wurde 1949 die 3. Entwicklungsetappe eingeleitet. Die DWK wurde aufgelöst und an ihre Stelle trat ein Industrieministerium. Auch hier lassen sich wieder Parallelen zu der Entwicklung in der UdSSR ziehen. Dort war 1930/31 die Leitung der Industrie dem Verwaltungsbereich des obersten Volkswirtschaftsrates entzogen und einem Volkskommissariat für Industrie übertragen worden.⁵⁸⁸ Diese Etappe, die Anfang 1954 endete, brachte noch keine grundsätzliche Änderung der Wirtschaftsverwaltung. Innerhalb des neu gegründeten Ministeriums für Industrie wurden „fachliche“ Hauptverwaltungen für Kohle, Energie, Maschinenbau, Metallurgie, Leichtindustrie, Chemie usw. gebildet. Dieser Struktur folgte auch eine fachliche Gliederung der bis dahin noch territorial geordneten Industrievereinigungen.⁵⁸⁹

2.3.3.4 Vierte Etappe: Erster Fünfjahrplan ab Anfang 1951

Im Ersten Fünfjahrplan 1951-1955 zeigten sich bereits erhebliche Widersprüche, zumal der Fünfjahrplan kein reiner Wiederaufbauplan mehr war, sondern vorrangig ideologisch überlagerte Ziele des Sozialismus ansteuern sollte.⁵⁹⁰ Die zentrale Planwirtschaft wurde ein entscheidendes Machtmittel der SED-Führung. Bis zum Ende des Planjahrfünfts sollte die Industrieproduktion 190 % des Standes von 1950 erreichen; das bedeutete

⁵⁸⁷ Niedbalski, Bernd: Deutsche Zentralverwaltungen und Deutsche Wirtschaftskommission. Ansätze zur zentralen Wirtschaftsplanung in der SBZ 1945–1948, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg. 33, 1985, S. 456-477 (S. 477).

⁵⁸⁸ Vgl. Pfeiffer, Eberhard: Die naturale Planung des Wirtschaftsprozesses in der DDR, S. 6.

⁵⁸⁹ Vgl. ebd., S. 6 f.

⁵⁹⁰ Schenk, Fritz: Das rote Wirtschaftswunder. Die zentrale Planwirtschaft als Machtmittel der SED-Politik, Stuttgart-Degerloch 1969, S. 39 f.

eine Verdopplung der Produktion von 1936. Durch den Neu- und Ausbau der Produktionskapazitäten in der Metallurgie, im Schwermaschinenbau und in der Chemischen Industrie sollte eine „weitgehende Unabhängigkeit“ der DDR-Wirtschaft vom „kapitalistischen Ausland“ sichergestellt werden. Der Bevölkerung wurde versprochen, daß im Laufe des Fünfjahrplanes die Rationierung abgeschafft werden sollte.⁵⁹¹

Keine der angestrebten Planziele des Ersten Fünfjahrplanes 1951-1955 wurden erreicht, im Gegenteil, die wirtschaftliche Krise führte am 17. Juni 1953 zum ersten Volksaufstand.

2.3.4 Folgewirkungen der Enteignungen: Abwanderung von Unternehmen aus der SBZ/DDR nach Westdeutschland

Peter Hefeles⁵⁹² unterscheidet bei der Sequestrierung/Enteignung vier zeitliche Verdichtungen: 1945/46, 1948, 1950 und 1952/53. In der ersten Phase wurden zwischen 30 und 50 % der Enteignungsverfahren durchgeführt, in den drei nachfolgenden jeweils zwischen 10 und 15 %; allerdings waren die Länder unterschiedlich stark von den Maßnahmen in den einzelnen Jahren betroffen. Verschiedene Untersuchungen⁵⁹³ belegen, dass es einen zeitlichen und ursächlichen Zusammenhang zwischen Enteignung und Abwanderung gibt. „Rund ein Drittel der Unternehmer verließ noch im gleichen Jahr (der Enteignung) das Gebiet der SBZ/DDR, viele allerdings auch schon vor der formellen Enteignung. In Jahren forcierter Sozialisierung wanderten überdurchschnittlich häufig Betriebsinhaber im unmittelbaren Zusammenhang mit der Enteignung ab. Bezieht man das *folgende* Jahr mit ein, so steigt dieser Wert auf 50 bis 70 %. Enteignungen, die 1952/53 durchgeführt wurden, zogen fast in jedem Fall die Flucht nach sich. Erfolgte bis 1949 die Übersiedlung in der Regel *nach* der Enteignung, so kehrte sich dieser Zusammenhang um: Die Enteignung bildete den formalen Abschluß eines längeren Repressionsprozesses.“⁵⁹⁴

⁵⁹¹ Vgl. ebd., S. 40 f.

⁵⁹² Hefeles, Peter: Die Verlagerung von Industrie- und Dienstleistungsunternehmen aus der SBZ/DDR nach Westdeutschland. Unter besonderer Berücksichtigung Bayerns (1945-1961). Beiträge zur Unternehmensgeschichte, hrsg. von Hans Pohl, Bd. 4, Stuttgart 1998, S. 83 ff.

⁵⁹³ Vgl. dazu Klein, Johannes Kurt: Ursachen und Motive der Abwanderung aus der Sowjetzone Deutschlands, in: Politik und Zeitgeschichte B XXIV/55 (1955), S. 361-383; Held, Colbert C.: Refugee industries in West Germany after 1945, in: Economic Geography 31 (1956), S. 316-335; Hefeles, Peter: Die Verlagerung von Industrie- und Dienstleistungsunternehmen aus der SBZ/DDR nach Westdeutschland, S. 54 ff.

⁵⁹⁴ Hefeles, Peter: Die Verlagerung von Industrie- und Dienstleistungsunternehmen aus der SBZ/DDR nach Westdeutschland, S. 87 f.

Nach den verfügbaren Zahlen geht Hefele⁵⁹⁵ davon aus, dass vom Ausgangsbestand 1945 gerechnet,

- rund 90 % der mitteleutschen Industrie- und Dienstleistungsunternehmen/er, (~ 210.000 bis 300.000 Firmen) an ihrem alten Standort geblieben sind;
- etwa 5-7 % (~ 11.000 Unternehmen) als Privatunternehmer in der DDR bis 1972 fortbestehen konnten⁵⁹⁶;
- rund 9-13 % in den Westen (~ 36.000 Unternehmen) abgewandert sind,⁵⁹⁷
- bei rund 27.000 Betrieben (~75 % der Zuwanderung) es zu keiner Fortführung im Westen kam;
- um die 8.000 Betriebe längerfristig fortgeführt wurden (~25 %);
- 1995 noch rund 1.300 Betriebe (-16 Prozent) existierten.

In dem von Erich Gutenberg für die betriebliche Leistungserstellung begründeten Faktorsystem ging der für die Effektivität der Kombination der Elementarfaktoren (Arbeit, Betriebsmittel, Werkstoffe) entscheidende dispositive Faktor verloren.⁵⁹⁸

Welche volkswirtschaftlichen Konsequenzen der Abwanderungsprozess für die SBZ/DDR hatte, dieser heikle Punkt wurde in der ostdeutschen Literatur entweder ganz verschwiegen oder als „Kriegsfolgelasten“ deklariert.

Im Schlepptau der abgewanderten Unternehmen gelangten vorwiegend Fach- und Leitungskräfte nach Westdeutschland. Dabei zeigte die Abwanderung einen „multiplikativen Effekt“, der weit über die „Enthauptung“ der eigentlichen Firmen hinausreichte. Mittelfristig wurde vor allem in den Spezialgewerben des handwerklich- industriellen Bereichs die Ausbildung des Nachwuchses gefährdet. Dieser Faktor hat neben der „Zentralisierungs- und Standardisierungsideologie der DDR- Wirtschaftsplanung zur Verar-

⁵⁹⁵ Vgl. ebd., S. 54.

⁵⁹⁶ Vgl. dazu auch Kaiser, Monika: 1972 – Knockout für den Mittelstand: zum Wirken von SED, CDU, LDPD und NDPD für die Verstaatlichung von Klein- und Mittelbetrieben, Berlin 1990.

⁵⁹⁷ Vgl. dazu Held, Colbert C.: Refugee industries in West Germany after 1945, S. 321 ff. Held gibt für die SBZ/DDR 11.829 abgewanderte Unternehmen an, für Groß-Berlin 6.535 (Stand 1950). Der Autor verfügte wohl über unveröffentlichte Statistiken der Bundesbehörden, wie er in seinen Ausführungen erläutert.

⁵⁹⁸ Vgl. Gutenberg, Erich: Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, Wiesbaden 1958, Nachdruck 2006, S. 27.

mung des Produktspektrums“⁵⁹⁹ und zu erheblichen Versorgungslücken in der SBZ/DDR geführt.

„Der erzwungene Know-how-Transfer hat die in vielen Branchen führende Stellung Mitteldeutschlands nachhaltig beschädigt und mittel- und langfristig überlegene Konkurrenten herangezogen, - mögen dies nun zugewanderte Unternehmen selbst gewesen sein oder westdeutsche Firmen, die sich auf mannigfache Weise dieses Wissensstromes bedient haben. Im Westen kamen durch die Zuwanderung (aber wohl noch mehr durch die europäische Integration) vielfach Komplementäreffekte zum Tragen, die den Verlust der mitteldeutschen Ergänzungsräume schon in den 1950er Jahren mehr als wettgemacht haben. Vergleichbare Effekte hat die Ostintegration der SBZ/DDR nicht gezeitigt - im Gegenteil, sie führte zu gigantischen Fehllenkungen volkswirtschaftlicher Ressourcen. Die relativ hohe Abwanderungsrate aus den Grenzräumen hat zu den regionalen Disproportionen innerhalb des wirtschaftsräumlichen Gefüges der DDR entscheidend beigetragen“⁶⁰⁰, so Hefele.

Neben der Abwanderung von mittelständischen Unternehmen kam allein bis 1961 ein Flüchtlingsstrom von ca. 3 Mio. Flüchtlingen aus der SBZ/DDR in die Bundesrepublik Deutschland. Diese Abstimmung „mit den Füßen“ bedeutete für die DDR einen erheblichen Humankapitalabfluß.

In den achtziger Jahren verstärkten sich die Fluchtbewegung und die Anzahl der Ausreisen aus der DDR. Ein streng geheimer MfS-Bericht vom 9. September 1989 zu „Hinweisen auf wesentliche motivbildende Faktoren im Zusammenhang mit Anträgen auf ständige Ausreise nach dem nichtsozialistischen Ausland und dem ungesetzlichen Verlassen der DDR“ nennt nachfolgende Gründe:

- „Unzufriedenheit über die Versorgungslage;
- Verärgerung über unzureichende Dienstleistungen;
- Unverständnis für Mängel in der medizinischen Betreuung und Versorgung;
- Eingeschränkte Reisemöglichkeiten innerhalb der DDR und nach dem Ausland;

⁵⁹⁹ Hefele, Peter: Die Verlagerung von Industrie- und Dienstleistungsunternehmen aus der SBZ/DDR nach Westdeutschland, S. 94. „Die Hoffnung, als Nebeneffekt der Abwanderung die klein- und mittelgewerblichen Unternehmensorganisationen zugunsten effizienterer Produktionskomplexe zu bereinigen, hat sich als trügerisch erwiesen. Wurden etwa mittlere Betriebe nach dem >Schwerpunktprinzip< einer Unterabteilung eines Kombines zugewiesen, so führte dies bei diversifiziertem Produktangebot zu einer Kappung alter Produktionsverflechtungen mit anderen Zweigen, so daß sich Mangelzustände netzwerkartig ausbreiten konnten“. Ebd., S. 95.

⁶⁰⁰ Hefele, Peter: Die Verlagerung von Industrie- und Dienstleistungsunternehmen aus der SBZ/DDR nach Westdeutschland, S. 176.

- Unbefriedigende Arbeitsbedingungen und Diskontinuität im Produktionsablauf;
- Unzulänglichkeiten/ Inkonsequenz bei der Anwendung/ Durchsetzung des Leistungsprinzips sowie Unzufriedenheit über die Entwicklung der Löhne und Gehälter;
- Verärgerung über bürokratisches Verhalten von Leitern und Mitarbeitern staatlicher Organe, Betriebe und Einrichtungen sowie über Herzlosigkeit im Umgang mit den Bürgern;
- Unverständnis über die Medienpolitik der DDR.⁶⁰¹

Die tatsächlichen Gründe für die Flucht und Ausreise aus der DDR - die Verletzung der Menschenrechte und der politischen Freiheit (wie Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, freie Wahlen) sowie diktatorische Bevormundung der Bevölkerung durch Partei und Staat - erwähnt der interne MfS-Bericht nicht. Selbst noch im September 1989 verschwieg das MfS in den „eigenen Reihen“ die politische Unzufriedenheit der breiten Masse der DDR-Bevölkerung mit der SED-Diktatur.

2.4 Binnenwährungsumtausch in der SBZ im Juni/ Juli 1948 und die Bilanzkontinuität im Rechnungswesen der Betriebe

Im Rahmen des Binnenwährungsumtausches in der SBZ zum 26. Juni 1948 gemäß „Verordnung über die Währungsreform in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands“ der DWK vom 21. Juni 1948 und SMAD-Befehl Nr. 111/ 1948 vom 23. Juni 1948⁶⁰² kam es zu politisch motivierten Ausnahmeregelungen und Vorzugsumwertungen.⁶⁰³

Die „Verordnung zur Währungsreform“⁶⁰⁴ bestimmte, daß die Salden aller laufenden und anderer Konten staatlicher Betriebe per 24. Juni 1948 zum Vorzugsverhältnis von 1:1 in voller Höhe umzutauschen und danach sofort frei verfügbar waren.

⁶⁰¹ Streng geheimer MfS-Bericht: „Hinweise auf wesentliche motivbildende Faktoren im Zusammenhang mit Anträgen auf ständige Ausreise nach dem nicht sozialistischen Ausland und dem ungesetzlichen Verlassen der DDR“ (Auszüge), 9. September 1989, abgedruckt in: Schroeder, Klaus: Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949-1990, Dokument 30, S. 703-709 (703 f.).

⁶⁰² Vgl. ZVOBl 1948, S. 117 ff. und S. 220 ff.

⁶⁰³ Vgl. dazu Näheres Ermer, Matthias: Von der Reichsmark zur Deutschen Mark der Deutschen Notenbank, S. 115 ff., S. 131 ff., S. 137 ff.

⁶⁰⁴ Verordnung über die Währungsreform in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, in: Kohlmeier, Gunther/ Dewey, Charles: Bankensystem und Geldumlauf in der DDR 1945-1955, S. 202-230.

Bei privaten Unternehmen galten die Vorzugsbedingungen (Umtausch 1:1) nur für Beträge in Höhe des wöchentlichen Umsatzes und des Lohnrückstandes. Guthaben über 5.000 Reichsmark werden erst nach Überprüfung des „rechtmäßigen Erwerbs“ im Verhältnis 10:1 umgetauscht. Beträge von „faschistischen Verbrechern und Kriegsverbrechern“ sind zu konfiszieren. Vor der Kapitulation am 9. Mai 1945 entstandene und bisher gesperrte Guthaben werden in Relation 10:1 umgetauscht und in Schuldverpflichtungen umgewandelt. Für Beträge über 3.000 Reichsmark ist ebenfalls deren „rechtmäßiger Erwerb“ nachzuweisen.

Die Freigabe dieser gesperrten Guthaben wurde in speziell dafür zusammengestellten Prüfungskommissionen vom Nachweis des „redlichen Erwerbs“ abhängig gemacht. Willkürentscheidungen gegen private Unternehmen wurde damit Tür und Tor geöffnet.⁶⁰⁵

Eine weitere Benachteiligung der privaten Unternehmen ergab sich daraus, daß bei einigen Betrieben nur der steuerpflichtige Umsatz zur Umwertung zugelassen wurde. Private Betriebe, die im Jahre 1948 umsatzsteuerfreie Reparationslieferungen an die UdSSR zu erbringen hatten, erlitten so erhebliche Nachteile.⁶⁰⁶ Die Guthaben der Privatunternehmen wurden abgewertet oder konfisziert, die Schulden blieben.

Neben staatlichen Betrieben wurden auch die von der SED und SMAD zugelassenen Parteien und politische Verbände privilegiert. Mit dem Stichtag 1. Mai 1948 wurden die Salden der laufenden und andere Konten aller Parteien und der Gewerkschaften in der SBZ zum Vorzugskurs 1:1 umgewertet.⁶⁰⁷

Die Bankenschließung⁶⁰⁸ vom 28. April 1945 und die damit einhergehende Guthabekonfiskation stellen den ersten und unmittelbaren Schritt auf dem Weg zur Einführung einer güterwirtschaftlich gelenkten sozialistischen Zentralplanwirtschaft sowjetischen Typs auf dem Gebiet der SBZ dar.

Im Gegensatz zu Westdeutschland war mit dem Binnenwährungsumtausch im Juni 1948 in der SBZ auch keine Aufhebung der aus der NS-Zeit übernommenen Zwangsbewirtschaftung verbunden. Aus der Binnenwäh-

⁶⁰⁵ Vgl. zur Überprüfung der Sperrkonten Ermer, Matthias: Von der Reichsmark zur Deutschen Mark der Deutschen Notenbank, S. 149 ff.

⁶⁰⁶ Vgl. ebd., S. 140. Ermer weist auch hier darauf hin, daß Umsätze aus Reparationslieferungen umsatzsteuerfrei waren.

⁶⁰⁷ Anweisung der Hauptverwaltung (HV) Finanzen der DWK an die Finanzministerien der Länder von 1948, in: Bundesarchiv Nr. 404 Bl. 525.

⁶⁰⁸ Vgl. zur Verstaatlichung und Neuaufbau des Bankensystems ab Mai 1945 u. a. Thiemer, H. Jörg: Notenbank und Währung in der DDR, in: Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948, hrsg. von der Deutschen Bundesbank, München 1998, S. 609-653 (S. 610-614)

rung Reichsmark (RM) wurde die Binnenwährung „Deutsche Mark der Deutschen Notenbank“. Auf die Bilanzierung der Betriebe hatte die Währungsumstellung keine Auswirkungen. In einer Anordnung über Bilanzwesen der DWK vom 3. November 1948⁶⁰⁹ wird festgelegt, daß bei wirtschaftlichen Unternehmen, die Bücher nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung führen müssen, „die laufende Buchführung, das Geschäftsjahr, der Bilanzzusammenhang (Übereinstimmung der Bilanz zu Beginn eines Geschäftsjahres mit der Bilanz am Ende des vorangegangenen Geschäftsjahres), der Wertzusammenhang und die Bewertungsgleichmäßigkeit durch die Verordnung über die Währungsreform in der sowjetischen Besatzungszone vom 21. Juni 1948 (ZVOBl. S. 220) nicht berührt“ wird.

Von dem sozialistischen Finanzwissenschaftler Ernst Kaemmel wird zum Charakter der Währungsumstellung in der SBZ ausgeführt: „Die Währungsreform in der Ostzone beschränkt sich ihrem Wesen nach ausdrücklich auf die Umwertung des Bargeldes, der Spareinlagen und der laufenden und anderen Konten bei Kreditinstituten. Sie will darüber hinaus in den Ablauf des wirtschaftlichen und betrieblichen Lebens nicht eingreifen. Diese Tendenz kommt in einer Reihe Vorschriften in der WährungsVO und in den DB zum Ausdruck. Hierher gehört die Vorschrift, daß die bestehenden Preise für Waren und Dienstleistungen aller Art, die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten, die Steuer- und Abgabesätze, die Pensionen, die öffentlichen Renten und die Stipendien unverändert bleiben (Ziffer 22 WährungsVO). Ferner gehört hierhin die Bestimmung, daß, von bestimmten Ausnahmen abgesehen (landwirtschaftliche Kredite, Versicherungsansprüche, hinterlegte Beträge), die innerdeutschen Schuld- und Vertragsverpflichtungen, die vor Durchführung der Währungsreform entstanden waren, unverändert bleiben und grundsätzlich nicht der Umwertung unterliegen. Diese Vorschrift ist wirtschaftspolitisch von entscheidender Bedeutung...“ In der SBZ „... stellt die Währungsreform für das betriebliche Rechnungswesen keinen Einschnitt dar...“⁶¹⁰

Die Ost-Mark hatte nur die sehr beschränkte Geldfunktion eines Tausch- und Zahlungsmittels. Wie die gelenkte NS-Wirtschaft war die sozialistische Zentralplanwirtschaft der DDR eine *gütergesteuerte* und keine *geldgesteuerte Wirtschaft*.

Auf die Unterschiede der Zwangsbewirtschaftung in den Westzonen und in der SBZ ging der stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Wirt-

⁶⁰⁹ Vgl. Deutsche Finanzwissenschaft, Monatsschrift für Etat-, Kredit- und Preisfragen, 1948, Nr. 8/9, S. 63.

⁶¹⁰ Kaemmel, Ernst: Währungsreform, Buchhaltung und Bilanz, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Berlin (Ost), 1948. Nummer 7, S. 13

schaftskommission, Fritz Selbmann⁶¹¹, in einem Vortrag an der Universität Leipzig im Frühjahr 1948 ein.⁶¹²

Selbmann sah mit großer Klarheit und Schärfe die in den Westzonen und die in der SBZ entstehenden diametral entgegengesetzten Wirtschaftsordnungen: „Die entscheidende Voraussetzung (also) zur Rückkehr der freien Marktwirtschaft ist ein normal funktionierender Preismechanismus; er ist in keinem Land gegeben; und allein aus diesem Grunde ist eine Rückkehr zur freien Marktwirtschaft unmöglich. [...] Planwirtschaft ist das Gegenteil der kapitalistischen Marktwirtschaft. In der Planwirtschaft wird der Wirtschaftsablauf nicht mehr vom Preismechanismus bestimmt, sondern er wird bestimmt von der volkswirtschaftlichen Plandirektive. In der Planwirtschaft ist es nicht den freien Kräften des Kapitalismus, den freien Kräften, die an Banken und Börsen spielen, überlassen, was und wie produziert wird, sondern Produktion, Verteilung, Absatz der Produktion wird geregelt durch die vom Staat zu gebende Plandirektive. In einem Artikel über die ökonomischen Grundbegriffe der sowjetischen Planwirtschaft lese ich folgendes: ‚Ausgangspunkt der sozialistischen Produktionsplanung ist die **Aufstellung von Naturalplänen und nicht die Verfügung über das Geld** (Hervorhebung H.H.) und seine Verwandlung in profitbringendes Kapital. Endpunkt der sozialistischen Produktionsplanung ist das Gut, ist das stoffliche Arbeitsprodukt und nicht der durch Warenverkauf realisierte Mehrwert.‘

Das heißt also, in der sozialistischen Planwirtschaft wird der wirtschaftliche Ablauf nicht vom Interesse des Kapitalisten bestimmt, von dem Profitinteresse des Kapitaleigners, sondern der Wirtschaftsablauf wird bestimmt von den notwendigen Plandirektiven zur Erzeugung einer bestimmten Gütermenge zur Versorgung der Bevölkerung. Der Plan bestimmt in der sozialistischen Planwirtschaft den ganzen Produktions- und Verteilungsprozeß. Wir haben in der sowjetischen Planwirtschaft den staatlichen Plan, wir haben den regionalen Plan, den Gebiets- oder Bezirksplan, wir haben den Betriebsplan. Alle Wirtschaftsvorgänge werden bestimmt durch den Plan.

Dabei ist eine wichtige Frage die Frage der Privatinitiative. Wir wissen, daß die Gegner der Planwirtschaft den Vorwurf erheben, daß in einer vom Plan gelenkten Wirtschaft die Freiheit der Persönlichkeit aufgehoben sei. Das ist ein genau so dummes Geschwätz wie das andere Schlagwort, daß in

⁶¹¹ Selbmann, Fritz (eigtl. Friedrich Wilhelm) (29.09.1899-26.01.1975), Wirtschaftsfunktionär, Stellv. Vorsitzender des Ministerrates. Im Februar 1958 wegen angeblicher Fraktionsbildung in der SED Ausschluß aus dem ZK und strenge Rüge; 1958-1961 stellvertretender Vorsitzender der Staatlichen Plankommission; 1961-1964 stellvertretender Vorsitzender des Volkswirtschaftsrates; ab 1964 freiberuflicher Schriftsteller.

⁶¹² Selbmann, Fritz: Demokratische Wirtschaft. 3 Vorträge gehalten an der Universität Leipzig und der Technischen Hochschule Dresden mit einer Einführungsansprache von Prof. Jacobi, Rektor der Universität Leipzig, Dresden 1948, Lizenz der SMAD vom 12.5.1948, S. 7 ff.

einer solchen Wirtschaft das Privateigentum überhaupt aufgehoben wäre.⁶¹³

Jürgen Schneider kommt zu dem Ergebnis: „In der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) begann die Transformation der Wirtschaft nach sowjetischem Vorbild mit der Schließung und Verstaatlichung aller Geld- und Kreditinstitute bereits Mitte 1945. Der private Mittelstand sowie die Privatindustrie wurden enteignet und so die Voraussetzungen für den Zweijahresplan 1949/50 geschaffen. [...] In der SBZ fand am 21. Juni sowie am 25./26. Juni 1948 ein Binnenwährungstausch statt. Aus der Binnenwährung RM wurde die Binnenwährung ‚Deutsche Mark der Deutschen Notenbank‘. Die Ost-Mark hatte nur die sehr beschränkte Geldfunktion eines Tausch- und Zahlungsmittels. Wie die gelenkte NS-Wirtschaft war die sozialistische Zentralplanwirtschaft der DDR eine gütergesteuerte und keine geldgesteuerte Wirtschaft. Die Ost-Mark diente der Plankontrolle.“⁶¹⁴

⁶¹³ Ebd., S. 90 f. und S. 93 f.

⁶¹⁴ Schneider, Jürgen/ Schwarzer, Oskar/ Kluge, Ulrich: Markt gegen Plan, in: 50 Jahre Deutschland: Ereignisse und Entwicklungen, S. 29 f.

III. EMPIRISCHE ÜBERPRÜFUNG DER MISES-THESE DER UNMÖGLICHKEIT EINER WIRTSCHAFTSRECHNUNG IN DER GÜTERWIRTSCHAFTLICH GELENKTEN SOZIALISTISCHEN ZENTRALPLANWIRTSCHAFT DER SBZ/ DDR

1. Geld in der güterwirtschaftlich gelenkten sozialistischen Zentralplanwirtschaft – Geld ohne Geldfunktionen

„Terminologisch versteht man unter Geld alles, was Geldfunktionen ausübt. Geld ist von seinen folgenden drei Funktionen her definiert: (1) Als *Tausch- und Zahlungsmittel* ermöglicht das Geld überhaupt erst die moderne, arbeitsteilige Wirtschaft. An die Stelle des sonst nötigen Tauschs Ware gegen Ware tritt der Verkauf von Gütern gegen Geld und der Kauf von Gütern mit Hilfe des Geldes. Kredit wird in Geld gegeben und in Geld (samt Zinsen) zurückerstattet. (2) Als *Wertaufbewahrungsmittel* überbrückt das Geld die zeitliche Diskrepanz zwischen Einnahmen und Ausgaben und erlaubt den Transfer von Werten im Zeitablauf. (3) Schließlich ermöglicht die abstrakte Eigenschaft der *Recheneinheit* die Angabe des Wertes der verschiedensten Dinge in einer Summe. Dies gilt z. B. für den Umsatz oder das Vermögen eines Betriebes, den Export, Import, das Sozialprodukt einer Volkswirtschaft etc.“⁶¹⁵

Geld als Wertmaßstab und Recheneinheit ist die Voraussetzung für die gesamte Wirtschaftsrechnung. Das durch den Binnenwährungsumtausch in der sowjetischen Besatzungszone geschaffene Geld war in der SBZ/DDR bis 1989 Geld mit eingeschränkten Geldfunktionen. Geld hat im Sozialismus nur eine passive Rolle wegen des Primats der güterwirtschaftlichen Zentralplanung gespielt. Passivität bedeutet dabei, daß Geld keinen Einfluß auf die ökonomischen Dispositionen der Entscheidungsträger hat, also weder reale noch nominale Größen durch die Geldverwendung tangiert werden.⁶¹⁶ Die SED-Führung und ihre Bürokratie entscheidet über Verwendung und Produktion knapper Ressourcen und Güter im System zentraler Planung, in das alle betrieblichen Wirtschaftseinheiten voll eingebunden sind, anhand der Salden in den naturalen Planbilanzen. Bei staatlich fixierten Preisen hat Geld somit lediglich Verrechnungs- und Kontrollfunktionen (Kontrolle durch die Mark).⁶¹⁷ In der Praxis wurden häufig aggregierte Grö-

⁶¹⁵ Zu den Funktionen des Geldes vgl. Issing, Otmar: Stichwort Geld, in: Staatslexikon Bd. 2, hrsg. von der Görres-Gesellschaft, 7. Aufl., Freiburg, Basel, Wien 1986, Spalte 799-806 (799),

⁶¹⁶ Vgl. Thieme, H. Jörg: Notenbank und Währung in der DDR, in: Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948, hrsg. von der Deutschen Bundesbank, München 1998, S. 609-653 (621 f.).

⁶¹⁷ Vgl. ebenda, S. 621 f.

ßen zentral geplant und bilanziert, was Geld als nominale Recheneinheit voraussetzte. Nicht geteilt wird hier der Standpunkt von Thieme, daß es im Laufe der Entwicklung der DDR zu einem differenzierteren Bild der Geldfunktionen gekommen sei. Aus dieser Sichtweise, die auch in der westlichen Literatur Anhänger fand⁶¹⁸, resultierte die strikte Zweiteilung in einen Bargeld- und einen Giralgeldkreislauf. Alle Giralgeldtransaktionen galten aber in der DDR als passiv, weil sie vollständig in die Zentralplanung integriert waren und auch keine einzelwirtschaftlichen Entscheidungsspielräume im sozialistischen Wirtschaftssektor ermöglichten. Derartige Entscheidungsspielräume widersprechen den Prinzipien der zentralistischen Planung und verhindern eine konsequente „Kontrolle durch die Mark“.

Nach dem Grundsatz der „Einheit von materieller und finanzieller Planung“ sollte durch die geldwirtschaftlichen Pläne (Planung der Geldeinnahmen und –ausgaben, Kreditpläne) erreicht werden, daß die „[...] Finanztransaktionen ein getreues Spiegelbild der materiellen Vorgänge“⁶¹⁹ darstellen und eine Überversorgung mit Geld vermieden wird. Da sich der Bargeldumlauf nur unzulänglich planen läßt, wurde dieser durch eine Kontenführungspflicht der Betriebe eingeschränkt. Bargeldumsätze zwischen den Betrieben wurden auf höchstens 200 Mark begrenzt. Zum Abbau von Bargeldbeständen mußten am 13. Oktober 1957 alle Banknotenkonten in neue Scheine umgetauscht werden. Bargeldbestände außerhalb der DDR wurden damit wertlos. Bürger der DDR mußten für Bestände über 300 Mark einen Nachweis über deren rechtmäßigen Erwerb erbringen.⁶²⁰

Es bestand ein Kreditvergabemonopol des Staates. Eine Kreditgewährung erfolgte im Rahmen der güterwirtschaftlichen Planung. Kreditgeber und Kreditnehmer waren als jeweils staatliche Einheiten identisch. Die Höhe der normalen Zinssätze und die Sätze von Verzugs- oder Strafzinsen für außerplanmäßige Kredite (bei Produktionsstörungen u.a. aufgrund der Mangelwirtschaft) wurden durch den Ministerrat und der diesem unterstellten Staatsbank festgesetzt.

In der sozialistischen Planwirtschaft dienen die Finanzplanung und die Finanzpolitik der Verwirklichung der materiellen Planziele. Dies schließt eine ergänzende Einwirkung auf die materiellen Planungen zur Stimulie-

⁶¹⁸ Vgl. Haffner, Friedrich: Monetäre Zentralplanung und Volkswirtschaftsplanung, in: Thieme, H. Jörg (Hrsg.), Geldtheorie. Entwicklung, Stand und systemvergleichende Anwendung, Baden-Baden 1987, S. 194-216.

⁶¹⁹ Gutmann, Gernot: Kreditwesen, Geld- und Währungssystem in der DDR und seine Umstellung im Zuge der Währungsreform, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.), Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“, Bd. III,2, Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik, Baden-Baden 1999, S. 1268-1324, (S. 1271).

⁶²⁰ Vgl. ebd., S. 1301 f.

nung von Leistungen und Effektivität nicht aus.⁶²¹ Diese Funktion wurde nur in eingeschränktem Umfang erreicht, da die aus den staatlich festgesetzten Preisen abgeleiteten Größen wie Nettogewinn, Exportrentabilität u.a. keinen Maßstab für die tatsächliche Leistung nach Knappheitskriterien vermitteln konnten.⁶²²

Die angestrebte Übereinstimmung zwischen den güterwirtschaftlichen und finanziellen Größen hätte eine totale güterwirtschaftliche Durchplanung vorausgesetzt, die nicht zu realisieren war. Da die Konsumenten ihre verfügbare Kaufkraft wegen des unzureichenden Güterangebots nur unvollständig umsetzen, entstand eine Kassenhaltungsinflation. Dieser Sachverhalt einer zurückgestauten Inflation⁶²³ wird durch die bei der Währungsunion 1990 umgestellten Geldbestände in einer Größenordnung von 180 Mrd. DM⁶²⁴ bestätigt.

Für das Geld im DDR-Sozialismus gilt die Feststellung von Manfred E. Streit: In der DDR konnte „das Geld seine allokativen Wirkungen als Tauschmittel [...] nicht entfalten, weil der Anspruch einer zentralen Wirtschaftslenkung beibehalten wurde.“⁶²⁵ „[...] Werden zur Beurteilung von Bar- und Buchgeld in der DDR die generellen Geldfunktionen herangezogen, besteht die Gefahr eines Fehlurteils. [...] Die tatsächlich bilanzierten Werte des Sachvermögens und die monetären Bestandsgrößen sowie die Stromgrößen der DDR konnten keinerlei Aussagekraft für eine Währungsumstellung haben. Jede Konversion der Mark der DDR in D-Mark mußte willkürlich bleiben.“⁶²⁶ Nach Manfred Streit war der fast siebzig Jahre alte Befund von Ludwig von Mises, daß eine Wertrechnung in Geld in einem

⁶²¹ Knauthe, Erhart: Die Einheit von materieller und finanzieller Planung, Berlin 1959, S. 24.

⁶²² Vgl. Gutmann, Gernot: Kreditwesen, Geld- und Währungssystem in der DDR und seine Umstellung im Zuge der Währungsreform, S. 1269.

⁶²³ Bei zurückgestauter Inflation besteht ein Nachfrageüberhang über das vorhandene Güterangebot bei staatlich fixierten Preisen. Das bedeutet einen Überschuß an Liquidität in der Hand der Nachfrager, der sich in unerwünschten Bargeldhaltungen oder in erhöhten Sparbeiträgen niederschlägt. Vgl. dazu Gutmann, Gernot: Kreditwesen, Geld- und Währungssystem in der DDR und seine Umstellung im Zuge der Währungsreform, S. 1302 f.

⁶²⁴ Vgl. Gutmann, Gernot: Kreditwesen, Geld- und Währungssystem in der DDR und seine Umstellung im Zuge der Währungsreform, S. 1312.

⁶²⁵ Streit, Manfred E.: Die deutsche Währungsunion, in: Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948, hrsg. von der Deutschen Bundesbank, München 1998, S. 675-719 (S. 684). Vgl. dazu auch Thieme, H. Jörg: Notenbank und Währung in der DDR, in: Fünfzig Jahre Deutsche Mark, S. 621 ff.

⁶²⁶ Vgl. Streit, Manfred E.: Die deutsche Währungsunion, S. 686 f.

sozialistischen System a priori unmöglich sei⁶²⁷, vor der Währungsunion 1990 zutreffend.⁶²⁸

„Wegen der ideologischen Prämissen, private Vermögensbildung und damit gegebenenfalls Entwicklungspfade entgegen der Parteilinie nicht zuzulassen, konnte dem Geld in der SBZ/DDR keine Wertspeicherfunktion zugestanden werden,“⁶²⁹, so Jürgen Schneider.

Die Betriebe in der DDR konnten nicht autonom über die Produktionsmittel verfügen. Eigenständig fungierte Geld als Tausch- und Zahlungsmittel nur für Konsumgüter.⁶³⁰ Das Geld in der DDR war ein Hilfsinstrument der Planung und Leitung der Wirtschaft mit weitgehend „passivem Charakter“. Recheneinheit war es nur nominell und nicht materiell. „Nach sozialistischer Auffassung bleibt die Zirkulationsfunktion des Geldes jedoch auf den direkten Austausch von Waren, im Wesentlichen auf den Übergang von Konsumgütern in das persönliche Eigentum der Menschen beschränkt.“⁶³¹

Das DDR-Geld - eine Binnenwährung - war weder Wertmaßstab noch Wertaufbewahrungsmittel. Die Funktion als Zahlungsmittel war weitgehend auf Konsumgüter eingeschränkt.⁶³²

An der gütergesteuerten Wirtschaft hielt die SED-Führung - wie auch andere Zentralplanwirtschaften Ost-Mitteleuropas - bis zu ihrem Ende 1989/90 fest.

⁶²⁷ Vgl. Mises, Ludwig von: Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen, S. 90.

⁶²⁸ Vgl. Streit, Manfred E.: Die deutsche Währungsunion, S. 687.

⁶²⁹ Schneider, Jürgen: Die Währungsreform in der SBZ: Ausgabe von funktionslosem Geld, in: Ludwig-Erhard-Stiftung (Hrsg.), Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Nr. 77 (3/1998), S. 63-69, (S. 69).

⁶³⁰ Ebd., S. 69.

⁶³¹ DDR-Handbuch, Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), Wissenschaftliche Leitung: Peter Christian Ludz unter Mitwirkung von Johannes Kuppe, Köln 1975, S. 347. Auch in der 3. überarb. und erw. Auflage des DDR-Handbuchs, Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), Köln 1985, wurde an den unterschiedlichen Funktionen des Geldes festgehalten und auf die Verhältnisse der DDR-Wirtschaft umfrisiert. Vgl. DDR-Handbuch, 3. überarb. und erw. Auflage, Köln 1985, S. 487 ff.

⁶³² Schneider, Jürgen: Die Währungsreform in der SBZ: Ausgabe von funktionslosem Geld, S. 69. Eine andere Auffassung vertritt Gernot Gutmann, der dem Geld im Wirtschaftssystem der DDR systemunabhängige Funktionen einräumt. Vgl. dazu Gutmann, Gernot: Kreditwesen, Geld- und Währungssystem in der DDR und seine Umstellung im Zuge der Währungsunion, insb. S. 1268 ff.

2. **Logik der Willkür in der güterwirtschaftlich gelenkten sozialistischen Zentralplanwirtschaft der DDR: willkürliche Löhne, fiktive Kosten, willkürliche Preise**

2.1 Willkürliche Löhne

Auch der Lohn als Preis für den Faktor Arbeit bildete sich nicht über Märkte. In der DDR wurden die für die Werktätigen und die Betriebe rechtlich verbindlichen normativen Regelungen über Rechte und Pflichten in Bezug auf den Arbeitslohn, die Arbeitszeit, den Erholungsurlaub u. a. im „Rahmenkollektivvertrag“ (RKV) für bestimmte Wirtschaftszweige oder Personengruppen festgelegt.⁶³³ Die Rahmenkollektivverträge wurden auf der einen Seite von Staatsorganen, denen vom Staatssekretariat für Arbeit und Löhne eine Vollmacht erteilt wurde, und auf der anderen Seite von den Zentralvorständen der Gewerkschaften geschlossen. Diese Institutionen beider Seiten unterlagen der „führenden Rolle der SED“, so daß sich keine Tarifparteien mit gegensätzlichen Interessen - analog zu Marktteilnehmern - gegenüberstanden. Es fehlten Märkte und jeglicher Wettbewerb, so daß auch die Löhne willkürlich waren.

Unter der sozialistischen Zielsetzung einer „leistungsorientierten Lohnpolitik“ wurden Lohngruppen in Ausrichtung auf die Qualifikation und Anforderung der Beschäftigten gebildet. In dieser Ausgestaltung umfaßte die Arbeitsvergütung neben dem Grundlohn Mehrleistungslöhne wie Überstunden-, Schicht-, Erschwerniszulagen und Prämien. Bei leistungsabhängigen Prämien muß die Meßgröße von den Beschäftigten beeinflussbar und das Berechnungsverfahren verständlich sein. Als Hemmnisse für die angestrebte Wirksamkeit sind grundsätzlich die Fremdeinwirkungen der Mangelwirtschaft und die für die Beschäftigten schwer verständlichen Prämiensysteme anzuführen. Dies gilt beispielsweise für Prämien in Abhängigkeit von der Steigerung von Exporten in das nichtsozialistische und sozialistische Wirtschaftsgebiet sowie Erhöhung der Exportrentabilität.

Von dem VEB Plastmaschinenwerk Schwerin werden die Exportprämien für das Jahr 1988 nach folgenden Unterlagen berechnet:

⁶³³ Vgl. Autorenkollektiv: Lexikon der Wirtschaft. Arbeit, Bildung, Soziales, „Rahmenkollektivvertrag“, Berlin 1982, S. 762 f.

Anlage B 5
Seite 2

2. Normativer Anteil an der Verbesserung des planmäßigen Exportergebnisses

2.1. Normativer Anteil SW

Exportergebnis	SW	STAL	TM	53.010	
		Ist	TM	52.021	
		Abweichung	TM	./ 989	
Exportrentab.	SW	STAL		1,340	
		Ist		1,331	
		Abweichung		./ 0,009	
zusätzliches Exportergebnis aus Rentabilität					TM -
Normativer Anteil 10 %					TM -

2.2. Normativer Anteil NSW

Exportergebnis	NSW	STAL	TM	8.790	
		Ist	TM	9.189	
		Abweichung	TM	+ 399	
Exportrentab.	NSW	STAL		1,312	
		Ist		1,329	
		Abweichung		0,017	
zusätzliches Exportergebnis aus Rentabilität					TM 399
zusätzliches Exportergebnis aus Übererfüllung des Exportvolumens					TM -
Normativer Anteil 30 %					TM 120

Anlage B 6
Seite 3

Zusätzliche Zuführung zum Prämienfonds zur Stimulierung des Exportes (Grundlage MR 265/83)

1. Bedingungen für die Zuführungen aus Steigerung Exportumsatz und Anteil Export BP an IWP

			Steigerung
1.1.	SW	Ist-Vorjahr	185.022 TM
		STAL Planjahr	209.000 TM
		Ist Planjahr	209.007 TM
			23.978 TM

Einhaltung bzw. Verbesserung REP

	Plan	Ist
<u>Erlöse</u>	1,340	1,331
<u>Kosten</u>

Steigerung bzw. Übererfüllung

1.2.	NSW	Ist-Vorjahr	25.080 TVM + Riko
		STAL Planjahr	36.960 TVM + Riko
		Ist Planjahr	36.964 TVM + Riko
			11.880 TM
			11.864 TM

Einhaltung bzw. Verbesserung REP

	Plan	Ist
<u>Erlöse</u>	1,312	1,329
<u>Kosten</u>

1.3. Erreichter Anteil Export BP an IWP BP (Ist-Planjahr)

Export SW	BP	150.300	TM
Export NSW	BP	25.535	TM
Sunne		175.835	TM
IWP	BP	252.089	TM
Anteil in %		69,8

Anlage B 6
Seite 4

2.	Zuführungen		
2.1.	Erreichter Exportzuwachs SW M		
	= x 0,02 M	=	480
	bzw. x 0,03 M bei Einhaltung bzw. Verbesserung REP	=
2.2.	Erreichter Exportzuwachs NSW		
	= x 0,04 M	=
	bzw. 11.884 x 0,06 M bei Einhaltung bzw. Verbesserung REP	=	713
	darunter Zuführung aus Übererfüllung STAL	=	()
2.3.	Anteil Export BP an IWP/BP		
	= 69,8 % Anteil 1,00 M x 2.450 (VbE) gepl. AK =		171
2.4.	Summe 2.1. bis 2.3.	=	1.364

dar. aus überplanmäßigem Nettogewinn
Höchstzuführung 300,00 M x 2.450 gepl. A und A (VbE) = 735
bzw. 300,00 M

wenn für den erreichten Exportzuwachs im NSW gemäß 2.2. mehr als 100,00 M je gepl. AK (VbE) gerechnet wird.

3. Bei der Nichterfüllung einer oder mehrerer STAL

- Export SW in M - Gegenwert

- Export NSW in VM

sind die erreichten Zuführungen aus 2.1. bis 2.2. je 1 % der Nichterfüllung um 20 % zu mindern. (Grundlage ist der niedrigste Prozentsatz)

Grundlage der Minderung ist die Höchstzuführung bzw. unter dieser liegende Beträge.

Abbildung 7: Ermittlung der Exportprämien

Auch diese Ermittlungen dokumentieren, daß alleiniger Maßstab für die Ableitung einer Rentabilität die Planvorgaben sind. Diese Prämienermittlung erscheint in keiner Weise für die Werktätigen nachvollziehbar und vor allem nicht beeinflussbar, so daß eine individuelle Anreizbewirkung ausgeschlossen ist.

Die Gestaltung des Arbeitsentgelts sollte eine leistungssteigernde Wirkung auslösen. Dies läßt sich nur erreichen, wenn der Arbeitende – bei allem Subjektivismus – seine Entlohnung als angemessen, als „gerecht“ empfindet. „Das wird dann der Fall sein, wenn der Arbeitende das Empfinden hat, daß das ihm vergütete Entgelt der von ihm vollzogenen Arbeitsleistung entspricht. Das heißt aber, jedes Arbeitsentgelt muß in einem angemessenen und vernünftig erscheinenden Verhältnis zu den für gleichartige oder höher- oder geringwertige Leistungen gezahlten Entgelten stehen.“⁶³⁴ In diese Wertung werden von den Beschäftigten auch die Steuerabzüge einbezogen.

Das Tarifsysteem der DDR zeigte unter vorstehendem Aspekt folgende Ausgestaltung:

In der Industrie und Bauwirtschaft verdiente 1988 ein Ingenieur oder Betriebswirt mit Hochschulausbildung monatlich im Durchschnitt *brutto* 107,- Mark mehr als ein Meister (Gehaltsabstand = + 8 %). Der Meister wiederum bezog im Durchschnitt pro Monat 260,- Mark *brutto* mehr als ein Produktionsarbeiter (Lohnabstand = + 23 %).⁶³⁵ Durch die Steuertarife bei der Lohn- und Gehaltsbesteuerung nach Steuerklassen wurden bei diesen geringen Brutto-Einkommensunterschieden die Abstände zwischen den Nettoeinkommen der einzelnen Beschäftigtengruppen weiter nivelliert. So betrug 1988 in der Industrie und Bauwirtschaft der *Nettolohnabstand* selbst von leitenden „Hoch- und Fachschulkadern“ gegenüber dem Durchschnitts-Nettolohn, den die Produktionsarbeiter verdienten, nur noch 15%. Auch die nach Abschluß des Planjahres aus dem Betriebsprämienfonds gezahlte „Jahresendprämie“ wurde in der Regel gleichmäßig „nach der Zahl der Köpfe“ der Belegschaft verteilt. Dieses „13. Monatsgehalt“ hatte somit eher den Charakter einer sozialen Zuwendung als einer Leistungsprämie. Der mangelnden Arbeitsdisziplin, die u. a. zur unzureichenden Nutzung der Arbeitszeit in den Betrieben führte, konnte weder disziplinarisch noch durch das Prämiensystem ent-

⁶³⁴ Gutenberg, Erich: Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre. Erster Band. Die Produktion, 1958, S. 33.

⁶³⁵ Gutmann, Gernot/ Buck, Hannsjörg F.: Die Zentralplanwirtschaft der DDR - Funktionsweise, Funktionsschwächen und Konkursbilanz, S. 45. Durchschnittlicher monatlicher Bruttolohn im Wirtschaftsbereich Industrie und Bauwesen der DDR 1988: Produktionsarbeiter = 1.100,- M.; Meister = 1.370,- M.; Hoch- und Fachschulabsolventen = 1.477,- M. Vgl. Winkler, Gunnar (Hrsg.): Sozialreport DDR 1990. Daten und Fakten zur sozialen Lage in der DDR, Stuttgart 1990, S. 115.

gegengewirkt werden, da das verfassungsmäßige „Recht auf Arbeit“ und der darauf beruhende Kündigungsschutz Sanktionen der Betriebsleitung gegen Arbeiter und Angestellte kaum zuließ.⁶³⁶ Das Prämiensystem mit seinem systemnotwendigen Soll-Ist-Vergleich belohnte nicht Leistung, sondern die Erfüllung vorgegebener Normen. Auch die betriebliche Strategie der „weichen Pläne“ führte häufig dazu, daß das Prämiensystem keine Motivation auslöste und sich zu einem „System kollektiver Verantwortungslosigkeit“ entwickelte.⁶³⁷ Durch die Nivellierung im Lohnsystem kam es z.B. nicht selten dazu, daß ein Produktionsarbeiter im Schichtdienst am Monatsende real einen höheren Lohn hatte als sein ihm vorgesetzter Meister. Deutlich im oberen Einkommensbereich lagen neben dem höheren Leitungspersonal aus Partei, Staat und Wirtschaft, einzelnen Künstlern, Ärzten und Selbstständigen auch viele Mitarbeiter der Volkspolizei, NVA und MfS. Ein MfS-General z.B. „verdiente“ zum Ende der DDR ca. 4.000 bis 6.500 Mark monatlich.⁶³⁸ Ab 1985 erhielten die Abteilungsleiter im zentralen Parteiapparat 4.500 Mark; auf Bezirksebene 3.800 bis 4.000 Mark.

Das durchschnittliche monatliche Arbeitseinkommen der vollbeschäftigten Arbeiter und Angestellten in volkseigenen Betrieben der Industrie lag in 1989 bei 1.324 Mark.⁶³⁹

⁶³⁶ Schroeder, Klaus: Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949-1990, S. 500; Krakat, Klaus: Probleme der DDR-Industrie im letzten Fünfjahrplanzeitraum (1986-1989/90), in: Gutmann, Gernot/Buck, Hannsjörg F.: Die Zentralplanwirtschaft der DDR - Funktionsweise, Funktionsschwächen und Konkursbilanz, S. 137-172 (143 f.).

⁶³⁷ Schroeder, Klaus: Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949-1990, S. 500.

⁶³⁸ Vgl. Gieseke, Jan: Die Hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, Teillieferung IV.1, in: Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur und Methoden. MfS-Handbuch, hrsg. von Klaus-Dietmar Henke et al., Berlin 1995, S. 61 f.

⁶³⁹ Vgl. Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1990, hrsg. vom Statistischen Amt der DDR, Berlin 1990.

Unter Einbeziehung der Abzüge ergibt sich nachstehender Vergleich:

Tabelle 2: Vergleich der durchschnittlichen monatlichen Brutto- und Nettolöhne in der Industrie (1988) – in Mark -

	Bruttolöhne	Abweichung von Arbei- tern	Nettolöhne	Abweichung von Arbei- tern
Arbeiter	1.014	-	899	-
Meister	1.312	+ 298	1.017	+ 118
Hoch- und Fachschulkader	1.467	+ 453	1.137	+ 238
techn.-ökon. Fachkräfte ohne Hoch- /Fach- schulabschluß	893	./ 121	688	./ 211

Quelle: Kusch, Günter et al.: Schlußbilanz – DDR, Fazit einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik, S. 109.

„Zum Komplex der Versuche, systemimmanente Mängel zu überwinden, gehört die leistungsorientierte Lohnpolitik. [...] Natürlich widmete auch die SED-Führung dieser wichtigen Frage entsprechende Aufmerksamkeit und wurde nicht müde, das sozialistische Leistungsprinzip ‚Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung‘ als das humanste Prinzip der Entlohnung zu propagieren. Aber auf wohl keinem anderen Gebiet war die Kluft zwischen theoretischem Anspruch und Realität so groß wie auf diesem. Nirgendwo hinterließ die zentrale Kommandowirtschaft ein solches Chaos, wie bei den Lohnfragen.“⁶⁴⁰

2.2 Fiktive Kosten

In der Betriebswirtschaftslehre der Marktwirtschaft wird der wertmäßige Kostenbegriff wie folgt definiert: „Kosten sind bewerteteter, durch die Leistungserstellung bedingter Güter- und Dienstleistungsverzehr.“⁶⁴¹ Danach wird das Wesen der Kosten durch drei Merkmale bestimmt:

- es liegt ein mengenmäßiger Verzehr von Gütern oder Dienstleistungen vor
- der mengenmäßige Verzehr wird in Geldeinheiten bewertet

⁶⁴⁰ Kusch, Günter et al.: Schlußbilanz – DDR, Fazit einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik, S. 105.

⁶⁴¹ Hummel, Siegfried / Männel, Wolfgang: Kostenrechnung 1, Wiesbaden 1986, S. 69.

- der Verzehr ist durch die betriebliche Leistungserstellung bedingt.⁶⁴²

Der betriebsbedingte Verbrauch umfaßt neben dem physischen Verzehr von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen die Inanspruchnahme von Arbeits- und Dienstleistungen, die räumlich-zeitliche Nutzung von Betriebsmitteln und Rechten, die Zinskosten für den Einsatz von Kapital sowie betriebsbedingte öffentliche Abgaben.⁶⁴³

Durch die Ausrichtung auf den betriebsbedingten Leistungsverzehr werden die Kosten von den konkreten betrieblichen Verhältnissen am Leistungszeitpunkt bestimmt.

Über die Bewertung des Güterverzehrs mit Preisen aus den Märkten bestimmen die Knappheitsverhältnisse die Wertkategorie der Kosten.

In der güterwirtschaftlich gelenkten sozialistischen Zentralplanwirtschaft sind Kosten „[...] der Geldausdruck des Aufwands, der durch die wirtschaftliche Tätigkeit in den Kombinat und Betrieben entsteht.“⁶⁴⁴ Dieser Kostenbegriff geht auf die Marx'sche Werttheorie zurück und wird aus den gesellschaftlichen Produktionskosten abgeleitet.

Danach setzen sich die Kosten zusammen aus

- dem Wert des durch die notwendige Arbeit geschaffenen Produkts
- dem Wert der verbrauchten vergegenständlichen Arbeit
- dem Wert des durch Mehrarbeit geschaffenen Produkts⁶⁴⁵.

Welche laufenden Aufwendungen der Betriebe den laufenden Kosten zugerechnet werden, dürfen oder müssen, bestimmt der Staat durch Rechtsvorschriften.⁶⁴⁶ Aus der Sicht der Werttheorie werden den Kosten der Betriebe „[...] auch Geldaufwendungen zugeordnet, die aus der Sicht der Werttheorie Verwendung von produziertem Reineinkommen sind.“⁶⁴⁷ Diese Gewinnverwendung als Verwendung des geschaffenen Mehrprodukts umfaßt Zinsen, Steuern, wesentliche Teile der Betreuungskosten u.a.⁶⁴⁸

⁶⁴² Vgl. ebd., S. 69.

⁶⁴³ Vgl. ebd., S. 73.

⁶⁴⁴ Autorenkollektiv Leiter. Schubert, Eberhart: Sozialistische Betriebswirtschaft Industrie, Hoch- und Fachschullehrbuch für Ingenieure, Berlin 1987, S. 151.

⁶⁴⁵ Lindner, Siegfried, Leiter Autorenkollektiv der Hochschule der Deutschen Gewerkschaften „Fritz Heckert“: Wirtschaftliche Rechnungsführung und Kostenrechnung, Erläuterung wichtiger Begriffe, Berlin 1968, S. 149.

⁶⁴⁶ Vgl. Graichen, Dieter: Sozialistische Betriebswirtschaft, S. 437.

⁶⁴⁷ Ebd., S. 154.

⁶⁴⁸ Vgl. Lindner, Siegfried: Wirtschaftliche Rechnungsführung, S. 437.

Im Gegensatz zum marktwirtschaftlichen Kostenbegriff wird nicht auf den betriebsbedingten Güterverzehr abgestellt; die Ausrichtung auf den „Wert“ führt zu einem ideologischen Kostenbegriff. Dieser Sachverhalt wird durch die Definition als „gesellschaftliche Produktionskosten“⁶⁴⁹ unterstrichen. Durch staatliche Rechtsvorschriften „[...] wird der reale Inhalt der Kosten den Erfordernissen der Planung und wirtschaftlichen Rechnungsführung angepaßt“⁶⁵⁰, die Kosten unterliegen einer willkürlichen Festsetzung durch politische Instanzen. Nach dem Wertgesetz sind „[...] die Waren zum gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand zu produzieren und auszutauschen.“⁶⁵¹ Diese Wertgröße ist die Grundlage und das Primat der Preisbestimmung⁶⁵² und bildet eine „[...] objektive Grundlage der Preise.“⁶⁵³

Unter der Zielsetzung der Planung wurde nach planbaren und nicht planbaren Kosten differenziert. Die planbaren Kosten unterschieden sich von den kalkulationsfähigen dadurch, daß sie auch den nicht leistungsbezogenen Güterverbrauch umfaßten (z.B. Abschreibungen für vermietete Grundmittel). Bei den nicht planbaren Kosten handelte es sich im wesentlichen um solche Kosten, die durch planwidriges Handeln entstanden (z.B. Zinsen für außerplanmäßige Kredite).

Einen Einblick in die Gliederung der Kosten vermittelt nachstehende Abbildung:

⁶⁴⁹ Ebd., S. 96.

⁶⁵⁰ Graichen, Dieter: Sozialistische Betriebswirtschaft, S. 437.

⁶⁵¹ Borchert, Hans (Hrsg.): Lexikon der Wirtschaft Industrie, Berlin 1970, S. 872.

⁶⁵² Vgl. ebd., S. 872.

⁶⁵³ Ebd., S. 641.

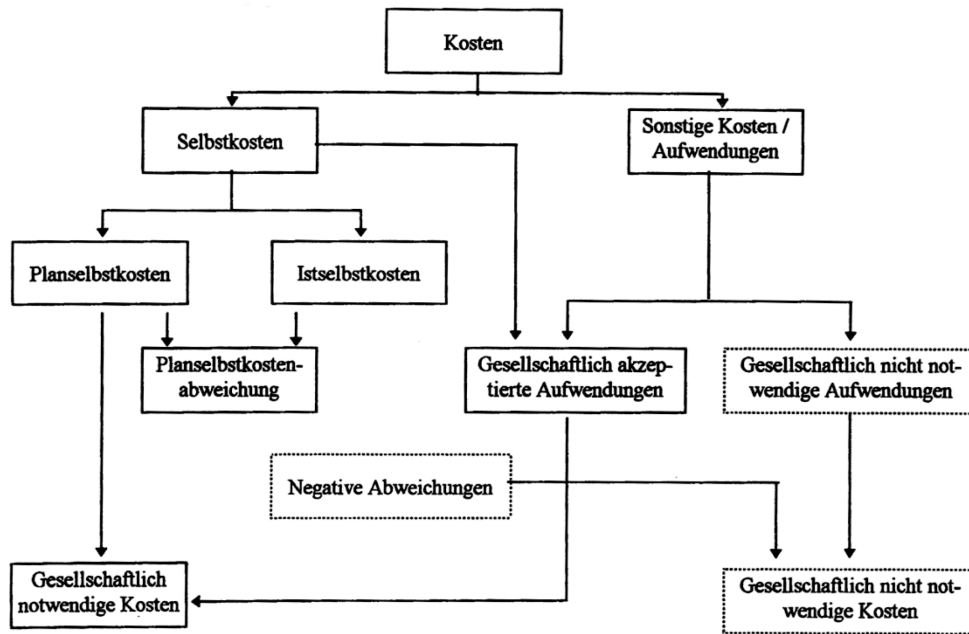


Abbildung 8: Gliederung der Kosten nach der gesellschaftlichen Akzeptanz
 Quelle: Schubert, Eberhart: Sozialistische Betriebswirtschaft Industrie, Hoch- und Fachschullehrbuch für Ingenieure, Berlin 1987, S. 154.

Zu den „gesellschaftlich akzeptierten Aufwendungen“ gehören zum Beispiel Kosten für den Betriebskindergarten, für die theoretische Ausbildung der Lehrlinge, Weiterbildungen der Werk tätigen u.a.⁶⁵⁴

Die „gesellschaftlich nicht notwendigen Aufwendungen“ [...] sind betrieblich nicht notwendig, können keinen neuen Wert bilden bzw. solchen übertragen. [...] Sie sind unnötige Kosten und für die Zwecke der Preisbildung daher auch nicht kalkulationsfähig.⁶⁵⁵ Sie haben eine die Gesellschaft „schädigende“ Wirkung.⁶⁵⁶ Es handelt sich um Kosten aus „mangelhafter Leitungstätigkeit“.

Einen Einblick in die Zusammensetzung der „gesellschaftlich nicht notwendigen Kosten“ zeigt nachstehende Nachweisung des VEB Plastmaschinenwerk Schwerin für das Jahr 1988:

⁶⁵⁴ Vgl. Schubert, Eberhart: Sozialistische Betriebswirtschaft Industrie, S. 153.

⁶⁵⁵ Ebd., S. 152.

⁶⁵⁶ Vgl. ebd.

Tabelle 3: „Gesellschaftlich nicht notwendige Aufwendungen“ des VEB Plastmaschinenwerk Schwerin lt. Nachweis Ergebnisrechnung 1988

Kto.		Plan	Ist
		M	M
3002	Abschreibung stillgelegte Grundmittel	0	0
3040	Inventurminusdifferenzen Grundmittel	0	0
3041	Restbuchwerte vorzeitig ausgesonderter Grundmittel	153	285
3825	Zinsen für planwidrige Kredite	700	1.592
385	Verspätungszinsen und Verzugszuschläge	0	407
390	Mehrkosten mangelhafter Investtätigkeit	0	0
3910	Vertragsstrafen Inland	547	734
3911	Vertragsstrafen SW		1.027
3911	Vertragsstrafen NSW	0	0
39120	Geldstrafen	0	0
39121	Wagenstandgelder	0	103
39122	Fernverkehrszuschläge	0	15
39123	Werkverkehrszuschläge	0	235
3913	Wirtschaftssanktionen	0	0
3914	Schadensersatzleistungen an Betriebsangehörige	0	0
3915	Abwasser-, Staub- und Abgasgeld	0	0
39180	Sanktionen bei Überschreitung der Energiekennziffer	0	20
39181	Sanktionen bei Überschreitung der Transportkennziffer	0	0
392	Forderungsausfall	0	0
393	Abwertung	0	0
394	Inventurminusdifferenzen	0	379
395	Transportverluste	0	165
398	Kosten für mangelhafte Wissenschaftlich-technische Arbeiten	0	0
		<u>1.400</u>	<u>4.962</u>

Quelle: VEB Plastmaschinenwerk Schwerin lt. Nachweis Ergebnisrechnung 1988

Bei diesen „nicht notwendigen“ Aufwendungen erscheint es widersprüchlich, daß hierfür Kosten im Plan vorgegeben werden. Dies gilt im vorliegenden Fall besonders bei den Zinsen für planwidrige Kredite, da auf dieser Grundlage ein planwidriges Verhalten geplant wurde.

Die willkürlichen Preise, Löhne und Kosten waren in der güterwirtschaftlich gelenkten sozialistischen Zentralplanwirtschaft der DDR ökonomische Begriffe mit Leerformelcharakter.

Fritz Schenk⁶⁵⁷ zeigt am Beispiel der Richtlinien der SED von 1965/66 den Leerformelcharakter ökonomischer Aussagen: „Die Selbstkosten drücken mehr oder weniger genau den Aufwand an gesellschaftlicher Arbeit im Produktionsprozeß aus. Sie stellen das Ergebnis vieler einzelner Kosten dar. Sie haben dabei die umgekehrte Wirkung wie der Preis. Steigende Selbstkosten mindern den Gewinn und umgekehrt. Dabei werden die Einzelkosten immer nur als Einzelemente der Gesamtselbstkosten wirksam. Dies drückt einen gewissen Mangel ihrer Funktion als Hebel aus, weil durch vielfältige, oft im einzelnen nicht überschaubare Prozesse die beabsichtigte Hebelwirkung einer Selbstkostenart durch die gegenläufige Entwicklung anderer Kostenarten aufgehoben werden kann.“⁶⁵⁸

Es handelt sich hier um ideologisch verbrämte Gemeinplätze, um Leersätze, d.h. um Sätze, die empirisch nicht widerlegt werden können, z.B.: „Steigende Selbstkosten mindern den Gewinn und umgekehrt“, d.h. sinkende Selbstkosten steigern den Gewinn. Diese Passage ist ein Leersatz, da er immer richtig ist und nie widerlegt werden kann.

2.3 Willkürliche Preise

Nur bei Kenntnis der *Knappheitsgrade* ist eine rationale Allokation möglich. In der marktlosen güterwirtschaftlich gelenkten sozialistischen Zentralplanwirtschaft waren die Knappheitsgrade unbekannt, so daß sie nur eine geringe *Allokationseffizienz* besaßen.⁶⁵⁹ Die willkürlich festgesetzten Preise entsprachen nicht den Knappheitsgraden der Produktionsfaktoren. Auch die auf dieser Grundlage ermittelten Kosten reflektierten nicht die Knappheit der Ressourcen.

Die sozialistische Schriftstellerin Ursula Schöne setzt sich in ihrer Schrift „Preis im Widerstreit der Ideologien“ (1981) mit jenen Wirtschaftswissenschaftlern aus der Bundesrepublik auseinander, „die die Existenz einer wissenschaftlichen Theorie der Preisbildung in der DDR und auch in den anderen sozialistischen Staaten bestreiten, indem sie eine von der Theorie vollkommen gelöste Politik als den bestimmenden Faktor der Entwick-

⁶⁵⁷ Schenk, Fritz: Das rote Wirtschaftswunder. Die zentrale Planwirtschaft als Machtmittel der SED-Politik, S. 99.

⁶⁵⁸ Ebd., S. 99.

⁶⁵⁹ Schneider, Jürgen/ Schwarzer, Oskar/ Kluge, Ulrich: Markt gegen Plan, in: 50 Jahre Deutschland. Ereignisse und Entwicklungen, S. 31.

lung des Preissystems darzustellen versuchen“.⁶⁶⁰ Als Beleg wird eine Grunderkenntnis von Lenin herangezogen.⁶⁶¹ „Die Darstellung der Wechselbeziehungen von Preispolitik und Preistheorie bedarf, soll ein tiefgehendes Verständnis der sozialistischen Entwicklung erreicht werden, noch einer prinzipiellen Ergänzung. Im Verhältnis von Preispolitik und Preistheorie widerspiegelt sich die von Lenin entwickelte Grunderkenntnis über die dialektische Wechselbeziehung von Politik und Ökonomie: 1. ‚Politik ist der konzentrierte Ausdruck der Ökonomik‘ und 2. ‚Die Politik hat notwendigerweise das Primat gegenüber der Ökonomik‘. Anders argumentieren heißt das ABC des Marxismus vergessen“.

„Aufbauend auf dieser grundsätzlichen Feststellung von Lenin und in Auseinandersetzung mit der bürgerlichen These, daß Wissenschaft und Politik generell unvereinbar seien, betont Söder⁶⁶² hierzu: ‚Das Primat der Politik gegenüber der Ökonomie schließt die Erkenntnis und Ausnutzung der objektiven ökonomischen Gesetze ein. [...] Sozialistische Wirtschaftspolitik verbindet strenge Objektivität mit Parteilichkeit, stellt die Einheit von Wissenschaftlichkeit und Interessenvertretung der Werktätigen dar‘.

Preispolitik ist in erster Linie Klassenpolitik und ihre wissenschaftliche Begründung muß die Breite dieser Aufgabe ebenso berücksichtigen wie die Wertbildung und –realisierung“.⁶⁶³

Als wesentlicher Preisfaktor umfaßt die „gesellschaftlich notwendige Arbeit“ nach Marx die Tätigkeit oder die Arbeit, „[...] die notwendig ist, um von einem bestimmten Gebrauchswert das erforderliche Quantum“ bei gegebenem Durchschnitt der gesellschaftlichen Produktionsbedingungen zu produzieren.⁶⁶⁴ Der „gesellschaftlich notwendige Arbeitsaufwand“ ist damit planmäßig verausgabte lebendige und vergegenständliche Arbeit unter durchschnittlichen Produktionsbedingungen. Für die Ermittlung des „gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwandes“ geht der Haupteinfluß von den Betrieben mit der größten Produktionsmenge der konkreten Warenart aus, - ohne Ausklammerung der besten und schlechtesten Produktionsbedingungen. Die Ermittlung des „gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwandes“ schließt immer einen überbetrieblichen Vergleich ein. Grundlage dieses Vergleichs sind die technisch-ökonomischen Normen und Normative für den Verbrauch an vergegenständlichter und lebendiger Arbeit.⁶⁶⁵

⁶⁶⁰ Schöne, Ursula: Preis im Widerstreit der Ideologien. Diese Ausgabe ist Bestandteil der internationalen Reihe „Beiträge zur Kritik der bürgerlichen Ideologie und des Revisionismus“, Berlin (-Ost) 1981, S. 44.

⁶⁶¹ Lenin, Werke, Bd. 32, Berlin (-Ost) 1975, S. 73.

⁶⁶² Söder, Günter.: Ökonomie, Politik, Wirtschaftspolitik, Berlin (-Ost) 1977, S. 100 f.

⁶⁶³ Schöne, Ursula, S. 44.

⁶⁶⁴ Lexikon der Wirtschaft - Preise -, 3. Aufl. Berlin (Ost) 1979, S. 22.

⁶⁶⁵ Vgl. ebd., S. 22 f, S. 163 ff.

Die technisch begründete Arbeitsnorm (TAN) stellt u.a. auf folgende Faktoren ab:

- optimales Arbeitsverhalten,
- völlige Ausnutzung der Arbeitszeit,
- Berücksichtigung der durchschnittlichen Leistungsfähigkeit und des normalen Einsatzgrades der Arbeitskraft

Diese verschiedenartigen Faktoren sind zu einer Gesamtaussage zu gewichten.

Die technisch begründete Arbeitsnorm ist eine wesentliche Bedingung für die Bestimmung des „gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwands“ und damit für eine angeblich „wissenschaftlich begründete Preisbildung“.⁶⁶⁶

Die Bestimmung einer Durchschnittsgröße als Maßstab für verschiedenartige Einflußfaktoren und die Ausrichtung auf einheitliche Normen und Normative für komplexe Sachverhalte, bei denen außerdem kumulierende oder kompensatorische Effekte gegeben sein können, durch eine zentrale Institution führt bei dem zwangsläufigen Ermessen zu Subjektivismus und Willkür. Eine Ausrichtung auf die an subjektiven Knappheiten orientierten Bedürfnisse der Konsumenten scheidet aus – die Konsumentensouveränität wird zerstört.

Für den Bezug und Absatz der Lieferungen und Leistungen war für die Betriebe der Industrieabgabepreis (IAP) verbindlich. Dieser Industrieabgabepreis ergibt sich wie folgt:

Betriebspreis	oder	Betriebspreis
produktgebundene	./	produktgebundene
Abgabe		Preisstützung
<hr style="width: 100%;"/>		<hr style="width: 100%;"/>
Industrieabgabe-		Industrieabgabe-
preis		preis
<hr style="width: 100%;"/>		<hr style="width: 100%;"/>

Abbildung 9: Bestandteile Industrieabgabepreis

Der Betriebspreis umfaßt die kalkulationsfähigen Kosten des Produkts, die in der zentralen staatlichen Kalkulationsrichtlinie zur Bildung von Industriepreisen⁶⁶⁷ festgelegt sind.

⁶⁶⁶ Ebd., S. 27.

⁶⁶⁷ AO über die zentrale staatliche Kalkulationsrichtlinie zur Bildung von Industriepreisen, GBl. I 1983, S. 341 ff.

Die „Anordnung über die zentrale staatliche Kalkulationsrichtlinie zur Bildung von Industriepreisen“⁶⁶⁸ umfaßt einschließlich Anlagen 31 Seiten und legt in §1 als deren Ziel und Aufgaben fest:

„(1) Die zentrale staatliche Kalkulationsrichtlinie legt die Anforderungen des Staates an die Bildung der Industriepreise, die Kalkulation der Kosten und Gewinne sowie die dabei anzuwendenden Methoden fest. Durch die enge Verbindung von zentraler staatlicher Leitung und Planung der Industriepreise mit der Durchsetzung der zentralen staatlichen Kalkulationsrichtlinie ist zu gewährleisten, daß die Preise auch weiterhin fest in der Hand des sozialistischen Staates bleiben und die Preisarbeit weiter rationalisiert wird.“⁶⁶⁹

Gerade in diesem Bereich findet die sozialistische Kommandowirtschaft durch umfassende spezifische gesetzliche Regelungen einen gravierenden Niederschlag. So wird u.a. bestimmt, daß die „... Erarbeitung und Anwendung von Normen und Normativen für den Verbrauch an vergegenständlichter und lebendiger Arbeit...“ zu nutzen ist. Sie ist „... bei Kosten- und Preisvergleichen im Rahmen der Erzeugnisgruppenarbeit und der Betriebsvergleiche ...“ mit dem Ziel der Selbstkostensenkung anzuwenden. Auch für die Ausarbeitung und Prüfung von Preisanträgen der Preisfestsetzung und der Preiskontrolle ist die AO maßgebend.

Bei Preisbewilligungen wird ein „Preiskarteiblatt“⁶⁷⁰ verwendet, in dem die Preise, Kalkulationsnormative (z.B. Zuschlagsätze) u.a. festgehalten werden. Nach den staatlich bestätigten Preisbildungsmethoden sind den Industriepreisen die kalkulationsfähigen Selbstkosten plus staatlich bestätigten Gewinnzuschlag zugrunde zu legen.⁶⁷¹ Für Erzeugnisse mit hoher Qualität (z.B. Gütezeichen „Q“ oder Prädikat Gestalterische Spitzenleistung „SL“) werden Zuschläge zum Betriebspreis gewährt. Nicht den Qualitätsvorschriften entsprechende Erzeugnisse führen zu Preisabschlägen. Das Amt für Standardisierung, Meßwesen und Warenprüfung (ASMW) ist für die Qualitätsfestlegungen zuständig. Bei der Bestimmung des Aufwandes ist auch das Haushaltsbuch (Vorgabe von Leistungskennziffern nach Menge, Wert, Zeit sowie Kosten an die werktätigen Kollektive nach den Planauflagen und deren Erfüllung)⁶⁷² einzubeziehen. Es sind überbetriebliche Kostennormative als Ausdruck des gesellschaftlich notwendigen Verbrauchs auszuarbeiten. Weitere Regelungen betreffen die Verrechnung bestimmter Aufwendungen, Preisbildungsmethoden, Erstellung von Nachkalkulationen, Zurechnungsmethoden des Gewinns u.a. Als Preisbildungsprin-

⁶⁶⁸ In GBl I vom 19.12.1983, Seite 341-370

⁶⁶⁹ Ebd. S. 342

⁶⁷⁰ Vgl. Lexikon der Wirtschaft Preise, Berlin 1979, S. 201

⁶⁷¹ Vgl. GBl I von 19.12.1983, S. 344

⁶⁷² Vgl. Lexikon der Wirtschaft Preise, Berlin 1979, S. 100

zip gilt der Grundsatz „Was für die Volkswirtschaft von Nutzen ist, muß auch für die Kombinate und Betriebe von Vorteil sein.“⁶⁷³

Über die „gesellschaftlich notwendige Arbeit“ als wesentlicher Bestimmungsfaktor der Preise, werden die Preise von den unmittelbaren und abgeleiteten (vergegenständliche Arbeit) Lohnkosten bestimmt. Diese Feststellung der Wertgrößen nach dem Marx'schen Wertgesetz basiert auf einem langfristig stationären Gleichgewicht, bei dem über alle Zweige die Profitrate bzw. Kapitalverzinsung bereits ausgeglichen ist. Die Grenzkosten entsprechen in diesem stationären Gleichgewicht den Durchschnittskosten, so daß bei der gegebenen einheitlichen Kapitalverzinsung auf die Einbeziehung von Kapitalzins und Bodenkosten verzichtet werden kann.

Bei einer realistischeren Betrachtung besteht in den Branchen ein unterschiedlich hoher Grenzertrag des Arbeitseinsatzes, der über den Zins inkalkuliert werden muß. Da der Zins bei der Preisbildung nach der Arbeitswertlehre jedoch ausgeklammert wird, kann der Grenzertrag nicht für einzelne Branchen ermittelt werden. Eine aussagefähige Opportunitätskostenrechnung für eine optimale Steuerung der Produktionsfaktoren kann nicht erstellt werden. Es fehlt damit der Maßstab für eine ertrags- und nutzenmaximierende Verteilung der gesamtwirtschaftlich vorhandenen Arbeit auf die einzelnen Branchen.⁶⁷⁴

Nicht alle Werte lassen sich im Sinne der marxistisch ausgerichteten Preisbildung widerspruchsfrei durch normierte Arbeitseinheiten ausdrücken. Eine arbeitswertbezogene Preisbildung durch Festlegung der Maßeinheit „Arbeit“ ist daher nicht möglich. Diesem Preisbildungsprinzip fehlt ein einheitlicher ökonomischer Maßstab, die auf dieser Grundlage festgesetzten Preise sind daher willkürlich.⁶⁷⁵

In den Zentralplanwirtschaften Ost- und Mitteleuropas wurden alle Preise politisch-administrativ festgesetzt, d.h. Kosten und Preise waren ohne ökonomische Qualität.

⁶⁷³ §20 Abs. 1 der AO

⁶⁷⁴ Vgl. Heimann, Christian: Systembedingte Ursachen des Niedergangs der DDR-Wirtschaft. Das Beispiel der Textil- und Bekleidungsindustrie 1945-1989, Frankfurt 1997, S. 40.

⁶⁷⁵ Vgl. ebenda, S. 40; vgl. Barthel, Alexander: Betriebssteuern als Lenkungsinstrumente in sozialistischen Planwirtschaften: Zur 'wirtschaftlichen Rechnungsführung' in der DDR, Schriften zum Vergleich von Wirtschaftsordnungen, Bd. 42, Stuttgart/ New York, 1990, S. 225; vgl. dazu auch Bohnet, Armin: Preissystem und Preispolitik im Wirtschaftssystem der DDR, in: Basisbereiche der Wirtschaftspolitik in der DDR. Geld-, Finanz- und Preispolitik, hrsg. von Gernot Gutmann, Asperg b. Stuttgart 1983, S. 43-70.

Änderungen der Industriepreise durften nur „planmäßig“ - d.h. staatlich festgelegt - erfolgen: „Planmäßige Industriepreisänderungen dürfen nicht zu Veränderungen der Verbraucherpreise führen.“⁶⁷⁶

Gründe für „planmäßige“ Industriepreisänderungen sind⁶⁷⁷:

- Änderung der „gesellschaftlich notwendigen Aufwendungen“
- Änderungen der Gebrauchswerte und
- politisch-ideologische Zielsetzungen.

„Im Interesse der planmäßigen Ausnutzung des Wertgesetzes sind in bestimmten Zeitintervallen Änderungen der Industriepreise notwendig.“⁶⁷⁸

Damit wird das Preisniveau dem veränderten volkswirtschaftlichen Aufwand für die Herstellung bzw. den Import unter Berücksichtigung der wirtschafts- und sozialpolitischen Zielsetzungen angepaßt.⁶⁷⁹

Da jeder vereinbarte und berechnete Preis eine gesetzliche Grundlage haben muß, sind die Betriebe zur Stellung von Preisanträgen verpflichtet.

Die verfahrensrechtlichen Bestimmungen für das Preisantragsverfahren betreffen die „[...] Ausarbeitung, Beantragung und Prüfung von Kosten- und Preisvorgaben, Preise für Erzeugnisse und Leistungen und von Normativen für die Zwecke der Preisbildung sowie zu deren Bekanntgabe und Dokumentation.“⁶⁸⁰

Die zu beantragenden Preisvorgaben und Preise (Preisvorschläge) sind von den Herstellern mit deren Hauptabnehmern abzustimmen.⁶⁸¹

Zu dem von den Betrieben vorgelegten Vergleich der Gebrauchswerteigenschaften gibt das Amt für Standardisierung, Meßwesen und Warenprüfung (ASMW) eine Stellungnahme ab.⁶⁸² Der Antrag auf Bestätigung einer Kosten- und Preisvorgabe ist beim zuständigen Preiskoordinierungsorgan der Industrie (PKO) zu stellen.⁶⁸³ Die Festsetzung von Industrie- und Verbraucherpreisen erfolgt in Form der Preisbestätigung durch den Ministerrat, den Minister und den Leiter des Amtes für Preise als zentrale staatliche Organe.⁶⁸⁴ „Die Preisbestätigung trägt dazu bei, daß die Prei-

⁶⁷⁶ GBl. vom 15. Dezember 1974, Sonderdruck Nr. 775a, S. 242.

⁶⁷⁷ Graichen, Dieter: Sozialistische Betriebswirtschaft, S. 158.

⁶⁷⁸ Ebd., S. 158.

⁶⁷⁹ Ebd.

⁶⁸⁰ Ebd., S. 173.

⁶⁸¹ Lexikon der Wirtschaft Preise, S. 173.

⁶⁸² Ebd.

⁶⁸³ Vgl. ebd., S. 174.

⁶⁸⁴ Vgl. ebd., S. 178.

se fest in der Hand des Staates bleiben [...].⁶⁸⁵ Durch die Kombinate und Betriebe selbst eingestufte Preise unterliegen der Bestätigung durch die Leiter der Außenstellen des Amtes für Preise. Das Amt für Preise beim Ministerrat der DDR (AfP) ist „[...] für die Gewährleistung der staatlichen Preispolitik, für die Leitung und Kontrolle der Preisbildung, der Vorbereitung und Durchführung planmäßiger Industriepreisänderungen, [...] die Leitung und Entwicklung der Preiskontrolle [...]“⁶⁸⁶ zuständig. „Es verwirklicht seine Aufgaben in Durchführung der Beschlüsse der Partei der Arbeiterklasse auf der Grundlage der Verfassung der DDR [...]. Es ist verantwortlich für die Ausarbeitung der Grundsätze der staatlichen Preispolitik, die Sicherung der Stabilität der Verbraucherpreise und die Einhaltung der Staatsdisziplin auf dem Gebiet der Preise.“⁶⁸⁷

Der Minister und Leiter des AfP bestätigt entsprechend der staatlichen Preispolitik ausgewählte spezielle Kalkulationsrichtlinien, überbetriebliche Kostennormative (z.B. für Gemeinkosten) und normative Gewinnzuschläge für Erzeugnisgruppen.⁶⁸⁸

„Stabile Preise gehören zum Wesen des Sozialismus“, wiederholte Honecker ständig. Allerdings bluteten die hohen Subventionen zunehmend den Staat aus. „Mit den geschaffenen Gütern wird verschwenderisch umgegangen. Brot wird wegen des niedrigen Preises an Schweine verfüttert, Energie zum Fenster rausgeblasen und die alten Häuser verfallen. [...] Traktoren werden in der Mittagspause mit laufendem Motor auf dem Hof abgestellt, weil sie sonst nicht mehr anspringen, so kaputt ist die Technik. [...] Das Interesse der Menschen an Leistung wird immer geringer, weil der DDR-Bürger viele Waren und Leistungen für einen Bruchteil dessen kaufen kann, was sie wirklich kosten.“⁶⁸⁹ Von 1955 bis 1989 lagen die Preise für Roggen-Mischbrot unverändert bei 0,52 Mark pro kg und für Weißbrot bei 1,00 Mark pro kg. Auch die über Jahrzehnte hoch subventionierten Strom- und Gaspreise führten zur Energieverschwendung in den privaten Haushalten. In oft überheizten Neubauten war es nicht einmal möglich, Fernheizungen in den Wohnungen zu regulieren oder abzustellen. In den Jahren von 1955 bis 1989 betrug der Haushaltstarif für 1 kWh elektrischen Strom 0,08 Mark und für 1 Kubikmeter Gas 0,16 Mark. Die staatlichen Zuschüsse für die Sicherung stabiler Preise für Waren des Grundbedarfs - von der Nähnadel bis zur Kinderbekleidung -, Tarife und Dienstleistungen für die Bevölkerung stieg von 8,5 Mrd. M. in 1971 auf 49,8 Mrd. M. in 1988; d.h. auf das Sechsfache,

⁶⁸⁵ Ebd., S. 178.

⁶⁸⁶ Ebd., S. 18.

⁶⁸⁷ Ebd.

⁶⁸⁸ Vgl. ebd.

⁶⁸⁹ Göbel, Jana/ Maier, Wilfried: Vaterland – Tochterland, Berlin 1999, S. 11, 33 und S. 242.

und verschlangen ein Viertel der Ausgaben des Staatshaushaltes.⁶⁹⁰ Zum Spiegelbild der „stabilen Preise“ bzw. der Willkür der Preise gehörten allerdings auch die 250 Mark für ein Paar „Exquisit-Schuhe“, 4.000 Mark für den Fernseher und 14.000 Mark für den Trabant.⁶⁹¹ Für ein neues Sportfahrradmodell hatte der Hersteller in Ausrichtung auf die spärliche Ausstattung in 1979 einen Preis von 350 Mark beantragt. Am 23. Juli 1979 stufte das Amt für Preise das Fahrrad mit 550 Mark ein und setzte am 1. September 1979 bei unveränderter Ausstattung 750 Mark fest. Im November 1979 mußte der Preis auf 450 Mark korrigiert werden. Hinter diesem verbreiteten System steckte die Absicht Mittags, durch höhere Preise Wachstum vorzutäuschen.⁶⁹² „Die (willkürliche) Preispolitik wurde in dem Maße zur verfehlten Politik, als sie das materielle Interesse an hohen Leistungen aushöhlte und damit an der ökonomischen Substanz des Landes zehrte.“⁶⁹³

3. Innovation und willkürliche Investitionen

Die Mikroelektronik schafft entscheidende Voraussetzungen für Produkte und Innovationen. Servan-Schreiber stellte bereits 1967 fest, daß sich seit Einführung der Elektronik eine technologische Revolution vollzogen hat. „Sie dürfte eine radikale Auswirkung auf die moderne Gesellschaft haben.“⁶⁹⁴ Der Einsatz der Computer hat sich dahin entwickelt „[...] Instrument für die Weitergabe und Verarbeitung von Informationsmaterial in der vollen Bedeutung des Wortes zu sein. Er wird in der Lage sein, alle Probleme des industriellen Lebens zu speichern, zu verdauen und zu behandeln.“⁶⁹⁵ Die DDR verpaßte auch im Bereich der Mikroelektronik den Anschluß – mit verheerenden Folgen für die Innovationen in der Industrie und den Dienstleistungen.

⁶⁹⁰ Vgl. zu den o.g. Angaben Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin, Jahrgänge 1955-1990.

⁶⁹¹ Vgl. Göbel, Jana/ Maier, Wilfried: Vaterland – Tochterland, S. 37.

⁶⁹² Janson, Carl-Heinz: Totengräber der DDR. Wie Günter Mittag den SED-Staat ruinierte, S. 86.

⁶⁹³ Göbel, Jana/ Maier, Wilfried: Vaterland – Tochterland, S. 243.

⁶⁹⁴ Servan-Schreiber, Jean-Jacques: Die amerikanische Herausforderung. Vorwort Franz-Josef Strauß, Hamburg 1968, S. 125.

⁶⁹⁵ Ebd., S. 126.

3.1 Innovation im System der sozialistischen Zentralplanwirtschaft

Auf den SED-Parteitag wurden die wirtschaftspolitischen Ziele als „ökonomische Hauptaufgabe“ postuliert. Der Rückstand gegenüber dem Lebensstandard in der Bundesrepublik Deutschland sollte nicht nur eingeholt, sondern übertroffen werden. Es galt die von Walter Ulbricht herausgegebene Parole „Überholen ohne Einzuholen“. ⁶⁹⁶ Die Hauptaufgabe ist Ausdruck für die weitere Erhöhung des materiellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos. „Der Hauptweg dafür ist die Intensivierung der gesellschaftlichen Produktion, vor allem die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.“ ⁶⁹⁷ Die angestrebte Überlegenheit des Sozialismus impliziert einen technischen Fortschritt und Produkte an der Spitze des Weltstandards. Diese Ansprüche lassen sich nur durch eine entsprechende Innovationsfähigkeit realisieren. Ulrich Wagner versteht unter Innovationen „internationale neue Produkte, Verfahren oder Problemlösungen“. ⁶⁹⁸ Die Zielsetzung der DDR ist auf die Fähigkeit ausgerichtet, „an der Spitze des Fortschrittzuges zu fahren, also planmäßig als erste Innovationen hervorzubringen“. ⁶⁹⁹

Der technische Fortschritt wird als wichtigster Faktor für das angestrebte Wachstum und für die Erhöhung der Arbeitsproduktivität angesehen. Nach dem DDR-Politökonom Harry Nick gilt die Wachstumsmaxime auch im Endstadium des Kommunismus für den Zustand der Versorgung „jeder nach seinen Bedürfnissen“. Nick führt aus, daß „Kommunismus ohne Wirtschaftswachstum [...] nicht ein anderer Kommunismus, sondern überhaupt keiner“ ist. ⁷⁰⁰

Die Planung von Forschung und Entwicklung als Motor der Innovation ist in das zentralistische Planungssystem zu integrieren, so die Zielvorstellung der SED-Führung. Der Inhalt dieser Planung ist auf innovative Neuhei-

⁶⁹⁶ Vgl. Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. 10. bis 16. Juli 1958, Berlin 1959, S. 68, 70.

⁶⁹⁷ Stichwort Hauptaufgabe, in: Lexikon der Wirtschaft Volkswirtschaftsplanung, hrsg. von Horst Steeger, Berlin 1980, S. 263.

⁶⁹⁸ Wagner, Ulrich: Innovationsprobleme im Wirtschaftssystem der DDR, in: Das Wirtschaftssystem der DDR. Wirtschaftspolitische Gestaltungsprobleme, hrsg. von Gernot Gutmann, Stuttgart, New York 1983, S. 311 f.

⁶⁹⁹ Ebd., S. 312.

⁷⁰⁰ Nick, Harry: Sozialismus und Wirtschaftswachstum, Berlin 1977, S. 54 zitiert nach Schüller, Alfred: Innovationsprobleme und wirtschaftspolitische Experimente im Systemvergleich, in: Schriften zum Vergleich von Wirtschaftsordnungen, hrsg. von Schüller, Alfred; Leipold, Helmut; Hamel, Hannelore, Heft 33 „Innovationsprobleme in Ost und West“, Stuttgart, New York 1983, S. 1-16. (S. 2).

ten gerichtet, auf etwas was es noch nicht gibt. Svetozar Pejovich definiert „[...] innovation means doing something that has not been done before.“⁷⁰¹ Der technische Fortschritt als in keiner Weise greifbare Unbekannte in der Zukunft verschließt sich einer zentralen Planung. Diese Unmöglichkeit zentraler Planung der Innovationen wurde bereits durch Friedrich August von Hayek nachgewiesen, der von der Anmaßung des Wissens⁷⁰² sprach, wenn er die Ordnung von oben nach unten charakterisierte⁷⁰³ und durch Jochen Röpke wie folgt begründet: „Es ist logisch gar nicht möglich, heute Wissen zu antizipieren, das wir erst später haben werden.“⁷⁰⁴ Die Unwissenheit überlagert die Unsicherheit und schließt jegliche Prophetie über einen vorgegebenen planmäßigen Ablauf im Sinne der unterstellten ökonomischen Gesetze aus. Dieses Problem wurde auch von DDR-Ökonomen erkannt, jedoch nur in Hinweisen angedeutet, da eine Leugnung der Möglichkeit zentraler Fortschrittsplanung die Grundlagen der sozialistischen Planwirtschaft und damit den Sozialismus als „überlegene Gesellschaftsform“ in Zweifel gezogen hätte.⁷⁰⁵

Wie und von wem sollen die in der Zentralplanung aufzunehmenden und den ausführenden Einheiten als Planaufgaben vorzugebenden Größen bestimmt werden? Innovationen erfordern Kreativität, Eigeninitiative, ein Schöpferertum und sind mit Experimenten, Versuchen und Fehlschlägen verbunden, die sich nicht durch ein starres Planungssystem vorgeben und steuern lassen. Oftmals werden anstelle der Zielvorstellungen abweichende, aber positive Ergebnisse erreicht. Innovationen sind im Regelfall langfristig ausgerichtet mit der Folge entsprechender Entscheidungshorizonte.

Die Aufnahme in die Fünfjahrpläne führt über deren Aufsplitten in die Jahresvolkswirtschaftspläne zu Widersprüchen gegenüber der langfristigen Ausrichtung. Hinzu kommt, daß die grundlegenden Fünfjahrpläne meist nach kurzer Zeit unrealistisch sind. Im Bereich der Innovationen erscheint das für die zentrale Planungsinstanz gegebene Informationsproblem besonders gravierend. Dies gilt für die Bestimmung von Zielgrößen und die

⁷⁰¹ Pejovich, Svetozar: Innovation and Alternative Property Rights, in: Schriften zum Vergleich von Wirtschaftsordnungen, hrsg. von Schüller, Alfred; Leipold, Helmut; Hamel, Hannelore, Heft 33 „Innovationsprobleme in Ost und West“, Stuttgart, New York 1983, S. 41-49 (S. 41).

⁷⁰² Hayek, Friedrich A. von: Die verhängnisvolle Anmaßung: Die Irrtümer des Sozialismus, Tübingen 1996, S. 3 f.

⁷⁰³ Vgl. dazu den Hinweis bei Paqué, Karl-Heinz: Wachstum! Die Zukunft des globalen Kapitalismus, München 2010, S. 46.

⁷⁰⁴ Röpke, Jochen: Der importierte Fortschritt. Neuerungsimport als Überlebensstrategie zentralkoordinierter Systeme, in: ORDO, Bd. 27, Stuttgart, New York 1976, S. 223-241 (S. 231).

⁷⁰⁵ Wagner, Ulrich: Innovationsprobleme im Wirtschaftssystem der DDR, in: Das Wirtschaftssystem der DDR, S. 312.

Kenntnis über vorhandene Ressourcen. Die Auslese- und Steuerungsfunktion des Marktes kann gerade in diesem für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung entscheidenden Bereich nicht durch eine bürokratische Zentralplanungsinstanz ersetzt werden. In Ausrichtung auf die Erfüllung der Planaufgaben als Leistungsmaßstab werden Entscheidungen mit den geringsten Änderungen, Risiken und Widerständen angestrebt mit der Neigung zur Innovationsträgheit.⁷⁰⁶

Die nicht gegebenen Verlustrisiken (1988 gab es 387 Verlustbetriebe mit Verlusten von insgesamt ca. 2,5 Mrd. Mark) fehlt es an dem in den Marktwirtschaften wirkenden Innovationsdruck. Hinzu kommen starre betriebliche Organisationsstrukturen, es gibt keine Märkte zum Austausch von Innovations-Wissen und Neuerungen, so daß ein Überspringen (spillovers) des Fortschritts auf andere Bereiche eingeschränkt wird. Die Zentralplanung bildet Schwerpunkte und verhindert mehrgleisige Forschungen, die mit einer höheren Erfolgsquote verbunden sind. Für die Durchsetzung von Ergebnissen des technischen Fortschritts und deren Umsetzung in den Produktionskapazitäten sind Investitionen erforderlich, die im Rahmen der zentralistischen Investitionsplanung kaum flexibel zu realisieren sind.

Zur Innovation gehört auch der Aufbau von Netzwerken. Die DDR-Planwirtschaft mit ihren starren Vorgaben (Plankennziffern etc.) blockierte die Verflechtung flexibler Netzwerkstrukturen mit einem funktionsfähigen Wettbewerb. Unternehmen sind keine isolierten, unabhängigen Wirtschaftseinheiten, sondern sie sind bei ihren Aktivitäten eng mit ihrem Umfeld verflochten. Um die Erfolgsbedingungen eines Unternehmens bzw. einer Branche hinreichend erklären zu können, müssen daher deren externe Beziehungen zu einer Vielzahl von Akteuren und Institutionen berücksichtigt werden. Der Grundtenor netzwerkökonomischer Ansätze lautet: Durch Interaktion und Kommunikation mit externen Akteuren und Institutionen kann ein Unternehmen seine betriebliche Innovationsbereitschaft und -fähigkeit verbessern und damit seine internationale Wettbewerbsposition stärken.⁷⁰⁷

Eva Susanne Franke stellt fest: „Als ein zentrales Ergebnis der netzwerkökonomischen Analyse läßt sich festhalten: Durch Information, Kommunikation und Interaktion einerseits und einen ausreichend hohen Wettbewerbsdruck andererseits wird in einem flexiblen, dynamischen Netzwerk ein innovatives Milieu geschaffen, in dem die technologischen und marktlichen Interdependenzen zwischen den einzelnen Netzwerkmitglie-

⁷⁰⁶ Vgl. ebd., S. 315.

⁷⁰⁷ Franke, Eva Susanne: Netzwerke, Innovationen und Wirtschaftssystem. Eine Untersuchung am Beispiel des Druckmaschinenbaus im geteilten Deutschland (1945-1949), Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Nr. 90, hrsg. von Jürgen Schneider, Markus A. Denzel, Rainer Gömmel, Ulrich Kluge, John Komlos, Stuttgart 2000, S. 13.

dem Synergien bewirken und positive Rückkopplungsprozesse auslösen. Durch räumliche Konzentration der Netzwerkmitglieder werden die positiven Effekte dieser Verflechtungen zusätzlich verstärkt.“⁷⁰⁸

In ihrer Untersuchung am Beispiel des Druckmaschinenbaus im geteilten Deutschland kommt Eva Susanne Franke zu dem Ergebnis: „Das Innovationsverhalten der westdeutschen Druckmaschinenunternehmen im Zuge des Durchbruchs der Offsetdrucktechnik und der mikroelektronischen Revolution demonstriert, wie die Einbindung in flexible Netzwerkstrukturen in Verbindung mit einem funktionsfähigen Wettbewerb innerhalb der Branche die Anbieter dazu zwingen kann, alte Pfade zu verlassen und neue technologische Traditionen zu begründen. Nationale und internationale Verknüpfungen, sowohl kooperativer als auch kompetitiver Art, erweisen sich damit als wichtige Antriebskräfte für die Flexibilität und Innovationsbereitschaft der einzelbetrieblichen Ebene, zwei Merkmale, die insbesondere bei technologischen Umbrüchen von besonderer Relevanz sind.

Das Beispiel der ostdeutschen Druckmaschinenbetriebe hingegen hat gezeigt, daß in der DDR zwar historisch gewachsene Traditionen erfolgreich weitergelebt und perfektioniert werden konnten, daß aber die Integration einer völlig neuen Technologie die Branche vor unüberwindbare Schwierigkeiten stellte. Aufgrund der fehlenden Einbettung der Polygraph⁷⁰⁹ in das Marktgeschehen führte die Entwicklung der ostdeutschen Druckmaschinenbranche im Zuge der mikroelektronischen Revolution in eine Sackgasse. Für einen technologischen Pfadwechsel erwies sich das dirigistische Branchennetz - auch für den Sonderbetrieb VEB Planeta - als viel zu inflexibel, um auf die neuen Entwicklungen aus der Mikroelektronik angemessen reagieren zu können.“⁷¹⁰

In der DDR-Planwirtschaft entstanden keine Netzwerke oder regionale Cluster. In keinem Bereich der Anwendung der Mikroelektronik/ Automatisierung (Produktion, Dienstleistungen einschließlich Verwaltungsfunktionen) gelang der Sprung zu Innovationen; dies führte zur Veralterung des Kapitalstocks. Die „schöpferische Zerstörung“ im Sinne Schumpeters konnte – auch in Folge fehlender Märkte sowie fehlender Beziehungen zu Kunden und Lieferanten – nicht stattfinden.

⁷⁰⁸ Ebd., S. 214.

⁷⁰⁹ Das Kombinat Polygraph Werner Lamberz war ein Industriekombinat mit Stammsitz und Sitz der Kombinatiensleitung in Leipzig. Es umfaßte acht Volkseigene Betriebe mit über 40 Betriebsteilen der Branche papierverarbeitender Maschinenbau in der gesamten DDR. Die Gesamtzahl der Beschäftigten lag etwa bei 16.000. Das Kombinat wurde 1970 als Nachfolger der VVB Polygraph gegründet. 1979 erhielt es den Namen des verstorbenen SED-Politbüromitglieds Werner Lamberz.

⁷¹⁰ Franke, Eva Susanne: Netzwerke, Innovationen und Wirtschaftssystem, S. 212.

Der Flugzeugbau in Dresden z.B. wurde nach Absturz eines Prototyps und aufgrund mangelnder Effizienz und fehlender Absatzmöglichkeiten 1961 aufgegeben⁷¹¹ - 25.000 Beschäftigte wanderten danach in die Verwaltung. Nach der Ära Ulbricht hat sich der Niedergang der DDR-Wirtschaft beschleunigt, die Mikroelektronik/ Automatisierung schlug fehl und die Leiter der Volkseigenen Betriebe und Kombinate konnten nicht einmal die Innovationen imitieren.

3.2 Investitionen im System der sozialistischen Zentralplanwirtschaft

3.2.1 Begriff der Investition

Als Investition soll jede „Verwendung von Produktionsfaktoren zur Erhaltung, Vergrößerung oder Verbesserung des Produktionsapparates außerhalb der privaten Haushaltungen [...]“⁷¹² verstanden werden. Nach Ausgliederung der zur Erhaltung des Produktionsapparates erforderlichen Investitionen aus den Bruttoinvestitionen verbleiben die Nettoinvestitionen. Diese Nettoinvestitionen umfassen den Einsatz von Produktionsfaktoren mit dem Ziel einer zukünftig besseren Güterversorgung. Die Nettoinvestitionen lassen sich in reine Erneuerungsinvestitionen zur Durchsetzung von Ergebnissen des technischen Fortschritts, in Erweiterungsinvestitionen bestehender Produktionskapazitäten und Rationalisierungsinvestitionen unterteilen, mit dem Zweck, „das gleiche Produktionsvolumen bei verändertem kostengünstigerem Faktoreinsatzverhältnis [...]“⁷¹³ herzustellen. Bei Nettoinvestitionen gleich Null hat die unveränderte Größe des Produktionsapparates eine stationäre Wirtschaft zur Folge. Positive bzw. negative Nettoinvestitionen führen entsprechend den Veränderungen des Produktionsapparates zu einer wachsenden oder schrumpfenden Volkswirtschaft.

In den marktwirtschaftlichen Systemen entscheiden die einzelnen Wirtschaftssubjekte, die Unternehmer, über die Durchführung der Investitionen. Unter der Zielsetzung einer Gewinnerwirtschaftung sind für die Investitionsentscheidungen die Ertragserwartungen als Saldo aus den erwarteten Ausgaben und Einnahmen maßgebend. Durch die in die Zukunft reichenden Wirkungen sind die Investitionen mit Risiken der Unsicherheit verbunden.

⁷¹¹ Vgl. Barkleit, Gerhard/ Hartlepp, Heinz: Zur Geschichte der Luftfahrtindustrie in der DDR 1952-1961, Dresden 1995; Barkleit, Gerhard: Die Rolle des Ministeriums für Staatssicherheit beim Aufbau der Luftfahrtindustrie der DDR – Berichte und Studien, Dresden 1995.

⁷¹² Meinhold, Helmut: „Investitionen“, in: HdSW, 5. Bd., Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1956, S. 334.

⁷¹³ Kromphardt, Jürgen: „Investitionen, volkswirtschaftliche“, in: HdSW, 4. Bd., Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1978, S. 247.

Chancen und Risiken liegen bei den einzelnen Wirtschaftssubjekten, eingetretene Verluste sind von diesen zu tragen.

Die Investitionen als Verwendung von wirtschaftlichen, d.h. knappen Gütern zur Erhaltung, Erweiterung oder Verbesserung des Produktionsapparates bedeuten in der gegenwärtigen Periode einen Verzicht auf den Verbrauch von Gütern in der Erwartung eines möglichen höheren Verbrauchs in zukünftigen Perioden. Die Investitionen sind mit einem Konsumverzicht verbunden. Nach Walter Eucken⁷¹⁴ wird die Verwendung der wirtschaftlichen Güter „zurückversetzt“ durch Zuführung in andere Produktionsprozesse als Produktionsmittel. Diese „Rückversetzung“ als Investition bedeutet den Einsatz von Kapital. Eugen Schmalenbach⁷¹⁵ versteht als Kapital „einen Vorrat von Gütern, die brauchbar und nur in beschränkter Menge verfügbar und vorrätig sein müssen“. „Das Kapital entsteht erst dadurch, daß wir die Güter vorrätig machen, d. h. daß wir sie nicht verbrauchen, sondern sparen.“⁷¹⁶ Schmalenbach weist weiter darauf hin, daß die Erstellung eines Gutes und die Bildung von Kapital zwei verschiedene Dinge sind.⁷¹⁷ Das Kapital als mögliche Verfügbarkeit über wirtschaftliche Güter bildet eine Voraussetzung für die Durchführung von Investitionen und stellt damit einen Einsatzfaktor, ein wirtschaftliches Gut dar. In marktwirtschaftlichen Systemen wird die Bildung und Überlassung von Kapital durch Angebot und Nachfrage auf dessen Märkte bestimmt. Als „Preis“ für die Kapitalnutzung entsteht ein Zins, dessen Höhe über die Märkte zu einem Ausgleich von Angebot und Nachfrage führt. Über die Märkte wird das Kapital zu den Investitionen geleitet, die den höchsten Erfolg und damit ökonomischen Nutzen versprechen.⁷¹⁸ Da die Ertragserwartungen der Investitionen durch die Einnahmen aus den künftig produzierten Leistungen beeinflußt werden, bestimmen letztlich die Bedürfnisse der Konsumenten die Investitionsentscheidungen.

In der güterwirtschaftlich gelenkten sozialistischen Zentralplanwirtschaft wird der Wirtschaftsprozeß nicht mehr durch die Konsumenten, sondern durch die zentrale Planungsinstanz gelenkt. Nach Walter Eucken „sind die Konsumenten entthront“.⁷¹⁹ Damit ist auch die Einwirkung der Konsumenten auf die Investitionen ausgeschaltet.

⁷¹⁴ Eucken, Walter: Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Tübingen, Zürich, 3. Aufl. 1960, S. 86.

⁷¹⁵ Schmalenbach, Eugen: Exakte Kapitallenkung, in: Betriebswirtschaftliche Beiträge, hrsg. von Eugen Schmalenbach, Köln 1948, S. 21-27.

⁷¹⁶ Ebd., S. 21.

⁷¹⁷ Vgl. ebd., S. 21.

⁷¹⁸ Vgl. ebd., S. 23.

⁷¹⁹ Eucken, Walter: Grundsätze der Wirtschaftspolitik, S. 87.

Die Investitionsziele wurden in der DDR durch die Fünfjahrplan-Direktiven von der SED-Führung unter ideologischen und politischen Zielsetzungen bestimmt und aus Prestige Gründen Schwerpunktinvestitionen festgelegt.

Die politisch als Gesamtgrößen festgelegten Investitionen mußten zur Durchführung auf die Volkseigenen Betriebe heruntergebrochen und eine Entscheidung zu den alternativ gegebenen Investitionsmöglichkeiten geschaffen werden.

3.2.2 Die Investitionsplanung

Die Investitionsplanung ist aufgrund der zeitlichen Wirkung und der größeren Bedeutung der Verflechtung langfristig ausgerichtet und ebenfalls weitgehend gesetzlich geregelt.⁷²⁰

Investitionen mit einem Gesamtwert über 5 Mio. Mark werden zentral durch die Staatliche Plankommission geplant (Ziffer 3.2. Planungsordnung). Investitionsvorhaben zwischen 1 Mio. und 5 Mio. Mark unterliegen der Planung durch die Ministerien bzw. Räte der Bezirke (Ziffer 3.3 Planungsordnung).

Nach Ziffer 3.1 der „Planungsordnung“ hat die Planung der Investitionen entsprechend den staatlichen Plankennziffern für den Fünfjahrplan und die Jahresvolkswirtschaftspläne zu erfolgen. Grundsätzliche Voraussetzung für die Aufnahme von Investitionsvorhaben in den Plan ist die Einhaltung der verbindlichen Auslastungsnormative bei den bereits vorhandenen Anlagen und Maschinen (Ziffer 3.1 (3) der Planungsordnung). Eine volkswirtschaftliche Mindestanforderung stellt „[...] die vorgegebene normative Rückflußdauer bzw. die vorgegebene Erwirtschaftung von Valutamark je 1.000 Mark Investitionsaufwand dar.“⁷²¹

Zur Vorbereitung der Investitionen ist zunächst eine „Aufgabenstellung“ auszuarbeiten.⁷²² Die Ausarbeitung der Aufgabenstellung hat entsprechend den im Staatsplan der Investitionen bzw. in den Plänen der Vorbereitung enthaltenen ökonomischen Zielsetzungen zu erfolgen (§ 4 Abs. 2 der VO). Nach Bestätigung der technischen und ökonomischen Kennziffern der Aufgabenstellung durch den Minister oder Generaldirektor des Kombinats in einer Bestätigungsurkunde (§ 6 Abs. 5 der VO) sind diese Grundlagen

⁷²⁰ Anordnung über die Ordnung der Planung der Volkswirtschaft der DDR 1986 bis 1990 –Planungsordnung- vom 07.12.1984 in: GBl., Sonderdruck Nr. 1190; Verordnung über die Vorbereitung und Durchführung von Investitionen vom 30.11.1988 in: GBl. I 1988 S. 286-297.

⁷²¹ Planungsordnung, S. 32.

⁷²² VO über die Vorbereitung und Durchführung von Investitionen vom 30.11.1988, S. 289.

verbindlich für das nachfolgende Antragsverfahren für die „Grundsatzentscheidung“ (§ 6 der VO).

Bereits in diesem Stadium werden von den vorgesehenen Auftragnehmern verbindliche Angebote ausgearbeitet und Wirtschaftsverträge über die Mitwirkung der Auftragnehmer bei der Vorbereitung der Grundsatzentscheidung abgeschlossen.

Einen Arbeitskräftebedarf haben die Investitionsauftraggeber grundsätzlich aus dem „[...] ihnen zur Verfügung stehenden gesellschaftlichen Arbeitsvermögen [...]“ zu sichern (§ 4 Abs. 6 der VO).

Durch die staatliche Preiskontrolle ist die Erreichung einer hohen Effektivität bereits im Prozeß der Vorbereitung zu unterstützen (§ 10 der VO).

Die staatliche Preiskontrolle erfolgt in engem Zusammenwirken mit der staatlichen Inspektion für Investitionen der Staatlichen Plankommission, den staatlichen Gutachterstellen und den Banken. Gegenstand der staatlichen Preiskontrolle bilden die Dokumentationen für die Grundsatzentscheidung, insbesondere die verbindlichen Preisangebote und die Aufwandsrechnung der Investitionsauftraggeber (§ 10 Abs. 5 der VO). Die Pflicht zur staatlichen Begutachtung der Investitionsanträge besteht für Investitionsvorhaben mit Anlagenimporten sowie für Investitionsvorhaben mit einem Gesamtwertumfang über 5 Mio. Mark. Die Begutachtung kann für weitere Investitionsvorhaben durch die staatliche Plankommission bzw. durch die Staatsbank festgelegt werden (§ 15 Abs. 1 der VO). Mit der Grundsatzentscheidung wird die Vorbereitung der Investitionen abgeschlossen. Dies ist Voraussetzung für die Aufnahme der Investition mit den festgelegten technischen und ökonomischen Kennziffern in den Investitionsplan (=“Bilanzierung“) und den Beginn der Durchführung (§ 11 Abs. 4 der VO).

Für die Investitionsentscheidungen der jeweiligen Planungsinstanz müssen Kriterien vorliegen, „die ökonomisch verlässliche Aussagen über die Effizienz einer Maßnahme zulassen.“⁷²³ Derartige Kriterien wurden von der Staatlichen Plankommission und dem Ministerium für Wissenschaft und Technik erarbeitet. In diese Effektivitätsermittlung wurden die Hauptanwender, Hauptauftragnehmer, Zulieferbetriebe, örtliche Räte u. a. eingeschaltet. Im Sozialismus ist die Effektivität sozial-ökonomisch bestimmt und nach ihrem Wesen volkswirtschaftliche Effektivität. „Die Kriterien und Methoden zur Beurteilung der ökonomischen Effektivität von Investitionen müssen die Betriebe zu Entscheidungen im Interesse der gesamten Volkswirtschaft befähigen und stimulieren.“⁷²⁴ Zu der Beurteilung der Effektivität

⁷²³ Knauff, Rudolf: Die Investitionspolitik der DDR, in: Das Wirtschaftssystem der DDR. Wirtschaftspolitische Gestaltungsprobleme, hrsg. von Gernot Gutmann, Stuttgart, New York 1983, S. 340.

⁷²⁴ Slaby, Dieter: Grundfondsökonomie, 8. Lehrbrief Investitionen (2. Teil) - Lehrmaterial, Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft, Bergakademie Freiberg 1977.

werden daher auch Kennziffern der Umweltbeeinflussung, der Lärmverminderung, Kriterien der materiellen Arbeitsbedingungen herangezogen. Als Kennziffern zur Beurteilung der ökonomischen Effektivität dienen nachstehende mit der Investition verknüpfte Daten⁷²⁵:

Zuwachs Warenproduktion zu IAP (Industrieabgabepreise)

Zuwachs Export SW (Sozialistisches Wirtschaftsgebiet)

Zuwachs Export NSW (Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet)

Zuwachs Nettoproduktion

Zuwachs Einheitliches Betriebsergebnis (EBE)

Gesamt-Finanzbedarf der Investition mit Angabe der Grundmittel (Sachanlagen), Kredite bzw. von Haushaltmitteln.

Gesamtwertumfang der Investition mit Unterteilung nach Bauleistungen und Ausrüstungen, Angabe von Importen nach SW- und NSW-Ge-bieten

Anzahl der Arbeiter, Angestellte

Produktionspersonal

- davon einschichtig
- davon zweischichtig
- davon dreischichtig

Anzahl der Produktionsarbeiter an Maschinen und Anlagen

Grundfondsquote (Produktionsmenge zu Anlagenbestand)

Grundfondsrentabilität (Gewinn zu Anlagenbestand)

Grundfondsausstattung

Arbeitsproduktivität: Basis Nettoproduktion

Investitionseffektivität: Basis Zuwachs Warenproduktion

Rückflußdauer

Schichtkoeffizient des Produktionspersonals

Mechanisierungsgrad

zeitliche Auslastung der Anlage

Neuzuschaffende bzw. zu gewinnende Arbeitskräfte

⁷²⁵ Nach Formblatt 0724 der Staatlichen Plankommission zum Volkswirtschaftsplan, Autorenkollektiv, Leiter Hanswalter Thiele: Handbuch der Planung für Kombinate und Betriebe, Berlin 1982, S. 305 sowie Dokumentation zur Grundsatzentscheidung für ein Investitionsvorhaben im VEB Kombinat Plast- und Elastverarbeitung (1983).

Importablösung.

Einen Praxisfall der „Bestätigungsurkunde zur Grundsatzentscheidung“ einschließlich Beschluß und der detaillierten Vorgabe des Investitionsvolumens als Teil des Volkswirtschaftsplanes 1984 in Form einer Objektliste ist in Anlage 3 wiedergegeben.

Unabhängig von der fehlenden ökonomischen Qualität der finanziellen Größen besteht bei der Vielzahl der Kennziffern die Gefahr einer einseitigen Ausrichtung mit Willkürentscheidungen, die einer ökonomischen Zielsetzung widersprechen. Dies ist z.B. bei Prioritäten zur Erzielung von Devisenerlösen im NSW-Wirtschaftsgebiet oder Vermeidung von entsprechenden Importen gegeben.

Von der sozialistischen Betriebswirtschaft wird eine zusätzliche Ausrichtung auf die Marx'sche Arbeitswertlehre postuliert. Im Lehrmaterial der Bergakademie Freiberg (8. Lehrbrief der Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft, 1977) wird unter dem Stichwort Investitionen ausgeführt:

„Es bleibt völlig unberücksichtigt, daß diese eingesparte Arbeitskraft in der Lage ist, an anderer Stelle des Betriebes oder der Volkswirtschaft eingesetzt, nicht nur das Gebrauchswertäquivalent für die eigene Reproduktion, sondern darüber hinaus einen Beitrag zum Mehrprodukt zu realisieren. Der Marx'schen Erkenntnis bezüglich des Gebrauchswertes der AK (= Arbeitskraft) wird nicht entsprochen. Der Gebrauchswert der AK besteht u. a. darin, daß sie mehr produzieren kann, als für ihre eigene Reproduktion erforderlich ist.

Betriebswirtschaftlich hat diese Überlegung zur Konsequenz, daß Kosten nicht gleich Kosten sind. So enthalten z.B. zu Kosten bewertete Aufwandselemente vergegenständlichter Arbeit bereits Mehrproduktbestandteile, Lohnkosten dagegen nicht. Des Weiteren ist eine unmittelbare Gegenüberstellung eines einmaligen Aufwandes (Investitionskosten) zu einer hieraus resultierenden jährlichen Einsparung zumindest problematisch, erfordert auf alle Fälle eine sorgfältige inhaltliche Interpretation.

Es widerspricht der sozialistischen Intensivierung nicht, wenn der einmalige Aufwand größer als die hieraus resultierende jährliche Einsparung ist.

Entscheidend ist die Einsparung an gesellschaftlicher Arbeit insgesamt.⁷²⁶

Auf dieser Grundlage wird von den sozialistischen Politökonomien eine Aufwertung des Arbeitskräftebedarfs bei der ökonomischen Beurteilung von Investitionen vorgeschlagen. Eine volkswirtschaftliche Bewertung der

⁷²⁶ Slaby, Dieter: Grundfondsökonomie, 8. Lehrbrief Investitionen (2. Teil) - Lehrmaterial, Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft, Bergakademie Freiberg 1977, S. 20 f.

Arbeitskraft soll durch Anwendung eines Konsumtionsfaktors auf die Lohnkosten erreicht werden. Die mit dem Konsumtionsfaktor bewerteten Selbstkosten nähern sich der Größe des „vollen gesellschaftlichen Aufwandes.“⁷²⁷ In Anlehnung an andere Autoren wird ein Arbeitskräftefaktor in einer Größe von 1,7 vorgeschlagen. Der Ansatz des Arbeitskräftefaktors erfüllt bei der ökonomischen Beurteilung von Investitionen folgende Funktionen:

- „1. Er ermöglicht die Bestimmung des vollen gesellschaftlichen Aufwandes.
2. Er wertet den Substitutionseffekt der lebendigen Arbeit durch vergegenständlichte Arbeit aus sozialistischer und volkswirtschaftlicher Sicht. Eine Betrachtung, die nur unter sozialistischen Produktionsverhältnissen möglich ist und Marx zu folgendem Zitat Anlaß war: „[...] in der kommunistischen Gesellschaft hat daher die Maschinerie einen ganz anderen Spielraum als in der bürgerlichen Gesellschaft.“⁷²⁸

Durch die fast verwirrende Anzahl von Kennziffern fehlt ein einheitliches, aussagefähiges Entscheidungskriterium, so daß auch bei den konkreten Investitionsentscheidungen ein Willkür-Spielraum gegeben ist. Hinzu kommen negative Auswirkungen aufgrund der Einwirkung zahlreicher Instanzen außerhalb der Betriebe, so daß eine betriebliche Motivation und Eigeninitiative auf eine Delegationsmentalität und Verantwortungslosigkeit reduziert wird.

Der entscheidende systembedingte Mangel der Investitionsentscheidungen liegt in der fehlenden Aussagekraft sämtlicher monetärer Effektivitätskennziffern. Diese Kennziffern können keine Aussagen über die Effizienz der Investitionen und des Kapitaleinsatzes vermitteln, da die zugrunde liegenden Preise wegen fehlender Marktrelevanz keine ökonomischen Knappheitsverhältnisse widerspiegeln. Die Kosten und Erlöse sind ohne ökonomische Qualität. Gerhard Richter konstatierte: „Wir wissen nicht einmal, was uns die Produktionsmittel wirklich kosten.“⁷²⁹

Wegen fehlender Kapitalmärkte fehlt ein Zins als Maßstab für eine Kapitallenkung. Auch der Zins wurde von der nationalsozialistisch staatlich gelenkten Wirtschaft übernommen. Als „planmäßiges Instrument“ wurde auch der Zinssatz willkürlich auf 4 % festgelegt.⁷³⁰ Dies wirkt auch auf die als Effizienzgröße angesetzte Rückflußdauer der Investitionen vor Zinsen

⁷²⁷ Ebd., S. 21.

⁷²⁸ Ebd., S. 23 und vgl. Marx, Karl: Das Kapital. Erster Band, Berlin 1975, S. 411.

⁷²⁹ Richter, Gerhard: Die politische Ökonomie und unsere Preise, in: Wirtschaftswissenschaft, 1958, S. 214.

⁷³⁰ Der Sparzins von Guthaben der Bürger betrug in den achtziger Jahren 3,25 %.

ein. Dadurch bleibt bei der Beurteilung von langfristigen Investitionen der Zeitfaktor ohne Auswirkung. Die Vorgabe von Normativen, Bestwerten und die Bindung an den „gesellschaftlich notwendigen Aufwand“ verdrängen die gegebenen betrieblichen Wirklichkeiten und können ebenfalls als Willkür einfluß gewertet werden.

Auch die von den Politökonomien vorgeschlagene Aufwertung des Faktors Arbeit in Ausrichtung auf eine volkswirtschaftliche Wertung verläßt die betriebliche Sphäre und gewinnt durch die übergeordnete Festlegung ebenfalls einen Willkürcharakter. Hinzu kommt die bekannte gegenläufige Entwicklung der Arbeitsproduktivität bei Anlegung von marktwirtschaftlichen Maßstäben.

3.2.3 Willkürliche Investitionen

Die SED-Führung besaß selbst ein Investitionsmonopol. Die Höhe der Investitionen wurde für jeden Wirtschaftszweig durch die Staatliche Plankommission festgelegt. So wurden z.B. etwa 95 Prozent aller Entscheidungen auf dem Gebiet der Investitionen zentral bestimmt oder beeinflußt.⁷³¹ Die SED-Führung und die marxistischen Politökonomien der DDR behaupteten jahrelang, daß der „zentrale Planungsträger“ eine höhere Rationalität besitze als alle individuellen, dezentral planenden Unternehmer in einer Marktwirtschaft. Eine solche Behauptung ist absurd.⁷³² Der „zentrale Planungsträger“ besitzt keine Kriterien darüber, wie viel in welchem Bereich investiert werden soll.⁷³³ Zur Kapitallenkung schreibt Eugen Schmalenbach: „Wenn die Kapitallenkung exakt betrieben und Aussicht auf Erfolg haben soll, *kann sie nicht mit bürokratischer, sondern muß mit pretialer Organisation* betrieben werden. Das heißt, daß man die Kapitalinvestitionen mit Hilfe des Zinses⁷³⁴ lenken muß. Und das wiederum heißt, daß der Zinsfuß eine Höhe erhält, die wir in der Lehre von der Betriebsor-

⁷³¹ Henschel, Gerda: Zur kritischen Analyse der Entwicklung des Planungssystems in der DDR, in: Wirtschaftswissenschaft 38, 1990, S. 677.

⁷³² Vgl. Schneider, Jürgen: Von der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft zur sozialistischen Zentralplanung in der SBZ/DDR, S. 56.

⁷³³ Schmalenbach, Eugen: Exakte Kapitallenkung, in: Betriebswirtschaftliche Beiträge, 1948, S. 21-27.

⁷³⁴ „Wir verstehen hier unter Zins sowohl den Wert als auch den Preis einer Kapitalnutzung.“ Schmalenbach, Eugen: Kapital, Kredit und Zins in betriebswirtschaftlicher Beleuchtung, 2. Aufl. Köln und Opladen 1949, S. 46. Schmalenbach spricht hier vom „Wert“ der kapitalen Nutzung, da er auch den Kapitaleinsatz innerhalb des Betriebes behandelt („optimale Geltungszahl“) und hier kein Preis vorausgegangen ist, „es fehlen in diesem Falle die Parteien überhaupt. Hier spielt der Zins seine Hauptrolle als Kalkulationswert und als Wert für die Erfolgsrechnung“. Ebd., S. 46.

ganisation als ‚optimale Geltungszahl‘ bezeichnen. Nach diesen Regeln muß der Zinsfuß so hoch sein, daß bei als gegeben betrachteter Kapitalmenge nur diejenigen zum Zuge kommen, deren Investitionsvorhaben den höchsten Wirtschaftserfolg haben, und daß alle Investitionsvorhaben, die unter dieser Zahl liegen, abgewiesen werden. [...] Wenn man diese pretiale Methode anwendet, so ist es nicht mehr Sache der zentralen Kapitallenkungsstelle, die einzelnen Investitionsvorhaben zu prüfen, sondern es ist Sache der Investierenden oder Kapitalverwender selbst, es zu tun. [...] Hierin, in der Verlagerung der Kapitaldisposition und der mit ihr verbundenen Kalkulationen beruht der wesentliche Unterschied zwischen zentraler bürokratischer und pretialer Organisation. [...]“⁷³⁵

„Der Zins kommt schließlich vor in der zentral gelenkten Wirtschaft, in der alles Kapital im Eigentum des Staates ist und daher kein Kapitalverkehr stattfinden kann. Ebenso wie im einzelnen Betriebe handelt es sich hier um einen Verrechnungspreis, der die Aufgabe hat, die Leiter der staatlichen Betriebe zu einer wirtschaftlichen Kapitalverwendung anzuhalten. Sie sollen bei ihren Investitionen die Kapitalnutzung richtig kalkulieren, damit auf diese Weise nicht zu viel aber auch nicht zu wenig Kapital festgelegt wird.“⁷³⁶ [...] „Aber auch, wenn die zentrale Wirtschaftslenkung in einem solchen Lande alle Kapitalpositionen in ihrer Hand behält, wird sie doch selbst genötigt sein, für die Kapitalnutzung einen Wert anzusetzen, um überhaupt rechnen zu können.“⁷³⁷

„Ein Preis, der seine gemeinwirtschaftliche Aufgabe erfüllen soll, d.h. ein Preis, der in denkbar hohem Grade auf Verbrauch und Erzeugung zum Besten der Gesamtwirtschaft wirken soll, muß den Bedingungen der optimalen Geltungszahl entsprechen, d.h. den Bedingungen, die ich im Band I meiner ‚Pretialen Wirtschaftslenkung‘ entwickelt habe.“⁷³⁸

„Wenn man das Kapital als gegebene, von der Zinsfußhöhe unabhängige Masse betrachtet, was sie zwar in der Wirklichkeit nicht ist, was aber

⁷³⁵ Schmalenbach, Eugen: Exakte Kapitallenkung, in: Betriebswirtschaftliche Beiträge, S. 23 f.

⁷³⁶ Schmalenbach, Eugen: Kapital, Kredit und Zins in betriebswirtschaftlicher Beleuchtung, S. 47.

⁷³⁷ Ebd..

⁷³⁸ Ebd., S. 47. „Speziell für den Preis der Kapitalnutzung, den Zins, hat eine Unterschreitung der optimalen Geltungszahl zur Folge, das Kapital verbraucht wird für Zwecke, für die es nicht gebraucht werden sollte mit der Folge, daß würdigere Kapitalanlagen unterbleiben müssen. Eine Überschreitung der optimalen Geltungszahl bedeutet, daß ohne Not Kapitalanlagen unterbleiben, die nicht hätten unterbleiben dürfen.“ Ebd., S. 47 f.

einmal unterstellt werden möge, so richtet sich die optimale Geltungszahl für den Zins nach dem Grenznutzen.⁷³⁹

In der güterwirtschaftlich gelenkten sozialistischen Zentralplanwirtschaft bleibt das „Rechnen“ der zentralen Planungsbehörde zur Festlegung eines ökonomisch optimalen Kapitaleinsatzes ohne Effekt. Hierfür ist maßgebend, dass die Produktionsgüterpreise willkürlich zentral festgelegt werden, so dass keine Knappheitspreise der Produktionsmittel als Maßstab für einen rationalen Einsatz vorhanden sind.⁷⁴⁰ Dies gilt in gleicher Weise für den Preis der kapitalen Nutzung, den Zins, da keine Kapitalmärkte existieren. „Der Kapitalmarkt ist der Ort der Wanderung des Kapitals zu seiner rationalsten Verwendung schlechthin.“⁷⁴¹

Ein Kapitalmarkt erscheint im Sozialismus undenkbar, da dieser einen „Kapitalismus mit Kapitalisten“ installieren würde.⁷⁴² Dies würde als weitere Bedingung das Institut des Privateigentums voraussetzen. „Die Überlegenheit des kapitalistischen Systems der Investitionsfinanzierung bleibt so lange bestehen, wie im Sozialismus nicht ein vollwertiger Ersatz für den Kapitalmarkt geschaffen werden kann.“⁷⁴³

Durch das totalitäre System der DDR wurde der Bevölkerung der Konsumverzicht aufgezwungen. Erst bei einer Gefährdung der SED-Herrschaft – wie zum Beispiel am 17. Juni 1953 – erfolgte ein gegenteiliges Umsteuern der Investitionspolitik mit Schwerpunkten auf den Konsumsektor und den Wohnungsbau. Entgegen dem propagiertem „Gesetz der planmäßigen, proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft“ – eine Behauptung von sozialistischen Politökonomen⁷⁴⁴ – sind in den jeweiligen Investitionsbereichen versteckte Zyklen entstanden.⁷⁴⁵

⁷³⁹ Ebd., S. 48.

⁷⁴⁰ Vgl. Raupach, Hans: Die Kapitaldisposition in sozialistischen Volkswirtschaften, in: Kapitaldisposition und Wirtschaftsordnung. Professoren-Kolloquien der Adolf-Weber-Stiftung, Berlin 1970, S. 7-21 (S. 14).

⁷⁴¹ Ebd., S. 18.

⁷⁴² Ebd., S. 46.

⁷⁴³ Ebd., S. 21.

⁷⁴⁴ Vgl. Meyers Lexikon Stichwort Naturgesetze, S. 814 und zur Terminologie der sozialistischen Politökonomen vgl. Martin, Thomas: „Und nichts war uns geblieben“. Der Weg der Freitaler Stahlindustrie GmbH zum Volkseigenen Betrieb (1945-1948), Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, hrsg. von Rainer Gömmel, Ulrich Kluge und Jürgen Schneider, Bd. 76, Stuttgart 1997, Geleitwort Jürgen Schneider, S. 16-21 und S. 169 ff.

⁷⁴⁵ Vgl. dazu Knauff, Rudolf: Die Investitionspolitik der DDR, S. 340 f.

Drei Beispiele sollen die Willkür⁷⁴⁶ von Investitionsentscheidungen in der DDR illustrieren. Das erste stammt von Fritz Schenk, der 1952 bis 1957 Mitarbeiter von Bruno Leuschner in der Staatlichen Plankommission war. Fritz Schenk berichtet über eine Sitzung der Staatlichen Plankommission nach dem 17. Juni 1953, dem Arbeiteraufstand in der DDR.

Der Juni-Aufstand 1953 „hatte bewirkt, dass Moskau jetzt die Hilfe zusagte, die die Plankommission schon im Frühjahr angefordert, aber zunächst nicht erhalten hatte. So wurde unsere ganze Arbeit aus der Zeit vor dem 17. Juni hinfällig, und wir begannen von vorn. [...]

Nach Ansicht von Bruno Leuschner mußte sich die durch die Sowjetunion zugesagte Hilfe im neuen Planentwurf ausdrücken. „Die neuen Tabellen enthielten deshalb drei Hauptspalten: erstens die Zahl des alten Planes, zweitens die der ersten Ausarbeitung des Neuen Kurses und drittens, die letzte und höchste Variante. Da es jedoch an Zeit fehlte, die Minister und Experten noch einmal gründlich zu konsultieren, setzten die acht Leitungsmitglieder der Plankommission in die dritte Spalte selbstherrlich die Zahlen ein, die sie für angebracht hielten. [...]

(Leuschner) wies mich an: „Nehmen Sie sich ein großes Blatt Papier und schreiben Sie alle Beträge auf, die wir jetzt streichen werden“. Dann forderte er Straßenberger⁷⁴⁷ auf, der Reihe nach die in seinen Listen aufgeführten schwerindustriellen Objekte und die dafür vorgesehenen Investitionssummen zu nennen.

Widerwillig las Straßenberger vor: „Ministerium für Erzbergbau und Hüttenwesen für das EKO (das war das Eisenhüttenkombinat Ost, später Stalinstadt) 80 Millionen.“ Leuschner fragte: „Was kann man davon nach deiner Meinung kürzen? „.

„Ich muß das gleiche antworten wie Kerber und Bayer: von meiner Warte aus kann ich unmöglich beurteilen, ob sich 20 oder 50 Millionen herausnehmen lassen.“

Leuschner hörte auch das nicht. Er biß die Zähne ärgerlich zusammen, holte tief Luft und trommelte nervös mit den Fingern auf die Tischplatte. Nach wenigen Sekunden entschied er: „Also streichen wir zunächst mal 30 Millionen! Schenk, schreiben Sie das auf. Weiter, Paul, das nächste Objekt. „Straßenberger schlug ein Blatt um und fuhr fort: „Ministerium für Hüttenwesen und Erzbergbau für das Stahlwerk Riesa 75 Millionen.“

„20 weg!“

⁷⁴⁶ Willkür: Handeln nach freiem Ermessen. Zum Begriff willkürlich: auf Zufall beruhend, nicht nach einem System erfolgend. Meyers Enzyklopädisches Lexikon, Bd. 32, Deutsches Wörterbuch O-Z, Mannheim 1981, S. 2884; vgl. zur Willkür der Investitionsentscheidungen der SED-Führung Janson, Carl-Heinz: Totengräber der DDR. Wie Günter Mittag den SED-Staat ruinierte, insb. S. 68 ff.

⁷⁴⁷ Straßenberger, Paul, Staatssekretär in der Staatlichen Plankommission.

„Hüttenwerk Calbe, 80 Millionen.“

„20 weg!“

So ging es stundenlang weiter. Während die anderen Mitglieder tuschelten, die Achseln zuckten oder den Kopf schüttelten, entwickelte Leuschner einen immer größeren Arbeitseifer. Nach Straßenberger kamen die übrigen an die Reihe. Einer nach dem anderen mußte Leuschner die Zahlen für die einzelnen Objekte nennen, und jedesmal wurde nicht mehr gesagt als: „10 weg!“ oder „15 weg!“ oder „20 weg!“. Ich notierte.

Als ich am Schluß zusammenzählte, ergab sich eine Summe von etwa einer Milliarde. Diesen Betrag verteilte Leuschner nun in gleicher Manier auf die Zweige der Konsumgüterindustrie. Und wie mit den Investitionen verfuhr er auch mit den Materialkontingenten, den Produktions- und Finanzzahlen und allen anderen Planpositionen: die Zahlen der Schwerindustrie wurden gekürzt, die der Leichtindustrie erhöht. [...]

Endlich, nach mehreren Tagen, zog Leuschner Bilanz: „So habe ich mir das gedacht“, sagte er mit überlegener Zufriedenheit. „Wir hatten im alten Plan rund 4 ½ Milliarden für Investitionen vorgesehen. Davon sollten über 60 Prozent auf die Schwerindustrie entfallen. Die haben wir jetzt mal ganz schematisch zusammengestrichen und zugunsten der Leichtindustrie verteilt. Jetzt sieht das Bild schon anders aus. Wir haben etwa 48 Prozent für die Schwerindustrie und 52 Prozent für die Konsumgüterindustrie. Mit diesen Zahlen kann ich mich im Politbüro sehen lassen. Nun müßt ihr euch allerdings mit den Ministerien zusammensetzen und die Sache konkretisieren und ein bißchen ausfeilen. Natürlich weiß ich, dass man das nicht ganz so schematisch machen kann, wie ich es in den letzten Tagen getan habe. Aber grundsätzlich darf sich an diesem Bild nichts mehr ändern.“⁷⁴⁸

Günter Mittag gibt ein weiteres Beispiel für die Willkür bei Investitionsentscheidungen:

„Moderne Technologien bedeuten auch Investitionen. Da ging der Streit los. Schon in der Staatlichen Plankommission wurde aus diesen Gründen dageengehalten. Man ging lieber nach dem Gießkannenprinzip vor. Jeder sollte etwas bekommen, obwohl selbst dabei manche fast leer ausgingen, weil die Mittel nicht hin und her reichten. Subjektive Einschätzungen, unterschiedliches Durchsetzungsvermögen verantwortlicher Minister, aber auch manche Freundschaften oder Nichtfreundschaften spielten ebenfalls eine Rolle bei der Verteilung der immer zu knappen Investitionsmittel.“⁷⁴⁹

⁷⁴⁸ Schenk, Fritz: Im Vorzimmer der Diktatur. 12 Jahre Pankow, Köln, Berlin 1962, S. 226-229.

⁷⁴⁹ Mittag, Günter: Um jeden Preis. Im Spannungsfeld zweier Systeme, Berlin, Weimar 1991, S. 119. Kritisch zu Günter Mittag vgl. Wolf, Herbert: Hatte die DDR je eine Chance?, Hamburg 1991; Janson, Carl-Heinz: Totengräber der DDR. Wie Günter Mittag den SED-Staat ruinierte, S. 65 ff.

Auch Gerhard Schürer schildert ein exemplarisches Beispiel für Fehlinvestitionen im Fahrzeugbau der DDR. „Als *Günter Mittag* 1984 in der Bundesrepublik eine gebrauchte Fertigungsstraße des VW Alpha-Motors für 360 Millionen DM geordert hatte und ohne einen Beschluß über ein Gesamtkonzept der Pkw-Produktion mit der ausdrücklichen Zustimmung *Erich Honeckers* den Vertrag schnell abschloß, war die größte Fehlentscheidung in der Geschichte der DDR auf wirtschaftlichem Gebiet getroffen worden, denn es handelte sich hierbei um eine Transferstraße nur für den Rumpfmotor, d. h. für alle weiteren Teile, in der zu Recht von VW geforderten Qualität, einschließlich des Motorengusses, mußten wir die Kapazitäten schaffen und darüber hinaus große Veränderungen an der Konstruktion des Trabants und des Wartburgs vornehmen, damit der VW-Motor eingebaut werden konnte. Insgesamt waren mehr als 7 Milliarden Mark Investitionen erforderlich und man hatte dennoch keine weltmarktfähigen Fahrzeuge, wobei der Trabant mit dem leistungsstarken neuen Motor übermotorisiert war. Auf jeden Fall wäre zu diesem Motor eine neue Karosserie erforderlich geworden, die weitere Milliarden Mark an Investitionen erfordert hätte.“⁷⁵⁰

Der güterwirtschaftlich gelenkten sozialistischen Zentralplanwirtschaft fehlte jegliches Kriterium, um eine Übereinstimmung von Bedarf und Produktion zu erreichen, so daß Investitionen willkürlich erfolgten. Die Folge davon waren permanente Fehlinvestitionen u. a. in den Industriezweigen Mikroelektronik⁷⁵¹ und Fahrzeugbau. Es fehlte jeder Antrieb, um die gebotenen technischen Möglichkeiten zu nutzen. Dies hatte eine erhebliche Leistungs- und Produktivitätsschwäche sowie eine geringe technische Modernisierung zur Folge.⁷⁵² Der „Trabant“ war eine Baureihe des Herstellers VEB Sachsenring Automobilwerke Zwickau DDR. Der anfänglich als sparsam und robust geltende, später auf Grund fehlender Innovationen jedoch hoffnungslos veraltete Trabant steht beispielhaft für den Zerfall der DDR-Wirtschaft und war Inbegriff planwirtschaftlicher Rückständigkeit. Dennoch galt der Besitz des Trabants bis zur Wende als Statussymbol mit Wartezeiten der Besteller von 10 bis 12 Jahren. Zwischen 1957 und 1991 wurden insgesamt 3.051.385 Fahrzeuge⁷⁵³ der „Trabant“-Baureihe – fast ohne technische Innovationen – produziert.

⁷⁵⁰ Schürer, Gerhard: *Gewagt und verloren. Eine deutsche Biographie*, Frankfurt/Oder 1996, S. 84.

⁷⁵¹ Zur Mikroelektronik vgl. Gutmann, Gernot/Buck, Hannsjörg F.: *Die Zentralplanwirtschaft der DDR - Funktionsweise, Funktionsschwächen und Konkursbilanz*, in: *Am Ende des realen Sozialismus* (2), S. 10 f.

⁷⁵² Schneider, Jürgen/ Schwarzer, Oskar/ Kluge, Ulrich: *Markt gegen Plan*, in: *50 Jahre Deutschland. Ereignisse und Entwicklungen*, S. 33 f.

⁷⁵³ [http://de.wikipedia.org/wiki/Trabant_\(Pkw\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Trabant_(Pkw)), Abgerufen am 17.11.2012

Die Rahmenbedingungen der von Honecker verkündeten „Einheit von Wirtschaft und Sozialpolitik“ ab 1971 wurden immer schwieriger, so daß auch der Zielkonflikt zwischen einer expansiven Sozialpolitik und wirtschaftlicher Leistungskraft nicht zu überwinden war, auch wenn die SED-Führung dies immer glaubte oder hoffte, mit dem Instrumentarium der Planwirtschaft bewältigen zu können.⁷⁵⁴ Es gelang nicht, vielmehr wurde die Situation in den achtziger Jahren immer krisenhafter (Konsum, Versorgung, abnehmende Investitionen, aufwendige Sozialmaßnahmen, hohe Subventionen bei schwächer werdender wirtschaftlicher Leistungskraft) und führte 1989 zum Zusammenbruch der DDR.

Zu dem rapiden Verschleiß des Kapitalstocks⁷⁵⁵ kam in den Jahren von 1970 bis 1986/87 ein Absinken der „Akkumulationsquote“ der Volkswirtschaft der DDR von 29,0 v.H. auf 21,3 bzw. 21,7 v.H. Zugleich halbierte sich sogar in gleichem Zeitraum die „Nettoinvestitionsquote“ für „produktive Investitionen“ in den produzierenden Bereichen (1970 = 16,1 v.H.; 1985 = 8,1 v.H.; 1986 = 8,7 v.H.; 1987 = 9,9 v.H. siehe nachfolgende Tabelle).⁷⁵⁶

⁷⁵⁴ So in den Beratungen im Mai 1989 bei Honecker zum Entwurf des Volkswirtschaftsplanes und Staatshaushalt 1990. Vgl. Bouvier, Beatrix: Die DDR - ein Sozialstaat? Sozialpolitik in der Ära Honecker, Bonn 2002, S. 89 f.

⁷⁵⁵ Zur Abnutzung des Kapitalstocks und dem rapiden Verschleiß der Produktionsanlagen in den achtziger Jahren vgl. Haendcke-Hoppe-Arndt, Maria: Wer wußte was? Der ökonomische Niedergang der DDR, in: Festschrift für Ilse Spittmann-Rühle, Rückblicke auf die DDR, Köln 1995, S. 120-131. Die Autorin Haendcke-Hoppe-Arndt beantwortet die Frage „Wer wußte was in der Wirtschaftspolitik?: „Die wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger, die Politbüromitglieder, wußten Bescheid. Aber die Bereitschaft zur Wahrnehmung oder gar zum Handeln entwickelte sich in der Parteispitze umgekehrt proportional zur Eskalation der ökonomischen Probleme.“ Ebd., S. 130.

⁷⁵⁶ Vgl. dazu auch Kusch, Günter et al.: Schlußbilanz – DDR, S. 57 f.

Tabelle 4: Erreichte Akkumulationsquote und Investitionsquote in der Volkswirtschaft der DDR, 1970 bis 1989

Jahr	Akkumulationsquote ¹	Nettoinvestitionsquote in den „produzierenden Bereichen“ ² in v.H.
1970	29,0	16,1
1975	26,9	13,8
1980	26,2	12,4
1981	25,3	12,2
1982	21,6	10,8
1983	21,5	10,3
1984	21,2	8,3
1985	21,4	8,1
1986	21,3	8,7
1987	21,7	9,9
1988	22,7	10,5
1989 ³	21,8	10,1

1 „Akkumulationsquote“= Anteil der Nettoinvestitionen in der Volkswirtschaft (Gesamtinvestitionen minus Abschreibungen) plus Bestandserhöhungen bei Investitionsgütern an „im Inland verwendeten Nationaleinkommen“.

2 Zu den „produzierenden Bereichen“ gehörten die Industrie und das produzierende Handwerk (ohne Bauhandwerk), die Bauwirtschaft (einschließlich Bauhandwerk), die Land- und Forstwirtschaft, das Verkehrs-, Post- und Fernmeldewesen, der Binnenhandel und „sonstige produzierende Zweige“ (Verlage, Reinigungsbetriebe, Forschungs- und Entwicklungszentren, Reparaturkombinate).

3 Vorläufige Angaben.

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR 1990, S. 14, 15, 101, 103 und 106 und vgl. Gutmann, Gernot/ Buck, Hannsjörg F.: Die Zentralplanwirtschaft der DDR – Funktionsweise, Funktionsschwächen und Konkursbilanz, in: Am Ende des realen Sozialismus (2), Opladen 1996, S. 11.

Die Nettoinvestitionen werden aus den Bruttoinvestitionen durch Ausgliederung der Erhaltungsinvestitionen ermittelt. Da die Erhaltungsinvestitionen im Regelfall durch Modernisierungen u.ä. auch Verbesserungen des Altzustandes umfassen, deren Anteil sich bei den Einzelinvestitionen nur schwer ermitteln läßt, werden zur Ermittlung der Nettoinvestitionen die Gesamtinvestitionen um die Abschreibungen vermindert. Da in der volkseigenen Wirtschaft im Vergleich zu den marktwirtschaftlichen Systemen niedrige Abschreibungssätze angesetzt werden, erscheint die aufgrund der DDR-Daten abgeleitete Akkumulations- und Nettoinvestitionsquote überhöht.

Über die ökonomische Qualität der Investitionen – gerade in einer Kommando- und Mangelwirtschaft – können die dargestellten Quoten keine Aussage vermitteln.

3.2.4 Zwangsläufige Investitionen im Energiebereich

Von der UdSSR „... erhielt die DDR lebenswichtige Roh- und Energiestoffe, so etwa durchschnittlich 90 v.H. ihrer gesamten Erdölimporte.“⁷⁵⁷ Für die Verrechnung dieser Lieferungen galt im RGW ein Fünfjahresfestpreissystem. Durch die Weiterverarbeitung des Rohöls und den Westexport der Mineralölerzeugnisse wurde dieser Bereich zu einem wesentlichen Devisenbringer für die DDR.⁷⁵⁸ Nach der Ölpreisexplosion von 1973 und von 1979 wurde das RGW-Preissystem schließlich auf einen Dreijahresdurchschnitt zurückgeführt. Die Vorteile aus dem Nachhinken der RGW-Preise schwanden, der Rohölbezug wurde jährlich teurer.⁷⁵⁹ Wegen rückläufiger Ernten war die UdSSR auf Getreideimporte aus dem Westen angewiesen, die hierfür benötigten Devisen konnten nur durch Rohöllieferungen realisiert werden. Daher kürzte die UdSSR die vertraglichen Rohöllieferungen ab 1982 um jährlich 2 Mio t von 19 Mio t auf 17 Mio t. Auch ein von Honecker am 21. Oktober 1981 mit dem Sekretär des ZK der KPDSU, Russakow, geführtes Gespräch konnte diese Kürzung nicht verhindern.⁷⁶⁰

Durch den Verfall der Weltmarktpreise gingen ab 1985/86 die Devisenerlöse aus den Exporten von Mineralölprodukten etwa um die Hälfte zurück (Größenordnung 1,5 Mrd US\$) bei gleichzeitiger Erhöhung der Bezugspreise.⁷⁶¹

Zur Ablösung der Ölimporte und Deckung des Energiebedarfs wurde die Energieerzeugung aus heimischer Braunkohle hochgefahren. Die Produktion von Rohbraunkohle zeigt folgende Entwicklung:⁷⁶²

⁷⁵⁷ Haendcke-Hoppe-Arndt, Maria: Außenwirtschaft und innerdeutscher Handel, in: Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den 80er Jahren (Hrsg. Eberhard Kuhrt), Opladen 1996, S. 56

⁷⁵⁸ Haendcke-Hoppe-Arndt, Maria: Wer wußte was?, in: Rückblicke auf die DDR (Hrsg. Gisela Helwig), Deutschland-Archiv, Köln 1995, S. 123

⁷⁵⁹ Ebd. S. 122

⁷⁶⁰ Eine Niederschrift über dieses Gespräch ist abgedruckt bei: Haendcke-Hoppe-Arndt, Maria: Außenwirtschaft und innerdeutscher Handel, S. 65/66

⁷⁶¹ Vgl. Haendcke-Hoppe-Arndt, Maria: Die Wirtschaftspolitik der Ära Honecker, S. 57

⁷⁶² Statistisches Jahrbuch der DDR 1989, S. 24

Tabelle 5: Produktion von Rohbraunkohle

	1.000 t
1936	101.056
1946	108.400
1955	200.612
1965	250.839
1980	258.097
1985	312.156
1988	310.314

Die einseitige Ausrichtung auf den aufgrund ihres Brennwertes unwirtschaftlichen Einsatz der Braunkohle und die damit verbundene Umweltbelastung dokumentieren folgende Übersichten mit Vergleichen gegenüber der Bundesrepublik:

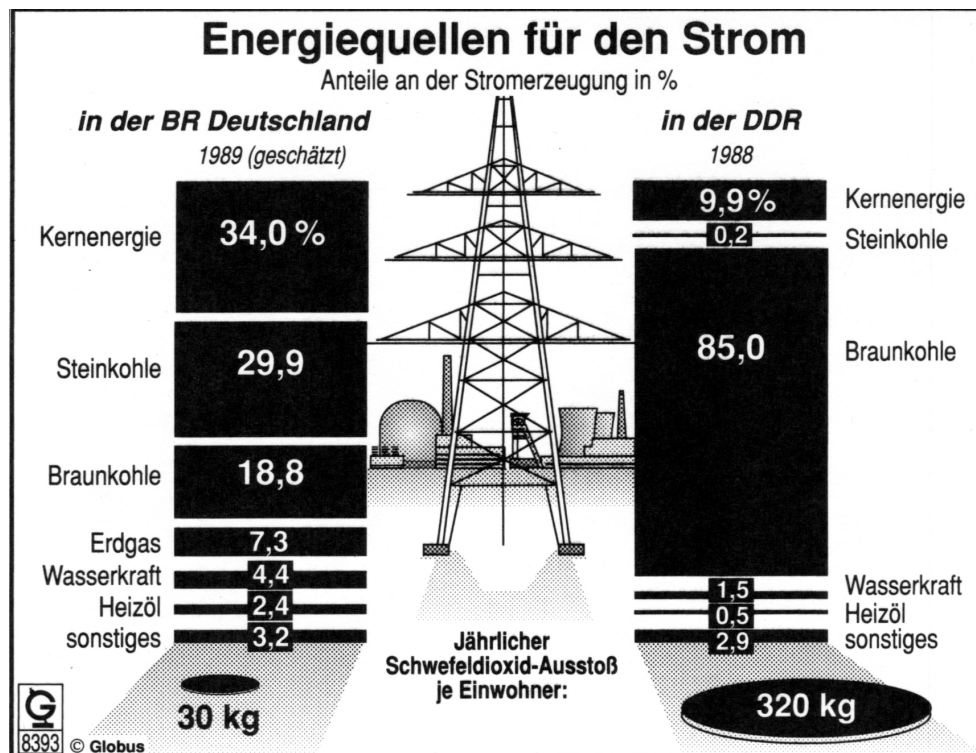


Abbildung 10: Energiequellen für den Strom

Quelle: Globus Kartendienst GmbH, 45. Jg., 9. Juli 1990 (Ha-8393)

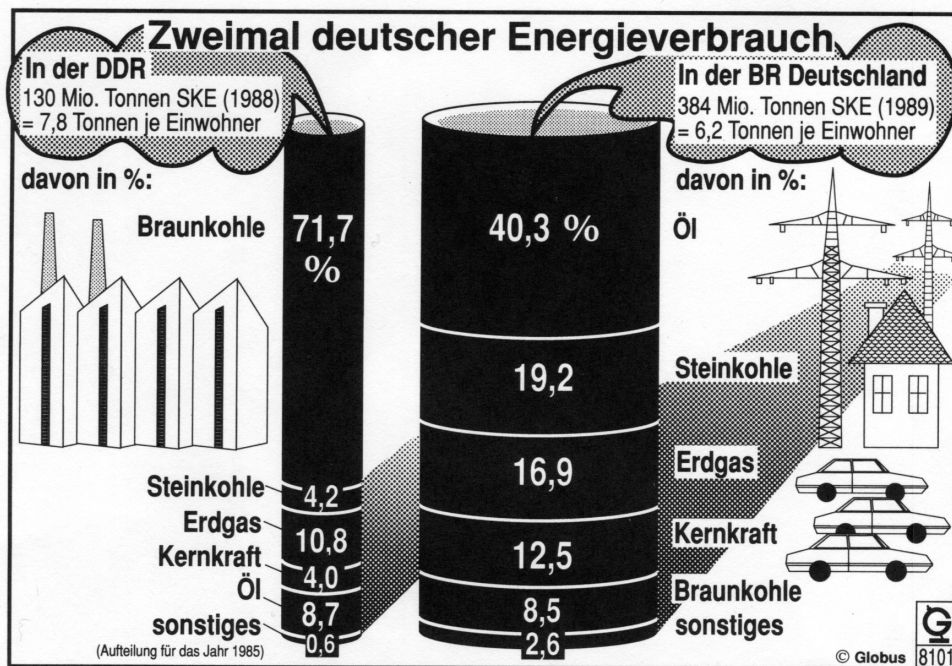


Abbildung 11: Zweimal deutscher Energieverbrauch

Quelle: Globus Kartendienst GmbH, 45. Jg., 15. Januar 1990 (Ha-8101)

Da die Preise für den Grundbedarf einschließlich Energietarifen aus politischen Gründen konstant gehalten wurden, konnten die gestiegenen Kosten der unwirtschaftlichen Energiegewinnung nicht weitergegeben werden. Hierfür notwendige Subventionen aus dem Staatshaushalt banden weitere Mittel.

Ein Drittel der verfügbaren Investitionsmittel wurden durch die Umstellungen im Energiebereich absorbiert.⁷⁶³

Die zwangsläufigen Investitionen aufgrund der Autarkiebestrebungen im Energiebereich und die willkürlichen Prestigeinvestitionen schränkten die Investitionen in den übrigen Produktionszweigen ein. Dadurch entstanden Disproportionen, Alter und Reparaturanfälligkeit der Produktionsausrüstung nahmen zu und führten zu einer weiteren Verringerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Eine Voraussetzung für die Leistungsfähigkeit der produzierenden Betriebe ist die Deckung des steigenden Energiebedarfs. Wegen des niedrigen Brennwertes war die Energiegewinnung aus den vorhandenen Braunkohlevorkommen ineffizient. Für den wirtschaftlicheren Einsatz von Erdöl und

⁷⁶³ Gutmann, Gernot / Buck, Hannsjörg F.: Die Zentralplanwirtschaft der DDR, in: Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den 80er Jahren (Hrsg. Eberhard Kuhrt), Opladen 1996, S. 9

Erdgas war die DDR auf Importe- vorwiegend aus der UdSSR - angewiesen, mit folgender Entwicklung:

Tabelle 6: Erdöl- und Erdgasimporte aus der UdSSR

aus der UdSSR ⁷⁶⁴	Erdöl <u>1.000 t</u>	Erdgas <u>Mio m³</u>
1960	1.811	-
1970	9.233	-
1988	17.072	7.051

Als die UdSSR anstelle des bisherigen Verrechnungsverkehrs eine Bezahlung der Lieferungen in Devisen verlangte, hat sich der aufgrund fehlender internationaler Leistungsfähigkeit gegebene Devisenmangel weiter verstärkt. Als Folge entstand in der DDR ein Zwang zum verstärkten Einsatz der unwirtschaftlichen heimischen Braunkohle. Dieser Einsatz steigerte sich wie folgt⁷⁶⁵:

Tabelle 7: Einsatz heimischer Braunkohle

	<u>1.000 t</u>
1936	101.056
1946	108.400
1971	262.814
1985	312.156

Diese zwangsläufigen Autarkiebestrebungen in eine ineffiziente Energiegewinnung absorbierten entsprechende Mittel.

⁷⁶⁴ Statistisches Jahrbuch der DDR 1989, S. 259

⁷⁶⁵ Ebd. S. 24

4. Das zentralistische Planungssystem

4.1 Die zielsetzenden Instanzen

In der Verfassung der DDR wurde 1968 festgelegt: „Die Volkswirtschaft der DDR ist sozialistische Planwirtschaft“⁷⁶⁶ und ist von „einem einheitlichen ökonomischen Zentrum aus zu organisieren.“⁷⁶⁷ Die politische und wirtschaftliche Macht lag beim Politbüro der SED. Es gilt „[...] das Prinzip der Einheit von Politik und Ökonomie, bei Primat des politischen Herangehens.“⁷⁶⁸

Die zentralistische Planung ist die Umsetzung der „[...] objektiv notwendigen Funktion des sozialistischen Staates zur planmäßigen Leitung der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft in allen ihren Bereichen und Territorien sowie auf allen Ebenen.“⁷⁶⁹ Sie „[...] dient der Verwirklichung der Ziele der Partei und des sozialistischen Staates auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens unter Führung der Partei der Arbeiterklasse.“⁷⁷⁰

Wie in der Rechtsordnung gilt auch im wirtschaftlichen Bereich die zentralistische, total umfassende Ausgestaltung mit direktivem Charakter.

4.2 Die Planungshierarchie

Nach dem Primat der Politik war die Gestaltung des Wirtschaftsprozesses eine staatliche Aufgabe auf der Grundlage von Parteibeschlüssen und konkreten Direktiven der entsprechenden Parteigliederungen. Die Entscheidungsfindung des Politbüros zu Wirtschaftsfragen erfolgte auf der Grundlage entsprechender Ausarbeitung und Vorschläge der zuständigen ZK-Abteilungen. Die insgesamt neun ZK-Abteilungen, die mit Wirtschaftsfragen befaßt waren, unterstanden dem ZK-Sekretär Günter Mittag. Darüber hinaus basierte die politische und wirtschaftliche Macht von Günter Mittag

⁷⁶⁶ Verfassung der DDR in der Fassung vom 7. Oktober 1974, GBl. I 1974, S. 432 f.

⁷⁶⁷ Thiele, Hanswalter et al. (Hrsg.): Handbuch der Planung für Kombinate und Betriebe Industrie, Berlin 1982, S. 18.

⁷⁶⁸ Steeger, Horst (Hrsg.): Lexikon der Wirtschaft. Volkswirtschaftsplanung, Berlin 1980, S. 484.

⁷⁶⁹ Ebd., S. 467.

⁷⁷⁰ Ebd.

auf seiner Weisungsbefugnis gegenüber den Generaldirektoren der Kombinate, die Nomenklaturkader des ZK- Sekretariats waren.⁷⁷¹

Das zentrale Planungsorgan des Ministerrates für die gesamtstaatliche Planung und Bilanzierung der volkswirtschaftlichen Entwicklung sowie deren Koordinierung ist die Staatliche Plankommission (SPK).

Die Staatliche Plankommission war zuständig für die Ausarbeitung, Koordinierung und Kontrolle der mittelfristigen Perspektivpläne (Fünfjahresplan) und den daraus abgeleiteten jährlichen Volkswirtschaftsplänen.⁷⁷²

Einen Einblick in den Aufbau der Planungshierarchie vermittelt nachstehende Übersicht:

⁷⁷¹ Schroeder, Klaus: Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft, S. 489 f.

⁷⁷² Schroeder, Klaus: Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft, S. 487 ff.; vgl. dazu auch Schürer, Gerhard: Gewagt und verloren. Eine deutsche Biographie, Frankfurt an der Oder 1996, S. 45 ff.

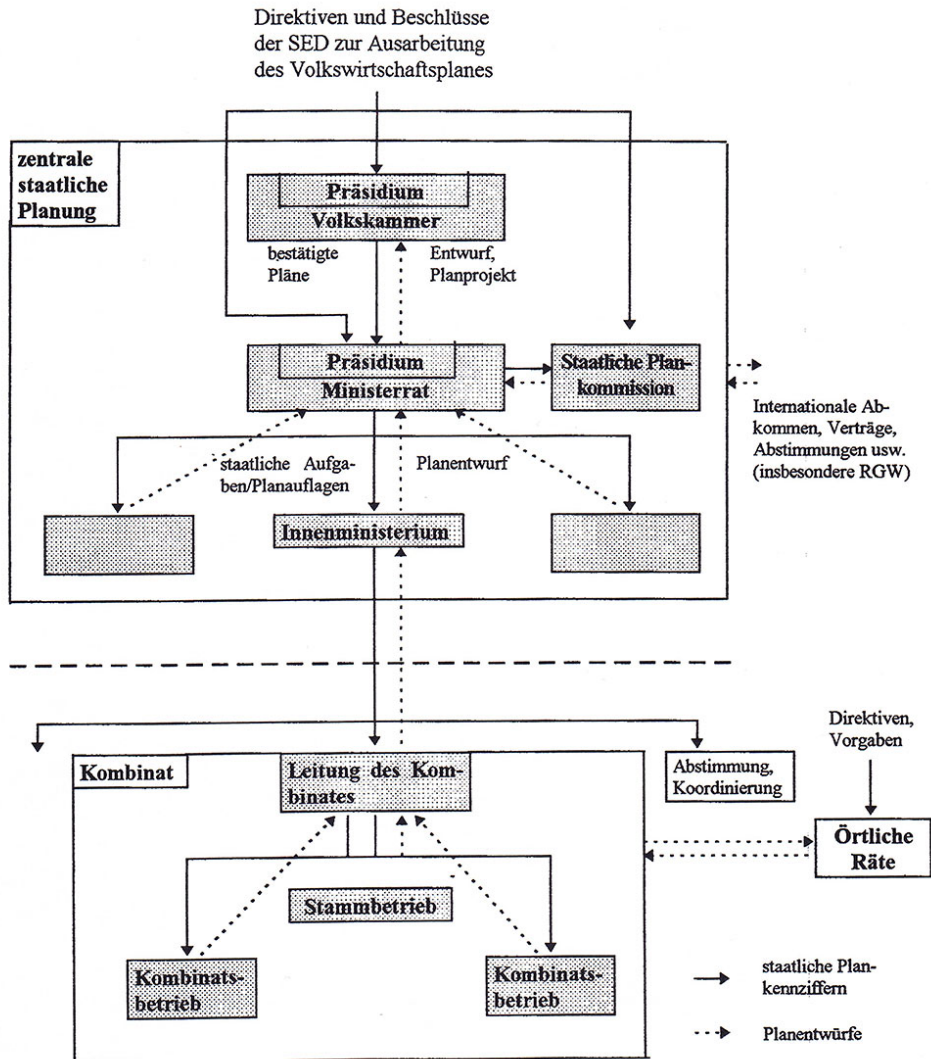


Abbildung 12: Planungshierarchie

Quelle: Thiele, Hanswalter: Handbuch der Planung, Berlin 1982, S. 21

4.3 Der Plan als Gesetz

Die durch die Volkskammer beschlossenen Volkswirtschaftspläne hatten Gesetzeskraft. Als Folge der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik erstrecken sich diese Pläne auch auf das Bildungswesen, das Gesundheits- und Sozialwesen, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen u.a. Am 27. November 1986 hat die Volkskammer der DDR „in Durchführung der Beschlüsse des XI. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands folgende Gesetze beschlossen:

- Gesetz über den Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1986-1990
- Gesetz über den Volkswirtschaftsplan 1987
- Gesetz über den Staatshaushaltsplan 1987⁷⁷³

Die gesetzlichen Vorgaben werden in Form von Hauptkennziffern⁷⁷⁴ und als absolute Beträge und Mengen festgelegt. So enthält der vorstehende Fünfjahrplan 1986-1990 u.a. folgende Bestimmungen:

Für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR im Zeitraum 1986-1990 werden u.a. folgende *Hauptkennziffern* festgelegt:

	1990 : 1985
	in %
Produziertes Nationaleinkommen	125
Arbeitsproduktivität im Bereich der Industrieministerien	150
Export in das sozialistische Wirtschaftsgebiet	129
	1986-1990
	durchschnittlich
	jährlich
Senkung des spezifischen Verbrauchs	
- volkswirtschaftlich wichtige Rohstoffe und Materialien	4,0 %
- wichtiger Energieträger	3,3 %
Senkung der Selbstkosten in der Industrie	2,2 %

Entsprechend den Beschlüssen des XI. Parteitages der SED ist das Entwicklungstempo der *Arbeitsproduktivität* weiter zu beschleunigen. Sie ist in der Industrie durchschnittlich jährlich um 8,5 % zu erhöhen.

Es werden folgende Ziele festgelegt:

- Durch Rationalisierung und Automatisierung sind durchschnittlich jährlich 550 Mio. Stunden Arbeitszeit einzusparen.

⁷⁷³ Vgl. GBl. I 1986, S. 449-472.

⁷⁷⁴ Vgl. zu den Hauptkennziffern ebd., S. 449 ff.

- Der spezifische Energieverbrauch ist im Jahre 1990 gegenüber 1985 um das Äquivalent von 80 Mio. t Rohbraunkohle zu senken (für 1987 geplante Jahresmenge 319 Mio. t).

Entsprechend ihrer „volkswirtschaftlichen Breitenwirkung“ ist in der Mikroelektronik die Produktion durchschnittlich jährlich

- bei unipolaren Schaltkreisen um 47 % und
- bei bipolaren Schaltkreisen um 20,6 % zu steigern.

Bis zum Ende des Fünfjahrplanzeitraumes sind 90.000 CAD/CAM Arbeitsstationen zu schaffen. In der modernen Rechentechnik sind für die Inlandsverwendung und den Export mindestens zu produzieren

- Büro- und Personalcomputer 170.000
- Kleindatenverarbeitungsanlagen 1.950
- EDV-Anlagen 670.

Im Zeitraum 1986-1990 ist für das *Realeinkommen pro Kopf der Bevölkerung* ein durchschnittlich jährlicher Zuwachs von rd. 4 % zugrunde zu legen.

Die *Nettogeldeinnahmen* der Bevölkerung sollen zur Stimulierung hoher Leistungen durchschnittlich jährlich um 4 % anwachsen.

Aufgrund der gegebenen realen Ausgangssituation erscheinen die pauschalen Planvorgaben vollkommen unreal und utopisch.

Bei kumulierter Betrachtung ergeben sich für den Fünfjahreszeitraum nachstehende Auswirkungen:

Steigerung der Arbeitsproduktivität	+ 50,4 %
Senkung des spezifischen Verbrauchs volkswirtschaftlich wichtiger Rohstoffe und Materialien	./ 21,7 %
Selbstkostensenkung in der Industrie	./ 11,5 %
Erhöhung Realeinkommen pro Kopf der Bevölkerung sowie der Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung	je + 21,7 %

Allein die vorstehend aufgeführten Vorgaben als utopische Wunschvorstellung außerhalb der Realität unterstreichen eine Umsetzung in Ausrichtung auf die Unfehlbarkeit der behaupteten „ökonomischen Gesetze“.

Dieses System findet im Volkswirtschaftsplan 1987 eine entsprechende Fortsetzung.

Die als Gesetz festgelegten gesamtwirtschaftlichen Pauschalgrößen lassen sich nicht ohne Modifizierungen und Aufgabe des Gesetzescharakters auf die vielfältigen wirtschaftlichen Verflechtungen übertragen.

Das Gesetz über den Staatshaushalt 1987 wurde von der Volkskammer „in Übereinstimmung mit dem Volkswirtschaftsplan 1987“ beschlossen.

Bei einem Haushaltsvolumen von rd. 256 Mrd. Mark (Einnahmen bzw. Ausgaben) betragen die

	rd. Mrd. Mark	Anteil
Einnahmen Volkseigene Wirtschaft (ohne Land- und Forstwirtschaft)	191	74,6 %
Ausgaben Volkseigene Wirtschaft	77	29,9 %
Einnahmen Steuern, Abgaben	20	7,7 %
Preisstützung zur Sicherung stabiler Preise für Waren des Grundbedarfs und Tarife für die Bevölkerung	49	19,1 %

Auf zwischenstaatlicher Ebene koordinierte die SPK die Pläne der DDR mit den Ländern des RGW, hierzu wurden Regierungsabkommen im Rahmen der sozialistischen ökonomischen Integration abgeschlossen.

Im „Staatsplan Wissenschaft und Technik“ wurden besonders wichtige Vorhaben, „Staatsaufträge“ (Erzeugnisse oder Leistungen mit gesamtwirtschaftlicher Bedeutung), zentral durch das Ministerium für Wissenschaft und Technik geplant. Hierfür gab es Zuweisungen von (Aufkommens-) Bilanzen mit hoher Priorität. Dies galt ebenso für militärische Vorhaben für die Landesverteidigung (höchste Priorität), verantwortet durch die drei Ministerien der militärischen Organe.

4.4 Die Staatliche Plankommission

Die Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission seit 1950 gehörten als Minister, Mitglied des Ministerrates, Mitglied des ZK der SED und meist auch Mitglied bzw. Kandidat des Politbüros zur Nomenklatura der SED.

Die Staatliche Plankommission hatte in den achtziger Jahren etwa 2.100 Mitarbeiter⁷⁷⁵ In einem Strukturplan vom 1.7.1985⁷⁷⁶ werden u.a. die Berei-

⁷⁷⁵ Herbst, Andreas/ Ranke, Winfried/ Winkler, Jürgen: So funktionierte die DDR, Bd. 1, Reinbek b. Hamburg 1994, S. 957.

⁷⁷⁶ Vgl. BArch, DE 1/58409, Organisationshandbuch der SPK.

che Investitionen, Außenwirtschaft und nach Wirtschaftsbereichen untergliederte Fachabteilungen sowie für Allgemeinfunktionen (Finanzen, EDV etc.) aufgeführt. Außerdem bestand eine „Zentrale Staatliche Inspektion für Investitionen“, „Wirtschaftspolitische Abteilungen der Botschaften“ u.a.

Bei der Abteilung Kohle wurden 1959 nachstehende Gruppen und Fachgebiete gebildet:

1. Gruppe Produktion und Technik
2. Gruppe Planung und Ökonomie
3. Gruppe Arbeit und Löhne
4. Gruppe Bilanzierung
5. Fachgebiet Kader
6. Fachgebiet Internationale Ökonomische Beziehungen
7. Fachgebiet Bergrechtsfragen
8. Sicherheitsingenieur

Die Staatliche Plankommission fungierte nicht nur als eine Art übergeordnete Koordinierungsstelle zwischen Betrieben und anderen Wirtschaftsbereichen, sondern griff auch unmittelbar gestaltend in das Betriebsgeschehen ein. So erließ die Abteilung Kohle z. B. in 1959 detaillierte "Grundprinzipien" für die Arbeitsweise:

- des Werkdirektors (12 Blatt) mit den Abschnitten Unterstellungen, Verantwortungsbereiche und Prinzipien der Arbeitsweise
- des Technischen Direktors (13 Blatt)
- des Leiters der Abteilung Planung (14 Blatt)
- des Kaufmännischen Direktors (16 Blatt)
- des Produktionsleiters (19 Blatt)
- des Tagebauleiters (21 Blatt)
- des Abteilungsleiters Brikettfabrik (26 Blatt)
- der Schichtmeister Brikettfabriken (27 Blatt)
- Direktive über Maßnahmen zur Verbesserung der Brikettqualität (8 Blatt)
- Direktive für die Arbeit in den Entwässerungsbetrieben der Tagebaue (8 Blatt)
- u.a.

4.5 Die rechtliche Ausgestaltung der Planung

Die Grundlagen der zentralistischen Planung und deren Durchführung sind in umfangreichen Gesetzen, Anordnungen und Durchführungsbestimmungen einschließlich Nomenklaturen und Vordrucken festgelegt.

Die „Anordnung über die Ordnung der Planung der Volkswirtschaft der

DDR 1976 bis 1980“, vom 20. November 1974, umfaßt in Teil I und II einschließlich Rahmenrichtlinie insgesamt 1.234 Seiten.⁷⁷⁷ In den einleitenden Grundsätzen wird zum „Hauptinhalt der Planung der Volkswirtschaft“ u.a. festgelegt:

„1. (2) Die Planung der Volkswirtschaft erfolgt auf der Grundlage der Beschlüsse der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der Gesetze und anderen Vorschriften“⁷⁷⁸ und gilt auch für Kombinate und Betriebe: „Der Fünfjahrplan ist auszuarbeiten auf der Grundlage der Direktiven der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Beschlüsse des Ministerrates der DDR.“⁷⁷⁹

Das sozialistische Wirtschaften als planmäßiges Wirtschaften erfordert zur Durchsetzung der politischen und ökonomischen Macht des Staates, daß „[...] die gesellschaftliche Produktion auf der Grundlage eines verbindlichen Planes von einem einheitlichen ökonomischen Zentrum [...]“⁷⁸⁰ organisiert und koordiniert wird. Als „Volkswirtschaftsplanung ist das sozialistische Planungssystem das entscheidende Instrument der sozialistischen Wirtschaftsleitung.“⁷⁸¹ In den Volkswirtschaftsplänen wurden konkrete Hauptkennziffern gesetzlich festgeschrieben.⁷⁸²

4.6 Die zentralistische Bilanzierung von Aufkommen und Verwendung

Zur materialseitigen Vorbereitung, Ausarbeitung und Durchführung des Fünfjahrplanes und der Jahresvolkswirtschaftspläne gilt u. a. die „Bilanzierungsverordnung“.⁷⁸³ Sie gilt für die Bilanzierung von Energieträgern, Roh- und Werkstoffen, Zuliefererzeugnisse, Rationalisierungsmitteln, Ersatzteilen, Ausrüstungen, Industrieanlagen und Konsumgütern. Die Material-, Ausrüstungs- und Konsumgüterbilanzierung (MAK-Bilanzierung) dient als wichtiges Leitungs- und Planungsinstrument für die „erzeugniskonkreten materiellen Proportionen und Verflechtungen“ für den Bevölkerungsbedarf, die Wirtschaft des Staates und des Exports. Die MAK-Bilanzierung ist von der Staatlichen Plankommission, den Ministerien, Kombinat und wirt-

⁷⁷⁷ GBl., Sonderdruck Nr. 775a und b, vom 15. Dezember 1974 sowie Sonderdruck Nr. 780 vom 13. Januar 1975.

⁷⁷⁸ GBl., Sonderdruck Nr. 775a vom 15. Dezember 1974, S.7.

⁷⁷⁹ Ebd., S. 12.

⁷⁸⁰ Thiele, Hanswalter et al. (Hrsg.): Handbuch der Planung für Kombinate und Betriebe Industrie, 2. Aufl., Berlin 1988, S. 18.

⁷⁸¹ Ebd., S. 19.

⁷⁸² Vgl. dazu Näheres Kapitel III/ 4.3. dieser Arbeit (Der Plan als Gesetz)

⁷⁸³ Verordnung über die Material-, Ausrüstungs- und Konsumgüterbilanzierung - Bilanzierungsverordnung - vom 15. November 1979, in GBl. I, S. 1-15.

schaftsleitenden Organen (WO) in einer nach Leitungsebenen gestaffelten Verantwortung (Bilanzpyramide) wahrzunehmen.

Weitere Bilanzen werden für die Koordinierung und Abstimmung der Beziehungen des Betriebes zum Territorium und zur Bank (Kreditanspruchnahme) erstellt.

Die Beziehungen zum Territorium umfassen die Nutzung von Baukapazitäten, Energie und Transportleistungen u. a.⁷⁸⁴

Zur Durchsetzung der „Einheit von Plan, Bilanz und Vertrag“⁷⁸⁵ sind die Kooperationsbeziehungen durch den Abschluß von „Wirtschaftsverträgen“ zu sichern. Auf der Grundlage der staatlichen Planaufgaben des Fünfjahrplanes sind langfristige Wirtschaftsverträge abzuschließen. Können die jährlichen Lieferungen, das Sortiment, die Qualität und andere Plankennziffern des Fünfjahrplanes nicht oder nicht vollständig abgeleitet werden, so sind anstelle von Leistungsverträgen Verträge zur „Vorbereitung von Liefer- bzw. Leistungsbeziehungen“ zu vereinbaren (§16 Abs. 5 Bilanzierungsverordnung).

Entsprechend der Planungshierarchie werden von der Staatlichen Plankommission auf der Grundlage der erwähnten „Bilanzierungsverordnung“⁷⁸⁶ für die jeweiligen Ebenen Bilanzen (Staatsplan-, Minister-, Kombinate-, Betriebsbilanzen) unter Einbeziehung der jeweiligen Verflechtungen (Verflechtungsbilanzen) erstellt.

Der volkswirtschaftlich begründete Bedarf „wird auf der Grundlage staatlicher Plankennziffern, staatlicher Normen und Kennziffern der Energie- und Materialökonomie durch fortschrittliche Energie- und Materialverbrauchs- sowie Vorratsnormen und weiterer Verbrauchsrichtwerte“ (§ 7 Abs. 1 Bilanzierungsverordnung) ermittelt.

Für den Fall von ungerechtfertigten Bedarfsanforderungen an Erzeugnissen wird eine Wirtschaftssanktion in Höhe von 10% des Industrieabgabepreises für die ungerechtfertigte Bedarfsanforderung festgesetzt. Eine ungerechtfertigte Bedarfsanforderung liegt nach § 34 Abs. 2 der Bilanzierungsverordnung u. a. vor, wenn sie

- a) nicht den staatlichen Plankennziffern, den Normativen und Normen des Material- bzw. Energieverbrauchs oder der Vorratswirtschaft entspricht;
- b) gegen die staatliche Ordnung auf dem Gebiet des Imports verstößt;

⁷⁸⁴ Vgl. dazu Graichen, Dieter (Leiter Autorenkollektiv): Sozialistische Betriebswirtschaft Industrie, Berlin 1987, S. 120 f.

⁷⁸⁵ Thiele, Hanswalter et al.: Handbuch der Planung für Kombinate und Betriebe Industrie, S. 75.

⁷⁸⁶ Verordnung über die Material-, Ausrüstungs- und Konsumgüterbilanzierung - Bilanzierungsverordnung - vom 15. November 1979, in GBl. I, S. 1-15.

- c) nicht mit anderen Planteilen übereinstimmt;
- d) aus der unzureichenden Nutzung der eigenen Deckungsquellen bei der Planung des Bedarfs resultiert.

Die Wirtschaftssanktionen sind an den Staatshaushalt zu zahlen (§ 35 Bilanzierungsanordnung).

4.7 Das „Einheitliche System von Rechnungsführung und Statistik“

„Die *wesensbestimmende Seite* des sozialistischen Planungssystems ist die *zentrale staatliche Planung*.“⁷⁸⁷

Als Instrument zur Durchsetzung des wirtschafts- und sozialpolitischen Programms der SED⁷⁸⁸ umfaßt die zentralistische Planung weite Bereiche der Gesellschaft und die entsprechenden Ebenen. Das vielschichtige und weit gefächerte Feld der Planung erfordert eine Vereinheitlichung und Standardisierung des Datenmaterials in inhaltlicher und methodischer Hinsicht. Unter dieser Zielsetzung wurde ab 1968 das „Einheitliche System von Rechnungsführung und Statistik“⁷⁸⁹ eingeführt. Dieses System soll „Informationen über abgelaufene, gegenwärtige und künftig ablaufende Prozesse und Erscheinungen des volkswirtschaftlichen Produktionsprozesses und seiner Zusammenhänge, Verflechtungen und Wechselbeziehungen von der Ebene der Betriebe und Einrichtungen bis hinauf zu den zentralen Staats- und Wirtschaftsorganen kurzfristig und mit hoher Aussagekraft zur Verfügung ...“⁷⁹⁰ stellen. Als Arbeitsmittel dienen verbindliche Definitionen von Kennziffern und Begriffen, volkswirtschaftliche Systematiken und Nomenklaturen (z.B. Erzeugnis- und Leistungsnomenklatur = ELN-Nr., Kontenrahmen), Richtlinien für die Erfassung und Aufbereitung, das Formularwesen u.a.⁷⁹¹

⁷⁸⁷ Autorenkollektiv (Ltg. Hannswalter Thiele): Handbuch der Planung für Kombinate und Betriebe Berlin 1982, S. 20

⁷⁸⁸ Ebd. S. 13

⁷⁸⁹ VO vom 12. Mai 1966 über das einheitliche System von Rechnungsführung und Statistik (GBl II/1966 Nr. 70 S. 445)

⁷⁹⁰ Autorenkollektiv der Gewerkschaftshochschule „Fritz Heckert“ (Ltg. Siegfried Lindner); Wirtschaftliche Rechnungsführung und Kostenrechnung Industrie, Erläuterung wichtiger Begriffe. Berlin 1975, S. 232

⁷⁹¹ Redaktionskollektiv (Ltg. Kurt Ambrée): Lexikon der Wirtschaft Preise, Berlin 1979, S. 243; sowie Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg); „Definitionen wichtiger Kennziffern und Begriffe für Planung und Statistik“, Berlin 1965

In den Kombinat- und Betriebsbetrieben ist der Hauptbuchhalter Leiter des betrieblichen Systems von Rechnungsführung und Statistik und fungiert gleichzeitig als Kontrolleur des Staates.⁷⁹²

4.8 Die Koordinierung der Teilpläne und Einzelbilanzen

Ein Hauptproblem für die zentrale Lenkung der DDR-Wirtschaft stellt die Koordinierung der vielen Teilpläne dar. Bei den meisten Gütern – die volkswirtschaftlich wichtigen ausgenommen – erfolgt die Koordination in den zentralen Lenkungsorganen nur grob mit Hilfe des Bilanzsystems.⁷⁹³

Koordinierungsinstrumente: Der zentrale Plan für die DDR-Volkswirtschaft entsteht nicht von vornherein als ein einheitliches Ganzes, sondern er entsteht als Summe einer Vielzahl von Teilplänen. Eines der Hauptprobleme jeder vorwiegend zentral geleiteten Volkswirtschaft besteht darin, die vielen Teilpläne miteinander zu koordinieren, um den Planmechanismus⁷⁹⁴ – das Gegenstück zum Preisautomatismus – zum Wirken zu bringen.

Das technische Instrument, mit dessen Hilfe die Koordination im Bereich der zentralen Planung vorgenommen wird, ist die *Bilanzmethode*.

Typisches Merkmal einer zentral geleiteten Wirtschaftsordnung ist ein zusammenhängendes System natürlicher Bilanzen.⁷⁹⁵

Gesamtwirtschaftliche Bilanzen der erwähnten Art können aber erst aufgestellt werden, nachdem die naturale Planung mit Hilfe eines Systems natürlicher Einzelbilanzen abgeschlossen ist.⁷⁹⁶

Die gesamtwirtschaftlichen Knappheiten der Güter sichtbar zu machen, ist Aufgabe der einzelnen Bilanzen.

In jeder Bilanz für ein Plangut ist zwischen einer Aufkommens- und einer Verwendungsseite zu unterscheiden.⁷⁹⁷ Auf der Aufkommensseite gilt es, die innerhalb der Planperiode verfügbare Menge des Plangutes zu bestimmen. Bei der Bestimmung der Verwendungsposten in den einzelnen Bilanzen ist folgendes zu beachten: „Aus den angestrebten Zielen ergibt sich zunächst nur der Bedarf an *Gütern erster Ordnung*. Tatsächlich ist aber der Bedarf an Gütern aller Ordnungen zu bestimmen. Diese Aufgabe wird er-

⁷⁹² Hauptbuchhalterverordnung vom 7.6.1979, GBl II Nr. 18, S. 156

⁷⁹³ Pfeiffer, Eberhard: Die naturale Planung des Wirtschaftsprozesses in der DDR, S. 57 f.

⁷⁹⁴ Hensel, Karl Paul: Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft, Schriften zum Vergleich wirtschaftlicher Lenkungssysteme, 2. Aufl., Heft 1, Stuttgart 1959, S. 163 ff.

⁷⁹⁵ Pfeiffer, Eberhard: Die naturale Planung des Wirtschaftsprozesses in der DDR, S. 111.

⁷⁹⁶ Ebd., S. 111.

⁷⁹⁷ Ebd., S. 113.

füllt durch Umrechnung der Güter erster in Güter zweiter, der Güter zweiter in Güter dritter Ordnung usw. Die Umrechnung ist solange fortzusetzen, bis man auf die gesamtwirtschaftlichen Daten der Planung stößt, die innerhalb der Planperiode nicht variierbar sind, d.h. auf Bilanzen, bei denen sich die ergebenden Knappheiten nicht mehr weiter wälzen lassen. Die Umrechnung eines Gutes in ein Gut nächster Ordnung erfolgt mit Hilfe der technischen Koeffizienten.“⁷⁹⁸

Wäre es beabsichtigt, so Pfeiffer, den gesamten Wirtschaftsprozeß vollkommen und vollständig durchzuplanen, dann müßte für jedes in der Volkswirtschaft vorhandene Gut eine Planbilanz aufgestellt werden, um so die Knappheit jedes Gutes zu ermitteln. Diese Aufgabe ist in einer modernen Volkswirtschaft durch ein zentrales Organ selbst bei Unterstellung von entsprechenden theoretischen Optimierungsmodellen und Computerkapazitäten nicht zu lösen, da die notwendigen Eingabedaten mit ökonomischen Inhalten für diesen Entscheidungsprozeß nicht verfügbar sind. Von Bedeutung erscheinen hierbei außerdem der Zeitfaktor, alternative Gestaltungsmöglichkeiten, Wechselwirkungen und kontinuierliche Veränderungen.

Man hat in der DDR errechnet, daß es (1955) insgesamt 2 Mill. Güter gab. Die Grobplanung erfolgt durch die Staatliche Plankommission, wird von da aus nach unten hin immer mehr verfeinert und erreicht bei den Betrieben den letzten Grad der Feinplanung, der in diesem Lenkungssystem für angemessen oder für nötig gehalten wird.⁷⁹⁹ Die Grundlage für die Aufstellung der Planaufgaben, die den Betrieben von der übergeordneten Instanz zugeleitet werden, bildet das allgemeine Warenverzeichnis. Es enthält nur noch ca. 45.000 verschiedene Güter. Das „Aufstellen von Gegenständen, wie das genannte Warenverzeichnis und Verzeichnisse von Leistungsbegriffen, die von zentralen Planungsorganen ausgearbeitet werden und den unteren Instanzen vorschreiben, mit welchem Freiheitsgrad sie bei der Planung arbeiten müssen, bezeichnet man im Sowjetbereich als Nomenklatur. [...]

Die Nomenklatur, die der Produktionsplanung der Mittelinstanzen zugrunde liegt, die so genannte Schlüsselliste, enthält nur noch ca. 2.000 Positionen. Diese sind dadurch entstanden, daß jeweils eine Anzahl verschiedener Produkte des Warenverzeichnisses gleicher Art unter einem Oberbegriff zu einer Position – so genannte Planposition – zusammengefaßt wurde. So gibt es z.B. die Planposition ‚Emaillegeschirr‘, die etwa 50 verschiedene Emailleerzeugnisse aus dem allgemeinen Warenverzeichnis vereinigt. Die Nomenklatur (I), mit der die Ministerien und Bezirke arbeiten, enthält wieder engere Zusammenfassungen, nämlich nur zirka 850 Positionen. Im von

⁷⁹⁸ Ebd., S. 113.

⁷⁹⁹ Vgl. ebd., S. 55.

der Staatlichen Plankommission ausgearbeiteten Volkswirtschaftsplan 1953 ist die gesamte Produktion der Industrie der DDR zu knapp 400 Positionen zusammengefaßt, wobei in starkem Maße von Schätzungen Gebrauch gemacht wird. So wurden z.B. 35 Planpositionen wie Grammophone, Waschmaschinen, Nähmaschinen, Kinderwagen, Kühlschränke, Schlösser, Staubsauger, Sensen, Öfen, Lampen und Laternen unter dem Oberbegriff ‚Metallbedarfserzeugnisse‘ zusammengefaßt.⁸⁰⁰

Diese Zusammenhänge zeigt die nachfolgende Abbildung:

⁸⁰⁰ Ebd., S. 55 f.



Abbildung 13: Strukturen der natürlichen Planung

Quelle: Eigene Darstellung

Nach Pfeiffer werfen die Zusammenfassungen folgendes Problem auf: „Wenn man zirka 2 Mill. Artikel zu 400 Positionen in der obersten Planungsebene zusammenfaßt, müssen schon recht unterschiedliche Produkte in einer Position vereinigt sein. Es ergibt sich die große Schwierigkeit, eine Bezeichnung für diese natürlichen Sammelpositionen zu finden.“

Infolge des (überwiegenden) Fehlens von Märkten gibt es keinen Preisautomatismus und demzufolge sind auch Preise als Recheneinheit nicht verwendbar. Die Planung kann nur in natürlichen Größen erfolgen. – Einheitliche natürliche Größen für die stark zusammengefaßten Planpositionen gibt es aber nicht.

Man versucht, das Problem durch Verwendung sogenannter ‚Meßwerte‘ zu lösen. Meßwerte sind keine Preise – obwohl es sich um Geldausdrücke handelt – sondern Planungshilfszahlen. Sie können als Mengenschlüssel bezeichnet und mit einer Punktbewertung für die einzelnen Waren verglichen

werden. Aufgabe dieser Meßwerte ist es, Waren mit unterschiedlichen Mengenbezeichnungen vergleichbar und für die Gesamtaufrechnung addierbar zu machen. Zu naturalen Größen zurück führt die Verwendung von Umrechnungsschlüsseln, so genannten ‚Materialeinsatzschlüsseln‘. Ein solcher Schlüssel besagt z.B. für 1.000,-- TDM (Meßwert) Emaillegeschirrprouktion werden benötigt: x t Bleche, x kWh Energie, x Arbeitsstunden usw. – Materialeinsatzschlüssel sind verdichtete Verbrauchsnormen (technische Koeffizienten).⁸⁰¹

Die so genannten volkswirtschaftlich besonders wichtigen Güter werden vollständig zentral durchgeplant.

Pfeiffer kam 1956 bezüglich der Naturalplanung in der DDR zu dem Ergebnis, daß es bisher keine zusammenhängende Darstellung des Planungssystems gebe.

„Die zentrale Wirtschaftsplanung in der DDR kann und muß in ihren Grundzügen als naturale oder Mengenplanung erfolgen. [...] Tatsächlich werden in der DDR alle Planentscheidungen maßgeblicher Art bei der Aufstellung des Naturalplansystems – ‚Volkswirtschaftsplanung‘ genannt – getroffen. Die geldwirtschaftliche oder Finanzplanung⁸⁰² ist in diesem Lenkungssystem subsidiärer Art und hat vorwiegend Funktionen im Rahmen der Planverwirklichung und -kontrolle zu erfüllen.“⁸⁰³

Die maßgebenden Lenkungsentscheidungen in einer güterwirtschaftlich gelenkten sozialistischen Zentralplanwirtschaft müssen stets anhand natürlicher Größen getroffen werden.⁸⁰⁴

Die Wirtschaftsrechnung solcher Ordnungsformen fußt auf einem System natürlicher Planbilanzen, die die angestrebten Entwicklungsproportionen und Knappheitsverhältnisse der wirtschaftlichen Güter ausdrücken.⁸⁰⁵ Der komplexe Charakter der betrieblichen Leistung – auch in der güterwirtschaftlich gelenkten sozialistischen Zentralplanwirtschaft – zeigt, daß wir es mit einer mehrdimensionalen Kategorie zu tun haben, „die in ihrer gesamten Wirkungsbreite plan- und meßtechnisch nicht allein durch physikalische Maßeinheiten abgedeckt und erfaßt werden kann. Bei Anwendung des Leistungsprinzips wird zur Gesamtbewertung dieser verschiedenen Leistungsdimensionen ein gemeinsamer Nenner im Sinne einer allgemeinen Rechenheit erforderlich. Neben die naturale Prozeßplanung als konstitutives

⁸⁰¹ Ebd., S. 56.

⁸⁰² In der DDR werden alle die Geldrechnung betreffenden Fragen unter dem Oberbegriff „Finanzwirtschaft“ zusammengefaßt. Der Begriff „Finanzwirtschaft“ ist also im DDR-System umfassender als im westlichen Sprachgebrauch.

⁸⁰³ Pfeiffer, Eberhard: Die naturale Planung des Wirtschaftsprozesses in der DDR, S. 4 f.

⁸⁰⁴ Vgl. Hensel, Karl Paul: Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft, S. 192 f.

⁸⁰⁵ Vgl. ebd., S. 134.

Formelement tritt die Geldrechnung. Sie ist die Grundlage der betrieblichen Ergebnisrechnung, die als [...] Formelement der Abrechnung und somit der Plankontrolle dient.⁸⁰⁶

Die naturale und monetäre Planung auf betrieblicher Ebene bilden somit eine Einheit, so stellt z.B. der betriebliche Finanzplan im Prinzip nichts anderes dar als eine Mengenplanung, die sich eines einheitlichen Ausdrucksmittels, der allgemeinen Recheneinheit, „Geld“, bedient. Die finanzielle Seite ist lediglich ein „Reflex güterwirtschaftlicher Prozesse und Aktivitäten.“⁸⁰⁷ Durch den Finanzplan sollte eine Sicherstellung der mit dem Mengenplan korrespondierenden Finanzströme erreicht werden.⁸⁰⁸

Bei dem im Sozialismus geltenden Prinzip der „Einheit der materiellen und finanziellen Planung“ beruht die Finanzplanung auf der materiellen Planung. „In der sozialistischen Planung kommt der Erfassung und Lenkung der materiellen Prozesse das Primat zu.“⁸⁰⁹ Unter Ausführungen zur Planung und Kontrolle der Geldzirkulation heißt es: „Die Bewegung der Geldfonds wird stets von der Bewegung der materiellen Fonds bestimmt. Daher gebührt den materiellen Fonds auch das Primat bei der Betrachtung dieser Zusammenhänge.“⁸¹⁰

Die umfassende Zielsetzung der zentralistischen Planung erforderte eine Einbeziehung sämtlicher relevanten Bereiche. Zur Durchsetzung der Zielvorgaben mußten Freiräume außerhalb der Planvorgaben vermieden oder zumindest eingeschränkt werden. Daher umfaßte die zentralistische Planung u.a. folgende Bereiche:

Preise und Löhne
Investitionen
Wissenschaft und Technik/ Innovation
Akkumulation
Kreditbilanzen
Bilanz der Geldeinnahmen und -ausgaben
Außenhandelsbilanz.

⁸⁰⁶ Bühler, Rudolf: Die Problematik der Kontrolle betriebswirtschaftlicher Leistungen in Zentralverwaltungswirtschaften, Schriften zum Vergleich von Wirtschaftsordnungen, Heft 17, Stuttgart 1971, S. 16.

⁸⁰⁷ Ebd., S. 17.

⁸⁰⁸ Vgl. Zschaler, Frank: Die vergessene Währungsreform. Vorgeschichte, Durchführung und Ergebnisse der Geldumstellung in der SBZ 1948, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 2/1997, S. 191-223 (223).

⁸⁰⁹ Autorenkollektiv: Das Finanzsystem der DDR, Hochschule für Ökonomie (Hrsg.), Berlin 1962, S. 59.

⁸¹⁰ Ebd. S. 406.

Für den angestrebten Ausgleich zwischen Aufkommen und Bedarf mußten die vertikalen Planaufgaben mit horizontalen Verflechtungen koordiniert werden. Dies geschah in den sog. meist schachbrettförmigen Verflechtungsbilanzen. Eine Einbeziehung sämtlicher möglichen Verflechtungen bedingt eine gravierende Verschärfung der Informationsprobleme einschließlich der stetigen Veränderungen.

Gerhard Schürer, Vorsitzender der Staatlichen Plankommission und ZK-Mitglied, führte auf der Tagung des Zentralkomitees der SED am 9./10. Juni 1970 aus:

„Der Plan selbst wird ohnehin immer komplizierter durch die zunehmende Vergesellschaftung der Arbeit, die gesellschaftliche Arbeitsteilung und Verflechtung sowie die außerordentliche Beschleunigung der qualitativen Veränderung im Reproduktionsprozeß durch die wissenschaftlich-technische Revolution.

Zur Ausarbeitung der Konzeption des neuen Perspektivplanes hatte das Politbüro 13 gemischte Arbeitsgruppen eingesetzt, die etwa 200 volkswirtschaftlich strukturbestimmende Aufgabengebiete untersuchten und Varianten vorgelegt haben. Wenn jede dieser Arbeitsgruppen nur mit 5 anderen Arbeitsgruppen Verflechtungen beachten mußte, und das waren mehr als diese 5, und wenn jede dieser Arbeitsgruppen nur 2 Varianten überlegt hat, ergaben sich daraus 8.000 mögliche Kombinationen des Perspektivplanes, und es wären 8,2 Millionen Abstimmungen zu den einzelnen Positionen notwendig.“⁸¹¹

Auch Kusch et al. merken an: „Der Bilanzierung haften jedoch systemimmanent zwei nicht lösbare Probleme an. Zum einen ergibt sich die Unmöglichkeit, die ungeheure Vielfalt der horizontalen Beziehungen des volkswirtschaftlichen Gesamtorganismus und den dazu notwendigen Informationsfluß in vertikale Planungsstrukturen zu integrieren. [...] In drei Bilanzen erfaßte Ersatzteile für Landmaschinen ließen z.B. bei rd. 120.000 Einzelteilen nicht erkennen, welche wenigen ‚Skandalpositionen‘ eigentlich die jährlich wiederkehrenden Ersatzteilprobleme auslösten. [...]

Das zweite Hauptproblem für die Bilanzierung ergab sich aus der unzureichenden Gewinnorientierung der Zentralverwaltungswirtschaft im Zusammenhang mit der ungelösten Eigentümeridentifikation. Die Wirtschaft neigt unter diesen Bedingungen beständig zur Verschwendung von Ressourcen. Verbrauchertypisch war, mehr Bedarf anzumelden als eigentlich vorhanden war, denn die Rotstiftstreichungen waren gang und gäbe.“⁸¹²

⁸¹¹ Naumann, Gerhard/ Trümpler, Eckhard: Von Ulbricht zu Honecker. 1970 – ein Krisenjahr der DDR, Berlin 1990, S. 90 f.

⁸¹² Kusch, Günter/ Montag, Rolf/ Specht, Günter/ Wetzger, Konrad: Schlußbilanz – DDR, Fazit einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik, Berlin 1991, S. 117 f.

5. Die Pläne auf der Ebene der Kombinate und Volkseigenen Betriebe

5.1 Das „Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung“ als Wirtschaftsrechnung und ökonomische Zielsetzung der DDR-Betriebe

Der Politökonom Eberhart Schubert definiert die „wirtschaftliche Rechnungsführung“ wie folgt: „Die wirtschaftliche Rechnungsführung ist die dem Sozialismus eigene Methode der Leitung der Wirtschaft, durch die die ökonomischen Beziehungen zwischen dem sozialistischen Staat und den Kombinatensowie innerhalb der Kombinate auf der Basis der Nutzung der Ware-Geld-Beziehungen und Verwendung der Wertkategorien geregelt und die in der Wirtschaft wirkenden ökonomischen Gesetze planmäßig zur Durchsetzung des Sparsamkeitsprinzips genutzt werden.“⁸¹³

Dabei werden die Wertkategorien („Preise“, „Kosten“, „Gewinne“, „Fonds“, „Zinsen“ und „Kredite“) als gesellschaftliche Meß- und Kontrollgrößen der Planerfüllung und Leistung der Betriebe genutzt. „Durch die Wertkategorien werden alle materiellen Vorgänge und wirtschaftlichen Ergebnisse in Geldform gemessen [...]“.⁸¹⁴

Die Vergleichbarkeit der verschiedenen Kategorien wird durch „das einheitliche Messen in Geld erzielt [...]“.⁸¹⁵

Die „wirtschaftliche Rechnungsführung“ wird auf der Grundlage des Planes angewendet, weil der Plan das wichtigste Instrument des sozialistischen Staates zur zielgerichteten Leitung der gesellschaftlichen Entwicklung ist. Die „wirtschaftliche Rechnungsführung“ wird durch folgende Prinzipien gekennzeichnet:

- Prinzip der Eigenverantwortung der Kombinate⁸¹⁶ und Betriebe⁸¹⁷

⁸¹³ Schubert, Eberhart et al.: Sozialistische Betriebswirtschaft Industrie: Hoch- und Fachschullehrbuch für Ingenieure, Berlin 1986, S. 142.

⁸¹⁴ Ebd., S. 142.

⁸¹⁵ Ebd., S. 142.

⁸¹⁶ Mit dem Übergang vom drei- zum zweistufigen Lenkungssystem waren durch die Kombinatiensverordnung von 1979 die Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB) ausgeschaltet und die zentral- bzw. die bezirksgeleiteten, den Wirtschaftsräten der Bezirke zugeordneten Kombinate direkt der Ministerialebene unterstellt worden. Kombinate waren horizontale Zusammenschlüsse von Betrieben mit gleichem oder ähnlichem Produktionsprogramm unter Einschluß von Forschung und Entwicklung sowie der Zulieferer. Ihre Generaldirektoren waren mit umfassenden Entscheidungskompetenzen nach innen ausgestattet; allerdings waren sie eng an staatliche Planaufgaben gebunden und strikter Kontrolle durch den zentralen Apparat unterworfen. Die Kombinatiensbildung ist besonders geeignet, die der Rezentralisierung geschuldeten zu-

- Prinzip der Gewinnerwirtschaftung⁸¹⁸
- Prinzip der materiellen Stimulierung⁸¹⁹
- Prinzip der materiellen Verantwortlichkeit⁸²⁰
- Prinzip der Kontrolle durch die Markt⁸²¹

5.2 Die Pläne der Kombinate und Volkseigenen Betriebe

Für die Kombinate und Volkseigenen Betriebe (VEB) werden Planungsdirektiven in Form von differenzierten verbindlichen staatlichen Plankennziffern, Bilanzen, Aufgabenstellungen u.a. vorgegeben.

Im Gegensatz zu den „buchhalterischen Bilanzen“ wird hierbei eine Gegenüberstellung (Bilanzierung)⁸²² von Aufkommen und Verwendung (Bedarf) verstanden.

Die Planung erfolgt in drei Stufen.⁸²³

Erste Stufe

Erarbeitung einer Vorlage (sog. Staatliche Auflage = STAG) aufgrund volkswirtschaftlicher Berechnungen, Bedarfsermittlungen, Verflechtungsrechnungen und Zusammenarbeit mit anderen Staatsorganen durch die Staatliche Plankommission (SPK).

sätzlichen Effizienzverluste zu illustrieren. Kombinate integrierten tendenziell die gesamte Wertschöpfungskette – sie reduzierten damit jedoch das Ausmaß der Arbeitsteilung. Als Quasi -Monopolisten waren sie im Fall von Leistungsmängeln weitgehend immun gegen Sanktionen. Die weitreichende Autarkie der Kombinate behinderte die Abstimmung mehrstufiger Produktionsprozesse, an denen Betriebe unterschiedlicher Branchen beteiligt waren. Die Folge unzureichender zwischenbetrieblicher Abstimmung der Zulieferbeziehungen waren Hortungstendenzen, die aus dem Bestreben erwachsen, durch umfangreiche Materialvorräte Störungen der Zulieferung abzufedern. Kombinatbildung leistete der Massenproduktion Vorschub: Produktivitätszuwächse sollten vorrangig durch Skaleneffekte erreicht werden. Dies erschwerte jedoch den Übergang vom Mengen- zum Qualitätsprimat, d.h. die zumindest im Konsumgütersektor unabdingbare Konzentration auf kleine Serien und differenzierte, flexible Sortimente. Vgl. Boyer, Christoph: Das Wirtschafts- und Sozialrecht im Steuerungs- und Stabilisierungskonzept der SED, in: Deutschland Archiv 4/2003, S. 626-639 (629).

⁸¹⁷ Schubert Eberhart: Sozialistische Betriebswirtschaft Industrie, S. 143.

⁸¹⁸ Ebd., S. 143.

⁸¹⁹ Ebd., S. 48.

⁸²⁰ Ebd., S. 144.

⁸²¹ Ebd., S. 144 und vgl. Gutmann, Gernot: Kreditwesen, Geld- und Währungssystem in der DDR und seine Umstellung im Zuge der Währungsreform, S. 1271 ff. und 1285 ff.

⁸²² Vgl. Thiele, Hanswalter: Handbuch der Planung für Kombinate und Betriebe Industrie, S. 66.

⁸²³ Vgl. ebd., S. 34 ff.

Zweite Stufe

Nach Bestätigung durch den Ministerrat der DDR erhalten die Kombinate und Betriebe etwa im April/Mai des Vorjahres die staatlichen Aufgaben (STAG) und müssen im August hierzu einen Planentwurf bei dem übergeordneten Organ einreichen und vor diesem verteidigen.

Dritte Stufe

Der danach ausgearbeitete abschließende Planentwurf wird nach Überarbeitung durch die SPK und nochmaliger Bestätigung durch den Ministerrat als „Staatliche Planaufgabe“ (STAL) für die Kombinate und Betriebe verbindlich. Die „Staatliche Planaufgaben“ besaßen Gesetzeskraft.

Die Planunterlagen galten als Geheime Verschluss-Sache (GVS), deren Verschluss in den Betrieben von Organen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) überwacht wurde, Verstöße führten zu Sanktionen.

Nach den Planungszeiträumen wird zwischen der Perspektivplanung⁸²⁴, dem Fünfjahrplan und den Jahresplänen unterschieden. Die Jahresplanung wird weiter in Quartals-, Monats- und Dekadenpläne aufgegliedert.

5.2.1 Die Planteile und Planvorgaben der Kombinate und Volkseigenen Betriebe

Die Jahrespläne der Kombinate und Betriebe werden nach zusammengehörenden Aufgaben und in Anlehnung an die Leitungsorganisation in folgende Planteile untergliedert⁸²⁵:

⁸²⁴ Die Perspektivplanung erstreckt sich auf voraussichtliche langfristige Veränderungen der „gesellschaftlichen Anforderungen“ sowie abzusehende Tendenzen in den Produktions- und Realisierungsbedingungen. Grundlagen dieser konzeptionellen Planung sind insbesondere die Weiterentwicklung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, zukünftige Veränderungen der Rohstoff- und Energiesituation und des künftigen Absatzes vor allen auf den Außenmärkten.

⁸²⁵ Graichen, Dieter: Sozialistische Betriebswirtschaft Industrie, S. 125 f.

Planteil	Plan
1. Produktion	1.1 Produktionsplan (gegliedert nach Industrie, Bauwesen und Industriebau) 1.2 Kapazitäten
2. Absatz	2.1 Absatzplan 2.2 Exportplan 2.3 Plan der Bedarfs- und Marktforschung
3. Wissenschaft und Technik	3.1 Plan der Forschung und Entwicklung 3.2 Plan der technischen und organisatorischen Maßnahmen (TOM-Plan) 3.3 Plan der Maßnahmen der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation (WAO) 3.4 Plan der Neuerertätigkeit
4. Grundfondsreproduktion	4.1 Grundfondsplan 4.2 Plan der Vorbereitung der Investitionen 4.3 Investitionsplan 4.4 Instandhaltungsplan einschließlich Generalreparaturen 4.5 Aussonderungsplan
5. Materialökonomie	5.1 Plan der materialökonomischen Kennziffern und Berechnungen 5.2 Materialplan 5.3 Energieplan 5.4 Abprodukt- und Sekundärrohstoffplan 5.5 Wasser- und Abwasserplan
6. Arbeitsproduktivität und Arbeitskräfte	6.1 Plan der Steigerung der Arbeitsproduktivität 6.2 Arbeitskräfteplan 6.3 Lohnplan 6.4 Kader- und Bildungsplan
7. Arbeits- und Lebensbedingungen	7.1 Plan der Gesamtentwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen 7.2 Maßnahmeplan 7.3 Plan der Finanzierung 7.4 Auslastungsplan
8. Finanzen und Kosten	8.1 Finanzplan 8.2 Kostenplan 8.3 Umlaufmittelplan 8.4 Liquiditätsplan
9. Transport	9.1 Plan der Gütertransportbedarfs 9.2 Plan der Leistungen und Kapazitäten des Werkverkehrs mit Kraftfahrzeugen 9.3 Plan des Güterumschlags 9.4 Plan zur Senkung des Transportaufwandes 9.5 Plan der transportökonomischen Kennziffern

Abbildung 14: Planteile der Kombinate und Betriebe

Die Planteile sind weiter untergliedert mit der Folge einer detaillierten zentralistischen Steuerung der betrieblichen Aktivitäten. So enthält der Absatzplan eine vollständige Aufschlüsselung nach einzelnen Erzeugnissen bzw. Erzeugnisgruppen, auch die Realisierung auf der Erlösseite und bei den Selbstkosten ist den Betrieben in Ausrichtung auf das Sortiment detailliert vorgegeben.

Die Abrechnung des VEB Eisen- und Hüttenwerke Thale über die Warenproduktion, des Absatzes, der Selbstkosten und der Ergebnisse für 1968 in Ausrichtung auf die Planvorgaben unterstreicht deren detaillierte Vorgaben. Für das Blechwalzwerk wird eine Aufteilung nach den Formaten der Produkte vorgenommen.

In der Eisengießerei wird nach diversen Gußsorten unterschieden. Dies gilt in gleicher Weise für die Metallkeramik. Die Anschlußblätter ermitteln zu den aufgeführten Posten die Selbstkosten der Produktion je Einheit und Gesamtmenge und entsprechend für den Absatz unter Gegenüberstellung der Planvorgaben. In gleicher Untergliederung und Darstellung folgt die Ermittlung der Ergebnisse. Es folgt eine Unterteilung nach Produktionsbereichen:

- Stahlwerk
- Blechwalzwerk
- Eisengießerei
- Stanzwerk
- Metallkeramik und
- Hilfsbetriebe

Innerhalb der Produktionsbereiche folgt eine Aufgliederung nach:

- SM-Stahl
- Elo-Stahl
- Festigkeits- und Feibleche unterteilt nach Abmessungen
- Ziehbleche und Tiefziehbleche nach Sorten
- Federstahl
- Werkzeugstahl
- Grobbleche
- Rot- und Rohguß
- Stahlwerksskokillen
- Preßteile u. a.

Die in der Abrechnung aufgeführten Mengen und Werte werden jeweils den Planvorgaben gegenübergestellt. Durch Einbeziehung von Bestandsveränderungen, den Ergebnissen aus Handelswaren- und Nebengeschäften sowie die abzuführende Produktionsfondsabgabe wird die Selbstkosten- und Ergebnisabrechnung auf das Gesamt-Betriebsergebnis übergeleitet.

Das Beispiel des VEB Eisen- und Hüttenwerke Thale aus den sechziger Jahren ist exemplarisch für die bis 1990 fortgeführten, umfangreichen und detaillierten Rechnungen über das Betriebsgeschehen, da stets das Planziel der Selbstkostensenkung propagiert wurde.

Auch der „Betriebsplan Arbeitskräfte, Produktivität und Lohn“ enthält detaillierte Planvorgaben an die Kombinate und Betriebe. Der Betriebsplan 1954 für den VEB Braunkohlewerk Borna umfaßt u.a. in quartalsmäßiger Aufgliederung:

- Produktionswert
- Produktivität der Beschäftigten nach Gruppen
- Schichtausnutzungskoeffizienten
- Lohnsumme unterteilt nach Produktions-Grundarbeiter und -Hilfsarbeiter, technisches Personal, Wirtschaftler, Verwaltungs- und Hilfspersonal

Auch die Kosten werden im Planteil Finanzen und Kosten in detaillierter Form vorgegeben. Der „Kostenplan“ im VEB-Plan 1950 des VEB Braunkohlenwerk Ammendorf zeigt eine Übersicht der Kostenarten mit einer Unterteilung nach Kriterien wie

- Direkte Kosten
- Gemeinkosten
- Kosten der Verwaltung und Vertriebskosten.

Diese Kostengruppen werden weiter untergliedert nach Einsatz- und Fertigungsmaterial, bezogene Leistungen, Gemeinkostenmaterial, Einsatz- und Fertigungslohn, Lohn für Instandhaltung, Lohn für Transport- und Lagerarbeiter, Abschreibungen, Zinsen u. a.

Als Vertriebskosten werden Kosten für den Transport- und Lagerbereich des Betriebes verstanden. In vorstehendem Planungszeitraum sind noch die später in der volkseigenen Wirtschaft abgeschaffte Vermögen-, Gewerbe- und Umsatzsteuer als Kosten angefallen.

Der „Kostenstellenplan“ als Bestandteil des Betriebsplans führt die Gemeinkostenarten mit detaillierter Verteilung auf die Kostenstellenbereiche auf und umfaßt auch die Kostenträgerrechnung wie bei der Selbstkostenermittlung. Die Planvorgaben werden durch ein differenziertes Kennziffersystem, Normen und Normativen ergänzt. Für die Materialwirtschaft sind die Normen und Normative in einer Verordnung⁸²⁶ festgelegt.

⁸²⁶ Vgl. Verordnung über die Arbeit mit Normen und Normativen des Materialverbrauchs und der Vorratshaltung vom 01.07.1982 in GBl. I/1982 S. 515-520 sowie ergänzende Durchführungsbestimmungen.

Als Instrument der ökonomischen Stimulierung („materielle Interessiertheit“) werden den Kollektiven (Brigaden) und Werktätigen im produzierenden Bereich aus den betrieblichen Planaufgaben abgeleitete Leistungskennziffern (Menge, Wert, Zeit, Kosten z.B. für Produktionsverpflichtungen, Material- und Energieverbrauch, Selbstkostensenkung) in einem „Haushaltsbuch“⁸²⁷ vorgegeben. Die Vorgaben sollen kontrollfähig und abrechenbar sein. Auch im sog. „sozialistischen Wettbewerb“ werden Haushaltsbücher geführt. Der sozialistische Wettbewerb steht im Gegensatz zur kapitalistischen Konkurrenz. „Während die Konkurrenz auf den Sieg des Stärkeren über den Schwächeren abzielt, ist der sozialistische Wettbewerb auf die kameradschaftliche Hilfe der Fortgeschrittenen gegenüber den Zurückgebliebenen gerichtet, um einen allgemeinen Aufschwung, besonders auf wirtschaftlichem Gebiet zu erzielen.“⁸²⁸ Die Wettbewerbsteilnehmer verpflichten sich zur Erfüllung oder Übererfüllung von Planaufgaben.⁸²⁹

Einen Einblick in die Gestaltung des Haushaltsbuchs vermittelt folgende Übersicht:

⁸²⁷ Nach dem Autorenkollektiv der Gewerkschaftshochschule beim Bundesvorstand des FDGB wird das Haushaltsbuch definiert als „wichtiges Mittel der Führung, Organisation und Abrechnung des sozialistischen Wettbewerbs und spezifisches Instrument der innerbetrieblichen Rechnungsführung“. Autorenkollektiv der Gewerkschaftshochschule beim Bundesvorstand des FDGB: Wirtschaftliche Rechnungsführung und Kostenrechnung – Industrie. Erläuterungen wichtiger Begriffe, Berlin 1975, S. 90.

⁸²⁸ Lexikon der Wirtschaft Arbeit, Berlin 1969, S. 634

⁸²⁹ Ebd. S. 638

und hinsichtlich ihrer Auswirkung auf die Jahresendprämie analysiert. Das Kennziffernprogramm des Haushaltsbuches wird also durch die Kriterien für die Vergabe der Jahresendprämie wesentlich beeinflusst.

Tabelle 10/20

Kennziffernübersicht zur Abrechnung des Haushaltsbuches einer Produktionsbrigade (Stand Anfang März)

Kennziffern	ME	Jan.	Febr.	März	April	...	Summe
1	2	3	4	5	6	...	15
1. Produktionsleistung							
– Plan	t	200	210	210	210		2500
– Ist	t	210	205				
– Erfüllung	%	105,0	97,6				
– Jahresendprämie lt. Plan ¹⁶	M	–	–	–	–	...	7000
2. Grundmaterialverbrauch							
– Soll (Normverbrauch der Ist-Produktion)	t	300	293				3750 ¹⁸
– Ist	t	297	292				
– Inanspruchnahme	%	99,0	99,7				
– Jahresendprämie lt. Plan ¹⁶	M	–	–	–	–	...	7000
3. Energieverbrauch							
– Plan	10 ³ M	30	30	30	30		360
– Ist	10 ³ M	31	30				
– Inanspruchnahme	%	103	100,0				
– Jahresendprämie lt. Plan ¹⁶	M	–	–	–	–	...	3000
4. Ausschußkosten							
– Plan	10 ³ M	3	3	3	3		36
– Ist	10 ³ M	3	4				
– Inanspruchnahme	%	100,0	133,3				
– Jahresendprämie lt. Plan ¹⁶	M	–	–	–	–	...	3000
5. Erarbeiteter Prämienanteil							
– im Monat ¹⁷	M	1,646	1561				
– kumulativ insges.	M	1646	3207				
– kumulativ je VbE (bei Planbesetzung von 25)	M/VbE	66	128			...	

16 Bei hundertprozentiger Planerfüllung

17 Berechnet je Kennziffer als:

$$\text{Prämienanteil} = \frac{\text{Monatsplan}}{\text{Jahresplan}} \cdot \text{Jahresbetrag} \cdot \frac{\text{Erfüllung}}{100}$$

bzw. als

$$\text{Prämienanteil} = \frac{\text{Monatsplan}}{\text{Jahresplan}} \cdot \text{Jahresbetrag} \cdot \frac{100}{\text{Inanspruchnahme}}$$

18 Vorläufige Kennziffer, bezogen auf die Planproduktion.

Abbildung 15: Gestaltung des Haushaltsbuches

Quelle: Autorenkollektiv Gotthard Forbrig u.a.: Betriebsstatistik, Berlin (Ost) 1983, S. 476

Im produktionsvorbereitenden Bereich (einschl. Forschung und Entwicklung) werden durch „Pflichtenhefte“ rechtsverbindliche Zielstellungen von wissenschaftlich-technischen Aufgaben u.ä. vorgegeben.⁸³⁰ Die Pflichtenhefte enthalten Ausführungen zum gesellschaftlichen Bedürfnis und vermitteln eine detaillierte Darstellung über den Kenntnisstand und die Problemanalyse der Aufgabenstellung einschließlich Literaturverzeichnis, Abschließend werden die Maßnahmen zur Problemlösung aufgeführt.⁸³¹

Für die Unterschreitung der Normen ist in einer Verordnung eine moralische und materielle Anerkennung der Werktätigen geregelt.

Die materielle Anerkennung basiert auf dem entstandenen ökonomischen Nutzen der Materialeinsparungen über einen Zeitraum von 12 Monaten und beträgt nach der Tabelle in Anlage 2 zu der Verordnung vom 01.07.1982:

ökonomischer Nutzen				Höhe der materiellen Anerkennung		
bis			1.000 M	16,00%		
von	1.001	bis	2.000 M	12,00%	plus	40 M
von	2.001	bis	5.000 M	8,00%	plus	120 M
.
.
.
von	500.001	bis	1.000.000 M	0,75%	plus	3.870 M
mehr als			1.000.000 M	0,50%	plus	6.370 M
höchstens jedoch						30.000 M

Abbildung 16: Materielle Anerkennung bei Materialeinsparungen

Bis zu einem Betrag von 10 TM ist die materielle Anerkennung steuerfrei und unterliegt nicht der Sozialversicherungspflicht. Darüber hinausgehende Beträge sind steuerbegünstigt mit 20 % zu versteuern (§ 20 der VO).

Die festgelegten Normen werden auf Optimalverhältnisse ausgerichtet „[...] Normen müssen mobilisierend wirken, das heißt vom für die Mehrheit erreichbaren Bestwert ausgehen und besser als der Durchschnitt sein.“⁸³² Bei Bemessung der Jahresendprämien haben die Generaldirektoren der

⁸³⁰ Autorenkollektiv: Lexikon der Wirtschaft. Arbeit, Bildung, Soziales, Berlin 1982, S. 712.

⁸³¹ Vgl. Pflichtenheft des VEB Hydrogeologie Dresden vom 10.1.1977 zum F/E Thema „Erforderliche Genauigkeiten hydrologischer Untersuchungen für den Grundwasservorratsnachweis“

⁸³² Graichen, Dieter: Sozialistische Betriebswirtschaft Industrie, S. 118.

Kombinate sowie Betriebsdirektoren die Einhaltung der Normen durch die Werk­tätigen zu berücksichtigen (§ 18 Abs. 5 der VO).

Als moralische Anerkennung wurden staatliche Auszeichnungen als Orden wie „Held der Arbeit“, „Banner der Arbeit“ teilweise mit Vergütungen u.a. verliehen. Die Auszeichnung „Aktivist der sozialistischen Arbeit“ wurde seit 1980 jährlich rd. 300.000 mal verliehen.⁸³³

5.2.2 Die Einwirkung der Rechtsordnung auf die Pläne der Kombinate und Volkseigenen Betriebe

Auch Teile der Rechtsordnung und der Judikative stehen unter dem Primat des Planes - zur Stärkung des „demokratischen Zentralismus“ als Grundprinzip der Leitung und Planung und zur Verwirklichung der Einheit von Plan, Bilanz und Wirtschaftsvertrag.

Die Aufgaben, Rechte und Pflichten der Wirtschaftseinheiten bei der Organisierung und Realisierung der Kooperationsbeziehungen sind in einem besonderen „Vertragsgesetz“⁸³⁴ geregelt und werden unter dem Begriff „Wirtschaftsverträge“ zusammengefaßt. In der Vorbemerkung zu diesem Gesetz wird ausgeführt, daß „[...] der Vertrag zu einem aktiveren Instrument der Durchsetzung der mit dem Plan und den Bilanzen festgelegten Aufgaben entwickelt wird.“ Ein wichtiger Faktor ist dabei die termin- und sortimentsgerechte Plan- und Vertragserfüllung.

Die Wirtschaftsverträge sind zur Vorbereitung und Durchführung der Volkswirtschaftspläne abzuschließen (§ 6 Abs. 1 Vertragsgesetz). Maßgebliche Grundlagen sind die staatlichen Plankennziffern und andere staatliche Planentscheidungen (§ 6 Abs. 2 Vertragsgesetz), die insbesondere hinsichtlich Menge, Sortiment, Qualität und Termin zu konkretisieren sind (§ 7 Abs. 1 Vertragsgesetz).

Das „Staatliche Vertragsgericht“ (§ 22 Vertragsgesetz) kontrolliert als Organ des Ministerrates die Einhaltung der „sozialistischen Gesetzlichkeit“ beim Abschluß und der Erfüllung der Wirtschaftsverträge. Bei Pflichtverletzungen verhängt das Vertragsgericht die gesetzlich vorgesehenen Sanktionen. Bei vorbildlicher Erfüllung der Pflichten zur Sicherung der Einheit von Plan, Bilanz und Vertrag im Rahmen der Wirtschaftsverträge kann das Vertragsgericht Anerkennungen aussprechen.

⁸³³ Vgl. Statistisches Jahrbuch 1989 der DDR, Berlin 1989, S. 133

⁸³⁴ Gesetz über das Vertragssystem in der sozialistischen Wirtschaft -Vertragsgesetz- vom 25.03.1982 in GBl. I S. 293-308.

6. Das Rechnungswesen der Kombinate und Volkseigenen Betriebe

Unter dem Begriff Rechnungswesen werden sämtliche Verfahren zur mengen- und wertmäßigen Erfassung aller im Betrieb auftretenden Geld- und Leistungsströme - insbesondere für den Prozeß der betrieblichen Leistungserstellung und -verwertung - zusammengefaßt.⁸³⁵

6.1 Aufgaben und Inhalt des Rechnungswesens

Die Zielsetzung des Rechnungswesens besteht in einer Dokumentations- und Kontrollfunktion. Über Stichtagsfeststellungen oder den Zeitvergleich von Bestandsgrößen vermittelt das Rechnungswesen Informationen über den gegebenen bzw. erreichten Zustand der Betriebe und ermöglicht durch die Erfassung von Erfolgsgrößen in erster Linie eine Kontrolle der Wirtschaftlichkeit und Rentabilität betrieblicher Prozesse.⁸³⁶ Die Informationen des Rechnungswesens als Aussagen über die Erfahrungen in der Vergangenheit liefern insoweit grundlegende Daten für in die Zukunft gerichtete Entscheidungen und damit für die Wirtschaftsrechnung. Neben internen Zwecken dient das Rechnungswesen externen Rechenschaftslegungen und Informationsaufgaben.

Grundlage für die Rechnungslegung in den Kombinat und Volkseigenen Betrieben der DDR bildet die „Anordnung über Rechnungsführung und Statistik in den Betrieben und Kombinat“ vom 6. August 1985 (AO RuSt).⁸³⁷

Die Hauptaufgabe von Rechnungsführung und Statistik („RuSt“) ist die „[...] Erarbeitung von Informationen, die für die Partei- und Staatsführung, für die Leitung und Planung von Betrieben und Kombinat, Industrie- und Wirtschaftszweigen sowie von Territorien (Bezirken, Kreisen, Gemeinden), erforderlich sind [...].“⁸³⁸

Mit Hilfe von RuSt wird das für die Kontrolle erforderliche Zahlenmaterial ermittelt.⁸³⁹ RuSt ist in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und Planung eingeordnet und inhaltlich auf das Marx'sche Wertgesetz ausgerichtet.

⁸³⁵ Vgl. Wöhe, Günter: Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, München 1999, S. 955.

⁸³⁶ Vgl. ebd., S. 955.

⁸³⁷ Anordnung über Rechnungsführung und Statistik in den Betrieben und Kombinat vom 6. August 1985 in : GBl. I/1985 Sonderdruck 800/1.

⁸³⁸ Autorenkollektiv, Leiter Günther Geißler: Rechnungsführung und Statistik im Sozialismus - Grundlagen der Gestaltung in der Volkswirtschaft der DDR, Berlin 1977, S. 15.

⁸³⁹ Vgl. ebd., S. 29.

Das Kombinat und der Kombinatbetrieb sind rechtsfähig und jeweils juristische Person und werden unter eigenem Namen in das Register der volkseigenen Wirtschaft eingetragen.⁸⁴⁰ „Der Kombinatbetrieb ist im Rahmen seiner Einordnung in den Reproduktions- und Leistungsprozeß des Kombinates eine ökonomisch und juristisch selbständige Einheit. [...] Er erhält ausgehend von den staatlichen Aufgaben des Kombinats seine Planaufgaben, für deren Erfüllung und Abrechnung er voll verantwortlich ist“ (§ 6 Kombinatverordnung). „Das Kombinat und die Kombinatbetriebe arbeiten auf der Grundlage des Fünfjahr- und des Volkswirtschaftsplanes ihre Pläne entsprechend den Rechtsvorschriften aus“ (§ 9 Abs. 1 der Kombinatverordnung). Diese Regelungen gelten entsprechend für die Volkseigenen Betriebe. Den Aufgaben und Bestimmungen von RuSt unterliegen die Kombinate und Betriebe als selbständige Abrechnungseinheiten.

6.2 Die Einzelrechnungen in den Kombinat und Betrieben

Die Einzelrechnungen mit erstmaliger Erfassung und Aufbereitung der Daten sind nach der „Anordnung über Rechnungsführung und Statistik“⁸⁴¹ in Bereiche entsprechend den vorstehend skizzierten Planvorgaben untergliedert (Grundmittel-, Investitions-, Material-, Arbeitskräfte-, Leistungs- und Warenrechnung).

Hinzu kommen folgende Komplexrechnungen⁸⁴² mit Verdichtung, Neugruppierung und Weiterverarbeitung der Informationen aus den Einzelrechnungen:

Kostenrechnung (§§ 45-65)

Kostenarten-, Kostenstellen- und Kostenträgerzeit- und Kostenträgerstückrechnung. Die Kostenrechnung ist als normative Kostenrechnung durchzuführen (§ 47) mit Nachweisung der Kosten und „gesellschaftlich nicht notwendigen Aufwendungen“, Abweichungen von normativen Kosten mit Ursachen, Entwicklung der Selbstkosten je Leistungseinheit, Zeitvergleich der Kostenentwicklung usw.

⁸⁴⁰ Vgl. Verordnung über die volkseigenen Kombinate und Kombinatbetriebe und volkseigenen Betriebe -Kombinatverordnung- vom 8. November 1979 in: GBl. I/1979, S. 355-366

⁸⁴¹ Vgl. Anordnung über Rechnungsführung und Statistik in Betrieben und Kombinat vom 6.8.1985.

⁸⁴² Die angegebenen Gesetzesvorschriften beziehen sich jeweils auf die Anordnung über Rechnungsführung und Statistik.

Finanzrechnung (§§ 66-76 und 88-103)

Wertmäßiger Nachweis der materiellen und finanziellen Mittel nach ihrer Zusammensetzung, ihren Quellen, Zweckbestimmung, Veränderungen und nach den einzelnen Phasen des Reproduktionsprozesses. Aufstellung der buchhalterischen Bilanz und Ergebnisrechnung. In § 88 ff. sind Regelungen über die Bewertung der Grundmittel (Sachanlagen), der Material- und Erzeugnisbestände und Abgrenzungen enthalten.

Nutzensrechnung (§§ 77-80)

Tatsächlich angefallene einmalige und laufende Aufwendungen des Betriebes für Investitionen, Generalreparaturen sowie technische und organisatorische Maßnahmen sowie Kennziffern über die betrieblichen Ergebnisse mit Gegenüberstellung der Planvorgaben. Selbstkostensenkungen sind in der Nutzensrechnung als absolute Kostensenkung (Verbrauchsabweichung) und relative Kostensenkung (leistungsbedingte Abweichung) nachzuweisen.

Gesamtrechnung (§§ 81-87)

Im Kombinat und Betrieb Bereitstellung von Informationen zur Kontrolle der Planerfüllung, zur Beurteilung des Niveaus und der Dynamik sowie der Effektivität des Reproduktionsprozesses, zur Führung von Betriebsvergleichen, zum Erschließen von Reserven und zur Vorbereitung von Leitungsentscheidungen in der Planung, Planerfüllung des gesamten Betriebes und einzelner Struktureinheiten, Ergebnisse innerbetrieblicher Leistungs- und Effektivitätsvergleiche zur Aufdeckung von Reserven, Beitrag des Betriebes für die Gesamtentwicklung des Kombinats durch Erfüllung bzw. Überbietung der ihm übertragenen Planaufgaben.

Durch das „einheitliche System“ von Rechnungsführung und Statistik werden die erstmalig erfaßten Primärdaten in allen Bereichen unverändert angewandt. Dabei werden die Wertkategorien („Preise“, „Kosten“, „Gewinne“, „Fonds“, „Zinsen“ und „Kredite“) als gesellschaftliche Meß- und Kontrollgrößen der Planerfüllung und Leistung der Betriebe genutzt.

6.3 Der Jahresgeschäftsbericht

Nach der Verordnung über die Jahresrechenschaftslegung in der volkseigenen Wirtschaft vom 23.6.1983 haben die Kombinate und Betriebe einen Jahresgeschäftsbericht (früher Jahresfinanzkontrollbericht) zu erstellen. Der Schwerpunkt des Rechenschaftsberichtes ist auf den Nachweis der Planerfüllung und der Begründung von Abweichungen einschließlich danach ein-

geleiteter Maßnahmen gerichtet. Es folgen meist in Anlagen Erläuterungen zu einzelnen Posten der Jahresrechnung.

In dem Jahresrechenschaftsbericht des VEB Braunkohlenwerk „Erich Weinert“ (Betrieb des Braunkohlenkombinats Bitterfeld) für 1989 wird in einem Abschnitt Gesamteinschätzung die Planerfüllung der materiellen Produktion und anschließend deren wertmäßige Erfüllung dargestellt. Einbezogen sind auch die „Erzeugnisse und Leistungen für die Bevölkerung“, die den Kombinat und Betrieben als gesellschaftliche Verpflichtung auferlegt werden. Bei dem aufgeführten Braunkohlewerk umfassen diese Leistungen u.a. in 1989:

	Plan	Ist
	<u>TM</u>	<u>TM</u>
Gewächshausprodukte	<u>780</u>	<u>871</u>

Der Absatz der Gewächshausprodukte setzt sich mengen- und wertmäßig wie folgt zusammen:

Tabelle 8: Leistungen für die Bevölkerung als gesellschaftliche Verpflichtung

Gemüse: Gurken	41,0 t	253 TM
----- Tomaten	28,9 t	301 TM
Blumen: Chrysanthemen	77.335 Stck	152 TM
Nelken	128.991 Stck	131 TM
Freesien	65.000 Stck	32 TM
Asparagus	43 kg	<u>2 TM</u>
		<u>871 TM</u>

Zur mengenmäßigen Erfüllung (Staatsplan) und den wertmäßigen Relationen (Finanzplan) wird im Jahresgeschäftsbericht nachstehende Übersicht gegeben:

Tabelle 9: Erfüllung Staatsplan- und Finanzplanpositionen eines VEB 1989

Auf Basis Staats- und Finanzplan wurden die wesentlichsten Planpositionen 1989 wie folgt erfüllt:							
	ME	Staats- plan Erf. %		Abw.	Finanz- plan Erf. %		Abw.
Abraum	Tm	102,3	+	1.422	103,6	+	2.222
Rohbraunkohle	kt	101,0	+	158	100,4	+	58
davon: WP					100,3	+	23,3
-----EV					100,5	+	34,7
Siebkohle	kt	99,5	-	2,2	101,0	+	4,8
Stückkohle	kt	115,3	+	174,7	106,0	+	74,7
Braunkohlenbri- ketts	kt	99,4	-	17,1	99,1	-	27,1
Brennstaub	t	111,5	+	7.455	96,6	-	2.545
Schwelereiflüssigpro d.		84,2	-	9.880	75,2	-	17.380
davon: Teer	t	75,7	-	16.880	82,2	-	10.701
----- Mittelöl	t	33,1	-	4.685	33,1	-	4.685
----- Leichtöl	t	33,5	-	1.994	33,5	-	1.994
Schwelkoks							
Koks wasserfrei	t	97,2	-	10.202	94,8	-	19.302
Koks handelsüblich	t	97,2	-	11.141	94,8	-	21.141
davon: Trockenkoks	t	86,2	-	29.220	84,3	-	34.020
----- Nasskoks	t	109,6	+	18.079	106,6	+	12.879
Elektroenergie	M Wh	120,4	+	77.344	120,4	+	77.344
Begleitmineralien							
Kies	t	-	+	131.952	-	+	131.952
Ton	t	81,5	-	49.518	81,5	-	49.518
Formsand	t	99,3	-	2.148	99,3	-	2.148

Diese Übersicht wird anschließend in umfangreichen Aufstellungen weiter vertieft und analysiert.

In dem Abschnitt „Rohstoff- und Materialökonomie“ werden u. a. die Gewinnungsverluste und Flözausbringungen, die Entwicklung von Materialverbrauchsnormen (MVN) einschließlich Einhaltung der staatlichen Normative und die nachstehende Einhaltung der Energieträgerkontingente dargestellt.

Tabelle 10: Einhaltung der Energieträgerkontingente

Energieträger	Dimension	STAL 1989	Kontingent 1989	Ist 1989
Elektroenergie	MWh	435.000	436.000	433.485
Industriekoks	t	33	33	33
Gießerei- schmelzkoks	t	12	12	12
Rohbraunkohle	Tsd. t	9.160	8.825	8.819
Siebkohle	t	7.000	7.000	6.739
Briketts	t	840.100	828.800	771.372
Motorenbenzin	t	165	165	163
Dieselmotorenöl	t	3.135	3.135	2.870
Treibstoff „D“	t	110	3	2,6
Heizöl	t	13.60	6.476	6.105
Flüssiggas	t	20	20	20

Weiterhin enthält der Bericht Ausführungen über die Vorratsnormierung, die Entwicklung der Materialbestände, über nicht benötigte Bestände und die Inventurdurchführung im Umlaufmittelbereich.

Es folgen Aufstellungen über die Auslastung ausgewählter Anlagen (Trockner, Pressen, Bagger, Werkzeugmaschinen), Entwicklung von Materialkostensätzen, der spezifischen Gesamtselbstkosten für die Gruben, Tagebau- und Brikettfabriken u.a.

Ein weiterer Abschnitt befaßt sich mit den Arbeitskräften, Lohn und Arbeitsproduktivität. Bei den Erläuterungen zum Betriebsergebnis, Kosten und Finanzen wird u.a. die Erfüllung des Exportergebnisses, die Fondsrentabilität, die Entwicklung der Kosten in Kontenklasse 3 („Erfassung der Kosten und anderer Aufwendungen nach der Art ihrer Entstehung“), die gesellschaftlich nicht notwendigen Aufwendungen und die nicht planbaren Kosten sowie leistungsunabhängige Erlöse behandelt.

In dem Abschnitt Finanzen wird folgende "Wirtschaftliche Gesamtrechnung 1989" mit einer Darstellung des Gesamtaufkommens und dessen Verwendung aufgeführt:

Tabelle 11: Wirtschaftliche Gesamtrechnung eines VEB 1989

VEB Braunkohlenwerk „Erich Weinert“			
Wirtschaftliche Gesamtrechnung 1989			
	Plan	Ist	Abweichung
	<u>TM</u>	<u>TM</u>	<u>TM</u>
<u>1. Aufkommen</u>			
Betriebsergebnis	104.100	112.410	8.310
Amortisationen	155.400	155.320	-80
Grundmittelkredit	162.600	147.600	-15.000
Erlöse aus Verkauf von Grundmitteln, Restbuchwer- ten	900	900	0
darunter: nicht abzuführende PFA	0	0	0
<u>Gesamtaufkommen</u>	<u>423.000</u>	<u>416.230</u>	<u>-6.770</u>

2. Verwendung			
2.1 Abführungsverpflichtungen			
Nettogewinnabführung	32.200	36.140	3.940
Amortabführung	42.900	42.900	0
Gewinne, die nicht auf eigenen ökonomischen Leistungen beruhen	0	1.539	1.539
PFA	41.200	37.290	-3.910
Tilgung von Grundmittel-Krediten	64.300	64.300	0
darunter: Amortisationen	64.300	64.300	0
-----Gewinn	0	0	0
sonst. Verkäufe	0	0	0
2.2 Verwendung im Betrieb			
Investfonds unter 5 Mio. M	32.000	32.000	0
darunter: Amortisationen	26.200	26.138	-62
-----Gewinn	5.800	5.862	62
Investfonds über 5 Mio. M	173.000	158.000	-15.000
darunter: Amortisationen	9.500	9.500	0
-----Gewinn	0	0	0
Kredit	162.600	147.600	-15.000
sonst. Verkäufe	900	900	0
Instandhaltungsfonds	12.500	12.482	-18
Umlaufmittelfonds	15.000	20.295	5.295
Prämienfonds	7.654	8.666	1.012
Leistungsfonds	765	1.148	383
sonst. Fonds	1.481	1.470	-11
darunter: Umsetzungen	0	0	0
-----freiw. Versicherg.	145	150	5
Brennstoffbeihilfen	60	44	-16
Emissionen	1.276	1.276	0
<u>Gesamt-Verwendung</u>	<u>423.000</u>	<u>416.230</u>	<u>-6.770</u>

Der aufgeführte Jahresgeschäftsbericht 1989 des VEB Braunkohlenwerk „Erich Weinert“ umfaßt einschließlich Anlagen 163 Seiten und dokumentiert die detaillierte Planvorgabe und Rechenschaftslegung, den Plan-Ist-Vergleich und die Abweichungen. Die vorstehend lediglich in den Grundrissen dargestellten Bereiche zeigen bereits, in welchem immensen Umfang Daten über die betrieblichen Aktivitäten gewonnen wurden und für die Planung und Plankontrolle zur Verfügung standen. Zur einheitlichen Erfassung und Auswertung wurden von der Staatlichen Zentralverwaltung für

Statistik detaillierte Formblätter für die Darstellung und Nachweisung von Daten vorgegeben. Hinzu kommen Verordnungen mit Erläuterungen, die z.B. auch die Kostenarten-, Kostenstellen-, Kostenträgerzeit- und Kostenträgerstück-Rechnung umfassen.⁸⁴³ Der ebenfalls herausgegebene „Kontenrahmen Industrie“ zum 1. Januar 1990⁸⁴⁴ enthält neben Erläuterungen detaillierte Buchungsanweisungen und Buchungsbeispiele.

6.4 Prüfung durch die Staatliche Finanzrevision

Die Jahresabschlüsse der Volkseigenen Betriebe wurden durch die Staatliche Finanzrevision (SFR) geprüft. Erst nach deren Bestätigungsvermerk („Grüner Stempel“) durften die Jahresendprämien ausgezahlt werden. Der Schwerpunkt der Prüfung war auf die Planerfüllung ausgerichtet. Darüber hinaus erfolgten Ordnungsmäßigkeitsprüfungen, Prüfungen der Abführungen an den Staatshaushalt (z.B. Produktionsfondsabgabe, nicht auf eigenen Leistungen beruhende Gewinne wie vereinnahmte Wagenstandgelder, nicht verbrauchte und nicht übertragbare Fonds u.a.), der Fondsdotierungen (z.B. Prämienfonds) u.a.. Von der Staatlichen Finanzrevision wurden auch sog. „komplexe Finanzrevisionen“ durchgeführt, die auf Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen, Organisationsprüfungen u. ä. ausgerichtet sind. So erstreckte sich eine komplexe Finanzrevision im Oktober 1989 beim VEB Mathias-Thesen-Werft, Wismar (im VEB Kombinat Schiffsbau, Rostock) auf die Kapazitätsauslastung von Betriebsabteilungen, Kontrolle der Investitionspläne, Planung der Bestände unvollendeter Produktion, Effektivitätsreserven für Schiffsneubauproduktion u.a.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß im Bereich des Rechnungswesens ohne Begrenzung durch den damit verbundenen bürokratischen Aufwand eine ausufernde Datengewinnung einschließlich deren Aufbereitung betrieben wurde.

An mangelnder Quantität des Datenmaterials kann die güterwirtschaftlich gelenkte Zentralplanwirtschaft der DDR daher nicht gescheitert sein.

7. **Inhaltliche und zeitliche Bilanzkontinuität in den Betrieben der SBZ/DDR nach dem Binnenwährungsumtausch 1948**

Der Bilanzierungsgrundsatz der Bilanzkontinuität erfordert eine Übereinstimmung zwischen der Schlußbilanz des abgelaufenen mit der Eröffnungsbilanz des nachfolgenden Jahres. Durch dieses Prinzip sollen Brüche

⁸⁴³ Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Erläuterungen zum einheitlichen System von Rechnungsführung und Statistik – Industrie, 4. Aufl. Berlin 1973.

⁸⁴⁴ Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Kontenrahmen Industrie, Berlin 1989

bei einem Zeitvergleich und Lücken bei der vollständigen Erfassung und Darstellung der Geschäftsvorfälle in Ausrichtung auf die Unternehmensfortführung vermieden werden. Hierfür ist maßgebend, daß die Bilanzaufstellung lediglich eine unterstellte zeitliche Zäsur und keine effektive Beendigung und anschließende Wiederaufnahme der Unternehmensaktivitäten darstellt. Bei dem Grundsatz der Bilanzkontinuität wird nach der materiellen und formellen Ausgestaltung unterschieden. Die materielle Bilanzkontinuität erstreckt sich auf eine gleichbleibende Bewertung der Bilanzpositionen (z.B. Anschaffungskostenprinzip, Ansatz bestimmter Kostenarten). Unter formeller Bilanzkontinuität wird die unveränderte Gestaltung von Aufbau und Struktur der Bilanzpositionen in der Bilanz verstanden. Dadurch wird eine Vergleichbarkeit erleichtert.

Diese Grundsätze gelten auch im sozialistischen Rechnungswesen der DDR und gewinnen wegen der gesamtwirtschaftlichen Ausrichtung als Mega-Staatskonzern und die langfristigen Planungszeiträume eine zusätzliche Bedeutung. Dies wurde durch die Einführung des Einheitskontenrahmens (EKRI), der ab 1949 für alle Industriebetriebe verbindlich war, und detaillierte Formblätter unterstrichen. Die zentrale Planung als Aggregat der einbezogenen Einheiten erfordert vergleichbare Größen. Eine Unterbrechung der Bilanzkontinuität ist nur aufgrund gesetzlicher Bestimmungen möglich und muß in einer sog. Bilanzbrücke nachgewiesen und übergeleitet werden.

Nach der Kapitulation am 8. Mai 1945 war die Bilanzierung der deutschen Unternehmen in Ost und West mit großen Unsicherheiten verbunden. Diese erstreckten sich vor allem auf Forderungen an das Deutsche Reich aus Rüstungsaufträgen u.ä., Ansprüchen wegen Kriegs- und Kriegsfolgeschäden sowie Demontageansprüche. Hinzu kommen Forderungen aus blockierten Bankguthaben, beschlagnahmten Wertpapierdepots und Beteiligungswerten sowie in den abgetrennten Ostgebieten gelegene Werte.⁸⁴⁵ Allgemeine Rechtsunsicherheiten, insbesondere in den Ost-West-Beziehungen, begründeten weitere Bilanzierungsprobleme.

Die Deutsche Zentralfinanzverwaltung in der sowjetischen Besatzungszone hat in der Anordnung (AO) Nr. 148 vom 16. Januar 1947⁸⁴⁶ mit Genehmigung der SMAD Bestimmungen über die Aufstellung der Handelsbilanzen für die Geschäftsjahre 1945 und 1946 erlassen. Es wurde u. a. festgelegt, daß für die Zeit nach dem 8. Mai 1945 für bereits bestehende Unternehmen keine besonderen Eröffnungsbilanzen aufzustellen sind. Auch die bisherigen Bewertungsvorschriften bleiben in Kraft. Nach dem 8. Mai 1945

⁸⁴⁵ Vgl. Wollert, Heinrich: Bewertung und Bilanzierung in der Ostzone, in: Die Wirtschaftsprüfung, Stuttgart 1949, S. 54 ff.

⁸⁴⁶ Abgedruckt im Aufsatz von Heinrich Wollert ohne Quellenangabe, Zentrales Verordnungsblatt (ZVOBl) beginnt erst im Juni 1947 – wahrscheinlich vorher auf Landesebene.

erworbenes Anlage- und Umlaufvermögen muß zu den Anschaffungs- oder Herstellungspreisen unter Ansatz von evtl. Abschreibungen bewertet werden. Vor dem 8. Mai 1945 angeschaffte oder hergestellte Gegenstände des Anlage- und Umlaufvermögens sind infolge der Kriegsergebnisse in der Regel mit noch nicht feststellbaren Wertverlusten verbunden. Da das Bilanzergebnis nicht von dem Ermessen oder Willkür des einzelnen durch Ermessungsspielräume beim Ansatz und Bewertung dieser Bilanzposten bestimmt werden soll, sind die unsicheren Bilanzposten auf der Aktivseite in einem „Wertausgleichsposten“ zusammenzufassen. „Diese Verluste werden in der Gewinn- und Verlustrechnung nicht berücksichtigt.“⁸⁴⁷

Diese Bestimmung gilt auch für die steuerliche Gewinnermittlung. Der Wertausgleichsposten muß in einer Anlage zur Bilanz aufgegliedert werden. In einer Ergänzung vom 11. Juni 1947 zu obiger Anordnung Nr. 148 wird bestimmt, daß bereits aufgestellte Bilanzen für die Jahre 1945 und 1946, die nicht der Anordnung entsprechen, berichtigt werden müssen.

Von der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) für die sowjetische Besatzungszone wurde unter dem 12. Mai 1948 eine „Verordnung über die Finanzwirtschaft der volkseigenen Betriebe“⁸⁴⁸ erlassen. Darin wird bestimmt, daß alle volkseigenen Betriebe zum 1. Juli 1948 eine Anfangsbilanz aufzustellen haben. Die Anlagengegenstände sind mit ihrem Restwert aufgrund der gesetzlichen Preise anzusetzen. Für die Ermittlung der Anschaffungswerte gilt der Preisstand des Jahres 1944, die „im großen und ganzen als normal angesehen“⁸⁴⁹ werden. Bei den Sachanlagen dienen die Brandversicherungs- und steuerlichen Einheitswerte in zahlreichen Fällen als Bewertungsbasis.

Für Materialien, Halbfabrikate und andere Sachgüter werden Inventuraufnahmen zum 1. Juli 1948 angeordnet, für deren Bewertung werden keine besonderen Vorschriften angeführt. Kreditschulden der Betriebe nach dem 9. Mai 1945 bis zum Übergang in Volkseigentum sind in die Bilanz aufzunehmen, „wenn sie mit seiner gewöhnlichen Produktions- und Handelstätigkeit zusammenhängen.“⁸⁵⁰

Im Gegensatz zu den Verbindlichkeiten sind Forderungen aus der Zeit bis zum 9. Mai 1945 in die Bilanz aufzunehmen und unterliegen der Einziehung. Forderungen aus Kriegsschäden und blockierten Bankguthaben werden in der Bilanz nicht angesetzt. Die Bildung von Rückstellungen ist unzulässig.

⁸⁴⁷ Ziffer 3 der AO Nr. 148 vom 16. Januar 1947.

⁸⁴⁸ Zentrales Verordnungsblatt (ZVOBl) 1948, S. 148-150.

⁸⁴⁹ Mathews, Kurt: Neue Bestimmungen über die Finanzwirtschaft der Volkseigenen Betriebe der Ostzone, in: Die Wirtschaftsprüfung 1949, S. 363.

⁸⁵⁰ Abschnitt I Ziffer 1 d der Verordnung.

Unter Abschnitt II der Verordnung wird die „Zuteilung von Eigenkapital an die Betriebe“ geregelt. Die Zuteilung von Eigenkapital erfolgt

- für das Anlagevermögen in Höhe der Restbuchwerte
- für das Vorratsvermögen in Höhe von 60-85% des durchschnittlichen Bestandes aus den vorangegangenen sechs Quartalen. Die erhaltenen Bankkredite und normale Kreditverschuldung sind zu berücksichtigen.

Nach dem zusammengefaßten Finanzplan der gesamten volkseigenen Betriebe für 1949⁸⁵¹ übersteigen die Istbestände der Umlaufmittel die Sollbestände laut Richtsatzplan per Saldo um 495 Mio. DM, d.h. 31,4 % der Gesamt-Sollbestände in Höhe von 1.575 Mio. DM.

Ergibt sich gegenüber vorstehender Eigenkapitalfestsetzung ein Überschuß, so ist dieser an die übergeordnete Vereinigung zu überweisen. Im Falle einer Unterdeckung darf der Betrieb einen Kredit aufnehmen. Weitere Bestimmungen der Verordnung verpflichten die Betriebe zur Aufstellung einer Selbstkosten- und Gewinnplanung.

Bei den Anfangsbilanzen zum 1. Juli 1948 handelt es sich um eine Kontrolle der Bestände einschließlich Anpassung und Umstellung auf Besonderheiten in einer zentralistischen volkseigenen Wirtschaft. Es war kein Neubeginn, da die Wertansätze unverändert blieben, mit den Kriegsergebnissen zusammenhängende unsichere Bilanzposten wurden nicht bereinigt, sondern lediglich kenntlich gemacht. Das Mengengerüst von Beständen wurde über Inventuren abgesichert.

Aufgrund des Befehls Nr. 111 der SMAD vom 23. Juni 1948⁸⁵² wurde in der sowjetischen Besatzungszone zum 24. Juni 1948 eine Geldumstellung durchgeführt. Da sich die Geldumstellung ausschließlich auf Barmittel und Bankguthaben erstreckte, wurden weder das Geschäftsjahr noch der Bilanz- und Wertzusammenhang sowie die Bewertungsstetigkeit berührt. Auch auf den Stichtag der Geldumstellung ist keine besondere Bilanz aufzustellen.⁸⁵³ Da die Geldumstellung für die volkseigenen Betriebe als Sonderregelung im Verhältnis 1:1 erfolgte, ergaben sich für deren Rechnungslegung keine Auswirkungen.

Bei den Grundmitteln (Sachanlagen) wurden 1964 und 1984 generelle Umbewertungen⁸⁵⁴ unter der Zielsetzung einer Anpassung an gestiegene Wiederbeschaffungswerte durchgeführt. Die letzte Umbewertung war mit

⁸⁵¹ Zentrales Verordnungsblatt (ZVOBl) 1949, S. 436.

⁸⁵² Vgl. Befehls Nr. 111 der SMAD vom 23. Juni 1948.

⁸⁵³ Vgl. Mathews, Kurt: Entwicklung und Stand der ostzonalen und ostsektoralen Rechnungslegung (Buchführung und Bilanzierung) Gesamtüberblick, in: Die Wirtschaftsprüfung 1949, S. 501-507, S. 541-546 (S. 506), sowie ders. 1950, S. 12-18.

⁸⁵⁴ Vgl. Polaschewski, Edwin, in: Die Wirtschaftsprüfung, Düsseldorf 1990, S. 332.

einer Verlängerung der Nutzungsdauer und entsprechender Senkung der Abschreibungssätze verbunden. Durch die in 1964 durchgeführte Umbewertung erhöhte sich der Wert des gesamten industriellen Bruttoanlagevermögens um 52% auf 105 Mrd. Mark.⁸⁵⁵

Mit Ausnahme dieser Umbewertungen waren das Rechnungswesen und die Bilanzierung von 1945-1990 mit keinen Brüchen verbunden, so daß von einer fortdauernden Bilanzkontinuität ausgegangen werden kann.

Die Bilanz und Ergebnisrechnung stellen das wesentliche Instrument der Finanzrechnung dar, die „ein umfassendes Abbild über den Ablauf des Reproduktionsprozesses im jeweiligen Abrechnungszeitraum gibt.“⁸⁵⁶ Die grundsätzliche Zielsetzung der Bilanzierung als Momentaufnahme des Ist-Zustandes des Betriebes und der Ableitung eines Ergebnisses des Wirtschaftens aus dem bilanziellen Vermögensvergleich am Beginn und am Ende der Abrechnungsperiode ist mit der marktwirtschaftlichen Ausrichtung vergleichbar. In der Bilanz der Volkseigenen Betriebe müssen die auf die Betriebe einwirkenden Rahmenbedingungen der güterwirtschaftlich gelenkten sozialistischen Zentralplanwirtschaft (wie das Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung, die Kreditverordnung, Finanzierungsrichtlinien, das Vertragsgesetz, die Planungsprinzipien und die Einbindung in den Staatshaushaltsplan) einen Niederschlag finden, so daß deren Inhalte und damit Aussagefähigkeit nicht mit den marktwirtschaftlichen Instrumenten vergleichbar sind. Hierfür sind vor allem die gesetzlich vorgegebenen Preise ausschlaggebend, die niemals eine Bestätigung über den Markt erfahren haben und letztlich auf den Stoppreisen von 1944 basieren.

Durch die Einbindung der Volkseigenen Wirtschaft in den Staatshaushalt trägt die Rechnungslegung kameralistische Züge durch eine Ausrichtung auf realisierte Einnahmen und Ausgaben zur Vermeidung bzw. Reduzierung eigenständiger Finanzierungsspielräume in den Kombinat- und Betrieben. So war z.B. der Ansatz von Rückstellungen unzulässig, da die Mittelansammlung bis zu deren späterer Fälligkeit zu einem finanziellen Spielraum in den Betrieben geführt hätte. Um Zielgewährungen zwischen den Betrieben einzuschränken mußten Forderungen grundsätzlich innerhalb von 7-14 Tagen und - unabhängig von einer Waren- und Rechnungsprüfung - spätestens nach 28 Tagen beglichen werden.⁸⁵⁷

⁸⁵⁵ Melzer, Manfred: Anlagevermögen, Produktion und Beschäftigung der Industrie im Gebiet der DDR von 1936-1978 sowie Schätzung des künftigen Angebotspotentials, Berlin 1980, S.22-23

⁸⁵⁶ Vgl. Reich, Manfred (Hrsg.): Handbuch des Hauptbuchhalters, Berlin 1984, S. 244.

⁸⁵⁷ AO über die Fälligkeit von Geldverbindlichkeiten aus Warenlieferungen und Leistungen – Fälligkeits-Anordnung – vom 13. Oktober 1983 (GBl I 1983, Nr. 30, S. 298-300)

Weitere Auswirkungen werden durch Rahmenbedingungen der güterwirtschaftlich gelenkten sozialistischen Zentralplanwirtschaft verursacht.

8. Die Jahresabschlüsse (Bilanz- und Ergebnisrechnung) der Kombinate und Volkseigenen Betriebe der DDR

Die Kombinate und Volkseigenen Betriebe sind rechtsfähig und jeweils juristische Person und für die Erfüllung sowie Abrechnung staatlicher Planaufgaben voll verantwortlich. Nach der Kombinatiatsverordnung (§ 6) werden die Kombinate und Betriebe als selbständige Abrechnungseinheiten geführt.

Die Aufstellung der buchhalterischen Bilanz (im Gegensatz zu den mengenmäßigen Aufkommensbilanzen) und Ergebnisrechnung bildet innerhalb des Rechnungswesens einen Bestandteil der „Finanzrechnung“.

Spezifische rechtliche Grundlage bildet die „Verordnung über die Jahresrechenschaftslegung in der volkseigenen Wirtschaft vom 23.6.1983“.⁸⁵⁸ Danach ist in der volkseigenen Wirtschaft jährlich Rechnung zu legen.

Durch die Prüfung und Bestätigung der Staatlichen Finanzrevision soll der Aussagewert der Jahresabschlüsse gesichert werden.

Der Jahresabschluß (Bilanz und Erfolgsrechnung) als Bestandteil der Finanzrechnung stellt eine zeitliche Zäsur der betrieblichen Kreisläufe dar und vermittelt zu diesem Zeitpunkt nach bestimmten buchhalterischen Kriterien eine Aussage über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Betriebe. Die Bilanz beschreibt den Zustand des Betriebes am Aufstellungsstichtag. Durch einen Vergleich mit der Eröffnungsbilanz der Abrechnungsperiode „lassen sich wesentliche Aussagen über die wirtschaftliche Entwicklung des Betriebes [...]“⁸⁵⁹ treffen. Als Rechnungslegung über die abgelaufene Periode stellt der Jahresabschluß ein Kontrollinstrument dar. Er liefert aber auch wichtige Daten für die in die Zukunft gerichtete Wirtschaftsrechnung durch Darstellung der vorhandenen in die Zukunft wirkenden Faktoren. Ergänzend können die Informationen über Daten des abgelaufenen Abrechnungszeitraumes als Erfahrungen der Vergangenheit wichtige Grundlagen für die voraussichtliche zukünftige Entwicklung liefern. Im Gegensatz zu den Bilanzen unter marktwirtschaftlichen Verhältnissen „weisen die buchhalterischen Bilanzen der sozialistischen Betriebe den wirklichen Stand der wirtschaftlichen Mittel und den tatsächlich erwirtschafteten Gewinn aus. Sie stellen ein wichtiges Dokument zur Rechenschaftslegung des Betriebsdirektors gegenüber der sozialistischen Gesellschaft dar, mit dem der Nachweis darüber erfolgt, wie die dem Betrieb anvertrauten mate-

⁸⁵⁸ GBl. I/1983, S. 193.

⁸⁵⁹ Autorenkollektiv, Leitung Werner Kreitel: Buchführung – Grundkurs für ökonomische Ausbildungseinrichtungen, Berlin 1987, S. 18.

riellen und finanziellen Mittel im Abrechnungszeitraum genutzt worden sind“.⁸⁶⁰

Das im Jahresabschluß aufgrund des Bestandsvergleichs in der Bilanz und durch eine zeitraumbezogene Gegenüberstellung von Aufwendungen und Erträgen ermittelte positive (Gewinn) oder negative (Verlust) Ergebnis bildet daher einen Maßstab für die Beurteilung des betrieblichen Erfolges. Im Sozialismus drückt der Gewinn den wertmäßigen Mehrproduktanteil aus dem Einsatz der lebendigen und vergegenständlichen Arbeit aus. Aufgrund des Eigentums an den Produktionsmitteln verbindet er „[...] die Interessen der Kollektive der Betriebe, Kombinate und VVB mit den Interessen der Volkswirtschaft und den Interessen der Werktätigen und lenkt damit die Handlungen jedes einzelnen in die für die Gesellschaft nützlichste Richtung“⁸⁶¹ und bestimmt somit auch die Höhe des Prämienfonds.

Ludwig von Mises führt aus, daß die Wirtschaftsrechnung nicht nur ein Vorbedenken sondern auch ein Nachbedenken des ökonomischen Handelns umfaßt und sich somit auch auf die Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen erstreckt.⁸⁶² Auch die sozialistische Rechnungslegung umfaßt diese Zielsetzungen.

Im Sozialismus gelten für die buchhalterische Bilanz folgende Bilanzierungsprinzipien:⁸⁶³

- a) Bilanzwahrheit (wirklichkeitsgetreuer Nachweis, Ableitung aus den Kontensalden der Buchführung, vollständige und inhaltlich richtige Zuordnung sowie eine ökonomisch richtige Bewertung)
- b) Bilanzklarheit (übersichtlicher, nach ökonomischen Kriterien geordneter Aufbau)
- c) Bilanzkontinuität (Übereinstimmung zwischen der Schlussbilanz des abgelaufenen mit der Eröffnungsbilanz des nachfolgenden Zeitraumes in formeller (Bilanzstruktur) und materieller (Bewertung) Ausrichtung). Eine Unterbrechung der Bilanzkontinuität darf nur aufgrund gesetzlicher Vorschriften erfolgen und ist durch eine Bilanzbrücke nachzuweisen.

Die Bilanz und die Ergebnisrechnung bilden einen Bestandteil der Finanzrechnung der Betriebe und Kombinate. Wie in den westlichen Ländern wird der Jahresabschluß aus dem System der doppelten Buchhaltung abgeleitet. Die Jahresabschlüsse sind grundsätzlich für das Kalenderjahr aufzustellen.

⁸⁶⁰ Ebd., S. 19.

⁸⁶¹ Autorenkollektiv, Ökonomisches Lexikon A-G, 3. Aufl., Berlin 1978, S. 786.

⁸⁶² Mises, Ludwig von: Nationalökonomie, Genf 1940, S. 198.

⁸⁶³ Vgl. zu den Bilanzierungsprinzipien Ökonomisches Lexikon A-G, Berlin 1978, S. 365.

Die einheitliche Ausrichtung und Einbindung in das zentralplanwirtschaftliche System wird durch einen detaillierten Kontenplan mit Erläuterungen, Buchungsanweisungen und Buchungsbeispielen erreicht⁸⁶⁴. Eine Kontrolle der Bilanzinhalte und der davon beeinflussten Ergebnisse über den Markt analog zu den in Westdeutschland geltenden Bilanzierungsgrundsätzen wie das Niederstwertprinzip (Ableitung der Werte aus dem Beschaffungs- bzw. Absatzmarkt) und insbesondere des Grundsatzes der Unternehmensfortführung ist systemwidrig.

Für die in den Betrieben eingesetzten Mittel (Aktiva bzw. Passiva) wird der Fondsbegriff eingeführt, ein Kapital kann es im Sozialismus nicht geben. Danach zeigt der Aufbau der Bilanzen folgendes Bild:

	AKTIVA	PASSIVA	
Wirtschaftliche Fonds	Grundmittel	Grundmittelfonds	
	Umlaufmittel	Umlaufmittelfonds	
		Kredite	- Fremde Fonds
		Verbindlichkeiten	
	Sondermittel	Sonderfonds	- Eigene Fonds

Abbildung 17: Schema der sozialistischen Bilanz

In Formblatt 069 war der Ausweis und die Gliederung der Bilanz für die Betriebe in detaillierter Form verbindlich festgelegt.⁸⁶⁵

Unter zusätzlicher Einfügung von Gruppensummen zeigt die Bilanz des VEB Plastmaschinenwerk Schwerin zum 31. Dezember 1988 folgendes Bild:

⁸⁶⁴ Vgl. Kontenrahmen 1990 Industrie, Herausgeber Ministerrat der DDR, Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1989.

⁸⁶⁵ Quelle für sämtliche Unterlagen des VEB Plastmaschinenwerk Schwerin: BA-L DN 1-6686

		<u>Formblatt 069</u>	
Bilanz zum 31. Dezember 1988			
des VEB Plastmaschinenwerk Schwerin			
<u>AKTIVA</u>		Stand am	Stand am
		01.01.1988	31.12.1988
		TM	TM
A. <u>Grundmittel</u>			
011	Bruttowert der Grundmittel	514.282	521.666
012	Verschleiß der Grundmittel	./.	./.
		<u>222.710</u>	<u>223.256</u>
030	Nettowert der GM	291.572	298.410
040	Bodennutzungsgebühren	4.330	4330
050	Aufwendungen f. geologische Erkundung	0	0
060	Nettowert der nicht mehr zu den GM gehörenden Arbeitsmittel	<u>302</u>	<u>227</u>
		<u>296.204</u>	<u>302.967</u>
B. <u>Umlaufmittel</u>			
100	Unterwegs befindliche Waren	2.288	2.751
111	Material	22.606	20.207
112	Zweckgebundenes Material	430	387
113	Bestand an unfertigen Erzeugnissen und Leistungen	58.729	58.542
114	Bestand an unfertigen wissenschaftlich- technischen Arbeiten	0	0
115	Bestand an fertigen Erzeugnissen und Leistungen	7.786	9.513
116	Übrige materielle Umlaufmittel	5.308	6.280
120	Noch nicht abgeschlossene Investitionen	11.894	19.746
130	Zahlungsmittel	4	7
146	übrige Bank- und Postscheckguthaben	2.413	1.440
151	Langfristige Forderungen	0	0
152	Forderungen aus Warenlieferungen und Leistungen	18.748	30.893
153	Forderungen an unterstellte Betriebe	0	0
154	Forderungen an das Kombinat/WO	3.562	2.414
155	Forderungen an den Staatshaushalt	4.369	14.238
156	Sonstige Forderungen	1.216	1.115
201	Unfertige wissenschaftlich-technische Arbeiten	10.214	14.090
202	Noch nicht in die Produktion überführte fertiggestellte wissenschaftl.-techn. Arbeiten	0	0
203	Noch nicht abgelöste bzw. verkaufte themengebundene Grundmittel usw.	<u>3.268</u>	<u>2.664</u>
		<u>152.835</u>	<u>184.287</u>
	Übertrag	449.039	487.254

	Stand am 01.01.1988 TM	Stand am 31.12.1988 TM
Übertrag	449.039	487.254
C. <u>Sondermittel</u>		
141 Bankguthaben zentralisierter Nettogewinn	0	0
142 Bankguthaben - Fonds für die Instandhaltung	332	9
143 Bankguthaben Investitionsfonds	10.647	389
144 Bankguthaben Prämienfonds	2.099	1.591
145 Bankguthaben Kultur- und Sozialfonds	145	26
	<u>13.223</u>	<u>2.015</u>
D. <u>Aktive Abgrenzungen</u>		
204 übrige aktive Abgrenzungen	1.417	449
211 Abrechnung der Kredite	24.218	34.637
212 übrige bilanzierungsfähige Abrechnungen	161	0
	<u>25.796</u>	<u>35.086</u>
	<u>488.058</u>	<u>524.355</u>
E. <u>Ergebnis und Verwendung</u>		
310 Betriebsergebnis - Verlust	0	0
320 Gewinnverwendung	0	25.709
330 Gewinnverwendung der Außenhandelsbetriebe*	0	0
341 Nettogewinnabführung an den Staat	0	41.043
242 übrige Nettogewinnverwendung	0	11.952
	<u>0</u>	<u>78.704</u>
Bilanzsumme	<u>488.058</u>	<u>603.059</u>
<u>PASSIVA</u>		
A. <u>Deckung der Grundmittel</u>		
510 Grundmittelfonds	291.874	298.637
B. <u>Deckung der Umlaufmittel</u>		
511 Umlaufmittelfonds	34.458	33.358
512 Fonds Wissenschaft und Technik	0	0
513 Werbefonds	0	0
514 Reservefonds	0	0
515 Fonds operative Warenverwendung	0	0
516 Investitionsfonds	11.894	19.746
517 Prämienfonds, Kultur- und Sozialfonds	3.585	3.315
Übertrag	<u>49.937</u>	<u>56.419</u>
Übertrag	291.874	298.637

* nur von Kombinat auszufüllen!

	Stand am 01.01.1988	Stand am 31.12.1988
	TM	TM
Übertrag Grundmittelfonds	291.874	298.637
Übertrag	49.937	56.419
518 Leistungsfonds	12	258
519 Fonds für die Instandhaltung	0	0
520 Verfügungsfonds	0	0
521 Fonds Forschung und Entwicklung	0	0
522 Fonds junger Sozialisten	4	6
523 übrige Sonderfonds	14	1
524 Fonds für wissenschaftliche-technische Arbeiten	13.482	16.754
525 übrige Fonds zur Deckung aktiver Abgrenzung	4.330	4.330
530 Passive Abgrenzungen	997	1.174
541 Abrechnungskonto zentralisierter Nettogewinn	0	0
542 übrige bilanzierungsfähige Abrechnungen	0	0
551 Grundmitteldkredit	24.218	31.816
552 planmäßige materielle Bestände	58.541	45.415
553 Forderungskredit	8.129	15.088
554 Kredite zur Vorfinanzierung von Geldmitteln	0	2.821
555 übrige Kredite	13.244	15.209
561 Langfristige Verbindlichkeiten	0	0
562 Verbindlichkeiten aus		
Warenlieferungen und Leistungen	15.757	28.829
563 Verbindlichkeiten gegenüber dem Kombinat/WO	1.651	3.199
564 Verbindlichkeiten gegenüber unterstellten Betrieben	0	0
565 Verbindlichkeiten gegenüber dem Staatshaushalt	1.103	1.567
566 übrige Verbindlichkeiten	4.765	2.832
	196.184	225.718
C. Ergebnis		
610 Betriebsergebnis - Gewinn	0	78.704
620 Ergebnis Gewinn der Außenhandelsbetriebe	0	0
630 Fondsstützungen und Verluststützungen	0	0
640 Exportstützungen	0	0
650 Erlaß von Produktionsfonds- bzw. Handelsfondsabgabe	0	0
	0	78.704
800	488.058	603.059

Abbildung 18: Bilanz zum 31. Dezember 1988 des VEB Plastmaschinenwerk Schwerin nach Formblatt 069

Aufbau und Gliederung der Bilanz sind wie in der Bundesrepublik auf einen Vorjahresvergleich ausgerichtet. Eine Ausnahme hiervon bildet die

Darstellung des Ergebnisses. Dieses wird nicht unmittelbar in der Bilanz als Jahresergebnis bzw. fortgeschriebenes Jahresergebnis als Bilanzposten dargestellt, sondern wurde innerhalb der Bilanzposten bereits verwendet (z.B. Abführungen an den Staatshaushalt, Zuführung zu den Fonds). Das Jahresergebnis wird als zusätzlicher Bilanzposten sowohl aktivisch und passivisch einmal in seiner Höhe und zum anderen in der summarischen Verwendung angefügt.

Die Ergebnisrechnung der Kombinate und Volkseigenen Betriebe soll wie die Gewinn- und Verlustrechnung von westlichen Unternehmen als Zeitraum-Rechnung (im Gegensatz zur Bilanz als Zeitpunkt-Rechnung) die Entstehung des Ergebnisses nach Quellen, Ursachen und Einflußgrößen darstellen. Dieser Einblick in die Ertragslage ist als wichtiges Informationsinstrument einzustufen. Für die DDR-Betriebe waren Ausweis und Gliederung der Ergebnisrechnung im Formblatt 161 mit insgesamt 145 Zeilen verbindlich vorgeschrieben. Die Ergebnisrechnung des VEB Plastmaschinenwerk Schwerin für das Jahr 1988 entsprechend Formblatt 161 zeigt folgende Übersicht:

Ministerium der
 Deutschen Demokratischen Republik
 Staatliche Zentralverwaltung
 für Statistik

Berichtsjahr 1988
Ergebnisrechnung zum 31.12.1988
 für die Wirtschaftsbereiche Industrie,
 Bau-, Verkehrs-, Post- und Fernmeldewesen
 – Betriebe und Kombinate –

Formblatt 161

0. Allgemeine Angaben

Berichtspflichtiger (Anschrift): VEB Plasmaschienenwerk Schwerin 2781 Schwerin 38 Fernamt: Schwerin Nr.: 390 Bearbeiter: Kolln. Rauhut App.-Nr.: 2166 Die Ordnungsmäßigkeit der Angaben und die Durchführung der in der Richtlinie zum Jahresfinanzkontrollbericht geforderten Kontrollen bestätigt: 10. 2. 1989 Datum <i>[Signature]</i> Betriebs-/Kombinats-/Generaldirektor <i>[Signature]</i> Hauptbuchhalter	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr><td style="width: 5%;">01</td><td style="width: 45%;">Betriebsnummer</td><td style="width: 30%;">0766 3098</td><td style="width: 20%;">Lsp.</td><td style="width: 10%;">1-8</td></tr> <tr><td>02</td><td>Bezirk/Kreis</td><td>0231</td><td></td><td>9-12</td></tr> <tr><td>03</td><td>Kombinatsnummer</td><td></td><td></td><td></td></tr> <tr><td>04</td><td>Eigentumsform</td><td>11</td><td></td><td></td></tr> <tr><td>05</td><td>Wirtschaftsleitendes Organ</td><td>0613</td><td></td><td>13-16</td></tr> <tr><td>06</td><td>Wirtschaftsgruppe</td><td>15390</td><td></td><td></td></tr> <tr><td>07</td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr> <tr><td>08</td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr> <tr><td>09</td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr> <tr><td>10</td><td>Kartenkennzeichen</td><td>106</td><td></td><td>78-80</td></tr> </table>	01	Betriebsnummer	0766 3098	Lsp.	1-8	02	Bezirk/Kreis	0231		9-12	03	Kombinatsnummer				04	Eigentumsform	11			05	Wirtschaftsleitendes Organ	0613		13-16	06	Wirtschaftsgruppe	15390			07					08					09					10	Kartenkennzeichen	106		78-80
01	Betriebsnummer	0766 3098	Lsp.	1-8																																															
02	Bezirk/Kreis	0231		9-12																																															
03	Kombinatsnummer																																																		
04	Eigentumsform	11																																																	
05	Wirtschaftsleitendes Organ	0613		13-16																																															
06	Wirtschaftsgruppe	15390																																																	
07																																																			
08																																																			
09																																																			
10	Kartenkennzeichen	106		78-80																																															

Die Angaben wurden vom wirtschaftsleitenden Organ geprüft: ja/nein (Nichtzutreffendes bitte streichen) Angaben in 1000 M ohne Dezimale

Zeile	Kennziffer	Konto	LK-Nr.	Plan für das Jahr	Lsp.	Erfüllung im Berichtsjahr	Lsp.	Erfüll. in %
				21-23		01		02
1	Abschreibungen für eigene in Nutzung befindliche Grundmittel	3000	630	18.350	24-30	18.367	31-37	100,1
2	Abschreibungen für stillgelegte Grundmittel, die in das Ergebnis außerhalb d. Prod.proz. einzubeziehen sind *	3002		-	38-44	-	45-51	-
3	Restbuchwerte aus der vorzeitigen Aussonderung von Grundm., Inventurminussdiff. bei Grundm. *	3040 3041	153	52-58	285	59-65	186,3	
4	Andere Restbuchwerte	3042	-	24-30	-	31-37	-	
5	Nutzungsentgelte, Mieten, Pachten	306	631	1.015	38-44	1.016	45-51	100,1
6	übriger Verbrauch von Grundmitteln	3001,3003 3005		-	52-58	-	59-65	-
7	Verbrauch von Arbeitsmitteln insgesamt (Z. 1 bis 6)	30	19.518	24-30	19.668	31-37	100,8	
8	Grundmaterial	310 bis 314	632	118.017	38-44	126.529	45-51	107,2
9	Energie, Brenn- und Kraftstoffe	3150 bis 3154, 3156, 3157		11.592	52-58	11.233	59-65	96,9
10	übriges Material	3155, 3158, 316, 317	17.639	24-30	19.832	31-37	112,4	
11	Materialumbewertung	(+) (-) 318	633	-	38-44	-	45-51	-
12	Materialverrechnungspreis-Abweichungen	(+) (-) 319		-	52-58	1.303	59-65	-
13	Verbrauch von Material (Z. 8 + 9 + 10 +/- 11, /, 12)	31	147.248	24-30	158.897	31-37	107,9	
14	Leistungen der Nachauftragnehmer	3200 bis 3204	634	17.102	38-44	28.951	45-51	169,3
15	übrige Kooperationsleistungen	3205 bis 3209		6.989	52-58	6.651	59-65	95,2
16	Reparaturleistungen	321	635	1.800	24-30	1.467	31-37	81,5
17	Transport-, Umschlags- und Lagerleistungen	322		2.200	38-44	1.894	45-51	86,1
18	übrige produktive Leistungen	323 bis 326 329	2.742	52-58	2.836	59-65	103,4	
19	Verbrauch produktiver Leistungen (Z. 14 bis 18)	32	30.833	24-30	41.799	31-37	135,6	
20	Wareneinsatz	33	636	8.700	38-44	9.115	45-51	104,8
21	Tariflöhne und leistungsabhängige Löhne	340 bis 342		31.770	52-58	33.140	59-65	104,2
22	Vergütungen für zusätzliche Arbeit	344	637	69	24-30	52	31-37	75,4
23	Prämien und Vergütungen	347/348		3.052	38-44	3.951	45-51	129,5
24	übrige Löhne, Entgelte und Honorare	343, 345, 346	1.180	52-58	1.309	59-65	110,9	
25	Löhne, Vergütungen, Prämien (Z. 21 bis 24)	34	36.071	24-30	38.422	31-37	106,5	

(571) Ag 108/787/88 - 4.10/255/100 G
 gesellschaftlich nicht notwendige Aufwendungen

1. Kosten Angaben in 1000 Mark ohne Dezimale

Zeile	Kennziffer	Konto	LK-Nr.	Plan für das Jahr		Erfüllung im Berichtsjahr		Erfüll. in %	
				21-23	01	Lsp.	02		Lsp.
26	Entschädigungen und Zuwendungen	35			1.777	38-44	1.520	45-51	85,5
27	darunter Zuwendungen	354	noch 638	(115)	52-58	(147)	59-65	127,8	
28	Fondszuführungen	36	677	21.402	24-30	21.655	31-37	101,2	
29	Verbrauch nichtproduktiver Leistungen	37		1.846	24-30	2.052	31-37	111,2	
30	Planbare Zinsen	3820	639	3.857	38-44	3.897	45-51	101,0	
31	Zinszuschläge und Sanktionszinsen	* 3825		700	52-58	1.592	59-65	227,4	
32	Verspätungszinsen und Verzugszuschläge	* 385		-	24-30	407	31-37	-	
33	Beiträge zur Sozialversicherung	386	640	3.361	38-44	3.379	45-51	100,5	
34	Beiträge für zusätzliche Altersversorgung	387		-	52-58	-	59-65	-	
35	Normative und zusätzliche Produktionsfondsabgabe ¹⁾	3881 + 3885	678	-	24-30	-	31-37	-	
36	Beitrag für gesellschaftliche Fonds	388 bzw. 3880 1)		22.239	24-30	23.175	31-37	104,2	
37	übrige Beiträge, Zinsen und kostenwirksame Haushaltsverpflichtungen	380, 381, 389	641	1.507	38-44	1.355	45-51	89,9	
38	Beiträge, Zinsen und kostenwirksame Haushaltsverpflichtungen (Z. 30 bis 37)	38		31.664	52-58	33.805	59-65	106,8	
39	Mehrkosten für Investitionen u. Kosten aufgrund von Mängeln in der Leitung der wiss.-techn. Arbeit ²⁾ *	3900 bis 3902 398		-	24-30	-	31-37	-	
40	Vertragsstrafen und Schadenersatz	* 3910/3911	642	547	38-44	1.761	45-51	321,9	
41	Geldstrafen und Standgelder	* 3912		-	52-58	353	59-65	-	
42	Sanktionen bei Überschreitung der Energiekennziffern	* 39180		-	24-30	20	31-37	-	
43	Sanktionen bei Überschreitung der Transportkennziffern	* 39181	643	-	38-44	-	45-51	-	
44	Abwertungen	* 393		-	52-58	379	59-65	-	
45	Inventurminusedifferenzen	* -394		-	24-30	165	31-37	-	
46	Transportverluste	3950	644	-	38-44	-	45-51	-	
47	Restliche Kostenarten der Ktrg. 39 (o. Z. 48)	3903, 3904, 3991, 3992, 3999		-	52-58	-	59-65	-	
48	übrige gesellschaftlich nicht notwendige Aufwendungen der Ktrg. 39	* 3913, 3915 392, 3990		-	24-30	-	31-37	-	
49	Sonstige Kostenarten (Z. 39 bis 48)	39	645	547	38-44	2.678	45-51	489,6	
50	Kosten u. andere Aufwendungen nach d. Art ihrer Entstehung (Z. 7 + 13 + 19 + 20 + 25 + 26 + 28 + 29 + 38 + 49)	Kl. 3		299.606	52-58	329.611	59-65	110,0	
51	Aussonderung von Kosten	Innerbetrieblicher Umsatz		-	24-30	-	31-37	-	
52	und Aufwendungen	Fondsauisonderungen (ohne Materialverbrauch)	s. Richtlinie	21.212	38-44	20.663	45-51	97,4	
53	aus Z. 50 gemäß Richtlinie	Materialverbrauch		6.957	52-58	9.009	59-65	129,5	
54		übrige Kosten ³⁾		12.607	24-30	18.349	31-37	145,5	
55	Zusätzlich in die Selbstkosten der Erzeugnisse und Leistungen zu verrechnende Kosten	s. Richtlinie	647	10.555	38-44	11.034	45-51	104,5	
56	Ergebnis aus Umbewertung	Verlust (-) Gewinn (+) 6044, 6045		-	52-58	-	59-65	-	
57	Handelsspanne des AHB	-	679	5.168	24-30	5.177	31-37	100,2	
58	Bestandsänderungen	an unfertigen Erz. u. Lstg. zu Produktionsselbstkosten		+ 6.276	24-30	./ 1.863	31-37	-	
59		an Fertigerzeugn. u. Lstg. zu Gesamtselbstkosten		./ 663	38-44	./ 1.576	45-51	237,7	
60	Kosten und Aufwendungen des Abrechnungszeitraumes (Z. 50 ./ 51 bis 54 + 55 ./ 56 + 57 + 58 + 59)	s. Richtlinie		280.166	52-58	294.362	59-65	105,1	
61	davon	Gesamtselbstkosten d. real. finanzgepl. Warenproduktion (Kosten zur Z. 91)	604, 614, ... 664 6554, 6569	259.890	24-30	266.520	31-37	102,6	
62		Kosten Wareneinsatz Groß- und Einzelhandel	654, 6550, 6552	3.137	38-44	6.958	45-51	221,8	
63		Kosten der Kontengruppe 67	-	6.627	52-58	6.955	59-65	104,9	
64		darunter Fremdbezogenes Essen	6753	(-)	24-30	(-)	31-37	-	
65	Kosten der nichtproduktiven Leistungen	754-756 774-776	650	1.252	38-44	1.081	45-51	86,3	

1) trifft nur für Betriebe ausgewählter Kombinate zu.
 2) nicht von Betrieben ausgewählter Kombinate ausfüllen.

3) im Bauwesen: einschlt. der Kosten für Leistungen der Nachauftragnehmer.
 4) ohne Kosten für Leistungen der Nachauftragnehmer.

1. noch Kosten und Erlöse				Angaben in 1000 Mark, ohne Dezimalstellen					
Zeile	Kennziffer		Konto	LK-Nr.	Plan für das Jahr	Lsp.	Erfüllung	Lsp.	Erfüll.
				21-23	01		im Berichtsjahr		in %
				noch			02		03
66	noch von Zeile 60	Kosten – Umlage	694	650	–	52-58	–	59-65	–
67		Kosten Export (ohne Kosten Wareneinsatz aber einschl. Handelsspanne des AHB)	–	651	7.860	24-30	7.886	31-37	100,3
68		Gesellschaftlich nicht notwendige Aufwendungen ¹⁾	6894	–	1.400	38-44	4.962	45-51	354,4
69	Gesellschaftlich nicht notw. Aufwendungen im Vorjahr (Sp. 01)	Einnahmen bzw. Weiterberechnungen (Sp. 02)	Sp. 02 6895	–	3.076	24-30	–	31-37	–
70	Kosten Wareneinsatz Export		–	652	176.300	38-44	177.055	45-51	100,4
71	Realisierte Erzeugnisse und Leistungen zum einheitl. IAP	Industrielle Leistungen	600+601+6081+6082+6083+6084+6085/6	653	254.000	52-58	254.003	59-65	100,0
72		Bauwirtschaftliche Leistungen	Klgr. 61 analog Klgr. 60		380	24-30	618	31-37	162,6
73		Landwirtschaftliche Leistungen	Klgr. 62 analog Klgr. 60		–	38-44	–	45-51	–
74		Verkehrs-, Post- u. Fernmeldeleist.	Klgr. 63 analog Klgr. 60		25	52-58	9	59-65	36,0
75		Warenprod. des Industrieanlagenbaus	Klgr. 66 analog Klgr. 60		20.390	24-30	28.669	31-37	140,6
76		übrige sonstige produktive Leistungen	–		1.183	38-44	138	45-51	11,7
77	Summe d. real. Erz. u. Leistg. z. einh. IAP (Z. 71 bis 76)		–	–	275.978	52-58	283.437	59-65	102,7
78	Produktgebundene Preisstützungen		für realisierte Erzeugnisse u. Leistungen der Z. 77	6085 6185...	102	24-30	102	31-37	100,0
79	Produktgebundene Abgaben		6080 6180...	655	3.040	38-44	3.044	45-51	100,1
80	Realisierte Erzeugnisse und Leistungen zu BP	Industrielle Leistungen	600 + 601 + ./. 608	656	251.062	52-58	251.061	59-65	100,0
81		Bauwirtschaftliche Leistungen	610 + 611 + ./. 618		380	24-30	618	31-37	162,6
82		Landwirtschaftliche Leistungen	620 + ./. 628		–	38-44	–	45-51	–
83		Verkehrs-, Post- u. Fernmeldeleist.	630 + 631 + ./. 638		25	52-58	8	59-65	32,0
84		Warenprod. des Industrieanlagenbaus	660 + 661 + ./. 668		20.390	24-30	28.669	31-37	140,6
85	übrige sonstige produktive Leistungen		–	657	1.183	38-44	138	45-51	11,7
86	Summe d. real. Erz. u. Lstg. z. BP (Z. 80 bis 85)		–	–	273.040	52-58	280.494	59-65	102,7
87	Erlöse aus dem Absatz von Sekundärrohstoffen zu BP		6514 + ./. aus 658	658	200	24-30	780	31-37	390,0
88	Realisierte Handelsspanne (Z. 92 ./. 62)		–	658	250	38-44	145	45-51	58,0
89	in die real. finanzgepl. WP einzubeziehende Erlös- und Ergebniserhöhungen		6032 + 6034 + 6035	–	–	52-58	–	59-65	–
90	nicht in die real. finanzgepl. WP einzubeziehende Erlösschmälerungen, Preisabschl. u. abzuf. Mehrerlöse		6071 + 6072, 99038 u. aus 99039	–	–	24-30	–	31-37	–
91	Realisierte finanzgeplante Warenproduktion zu BP (Z. 86 + 87 + 88 + 89 ./. 90)		–	659	273.490	38-44	281.419	45-51	102,9
92	Erlöse aus Handelsleistungen		650+6510+6512+652 /. aus 657 + ./. aus 658	–	3.387	52-58	7.103	59-65	209,7
93	Erlöse der Kontengruppe 67		–	–	6.627	24-30	6.955	31-37	104,9
94	darf.	Erlöse aus Küchenleistungen und Zuschüsse aus dem Kultur- und Sozialfonds	6713 aus 673	660	(2.245)	38-44	(2.323)	45-51	103,5
95	Erlöse – real. außenwirtsch. Leistungen Export		–	–	245.960	52-58	246.151	59-65	100,1
96	Erlöse aus nichtproduktiven Leistungen		s. Richtlinie	–	1.452	24-30	1.272	31-37	87,6
97	Einnahmen Umlage		690	661	–	38-44	–	45-51	–
98	Sonstige Einnahmen		691	–	–	52-58	–	59-65	–
99	Vereinnahme Vertragsstrafen und Schadenersatz		6810	–	–	24-30	4.207	31-37	–
100	Vereinnahme Geldstrafen und Standgelder		6812	662	–	38-44	–	45-51	–
101	Zinsen und Verzugszuschläge		685	–	–	52-58	72	59-65	–
102	Übrige leistungsunabhängige Erlöse		680, 6813 682, 683, 684	–	1.400	24-30	3.086	31-37	220,4
103	Leistungsunabhängige Erlöse insges. (Z. 99 bis 102)		680 bis 685	663	1.400	38-44	7.365	45-51	526,1
104	Ergebnis aus Abschlagzahlungen		(+) (–) 6693	–	–	52-58	–	59-65	–
105	Erlös- und Ergebniserhöhungen für real. Erzeugnisse und Leistungen		603, 613, 623, 633 653, 663	664	–	24-30	1	31-37	–

1) Zeile 68 = Zeilen 2 + 3 + 31 + 32 + 39 + 40 + 41 + 42 + 43 + 44 + 45 + 48

1. noch Kosten und Ergebnis sowie Angaben außerhalb der Ergebnisrechnung Angaben in 1000 Mark ohne Dezimalstellen

Zeile	Kennziffer	Konto	LK-Nr.	Plan für das Jahr	Lsp.	Erfüllung im Berichtsjahr	Lsp.	Erfüll. in %
			21-23	01		02		03
106	Erfolgschmälerungen und Ergebnisminderungen für real. Erzeugnisse und Leistungen	607, 617, 6270, 637 aus 657, 667	noch 654	—	38-44	—	45-51	—
107	Ergebnis – Realisierte Warenproduktion (Z. 86 + 87 + 88 ./ 61 + 104 + 105 ./ 106) ¹⁾	(+) 9800 (-)		13.600	52-58	14.900	59-65	109,1
108	darunter Ergebnis Handelsleistungen ²⁾	aus 9800	680	—	24-30	—	31-37	—
109	Ergebnis – Sonstiger Umsatz (Z. 93 ./ 63)	(+) 9801 (-)		—	24-30	—	31-37	—
110	Ergebnis – Nichtproduktive Leistungen (Z. 96 ./ 65)	(+) 9803 (-)	665	200	38-44	191	45-51	95,1
111	Ergebnis – Beteiligungen	9804		—	52-58	—	59-65	—
112	Ergebnis aus Umlagen der Kombinate (Z. 97 + 98 ./ 66)	(+) 9805 (-)		—	24-30	—	31-37	—
113	Ergebnis außerhalb der Warenproduktion (Z. 109 + 110 + 111 + 112)	(+) — (-)	666	200	38-44	191	45-51	95,1
114	Ergebnis außerhalb des Prod.prozesses bzw. Zirkulationsprozesses (Z. 103 ./ 68 + 69 Sp.02)	(+) 9807 (-)		—	52-58	2.403	59-65	—
115	Staatlicher Erlöszuschlag	9808		—	24-30	—	31-37	—
116	Ergebnis Inland (Z. 107 + 113 + 114 + 115)	(+) 980 (-)	667	13.800	38-44	17.494	45-51	126,8
117	Ergebnis Inland im Vorjahr (Sp. 2) bzw. Ergebnis Außenhandelsbetrieb im Vorjahr (Sp. 1) zu Pr. BJ	(+) s. Richtlinie (-)		(—)	52-58	(9.446)	59-65	—
118	Ergebnis Import ³⁾	(+) — (-)	681	—	24-30	—	31-37	—
119	Ergebnis Export (Z. 95 ./ 67 ./ 70)	(+) 984 (-)		61.800	24-30	61.210	31-37	99,0
120	Ergebnis Außenhandelsbetrieb ^{4) 5)}	(+) — (-)	668	—	38-44	—	45-51	—
121	Einheitliches Betriebsergebnis bzw. Betriebsergebnis (Z. 116 + 118 + 119 + 120)	(+) 98 (-)		75.600	52-58	78.704	59-65	104,1
122	Produktionsfonds- bzw. Handelsfondsabgabe ⁶⁾	9901		22.700	24-30	22.228	31-37	97,5
123	Abzuf. Gewinne, die nicht auf eigenen Leistungen beruhen und abzuführende Sanktionen	9902, 9903, 9904, 9906	669	—	38-44	3.481	45-51	—
124	Mit der Nettogewinnabführung zu verrechnende Gewinnminderungen	s. Richtlinie		—	24-30	—	31-37	—
125	Verwendung Ergebnis Außenhandelsbetrieb ⁴⁾	—	670	—	38-44	—	45-51	—
126	Exportstützungen	—		—	52-58	—	59-65	—
127	Importzuführungen Importabführungen ³⁾	(+) — (-)	682	—	24-30	—	31-37	—
128	Nettogewinn (Z. 121 ./ 122 ./ 123 + 124 Verlust (-) ./ 125 + 126 + 127)	—		52.900	24-30	52.995	31-37	100,2
129	Nettogewinnabführung	s. Richtlinie	671	41.031	38-44	41.043	45-51	100,0
130	dar. Einsatz eigener Fonds für die Sicherung der Nettogewinnabführung	s. Richtlinie		—	52-58	(—)	59-65	—
131	Realisierte befristet festgelegte Extragewinne ⁷⁾	—		5.792	24-30	5.538	31-37	95,6
132	dar. für Export – SW	—	672	(4.468)	38-44	(4.990)	45-51	111,7
133	für Export – NSW	—		(1.078)	52-58	(410)	59-65	38,0
134	von Zeile 131 Realisierter befristet festgelegter Extragewinn für Erzeugn.: m. Gütezeichen „Q“ bzw. Präd. „SL“	—		5.335	24-30	5.067	31-37	95,0
135	Realisierte befristet festgelegte Extragewinne für neue hochwertige Konsumgüter	—	673	—	38-44	—	45-51	—
136	Realisierte befristet festgelegte Gewinnzuschläge für hochwertige Konsumgüter	—		—	52-58	—	59-65	—
137	Realisierte Preiszuschläge für die laufende Produktion mit Gütezeichen „Q“, Prädikat „SL“ u. Auszeichnung „Gutes Design“	—		1.107	24-30	1.022	31-37	92,3
138	Realisierte Gewinnzuschl. für Exquisit- u. Delikatierzugnisse	—	674	—	38-44	—	45-51	—
139	Realisierte Gewinnzuschläge für Ersatzteile	—		889	52-58	834	59-65	93,8
140	Realisierte weitere Gewinn- u. Preiszuschläge zur Stimulierung der Produktion	—		2.300	24-30	839	31-37	36,5
141	GSK der real. finanzgepl. WP (o. Industrieanlagenbau) bzw. GSK der Produktion des Bauwesens	—	675	239.200	38-44	237.152	45-51	99,1
142	Realisierte finanzgepl. WP (ohne Industrieanlagenbau) bzw. Produktion des Bauwesens	—		253.100	52-58	252.750	59-65	99,9
143	GSK d. real. finanzgepl. WP – nur Industrieanlagenbau –	—		20.690	24-30	29.368	31-37	141,9
144	Realisierte finanzgeplante WP – nur Industrieanlagenbau –	—	676	20.390	38-44	28.669	45-51	140,6
145	Plankosten der real. finanzgepl. WP unter Berücksichtigung d. Erf.d. WP (ohne Industrieanlagenbau) ⁸⁾	—		238.874	—	—	—	—

1) im PM-Handel: Ergebnis realisierte produktive Leistungen
2) nur von Betrieben und Kombinat des PM-Handels auszufüllen
3) nur von Qualitäts- und Edelstahlkombinat (Stahlbetrieb) auszufüllen
4) nur von Kombinat auszufüllen
5) im Bauwesen: Plankosten der Produktion des Bauwesens unter Berücksichtigung d. Erf.d. WP
6) von ausgewählten Kombinat und Betrieben nicht auszufüllen
7) einschl. der Stimulierung der Erzeugnisse mit dem Gütezeichen „Q“ bzw. dem Prädikat „SL“
8) im Bauwesen: Plankosten der Produktion des Bauwesens unter Berücksichtigung d. Erf.d. WP
9) im Bauwesen: Plankosten der Produktion des Bauwesens unter Berücksichtigung d. Erf.d. WP

Abbildung 19: Ergebnisrechnung 1988 des VEB Plastmaschinenwerk Schwerin lt. Formblatt 161

In ihrer Konzeption und Inhalt weist die Ergebnisrechnung grundsätzlich Unterschiede gegenüber der westlichen Gewinn- und Verlustrechnung auf. Die wesentliche Zielsetzung besteht in der Ermittlung von Planabweichungen durch Gegenüberstellung der Planvorgaben. Im Gegensatz zu dieser Soll-Ist-Betrachtung wird in der westlichen Gewinn- und Verlustrechnung ein Vergleich mit dem korrespondierenden vorhergehenden Abrechnungszeitraum dargestellt. Die gesamtwirtschaftliche Einbindung und die Ausrichtung auf den Plan führt zu einem gegenüber westlichen Verhältnissen abweichenden Inhalt der Begriffe „Gewinn“ und „Gewinnverwendung“. So stellen in dem Nettogewinn enthaltene Fondszuführungen aufgrund der bindenden Planvorgaben nach westlicher Ergebnisermittlung teilweise Aufwendungen dar. Die Vermengung von Ergebnisermittlung und Ergebnisverwendung bzw. Aufbringung der Mittel zeigt sich bei den in der Ergebnisrechnung enthaltenen Fondszuführungen. So werden z.B. sowohl die normativen Zuführungen zum Instandhaltungsfonds als auch die effektiv angefallenen Kostenarten der Instandhaltungen erfaßt und anschließend die Inanspruchnahme von Fonds eliminiert. Dies gilt in gleicher Weise für die Finanzierung der Betreuungskosten (Personalkosten, Material u.a.) über die Sozialfonds.

Zusätzlich werden noch nicht erfaßte Selbstkosten für aus der Vorperiode übernommene eigene oder fremde Leistungen angesetzt. Durch Aufteilung der Gesamtselbstkosten und Zuordnung zu den jeweiligen Erlösen werden Bereichsergebnisse ermittelt, die teilweise durch statistische Angaben oder Vermerke weiter aufgegliedert werden (z.B. Industrielle Leistungen, Bauwirtschaftliche Leistungen usw.).

Bei Betrieben mit Exportlieferungen wird seit 1970 ein "Einheitliches Betriebsergebnis" (EBE) mit den Bestandteilen "Ergebnis Inland" und "Ergebnis Export" ausgewiesen. Im Gegensatz zu der vorhergehenden Praxis sollte in Ausrichtung auf den Devisenbedarf eine Isolierung der Exporttätigkeit erfolgen und deren Stimulierung durch entsprechende Prämien gefördert werden. Wegen der im internationalen Vergleich mangelnden Leistungsfähigkeit der DDR-Wirtschaft wurden die offiziellen Devisenkurse im Rechnungswesen der Betriebe durch einen Zuschlag in Form von Richtungskoeffizienten (Riko) erhöht, da die ansonsten negativen Exportergebnisse die angestrebten Anreizwirkungen ausgeschlossen hätten.

Vor Einführung des RiKo wurde ein Gesamtergebnis ohne Unterteilung nach "Inland" bzw. "Export" ausgewiesen, bei Stützungen aus dem Staatshaushalt ließ sich keine bereichsweise Zuordnung vornehmen.

Der RiKo wurde für das Planjahr vorgegeben und ermöglichte eine unmittelbare Erfassung im Rechnungswesen.

Eine zusammenfassende Darstellung der Ergebnisrechnung 1988 des VEB Plastmaschinenwerk Schwerin zeigt folgende Struktur:

Tabelle 12: Zusammenfassende Darstellung der Ergebnisrechnung 1988

	<u>Ist</u>	<u>Plan</u>	<u>Erfüllung</u>
	<u>TM</u>	<u>TM</u>	<u>in %</u>
Erlöse realisierte Erzeugnisse und Leistungen zu Industrieabgabepreise (IAP)	284.362	276.428	102,9
+ produktgebundene Preisstützungen	+ 102	+ 102	100,0
- produktgebundene Abgaben	- 3.044	- 3.040	100,0
= Gesamt-Erlöse	281.420	273.490	102,9
- Gesamt-Selbstkosten	- 266.520	- 259.890	102,5
= Ergebnis realisierte Warenproduktion	14.900	13.600	109,6
+/- Ergebnis außerhalb Warenproduktion	+ 191	+ 200	95,5
+/- Ergebnis außerhalb Produktionsprozeß	+ 2.403	0	
+/- Ergebnis aus Umbewertung Material	0	0	
= Ergebnis Inland	17.494	13.800	126,8
+/- Ergebnis Export	61.210	61.800	99,0
= Einheitliches Betriebsergebnis	78.704	75.600	104,1
- Produktionsfondsabgabe	- 22.228	- 22.700	97,9
- Abführung von Gewinnen, die nicht auf eigenen Leistungen beruhen sowie Sanktionen	- 3.481	0	
+ Exportstützungen	(im Exportergebnis)		
= Nettogewinn	52.995	52.900	100,2
- Nettogewinnabführung	- 41.043	- 41.031	100,0
= Nettogewinn für eigene Fonds	11.952*	11.869	100,7

Das "Ergebnis Export" wird aus nachstehenden Posten der Ergebnisrechnung abgeleitet:

Tabelle 13: Ermittlung des "Ergebnis Export"

Zeile		<u>Ist</u>	<u>Plan</u>
		TM	TM
67	Kosten Export einschl. Handelsspanne AHB ohne Wareneinsatz	- 7.886	- 7.860
70	Kosten Wareneinsatz Export	- 177.055	- 176.300
		- 184.941	- 184.160
95	Erlöse real. außenwirtsch. Leistungen Export	246.151	245.960
119	Ergebnis Export	<u>61.210</u>	<u>61.800</u>

Beim Wareneinsatz Export werden die Lieferungen zu Betriebspreisen angesetzt und zum Ausgleich in gleicher Höhe unter den Erlösen realisierte Warenproduktion Inland erfaßt. Insoweit wird ein fingierter Verkauf durch den Bereich "Inland" an den "Export" als statistische Aufblähung in der Ergebnisrechnung erfaßt.

Die gesonderte Abführung von „Gewinnen, die nicht auf eigenen Leistungen beruhen sowie Sanktionen“ umfassen⁸⁶⁶ Gewinne aus Verstößen gegen preisrechtliche Bestimmungen, aus Verstößen gegen das planmäßig festgelegte Sortiment, aus Warenproduktion und Erzeugnissen mit Abweichungen gegenüber staatlichen Standards, aus Verletzungen des Arbeitskräfteplans u.a. Eine Gegenrechnung von gleichartigen Kosten ist nur in Ausnahmefällen zulässig.

Ergänzend stellt sich die Frage nach der Erfassung dieser Posten mit Abgabecharakter als Bestandteil des Nettogewinns.

Die nachstehende Aufgliederung des „Nettogewinns für eigene Fonds“ zeigt dessen weitgehende Vorgabe durch den Plan. Bei den Verwendungen für Prämien- und Leistungsfonds und den Beiträgen für freiwillige Versicherung handelt es sich um Posten, die als gewinnmindernde Aufwendungen einzustufen sind.

⁸⁶⁶ Vgl. Anlage 1 zur AO über die Finanzierungsrichtlinie für die volkseigene Industrie und das Bauwesen vom 27.2.1987 in: GBl I, vom 14.4.1987, S. 115/116

Tabelle 14: Verwendung Nettogewinn für eigene Fonds

	<u>für den Berichtszeitraum</u>	
	<u>Ist</u>	<u>Plan</u>
	<u>TM</u>	<u>TM</u>
Prämienfonds	3.047	2.965
Leistungsfonds	260	258
eigenverantwortlicher Investitionsfonds	2.600	2.600
Beiträge freiwillige Versicherung	45	46
planmäßige Tilgung von Grundmittelkrediten	6.000	6.000
	<u>11.869</u>	<u>11.952</u>

Als Ergänzung zur Ergebnisrechnung werden in den nachstehenden Formblättern 161-1 bzw. 161-2 Nachweise über die Erfüllung des Planes der Warenproduktion und des Absatzes sowie über die Selbstkostenentwicklung mit einer sortimentsmäßigen Aufgliederung geführt.

Mitteilung der Deutschen Demokratischen Republik Staatliche Zentralverwaltung für Statistik

Nachricht über die Erfüllung des Planes der Warenproduktion und des Umsatzes im Berichtszeitraum 1. 1. 1952 bis 31. 12. 1952

Formblatt 161-1

Wertangaben in 1000 Mark

Name des Betriebes:

Betriebsnummer:

Name des Kombinates:

Table with 18 columns: 1. Ue. Nr., 2. Bezeichnung des produzierten Erzeugnisses bzw. der Leistung, 3. Mengeneinheit, 4. Menge der Warenproduktion (ohne Dezimale), 5. Menge in Mark (ohne Dezimale), 6. Capex des Betriebes (Plan, 4, 5, 6), 7. Sortiments-Produktionsleistung, 8. Erbs-Produktionsleistung, 9. NP zu WP, 10. %l. Bedarfs-Deckung, 11. Export zu BP, 12. Export zu NSW, 13. Erbs-Produktionsleistung, 14. Plan, 15. Ist, 16. %l. Bedarfs-Deckung, 17. Export zu BP, 18. Export zu NSW.

Stichtag 31.12.1952

Formblatt 161-1

Berichtszeitraum 1.1.19 88 bis 31.12.19 88
Wertangaben in 1000 Mark

Name des Betriebes:
Betriebsnummer:
Name des Kombinales:

Lfd. Nr.	Bezeichnung des produzierten Erzeugnisses bzw. der Leistung	Mengen- einheit	Menge der Warenproduktion (ohne Deuzimale)		Geplante Betriebspreise		Sertiments- änderungen	WP zu gpl. Erlös- BP einschl. korrekturen Sertiments- Preisauf- u. -ablässe	WP zu effektiven gpl. BP	% d. Sertiments- änderung der fertigen zu Betriebspreisen	Export zu BP		Erlöse aus Absatz zu Industrieabnehmern	
			Plan	Ist	Planmenge	Istmenge					SM	NSM	Plan	Ist
27	Spritzgießwerkzeuge				3.027	3.027	-	-	3.027	+ 270	-	-	3.027	3.297
28	sonst. Werkzeuge				7.610	6.798	-	-	6.798	- 1.798	-	-	6.350	5.700
	Σ ELN 132 34 000				10.637	9.225	-	-	9.225	- 1.528	-	-	9.377	8.697
29	ET 25 09 Pumpe				164	164	-	-	164	-	-	-	164	164
	Σ ELN 135 57 000				164	164	-	-	164	-	-	-	164	164
30	Reformmittel				5.635	5.011	-	-	5.011	-	-	-	5.035	5.011
	Σ ELN 136 33 200				3.558	3.558	-	-	3.558	-	-	-	3.558	3.558
31	LKO				554	554	-	-	554	-	-	-	554	554
32	Montage				-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
33	Generalreparatur				-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
34	sonst. Lohnarbeit				3.318	3.812	-	-	3.812	+ 4	-	-	3.318	2.808
	Σ ELN 193 24 000				2.660	1.274	-	-	1.274	-	-	-	2.660	1.378
35	Musterbau				15.065	14.209	-	-	14.209	- 1.4	-	-	15.335	14.869
	Σ ELN 193 24 000				2.064	2.064	-	-	2.064	- 1.3	-	-	2.064	2.651
36	Exportverpackung				2.064	2.064	-	-	2.064	- 1.3	-	-	2.064	2.651
	Σ ELN 154 33 200				9.562	12.209	-	-	12.209	+ 168	-	-	12.500	15.288
37	Konsumgüter				9.562	12.209	-	-	12.209	+ 168	-	-	12.500	15.288
	Σ ELN 132 39 100/34620				252.062	253.244	- 1.155	-	252.089	- 1.167	-	-	254.000	254.003
38	JMP Gesamt				20.390	28.669	-	-	28.669	-	-	-	20.390	28.669
	MWV - Anbaubau				380	618	-	-	618	-	-	-	380	618
39	- Bauleistungen				1.658	1.071	-	-	1.071	-	-	-	1.658	1.071
	- Sonstige				274.490	283.602	- 4.155	-	282.447	- 1.167	-	-	276.478	284.362
40	Finanzprodukte NP				-	-	-	-	-	-	-	-	74.3.043	74.3.045
	Handelskupon				-	-	-	-	-	-	-	-	75.708	75.702
	Zirkulativkosten				-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Verpackungskosten				-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Exportkosten gesamt				-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Export Erlöse gesamt				-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Exportergebnis				-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Exportrentabilität				-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

(67) Ag 106/920194-1/9750

Abbildung 20: Nachweis über die Planerfüllung der Warenproduktion 1988 lt. Formblatt 161-1

Nachweis über die Selbstkostenentwicklung
 Betriebszeitraum 1.1.1988 bis 31.12.1988

Ministerium der
 Deutschen Demokratischen Republik
 Staatliche Plankommission
 für den Wirtschaftsaufbau

Name des Betriebes:
 Zählnummer:
 Name des Kombimates:

Vorausgaben in 1000 Mark

Lfd. Nr. 161-1	Export zu IGV		Gesamtkosten je ME in 1000000 Mark		Grundmaterial % ME in M		Grundlohn % ME in ME		Einsparungen (Pkt. 161-1 Spalte 2) zu Gesamtkosten		Planmäßige Selbstkostenentwicklung gegenüber dem Vorjahr		Tatsächliche Selbstkostenentwicklung gegenüber dem Vorjahr		Absolute Änderungen über die tatsächliche Selbstkostenentwicklung					
	SN	NSW	Vorjahr	Plan	Plan	Ist	Plan	Ist	Vorjahr	Plan	Ist	Senkung	Steigerung	Senkung	Steigerung	31	32	33	34	
00	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34
1.	871	723			52,32	55,60	57,00	25,217	25,416	4,548	4,612	4,182	4,279	1,314	—	96	—	428	—	32
2.	—	—			92,40	93,38	103,60	53,320	53,570	20,90	2,337	924	934	1,035	—	40	—	444	—	107
3.	733	33			136,65	148,96	137,63	76,963	76,015	2,243	2,348	2,186	1,903	2,202	283	—	—	16	—	299
4.	0,569	183			163,53	137,31	142,55	104,862	104,520	2,564	2,363	5,603	5,234	5,417	312	—	186	—	166	
5.	3,236	237			183,95	194,00	187,67	135,576	135,525	2,942	2,835	7,109	7,441	7,692	208	—	17	—	—	
6.	154	1, 98			229,88	199,00	300,00	132,514	135,315	3,400	3,641	1,063	94	1,500	72	—	—	437	—	509
7.	1,577	—			276,88	226,77	304,33	194,773	193,315	4,372	4,568	2,372	2,023	2,739	349	—	—	367	—	74
8.	5,216	—			189,00	186,97	165,67	149,544	149,310	7,322	7,256	1,359	1,633	1,494	76	—	268	—	432	
9.	—	317			(2.300,33)	(934,42)	(629,03)	—	—	—	—	707	230	257	441	—	150	—	33	
10.	6,213	141			296,86	290,63	279,69	56,984	56,895	9,838	9,236	3,480	3,432	3,636	48	—	—	156	—	204
11.	17,375	—			249,57	391,28	305,56	114,963	113,589	42,056	41,884	5,555	7,043	5,500	—	1,488	55	—	1,543	
12.	—	—			206,41	209,54	194,78	59,567	59,535	9,389	9,342	4,632	3,742	3,506	260	—	526	—	266	
13.	2,970	—			103,22	90,31	67,19	28,300	26,950	34,30	33,40	393	716	537	77	—	256	—	179	
14.	10,544	309			—	—	—	—	—	—	—	35,366	36,308	36,823	2,552	4,594	1,768	1,715	2,203	
15.	656	—			30,13	25,29	26,23	8,538	8,542	8,38	8,56	1,203	1,012	1,049	191	—	494	—	—	
16.	6,637	4,074			605,36	708,37	667,57	452,971	452,455	42,523	42,498	57,442	60,070	58,716	—	2,628	—	1,304	—	
17.	59,874	442			981,63	961,17	1,027,03	550,502	550,780	20,687	20,759	39,386	42,166	41,081	—	2,980	—	1,395	—	
18.	5,304	974			1,384,14	1,247,24	1,106,00	730,710	730,285	25,370	25,294	7,763	6,236	6,636	1,533	—	—	1,133	—	
19.	12,871	5,730			849,74	1,000,00	1,000,00	—	—	—	—	17,506	20,600	20,600	—	3,094	—	3,094	—	
20.	167,445	6,339			1,132,74	881,29	832,63	—	—	—	—	123,704	120,084	121,712	1,724	8,702	1,287	6,293	2,409	
21.	—	—			941,11	806,71	704,39	—	—	—	—	160,412	166,392	164,935	3,976	10,296	3,045	7,508	4,672	
22.	2,555	31			854,28	735,42	687,88	—	—	—	—	10,780	8,387	7,826	2,393	—	2,854	—	161	
23.	—	—			1,086,55	1,190,34	1,130,16	—	—	—	—	4,376	3,768	3,524	608	—	1,694	—	643	
24.	—	—			920,80	811,91	805,19	—	—	—	—	3,123	3,313	3,310	—	190	—	187	—	
25.	8,883	253			1,285,10	1,532,23	1,226,65	—	—	—	—	3,970	3,527	3,472	443	—	498	—	55	
26.	11,438	284			855,18	1,149,92	1,259,31	—	—	—	—	9,36	1,162	893	—	246	43	206	1,328	
27.	627	—			1,020,55	1,209,79	1,244,21	—	—	—	—	35,416	35,061	32,068	4,495	4,440	5941	2,893	2,993	
28.	627	—			1,020,55	1,209,79	1,244,21	—	—	—	—	1,366	1,516	1,559	—	150	—	493	—	
29.	627	—			1,020,55	1,209,79	1,244,21	—	—	—	—	1,366	1,516	1,559	—	150	—	493	—	

Formblatt 161-2

Nachweis über die Selbstkostenentwicklung
Berichtszeitraum 1.1.1988 bis 31.12.1988
Werteangaben in 1000 Mark

Name des Betriebes: _____
Zahlnummer: _____
Name des Kombinate: _____

Lfd. Nr. des 181-1	Export zu VGH		Gesamtselbstkosten in ME in M mit zwei Dezimalen		Im Berichtszeitraum			Im Berichtszeitraum			Plangröße der Selbstkostenentwicklung gegenüber dem Vorjahr		Tatsächliche Selbstkostenentwicklung gegenüber dem Vorjahr		Absolute Abweichungen über- oder unterhalb Soll- und Kostensteigerung					
	SW	MSH	Vorjahr	im Berichtszeitraum	Plan	Ist	Plan	Ist	Senkung	Steigerung	Senkung	Steigerung	Senkung	Steigerung						
10	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34
27	-	-	-	-	2.170,60	1.352,56	1.235,55					6.570	1.094	3.710	2.476	2.830	-	-	354	-
28	369	-	-	-	1.448,14	1.168,81	1.217,53					9.201	9.104	8.352	849	-	-	-	752	-
29	-	-	-	-	1.502,41	1.021,39	1.115,85					15.771	13.498	12.092	2.573	3.679	-	-	1.106	-
30	-	-	-	-	1.742,97	1.386,88	1.359,22					246	168	265	78	-	-	-	19	97
31	-	-	-	-	702,60	755,65	661,41					8.734	6.950	6.781	1.784	1.933	-	-	169	-
32	195	8	-	-	755,24	405,78	729,24					2.500	2.689	2.363	-	137	-	-	326	5
33	-	-	-	-	810,13	-	-					448	225	404	193	44	-	-	-	179
34	-	-	-	-	853,26	660,34	659,23					3.253	2.577	2.573	736	740	-	-	4	-
35	195	8	-	-	1.000,00	1.000,00	1.000,00					1.274	1.274	1.878	-	-	-	-	604	604
36	-	-	-	-	703,57	727,47	639,24					16.179	13.655	13.939	2.713	183	2.844	604	493	783
37	-	-	-	-	920,92	874,07	909,82					1.445	1.494	1.343	-	49	132	-	137	-
38	180.044	6.776	-	-	938,17	945,30	941,25					1.445	1.494	1.343	-	49	132	-	137	-
39	28.944	1.666	-	-	4.025,41	1.804,77	1.824,24					11.244	10.672	11.108	572	136	-	-	436	-
40	-	-	-	-	950,50	728,59	839,40					244.839	242.556	237.279	14.407	15.124	15.777	11.217	2.401	4.124
	209.008	8.442	-	-	944,37	949,23	949,49	Differenz				29.340	29.071	29.368	269	-	-	28	-	297
	-	-	-	-	881,54	1.000,00	883,97	GSK d. Finanzgepl. MP				532	618	550	-	86	-	-	18	68
	-	-	-	-	950,50	728,59	839,40	Bestandsveränd. an FE				1.018	780	899	238	-	119	-	-	119
	-	-	-	-	944,37	949,23	949,49	GSK d. real.-finanzgepl. MP				272.779	273.025	268.056	41.914	45.210	45.896	41.263	563	3.504
	-	-	-	-	-	-	-	GSK d. real.-finanzgepl. MP				563	1.350	-	2.944	-	-	-	-	-
	-	-	-	-	-	-	-	GSK d. real.-finanzgepl. MP				272.166	269.521	268.096	41.955	45.210	45.896	41.826	563	3.504
	-	-	-	-	-	-	-	GSK d. real.-finanzgepl. MP				270.590	267.945	266.520	41.855	45.210	45.896	41.826	563	3.504
	-	-	-	-	-	-	-	GSK d. real.-finanzgepl. MP				244.250	238.374	237.152	47.586	45.210	45.896	41.798	949	7.747
	-	-	-	-	-	-	-	GSK d. Finanzgepl. MP (ohne Abb.)				242.826	240.450	238.728	47.586	45.210	45.896	41.798	949	7.747
	-	-	-	-	-	-	-	GSK d. Finanzgepl. MP (ohne Abb.)				242.826	240.450	238.728	47.586	45.210	45.896	41.798	949	7.747

Abbildung 21: Nachweis über die Selbstkostenentwicklung 1988 lt. Formblatt 161-2

Diese Übersichten stellen ein eindeutiges Beispiel für das Ausmaß der Informationsgewinnung durch das Rechnungswesen in Ausrichtung auf die Plankontrolle dar. In den Spalten 15 und 16 des Formblattes 161-2 wird eine sortimentsmäßige Aufgliederung des Exports in Valutagegenwerten (VGW) mit weiterer Unterteilung nach dem sozialistischen (SW) und nicht-sozialistischen (NSW) Wirtschaftsgebiet dargestellt. Auf der Grundlage dieser Devisenerlöse (Valutamark nach Ansatz der Devisenerlöse zu den von der Staatsbank veröffentlichten Umrechnungssätzen) ergibt sich die Überleitung zu den auf Formblatt 161-1 nach Zeile 40 aufgeführten „Exportenerlöse Gesamt“ wie folgt:

Tabelle 15: Ermittlung Exporterlöse nach Formblatt 161-1

	für Wirtschaftsgebiet	
	SW	NSW
	<u>Mio M</u>	<u>Mio M</u>
VGW (Valutagegenwert)	209.008	8.442
zuzüglich 340%		
Richtungskoeffizient (RiKo)	---	+ 28.701
Exportenerlös	<u>209.008</u>	<u>37.143</u>

Wegen der fehlenden ökonomischen Qualität von Bilanz und Ergebnisrechnung fehlt diesen Instrumenten eine derartige Aussagekraft. Dies wird durch die nachfolgenden beispielhaft abgeleiteten empirischen Auswertungen bestätigt.

8.1 Verrechnete Anlagenabschreibungen und Abschreibungsquote

Zur Beurteilung der Höhe der angesetzten Anlagenabschreibungen (Sachanlagen) wird der durchschnittliche Anlagenbestand der Abrechnungsperiode als arithmetischer Mittelwert aus dem Anfangs- und Endbestand des Bruttowertes der Grundmittel (Sachanlagen) ermittelt und in Beziehung zu den in der Periode verrechneten Anlagenabschreibungen gesetzt. Da die Bruttowerte der Abschreibungsbasis entsprechen, wird nach vorstehendem Verfahren ein durchschnittlicher Abschreibungssatz für nachstehende Betriebe abgeleitet.

Tabelle 16: Abschreibungsquote bei Volkseigenen Betrieben

	Eichs- felder Sperrholz	Plastma- schinen- werk Schwerin	Uhren- werke Ruhla	Bau- Montage Kombinat Ost Frank- furt/O
	1987 TM	1988 TM	1988 TM	1989 TM
Bruttowert Grundmit- tel (Sachanlagen)				
01.01.	89.005	514.282	910.142	664.834
31.12.	<u>91.319</u>	<u>521.666</u>	<u>968.795</u>	<u>688.631</u>
	<u>180.324</u>	<u>1.035.948</u>	<u>1.878.937</u>	<u>1.353.465</u>
Mittelwert	<u>90.162</u>	<u>517.974</u>	<u>939.468</u>	<u>676.732</u>
Jahresabschreibungen	3.382	18.367	30.676	24.347
in Relation zum Mit- telwert (=durchschnittliche Abschreibungsquote)	<u>3,7%</u>	<u>3,5%</u>	<u>3,3%</u>	<u>3,6%</u>

Die ermittelten durchschnittlichen jährlichen Abschreibungssätze liegen um einen Mittelwert von 3,5%.

Im Vergleich zu westdeutschen Unternehmen entspricht dieser Abschreibungssatz in etwa den für betriebliche Gebäude geltenden Abschreibungen, die wegen der vergleichbar langen Nutzungsdauer die niedrigsten Abschreibungssätze darstellen.

Diese Relation wird durch die folgende Gegenüberstellung von konkreten Abschreibungssätzen bestätigt:

Tabelle 17: Vergleich Abschreibungssätze DDR-BRD

	Lineare Abschreibungssätze p.a.	
	in DDR ⁸⁶⁷	in BRD ⁸⁶⁸
Brückenkran	4,2%	7%
Brikettpressen (Braunkohle)	2 - 2,5%	7%
Spritzmaschinen	12,5%	17%
Schaufelradbagger	4%	7%
Erdkabel	2 - 3%	10 - 12%
Ständerbohrmaschine	4,2%	10%
Lufthammer	5%	12%
Schweißtransformator	10%	16%
Asphaltfahrbahnen	2,5 - 3,3%	12%

Die empirischen Daten bestätigen die Aussagen über unangemessen niedrige Abschreibungssätze in der güterwirtschaftlich gelenkten sozialistischen Zentralplanwirtschaft der DDR. Als Folge werden - unabhängig von dem ökonomischen Gehalt der Wertgrundlagen - zu niedrige Kosten für die Anlagennutzung verrechnet und überhöhte Grundmittelbestände ausgewiesen. Insoweit werden in der Ergebnisrechnung Scheingewinne ermittelt, da der eingetretene Substanzverzehr nicht in realistischer Höhe angesetzt wird.

Abwertungen für den Fall einer wirtschaftlichen Entwertung („moralischer Verschleiß“) blieben unberücksichtigt. Deren Ansatz hätte einen Widerspruch zu dem „Gesetz der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft“ und den absoluten Planvorgaben als Gesetz bedeutet. Eine Erfassung erfolgt erst bei Realisierung als „Aussonderung“ in Form von Sonderabschreibung.

⁸⁶⁷ Vgl. Anordnung Nr. 3 über die Abschreibung der Grundmittel vom 04.02.1987 in: GBl. Sonderdruck 1124/2 vom 04.05.1987

⁸⁶⁸ Vgl. Die amtlichen AfA-Tabellen des Bundesministers der Finanzen, Mönchengladbach 1998

8.2 Beurteilung der bilanzierten Grundmittelwerte

Für eine Beurteilung der bilanziellen Grundmittel (Sachanlagen) im Vergleich zu westdeutschen Unternehmen wird von dem am Jahresende ausgewiesenen Nettowerten in Relation zur Bilanzsumme (vor statistischer Anfügung der Ergebnisentstehung bzw. -verwendung) ausgegangen. Es ergibt sich folgendes Bild:

Tabelle 18: Anteil Nettowert der Grundmittel (Sachanlagen) an der Bilanzsumme von Volkseigenen Betrieben

	Eichsfelder Sperrholz	Plastma- schinenwerk Schwerin	Uhrenwerke Ruhla	Bau-Montage Kombinat Ost Frankfurt/O
	1987 TM	1988 TM	1988 TM	1989 TM
Nettowert der Grund- mittel (Sachanlagen)	45.091	298.410	560.394	331.273
Bilanzsumme	85.897	524.355	1.131.281	1.371.872
Anteil Nettowert der Grundmittel (Sachanlagen)	<u>52,5%</u>	<u>56,9%</u>	<u>49,5%</u>	<u>24,1%</u>

Vergleichsweise beträgt diese Relation für die Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes in der Bundesrepublik:⁸⁶⁹

	1987	1988	1989
Anteil Sachanlagen (wertberichtigt) an Bilanzsumme	26,9%	26,6%	26,5%

Der niedrigere Satz beim Bau-Montage-Kombinat dürfte durch die Branche und einen geringeren Substanzeinsatz bei Montageleistungen be-

⁸⁶⁹ Vgl. Deutsche Bundesbank: Jahresabschlüsse westdeutscher Unternehmen 1971-1991, Frankfurt/a.M. 1993, S. 27.

einflußt sein. Die Mehrzahl der Fälle bestätigt einen überhöhten Ansatz der Grundmittelbestände aufgrund unangemessen niedriger Abschreibungen.

Ein ökonomischer Inhalt der ausgewiesenen Grundmittelwerte würde im Vergleich zu westdeutschen Unternehmen einen höherwertigen, modernen und effizienten Kapitalstock mit entsprechender Effizienz der Volkseigenen Betriebe bedeuten – ein eklatanter Widerspruch zur Realität.

Dies wird auch durch nachstehende Entwicklung der Altersstruktur der Ausrüstungen (Maschinen) der Industrie⁸⁷⁰ bestätigt:

Tabelle 19: Entwicklung Altersstruktur der Ausrüstungen 1977/1989

Alter	Prozentualer Anteil	
	<u>1977</u>	<u>1989</u>
0 – 5 Jahre	32	27
6 – 10 Jahre	27	23
11 – 20 Jahre	20	29
Über 20 Jahre	21	21
	<u>100</u>	<u>100</u>

8.3 Bilanzmäßige Eigenmittelausstattung und Fondskapitalrendite der Volkseigenen Betriebe und Kombinate der DDR

Nach der DDR-Terminologie repräsentiert der ausgewiesene Grundmittelfonds und Umlaufmittelfonds von der Gesellschaft, d.h. dem Staat, überlassene Mittel, die vergleichbar zum Eigenkapital westdeutscher Unternehmen als „Eigenmittel“ eingestuft werden können. Für eine Beurteilung wird deren Anteil an der jeweiligen Bilanzsumme ermittelt. Dabei wird vom Stand am Jahresende ausgegangen und für den Teil einer fiktiven Deckung lediglich der Ausgleichsposten „Abrechnung der Kredite“ abgesetzt. (Dabei handelt es sich um zugesagte aber noch nicht ausgezahlte Kredite).

⁸⁷⁰ Quelle: Günter Kusch et al. „Schlußbilanz – DDR“, Berlin 1991, S. 57

Tabelle 20: Anteil der Eigenmittel (=Fonds) an der Bilanzsumme von Volkseigenen Betrieben

	Eichsfelder Sperrholz	Plastma- schinenwerk Schwerin	Uhrenwerke Ruhla	Bau-Montage Kombinat Ost Frankfurt/O
	1987 TM	1988 TM	1988 TM	1989 TM
ausgewiesene Fonds:				
Grundmittel	45.165	298.637	561.345	332.063
Umlaufmittel	6.209	33.358	98.049	272.636
abzgl. Abrechnung der Kredite	<u>-3.937</u>	<u>-34.637</u>	<u>-98.459</u>	<u>-41.898</u>
Eigenmittel	<u>47.437</u>	<u>297.358</u>	<u>560.935</u>	<u>562.801</u>
Bilanzsumme	85.897	524.355	1.131.281	1.371.872
Anteil an Bilanzsumme	<u>55,2%</u>	<u>56,7%</u>	<u>49,6%</u>	<u>41,0%</u>

Bei westdeutschen Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes beträgt die vergleichbare Eigenkapitalquote in Relation zur Bilanzsumme⁸⁷¹:

	1987	1988	1989
Eigenkapitalquote in Relation zur Bilanzsumme	23,8%	23,6%	22,8%

Im Vergleich zu westdeutschen Unternehmen liegt die Eigenkapitalausstattung der DDR-Betriebe etwa in doppelter Höhe. Die ersparten Zinsen für die vermiedene Fremdmittelfinanzierung erhöhen entsprechend die Eigenmittelrendite. Unter finanziellen Aspekten entfallen Tilgungsverpflichtungen.

Auf Basis der Grundmittel- und Umlaufmittelfonds ergibt sich bei den DDR-Betrieben nachstehende Fondskapitalrendite:

⁸⁷¹ Ebd., S. 27.

Tabelle 21: Fondskapitalrendite bei Volkseigenen Betrieben

	Eichsfelder Sperrholz	Plastma- schinenwerk Schwerin	Uhrenwerke Ruhla	Bau-Montage Kombinat Ost Frankfurt/O
	1987	1988	1988	1989
	TM	TM	TM	TM
Nettogewinn	15.390	52.995	66.293	65.410
Fondskapital	47.437	297.358	560.935	562.801
Fondskapitalrendite	<u>32,4 %</u>	<u>17,8 %</u>	<u>11,8 %</u>	<u>11,6 %</u>

Die vergleichsweise Eigenmittelrendite beträgt bei den westdeutschen Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes:⁸⁷²

	1987	1988	1989
Eigenmittelrendite	15,2 %	17,2 %	16,9 %

Die in den Bilanzen der DDR-Betriebe als Rendite des Eigenkapitals dargestellte Ertragslage entspricht dem Niveau der westdeutschen Unternehmen. Da die Bemessungsgrundlage (Eigenmittel) nach vorhergehenden Ermittlungen jedoch doppelt so hoch wie bei westdeutschen Unternehmen liegt, erhöht sich auf dieser Basis die Rendite der DDR-Betriebe entsprechend. Dies steht im Widerspruch zu dem durch den Niedergang der DDR-Wirtschaft dokumentierten Zustand der Volkseigenen Betriebe. Ein Grund für die wirtschaftlich ungerechtfertigte überhöhte Ergebnisdarstellung liegt - unabhängig von den gegebenen Wertkategorien - in den zu niedrig verrechneten Anlagenabschreibungen und in dem Nichtansatz von Rückstellungen.

8.4 Die Umsatzrendite der Volkseigenen Betriebe der DDR nach deren Ergebnisrechnung

Aus der Gegenüberstellung von Nettogewinn und Umsatzerlösen der Periode läßt sich eine Umsatzrendite mit folgendem Ergebnis ableiten:

⁸⁷² abgeleitet aus Deutsche Bundesbank: Jahresabschlüsse westdeutscher Unternehmen 1971-1991, S. 25.

Tabelle 22: Umsatzrendite bei Volkseigenen Betriebe

	Eichsfelder Sperrholz	Plastma- schinenwerk Schwerin	Uhrenwerke Ruhla	Bau-Montage Kombinat Ost Frankfurt/O
	1987	1988	1988	1989
	TM	TM	TM	TM
Nettogewinn	15.390	52.995	66.293	65.410
Umsatzerlöse	87.390	284.437	728.257	1.102.418
Umsatzrendite	17,6%	18,6%	9,1%	5,9%

Für westdeutsche Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes beträgt die Umsatzrendite (Jahresüberschuß zu Umsatzerlösen)⁸⁷³

	1987	1988	1989
Umsatzrendite	2,3%	2,6%	2,4%

Die nach den DDR Bilanzen ermittelte Umsatzrendite der Volkseigenen Betriebe liegt wesentlich über der vergleichbaren Größe bei westdeutschen Unternehmen, diese Ertragsfähigkeit steht in eklatantem Widerspruch zu den realen Verhältnissen.

8.5 Zins- und Abgabenbelastung

Einen Beurteilungsmaßstab für das rein operative Betriebsergebnis stellt der Gewinn vor Steuern und Zinsen dar. Für nachfolgende Volkseigene Betriebe ergeben sich folgende Relationen zwischen der Zins- und Abgabenbelastung und eben diesem Gewinn vor Steuern und Zinsen:

⁸⁷³ Vgl. Deutsche Bundesbank: Jahresabschlüsse westdeutscher Unternehmen 1971-1991, S. 27.

Tabelle 23: Betriebsergebnis - Gewinn vor Steuern und Zinsen

	1987 Eichsfelder Sperrholz TM	1988 Plastmaschi- nenwerk Schwerin TM	1988 Uhrenwerke Ruhla TM	1989 Bau-Montage Kombinat Ost Frankfurt/O. TM
Gewinn vor Steuern, Zinsen	<u>25.575</u>	<u>104.294</u>	<u>189.654</u>	<u>227.503</u>
Zinsaufwand	1.034	5.896	11.140	3.621
Beitrag für gesellschaftliche Fonds	4.580	23.175	63.826	117.043
Produktionsfondsabgabe	<u>4.571</u>	<u>22.228</u>	<u>48.395</u>	<u>41.429</u>
	<u>∕.10.185</u>	<u>∕.51.299</u>	<u>∕.123.361</u>	<u>∕.162.093</u>
 Nettogewinn	 <u>15.390</u>	 <u>52.995</u>	 <u>66.293</u>	 <u>65.410</u>
 Zins- und Abgabenbelastung in Relation zu Gewinn vor Zinsen und Steuern	 40 %	 49 %	 65 %	 71 %

Der Beitrag für gesellschaftliche Fonds beträgt 70% der Lohnsumme. Die Produktionsfondsabgabe wird auf Basis des Grundmittel- und Umlaufmittelfonds (ohne Abzug von eingesetzten Fremdmitteln) erhoben. Da die Grundmittel und Umlaufmittel betriebliche Einsatzfaktoren darstellen, besitzen die damit verbundenen Abgaben Kostencharakter und wurden daher vorstehend im Gegensatz zu der sozialistischen Praxis in die Ergebnisermittlung einbezogen. Die Produktionsfondsabgabe wurde von dem VEB Plastmaschinenwerk Schwerin für 1988 wie folgt ermittelt:

Tabelle 24: Ermittlung Produktionsfondsabgabe

	Bemessungs- grundlage	
	<u>1.000 M</u>	<u>1.000 M</u>
Durchschnittsbestand Grundmittel	220.266	
Noch nicht abgeschlossene Investitionen	8.039	
Bodennutzungsgebühr	<u>4.330</u>	
7% von	<u>232.635</u>	= 16.284
6% von normativem Umlaufmittelbestand	<u>89.315</u>	= 5.359
6% auf Mehrbestände lt. besonderer Anlage		
Mehrbestände	9.213	
./. Minderbestände	<u>./. 584</u>	
6% von Saldo	8.629	= 516
für Unterschreitung der zeitlichen Auslastung		
6% vom Nettowert		53
für verspätet in Betrieb genommene Grundmittel		<u>16</u>
in Übereinstimmung mit Erfolgsrechnung 1988		<u><u>22.228</u></u>

Diese Abgaben lassen sich mit der früher in der Bundesrepublik erhobenen Lohnsummensteuer bzw. Gewerkekaptalsteuer vergleichen.

Aus den vorstehenden Beispielfällen läßt sich ableiten, daß die DDR-Betriebe eine beträchtliche Abgabenlast tragen mußten. Die nach den Jahresabschlüssen gegebenen sehr positiven Renditeziffern können daher nicht auf eine gegenüber westdeutschen Unternehmen geringere Abgabenlast zurückgeführt werden.

In Relation zum Gewinn vor Steuern (Abgaben) und Zinsen gliedern sich die Belastungen wie folgt nach ihren Bestandteilen:

Tabelle 25: Zins- und Steuerbelastung in VEB

	1987 Eichsfelder Sperrholz	1988 Plastmaschinen- werk Schwerin	1988 Uhrenwer- ke Ruhla	1989 Bau-Montage Kombinat Ost Frankfurt/O.
Zinsen	4 %	6 %	6 %	2 %
Steuern	<u>36 %</u>	<u>43 %</u>	<u>59 %</u>	<u>69 %</u>
Gesamt	<u>40 %</u>	<u>49 %</u>	<u>65 %</u>	<u>71 %</u>

Für das Verarbeitende Gewerbe in der Bundesrepublik stellen sich die entsprechenden Relationen für die Jahre 1986-1989 wie folgt dar⁸⁷⁴:

Tabelle 26: Zins- und Steuerbelastung in westdeutschen Betrieben

	in Mrd. DM							
	1986		1987		1988		1989	
		%		%		%		%
Gewinn vor Zin- sen und Steuern	130,66	100	132,09	100	144,12	100	157,67	100
Zinsen	21,34	16	20,09	15	19,78	14	24,64	16
Steuern	<u>68,40</u>	<u>53</u>	<u>73,17</u>	<u>56</u>	<u>78,43</u>	<u>54</u>	<u>86,18</u>	<u>54</u>
	<u>199,06</u>	<u>153</u>	<u>205,26</u>	<u>156</u>	<u>222,55</u>	<u>156</u>	<u>243,85</u>	<u>155</u>
Jahres- über- schuß	40,92	31	38,83	29	45,91	32	46,85	30

8.6 Beurteilung der abgeleiteten Rendite-Kennziffern

⁸⁷⁴ ermittelt laut Deutsche Bundesbank, Jahresabschlüsse westdeutscher Unternehmen 1971-1989, Frankfurt a.M. 1993.

Nach den aus den DDR-Bilanzen abgeleiteten Rendite-Kennziffern wirtschaften die Volkseigenen Betriebe trotz der systemimmanenten Defizite und der Mangelwirtschaft wesentlich rentabler als westdeutsche Unternehmen mit der Folge von vergleichsweise hohen auf der Ertragsfähigkeit basierenden Unternehmenswerten. Dies liegt außerhalb der bekannten Realität und führt auch zu einer Selbsttäuschung. Die in die Bilanzen und Ergebnisrechnungen einfließenden Wertgrößen basieren auf staatlich festgesetzten Preisen ohne ökonomische Qualität. Als weitere Ursache ist neben der dargestellten unzureichenden Erfassung der „Kosten“ der Anlagennutzung in Form der Abschreibungen das systemimmanente Fehlen der Kapitalkosten zu nennen. Aufgrund des gesetzlichen Verbots eines Ansatzes von Rückstellungen werden die hiermit korrespondierenden Kosten ebenfalls nicht erfaßt. Hinzu kommt der fehlende Ansatz der betrieblichen Produktionsfondsabgabe als Kosten.

9. Empirische Überprüfung der Mises-These: Die Schlußbilanzen in Mark der DDR zum 30.6.1990 und DM-Eröffnungsbilanzen zum 1.7.1990

9.1 Die Notwendigkeit des D-Markbilanzgesetzes

Die unter den Bedingungen der sozialistischen Zentralplanwirtschaft der DDR aufgestellten Bilanzen der Volkseigenen Betriebe und Kombinate konnten wegen der systemimmanenten Mängel keine mit marktwirtschaftlichen Maßstäben vergleichbaren Wertverhältnisse abbilden. Das erforderte eine völlige Neuausrichtung der Rechnungslegung, deren Grundlagen in dem D-Mark-Bilanzgesetz von 1990 festgelegt wurden.

Das „einheitliche System“ von „Rechnungsführung und Statistik in der volkseigenen Industrie“⁸⁷⁵ stellt das grundlegende Instrument der Wirtschaftsrechnung in der DDR dar. Dessen Aufgaben für die Planung und Plankontrolle werden u.a. wie folgt definiert: die Schaffung von „Aussagefähige Unterlagen als Ausgangsmaterial für die langfristige Planung, Fünfjahrplanung und Jahresplanung, Unterlagen zur Vorbereitung und Begründung von Leitungsentscheidungen zur Planvorbereitung, Planausarbeitung und Planaufschlüsselung, Unterlagen zur Ausarbeitung von Normen [...]“⁸⁷⁶

Durch das „einheitliche System“ kommt die einmalige und gleichartige Erfassung der Primärdaten für sämtliche Bereiche von „Rechnungsführung

⁸⁷⁵ Vgl. GBl. Sonderdruck Nr. 800/1 vom 10.9.1985.

⁸⁷⁶ Forbrig, Gotthard u. a.: Rechnungsführung und Statistik in der Industrie, Berlin 1978, S. 19

und Statistik“ (z.B. Finanzrechnung mit Bilanz und Erfolgsrechnung, Kostenrechnung, Nutzenrechnung, Investitionsrechnung) zur Anwendung.

Wie in marktwirtschaftlichen Unternehmen werden die Größen „Kosten“ und „Erlöse“ erfaßt und für die Betriebe eigenständige Jahresabschlüsse mit Bilanz und Ergebnisrechnung sowie Ermittlung von „Gewinn“ und „Verlust“ erstellt. Der „Gewinn“ spiegelt „den Erfolg der wirtschaftlichen Tätigkeit sozialistischer Produzenten“⁸⁷⁷ wider. Der „Gewinn“ ist „ein objektiver Maßstab des Nutzeffekts der gesellschaftlichen Arbeit und ein wichtiges Kriterium für die Beurteilung der ökonomischen Leistung der Betriebe [...] Der Gewinn und seine Entwicklung sind Bestandteil des staatlichen Planes.“⁸⁷⁸

Danach stellt der „Gewinn“ auch in der sozialistischen Wirtschaftsrechnung eine entscheidende Größe dar. Die Bestandteile des „Gewinns“ (Erlöse, „Kosten“ usw.) unterliegen den Rahmenbedingungen der güterwirtschaftlich gelenkten sozialistischen Zentralplanwirtschaft (Festlegungen durch zentrale Planungsinstanzen), so daß der daraus abgeleitete „Gewinn“ im Vergleich zum Gewinn von marktwirtschaftlichen Unternehmen einen vollkommen anderen ökonomischen Inhalt besitzt.⁸⁷⁹

Wie im marktwirtschaftlichen System galten die Grundsätze⁸⁸⁰ der Bilanzwahrheit, der Bilanzklarheit, der Bilanzkontinuität, die Einzelbewertung und grundsätzlich das Anschaffungskostenprinzip. Beim Ansatz der Fremdmittel ergab sich jedoch durch das Rückstellungsverbot eine wesentliche Abweichung.

Die Bilanzierung stand unter der Zielsetzung einer „richtigen“ Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. Das bilanzielle Ergebnis (Gewinn/Verlust) wirkte als Zielvorgabe in den Plänen und in der Plankontrolle einschließlich Beurteilung und Wertung der realisierten Ergebnisse. Über den Faktor Fondsrentabilität wurde sogar versucht, ein dem erwerbswirtschaftlichen Prinzip (Relation Gewinn zu eingesetztem Kapital) vergleichbaren Tatbestand als Zielgröße einzuführen. Dies scheitert jedoch daran, daß wegen der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und der über den Plan installierten Kommandowirtschaft für die handelnden Personen weder Chancen noch Risiken gegeben waren und damit die entsprechende Motivation fehlte.

Die größten Probleme ergaben sich daraus, daß die bisherigen Anschaffungs- und Herstellungskosten nicht fortgeführt werden konnten. Die „Prei-

⁸⁷⁷ Wörterbuch der Ökonomie Sozialismus, Berlin 1975, S. 180.

⁸⁷⁸ Ebd., S. 180.

⁸⁷⁹ Vgl. Schneider, Jürgen: „Marxistisch-leninistische Wirtschaftswissenschaften“ nach sowjetischem Modell, S. 255 ff.

⁸⁸⁰ Borchert, Hans: Lexikon der Wirtschaft Industrie, Berlin 1970, S. 180.

se“ für Güter, Waren und Dienstleistungen wurden von staatlichen Stellen unter Ausrichtung auf die politisch motivierten Ziele der zentralistischen Planung und nicht über freie Märkte als ökonomische Wertgrößen festgesetzt. Sämtliche fortgeschriebenen und die für neue Produkte hieraus abgeleiteten Preise basieren auf den aus der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft übernommenen Stoppreisen. Die Mark der DDR als Wertmaßstab für die Güter und Dienstleistungen konnte als reine Binnenwährung und bei fehlenden Märkten keine Entscheidungsgrundlage zur ökonomischen Lösung der Knappheit darstellen. Eine zusätzliche Absicherung über das Niederstwertprinzip konnte es nicht geben. Das Anlagevermögen wurde mehrmals nach dem Vorbild einer Wiederbeschaffungsbewertung mit staatlich vorgegebenen Indizes bei gleichzeitiger Verlängerung der Nutzungs- und Abschreibungsdauer aufgewertet und führte auf der Aktivseite der Bilanz zu einer manipulierten Überbewertung. Auf der Passivseite muß dagegen von einer Unterbewertung ausgegangen werden, da Rückstellungen nur in beschränkten Ausnahmefällen zulässig und die sogenannten Drohverlustrückstellungen oder Rückstellungen für Altlastensanierung u. a. nicht bekannt waren. Für die Bilanzansätze und für den Betrieb als Ganzes gab es keine Kontrollen über den Markt.

Die vorstehenden Auswertungen haben die fehlende Ökonomische Qualität der Bilanzen der Volkseigenen Betriebe bestätigt. Die Einführung der Deutschen Mark in der DDR zum 1. Juli 1990 machte es notwendig, das Rechnungswesen der Volkseigenen Betriebe mit Sitz in der früheren DDR völlig neu zu ordnen und deren Vermögen neu zu bewerten. Die im Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion⁸⁸¹ vereinbarten Umrechnungskurse waren nur auf Forderungen und Verbindlichkeiten anzuwenden.⁸⁸² Die bloße Umrechnung der in Mark der DDR ausgedrückten anderen Vermögenswerte und Schulden war wegen der sich grundsätzlich ändernden Preis- und Lohnverhältnisse nicht möglich; sie würde zu einer unrichtigen Darstellung der Vermögens- und Finanzlage führen.

Im Fall der DDR kam noch hinzu, daß sie sich von den in westlichen Industrieländern üblichen Bilanzierungsgrundsätzen völlig gelöst hatte. Karlheinz Küting und Claus-Peter Weber bemerken in diesem Zusammenhang: „Die Wertansätze der Vermögensgegenstände und Schulden in den bisherigen Jahresabschlüssen von DDR-Unternehmen sind deshalb mit denen in den Jahresabschlüssen von Unternehmen mit Sitz in westlichen Industrieländern nicht vergleichbar und nach Verwirklichung der Währungs-

⁸⁸¹ Vertrag über die Schaffung einer Währungs- Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik - Staatsvertrag vom 18. Mai 1990, in: BGBl. II S. 537 f.

⁸⁸² Ebd., Artikel 10, Abs. 5.

union wegen der im Grundsatz wesentlichen Überbewertung der Vermögensgegenstände (Aktivseite) und der generellen Unterbewertung der Schulden (Passivseite) auch nicht mehr verwendbar.⁸⁸³

Die Rechnungslegung von Unternehmen der güterwirtschaftlich gelenkten sozialistischen Zentralplanwirtschaft war nach der dargelegter Zielsetzung und inhaltlichen Ausgestaltung auf der Grundlage der bisherigen Bilanzierung nicht in eine marktwirtschaftliche Bilanzierung überzuleiten. Es bestand ein Zwang zu einem totalen Neubeginn.

9.2 Vergleich mit den Goldmarkbilanzen von 1924 und den DM-Eröffnungsbilanzen von 1948

Es stellt sich die Frage, ob Erfahrungen aus vergleichbaren Währungsumstellungen der Vergangenheit

- nach Beendigung der Inflation durch Einführung der Goldmarkbilanz (Verordnung über Goldbilanzen vom 28. Dezember 1923, RGBl. I, S. 1253)
- durch die Währungsreform und Einführung der Deutschen Mark am 21. Juni 1948 (Gesetz über die Eröffnungsbilanz in Deutscher Mark und die Kapitalneufestsetzung (DM-Bilanzgesetz)) vom 21. August 1949 (WiGBl. S. 279)

auf die deutsche Wiedervereinigung übertragen werden können.

Vor Erlaß der Goldmarkbilanz-Verordnung hatte die Geldentwertung durch die Hyperinflation astronomische Ausmaße erreicht. Der Dollarkurs stellte sich im November 1923 auf 4,2 Billionen Mark.⁸⁸⁴ Ein Wertmaßstab des Geldes war nicht mehr vorhanden. Auch jeglicher Unternehmensrechnung war die Basis entzogen. Die Darstellungen von Vermögen, Aufwand und Ertrag besaßen keinen realen Inhalt. Es wurden Scheingewinne ausgewiesen, deren Ausschüttung und Besteuerung einen Substanzverzehr der Unternehmen bewirkte.

Parallel zur Mark hatte sich eine fiktive Goldmark-Währung entwickelt, wobei der Wertmaßstab einer Goldmark dem Dollarwert von 1/2790 kg Feingold entsprach.⁸⁸⁵ Die Bezeichnung Goldmark bildete das Gegenstück

⁸⁸³ Küting, Karlheinz/ Weber, Claus-Peter: Der Übergang auf die DM-Bilanzierung. Eine praktische Hilfe zur Umstellung der DDR-Bilanzen, Stuttgart 1990, S. 5.

⁸⁸⁴ Vgl. Tresnak, Paul: Zeitgemäße Rückschau auf die Goldbilanzverordnung von 1923, in: Der Wirtschaftsprüfer 1949, S. 6-9 (7).

⁸⁸⁵ Opel, Kim Holger: Die Goldmarkeröffnungsbilanz 1924 der Franz Haniel & Cie. GmbH im Lichte zeitgenössischer Bilanztheorien, unv. Diplomarbeit, Köln 2005, S. 43.

zu der im Umlauf befindlichen „Papiermark“. Bei der Goldmark handelte es sich nicht um eine umlaufende Geldeinheit, sondern um eine Wertgröße als buchhalterische Recheneinheit.⁸⁸⁶

Nach der Verordnung über die Goldmarkbilanzen vom 28. Dezember 1923⁸⁸⁷ mußten buchführende Kaufleute ab dem 1. Januar 1924 ihre Bilanzen in Goldmark aufstellen. Als Goldmark gilt der Gegenwert von 10/42 des amerikanischen Dollars (§ 1 Abs. 2 der Verordnung).

Besondere Geldumtauschaktionen waren nicht erforderlich, da eine gewisse Zeit nach der Währungsumstellung ein Nebeneinanderlaufen der Papiermark und der Rentenmarkscheine gegeben war, dabei galt ein Papiermarkschein über eine Billion Mark gleich einem Schein von einer Rentenmark.⁸⁸⁸ Im Jahre 1924 war die deutsche Wirtschaft durch Besetzung des Ruhrgebiets (1923)⁸⁸⁹ geschwächt, „[...] aber alles in allem genommen war sie intakt; es waren auch ausreichende Warenvorräte vorhanden“.⁸⁹⁰

Für die Aufstellung auf Goldmark lautender Bilanzen ab 1924 mußten daher keine spezifischen Vorschriften über eine Neubewertung von Vermögensposten u. ä. erlassen werden. In § 3 der Verordnung wird bestimmt, daß für die Aufstellung der Bilanzen „[...] die allgemein nach dem Gesetz oder der Satzung geltenden Vorschriften Anwendung“ finden. Da bei vielen Unternehmen die Befürchtung über die Einführung einer Vermögensabgabe bestand, wurden die Möglichkeiten für eine Unterbewertung und Legung von stillen Reserven genutzt.

Diese Gegebenheiten lassen sich nicht auf die deutsche Wiedervereinigung 1990 übertragen.

⁸⁸⁶ Vgl. ebd., S. 43.

⁸⁸⁷ RGBI I, S. 1253, Reichsanzeiger vom 29. Dezember 1923.

⁸⁸⁸ Vgl. Opel, Kim Holger: Die Goldmarkeröffnungsbilanz 1924 der Franz Haniel & Cie. GmbH im Lichte zeitgenössischer Bilanztheorien, S. 14.

⁸⁸⁹ Die Weimarer Republik war durch den Versailler Vertrag von 1919 verpflichtet, Reparationen an die Siegermächte des Ersten Weltkriegs zu leisten. Zwischen dem 11. und dem 16. Januar 1923 besetzten französische und belgische Truppen in einer Stärke von anfangs 60.000, später 100.000 Mann das gesamte Ruhrgebiet, um die dortige Kohle- und Koksproduktion als „produktives Pfand“ zur Erfüllung der deutschen Reparationsverpflichtungen zu sichern. Während des „passiven Widerstandes“ wurden die Löhne von etwa zwei Millionen Arbeitern des Ruhrgebiets vom Staat übernommen, zu diesem Zweck wurde mehr Geld gedruckt. Dieses Vorgehen konnte nicht längere Zeit durchgehalten werden, da sich die Wirtschaftskrise verstärkte und Inflation und Produktions- und Steuerausfälle den reichsdeutschen Haushalt belasteten. Vgl. dazu auch Krüger, Gerd: „Aktiver“ und passiver Widerstand im Ruhrkampf 1923, in: Besatzung. Funktion und Gestalt militärischer Fremdherrschaft von der Antike bis zum 20. Jahrhundert, hrsg. von Günther Kronenbitter, Markus Pöhlmann und Dierk Walter, Paderborn, München, Wien, Zürich 2006 (Krieg in der Geschichte, 28) S. 119–130.

⁸⁹⁰ Tresnak, Paul: Zeitgemäße Rückschau auf die Goldbilanzverordnung von 1923, S. 9.

Auch bei der Währungsreform und Einführung der Deutschen Mark am 21. Juni 1948 waren andere Verhältnisse gegeben. Die wesentlichen Unterschiede für die Unternehmensrechnung stellten die Umstellung der Währungs- und Schuldverhältnisse in Ausrichtung auf die wieder eingeführte Marktwirtschaft, die Aufhebung der „bürokratischen Zwangswirtschaft“, der zu erwartende Wiederanschluß an den Weltmarkt und die notwendige Bereinigung der Kriegs- und Kriegsfolgeschäden dar.⁸⁹¹ Für die Unternehmensrechnung begann mit der Aufstellung der DM-Eröffnungsbilanz ein totaler Neubeginn.

Da sich die Preise auf den Märkten erst herausbilden mußten, wurden verlängerte Fristen eingeräumt mit der Möglichkeit einer Rückbeziehung der Wertansätze (z.B. keine rückwirkende Bilanzberichtigung einschließlich Feststellungsbeschlüsse). Grundsätzlich waren Neubewertungen auf den Umstellungsstichtag durchzuführen, wobei für die Grundstücke Vereinfachungen durch Ansatz der steuerlichen Einheitswerte eingeräumt wurden.

Auch diese Erfahrungen ließen sich wegen der nicht vergleichbaren Ausgangslage nicht auf die Eröffnungsbilanzen der DDR-Wirtschaft übertragen. Bei der westdeutschen Währungsreform existierten Unternehmen in Privateigentum. Trotz der aus der NS-Zeit fortgeführten Lenkungsmaßnahmen waren die Unternehmen in Märkte eingebunden und keine untergeordneten strikten Befehlsempfänger. Aus diesen Gründen war ein „Gespür“ für eine Marktwirtschaft und unternehmerisches Handeln mit *eigenen* Chancen und Risiken vorhanden.

Diese Voraussetzung fehlte als wesentliches Kriterium in der DDR-Wirtschaft. Die Rahmenbedingungen der güterwirtschaftlich gelenkten sozialistischen Zentralplanwirtschaft haben zu völlig abweichenden Bilanzinhalten geführt. Daher konnten die Eröffnungsbilanzen auch nicht über eine sog. „Brückentheorie“ aus den DDR-Bilanzen abgeleitet werden. Eine derartige Überleitung zwischen den jeweiligen Bilanzposten der DDR-Bilanzen auf die Gliederung in den DM-Eröffnungsbilanzen wurde vom Statistischen Amt der DDR entwickelt und ein Formblatt für diese „Bilanzbrücke“ veröffentlicht.

9.3 Vergleichende Betrachtung zwischen der Schlußbilanz in Mark der DDR zum 30.6.1990 und der DM-Eröffnungsbilanz zum 1.7.1990

In diesem Kapitel soll eine empirische Belegung durch Gegenüberstellung von DDR-Schlußbilanzen mit den entsprechenden Eröffnungsbilanzen erfolgen.

⁸⁹¹ Merkle, Franz: DM-Eröffnungsbilanzen, in: Hans Seischab, Karl Schwantag (Hrsg.), Handwörterbuch der Betriebswirtschaftslehre, 3. Aufl., Bd. I, Stuttgart 1956.

Der Jahresabschluß (Bilanz und Erfolgsrechnung) stellt in beiden Wirtschaftssystemen eine Bestandsaufnahme der Betriebe zum jeweiligen Abschlußzeitpunkt dar. Zur Einordnung in die Wirtschaftsrechnung führt Ludwig von Mises aus: „Wie jedes Handeln auf die Zukunft gerichtet und mit all der Ungewißheit behaftet ist, die die Zukunft dem menschlichen Geist birgt, so ist auch die Wirtschaftsrechnung ein Rechnen mit Künftigem und Ungewissem, ein Tasten im Dunkeln und Unerforschtem. In der kaufmännischen Kalkulation geplanter Unternehmungen liegt dieses spekulative Element offen zutage. Doch auch mit der Überprüfung des Erfolges des vollzogenen Handelns, mit dem Abschluß der Bücher und der Aufstellung von Bilanzen und von Gewinn- und Verlustrechnungen steht es nicht anders. Alle Bilanzen sind Zwischenbilanzen, denn sie erfassen nur den Stand an einem willkürlich herausgegriffenen Zeitpunkt, während Leben und Handeln weitergehen. Alle Bilanzwerte sind auf die Zukunft gerichtete Bewertungen.“⁸⁹²

Nach der „Anordnung über den Abschluß der Buchführung in Mark der DDR zum 30.6.1990 vom 27.6.1990“ hatten die DDR-Betriebe eine Schlußbilanz in Mark der DDR auf den 30. Juni 1990 aufzustellen. Der Stichtag für die DM-Eröffnungsbilanz der DDR-Betriebe war der 1. Juli 1990 und knüpfte daher unmittelbar an die vorausgehende Schlußbilanz an. Damit erfolgte eine Bestandsaufnahme der Betriebe faktisch auf den gleichen Zeitpunkt nach den Grundsätzen der güterwirtschaftlich gelenkten sozialistischen Zentralplanwirtschaft und nach den Kriterien der freien Marktwirtschaft. Aus einem Vergleich dieser „Bestandsaufnahmen“ – unter Berücksichtigung einer Umwertung entsprechend der Währungsumstellung - kann eine Aussage über die ökonomische Qualität dieses Informationsinstruments für die Wirtschaftsrechnung getroffen werden.

Bei dem Übergang auf das marktwirtschaftliche System mit der Erstellung einer Eröffnungsbilanz müßten bei einer realen ökonomischen Bilanzierung die Vermögensposten bei gleichartiger Umwertung unverändert die grundsätzlich im Verhältnis 2:1 umgewerteten Schulden decken. Unter dieser Prämisse werden im Folgenden empirische Fälle dargestellt.

Die jeweilige DDR-Schlußbilanz wird bei allen Vermögens- und Schuldposten zunächst im Verhältnis der Schuldenumrechnung umgewertet. Diese Ergebnisse werden anschließend mit den realen Ergebnissen der marktwirtschaftlichen DM-Eröffnungsbilanz verglichen. Da der Grund und Boden als Volkseigentum in den DDR-Bilanzen nicht enthalten war, wurde aus Vergleichsgründen beim Ansatz in der DM-Eröffnungsbilanz eine Eliminierung vorgenommen.

⁸⁹² Mises, Ludwig von: Nationalökonomie, Genf 1940, S. 201.

Zu den für die DM-Eröffnungsbilanz geltenden Bilanzierungsgrundsätzen sollen als wesentliche Faktoren der Ansatz von Wiederbeschaffungswerten und die grundsätzliche Ausrichtung auf eine Unternehmensfortführung angeführt werden. Durch den Ansatz von Wiederbeschaffungswerten ist eine mögliche Begrenzung durch die Bindung an historische Anschaffungskosten entfallen. Bei bilanzmäßigen Unterdeckungen wurden Bilanzierungshilfen gewährt.⁸⁹³

⁸⁹³ Vgl. hierzu u.a. Elkart, Wolfgang/ Pfitzer, Norbert: Grundlinien der D-Mark-eröffnungsbilanz -Einführung und Bilanzierungskonzeption, in: Betriebs-Berater 1990, Supplement Deutsche Einigung, Rechtsentwicklungen, Folge 15, S. 10-27; Küting, Karlheinz/ Weber, Claus-Peter: Der Übergang auf die DM-Bilanzierung. Eine praktische Hilfe zur Umstellung der DDR-Bilanzen; Strobel, Wilhelm: DM-Eröffnungsbilanz. Leitfaden für Unternehmer und Berater, Herne/Berlin 1990.

Es ergeben sich nachstehende Vergleiche:

Tabelle 27: Vergleich DDR-Schlußbilanz mit DM-Eröffnungsbilanz für "Neutral"-GmbH

	DDR-Schlußbilanz		bei Umwertung	DM-Eröffnungsbilanz		Abweichung gegenüber Umwertung
	<u>TM</u>	<u>%</u>	<u>TDM</u>	<u>TDM</u>	<u>%</u>	<u>TDM</u>
Nettowert Sachanlagen	7.758		3.879	1.896		
Ausgliederung Grund und Boden			-	/130		
Anlagen im Bau	<u>230</u>		<u>115</u>			
Sachanlagen	7.988	83	3.994	1.766	70	/ 2.228
Vorräte	593		297	227		
Lieferforderungen	100		50	157		
Forderungen Kombinat/Staat	214		107	-		
Sonstige Forderungen	0		-	-		
Flüssige Mittel	<u>774</u>		<u>387</u>	<u>387</u>		
	1.681	17	1.841	1.771	30	/ 70
Gesamtvermögen	<u>9.669</u>	<u>100</u>	<u>4.835</u>	<u>2.537</u>	100	/ 2.298
abzüglich Fremdmittel:						
Sozial-, Prämien-, Leistungsfonds	28		14			
Rückstellungen (Fonds)	-		-	355		
Passive Abgrenzungen	53		27	-		
Bankverbindlichkeiten	828		414	414		
Lieferverbindlichkeiten	406		203	203		
Verbindlichkeiten Kombinat/Staat	152		76	76		
Sonstige Verbindlichkeiten	<u>9</u>		<u>4</u>	<u>8</u>		
	<u>/ 1.476</u>	<u>/ 15</u>	<u>/ 738</u>	<u>/ 1.056</u>	<u>/ 42</u>	<u>/ 318</u>
Eigenmittel	<u>8.193</u>	<u>85</u>	<u>+4.097</u>	<u>+1.481</u>	<u>58</u>	<u>/ 2.616</u>

Gegenüber den Wertansätzen lt. Umwertung liegen die effektiven eigenen Mittel lt. DM-Eröffnungsbilanz um 64%, d.h. zwei Drittel, niedriger. Diese Abweichung betrifft überwiegend die Überbewertung der Grundmittel (Sachanlagen), die den wesentlichen Anteil an der Bilanzsumme darstellen.

Tabelle 28: Vergleich DDR-Schlußbilanz mit DM-Eröffnungsbilanz für I.S.T.C. (Tiefbaukombinat Cottbus)

	DDR-Schlußbilanz		bei Umwertung	DM-Eröffnungsbilanz		Abweichung gegenüber Umwertung
	<u>TM</u>	<u>%</u>	<u>TDM</u>	<u>TDM</u>	<u>%</u>	<u>TDM</u>
Nettowert Sachanlagen	104.722		52.361	9.926		
Ausgliederung Grund und Boden	-			./ 2.761		
Bodennutzungsgebühr	538		269	-		
Anlagen im Bau	3.287		1.644	865		
Finanzanlagen	<u>-</u>		<u>-</u>	<u>18.025*</u>		
	<u>108.547</u>	46	<u>54.274</u>	<u>26.055</u>	45	./ 28.219
Vorräte	71.336		35.668	2		
Lieferforderungen	16.910		8.455	8.112		
Forderungen unterstellte Betriebe, Staatshaushalt u. a.	10.364		5.182	14.069		
Sonstige Forderungen	17.492		8.746	4.900		
Aktive Abgrenzungen	324		162	96		
Flüssige Mittel	<u>9.511</u>		<u>4.755</u>	<u>4.442</u>		
	<u>125.937</u>	<u>54</u>	<u>62.968</u>	<u>31.621</u>	<u>55</u>	./ 31.347
Gesamtvermögen (Übertrag)	<u>234.484</u>	100	<u>117.242</u>	<u>57.676</u>	100	./ 59.566

	<u>TM</u>	<u>%</u>	<u>TDM</u>	<u>TDM</u>	<u>%</u>	<u>TDM</u>
Übertrag Gesamtvermögen	<u>234.484</u>	<u>100</u>	<u>117.242</u>	<u>57.676</u>	100	<u>/: 59.566</u>
abzüglich Fremdmittel:						
Rückstellungen (Fonds)	6.300**		3.150	9.078		
Passive Abgrenzungen	131		65	-		
Bankkredite	53.059		26.530	34.042		
Lieferverbindlichkeiten	7.879		3.940	970		
Verbindlichkeiten gegenüber unterstellten Betrieben, Staatshaushalt u. a.	8.553		4.276	4.084		
übrige Verbindlichkeiten	<u>14.306</u>		<u>7.153</u>	<u>1.473</u>		
	<u>/: 90.228</u>	<u>/: 38</u>	<u>/: 45.114</u>	<u>/: 49.647</u>	<u>/: 86</u>	<u>.../: 4.533</u>
Eigenmittel	<u>144.256</u>	<u>62</u>	<u>72.128</u>	<u>8.029</u>	<u>14</u>	<u>/: 64.099</u>

* Dieser Posten resultiert aus der Umstrukturierung durch die rechtliche Verselbständigung von Betriebsbereichen und deren Ansatz als Beteiligung.

** Fonds mit Verpflichtungscharakter

Gegenüber der normalen Umwertung zeigen die Grundmittel (Sachanlagen) unter Einbeziehung der Finanzanlagen aus der Umstrukturierung eine Minderung um ca. 50 %. Der nahezu vollständige Wegfall der Vorräte ist auf die Übertragung der operativen Betriebsbereiche auf rechtlich selbstständige Einheiten und deren Einbringung als Beteiligungen (Finanzanlagen) zurückzuführen. Da in den Finanzanlagen hierfür ein Wertanteil enthalten ist, ergibt sich bei dessen Ausgliederung (dieser Anteil läßt sich wegen der Verknüpfung mit anderen ebenfalls übertragenen Posten, wie z.B. Forderungen und Verbindlichkeiten, nicht exakt quantifizieren) eine höhere Abwertungsquote bei den Grundmitteln (Sachanlagen).

Unter den Schuldposten liegen die Rückstellungen um rund 6 Mio. DM über dem laut Umwertung ermittelten Wert. Dies bedeutet, daß in der Vergangenheit „Kosten“ in dieser Größenordnung nicht verrechnet wurden mit der Folge eines überhöhten Gewinnausweises.

Tabelle 29: Vergleich DDR-Schlußbilanz mit DM-Eröffnungsbilanz für Herstellung Metallwaren

	DDR-Schlußbilanz		bei Umwertung	DM-Eröffnungsbilanz		Abweichung gegenüber Umwertung
	<u>TM</u>	<u>%</u>	<u>TDM</u>	<u>TDM</u>	<u>%</u>	<u>TDM</u>
Nettowert						
Sachanlagen	2.504		1.252	600		
Ausgliederung						
Grund und Boden	-			/- 29		
Anlagen im Bau	<u>64</u>		<u>32</u>	<u>-</u>		
	<u>2.568</u>	59	<u>1.284</u>	<u>571</u>	53	/- 713
Vorräte	1.212		606	212		
Lieferforderungen	422		211	269		
Forderungen unterstellte Betriebe, Staatshaushalt u. a.	-			-		
Sonstige Forderungen	67		34	-		
Flüssige Mittel	<u>59</u>		<u>29</u>	<u>30</u>		
	<u>1.760</u>	<u>41</u>	<u>880</u>	<u>511</u>	<u>47</u>	/- 369
Gesamtvermögen	<u>4.328</u>	100	<u>2.164</u>	<u>1.082</u>	100	/- 1.082
abzüglich Fremdmittel:						
Rückstellungen (Fonds)	20		10	90		
Passive Abgrenzungen	29		14	-		
Bankverbindlichkeiten	988		494	494		
Lieferverbindlichkeiten	120		60	60		
Verbindlichkeiten gegenüber unterstellten Betrieben, Staatshaushalt u. a.	69		35	-		
sonstige Verbindlichkeiten	<u>34</u>		<u>17</u>	<u>54</u>		
	<u>/- 1.260</u>	<u>/- 29</u>	<u>/- 630</u>	<u>/- 698</u>	<u>/- 65</u>	<u>/- 68</u>
Eigenmittel	<u>3.068</u>	<u>71</u>	<u>1.534</u>	<u>384</u>	<u>35</u>	<u>/- 1.150</u>

Die wesentlichen Abweichungen im Vergleich zur Umwertung liegen hier bei den überbewerteten Grundmitteln (Sachanlagen) und Vorräten.

Tabelle 30: Vergleich DDR-Schlußbilanz mit DM-Eröffnungsbilanz für Bauunternehmen

	DDR-Schlußbilanz		bei Umwertung	DM-Eröffnungsbilanz		Abweichung gegenüber Umwertung
	<u>TM</u>	<u>%</u>	<u>TDM</u>	<u>TDM</u>	<u>%</u>	<u>TDM</u>
Nettowert						
Sachanlagen	2.743		1.372	576		
Ausgliederung Grund und Boden	<u>-</u>		<u>-</u>	<u>./ 153</u>		
	2.743	36	1.372	423	36	./ 949
Vorräte	3.675		1.837	321		
Lieferforderungen	814		407	407		
Forderungen Kombinat/ Staatshaushalt	418		209	-		
Flüssige Mittel	<u>45</u>		<u>23</u>	<u>23</u>		
	4.952	<u>64</u>	2.476	751	<u>64</u>	./ 1.725
Gesamtvermögen	7.695	100	3.848	1.174	100	./ 2.674
abzüglich Fremdmittel:						
Rückstellungen (Fonds mit Verpfl.-Charakter)	77		39	293		
Bankverbindlichkeiten	1.664		832	832		
Lieferverbindlichkeiten	1		-	1		
Verbindlichkeiten Kombinat/ Staatshaushalt	19		10	7		
sonstige Verbindlichkeiten	<u>28</u>		<u>14</u>	<u>38</u>		
	./ 1.789	./ 23	./ 895	./ 1.171	./ 99	./ 276
Eigenmittel	<u>5.906</u>	<u>77</u>	<u>2.953</u>	<u>3</u>	<u>1</u>	<u>./ 2.950</u>

Auch bei diesem Unternehmen liegen die wesentlichen Abwertungen bei den Grundmitteln (Sachanlagen) und den Vorräten. Hinzu kommen bisher nicht erfaßte Rückstellungen mit der Folge von bisher nicht verrechneten Kosten.

Tabelle 31: Vergleich DDR-Schlußbilanz mit DM-Eröffnungsbilanz für Gummiwerke Liegau

	DDR-Schlußbilanz		bei Umwertung	DM-Eröffnungsbilanz		Abweichung gegenüber Umwertung
	<u>TM</u>	<u>%</u>	<u>TDM</u>	<u>TDM</u>	<u>%</u>	<u>TDM</u>
Nettowert Sachanlagen	18.656		9.328	3.169		
Ausgliederung Grund und Boden	-		-	<u>/ 549</u>		
	<u>18.656</u>	74	<u>9.328</u>	<u>2.620</u>	63	<u>/ 6.708</u>
Vorräte	4.022		2.011	632		
Lieferforderungen	1.330		665	407		
Sonstige Forderungen	984		492	460		
Aktive Abgrenzung	83		42	9		
Flüssige Mittel	<u>126</u>		<u>63</u>	<u>63</u>		
	<u>6.545</u>	<u>26</u>	<u>3.273</u>	<u>1.571</u>	<u>37</u>	<u>/ 1.702</u>
Gesamtvermögen	<u>25.201</u>	100	<u>12.601</u>	<u>4.191</u>	100	<u>/ 8.410</u>
abzüglich Fremdmittel:						
Rückstellungen (Fonds)	193		97	1.463		
Bankverbindlichkeiten	5.945		2.973	2.800		
Lieferverbindlichkeiten	783		391	366		
Verbindlichkeiten Staatshaushalt	17		8	-		
sonstige Verbindlichkeiten	<u>115</u>		<u>58</u>	<u>60</u>		
	<u>/ 7.053</u>	<u>/ 28</u>	<u>/ 3.527</u>	<u>/ 4.689</u>	<u>/ 112</u>	<u>/ 1.162</u>
Eigenmittel	<u>18.148</u>	<u>72</u>	<u>9.074</u>	<u>4.498</u>	<u>12</u>	<u>/ 9.572</u>

Hier entfallen 70 % der Abwertung auf die überbewerteten Grundmittel (Sachanlagen), die zum Teil auf überhöhte Valutawerte für Maschinenimporte zurückgehen. Die restliche Abwertung verteilt sich auf die Vorräte und Rückstellungen.

Tabelle 32: Vergleich DDR-Schlußbilanz mit DM-Eröffnungsbilanz für Zimmerei

	DDR-Schlußbilanz		bei Umwertung	DM-Eröffnungsbilanz		Abweichung gegenüber Umwertung
	<u>TM</u>	<u>%</u>	<u>TDM</u>	<u>TDM</u>	<u>%</u>	<u>TDM</u>
Nettowert Sachanlagen	288		144	174		+ 30
Aussonderung Grund und Boden	<u>-</u>		<u>-</u>	<u>-*</u>		<u>-</u>
	288	77	144	174	63	+ 30
Vorräte	<u>85</u>	<u>23</u>	<u>43</u>	<u>103</u>	<u>37</u>	<u>+ 60</u>
Gesamtvermögen	<u>373</u>	100	<u>187</u>	<u>277</u>	100	+ 90
abzüglich Fremdmittel:						
Rückstellungen (Fonds)	-		-	6		
Bankkredite	71		35	35		
Lieferverbindlichkeiten	1		1	1		
Sonstige Verbindlichkeiten	<u>34</u>		<u>17</u>	<u>23</u>		
	<u>./ 106</u>	<u>./ 28</u>	<u>./ 53</u>	<u>./ 65</u>	<u>./ 23</u>	<u>./ 12</u>
Eigenmittel	<u>267</u>	<u>72</u>	<u>134</u>	<u>212</u>	<u>./ 77</u>	<u>+ 78</u>

* Die Bauten befinden sich auf fremden Grundstücken.

Dieser Ausnahmefall mit einer positiven Abweichung geht auf die Struktur und das Volumen der Einsatzfaktoren mit geringen Risiken zurück. Im Übrigen wird dokumentiert, daß die in der DM- Eröffnungsbilanz angewandten Prinzipien einen positiven Bewertungsgrundsatz darstellen.

Tabelle 33: Vergleich DDR-Schlußbilanz mit DM-Eröffnungsbilanz für Seehafen Rostock – Aktiengesellschaft (SHR-AG)

	DDR-Schlußbilanz		bei Umwertung	DM-Eröffnungsbilanz		Abweichung gegenüber Umwertung
	<u>TM</u>	<u>%</u>	<u>TDM</u>	<u>TDM</u>	<u>%</u>	<u>TDM</u>
Nettowert						
Sachanlagen	2.481.733		1.240.867	459.446		
Ausgliederung Grund und Boden	<u>-</u>		<u>-</u>	<u>./18.000</u>		
	<u>2.481.733</u>	96	<u>1.240.867</u>	<u>441.446</u>	89	<u>./ 799.421</u>
Vorräte	56.288		28.144	15.834		
Lieferforderungen	19.367		9.683	9.983		
Sonstige Forderungen	3.108		1.554	15.111		
Aktive Abgrenzung	506		253	15		
Flüssige Mittel	<u>23.120</u>		<u>11.560</u>	<u>11.693</u>		
	<u>102.389</u>	<u>4</u>	<u>51.194</u>	<u>52.636</u>	<u>11</u>	<u>+ 1.442</u>
Gesamtvermögen	<u>2.584.122</u>	100	<u>1.292.061</u>	<u>494.082</u>	100	<u>./ 797.979</u>
abzüglich Fremdmittel:						
Rückstellungen (Fonds)	6.403		3.201	48.021		
Bankkredite	53.700		26.850	26.850		
Lieferverbindlichkeiten	641		320	328		
Sonstige Verbindlichkeiten	5.407		2.704	1.598		
Passive Abgrenzung	<u>433</u>		<u>217</u>	<u>10</u>		
	<u>./ 66.584</u>	<u>./ 3</u>	<u>./ 33.292</u>	<u>./ 76.807</u>	<u>./ 16</u>	<u>./ 43.515</u>
Eigenmittel	<u>2.517.538</u>	<u>97</u>	<u>1.258.769</u>	<u>417.275</u>	<u>84</u>	<u>./ 841.494</u>

Gegenüber der nominellen Umwertung ergibt sich bei den Grundmitteln (Sachanlagen) eine Wertminderung von fast zwei Dritteln (64,4 %). Das Vorratsvermögen schrumpft nahezu auf die Hälfte. Zu den sonstigen Forde-

rungen enthält der Bilanzanhang keine Erläuterungen. Aufgrund von Hinweisen auf Ausgliederungen von Vermögensposten dürfte die Sonderentwicklung mit diesen Sachverhalten in Verbindung stehen. Bei den Rückstellungen erscheint ein Zusatzbedarf von 45 Mio. DM, der durch das bisherige Ansatzverbot dieses Schuldpostens verursacht wurde.

Tabelle 34: Vergleich DDR-Schlußbilanz mit DM-Eröffnungsbilanz für Gothaer Fahrzeugwerke GmbH

	DDR-Schlußbilanz		bei Umwertung	DM-Eröffnungsbilanz		Abweichung gegenüber Umwertung
	<u>TM</u>	<u>%</u>	<u>TDM</u>	<u>TDM</u>	<u>%</u>	<u>TDM</u>
Nettowert						
Sachanlagen	170.350		85.175	60.849		
Ausgliederung Grund und Boden	<u>-</u>		<u>-</u>	<u>./14.250</u>		
	<u>170.350</u>	53	<u>85.175</u>	<u>46.599</u>	43	<u>./ 38.576</u>
Vorräte	97.727		48.864	36.041		
Lieferforderungen	46.328		23.164	22.391		
Sonstige Forderungen	400		200	346		
Aktive Abgrenzung	628		314	50		
Flüssige Mittel	<u>3.746</u>		<u>1.873</u>	<u>1.875</u>		
	<u>148.829</u>	<u>47</u>	<u>74.415</u>	<u>60.703</u>	<u>57</u>	<u>./ 13.712</u>
Gesamtvermögen	<u>319.179</u>	100	<u>159.590</u>	<u>107.302</u>	100	<u>./ 52.288</u>
abzüglich Fremdmittel:						
Rückstellungen (Fonds)	1.696		848	9.105		
Bankkredite	80.161		40.081	40.080		
Lieferverbindlichkeiten	64.134		32.067	32.174		
Sonstige Verbindlichkeiten	3.915		1.958	358		
Passive Abgrenzung	<u>63</u>		<u>31</u>	<u>-</u>		
	<u>149.969</u>	<u>./ 47</u>	<u>./ 74.985</u>	<u>./ 81.717</u>	<u>./ 76</u>	<u>./ 6.732</u>
Eigenmittel	<u>169.210</u>	<u>53</u>	<u>84.605</u>	<u>25.585</u>	<u>24</u>	<u>./ 59.020</u>

Die ehemalige Gothaer Waggonfabrik wurde lt. SMAD-Befehl Nr. 64 vom 1. Juni 1948 enteignet. Seit 1984 produzierte der Volkseigene Betrieb Fahrgestelle einschließlich Ersatzteile für das PKW-Modell „Wartburg“.

In diesem fertigungsintensiven Betrieb zeigen die Grundmittel (Sachanlagen) einen Wertverlust gegenüber der Umwertungsbasis von 45%. Bei den Vorräten dürfte die moderate Abwertung mit der Ersatzteilerfertigung zusammenhängen. Auch bei diesem VEB zeigen die Rückstellungen einen erheblichen Nachholbedarf.

Tabelle 35: Vergleich DDR-Schlußbilanz mit DM-Eröffnungsbilanz für Obererzgebirgische Posamenten- und Effekten-Werke GmbH

	DDR-Schlußbilanz		bei Umwertung	DM-Eröffnungsbilanz		Abweichung zu Umwertung
	<u>TM</u>	<u>%</u>	<u>TDM</u>	<u>TDM</u>	<u>%</u>	<u>TDM</u>
Nettowert						
Sachanlagen	162.675		81.338	82.759		
Ausgliederung						
Grund und Boden	<u>-</u>		<u>-</u>	<u>./20.714</u>		
	<u>162.675</u>	58	<u>81.338</u>	<u>62.045</u>	70	<u>./ 19.293</u>
Vorräte	106.489		53.245	20.479		
Lieferforderungen	7.902		3.951	3.753		
Sonstige Forderungen	5.509		2.754	2.753		
Flüssige Mittel	<u>77</u>		<u>38</u>	<u>39</u>		
	<u>119.977</u>	<u>42</u>	<u>59.988</u>	<u>27.024</u>	<u>30</u>	<u>./ 32.964</u>
Gesamtvermögen	<u>282.652</u>	100	<u>141.326</u>	<u>89.069</u>	100	<u>./ 52.257</u>
abzüglich						
Fremdmittel:						
Rückstellungen (Fonds)	166		83	18.403*		
Bankkredite	87.750		43.875	43.875		
Lieferverbindlichkeiten	15.142		7.571	7.536		
Sonstige Verbindlichkeiten	<u>2.330</u>		<u>1.165</u>	<u>1.165</u>		
	<u>./ 105.388</u>	<u>./ 37</u>	<u>./ 52.694</u>	<u>./ 70.979</u>	<u>./ 80</u>	<u>./ 18.285</u>
Eigenmittel	<u>177.264</u>	<u>63</u>	<u>88.632</u>	<u>18.090</u>	<u>20</u>	<u>./ 70.542</u>

* ohne Risiken aus Reprivatisierungsansprüchen

Der Abwertungsbedarf der Grundmittel (Sachanlagen) liegt hier bei knapp einem Viertel und bei den Vorräten bei fast zwei Dritteln. Unter den ausgewiesenen Rückstellungen ist ein Ausgleichsposten für Vermögenswerte enthalten, für die Reprivatisierungsansprüche abgewiesen wurden. Da dieser Posten keine Wertkorrektur, sondern eine Wertzurechnung darstellt,

wurde eine Ausgliederung vorgenommen. Der Rückstellungsansatz dokumentiert, daß im DDR-Abschluß praktisch keine Rückstellungen und die damit verbundenen Kosten erfaßt wurden.

In Relation zu dem anhand der gleichartigen nominellen Umwertung abgeleiteten *Gesamtvermögen* zeigen die empirischen Fälle nachstehende Wertverluste:

Tabelle 36: Wertverluste in Relation zum Gesamtvermögen

	<u>„Neutral“ –</u>		<u>Tiefbaukombinat</u>		<u>Herstellung</u>	
	<u>GmbH</u>		<u>Cottbus</u>		<u>Metallwaren</u>	
	<u>Mio. DM</u>	<u>%</u>	<u>Mio. DM</u>	<u>%</u>	<u>Mio. DM</u>	<u>%</u>
Gesamtminde- rung	<u>./.</u> 3	<u>100</u>	<u>./.</u> 64	<u>100</u>	<u>1,0</u>	<u>100</u>
darunter:						
Sachanlagen	<u>./.</u> 2	67	<u>./.</u> 45	70	0,7	70
Vorräte	-		<u>./.</u> 35	54	0,3	30
Rückstellungen	<u>./.</u> 1	33	<u>./.</u> 6	9	-	
Übrige (Saldo)	<u>—</u> -	<u>—</u> -	<u>+ 22*</u>	<u>./.</u> 33	<u>—</u> -	<u>—</u> -
	<u>./.</u> 3	<u>100</u>	<u>./.</u> 64	<u>100</u>	<u>1,0</u>	<u>100</u>

* davon 18 Mio. DM für den Ansatz rechtlich verselbständigter Betriebsteile als Beteiligungswerte

Tabelle 37: Gesamtübersicht zu den Wertminderungen

	<u>Bau-</u>		<u>Gummiwerke</u>		<u>Seehafen</u>	
	<u>unternehmen</u>		<u>Liegau</u>		<u>Rostock</u>	
	<u>Mio. DM</u>	<u>%</u>	<u>Mio. DM</u>	<u>%</u>	<u>Mio. DM</u>	<u>%</u>
Gesamtminde- rung	<u>./.</u> 3,0	<u>100</u>	<u>./.</u> 10	<u>100</u>	<u>./.</u> 841	<u>100</u>
darunter:						
Sachanlagen	./.	30	./.	70	./.	96
Vorräte	./.	56	./.	20	./.	1
Rückstellungen	./.	7	./.	10	./.	5
Übrige (Saldo)	<u>./.</u> 0,2	<u>7</u>	<u>—</u>	<u>—</u>	<u>+ 15</u>	<u>./.</u> 2
	<u>./.</u> 3,0	<u>100</u>	<u>./.</u> 10	<u>100</u>	<u>./.</u> 841	<u>100</u>

	<u>Gothaer</u>		<u>Obererzgebirge</u>	
	<u>Fahrzeugbau</u>		<u>Effekten</u>	
	<u>Mio. DM</u>	<u>%</u>	<u>Mio. DM</u>	<u>%</u>
Gesamtminde- rung	<u>./.</u> 59	<u>100</u>	<u>./.</u> 71	<u>100</u>
darunter:				
Sachanlagen	./.	66	./.	27
Vorräte	./.	22	./.	46
Rückstellungen	./.	15	./.	27
Übrige (Saldo)	<u>+ 2</u>	<u>./.</u> 3	<u>— 0</u>	<u>— 0</u>
	<u>./.</u> 59	<u>100</u>	<u>./.</u> 71	<u>100</u>

Eine Zusammenfassung der aufgeführten Betriebe ergibt nachstehende Untertgliederung der Minderungen:

	<u>Mio. DM</u>	<u>%</u>
Grundmittel (Sachanlagen)	./.	85
Vorräte	./.	9
Rückstellungen	./.	8
Übrige (Saldo)	<u>+ 22</u>	<u>./.</u> 2
	<u>./.</u> 1.052	<u>100</u>

In den hohen Wertverlusten der Sachanlagen kommt auch der Verschleiß des Kapitalstocks und die mangelnde Modernität zum Ausdruck.

Wegen der als Ausfluß der zentralistischen Kommandowirtschaft durch Gesetze und Verordnungen vorgegebenen einheitlichen Bilanzierungsgrundsätze – die Einräumung von Ansatz- und Bewertungswahlrechten hätte den Betrieben ein Ausbrechen aus dem starren Planungs- und Kontrollsystem ermöglicht – können die aus den aufgeführten Fällen abgeleiteten Aussagen als repräsentativ eingestuft werden.

Die Eigenmittel (Nettovermögen) als Ausdrucksform der eigenen Unternehmenssubstanz zeigen insgesamt nachstehende Veränderungen:

Tabelle 38: Veränderung des Nettovermögens

	lt. Umwertung DDR-Schlußbilanz <u>Mio. DM</u>	lt. DM- Eröffnungsbilanz <u>Mio. DM</u>	Abweichung <u>Mio. DM</u> (gerundet)
„Neutral“ – GmbH	4	1	./ 3
Tiefbaukombinat Cottbus	72	8	./ 64
Herstellung Metallwaren	2	1	./ 1
Bau- unternehmen	3	---	./ 3
Gummiwerke Liegau	9	./ 1	./ 10
Seehafen Rostock	1.258	417	./ 841
Gothaer Fahrzeugbau	85	26	./ 59
Obererzgebirge Effekten	<u>89</u>	<u>18</u>	<u>./ 71</u>
	<u>1.522</u>	<u>470</u>	<u>./ 1.052</u>
	<u>100 %</u>	<u>31 %</u>	<u>./ 69%</u>

Diese Übersichten belegen auf empirischer Basis die Notwendigkeit des DM-Bilanzgesetzes und die erforderliche Neubewertung. Weiterhin läßt sich hieraus ableiten, daß die DDR-Bilanzen keinen ökonomischen Aussagewert über das in den Betrieben effektiv eingesetzte Nettovermögen vermitteln konnten. Dies gilt in gleicher Weise für die aus dem Vermögensvergleich am Anfang und am Ende der Abrechnungsperiode ermittelten Ergebnisse. Die Bilanzen der DDR-Betriebe wurden somit ihrer eigentlichen Funktion einer realistischen ökonomischen Darstellung der Vermögens- und Ertragslage nicht gerecht.

Dieser Sachverhalt wird auch durch die vorhergehenden Analysen der Jahresabschlüsse Volkseigener Betriebe bestätigt.

9.4 Auswertung der ersten hundert veröffentlichten DM-Eröffnungsbilanzen

Auch die Auswertung ⁸⁹⁴ der ersten hundert im Bundesanzeiger veröffentlichten DM-Eröffnungsbilanzen zeigt eine hohe Rückstellungsintensität (Relation der Rückstellungen zur Bilanzsumme = Gesamtvermögen). Dies bestätigt, daß in den DDR-Bilanzen durch das Rückstellungsverbot enorme Risiken und die damit verbundenen Kosten nicht erfaßt wurden. Das Sachanlagevermögen ist von einem hohen Anteil – des früher im Volkseigentum stehenden - Grund und Bodens geprägt. Der relativ niedrige Anteil der übrigen Sachanlagen dokumentiert den technischen Rückstand der Anlagen.

Dies bestätigt ebenfalls die Feststellungen von Ludwig von Mises, daß die Bilanzen der sozialistischen Zentralplanwirtschaft als ein Instrument des „Nachbedenkens des vergangenen Handelns“⁸⁹⁵ und Grundlage für das „Vorbedenken künftigen Handelns“⁸⁹⁶ keine Informationen von ökonomischer Qualität für Entscheidungen der Betriebe liefern können. In gleicher Weise kann die Gewinn- und Verlustrechnung kein realistisches Ergebnis aus dem zu betrachtenden Handeln⁸⁹⁷ darstellen.

⁸⁹⁴ Hosterbach, Ulrich: Bilanzanalytische Auswertung der DM-Eröffnungsbilanzen, Diplomarbeit, Saarbrücken 1992, insbesondere S. 8 ff. und S. 36 ff.; Küting, Karlheinz/Pfuhl, Joerg: Bilanzanalytische Auswertung der D-Mark-Eröffnungsbilanzen, in: Betriebs-Berater 1992, Beilage 12, Heft 19, S. 1-16 (S.15).

⁸⁹⁵ Mises, Ludwig von: Nationalökonomie, Genf 1940, S. 198.

⁸⁹⁶ Ebd., S. 199.

⁸⁹⁷ Vgl. ebd., S. 199.

9.5 Ergänzende Bestätigung durch die Gesamteröffnungsbilanz der Treuhandanstalt zum 1.7.1990 und deren Folgebilanzen bis zum 31.12.1994

Am 15. Oktober 1992 wird die Gesamteröffnungsbilanz⁸⁹⁸ für die rund 8.500 Unternehmen mit ca. 35.000 Betriebsstätten, die auf die Treuhandanstalt übertragen waren, zum Stichtag 1. Juli 1990 vorgelegt. In dieser Gesamtbilanz (in Anlehnung an die Gestaltung einer Konzernbilanz) wurden die Einzelbilanzen von Treuhandunternehmen und der Treuhandanstalt zusammengefaßt und stellen damit eine Bestandsaufnahme der auf die Treuhandanstalt übergegangenen Betriebe der DDR-Wirtschaft dar. Diese Betriebe waren insbesondere durch folgende Kriterien⁸⁹⁹ geprägt:

Die Betriebe waren in das System der sozialistischen Zentralplanwirtschaft als Kommandowirtschaft nach sowjetischem Vorbild eingeordnet. Das betriebliche Geschehen wurde durch den Plan als Gesetz bestimmt. Alleiniger Maßstab für einen betrieblichen Erfolg bildete die Erfüllung der Planvorgaben. Es gab kein Verlustrisiko, der Gewinn als Maßstab für einen betrieblichen Erfolg besaß als reine Plankennziffer keine ökonomische Qualität. Ausgangsbasis der Planung waren Naturalgrößen. Es entstand der Begriff der „Tonnenideologie“. Mit der Aufgabenstellung der Transformation der früheren volkseigenen Betriebe in ein marktwirtschaftliches System betrat die Treuhandanstalt Neuland. Es mußten unter Zeitdruck eigenständige Vorgehensweisen entwickelt werden. Die skizzierten Probleme der DDR-Betriebe nach Öffnung der Grenzen und Märkte führten zwangsläufig zu Finanzierungsproblemen. Es entstand kurzfristiger Handlungsbedarf. So hat die Treuhandanstalt im August 1990 rd. 5.600 und im September 1990 rd. 4.700 Unternehmen Hilfestellungen zur Erhaltung von deren Zahlungsfähigkeit geleistet.⁹⁰⁰ Am Ende des dritten Quartals 1990 hatte die Treuhandanstalt in Höhe von 25,4 Milliarden DM Kreditbürgschaften übernommen.⁹⁰¹ Ein noch lange nachwirkendes Problem ist das Fehlen des Mittelstands und seiner Unternehmer, da mit der Konfiskation der Privatbetriebe bis 1972 die meisten mittelständischen Unternehmen das Gebiet der DDR verließen. Die Heranzie-

⁸⁹⁸ Vgl. Treuhandanstalt, DM-Eröffnungsbilanz und Gesamteröffnungsbilanz zum 1. Juli 1990 einschließlich Anhang sowie Bilanzen zum 31. 12. 1991, 1992, 1993 und 1994.

⁸⁹⁹ Vgl. Kusch, Günter et al.: Schlußbilanz – DDR, Berlin 1991, S. 146-150, sowie Ditt- rich, Gerhard Winfried: Systemtransformation im Lichte von Bürokratie- und Mark- versagen. Dissertation Linz 2001, S. 261-316.

⁹⁰⁰ Breuel, Birgit (Hrsg.): Treuhand intern, Frankfurt/M; Berlin 1993, S. 66.

⁹⁰¹ Ebd. S. 67

hung von Mitarbeitern der DDR-Betriebe zur Übernahme von Leitungsfunktionen unter marktwirtschaftlichen Anforderungen scheiterte meist an der unter der Befehlswirtschaft herausgebildeten Mentalität.

Die folgende zusammenfassende Darstellung der Gesamteröffnungsbilanz der Treuhandanstalt vermittelt einen Einblick in Art und Umfang der übernommenen komplexen Aufgaben und das abschließende finanzielle Ergebnis:

Tabelle 39: Gesamteröffnungsbilanz der Treuhandanstalt zum 1. Juli 1990

	<u>Mio DM</u>
<u>Übernommene Vermögensposten</u>	
Sachanlagen der Betriebe	147.337
MfS-Vermögen	4.478
NVA-Vermögen	614
Apothekenvermögen u.a.	712
Land-, forstwirtschaftliches Vermögen	16.996
Bergwerkseigentum	1.387
Beteiligungen, Ausleihungen	896
Gesamt-Anlagevermögen	172.420
Vorräte	43.725
Forderungen der Deutschen Kreditbank	38.798
Übrige Forderungen, Flüssige Mittel, u.a.	30.182
Gesamt-Vermögen (Übertrag)	285.125

	<u>Mio DM</u>
Gesamt-Vermögen (Übertrag)	285.125
<u>abzüglich Schuldposten</u>	
Rückstellungen	
Zinsen für Altkredite und Schuldübernahmen	30.573
Anlauf-, Umstellungsverluste, Investitionszuschüsse, Freistellung von Altlasten im Rahmen der Sanierung und Privatisierung	95.621
Kosten der Abwicklungen einschl. Anpassungen	44.723
Herausgabe- und Entschädigungsansprüche, Anteile Dritter	49.331
50% gesetzlicher Anteil an Zinsen des Kreditabwick- lungsfonds	24.039
Gesamt-Rückstellungen Treuhandanstalt	244.287
Bei Treuhandunternehmen	
für ökologische Altlasten u.ä.	57.077
Sozialplankosten	19.270
übrige	15.091
Gesamt-Rückstellungen	335.725
Bankverbindlichkeiten (einschl. Dt. Kreditbank)	104.301
Liefer- und übrige Verbindlichkeiten	54.390
Gesamt-Schuldposten	- 494.416
Unterdeckung	- 209.291

Bis zur Beendigung der Tätigkeit der Treuhandanstalt ergeben sich zusätzliche Fehlbeträge von insgesamt 40.932 Mio DM, so daß die Schlußbilanz der Treuhandanstalt zum 31. Dezember 1994 mit einem aufgelaufenen Fehlbetrag von 250.223 Mio DM abschließt.

Anstelle anfangs erwarteter Überschüsse wird ein hohes Defizit ausgewiesen.

Im Statistischen Jahrbuch 1990 der DDR wird der durchschnittliche Grundmittelbestand (Sachanlagen) der Industrie für 1989 mit 799,9 Mrd. Mark⁹⁰² ausgewiesen. Unter der Annahme einer ökonomischen Werthaltigkeit ergibt sich nach der Umtauschrelation ein Wert von 400 Mrd. DM. Der entsprechende Wert in den Unternehmen der Treuhandanstalt beträgt nach Ausgliederung des Grund und Bodens 118,6 Mrd. DM⁹⁰³. Danach beträgt der Abwertungssatz 70%.

Diese Gesamtbetrachtung bestätigt die vorstehend für einzelne volkseigene Betriebe ermittelten Ergebnisse.

Der ehemalige Finanzminister des Bundeslandes Sachsen-Anhalt, Karl-Heinz Paqué, kommt in seiner wirtschaftlichen Analyse der Deutschen Einheit zu einem klaren Ergebnis: „Das Ergebnis (nach 20 Jahren Wiedervereinigung- H.H.) ist allerdings nur ein Teilerfolg, zumal wenn man es an den überzogenen Erwartungen der frühen 1990er-Jahre misst. Aber das liegt nicht an schweren Fehlern der Politik, sondern an den wirtschaftlichen Flurschäden, die vier Jahrzehnte der Abschottung vom Weltmarkt in Ostdeutschland - und ebenso in Mitteleuropa - hinterlassen haben. Diese Schäden werden bis heute unterschätzt. [...] Es geht dabei vor allem um die Zerstörung der industriellen Innovationskraft. Diese wiederherzustellen wird noch lange eine wichtige politische Aufgabe bleiben, in Deutschland und Europa.“⁹⁰⁴

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die vorstehenden Ergebnisse die fehlende ökonomische Qualität der DDR-Bilanzen bestätigen:

- Die in den DDR-Bilanzen angesetzten Anschaffungs- und Herstellungskosten basieren nicht auf aus den Märkten abgeleiteten ökonomischen Werten, da die „Preise“ durch den Staat festgesetzt wurden.
- Hinzu kommt ein nach dem Marx'schen Wertgesetz ideologisch ausgerichteteter „Kostenbegriff“. Danach sind „Kosten“ der in Geld bewertete Verbrauch von lebendiger und vergegenständlichter Arbeit, die nach gesellschaftlichen Durchschnittsgrößen angesetzt werden. Allein auf dieser Grundlage scheidet eine Abbildung der wirklichen betrieblichen Verhältnisse nach ihrem ökonomischen

⁹⁰² Vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR 1990, S. 118

⁹⁰³ Vgl. Anhang zur Gesamteröffnungsbilanz der Treuhandanstalt zum 1. Juli 1990

⁹⁰⁴ Paqué, Karl-Heinz: Die Bilanz. Eine wirtschaftliche Analyse der Deutschen Einheit, München 2009, Vorwort, S. VIII. Politisch wendet sich dieses Buch gegen eine neue „Dolchstoßlegende“. Es ist die Legende, daß die Politik nur vieles anders und besser hätte machen müssen, dann gäbe es heute eine kraftstrotzende ostdeutsche Wirtschaft, und die Probleme der Deutschen Einheit wären gelöst. Das Buch von Paqué ist ein Versuch, die Legende mit nüchternem Blick zu entzaubern.

Gehalt aus. Diese Effekte werden durch die Vorgaben von Normen, Normative und Standards verstärkt.

- Bei der Bemessung der Abschreibungen als „Kosten“ für den Verschleiß der Grundmittel (Sachanlagen) wurde lediglich die technische Abnutzung berücksichtigt. Der „moralische Verschleiß“ als wirtschaftliche Entwertung blieb ohne Ansatz. Zusätzlich erfolgte in bestimmten Zeitabständen eine generelle Aufwertung der Grundmittel (Sachanlagen) und eine Festlegung von unrealistisch niedrigen Abschreibungssätzen.
- Durch das Außenhandelsmonopol des Staates wurden die Preise der Devisen für importierte Anlagen durch die Anwendung von fest vorgegebenen Richtungskoeffizienten staatlich manipuliert.
- Die ideologische Ausrichtung der Werte und „Preise“ wird durch das Verbot einer Einbeziehung von sog. „gesellschaftlich nicht notwendigen Aufwendungen“ unterlegt.
- Der Ansatz von Rückstellungen war weitgehend verboten. Dadurch entfiel gleichzeitig eine Erfassung der entsprechenden „Kosten“, so daß falsche Ergebnisse ausgewiesen wurden.

Die empirischen Ergebnisse zur Darstellung der Vermögens- und Ertragslage in den Jahresabschlüssen der Volkseigenen Betriebe und der Vergleich mit den DM-Eröffnungsbilanzen belegen die fehlende ökonomische Qualität der Ergebnisse des betrieblichen Rechnungswesens als Grundlage für eine Wirtschaftsrechnung. Sie bestätigen die These von Ludwig von Mises, Georg Halm, Friedrich August von Hayek und Walter Eucken, daß in einer marktlosen Zentralplanwirtschaft eine Wirtschaftsrechnung wegen fehlender ökonomischer Parameter (u.a. keine ökonomischen Preise sowie Kosten, kein Wettbewerb, kein Verlustrisiko keine betrieblichen Außenwirtschaftsbeziehungen) nicht möglich ist.

10. Das sozialistische Außenhandels- und Valutamonopol. Ein Außenhandel ohne Wirtschaftsrechnung

10.1 Das sozialistische Außenwirtschaftsmonopol

Das staatliche Monopol auf dem Gebiet der Außenwirtschaft⁹⁰⁵ umfaßt das

- Außenhandelsmonopol
- Valutamonopol und das
- Außenhandelstransportmonopol.

⁹⁰⁵ Vgl. Autorenkollektiv, Brendel, Gerhard/ Schrader, Horst (Hrsg.): Lexikon des Außenhandels, Berlin 1987, S. 33, 136 und 187.

Das staatliche sozialistische Außenhandelsmonopol wurde von Lenin theoretisch begründet und durch Dekret vom 22.4.1918 eingeführt.⁹⁰⁶

Dieses Modell der Sowjetunion wurde übernommen und als sozialistisches Außenwirtschaftsmonopol in der Verfassung der DDR vom 6.4.1968 (Art. 9, Ziffer V, GBl. I, S. 199) staatsrechtlich verankert.

Das Außenhandelsmonopol soll die sozialistische Wirtschaft „[...] vor den schädlichen Einflüssen der krisenhaften, labilen Entwicklung des kapitalistischen Weltmarktes sowie vor Manipulationen imperialistischer Kreise schützen [...].“⁹⁰⁷

„Hier muß daher die Einheit von Politik, Ökonomie und Ideologie besonders stark werden. [...] Die zentrale staatliche Planung und Leitung der Außenwirtschaft ist das Kernstück des sozialistischen Außenwirtschaftsmonopols.“⁹⁰⁸ Danach besteht dessen Wesen darin, „daß der sozialistische Staat selbst mit den dazu geschaffenen Organen oder von ihm beauftragten Einrichtungen, Organisationen usw. den Handel mit ausländischen Partnern und Staaten betreibt und abwickelt.“⁹⁰⁹

Aufgrund des Außenhandelsmonopols⁹¹⁰ liegt die Durchführung des gesamten Außenhandels beim Ministerium für Außenhandel (MAH) als oberstes Organ. Mit Hilfe des Export- und Importplanes bestimmt und kontrolliert der Staat unmittelbar „was in welchem Umfang aus- bzw. eingeführt wird.“⁹¹¹

Unter Kontrolle und Anleitung des zuständigen Außenhandelsbetriebes (AHB) sowie Genehmigung durch den Minister für Außenhandel kann Kombinat oder Betrieb die Befugnis zur Durchführung von Eigengeschäften im Außenhandel erteilt werden. Diese Sonderfälle umfassen Ersatzteillieferungen sowie Montage- und Garantieleistungen. Grundlage bildet eine Eigengeschäftsvereinbarung (Export) zwischen dem AHB und Kombinat bzw. Betrieb. Zahlungen der ausländischen Partner erfolgen ausschließlich an den AHB.

⁹⁰⁶ Boettcher, Erik: Außenhandelsmonopole, in: HdSW, 1. Bd., Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1956, S. 478.

⁹⁰⁷ Vgl. Autorenkollektiv, Brendel, Gerhard/ Schrader, Horst (Hrsg.): Lexikon des Außenhandels, S. 33.

⁹⁰⁸ Außenwirtschaftsmonopol, sozialistisches, in: Borchert, Hans (Hrsg.): Lexikon der Wirtschaft, Industrie, Berlin 1970, S. 116.

⁹⁰⁹ Ebd., S. 117.

⁹¹⁰ Für Kontrollen auf dem Gebiet der Außenwirtschaft wurde zur Einhaltung des sozialistischen Außenhandelsmonopols die „Staatliche Außenwirtschaftsinspektion“ eingerichtet. (GBl. II, 1970, S. 419 ff.) Der Bereich Kommerzielle Koordinierung, mit dem Ziel der Devisenerwirtschaftung unter Alexander Schalck-Golodkowski, lief natürlich außerhalb dieser staatlichen Kontrolle und wurde weitgehend vom Ministerium für Staatssicherheit gesteuert.

⁹¹¹ Vgl. Autorenkollektiv, Brendel, Gerhard/ Schrader, Horst (Hrsg.): Lexikon des Außenhandels, S. 33.

Nach dem Valutamonopol⁹¹² werden alle Valutabeziehungen des Landes vom sozialistischen Staat geleitet und geplant einschließlich Organisation und Kontrolle der Durchführung. Es bestehen folgende Merkmale:

- alle Valutamittel werden beim Staat konzentriert
- der Staat bestimmt die Leitungsorgane der Valutabeziehungen
- die internationalen Valutabeziehungen werden aufgrund staatlicher Pläne und Bilanzen durchgeführt
- der internationale Zahlungsverkehr wird durch die Staatsbank bzw. von ihr beauftragten Banken abgewickelt
- der Staat erläßt Regelungen zu der Aus- und Einfuhr von Währungen.

Am 19. Dezember 1973 wurde das Devisengesetz mit fünf Durchführungsbestimmungen und Regelungen über den Erwerb, Besitz und Umlauf von Devisenwerten u.a. erlassen.⁹¹³

Zu den Devisenwerten gehören u.a. auch Vermögensrechte, Grundstücke und bewegliche Sachen von Deviseninländern im Devisenausland.

Für das Außenhandelstransportmonopol ist das Ministerium für Verkehrswesen (MfV) zuständig. Ausführende Einheiten sind im wesentlichen das VE Kombinat Deutrans, das Kombinat Seeverkehr, die Deutsche Reichsbahn und die Interflug GmbH.

Die staatliche Außenwirtschaftsinspektion kontrolliert als Organ des MAH die plangerechte Erfüllung der Ex- und Importaufgaben.⁹¹⁴

Durch das sozialistische Außenhandelsmonopol wird die Binnenwirtschaft von der Außenwirtschaft abgekoppelt. Alleiniger Träger der Außenwirtschaft ist der Staat. In den Kombinat und Betrieben existieren keine Außenwirtschaftsbeziehungen, es fehlen die hiermit verbundenen Kontakte und Netzwerke einschließlich direkter Informationen über Märkte, Konkurrenten usw.

Bereits unter der nationalsozialistischen Herrschaft (1933-1945) erfolgte eine Abkopplung der Außenwirtschaft von der Binnenwirtschaft durch Verschärfung der im Juli 1931 eingeführten Devisenbewirtschaftung.⁹¹⁵

⁹¹² Vgl. ebd., S. 187.

⁹¹³ Vgl. GBl. I, 1973, S. 579-590.

⁹¹⁴ Vgl. Autorenkollektiv, Brendel, Gerhard/ Schrader, Horst (Hrsg.): Lexikon des Außenhandels, S. 37 f.

⁹¹⁵ Vgl. Diehl, Markus Albert: Von der Marktwirtschaft zur nationalsozialistischen Kriegswirtschaft. Die Transformation der deutschen Wirtschaftsordnung 1933-1945, Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Nr. 104, hrsg. von Jürgen Schneider/ Markus A. Denzel/ Rainer Gömmel und Margarete Wagner-Braun, Stuttgart 2005, S. 43 f.

Der freie Devisenverkehr wurde beendet und eine zentrale Erfassung und Zuteilung aller Devisen eingeführt,⁹¹⁶ um Devisenabflüsse und eine Kapitalflucht nach der Weltwirtschaftskrise zu verhindern.

Mit dem Neuen Plan vom 23.9.1934⁹¹⁷ wurde verschärfend ein Zuteilungsverfahren für jedes einzelne Einfuhrgeschäft eingeführt.⁹¹⁸ Es durfte nur noch importiert werden, was die staatlichen Überwachungsstellen zur Sicherstellung der Einfuhr von rüstungsrelevanten Gütern in Ausrichtung auf die Aufrüstung und Kriegsvorbereitung für nötig hielten.⁹¹⁹ Der Außenhandel wurde jedoch nicht durch staatliche Institutionen, sondern über Lenkungsmaßnahmen der Devisenzwangswirtschaft in den Unternehmen realisiert.

Eine marktwirtschaftliche Steuerung des Außenhandels in Ausrichtung auf die Bedürfnisse der Konsumenten war auch in diesem Wirtschaftssystem beseitigt.

Nach Walter Eucken ist die „zentrale Außenhandelslenkung im Rahmen der Devisenzwangswirtschaft schlechthin außerstande, einen sinnvollen Außenhandel durchzuführen“.⁹²⁰ Fritz W. Meyer hat in einer Rede vom September 1948 in Marburg die Situation so gekennzeichnet: „Woher sollten die Leiter der Devisenbewirtschaftung z. B. wissen, ob und inwieweit die Einfuhr von Leder wichtiger ist als von Phosphaten oder von Raffinadekupfer? Alle Kalorienrechnungen oder sonstige technische Kriterien, Dringlichkeitsstufen, die in der Praxis der zentralen Außenhandelslenkung verwendet werden, sind plumpe Behelfe, die in keiner Hinsicht eine richtige Wirtschaftsrechnung ersetzen können. Das Verfahren unserer Landeswirtschaftsämter für solche Anträge auf Rohstoffeinfuhren zu Veredelungszwecken befürwortend weiterzuleiten, bei denen der Reexport mindestens den dreifachen Devisenerlös erbringt, ist bezeichnend für die rührende Hilflosigkeit, in der man dem Problem einer volkswirtschaftlich richtigen Lenkung des Außenhandels gegenübersteht. [...] Aus der theoretischen Überlegung geht hervor, daß die Außenhandelslenkung im Rahmen der Devisenbewirtschaftung nicht imstande ist, den Außenhandelsverkehr auf sein volkswirtschaftliches Optimum einzusteuern. Sie weiß weder im einzelnen noch im ganzen mit Sicherheit zu sagen, ob der Nutzenentgang durch Aus-

⁹¹⁶ Vgl. ebd., S. 39.

⁹¹⁷ Reichsgesetzblatt - RGBl. I 1934, S. 816-866 und entsprechende spätere Verordnungen der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung. Vgl. dazu Benning, Bernhard: „Der Neue Plan“ und die Neuordnung der deutschen Außenwirtschaft, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 2/1935, Jena 1935, S. 35-62.

⁹¹⁸ Vgl. Diehl, Markus Albert: Von der Marktwirtschaft zur nationalsozialistischen Kriegswirtschaft, S. 34.

⁹¹⁹ Vgl. ebd., S. 44.

⁹²⁰ Eucken, Walter: Deutschland vor und nach der Währungsreform, S. 354.

fuhr dem Nutzenzugang durch Einfuhr entspricht. *Es ist also ein Außenhandel im Dunkeln, der da getrieben wird*“.⁹²¹

Walter Eucken fährt fort: „Absolute Export- und Importziffern besagen sehr wenig. Wenn etwa Holz in großen Mengen exportiert wird, so ist unter Umständen der Nutzenentgang durch den Export wesentlich größer als der Nutzenzugang durch Güter, die dafür eingeführt werden. Eine *sinnvolle Wirtschaftsrechnung* auch im Außenhandelsverkehr ist notwendig, um eine Anpassung des deutschen Wirtschaftsprozesses an die Wirtschaftsprozesse anderer Länder zu ermöglichen. Wie aber kann dies geschehen? – Nur dadurch, daß der Wechselkurs wieder ein Gleichgewichtskurs wird. Dadurch also, daß von der Devisenbewirtschaftung grundsätzlich Abstand genommen wird. Erst dann wird die Auslese der exportierten und importierten Waren, wird also der Ausgleich der Zahlungsbilanz in ökonomisch zweckmäßiger Weise vor sich gehen“.⁹²²

Das Machtmonopol auf der „wichtigen Kommandohöhe der sozialistischen Außenwirtschaft“ nutzte der SED nichts, da sie für die Ein- und Ausfuhren keine ökonomischen Kriterien besaß. Dies soll an einem Beispiel aufgezeigt werden. Die sogenannte „Kaffeekrise“ verärgerte die Bevölkerung der DDR:

„*Honeckers Krönung*“: „Um Devisen zu sparen, beschloß das Politbüro im Sommer 1977, die Kaffee-Einfuhren zu verringern. Daraufhin nahm das Ministerium für Handel und Versorgung die meistgekaufteste Kaffee-Sorte ‚Kosta‘ unangekündigt aus den Regalen und ersetzte sie durch einen in Silberfolie verpackten ‚Kaffee-Mix‘. Dieser Ersatzkaffee, den der Volksmund bald ‚HoMo‘ – Honeckers Mokka – taufte, war zwar geringfügig billiger als der Bohnenkaffee, dafür aber auch nur zur Hälfte aus Kaffeebohnen gewonnen. Die andere Hälfte bestand laut der Werbung des Herstellers VEB Kaffee Halle aus ‚fein abgestimmten Kaffeesurrogaten‘. Angesichts des üblen Geschmacks dieser Ersatzstoffe, die der *Spiegel* mit den Worten ‚muffig-erdig, wirklich gemein‘ beschrieb, wird der große Unmut verständlich, den der Schwindel in der Bevölkerung erregte. In einem Betrieb in Karl-Marx-Stadt legten die Beschäftigten wegen der Kaffeepreis-Politik sogar spontan die Arbeit nieder. Etwa 50 Arbeiter wurden von den Betriebskampfgruppen und dem Staatssicherheitsdienst festgenommen und aus dem Werk abtransportiert“.⁹²³

Im Dezember 1977 kaufte die SED-Führung vom Volkswagenkonzern 10.000 VW-Golf, „obwohl sie sich bislang gegen Auto-Importe aus dem

⁹²¹ Zitiert nach ebd., S. 354 f.

⁹²² Ebd., S. 355.

⁹²³ Geppert, Dominik: Störmanöver. Das „Manifest der Opposition“ und die Schließung des Ost-Berliner „Spiegel“-Büros im Januar 1978, Berlin 1996, S. 27.

Westen gesträubt hatte. Die meisten DDR-Bürger reagierten auf den Handel mit Verständnislosigkeit und Ärger. Sogar viele SED-Mitglieder äußerten offen Kritik. ‚Ist ein solcher Einkauf angesichts der wachsenden außenwirtschaftlichen Belastungen vertretbar?‘ fragten die Genossen. Andere kritisierten: ‚Diese Valutabeträge hätten wir lieber für volkswirtschaftlich nützlichere Erzeugnisse oder Geräte verwenden sollen.‘ Die Parteimitglieder an der Humboldt-Universität wollten wissen, warum man Westautos kaufe und nicht Fachbücher, ‚die uns helfen würden bei der Mitbestimmung des Weltniveaus‘. Viele erinnerten sich an die Versuche der Partei, beim Kaffee-Import Devisen einzusparen, und fragten, wieso gleichzeitig für die Volkswagen harte Währung ausgegeben werde. Im sächsischen Klingenthal fand die SED-Kreisleitung eine Postkarte in ihrem Briefkasten, auf der zu lesen war: ‚an sed-kl (auch kreml genannt) – teure genossen – arbeiter und bauern waren fleiszig – jetzt geht’s auf die 30 – die kleinen leute laufen sich den wolf – die großen fahren mit dem golf – kein odol im laden, aber paraden – es lebe unser arbeiter- und bauernstaat – oder – der untergang ist uns gewisz – denkt mal richtig nach‘. Unterzeichnet war die Karte mit ‚gruppe alter ehrlicher genossen, keine materialisten‘.⁹²⁴

Der Konsument spielt im sozialistischen Außenwirtschaftsmonopol der DDR keine Rolle - der Konsument ist auch hier entthront.

Im Außenhandel mit den westlichen Ländern traf die DDR auf marktwirtschaftliche Verhältnisse. Aus der Exportfähigkeit ihrer Produkte und den dafür erzielbaren Devisenerlösen in Relation zu dem hierfür erforderlichen Betriebsaufwand als Exportrentabilität läßt sich eine Aussage über die Leistungsfähigkeit der DDR-Wirtschaft ableiten. In diese Ermittlung wird die von den Exportbetrieben an die Außenhandelsbetriebe zu leistende Handelsspanne einbezogen.

Die in verschiedenen westlichen Währungen anfallenden Umsätze mußten zur Erfassung im Rechnungswesen der Betriebe in Mark der DDR umgerechnet werden. Für diese Binnenwährung gab es keine auf Märkten gebildeten Währungsparitäten. Als Basis für die Umrechnung von Westwährungen wurde daher die DM zugrundegelegt um aus politischen Gründen (Transferzahlungen, vermögensrechtliche Aspekte gegenüber der BRD u.a.) der Kurs von 1 DM=1 Mark der DDR festgelegt und bis 1990 beibehalten.

Andere Westwährungen wurden nach ihrem Kurs gegenüber der DM bewertet. Hierzu regelt § 9 Abs. 4 im Gesetz über die Staatsbank der Deutschen Demokratischen Republik vom 19. Dezember 1974: ‚Der Präsident der Staatsbank setzt im Rahmen der vom Ministerrat getroffenen Entschlei-

⁹²⁴ Ebd., S. 28.

dungen die Umrechnungskurse fremder Währungen zur Währung der Deutschen Demokratischen Republik fest und veröffentlicht sie.“⁹²⁵

„Für die Planung und Abrechnung des Außenhandels wurde die ‚Valutamark‘ eingeführt, die praktisch einer DM-West entspricht.“⁹²⁶

Die Valutamark stellt keine eigenständige Verrechnungseinheit dar, sondern dient als eine Art Sortierungsmerkmal für die nach der Umrechnung entstandenen Beträge in Mark der DDR. Diese auf Devisengrößen basierenden Beträge werden zur Ableitung von Exportergebnissen im Rechnungswesen der Betriebe auf gesonderten Konten erfaßt. So werden z.B. nach dem Kontenrahmen 1990 Industrie⁹²⁷ im Ausland entstandene Devisenaufwendungen für Repräsentation auf dem Konto 377 „Repräsentationen – Valutamark“ und die entsprechenden inländischen Kosten auf dem Konto 3254 „Repräsentationen“ ausgewiesen.

Klaus Krakat hat für einige ausgewählte Industriekombinate nach dem Stand 1989 den jeweiligen Betriebsaufwand für eine VM ermittelt.⁹²⁸ Aus der Relation von Devisenerlös (DM= „VM“) zu dem jeweiligen Exportaufwand wird die sog. „Devisenertragskennziffer“ abgeleitet. Diese Kennziffer drückt aus, in welcher Relation der Betriebsaufwand durch den Devisenerlös gedeckt ist.

⁹²⁵ Vgl. GBl I 1974, S. 580 – In der vorhergehenden Fassung des Gesetzes über die Staatsbank der Deutschen Demokratischen Republik vom 1. Dezember 1967 fehlt in §7 Absatz 3 der bestimmende Zusatz „im Rahmen der vom Ministerrat getroffenen Entscheidungen“, Vgl. GBl I 1967, S. 132

⁹²⁶ Schalck, Alexander/König, Herta: Zur Entwicklung des Kurses der Mark der DDR zu kapitalistischen Währungen seit 1949. Geheime Verschlusssache (GVS b 5 – 1374/88), Berlin 1988, abgedruckt bei Schwarzer, Oskar: Sozialistische Zentralplanwirtschaft in der SBZ/DDR. Ergebnisse eines ordnungspolitischen Experiments (1945-1989), Stuttgart 1999, S. 314 ff.

⁹²⁷ Kontenrahmen 1990 Industrie, Herausgeber Ministerrat der DDR, Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Berlin (Ost), 1989, S. 75

⁹²⁸ Krakat, Klaus: Probleme der DDR-Industrie im letzten Fünfjahrplanzeitraum (1986-1989/90), in: Gutmann, Gernot/Buck, Hannsjörg F.: Die Zentralplanwirtschaft der DDR - Funktionsweise, Funktionsschwächen und Konkursbilanz, S. 151 f.

Die von Krakat ermittelten Daten zeigen nachstehende Ergebnisse:

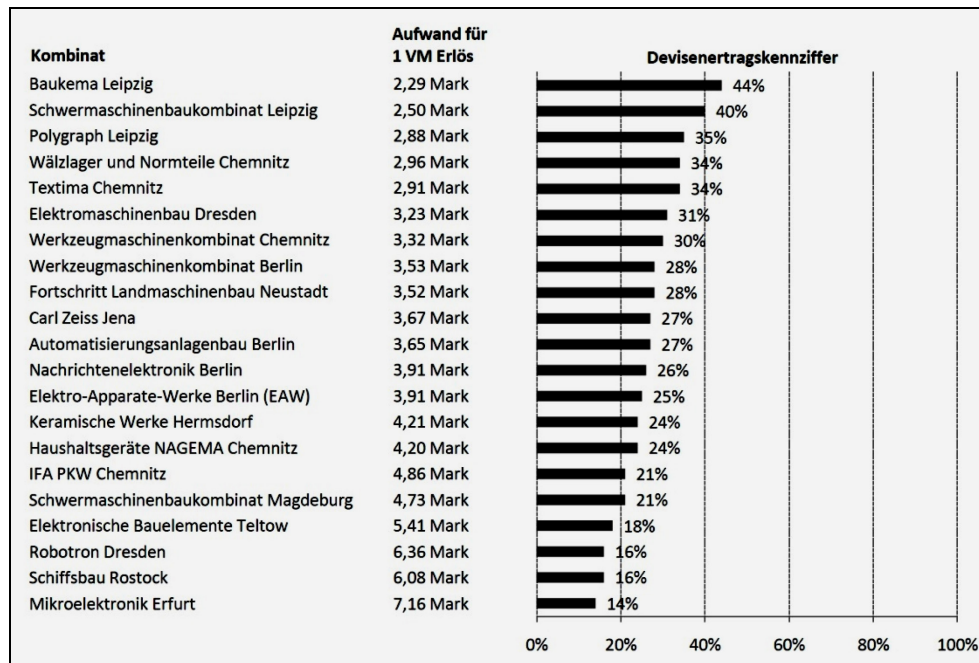


Abbildung 22: Betriebsaufwand in Mark der DDR für 1 „VM“=1 DM Erlös aus NSW Export und Devisenertragskennziffer

Quelle: eigene Darstellung auf der Grundlage von Krakat, Klaus: Probleme der DDR-Industrie im letzten Fünfjahrplanzeitraum (1986-1989/90), S. 151

Bei den aufgeführten Werten handelt es sich um Durchschnittsgrößen für das jeweilige Kombinat. Innerhalb der angeschlossenen Kombinatbetriebe gab es Streuungen mit im Einzelfall abweichenden ungünstigeren Devisenertragskennziffern. Im Kombinat Elektrotechnik/Elektronik sowie in der Lebensmittelindustrie liegt der Inlandsaufwand je Valutamark über 17 Mark, die Devisenertragskennziffer als Deckungsgrad beträgt knapp 6%. Dies zeigt nachstehende bei Oskar Schwarzer wiedergegebene Übersicht:

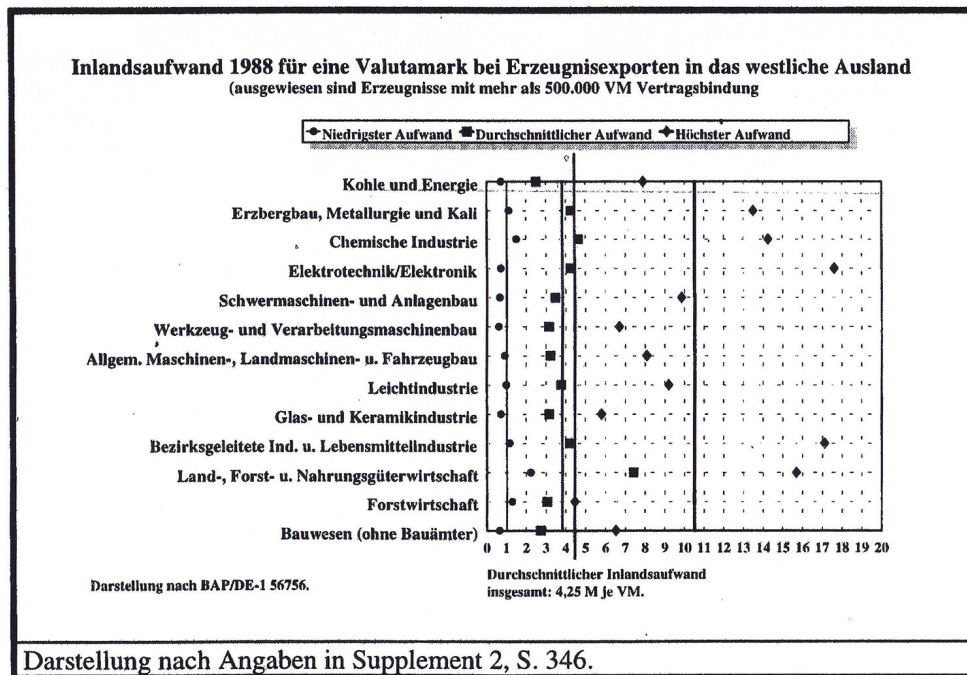


Abbildung 23: Niedrigster und höchster Inlandsaufwand 1988 für eine Valutamark nach Wirtschaftszweigen

Quelle: Schwarzer, Oskar: Sozialistische Zentralplanwirtschaft in der SBZ/DDR, S. 128

In der Ergebnisrechnung von Betrieben mit Außenwirtschaftsleistungen wird das sog. „Einheitliche Betriebsergebnis“ (EBE) ausgewiesen, das sich aus dem

Ergebnis Inland und
Ergebnis Export zusammensetzt.

Bei einem Ansatz der reinen Devisenerlöse würden sich bei sämtlichen in der vorstehenden Übersicht aufgeführten Kombinatens jeweils negative Exportergebnisse ergeben und zu mangelndem Interesse an Exportleistungen führen.⁹²⁹

⁹²⁹ Zur Stimulierung der Exporterlöse wurden u.a. zusätzliche Zuführungen zum Prämienfonds für die Mitarbeiter in den Betrieben gewährt. Als Zuführungskriterien galt die Verbesserung der Exportrentabilität gegenüber dem Plan, die Steigerung der Exporte insbesondere in das nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet. Bei Nichterfüllung der Planvorgaben wurden Abzüge vorgenommen. Die Zuführungssätze für Exporterlöse im nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet waren prozentual gestaffelt und wurden gegenüber dem sozialistischen Wirtschaftsgebiet verdoppelt.

Dagegen steht der Zwang zur Erzielung möglichst ausreichender Devisenerlöse zur Bezahlung von Importen und Bedienung von Krediten in ausländischer Währung. Zum Ausgleich wurde der sog. Richtungskoeffizient (RiKo) eingeführt, der auf den von der Staatsbank veröffentlichten Devisenkurs aufgeschlagen wird.

Die daraus resultierenden Mehrerlöse werden aus dem Staatshaushalt finanziert. Bei den Importen entfaltet der RiKo die gewünschte gegenläufige Entwicklung einer Importvermeidung. In dem Zeitraum 1977-1988 zeigt der RiKo und die daraus abgeleitete Devisenertragskennziffer als Durchschnittsgröße nachstehende Entwicklung:

Tabelle 40: Die Entwicklung des Richtungskoeffizienten (RiKo) 1970-1988

	Interner Kurs der DM incl. „RiKo“	Index	Devisenertragskennziffer*	Index
1970	1,80	41	0,537	100
1975	2,20	50	0,519	97
1980	2,50	57	0,454	85
1985	2,60	59	0,338	63
1987	4,00	90	0,255	47
1988	4,40	100	0,246	46

* Devisenertragskennziffer = erwirtschafteter Valutamarkterlös pro Mark der DDR
Quelle: Schwarzer, Oskar: Sozialistische Zentralplanwirtschaft in der SBZ/DDR S. 165, 326

Der RiKo läßt sich als eine Art bereinigter Devisenkurs einstufen, der sich in dem dargestellten Zeitraum um ca. 250 % verschlechterte. Mußte die DDR im Jahre 1970 für eine DM (=Valutamark) Waren für 1,80 Mark der DDR exportieren, so stieg dieser Einsatz im Jahre 1988 auf 4,40 Mark der DDR.

„Was beim Export an Inlands'wert' bereits verloren ging, wirkte beim Import ein zweites Mal als Quelle ökonomischer Verluste.

Eine Anlage, in der BRD für eine Million DM erworben, mußte vom Käufer in der DDR mit 4,4 Millionen Mark – 1985 wären es noch 2,5 Millionen gewesen – zuzüglich Handelskosten bezahlt und dann selbstredend auch abgeschrieben werden. Der circulus vitiosus liegt auf der Hand, die

Ineffizienz im Verkauf wird zum Ausgangspunkt erneuter Verlustwirtschaft⁹³⁰.

Bei den Exporten von Agrarprodukten in das westliche Ausland fiel die Devisenertragskennziffer in den letzten Jahren der DDR noch stärker als der gesamtwirtschaftliche Durchschnitt.

Die stetige Verschlechterung der Leistungsfähigkeit der DDR – die u.a. in der Entwicklung des Riko und den terms of trade⁹³¹ zum Ausdruck kommt – führte zu steigenden Valutaverbindlichkeiten gegenüber dem westlichen Ausland mit entsprechenden Belastungen für Zinsen und Kreditstilgungen. In einer Analyse von Ernst Höfner (Minister für Finanzen der DDR) und Horst Kaminsky (Präsident der Staatsbank der DDR)⁹³² wird die Entwicklung der Verschuldung gegenüber dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet und die steigende Belastung für deren Rückzahlung dargestellt:⁹³³

Tabelle 41: Entwicklung der Valutaverschuldung

	Valutaverbindlichkeiten (nach Saldierung mit Valutaforderungen)		erforderlicher Aufwand für Rückzahlung in Mark der DDR	
	<u>Mrd. Valutamark</u> (1 VM= 1 DM)	Index	<u>Mrd. Mark</u>	Index
1970	2,2	100	4,3	100
1980	25,3	1.150	60,5	1.407
1987	34,7	1.577	138,9	3.230

Quelle: Schwarzer, Oskar: Sozialistische Zentralplanwirtschaft in der SBZ/DDR. Ergebnisse eines ordnungspolitischen Experiments (1945-1989), Stuttgart 1999, S.328; mit eigener Ergänzung der Indexspalten.

Die Autoren führen weiter aus, daß im Zeitraum 1981-1987 für Zinsen und Kreditkosten 35,6 Mrd. Valutamark (1 VM= 1 DM) aufgewendet wer-

⁹³⁰ Kusch, Günter et al.: Schlußbilanz – DDR, Fazit einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik, S. 24.

⁹³¹ Die terms of trade werden – vereinfachend dargestellt – durch die Verhältniszahl von Exportgüterpreisniveau und Importgüterpreisniveau ermittelt.

⁹³² Vgl. dazu Schwarzer, Oskar: Sozialistische Zentralplanwirtschaft in der SBZ/DDR. Ergebnisse eines ordnungspolitischen Experiments (1945-1989), Stuttgart 1999, S. 323-331.

⁹³³ Vgl. ebd., S. 328.

den mußten, denen ein Exportüberschuß von lediglich 16 Mrd. Valutamark (1 VM= 1 DM) gegenüberstand. Im Jahr 1987 mußten für Zinsen und Kreditkosten rd. 5 Mrd. Valutamark (1 VM= 1 DM) aufgewendet werden, was eine Exportleistung von 20 Mrd. Mark erforderte. Diese Größenordnung beträgt rd. 40% des Jahresexports in das nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet und überschreitet „[...] den jährlichen Zuwachs an produziertem National-einkommen beträchtlich.“⁹³⁴ Es mußten neue Kredite aufgenommen werden, die Spirale ständig steigender Belastungen drehte sich immer weiter.

Die negative Entwicklung der Devisenertragskennziffer dokumentiert den rasanten Leistungsverfall der DDR-Wirtschaft und rückläufige Exportmöglichkeiten auf den westlichen Märkten. Der dadurch verursachte Devisenmangel und die steigende Auslandsverschuldung schränkten die Importmöglichkeiten für dringend benötigte moderne Industrieausrüstungen und damit für eine Innovation auf Weltmarktniveau ein. Rückläufige Produktqualitäten ließen eine Konkurrenzsituation gegenüber Schwellenländern entstehen. Der steigende Devisenbedarf für Energie und Rohstoffe erhöhte die Kluft zwischen Exporten und Importen. Aufgrund des Devisenmangels begannen im Energiebereich nach der Ölkrise 1973/74 und 1979/81 Autarkiebestrebungen durch den Ausbau substituierender Eigenerzeugung. Die damit verbundenen Kostensteigerungen führten zwangsläufig zu Einschränkungen in den übrigen Wirtschaftsbereichen. Die Elektroenergiegewinnung basierte schließlich zu 80% auf der Braunkohle mit einem geringen Brennwert. Durch die einseitige Ausrichtung von Anlagenimporten auf politische Prestigeprojekte (z.B. Mikroelektronik) ohne ökonomischen Nutzen wurden die knappen Mittel durch Fehlinvestitionen absorbiert.

Eine weitere Einschränkung bedeutet die starke wirtschaftliche Verflechtung mit der UdSSR und dem „Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW), insbesondere im Investitionsgüterbereich. So produzierte die DDR sämtliche Fischtrawler für das RGW.⁹³⁵

10.2 Naturaltausch im „Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW)

Beim sozialistischen Außenhandel der DDR muß man zwei Bereiche unterscheiden. „Was im Westen nicht verkauft werden konnte, wurde der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Bruderländern angeboten“.⁹³⁶

⁹³⁴ Ebd., S. 328.

⁹³⁵ Gespräch mit Prof. em. Dr. A. Dudzus (DDR-Schiffsbaukombinat) am 12.11.1996 in Rostock.

⁹³⁶ Przybylski, Peter: Tatort Politbüro, Bd. 2, Berlin 1992, S. 65.

Unter Führung der Sowjetunion war im Januar 1949 der *Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)* gegründet worden. Dem RGW gehörten an: die UdSSR, Bulgarien, CSSR, DDR (seit 1950), Kuba (seit 1972), Mongolei (seit 1962), Polen, Rumänien und Ungarn. Ziel war eine „Vertiefung der sozialistischen internationalen Arbeitsteilung und eine sozialistische Integration“.⁹³⁷ Als reine Binnenwährung „[...] bleibt der Umlauf von Geldzeichen sozialistischer Staaten auf die jeweiligen Länder beschränkt“.⁹³⁸ Alle sozialistischen Währungen waren auch untereinander nicht konvertierbar. Der eingeführte sog. „Transferrubel“ fungierte lediglich als Verrechnungseinheit.

Der Handel innerhalb des RGW war bilateral. Der Bilateralismus⁹³⁹ geht auf die Weltwirtschaftskrise (1929-1933) mit der Folge von Devisenzwangswirtschaft zurück.

Die Sowjetunion war der Garant für die Macht der SED-Nomenklatura in der SBZ/DDR. Es war daher konsequent, daß die Wirtschaft der SBZ/DDR über den RGW als Partner in die Wirtschaft der Sowjetunion eingebunden wurde.

Die Wirtschaft von Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Berlin stellte bis 1945 hochwertige, d. h. hoch veredelte Waren für den deutschen Export her. Die Einbindung in die Wirtschaft der Sowjetunion zerstörte diese arbeitsteiligen Wirtschaftsstrukturen und führte dazu, daß die SBZ/DDR-Wirtschaft von Anfang an nicht mehr Produkte für den Export in westliche Länder herstellen konnte.

Als Folge des Eisernen Vorhanges und die Trennung in zwei Lager zeigt die europäische Außenhandelsverflechtung bereits 1947 gegenüber 1938 eine fundamentale Richtungsänderung. Die Warenströme der Bundesrepublik Deutschland fließen seit 1947 insbesondere nach Westeuropa und in die USA und die der DDR in die osteuropäischen Staaten und in die UdSSR – wie nachfolgende Abbildung zeigt.

⁹³⁷ Meyers Neues Lexikon, 2. Aufl., Bd. 11, Leipzig 1974, S. 347.

⁹³⁸ Joswig, Heinz: Finanzsystem und Währung, in: Das Finanzsystem der DDR, Berlin 1962, S. 641.

⁹³⁹ Pütz, Theodor: Bilateralismus, in: HdSW, 2. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1959, S. 268 f.

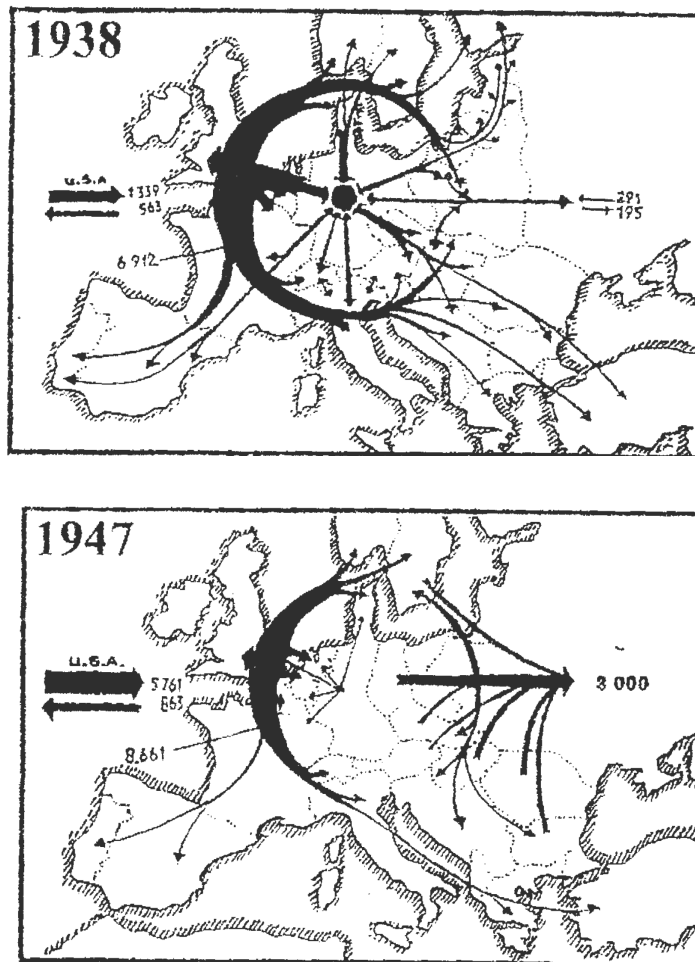


Abbildung 24: Die europäische Außenhandelsverflechtung 1938 und 1947 (Mio. US-\$)

Quelle: F. Baade, Deutschlands Wiedereinschaltung in die Weltwirtschaft, abgedruckt bei Oskar Schwarzer: Sozialistische Zentralplanwirtschaft in der SBZ/DDR, S. 17

Der Handel zwischen den RGW-Ländern war ein Naturaltausch von zwei Handelspartnern. Die Produkteinheiten z.B. eine Tonne (t) Kohle wurden mit den Preisen der westlichen Marktwirtschaften bewertet. Ebenso wurden dann eine Tonne (t) Eisenerz bewertet. Beide Summen konnte man

jetzt addieren. Das nicht konvertierbare sozialistische Geld diente nur als Verrechnungseinheit. Es erlaubte Kohle und Eisenerze zu addieren. „Im Interesse der Sicherheit ihres Außenhandels einigten sich die RGW-Länder bereits 1959 darauf, die durchschnittlichen Weltmarktpreise der letzten 5 Jahre vor dem laufenden Jahr im gegenseitigen Handel anzuwenden“.⁹⁴⁰

„Das staatliche Außenhandels- und Valutamonopol war untrennbarer Bestandteil der Zentralverwaltungswirtschaft, die ohne dieses Monopol überhaupt nicht durchsetzbar gewesen wäre.“⁹⁴¹ Die Verflechtungsbilanzen waren schon bei der Aufstellung der gütergelenkten Zentralplanung nicht überschaubar, so konnte es das System der Außenhandelsbilanzen um so weniger sein. „Der naturalwirtschaftliche Charakter der zentralen Planwirtschaften bestimmte weitgehend die Strukturen der außenwirtschaftlichen Beziehungen der RGW-Länder. [...] Die RGW-Preisbildungsprinzipien boten bei großen Produktivitätsunterschieden der Länder wenig Anreiz zu intensiverer Arbeitsteilung. Jedes RGW-Land war vor allem am Verkauf von Fertigprodukten, aber nicht an der Rolle des Zulieferers interessiert. Es entstanden in allen RGW-Ländern ähnliche Strukturen, die selbst bei Finalerzeugnissen nur einen geringen Sortimentsaustausch, wie z.B. bei Industriegütern für die Bevölkerung, wie Pkw, Unterhaltungselektronik, Kühlmöbel u.ä., zur Folge hatten. Die Errichtung gemeinsamer Betriebe – die DDR war insgesamt nur an zwei Betrieben beteiligt – erwies sich als wenig tragfähig. Letzten Endes waren es aber vor allem der Bilateralismus der Außenhandelsbeziehungen und das Fehlen einer – wenigstens im Rahmen der RGW-Länder – konvertiblen Währung, die die RGW-Strukturen zunehmend erstarren ließen“.⁹⁴² Der transferable Rubel als „kollektive sozialistische Währung“ fungierte als Verrechnungseinheit in einem multilateralen Clearing über die sozialistische Internationale Bank für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (IBWZ).

Ab 1948 wickelte die SBZ/DDR bis zu drei Viertel ihres Außenhandelsumsatzes mit den sozialistischen Ländern im RGW ab. Das führte zum arbeitsteilig ineffizienten komplementären Warenaustausch für die DDR. Sie wurde zum wichtigsten Investitionsgüterlieferanten im RGW. So gingen bis zu 85 % ihrer Maschinenbauerzeugnisse, 90 % des Chemieanlagenbaus und 100 % des Schiffbaus in die Sowjetunion bzw. in den RGW. Dafür erhielt sie überwiegend Rohstoffe und Halbfabrikate. Die Liefermöglichkei-

⁹⁴⁰ Kusch, Günter et al.: Schlußbilanz – DDR, Fazit einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik, S. 35.

⁹⁴¹ Ebd., S. 131.

⁹⁴² Ebd., S. 131 f.

ten in das westliche Ausland waren durch diese hohe Blockverflechtung erheblich begrenzt.⁹⁴³

10.3 Die Zahlungsbilanz regiert. Zunehmende „Hans-im-Glück-Geschäfte“ im westlichen Außenhandel - Der Bereich „Kommerzielle Koordinierung“ (KoKo) unter Schalck-Golodkowski ab 1966-1989

Die innere Logik der güterwirtschaftlich gelenkten sozialistischen Zentralplanwirtschaft „gab die Doktrin, daß vor die Effizienz der Wirtschaft die Machtausübung und -erhaltung der SED zu stellen ist“.⁹⁴⁴ Die Sicherung der Liquidität der DDR gegenüber den westlichen Banken war für den Machterhalt der SED von alleroberster Priorität. „Der Kehraus der Wirtschaft zugunsten des Exports für harte westliche Devisen – zum geflügelten Wort entwickelte sich ‚die Zahlungsbilanz regiert‘ – konnte nicht ohne Versorgungsprobleme im Innern bleiben“.⁹⁴⁵

Der Devisenhunger ließ die SED-Führung alle nur denkbaren Möglichkeiten zur Erlangung von Devisen ausschöpfen. Unter dieser Zielsetzung wurde der Bereich „Kommerzielle Koordinierung“ (KoKo) am 15. September 1966 offiziell etabliert. Er erhielt einen Sonderstatus, war unabhängig vom Planungssystem und von der Außenhandelsbürokratie, er war ein „Staat im Staate“.⁹⁴⁶ „Das Unternehmen war ganz nach internationalen marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten und dem Motto ‚pecunia non olet‘ organisiert. Es gab kaum ein Geschäft, das das Imperium Schalck-Golodkowski nicht betrieb. Für Honecker und Mittag, dem das Unternehmen persönlich unterstand, war der Bereich *Kommerzielle Koordinierung der letzte Rettungsanker zur Sicherung der Liquidität der DDR sowie zur Durchführung aller möglichen Feuerwehreaktionen für die Versorgung der Bevölkerung, wenn Mißstände in der Warenbereitstellung einen für die politische Stimmung im Lande kritischen Grenzwert zu überschreiten drohten*“.⁹⁴⁷

⁹⁴³ Vgl. Haendcke-Hoppe-Arndt, Maria: Außenwirtschaft und innerdeutscher Handel, in: Gutmann, Gernot/Buck, Hannsjörg F.: Die Zentralplanwirtschaft der DDR - Funktionsweise, Funktionsschwächen und Konkursbilanz, S. 55-66 (S. 56 f.) und Haendcke-Hoppe-Arndt, Maria: Stichwort Außenwirtschaft, in: Eppelmann, Rainer/ Möller, Horst et al. (Hrsg.): Lexikon des DDR-Sozialismus, Bd. 1 A-M, 2. Aufl., Paderborn, München, Wien, Zürich 1997, S. 110-116.

⁹⁴⁴ Vgl. Kusch, Günter et al.: Schlußbilanz – DDR, Fazit einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik, S. 86.

⁹⁴⁵ Ebd., S. 133.

⁹⁴⁶ Przybylski, Peter: Tatort Politbüro, Bd. 2, Berlin 1992, S. 247.

⁹⁴⁷ Kusch, Günter et al.: Schlußbilanz – DDR, Fazit einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik, S. 134.

Der Leiter von KoKo, Alexander Schalck-Golodkowski, konzentrierte sich zunächst auf Spekulationsgeschäfte mit Wertpapieren und Waren, den Handel mit Rohstoffen und Textilien, den Import von Gütern des gehobenen Bedarfs sowie auf die Einfuhr von westlicher Hochtechnologie (Technologietransfer). „Hinzu kam der Export von Waffen sowie der hemmungslose Schacher mit Kunstgegenständen und Antiquitäten, die Verschleuderung nationalen Kulturgutes eingeschlossen.[...] Denn der Mann hatte nicht nur Devisen, Bananen oder Apfelsinen zu beschaffen, sondern auch Güter verschiedenster Art, die die Hochburgen des Kapitals, allen voran die USA, auf die sogenannte Cocom-Liste gesetzt hatten. Im Sinne dieses Embargos galt alles Mögliche als ‚strategisch wichtig‘, vom elektronischen Kinderspielzeug bis zum Mikrochip⁹⁴⁸, u.a elektronische Bauelemente, IBM-Computer, Abhörwanzen bis zu Zielsuchgeräten für Kampf-Flugzeuge. Der Bereich KoKo hatte erhebliche Margen, jedoch fiktive und konspirativ abgeschirmte Importe. Die Qualität der Exportgüter nahm immer mehr ab, zunehmend reduzierte sich der Export auf Massengüter und landwirtschaftliche Produkte.

Schalck tätigte auch Sondergeschäfte. Das moralisch fragwürdigste der „Sondergeschäfte“ von Koko war der „Verkauf“ von in der DDR inhaftierten Häftlingen. 1964 erbrachte der Menschenhandel 340.000 DM, die zum Ankauf von Apfelsinen verwandt wurden.

Unter Honecker produzierte die Staatssicherheit die „politischen Häftlinge, also zog sie auch den Gewinn aus ihrer Vermarktung“.⁹⁴⁹

„Von 1975 an überschritten die jährlichen Erlöse die 100-Millionen-Schwelle. Zwei Jahre später erreichten die DDR-Unterhändler einen bombastischen Durchbruch, indem sie die Pro-Kopf-Prämie von 40.000 auf 95.847 DM hochschrauben konnten. Erst im Wendejahr 1989 ging man von der Bezahlung des Einzelfalles ab. ‚Am 31.8.1989 ist zwischen Staatssekretär Dr. Priesnitz‘, so Anwalt Vogel am 30. November an Krenz und Modrow, ‚und mir eine Pauschalierung vereinbart worden, um von dem Vorwurf der pro Kopf Rechnung wegzukommen‘. Alles in allem haben die Bundesregierungen von Adenauer bis Kohl für die seit 1963 freigekauften 33.755 Häftlinge sowie für die über 250.000 Familienzusammenführungen mehr als 3,5 Milliarden gezahlt. Bis auf ca. 130 Millionen ist diese Summe über die Konten des Alexander Schalck gewandert. Sein Stellvertreter Manfred Seidel, Offizier im besonderen Einsatz wie er, überwachte Zugänge und Abgänge des Kontos. Was die Verwendung des Honecker-Kontos anbetraf, beschönigte Seidel beträchtlich, als er im Februar 1990 dazu vor der Kripo aussagen mußte. Die Gelder des Kontos 628, so Seidel, seien ‚vorwiegend

⁹⁴⁸ Przybylski, Peter: Tatort Politbüro, Bd. 2, S. 266 f.

⁹⁴⁹ Ebd., S. 292.

für die Versorgung der Bevölkerung, d.h. Südfrüchte, Textilien und anderes und auch für Solidaritätszwecke, z.B. Weizen an Nicaragua' ausgegeben worden. Das stimmte erstens nur in Teilen und unterschlug darüber hinaus, daß Honecker immer erst dann in sein Füllhorn griff, wenn Werner Krolkowski, der regierungsseits für die Versorgung der Menschen verantwortlich war, laute Klagelieder im Politbüro anstimmte".⁹⁵⁰

Zu den Sondergeschäften gehörte auch der Waffenhandel, der von 1982 bis 1989 581 Millionen DM erbrachte.

Beim Sonderhandel mit Kunst und Antiquitäten gab es auch Kuriositäten, die aber zeigen, daß alles versucht wurde, um an DM zu gelangen. Am 16. Juni 1987 schrieb der Generaldirektor der Kunst- und Antiquitäten GmbH, J. Farken, an Schalck.⁹⁵¹

Werter Genosse Dr. Schalck!

Uns liegen Anfragen vor nach Ausrüstungsgegenständen, speziell schwere Technik, aus der Zeit des 2. Weltkrieges. Der Interessent will für diese Gegenstände insgesamt 1,5 Mio. VM investieren.

Am 20. Juli 1987 bin ich Gast beim Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Potsdam, Genosse Dr. Tschoppe, in seinem Gästehaus in Potsdam.

Dort hätte ich die Möglichkeit, dem Chef der GSSD unsere oben angeführten Bezugswünsche vorzutragen.

So soll sich z. B. im ehem. Olympischen Dorf ein Panzer der faschistischen Wehrmacht befinden sowie auf dem sowj. Militärflughafen Schacksdorf ein Bomber der faschistischen Luftwaffe „JU 88“.

Ich bitte um Ihre Zustimmung dem sowj. General unsere Bezugswünsche vorzutragen.

Mit sozialistischem Gruß

Farken

Die „Zahlungsbilanz regiert“ hieß, daß immer die nötigen Devisen zur Bezahlung der Zinsen und der Kreditraten vorhanden sein mußten, „um den Offenbarungseid des Großschuldners DDR noch einmal abzuwenden“.⁹⁵²

Die Zahlungsbilanz in harter westlicher Währung wurde täglich überwacht. „Mitunter schickte Schalck seine Agenten mit Unsummen von DDR-Mark in die Berliner Wechselstuben, um sie in Westmark umzurubeln. Sie hatten vorher ihre Uhren zu vergleichen, um auf die Se-

⁹⁵⁰ Ebd., S. 294.

⁹⁵¹ Ebd., S. 393.

⁹⁵² Ebd., S. 64.

kunde zeitgleich in mehreren Wechselstuben einzurücken. So wußte man dem vorzubeugen, daß die Wechselstubenbesitzer sich gegenseitig verständigten und den Wechselkurs höher setzten“.⁹⁵³

Bemerkenswert ist auch die Entdeckung von Peter von der Lippe⁹⁵⁴, daß die Parteispitze in Absprache mit dem Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Arno Donda, statistische Daten nachträglich manipulierte und ganz bewußt veränderte Daten an internationale Organisationen weitergegeben hat. Zumindest im Falle von Daten über den Außenhandel der DDR ist dies mit Archivunterlagen belegbar. Mit zunehmender Verschärfung der Widersprüche wurden die Eingriffe der Parteiführung immer ungenierter. Die Daten für den NSW-Außenhandel der ersten drei Quartale 1987 ergaben zum Beispiel ein Exportdefizit in Höhe von – 579 Mio. VM (Valutamark)⁹⁵⁵. Die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik schlug Korrekturen vor, die zu einem Aktivsaldo von + 521 Mio. VM führten. Dies wurde dann aber von Günter Mittag nicht akzeptiert. Er wollte, daß + 910 Mio. VM gemeldet werden und Statistiker haben sich die Arbeit leicht gemacht, indem sie einfach die Zahl für die Importe durchgestrichen und eine um 389 (910–521=389) kleinere Zahl darüber geschrieben hatten.⁹⁵⁶

Alle Fakten zeigen mit aller Deutlichkeit, daß im Rahmen des sozialistischen Außenwirtschaftsmonopols eine Wirtschaftsrechnung unmöglich war. Von den wichtigsten Kommandohöhen der sozialistischen Außenwirtschaft wurden die DDR-Produkte in den Westen gegen harte Devisen verramscht, verscherbelt“. Der Ausdruck „Hans-im-Glück-Geschäfte“ trifft genau den Tatbestand.⁹⁵⁷

⁹⁵³ Ebd.

⁹⁵⁴ von der Lippe, Peter: Die gesamtwirtschaftlichen Leistungen der DDR-Wirtschaft in den offiziellen Darstellungen. Die amtliche Statistik der DDR als Instrument der Agitation und Propaganda der SED, unv. Expertise im Auftrag der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages, Textteil und Anhang, Bonn 1999.

⁹⁵⁵ VM eine Valutamark = 1 DM-West.

⁹⁵⁶ Vgl. dazu Anlage 1 „Vorschlag zur Übergabe von Außenhandelsangaben an den RGW und UNO-Organen für den Zeitraum vom 1.1.-30.9.1987“ vom 16.10.1987 und Anlage 2: Schreiben an Honecker vom 4.5.77 bzgl. „abgestimmten Entscheidungsvorschlag“ zur Veröffentlichung von Angaben der Statistik über den Außenhandel der DDR.

⁹⁵⁷ Die ehemaligen DDR-Ökonomen Günter Kusch, Rolf Montag, Günter Specht und Konrad Wetzker benutzen den Begriff „Hans-im-Glück-Geschäft“ in ihrer Studie Schlußbilanz-DDR, S. 85. Bei dem Begriff handelt es sich um eine Metapher. Die DDR erhielt beim Verkauf von Waren in westliche Marktwirtschaften im Laufe der Jahre immer weniger Devisen (DM). Die Relation Mark der DDR zu DM wurde Richtungskoeffizient oder Devisenertragswert genannt. Das Immer-weniger-Wert-sein der DDR-Mark erinnert an das Märchen der Brüder Grimm „Hans im Glück“. In einer

Für die Mitglieder des Politbüros und ihre Familien wurde Anfang der sechziger Jahre die „Waldsiedlung“ Wandlitz nordöstlich Berlins errichtet. Neben 23 Einfamilienhäusern für Politbüromitglieder beschaffte der Bereich KoKo für mindestens 60 Mio. DM Nahrungs- und Genußmittel, Bekleidung, Schmuck, Unterhaltungselektronik etc. Auch die Häuser in der Waldsiedlung Wandlitz wurden mit Materialien aus dem Westen gebaut. Im Einkaufscenter der Waldsiedlung gab es nach einigen Jahren kaum noch DDR-Güter. Von den täglichen Nahrungsmitteln bis zu den technischen Produkten wurde alles aus dem Westen herangeschafft. Sechs Millionen D-Mark pro Jahr, wies Generalsekretär Honecker seinen Devisenbeschaffer Schalck-Golodkowski an, sollten bereitstehen, um die Wünsche seiner Polit-Oberen zu befriedigen – rund eine viertel Million Valuta-Mark je Familie.⁹⁵⁸ Nach außen streng abgeschirmt, präbte die „Vorhut der Arbeiterklasse“ auf Kosten des Volkes. Dabei erwarben allein Mielke und seine Angehörigen 1988/89 für 91.014,40 DM Westwaren, wofür sie 126.214,30 Mark der DDR zahlten, während der reale Wert 472.165,60 Mark der DDR betrug.⁹⁵⁹ West-Produkte gab es also für das 1,5-fache des DM-Preises in Mark der DDR. Bahrman und Fritsch jedoch gehen davon aus, daß die Wandlitzbewohner Westwaren zum Kurs von 1:1⁹⁶⁰ bekamen. Der in der Außenwirtschaft der DDR zugrunde gelegte Richtungskoeffizient traf für Politbüromitglieder augenscheinlich nicht zu.

Eine Mangelwirtschaft existierte in Wandlitz nicht. Das anliegende Dokument vom 2. August 1984 der Hauptabteilung PS (Personenschutz), Abteilung V⁹⁶¹ unterlegt die Anspruchsmentalität dieser Nomenklatura und deren Wertschätzung der DDR-Produkte.

Tauschkette erhält Hans im Glück immer weniger als Gegenwert und war schließlich glücklich, als er von den Steinen als letzte Tauschgüter befreit wurde.

⁹⁵⁸ Bahrman, Hannes/ Fritsch, Peter- Michael: Sumpf, Privilegien, Amtsmissbrauch, Schiebergeschäfte, Berlin 1990, S. 143.

⁹⁵⁹ Angaben nach der Anklageschrift gegen Erich Mielke vom 16.4.1991, Bd. 31, Bl. 219 f. und vgl. dazu auch Bästlein, Klaus: Der Fall Mielke. Die Ermittlungen gegen den Minister für Staatssicherheit der DDR, Baden-Baden 2002, S. 244 f.

⁹⁶⁰ Vgl. Bahrman, Hannes/ Fritsch, Peter- Michael: Sumpf, Privilegien, Amtsmissbrauch, Schiebergeschäfte, S. 143.

⁹⁶¹ Vgl. Beschlußempfehlung und Bericht des 1. Untersuchungsausschusses des 12. Deutschen Bundestages: Der Bereich Kommerzielle Koordinierung und Alexander Schalck-Golodkowski. Werkzeuge des SED-Regimes, BT-Drs. 12/7600, Bonn 1994, Anlagenband 3, Dokument-Nr. 634, Bonn 1994, S. 2582.

Dokument 634

Hauptabteilung PS
Abteilung V

Berlin, 2. August 1984
1984

Persönlich
Hauptabteilung PS
Leiter

Ergänzung zum Bericht über das Warenangebot II. Quartal 1984

Im Berichtszeitraum konnte die gesamte Versorgung der führenden Repräsentanten durchgängig und in guter Qualität gewährleistet werden.

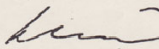
Im Bereich Nahrungs- und Genußmittel wurden die Angebotssortimente aus Vertragswaren des Binnenhandels bzw. aus Importen abgesichert. Zusätzliche Beschaffungen von bestimmten Waren, besonders Obst und Gemüse, geräucherten Aul und Lachs, sowie die verschiedensten Waren aus individuellen Wünschen der Kunden wurden kurzfristig über die Außenhandelsbetriebe organisiert.

Im Bereich Textilien wurden die Waren des Binnenhandels, besonders Oberbekleidung für Damen und Herren, mit angeboten, aber zu 95 % wieder an andere Handelspartner abgegeben. Die Verarbeitung dieser Textilien entspricht vielfältig nicht den Wünschen unserer Kunden. Das Sortiment der Kinderbekleidung mußte über Importe erweitert werden, da die Angebote des Binnenhandels bei T-Shirts, Nickys, Blusen, Hemden, Sportbekleidung und Turnschuhen nicht den Wünschen der Kunden entsprechen.

Individuelle Wünsche für die Urlaubsperiode, besonders der Häuser 11, 6 und 14, konnten kurzfristig abgesichert werden.

Durch die führenden Repräsentanten wird immer wieder zum Ausdruck gebracht, daß unser Warenangebot insgesamt gut ist und ihren Wünschen entspricht.

Leiter der Abteilung



Schmidt
Oberstleutnant

Anlage

2582

Abbildung 25: Bericht über Warenangebot 1984 im Objekt Wandlitz

Insbesondere die Privilegien der Nomenklatura zeigten in der DDR die Wirkungen einer „Zweiklassengesellschaft“, die von der Sowjetunion übernommen wurde. Den Herrschenden, die SED-Elite einschließlich Generaldirektoren und MfS-Generälen, stand die unterdrückte Mehrheit der Arbeiter und Angestellten (75%), Genossenschaftsbauern (6,5%), die soziale Schicht der Intelligenz (15%) sowie private Gewerbetreibende und Handwerker (1,7%) gegenüber.⁹⁶² In einer Gesellschaft, die dem Primat der Politik folgte, standen Zugang zur und Verfügung über Macht von höchsten SED-Funktionären im Zentrum sozialer Ungleichheitsstrukturen.⁹⁶³ Die Nomenklatura der Partei und die Administration im Staats- und Wirtschaftsapparat stellten einen Anteil von etwa 1,5 bis 2 % an der DDR-Bevölkerung. Diese privilegierte Klasse verfügte über hohe Einkommen, günstige Wohnverhältnisse und – abgestuft – entsprechende Machtressourcen.⁹⁶⁴ In der DDR entstand eine sozial strukturierte Gesellschaft, die weniger der in den sechziger Jahren propagierten „sozialistischen Menschengemeinschaft“ als einer tendenziellen „Zweiklassengesellschaft“ entsprach.⁹⁶⁵

11. Die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ und der Offenbarungseid der SED-Führung 1989

Die ständig abnehmende Leistungsfähigkeit der DDR-Wirtschaft und dadurch mangelnde Exportfähigkeit der Produkte und zunehmendem Importbedarf ließ die Auslandsverschuldung kontinuierlich ansteigen. Als Gegensteuerung wurde eine wachstumsbetonte Außenwirtschaftsstrategie (kreditfinanzierte technologieintensive Westexporte, um die ab zweiter Hälfte der siebziger Jahre aufgelaufene Verschuldung mittels einer Exportoffensive zu tilgen) versucht, die sich bereits am Ende des Fünfjahrplans 1976-1980 als gescheitert erwies.

Die erste Rohstoff-, vor allem Erdölpreisexplosion von 1973 mit ihren Rückwirkungen und schließlich die zweite Ölpreisexplosion 1979 hatten statt zum Abbau der Devisenverschuldung zu deren Verdoppelung geführt.⁹⁶⁶ Gleichzeitig war durch das jährlich teurer werdende Erdöl im RGW

⁹⁶² Schroeder, Klaus: Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949-1990, S. 532.

⁹⁶³ Vgl. ebd., S. 543.

⁹⁶⁴ Vgl. Solga, Heike: Auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft? Klassenlagen und Mobilität zwischen Generationen in der DDR, Berlin 1995, S. 76 ff., 210; vgl. auch Schroeder, Klaus: Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949-1990, S. 544.

⁹⁶⁵ Vgl. Solga, Heike: Auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft? Klassenlagen und Mobilität zwischen Generationen in der DDR, S. 76 f.

⁹⁶⁶ Vgl. Haendcke-Hoppe-Arndt, Maria: „Wer wußte was? Der ökonomische Niedergang der DDR“, in: Rückblicke auf die DDR. Festschrift für Ilse Spittmann-Rühle, hrsg. von Gisela Helwig, Köln 1995, S. 120-131 (S. 122).

auch eine Verschuldung gegenüber der Sowjetunion entstanden. In der zweiten Energiekrise wurde Erdöl aus der UdSSR mit zwei Monaten Zahlungsziel bezogen, schnell verarbeitet und nach Rotterdam exportiert. Für die erzielten Devisen wurde Weizen beschafft. Als der US-Präsident Reagan den saudi-arabischen König Saud zu höherer Ölproduktion anregte, wurden russische Öllieferungen von russischer Seite gedrosselt und weniger Devisen erzielt.

Auch die „Exportoffensive“ im letzten Jahrzehnt der DDR vermochte es nicht, die Außenverschuldung auch nur zu bremsen. „Liquidität geht vor Rentabilität“, so lautete die neue Maxime.⁹⁶⁷ Die sogenannte Devisenrentabilität, die den Valutaerlös je Mark Exportproduktion in Inlandspreisen auswies, sank von 0,54 (1970) und 0,45 (1980) auf zuletzt 0,25 (1988)⁹⁶⁸; gemessen an inländischen Werten wurde der Export für die DDR also zunehmend „teurer“.⁹⁶⁹ Demzufolge stieg die Verschuldung gegenüber dem NSW stetig an und erreichte im Herbst 1989 die dramatische Größenordnung von bis zu 21 Milliarden Dollar.

Nach der 2. Öl-Krise erfolgte eine Umstellung auf die heimische Braunkohle. Diese Umstrukturierung war unwirtschaftlich und löste erhebliche Umweltschäden aus. Allein das Hochfahren der Braunkohlenförderung ab 1980 zur Ablösung der Ölimporte und der Ausbau der auf diesem heimischen Energieträger beruhenden Energieerzeugung verschlangen während der achtziger Jahre zumeist ein Drittel des Investitionsvolumens. Dadurch nahm – vor allem in den investitionspolitisch nicht privilegierten Wirtschafts- und Industriezweigen – bereits seit Mitte der siebziger Jahre das Alter der Produktionsausrüstungen und ihre Reparaturanfälligkeit ständig zu und ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit ab.⁹⁷⁰ Dieser Effekt wurde durch die größte Fehlinvestition im Energiebereich – neben den Zweigen der Mikroelektronik⁹⁷¹ – bei den Leuna-Werken verstärkt.

⁹⁶⁷ Schroeder, Klaus: Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949-1990, S. 511.

⁹⁶⁸ Vgl. näheres III. 8.1., Tabelle 5.

⁹⁶⁹ Kusch, Günter et al.: Schlußbilanz – DDR, Fazit einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik, S. 54.

⁹⁷⁰ Gutmann, Gernot/Buck, Hannsjörg F.: Die Zentralplanwirtschaft der DDR - Funktionsweise, Funktionsschwächen und Konkursbilanz, S. 9.

⁹⁷¹ Krakat, Klaus: Probleme der DDR-Industrie im letzten Fünfjahrplanzeitraum (1986-1989/90), S. 137-172, insb. S. 161 ff. Nach Schabowski kosteten „Die ersten in der DDR hergestellten 256-Kilobyte-Chips zum Beispiel 536 Mark. Die Gesellschaft subventionierte jedes Speicherplättchen mit 520 Mark. Der verarbeitende Betrieb bezahlte dafür 16 Mark, ein Betrag, der noch immer hundert Prozent über dem Weltmarktpreis lag. Bei solchen Aufwandsrelationen gerät jede Wirtschaft zwischen die Mühlsteine. Die riesigen Aufwendungen für die Entwicklung einer eigenen Fertigung mikroelektronischer Bauelemente machten sich nicht bezahlt. Die damit ausgestatteten Erzeugnisse brachten nur geringe Exporterlöse. Sie halfen nicht, die Devisenlöcher zu stopfen. Wie üblich wurde dann in den Topf mit Konsumwaren gegriffen, um schnelle

Der technische Verschleiß der Leuna-Werke war in den achtziger Jahren so hoch, daß wegen des hohen Energie-, Arbeitskräfte- und Instandhaltungsbedarfs ein wirtschaftlicher Betrieb nicht mehr möglich war.⁹⁷² In externen Gutachten für die Treuhandanstalt wurde festgestellt, daß die Mineralölwirtschaft der DDR pro Kopf nur 25 % der Produktivität der westdeutschen Mineralölwirtschaft erreichte.⁹⁷³ Die Ammoniak-Synthese, mit der das Werk 1916 gegründet wurde, und weitere 50 Anlagen wurden als größte „Dreckschleudern“ 1990 stillgelegt, die Umweltbelastung sinkt um 50%.⁹⁷⁴

Trotz strikter Importdrosselung und einer Exportoffensive⁹⁷⁵ belief sich der Schuldenstand gegenüber dem NSW bereits 1986 auf ca. 24 Mrd. DM, trotz erheblicher finanzieller Vorteile der DDR aus dem Innerdeutschen Handel.⁹⁷⁶ Der 1985 beginnende und sich im ersten Halbjahr 1986 be-

DM- oder Dollargeschäfte zu machen. So war die Sozialpolitik letztlich nicht nur mit Schulden, sondern auch mit einem Schwund an Massenbedarfsgütern erkaufte.“ Schabowski, Günter: Der Absturz, Reinbek b. Hamburg 1992, S. 126.

⁹⁷² Lehmann, Jana/ Schatz, Marion (Hrsg. Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt): Leuna zwischen Wiederaufbau und Wendezeit. 1945-1990, Erfurt 2006.

⁹⁷³ Vgl. Breuel, Birgit (Hrsg.): Treuhand intern, Berlin 1993, S. 97.

⁹⁷⁴ Ebd., S. 96.

⁹⁷⁵ Über die Außenhandelsbetriebe (AHB) wurde der Export von Konsumgütern zu Dumpingpreisen mit den Handelsketten Quelle und Neckermann abgewickelt. Das Sortiment – je nach Nachfrage in der Bundesrepublik Deutschland – reichte über Waschmaschinen, Kühlschränke, Bügeleisen bis zu Hemden und Unterwäsche. Auch Möbellieferungen folgten an das schwedische Unternehmen IKEA. Als IKEA die Lieferverträge stoppte, wurden die Erzeugnisse in Entwicklungsländer umgeleitet. Insbesondere der Bereich Kommerzieller Koordinierung (KoKo) leistete bereits ab 1966 einen erheblichen Beitrag zur Devisenerwirtschaftung. Die KoKo-Methoden zur Devisenerwirtschaftung waren u. a. Steuerbetrug, Falschdeklarationen, Umgehungsgeschäfte im innerdeutschen Handel, Antiquitätenexport, Schmuggel und Waffenhandel.

⁹⁷⁶ Die Vorteile, welche die DDR in Gestalt von Zins- und Zollersparnissen sowie Mehrwertsteuerkürzungen aus dem Innerdeutschen Handel zog, wurden für die achtziger Jahre durchschnittlich auf rund 750 Mio. DM veranschlagt. Die unmittelbaren Zahlungen der Bundesrepublik an die DDR in Form der Transitpauschale, Investitionsbeteiligungen, der Postpauschale und Straßenbenutzungsgebühren beliefen sich im gleichen Zeitraum jahresdurchschnittlich auf 1.175 Mio. DM. Zusammen ergibt das rund zwei Milliarden D-Mark, die der DDR jährlich mittel- oder unmittelbar zugute kamen. Neben den Vorteilen aus dem Innerdeutschen Handel und den staatlichen Transferzahlungen kamen der DDR noch vielfältige geldwerte Vorteile aus dem privaten Post- und Besuchsverkehr zugute. Schätzungen zufolge betrug allein der Wert der Paket-sendungen jährlich etwa eine Milliarde DM. Unter Berücksichtigung der unmittelbaren Geschenktransfers, der Gewinne der Handelsketten Intershop und GENEX und der Beträge aus dem Zwangsumtausch und den Visa-Gebühren haben die Bundesbürgerinnen und Bundesbürger weitere rund 1,2 Mrd. DM aufgewendet, die für die DDR geldwerte Vorteile waren. Insgesamt wurden jährlich über 4 Milliarden DM von den privaten und öffentlichen Haushalten der Bundesrepublik für den DDR-Staatshaushalt

schleunigende Preisrückgang für Erdölprodukte traf die DDR-Wirtschaft hart und unvermittelt. Trotz sowjetischer Lieferrückgänge hatte ihr der Export von Mineralölerzeugnissen für das Jahr 1985 noch 2,5 Milliarden Valuta-Mark eingebracht. Schon 1986 wurden mit einer kaum reduzierten Ausfuhrmenge nur noch 1 Milliarde Valuta-Mark erzielt.⁹⁷⁷ Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der DDR verschlechterte sich rapide, zumal der technologische Rückstand in den exportträchtigen Bereichen Maschinenbau und Elektrotechnik weiter zunahm. Der durch den Preisverfall bedingte relative Anstieg der RGW-Preise für sowjetisches Öl und das Beharren der Sowjetunion auf Bezahlung in Devisen erschwerte die Situation zusätzlich.

- Eine Absenkung des Lebensstandards der Bevölkerung wollte die Partei- und Staatsführung auf dem Hintergrund der Erfahrungen des 17. Juni 1953 indes nicht riskieren. Als Ausweg blieb nur eine drastische Einschränkung der Investitionstätigkeit. Die gesamtwirtschaftliche Bruttoinvestitionsquote („Akkumulationsrate“) sank von 29 % im Jahre 1970 über 27 % in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre auf knapp 22 % im Durchschnitt der achtziger Jahre.⁹⁷⁸ Zugleich halbierte sich sogar – wie oben bereits dargestellt - in gleichem Zeitraum die „Nettoinvestitionsquote“ für „produktive Investitionen“ in den produzierenden Bereichen (1970 = 16,1%; 1985 = 8,1%; 1986 = 8,7 %; 1987 = 9,9 %).⁹⁷⁹ In Wirklichkeit dürften die „Nettoinvestitionsquoten“ wesentlich niedriger liegen, da die für die Ermittlung der Erhaltungsinvestitionen abgesetzten Abschreibungen wegen überhöht angesetzter Nutzungsdauern viel zu niedrig lagen. Der Rückgang der Bruttoinvestitionsquote blieb nicht ohne Folgen für den inländischen Kapitalstock und das mittelfristige Produktionswachstum. Die jährliche Wachstumsrate des produzierten Nationaleinkommens ging von durchschnittlich 4,6 % während der ersten Hälfte

und die Menschen in der DDR aufgebracht. Vgl. Kuhnle, Gerhard Wilhelm: Die Bedeutung und Vorteile der deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen für die DDR. Eine Analyse unter besonderer Berücksichtigung paraökonomischer Aspekte, Dissertation, Frankfurt/Main 1993, S. 121-132.

⁹⁷⁷ Vgl. Schroeder, Klaus: Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949-1990, S. 306.

⁹⁷⁸ Kusch, Günter et al.: Schlußbilanz – DDR, Fazit einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik, S. 22.

⁹⁷⁹ Vgl. Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1990, S. 14 f., 101 ff.; Gutmann, Gernot/Buck, Hannsjörg F.: Die Zentralplanwirtschaft der DDR - Funktionsweise, Funktionsschwächen und Konkursbilanz, S. 11; Baar, Lothar/Müller, Uwe/ Zschaler, Frank: Strukturveränderungen und Wachstumsschwankungen. Investitionen und Budget in der DDR 1949-1989, S. 53 ff., S. 63 f.

der achtziger Jahre auf 4,3 % (1986), 3,6 % (1987), 2,9 % (1988) und endlich 2 % (1989) zurück.⁹⁸⁰ Im „produzierenden Bereich“ der DDR-Wirtschaft während der Honecker-Mittag-Ära 1971 bis 1989 wurde wertmäßig nur jeweils 0,9 % des Kapitalstocks im Jahr ausgesondert. In der Industrie lag die „Aussonderungsrate“ lediglich bei 1,1%.⁹⁸¹

- Aufgrund rückläufiger Investitionstätigkeit war auch der Kapitalstock in den Betrieben Ende der achtziger Jahre trotz zu niedrig angesetzter Abschreibungen und Aufwertungen der Anlagen weitgehend verschlissen. „1989 waren rd. 47 % aller Produktionsanlagen buchmäßig abgeschrieben, in der Industrie und der Bauwirtschaft sogar 54 % bzw. 69 %. Insgesamt hatte die Kapitalausstattung ein nahezu biblisches Alter erreicht: Mehr als 50 % der Industrieausrüstungen waren 1989 älter als zehn Jahre (21 % sogar älter als 20 Jahre), lediglich 27 % jünger als fünf Jahre. [...] Dieser desolante Zustand des Ausrüstungsbestandes hatte u. a. eine hohe Reparaturanfälligkeit zur Folge: 1988 waren z. B. in der chemischen Industrie der DDR ein Fünftel aller Beschäftigten (60.000 Arbeitskräfte) für Reparaturarbeiten eingesetzt.“⁹⁸²

Im statistischen Jahrbuch der DDR 1990⁹⁸³ werden erstmals Verschleißgrade der Grundmittel für die Jahre 1985-1989 angegeben. Aus den DDR-Erhebungen ergibt sich ein durchschnittlicher Abschreibungssatz von 4% p.a., der Satz in der Bundesrepublik beträgt etwa das Doppelte. Ab 1989 wurde für die zurückliegenden zwölf Jahre eine entsprechende Anpassungsrechnung durchgeführt. Danach erhöht sich der von Kusch für die Industrie angegebene durchschnittliche Verschleißgrad für Bauten und Ausrüstungen von 54% auf 60%.

Bei einem Besuch des Gaskombinats „Schwarze Pumpe“ bei Hoyerswerda im Februar 1990 wurde dem Verfasser zunächst ein Eindruck über den Gesamtbetrieb – durch den eine Autarkie der DDR im Energiesektor erreicht werden sollte – vermittelt. Dabei wurde ausgeführt, daß im Hauptbetrieb (sog. Stammbetrieb) von

⁹⁸⁰ Kusch, Günter et al.: Schlußbilanz – DDR, Fazit einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik, S. 22; Schroeder, Klaus: Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949-1990, S. 508.

⁹⁸¹ Kusch, Günter et al.: Schlußbilanz – DDR, Fazit einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik, S. 58.

⁹⁸² Schroeder, Klaus: Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949-1990, S. 510 und vgl. auch Kusch, Günter et al.: Schlußbilanz – DDR, Fazit einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik, S. 57.

⁹⁸³ Statistisches Jahrbuch der DDR 1990, S. 120/121

der Belegschaft von insgesamt 48.000 Beschäftigten allein 22.000 in der Instandhaltung eingesetzt sind.

In einer Untersuchung über Großschäden in der Industrie durch die Hauptabteilung XVIII des MfS für 1986 und Anfang 1987 wird festgestellt, daß die starke Zunahme der Großschäden überwiegend auf den Verschleiß der Anlagen und nicht auf menschliches Versagen zurückzuführen ist.⁹⁸⁴

- Mit der Ausschaltung des Mittelstandes und der Abwanderung von ca. 36.000 Eigentümern⁹⁸⁵ aus der DDR nach Westdeutschland ging das „Unternehmerwissen“ und bestehende Netzwerke verloren. Tatsache ist, daß die SED-Führung es war, „die mit der sozialistischen Planwirtschaft das Band zwischen Unternehmertum und Technik zerschnitten. Damit zerstörten sie die Quelle der marktorientierten Innovationskraft“,⁹⁸⁶ mit verheerenden Folgen.
- Die verfügbaren Arbeitseinkommen und die Prämienfonds blieben hinter der propagierten Entwicklung des Nationaleinkommens zurück. Die angestrebte Leistungsmotivierung konnte auf diese Weise nicht gelingen.⁹⁸⁷ Im Gegenteil: Ein Großteil der Mittel floß in die Subventionierung der Grundnahrungsmittel, der Mieten sowie des Energieverbrauchs. Dies provozierte Verschwendung und Mißbrauch seitens der Bevölkerung und führte nicht zuletzt auch zu wachsenden Umweltbelastungen. Die „Strategie der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik scheiterte, weil einerseits das Wirtschaftssystem keine Anreize implizierte, die zu Leistungen führten, mit denen die sozialen Ansprüche befriedigt werden konnten, und andererseits die nicht an eigene Leistungen gebundene Zunahme sozialer Sicherheit kontraproduktiv auf die Leistungsmotivierung zurückwirkte. [...] Der DDR-Bürger hat in all diesen Jah-

⁹⁸⁴ Vgl. Haendcke-Hoppe-Arndt, Maria: „Wer wußte was? Der ökonomische Niedergang der DDR“, S. 127; Knortz, Heike: „Bei Windgeschwindigkeiten über 55 km/h müssen 22 Gebäude aus Sicherheitsgründen von den Werktätigen verlassen werden“. Gesundheitsgefährdung, Umweltzerstörung und verschlissene Produktionsanlagen in Berichten des MfS, in: Deutschland Archiv, Heft 3/2010, S. 462-470.

⁹⁸⁵ Hefele, Peter: Die Verlagerung von Industrie- und Dienstleistungsunternehmen aus der SBZ/DDR nach Westdeutschland, Stuttgart 1998, S. 54 f.

⁹⁸⁶ Paqué, Karl-Heinz: Die Bilanz. Eine wirtschaftliche Analyse der Deutschen Einheit, München 2009, S. 268.

⁹⁸⁷ Vgl. Kusch, Günter et al.: Schlußbilanz – DDR, Fazit einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik, S. 22, 26.

ren über seine Verhältnisse und vor allem zu Lasten der Zukunft gelebt.“⁹⁸⁸

- Obwohl die SED-Führung und jeder Planerfüllungsbericht das sozialistische Leistungsprinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung“ propagierte, zeigten sich bereits in den siebziger Jahren „leistungsfeindliche Löhne und kraftlose Prämienanreize“.⁹⁸⁹ „Wohl auf keinem anderen Gebiet war die Kluft zwischen theoretischem Anspruch und Realität so groß wie auf diesem. Nirgendwo hinterließ die zentrale Kommandowirtschaft ein solches Chaos wie bei den Lohnfragen.“⁹⁹⁰ [...] „Die Nutzung des Planes als Instrument der Verteilung der Löhne ließ alle Fragen der Tarifgestaltung, die ein stärkeres Mitspracherecht der Gewerkschaften mit sich gebracht hätte, in den Hintergrund treten. Tarife, die als Rudiment des Kapitalismus galten, wurden über Jahrzehnte nicht geändert.“⁹⁹¹ Hinzu kam, daß es keine freien Gewerkschaften gab, die als Interessenvertreter der Arbeiter und Angestellten fungierten.
- Entsprechend niedrig waren wirtschaftliche Leistungskraft und Produktivität der DDR-Ökonomie. Nach neueren Rückrechnungen betrug das reale Bruttoinlandsprodukt je Einwohner (Pro-Kopf-Produktion) im Vereinigungsjahr 1990 knapp ein Drittel des Wertes in der Bundesrepublik. Bereits 1985 war diese Quote mit knapp 36 % nur unwesentlich höher, während sie 1950 immerhin noch bei 50 % gelegen hatte.⁹⁹² Aufgrund der hohen Erwerbsbeteiligung fällt ein Vergleich der gesamtwirtschaftlichen Produktivität (reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen) noch dramatischer aus. Neuesten Berechnungen zufolge betrug diese 1989 lediglich 16-20 % des westdeutschen Niveaus.⁹⁹³
- Der jahrzehntelange Raubbau an natürlichen Ressourcen zerstörte die Umwelt und die Lebensqualität, obwohl der Umweltschutz als „Staatsziel“ bereits in der DDR-Verfassung von 1968 in Art. 15 ver-

⁹⁸⁸ Ebd., S. 18, 21.

⁹⁸⁹ Gutmann, Gernot/ Buck, Hannsjörg F.: Die Zentralplanwirtschaft der DDR - Funktionsweise, Funktionsschwächen und Konkursbilanz, S. 45.

⁹⁹⁰ Kusch, Günter et al.: Schlußbilanz – DDR, Fazit einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik, S. 105.

⁹⁹¹ Ebd., S. 108.

⁹⁹² Schroeder, Klaus: Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949-1990, S. 510.

⁹⁹³ Schwarzer, Oskar: Sozialistische Zentralplanwirtschaft in der SBZ/DDR. Ergebnisse eines ordnungspolitischen Experiments (1945-1989), Stuttgart 1999, S. 140, S. 142.

ankert war. Bis 1989 war die DDR mit weitem Abstand vor allen anderen Staaten der größte Umweltverschmutzer bei Schwefeldioxid und Staub in Europa. In ihrer Endzeit (1987-1990) wurden auf dem Territorium der DDR pro Jahr 5,2 bis 5,6 Mio. t Schwefeldioxid und 2,2 bis 2,3 Mio. t Staub emittiert. Je Einwohner bliesen die DDR-Schadstoffemittenten 1988 rund 313 kg Schwefeldioxid und 132 kg Staub in die Luft. (Im Vergleich dazu wurden in der Bundesrepublik Deutschland im gleichen Jahr 18,6 kg Schwefeldioxid bzw. 7,5 kg Schwebstaub je Einwohner ausgebracht).⁹⁹⁴ Zu den biologisch verendeten Flüssen gehörten neben der Elbe, die Mulde, Saale und Schwarze Elster, die jahrzehntlang als Abwasserkanäle der Industrieregionen Schkopau, Leipzig, Halle und Hoyerswerda/ Lauchhammer mißbraucht wurden. Einige der Schwerpunkte der Umweltbelastungen wie z.B. Bitterfeld, Espenhain u. a. hätten „entsprechend den von der UNO empfohlenen Grenzwerten für Umweltbelastungen als nicht bewohnbar eingestuft werden müssen.“⁹⁹⁵

- Auch die Staatsfinanzen liefen der SED ab Anfang der achtziger Jahre durch ausufernde Rüstungs- und Machtsicherungsmaßnahmen und durch eine auf Dauer unfinanzierbare Sozial- und Subventionspolitik aus dem Ruder.⁹⁹⁶ Innerhalb der acht Jahre von 1981-1988 wurden die „Ausgaben für die Streitkräfte“ von 9,4 Mrd. Mark auf 15,7 Mrd. Mark hochgetrieben (= + 66,5 %). Die Kosten für das Imperium des Ministeriums für Staatssicherheit und für die „Sicherung der Staatsgrenze“ (Grenztruppen, Grenzbefestigungen, „Modernisierung“ der Mauer und der Abriege-

⁹⁹⁴ Zu den Zahlenangaben vgl. Buck, Hannsjörg F.: Umweltpolitik und Umweltbelastung, in: Am Ende des realen Sozialismus (2). Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den achtziger Jahren, hrsg. von Eberhard Kuhrt im Auftrag des Bundesministeriums des Innern, Opladen 1996, S. 223-266; Kusch, Günter et al.: Schlußbilanz – DDR, Fazit einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik, S. 69 f. Auch der ostdeutsche Uranbergbau, die SDAG Wismut, führte zu erheblichen Umweltbelastungen in Thüringen und Sachsen. Der Hauptverband der Gewerblichen Berufsgenossenschaft teilte am 31. August 1994 mit, daß bisher 5.500 Todesfälle infolge von Strahlenkrebs bei Mitarbeitern der Wismut bekannt seien. Vgl. dazu auch Gesundheitssituation in der Bergbauregion Sachsens und Thüringens, in: Umwelt Nr. 2/1993, S. 79. Mager, Diethard: Wismut – die letzten Jahre des ostdeutschen Uranbergbaus, in: Am Ende des realen Sozialismus (2). Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den achtziger Jahren, hrsg. von Eberhard Kuhrt im Auftrag des Bundesministeriums des Innern, Opladen 1996, S. 267-295.

⁹⁹⁵ Kusch, Günter et al.: Schlußbilanz – DDR, Fazit einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik, S. 70.

⁹⁹⁶ Gutmann, Gernot/Buck, Hannsjörg F.: Die Zentralplanwirtschaft der DDR - Funktionsweise, Funktionsschwächen und Konkursbilanz, S. 14.

lungssperren nach Westen) stiegen im gleichen Zeitraum von 3,7 Mrd. auf 6,0 Mrd. Mark (= + 63 %).⁹⁹⁷

Die aufgezeigten Mängel und Defizite gegenüber den politischen Vorgaben waren der politischen Führung bekannt. Bereits vor seiner Krisenanalyse aus dem Jahr 1989⁹⁹⁸ charakterisierte Schürer die Situation für 1978 mit den Worten: „Ende 1978 war der Schuldenberg schon so hoch, daß wir immer neue Kredite aufnehmen mußten, um die Zinsen bezahlen zu können.“⁹⁹⁹ Die außen- und binnenwirtschaftlichen Belastungen überstiegen in ihrer Gesamtheit die Wirtschaftskraft der DDR. Das rigorose staatliche Außenhandels- und Valutamonopol erwiesen sich als zunehmendes Hemmnis für die Einbindung in die internationale Arbeitsteilung.¹⁰⁰⁰

Maria Haendcke-Hoppe-Arndt kommt in ihrer Analyse „Wer wußte was? Der ökonomische Niedergang der DDR“¹⁰⁰¹ zu dem Ergebnis: „Die wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger, die Politbüromitglieder, wußten Bescheid. Aber die Bereitschaft zur Wahrnehmung oder gar zum Handeln entwickelte sich in der Parteispitze umgekehrt proportional zur Eskalation der ökonomischen Probleme.“¹⁰⁰² Zur prekären Ausgangssituation für den Fünfjahrplan 1981-1985 berichtete nach der Wiedervereinigung der ehemalige Abteilungsleiter der Hauptabteilung (HA) XVIII, 4 des MfS Oberst Horst Roigk. Die Abteilung 4 war die volkswirtschaftliche Kernabteilung des MfS. Nach den Aussagen von Roigk war dem MfS bereits 1981 klar, daß das „Schiff gegen den Baum geht“.¹⁰⁰³ Als Hauptschuldigen der wirtschaftlichen Misere sahen Roigk und seine MfS-Mitarbeiter Mittag und Schalck-Golodkowski. Nachdem die Abteilung (HA) XVIII, 4 das brisante Material zur wirtschaftlichen Situation der DDR an Stasichef Mielke übergeben habe, wurde er und seine Kollegen von Mielke als „Parteischädlinge“

⁹⁹⁷ Ebd., S. 14.

⁹⁹⁸ Vgl. hierzu Schürers Krisenanalyse vom 30.10. 1989, in: Deutschland Archiv Heft 10/1992, S. 1112-1120.

⁹⁹⁹ Vgl. Schürer, Gerhard: Gewagt und verloren. Eine deutsche Biographie, Frankfurt/O. 1996, S. 107 f. und Hertle, Hans-Hermann: Der Weg in den Bankrott der DDR-Wirtschaft. Das Scheitern der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ am Beispiel der Schürer/ Mittag-Kontroverse im Politbüro 1988, in: Deutschland Archiv Heft 2/1992, S. 127-145 (138); Wolle, Stefan: Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989, Berlin 1998, S. 202 f.

¹⁰⁰⁰ Vgl. auch Kusch, Günter et al.: Schlußbilanz – DDR, Fazit einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik, S. 131 f.

¹⁰⁰¹ Haendcke-Hoppe-Arndt, Maria: „Wer wußte was? Der ökonomische Niedergang der DDR“, S. 120-131.

¹⁰⁰² Ebd., S. 130.

¹⁰⁰³ Ebd., S. 125.

tituliert.¹⁰⁰⁴ Das ökonomische Versagen wurde nie den Mängeln des Systems angelastet, sondern auf Personen als Bauernopfer abgeschoben – eine stalinistische Tradition.

Eine Behebung der Defizite hätte grundlegende wirtschaftliche und politische Reformen mit der Folge von Machtverlust und damit verbundener Privilegien der SED-Führung vorausgesetzt.

Nach Schürers Krisen-Analyse 1989 ist die „Verschuldung im nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet [...] auf eine Höhe gestiegen, die die Zahlungsfähigkeit der DDR in Frage stellt“.¹⁰⁰⁵ Zur Entwicklung des Zahlungsbilanzsaldos gegenüber dem NSW wird weiter ausgeführt: „Damit ergibt sich anstelle des geplanten Exportüberschusses von 23,1 Mrd. VM ein Importüberschuß im Zeitraum 1986-1990 von 6 Mrd. VM.

Das war mit einem schnellen Anstieg des ‚Sockels‘ auf 49 Mrd. VM Ende 1989 verbunden, d.h. auf 190% gegenüber 1985. Die eingetretene Höhe des ‚Sockels‘ entspricht damit etwa dem 4fachen des Exports des Jahres 1989.

Mit den geplanten Valutaeinnahmen 1989 werden nur etwa 35 % der Valutaausgaben insbesondere für Kredittilgungen, Zinszahlungen und Importe gedeckt. 65% der Ausgaben müssen durch Bankkredite und andere Quellen finanziert werden. Das bedeutet, daß die fälligen Zahlungen von Tilgungen und Zinsen, d.h. Schulden mit neuen Schulden bezahlt werden. Zur Finanzierung der Zinsen müssen mehr als die Hälfte des Einnahmenezuwachses des Staatshaushaltes eingesetzt werden. [...]

Wenn der Anstieg des ‚Sockels‘ verhindert werden soll, müßte 1990 ein Inlandsprodukt von 30 Mrd. M aufgewendet werden, was dem geplanten Zuwachs des Nationaleinkommens von 3 Jahren entspricht und eine Reduzierung der Konsumtion um 25-30% erfordert“¹⁰⁰⁶ und würde die „DDR unregierbar machen“¹⁰⁰⁷.

Zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit müßten entsprechende Exportüberschüsse erreicht werden. „Für einen solchen Exportüberschuß bestehen jedoch unter den jetzigen Bedingungen keine realen Voraussetzungen.“¹⁰⁰⁸

Für Günter Schabowski, ehemaliges Mitglied des Politbüros, sind die Ursachen des Scheiterns der sozialistischen Planwirtschaft systembe-

¹⁰⁰⁴ Ebd., S. 126.

¹⁰⁰⁵ Schürers Krisenanalyse vom 30.10. 1989, in: Deutschland Archiv Heft 10/1992, S. 1114.

¹⁰⁰⁶ Ebd. S. 1116.

¹⁰⁰⁷ Ebd. S. 1119.

¹⁰⁰⁸ Ebd. S. 1116.

dingt.¹⁰⁰⁹ „Ich vermisse nichts aus der DDR. Der Sozialismus ist für mich etwas Überholtes. [...] Der Sozialismus ist nicht zu machen, er war eine Verheißung.“¹⁰¹⁰

Für Schabowski und Schürer hatte der Zusammenbruch des wirtschaftlichen und politischen Systems der DDR *systemische* Ursachen. Diese Erkenntnis kam 1989 zu spät. Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben, so Gorbatschow im Oktober 1989 auf dem Alexanderplatz in Berlin.

¹⁰⁰⁹ Vgl. Schabowski, Günter: Der Absturz, Reinbek b. Hamburg 1992. Zu den Ursachen des Untergangs des wirtschaftlichen und politischen Systems formuliert Gerhard Schürer: „Ich glaube heute nicht mehr daran, daß eine Planung mit klügeren Köpfen an der Spitze hätte bessere Antworten auf alle Fragen unserer Entwicklung geben können. [...] Es muß also für den Untergang des realen Sozialismus noch tiefere Ursachen geben als die Entartungen unter Stalin, den Subjektivismus der politischen Führungen, die Überzentralisierung im planwirtschaftlichen System und den schwerfälligen Wechsel von Versagern in führenden Positionen des Staates.“ Schürer, Gerhard: Gewagt und verloren. Eine deutsche Biographie, Frankfurt/O. 1996, S. 256. Auch für Schürer hatte der Zusammenbruch des wirtschaftlichen und politischen Systems der DDR *systemische* Ursachen.

¹⁰¹⁰ Schabowski, Günter, in: Handelsblatt vom 5.11.2009.

Schlußbetrachtung

1. Theorielosigkeit des Sozialismus und systemimmanente Defekte

Die von Stalin 1951 erfundenen „ökonomischen Gesetze“ beinhalten „[...] das innere Wesen, das Allgemeingültige und Typische der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse“¹⁰¹¹ und stellen in ihrer allumfassenden, absoluten Ausgestaltung die Grundlage für die als totalitäre Kommandowirtschaft installierte güterwirtschaftlich gelenkte sozialistische Zentralplanwirtschaft dar. Bei den „ökonomischen Gesetzen“ handelt es sich um phantastische Behauptungen, es fehlt an wissenschaftlichen Beweisen anhand objektiver Kriterien und ein Messen an der Realität. Da die unterstellten planmäßigen Abläufe objektiv und zwangsläufig sind, wird die Unsicherheit bei in die Zukunft wirkenden Entscheidungen geleugnet. Der Sozialismus ist theorielos, für die Akteure der Kommandowirtschaft existiert kein Ordnungs- und Regelungssystem mit der Folge von Willkür (Voluntarismus¹⁰¹² und Subjektivismus¹⁰¹³).

Durch das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln in der Hand des Staates gibt es für diese Güter keine Märkte. Damit entfällt auch eine mittelbare Steuerung durch die Entscheidungen der Konsumenten nach deren Bedürfnissen. Die Betriebe sind in die zentralistische Kommandostruktur weitgehend als Befehlsempfänger eingebunden, die Entscheidungs- und Gestaltungsspielräume der Betriebe sind eingeschränkt oder an Genehmigungen der zentralen Planungsbehörde gebunden.

Durch die „Einheitswirtschaft“ ist die in den Marktwirtschaften pluralistische Ordnung von Einzelwirtschaften (Unternehmen und Betrieb) und der Volkswirtschaft aufgehoben. Es fehlen Märkte mit Konkurrenz und Wettbewerb, die ökonomischen Entscheidungen werden nicht mehr durch eine Vielzahl von Wirtschaftssubjekten autonom getroffen und über Märkte koordiniert, sondern simultan durch eine zentrale Planungsinstanz. Durch den Wegfall von eigenständigen Bereichen der Betriebswirtschaft und Volkswirtschaft gibt es keine Betriebswirtschaftslehre in Ausrichtung auf eine rationelle Betriebsführung zur Erreichung spezifischer betrieblicher Ziele durch eine Faktorkombination unter den konkret gegebenen betriebli-

¹⁰¹¹ Richter, Horst (Hrsg.) et al.: Politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus, 14. Aufl., Berlin 1988, S. 27.

¹⁰¹² König, Gerhard: Kleines Politisches Wörterbuch, Stichwort Voluntarismus, Berlin (Ost) 1967, S. 697.

¹⁰¹³ Schütz, Gertrud et al.: Kleines Politisches Wörterbuch, Stichwort Subjektivismus, Neuausgabe 1988, 8. Aufl., Berlin (Ost) 1989, S. 969 f.; Meyers Neues Lexikon, Stichwort Subjektivismus, Bd. 13, 2. Aufl., Leipzig 1976, S. 293.

chen Bedingungen.¹⁰¹⁴ Diese einzelwirtschaftliche Willens- und Entscheidungsbildung ist mit den Bedingungen der „Einheitswirtschaft“ nicht vereinbar, da die heterogenen einzelbetrieblichen Daten bei ihrer Zusammenführung auf irgendeine Weise nivelliert werden müssen. In der zentralistischen Kommandowirtschaft ist kein Platz für autonom wirkende ökonomische Größen wie Preise, Kosten, u.a. Überlegungen über kausale und funktionale Zusammenhänge und hier gegebene und sich verändernde vielfältige Wirkungsmechanismen entfallen daher, es kann keine Preistheorie, Zins- theorie, Geldtheorie, Kapitaltheorie usw. geben. Die im Vergleich zu marktwirtschaftlichen Systemen fehlende Lenkungs- funktion der Preise wird in der Übersetzung eines russischen Standardwerkes zusammenfassend dokumentiert: „In der sozialistischen Wirtschaft können die Preise nicht als automatischer Regulator von Produktion und Zirkulation auftreten. Ein funktioneller Zusammenhang zwischen Preisniveau, Rentabilität und Entwicklungstempo der Zweige und Erzeugnisarten, zwischen dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage und der Preisdynamik ist nicht vorhanden. Die Grundproportionen der Produktion und die Verteilung der Akkumulations- fonds werden durch den Staatsplan bestimmt. Die Preise werden zentral festgelegt.“¹⁰¹⁵ Im Fall von einem Einfluß in konkreten Fällen wäre es falsch, diesen Einfluß zu überschätzen.¹⁰¹⁶

Die in den Plänen der güterwirtschaftlich gelenkten sozialistischen Zentralplanwirtschaft übernommenen Wertgrößen konnten keine Aussagen über ökonomische Knappheiten vermitteln. Weitere systemimmanente Defekte der zentralen Planung machen es unmöglich, das Informationsproblem zu lösen und ein funktionierendes Leistungs- und Anreizsystem zu installieren. Fehlende Innovationsdynamik und Investitionshemmnisse beschleunigten den Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft.

1.1 Zum Informationsproblem zentraler Planung

Die Aufstellung und Koordinierung des zentralen Planes durch die Staatliche Plankommission erfordert die zentrale Kenntnis

- der vorhandenen Ressourcen,
- der (optimalen) Produktionsverfahren und
- der Präferenzen der Konsumenten.¹⁰¹⁷

¹⁰¹⁴ Mellerowicz, Konrad: Betriebswirtschaftslehre und politische Ökonomie, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Heft 15/1949, S. 519 ff. (S. 522).

¹⁰¹⁵ Jakowez, Juri W.: Die Preise in der Planwirtschaft, Berlin 1976, S. 229.

¹⁰¹⁶ Ebd., S. 229.

¹⁰¹⁷ Vgl. Baßeler, Ulrich/ Heinrich, Jürgen/ Utecht, Burkhard: Grundlagen und Probleme der Volkswirtschaft, Stuttgart 2006, S. 76 f.

Weil die relevanten Informationen von den Betrieben selbst geliefert werden und die Betriebe nicht an „harten“ Plänen interessiert sind, die schwer zu erfüllen sind, liefern die Betriebe in der Regel nach unten manipulierte Informationen. Daraus resultieren die so genannten „weichen“ Pläne, die das volkswirtschaftliche Produktionspotential nicht ausschöpfen. Aber selbst wenn die „richtigen“ Informationen geliefert würden, bleibt zu bezweifeln, daß die Staatliche Plankommission diese unüberschaubare Menge und Vielfalt an Informationen bei Einbeziehung von Entscheidungsalternativen und dem Zeitfaktor überhaupt verarbeiten konnte. Diese Problematik kumuliert in den Verflechtungsbilanzen und erscheint hier nicht mehr lösbar.

Das Grundproblem ist die prinzipielle Unfähigkeit der Staatlichen Plankommission und der nachfolgenden Planbehörden, die Produktionsfaktoren nach Art, Umfang, Struktur und Zeit optimal zu koordinieren.

In Marktwirtschaften existieren Knappheitspreise, und diese Knappheitspreise reflektieren hinlänglich genau

- die Knappheit der vorhandenen Ressourcen,
- die Effektivität der Produktionstechnik und
- die Präferenzen der Konsumenten.

Solche Knappheitspreise existieren in der sozialistischen Planwirtschaft nicht, und daher ist es für die Planbehörden unmöglich, den optimalen Plan zu erstellen. Die Planbehörden können allenfalls einen Plan aufstellen, der in sich stimmt, aber niemals – wie Ludwig von Mises nachwies - eine optimale Koordination erreichen. Die zentrale Planung vergeudet mithin erhebliche volkswirtschaftliche Ressourcen.

Die vorstehenden Ausführungen über das Rechnungswesen in der güterwirtschaftlich gelenkten sozialistischen Zentralplanwirtschaft einschließlich empirischer Analysen haben dessen extensive Ausgestaltung belegt.

Gesetzliche Regelungen, detaillierte Planvorgaben mit Kennziffern, Normen und Normativen, umfangreiche Berichtserstattungen, ein vereinheitlichtes Formularwesen einschließlich Gliederungen führten zu einem immensen Datenmaterial und Informationen. Das Informationsproblem lag weniger an der Quantität der Daten, sondern an deren ökonomischer Qualität und Inhalten.

1.2 Zum Leistungs- und Anreizsystem

Die Erwartung, in sozialistischen Wirtschaftssystemen eine Übereinstimmung von persönlichem Handlungsmotiv sowie gesellschaftlichen und betrieblichen Interessen erreichen zu können, war ein Fehler. Es war falsch

anzunehmen, daß Individuen die Interessen der Gesellschaft kennen, sich mit diesen identifizieren und nach ihnen handeln.¹⁰¹⁸ Auch im Sozialismus verfolgen die Menschen ihre eigenen Interessen, dies wird durch die angestrebten Leistungsanreize und ständigen Plankontrollen belegt.

Während in Marktwirtschaften der Preis- und Gewinnmechanismus Leistungsanreiz und Erfolgskontrolle quasi automatisch und systemimmanent produziert, muß dies in sozialistischen Planwirtschaften „veranstaltet“ werden. Erfolgsmaßstab ist in sozialistischen Wirtschaftssystemen die Planerfüllung

$$\text{Erfolg} = \text{Istproduktion} - \text{Sollproduktion}$$

Aus einsichtigen Gründen ist das Interesse der produktiv Tätigen dabei nicht auf eine Maximierung der Istproduktion, sondern immer auf eine Minimierung der Sollproduktion gerichtet. Dies, weil die Planerfüllung dieses Jahres die Basis für die Planfestsetzung des nächsten Jahres ist und die Planerfüllung die Prämienhöhe beeinflusst. Alle Versuche der Maximierung der Istproduktion, vermittels bürokratischer Planungsinstrumente, waren erfolglos.

1.3 Fehlende Innovationsdynamik und Investitionshemmnisse

Für die fehlende Innovationsdynamik und Investitionshemmnisse der DDR-Wirtschaft sind im wesentlichen folgende Kriterien maßgebend:

- Innovationen und technischer Fortschritt als unbekanntes Wissen konnten nicht durch eine bürokratische Zentralplanbehörde geplant werden. Dies gilt in gleicher Weise für die Entwicklung neuer Produkte (Produktinnovation) und neuer Verfahren (Prozeßinnovation).
- Die langfristige Orientierung von Forschungsaktivitäten steht im Widerspruch zu den für die Jahresvolkswirtschaftspläne erforderlichen Planaufgaben.
- Das starre Planungs- und Organisationssystem behindert kreative eigenwillige Schöpfungstätigkeiten und einen Austausch von Innovations-Wissen und Neuerungen als Initialzündung.
- Es fehlt jegliches Verlustrisiko als Innovationsdruck.
- Die Betriebe und ihre Leistungen wurden an der Erfüllung der zentralistisch vorgegebenen und gesetzlich normierten Pläne gemessen. Das induzierte ein systematisches Desinteresse der VEB und Kombinate an Prozeß- und Produktinnovationen.

¹⁰¹⁸ Ebd., S. 77.

- Die Einführung von Neuerungen stört den auf Routine und Wiederholung ausgerichteten Betriebsablauf. Nach Erleichterungen in der Einführungsphase folgen höhere Planaufgaben.
- Durch die Leistungsbewertung nach dem Grad der Erfüllung bzw. Übererfüllung der in den Plänen vorgegebenen Sollgrößen ist das Interesse der Betriebe auf niedrige Vorgaben („weiche“ Pläne) gerichtet. Zum Auffangen von Störungen aufgrund der Mangelwirtschaft und Koordinationsprobleme versuchen die Betriebe die Bildung versteckter Reserven. Bei der Einführung von Innovationen verhindert die bei der Zentrale gegebene Transparenz eine Bildung derartiger Reserven und führt zu weiteren Hemmnissen bei den Betrieben.
- Die nach Einführung der Kombinate gegebene Betriebsgröße und Fertigungstiefe verstärkt die Schwerfälligkeit des Systems; es entsteht als eine Art betrieblicher Statik eine „Selbstversorgungs-ideologie“ und „Igelmentalität“.
- Die Schwerpunktbildung bei den Investitionen blockiert die übrigen Bereiche, es entstehen Disproportionen im Produktionsapparat und bei dem für die Effektivität von Investitionen notwendigen Niveau der Infrastruktur (z.B. Transportwesen, Kommunikation).
- Mit zunehmenden Innovationsrückständen vergrößern sich gleichzeitig die Schwierigkeiten bei der Imitation von fremden Innovationen.

1.4 Fazit: Systemimmanente Effizienzmängel

Das Informationsproblem zentraler Planung, die fehlenden Leistungs- und Anreizsysteme und die fehlende Innovationsdynamik führen zu erheblichen Effizienzmängeln der güterwirtschaftlich gelenkten sozialistischen Planwirtschaft. Insbesondere seien zusammenfassend folgende Effizienzblockaden¹⁰¹⁹ genannt:

- fehlende ökonomische Qualität der Daten,
- die Kumulation von Fehlplanungen und Planuntererfüllungen,
- die darauf folgende Neigung der Betriebe „strategische Reserven“ zu bilden, um bei ausbleibenden Lieferungen dennoch weiter produzieren zu können,
- die rückläufige Investitionsquote, die in den achtziger Jahren nur noch ca. 10% des Bruttoinlandprodukts betrug,

¹⁰¹⁹ Vgl. Baßeler, Ulrich/ Heinrich, Jürgen/ Utecht, Burkhard: Grundlagen und Probleme der Volkswirtschaft, S. 78 f.

- der schrittweise Übergang zu bilateralen Tauschgeschäften zwischen Betrieben und zwischen Endverbrauchern,
- die „Tonnenideologie“, die Neigung, Produktionsauflagen, die in Gewicht, Menge usw. bilanziert werden, durch die Produktion besonders schwerer, besonders großer oder besonders vieler Produkte zu erfüllen. Kriterium ist auch hier die Planerfüllung - ohne die Qualität der Produkte und die Präferenzen der Konsumenten einzubeziehen,
- die ausgeprägte Beharrungstendenz der Planung und der planerischen Vorgaben (Fünfjahrplan)
- die ausufernde Bürokratie verursacht hohe Transaktionskosten.

Die Schwerfälligkeit des Systems wurde durch die nach Einführung der Kombinate gegebenen Betriebsgrößen verstärkt. Die dadurch gegebene Fertigungstiefe verhinderte eigenständige wirtschaftliche Beurteilungen und Innovationen. Es entstand als eine Art betrieblicher Statik eine „Selbstversorgungsideologie“.¹⁰²⁰

Die „Strategie der Abschottung“ der DDR-Planwirtschaft blockierte Innovationen. Karl-Heinz Paqué zeigt die Ursachen und Folgen der „Strategie der Abschottung“ auf: „Die Planwirtschaft war nicht irgendein Gedanken-spiel versponnener Intellektueller. Nein, sie war die völlig ernst gemeinte Vorstellung, man könne mit einem Höchstmaß an zentraler Rationalität die wirtschaftlichen Dinge von störenden Einflüssen isolieren und dann systematisch ordnen, von oben nach unten [...]. Diese Vorstellung wurde zu einem der folgenschwersten Irrtümer der Menschheitsgeschichte.“¹⁰²¹

Die marxistischen Politökonomien in ihrer „Fortschrittsgläubigkeit“ verdrängten oder diffamierten die Vorstellungen von Joseph Alois Schumpeter, Friedrich August von Hayek und Karl Popper. Popper forderte mit Leidenschaft die „offene Gesellschaft“, die Erfahrungen macht und durch „piecemeal engineering“ Stück für Stück die Welt verbessert.¹⁰²² „Kein großer Wurf also, mit eiserner Hand durchgesetzt, sondern das Gegenteil: ständige Rückkopplung der Entscheidungsträger auf allen Ebenen, ständige Bereitschaft, Fehler zu korrigieren [...], ständiges Experimentieren mit Neuem, aber auch pragmatische Fortführung des Bewährten.“¹⁰²³

Wenig beachtet werden in der öffentlichen Diskussion – neben offenkundigen Fehleinschätzungen bei der Ökonomie der DDR – die langfristi-

¹⁰²⁰ Vgl. Breuel, Birgit (Hrsg.): Treuhand intern, Berlin 1993, S. 71.

¹⁰²¹ Paqué, Karl-Heinz: Wachstum! Die Zukunft des globalen Kapitalismus, S. 46.

¹⁰²² Vgl. ebd., S. 46 f.

¹⁰²³ Ebd., S. 46 f.

gen Schäden, die die „Strategie der Abschottung“ hinterlassen hat. „Sie sind vor allem dort zu besichtigen, wo ehemals hoch entwickelte Industrieregionen nach dem Zusammenbruch der Planwirtschaft eine völlig neue Produktpalette entwickeln müssen.

Gute Beispiele dafür liefern der Osten Deutschlands sowie die Tschechische Republik. Sowohl Sachsen als auch Böhmen waren in der Zwischenkriegszeit industrielle Zentren von europäischem Rang. Sie verfügten über Produktionsstätten für exportfähige Industrieprodukte, die ihnen ein Pro-Kopf-Einkommen garantierten, das in der europäischen Spitzengruppe lag. In vier Jahrzehnten der fast kompletten Abschottung wurden diese Produkte allerdings ganz anders weiterentwickelt, als es der Weltmarkt erforderte. Es gab zwar auch Wachstum, und dieses beruhte auch auf neuem technischem Wissen, aber es fehlte die Rückkoppelung zu den Nachfragern in den Weltmärkten. Das Ergebnis: Kaum ein Produkt konnte nach Öffnung der Grenzen noch zu Preisen abgesetzt werden, die ein Lohnniveau und damit einen Lebensstandard auf westeuropäischem Niveau hätten rechtfertigen können. Ein Trabant aus Sachsen und ein Škoda aus Böhmen waren nur innerhalb der sozialistischen Planwirtschaft absetzbar, aber nicht im offenen Weltmarkt, jedenfalls nicht zu kostendeckenden Preisen.¹⁰²⁴

Die fehlende ökonomische Qualität der ökonomischen Daten (Investitionen, Preise, Gewinne, Kosten usw.) in der sozialistischen Zentralplanwirtschaft haben auch in der Bundesrepublik zu völlig falschen Vorstellungen über den Zustand der DDR-Wirtschaft geführt.

So wird in Artikel 10 Abs. 6 des Staatsvertrages im Zusammenhang mit dem Währungsumtausch festgelegt:

„Nach einer Bestandsaufnahme des volkseigenen Vermögens und seiner Ertragsfähigkeit sowie nach seiner vorrangigen Nutzung für die Strukturanpassung der Wirtschaft und für die Sanierung des Staatshaushaltes wird die Deutsche Demokratische Republik nach Möglichkeit vorsehen, daß den Sparern zu einem späteren Zeitpunkt für den bei der Umstellung 2 zu 1 reduzierten Betrag ein verbrieftes Anteilsrecht am volkseigenen Vermögen eingeräumt werden kann.“¹⁰²⁵

Dies wird durch die Bestimmung in § 2 Abs. 7 des Treuhandgesetzes bestätigt, nach der die Treuhandanstalt „Im Vorgriff auf künftige Privatisie-

¹⁰²⁴ Ebd., S. 53.

¹⁰²⁵ Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland vom 18. Mai 1990, faktisch aufgehoben durch Einigungsvertrag vom 31. August 1990 (BGBl. II S. 889), Anl. I, Kap. IV, Sachgebiet B, Ziffer 39.

nungserlöse [...] zu Sanierungszwecken Kredite aufnehmen und Schuldverschreibungen begeben¹⁰²⁶ kann.

2. Empirische Bestätigung der Mises-Prognose – Der Untergang der DDR war ökonomisch determiniert

Die empirischen Daten, die in den vorstehenden Untersuchungen dargestellt wurden – insbesondere die Schluß- und Eröffnungsbilanzen – belegen Mises Theorie von der Unmöglichkeit der Wirtschaftsrechnung in der sozialistischen Zentralplanwirtschaft. Wegen fehlender ökonomischer Qualität der Inhalte konnten die Bilanzen der DDR-Betriebe keine realistische Darstellung der in den Betrieben gegebenen Wertverhältnisse vermitteln. Als Instrument der Wirtschaftsrechnung für ein ‚Vorbedenken‘ und ‚Nachbedenken‘ von wirtschaftlichen Entscheidungen sind derartige Bilanzen nicht geeignet. Mises Widerlegungen des planwirtschaftlichen Sozialismus in seinem Werk „Die Gemeinwirtschaft“ von 1922 können als ein wahres Muster an theoretischer Klarheit und Geschlossenheit eingeschätzt werden.¹⁰²⁷

¹⁰²⁶ Gesetz zur Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens (Treuhändergesetz) vom 17. Juni 1990, geändert durch Einigungsvertrag vom 31. August 1990 (BGBl. II S. 889), Art. 25, Gesetz vom 22. März 1991 (BGBl. I. S. 766), Art. 9.

¹⁰²⁷ Vgl. Doering, Detmar: „Einführung: Über Ludwig von Mises“ zum Werk Ludwig von Mises. Die Bürokratie, hrsg. vom Liberalen Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung, Bd. 3, 2. Aufl., Sankt Augustin 2004, S. 5-9. Titel der amerikanischen Originalausgabe: Ludwig von Mises: „Bureaucracy“, New Haven 1944. In seinem Werk „Die Bürokratie“ formuliert Ludwig von Mises: „In einer sozialistischen Gemeinschaft jedoch, in der es nur einen Leiter gibt, gibt es weder Preise für Produktionsfaktoren noch Wirtschaftsrechnung. Ein Produktionsfaktor warnt den Unternehmer der kapitalistischen Gesellschaft durch seinen Preis: Faß mich nicht an, ich bin für die Befriedigung eines dringenderen Bedürfnisses vorgesehen. Aber im Sozialismus bleiben diese Produktionsfaktoren stumm. Sie geben dem Planer keinen Hinweis. Die Technologie bietet ihm eine große Vielfalt an möglichen Lösungen für das gleiche Problem. Jede von ihnen erfordert die Auslage anderer Arten und Mengen der verschiedenen Produktionsfaktoren. Doch da ein sozialistischer Leiter sie nicht auf einen gemeinsamen Nenner bringen kann, ist er nicht in der Lage herauszufinden, welche dieser Lösungen die vorteilhafteste ist. Es ist richtig, daß es im Sozialismus weder erkennbare Gewinne noch erkennbare Verluste geben würde. Wo es keine Rechnung gibt, gibt es auch keine Möglichkeit, eine Antwort auf die Frage zu erhalten, ob die geplanten oder bereits ausgeführten Projekte am besten geeignet sind, die dringendsten Bedürfnisse zu befriedigen: Erfolg und Fehlschlag bleiben unbemerkt im Dunkeln. Die Verteidiger des Sozialismus liegen in ihrer Annahme völlig falsch, daß das Fehlen erkennbarer Gewinne und Verluste ein Vorzug sei. Es ist im Gegenteil der wesentliche Mangel sozialistischen Wirtschaftens. Es ist kein Vorteil, unwissend darüber zu sein, ob das, was man tut, ein geeigneter Weg ist, ein angestrebtes Ziel zu erreichen oder nicht. Ein sozialistisches Wirtschaften wäre wie ein Mensch, der gezwungen wäre, sein Leben mit verbundenen Augen zu verbringen.“ Ebd. S. 45.

Das Bestreben, großen ökonomischen Problemen mit rein theoretischer Analyse zu begegnen, hatte Mises von seinen Lehrmeistern der Österreichischen Schule der Nationalökonomie – etwa Carl Menger und Eugen von Böhm-Bawerk – übernommen. Ihr prägender mikroökonomischer Theorieansatz, der methodologische Individualismus, durchzieht in verfeinerter Form das ganze Werk. Preise werden demnach als Produkt subjektiver Wertschätzungen von Individuen betrachtet. Sie seien, so Mises, nicht durch den Staat aufgrund objektiver Daten „setzbar“. Der Versuch, wie im planwirtschaftlichen Sozialismus praktiziert, führe unweigerlich zu Verschwendung und Fehlleitung von Ressourcen. Das Resultat seien Chaos und Niedergang. Die sozialistische Planwirtschaft, so Mises, ist zum Scheitern verurteilt, weil sie das „Kalkulationsproblem“ nicht lösen könne.

Aus der Analyse gesellschaftlichen Handelns als Ergebnis menschlicher Vernunft leitet Ludwig von Mises die Behauptung ab, daß die Wirtschaftsrechnung die entscheidende Voraussetzung für rationales Handeln bei gesellschaftlicher Arbeitsteilung ist. Da dem Sozialismus jegliche Methode der Wirtschaftsrechnung fehlt und zielgerichtetes Handeln daher selbst unter der Annahme vollständiger Information bei zentraler Planung logisch unmöglich ist, eigne sich der Sozialismus nicht als realisierbares System für die ökonomische Organisation einer Gesellschaft.¹⁰²⁸

Die sozialistische Wirtschaft, so lautet Mises' Argument, will auf den sinnvollen Koordinationsmechanismus der Preise und Märkte aus dem freien Zusammenwirken einer großen Zahl von Wirtschaftssubjekten verzichten und an seine Stelle die zentrale/ betriebliche Planung setzen, die durch Produktionsbefehle und Faktorzuweisungen und -bewertungen operiert. Die Wirtschaftsrechnung soll sich in einem institutionellen Arrangement in „Rechnungslegung und Kontrolle“ erschöpfen. Auf diese Weise aber kann, und das ist die zentrale Aussage Mises', eine arbeitsteilige Wirtschaft nicht erfolgreich betrieben werden. Zentrale bürokratische Koordination ist kein Substitut für die wirtschaftlichen Möglichkeiten, die eine Marktwirtschaft eröffnet.¹⁰²⁹ Der Marktprozeß, die Preise und die Geldrechnung bilden die rationalen Grundlagen der arbeitsteiligen Gesellschaft. Als einzig mögliche Instrumente berechenbaren Handelns erlauben Preise den Individuen nicht nur, das „Wissen um bestimmte Umstände von Zeit und Raum“, wie Friedrich A. von Hayek es nennt, zur Verbesserung der Effizienz einzusetzen,

¹⁰²⁸ Vgl. Mises, Ludwig von: Die Gemeinwirtschaft, S. 448 f.; vgl. auch Mises, Ludwig von: Human Action, 3. Aufl., Chicago 1966, S. 679 ff., S. 703 ff.; vgl. dazu auch Watrin, Christian: Ludwig von Mises Sozialismuskritik – die ökonomische Perspektive, in: Hoppe, Hans-Hermann/ Leube, Kurt R. et al.: Ludwig von Mises „Die Gemeinwirtschaft“. Vademecum zu einem Klassiker liberalen Denkens in Wirtschaft und Gesellschaft, Düsseldorf 1996, S. 45-57.

¹⁰²⁹ Vgl. dazu auch Watrin, Christian: Ludwig von Mises Sozialismuskritik – die ökonomische Perspektive, S. 48 ff.

mit der Güter in der Gesellschaft produziert werden. Für Mises stellt der Markt somit weit mehr bereit als Hayeks „Wissensteilung“, er sorgt für „[...] die intellektuelle Arbeitsteilung, die aus der Kooperation aller Unternehmer, Grundbesitzer und Arbeiter als Produzenten und Konsumenten bei der Bildung von Marktpreisen besteht. Ohne sie ist Rationalität, d.h. die Möglichkeit der Wirtschaftsrechnung undenkbar.“¹⁰³⁰

Wird der gesellschaftliche Lenkungsmechanismus des Marktes zerstört, wie das etwa unter der sozialistischen Zentralplanwirtschaft geschieht, wird systematische und sinnvolle gesellschaftliche Kooperation unmöglich; statt dessen „[...] tappt man im Dunkeln [...]. Was als bewußte Planung bezeichnet wird, ist genau die Ausschaltung bewußten und zweckgerichteten Handelns“.¹⁰³¹ Wo der freie Marktverkehr fehlt – so Ludwig von Mises – gibt es keine Preisbildung; ohne Preisbildung gibt es keine Wirtschaftsrechnung.¹⁰³²

Bereits 1922 gelang es Mises, die sozialistische Wirtschaftsvorstellung argumentativ zu widerlegen und er prophezeite den Niedergang des Sozialismus. Einer der zentralen Aspekte seiner Sozialismuskritik war dabei die nach seiner Ansicht logisch nicht haltbare sozialistische Wirtschaftsrechnung als Element der Wirtschaftsplanung, zumal er den Sozialismus letztlich als „undurchführbar“ bezeichnete.¹⁰³³ [...]“die Ideologie des Sozialismus (ist) nichts anderes als die großartige Rationalisierung kleinlichen Ressentiments. Keine seiner Theorien kann vor der Kritik auch nur im geringsten bestehen, alle seine Deduktionen sind hohl und nichtssagend. Seine Auffassung der kapitalistischen Wirtschaftsweise ist schon längst als durchaus unhaltbar erkannt worden; sein Entwurf einer künftigen Gesellschaftsordnung erweist sich als innerlich widerspruchsvoll und darum undurchführbar. Der

¹⁰³⁰ Mises, Ludwig von: *Liberalism in the Classical Tradition*, 3. Aufl. New York 1985, S. 75.

¹⁰³¹ Mises, Ludwig von: *Human Action*, 3. Aufl., Chicago 1966, S. 700 f.; vgl. dazu auch Salerno, Joseph T.: *Ludwig von Mises und seine Ansichten über Vernunft, Wirtschaftsrechnung und Gesellschaft*, in: Hoppe, Hans-Hermann/ Leube, Kurt R. et al.: *Ludwig von Mises „Die Gemeinwirtschaft“*. Vademecum zu einem Klassiker liberalen Denkens in Wirtschaft und Gesellschaft, Düsseldorf 1996, S. 91 ff.

¹⁰³² Vgl. Mises, Ludwig von: *Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen*, S. 105.

¹⁰³³ Die Schrift von Mises „Die Gemeinwirtschaft“ wurde damit zum Auslöser der sogenannten „Sozialismusdebatte“. Vgl. dazu Grüske, Karl-Dieter: *Ludwig von Mises' „Nationalökonomie“ zum Geleit*, in: Boettke, Peter J./ Colombatto, Enrico/ Leube, Kurt R.: *Ludwig von Mises' „Nationalökonomie“*. Vademecum zu einem Klassiker der neuen österreichischen Schule, Düsseldorf 2002, S. 5-14; Vgl. auch Colombatto, Enrico: *Eine praxeologische Betrachtung institutioneller Reformen in post-sowjetischer Zeit*, in: Boettke, Peter J./ Colombatto, Enrico/ Leube, Kurt R.: *Ludwig von Mises' „Nationalökonomie“*. Vademecum zu einem Klassiker der neuen österreichischen Schule, Düsseldorf 2002, S. 83-103.

Sozialismus würde nicht nur die Wirtschaft nicht rationeller machen, er würde alles Wirtschaften überhaupt aufheben. Daß er Gerechtigkeit bringen könnte, ist nichts als eine willkürliche Behauptung, deren Herkunft aus dem Ressentiment und aus falscher Deutung der Vorgänge innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft gezeigt werden konnte. Und daß die Geschichte uns keinen anderen Weg gelassen hätte als den zum Sozialismus, erweist sich als eine Weissagung, die sich von den chiliastischen Träumen altchristlicher Sektierer nur durch den Anspruch unterscheidet, den sie auf die Bezeichnung Wissenschaft erhebt.

Der Sozialismus ist in Wahrheit nicht das, was er zu sein vorgibt. Er ist nicht Wegbereiter einer besseren Zukunft, sondern Zertrümmerer dessen, was Jahrtausende der Kultur geschaffen haben.¹⁰³⁴

In seinen modelltheoretisch angelegten Untersuchungen stellt Karl Paul Hensel fest: „Zentralisierung der wirtschaftlichen Planung führt notwendig hin zum totalen Staat und schließt eine demokratische Regierung der Gesellschaft aus.“¹⁰³⁵ Für die freie Selbstgestaltung der Menschen sollte der Staat lediglich die Rahmenbedingungen setzen.

Der Marxismus-Leninismus gründet seine „Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus“ auf die Prognose des zwangsläufigen unumkehrbaren Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus und anschließend in den Kommunismus. Seine Annahmen der „Logik der Geschichte“ und der „Gesetzmäßigkeiten“ haben sich umgekehrt und bedeuten die „Widerlegung wesentlicher Aussagen und Prognosen der politischen Ökonomie des Sozialismus“.¹⁰³⁶

Nach seinem Tod 1973 in New York war es Ludwig von Mises nicht mehr vergönnt, die Erfüllung seiner wissenschaftlich begründeten Vorhersage zu erleben, daß der Sozialismus zusammenbrechen werde.

¹⁰³⁴ Mises, Ludwig von: Die Gemeinwirtschaft, S. 448.

¹⁰³⁵ Hensel, Karl, Paul: Planwirtschaft, in: HdSW, 8. Bd., 1964, S. 337.

¹⁰³⁶ Koslowski, Peter: Die Ordnung der Wirtschaft. Studien zur Praktischen Philosophie und Politischen Ökonomie, Tübingen 1994, S. 173, 174.

Verzeichnis der Anlagen

Anlage 1:	Vorschlag zur Übergabe von Außenhandelsangaben an den RGW und UNO-Organen für den Zeitraum vom 1.1.-30.9.1987 vom 16.10.1987	390
Anlage 2:	Schreiben an Honecker vom 4.5.77 bzgl. „abgestimmten Entscheidungsvorschlag“ zur Veröffentlichung von Angaben der Statistik über den Außenhandel der DDR.....	392
Anlage 3:	Bestätigungsurkunde zur Grundsatzentscheidung für ein Investitionsvorhaben mit Vorgabe im Volkswirtschaftsplan	393

Abkürzungsverzeichnis

A

ABI	Arbeiter-Bauern-Inspektion
Abw.	Abweichung
AfA	Absetzung für Abnutzung
AfP	Amt für Preise beim Ministerrat der DDR
AG	Arbeitsgruppe
AHB	Außenhandelsbetrieb
AK	Arbeitskraft
Anm.	Anmerkung
AO	Anordnung
AO RuSt	Anordnung über Rechnungsführung und Statistik in den Betrieben und Kombinat
Art.	Artikel
ASMW	Amt für Standardisierung Meßwesen und Warenprüfung
Aufl.	Auflage

B

BA-L	Bundesarchiv Außenstelle Berlin-Lichterfelde
BArch	Bundesarchiv
BÄKO	Fachgroßhandel für Bäckereien und Konditoreien
BE	Betriebsergebnis
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI	Bundesgesetzblatt
BGL	Betriebsgewerkschaftsleitung
BKV	Betriebskollektivvertrag
BP	Betriebspreis
BPO	Betriebsparteiorganisation
BPK	Betriebsplankommission
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BT	Betriebsteil
BvS	Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben

C

CDG-Plan	Colm-Dodge-Goldsmith-Plan
CDU	Christlich Demokratische Union
COMISCO	Comité Consultatif International Socialiste

D

DB	Durchführungsbestimmung
DDR	Deutsche Demokratische Republik
Diss.	Dissertation
DK	Dieselmotorenöl
DM	Deutsche Mark
DMBilG	Gesetz über die Eröffnungsbilanz in Deutscher Mark und die Kapitalneufestsetzung (D-Markbilanzgesetz – DMBilG - vom 29.9.1990 in der Fassung der Änderung vom 9.8.1994 (BGBl. I, S. 2062)
DMEB	DM-Eröffnungsbilanz
DStR	Deutsches Steuerrecht
DV	Deutsche Verwaltung
DWK	Deutsche Wirtschaftskommission

E

EBE	Einheitliches Betriebsergebnis
Einigungsvertrag	Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands -Einigungsvertrag- vom 31.8.1990 (BGBl. II, S. 889)
EKKI	Exekutiv-Komitee
EKRI	Einheitskontenrahmen Industrie
ELN	Erzeugnis- und Leistungsnomenklatur
Elo-Stahl	Edelstahl
EV	Eigenverbrauch
EVP	Einzelhandelsverkaufspreis

F

FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FE	Fertigerzeugnisse

G

GAN	Generalauftragsnehmer
GAP	Großhandelsabgabepreis
GBI	Gesetzblatt der DDR
GE	Grundsatzentscheidung (zu Investitionen)
GM	Grundmittel
GoB	Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung

GOSPLAN	Staatliches Plankomitee der Regierung der Sowjetunion
GSBSD	Gruppe der sowjetischen Besatzungsstreitkräfte in Deutschland
GSSD	Gruppe Sowjetischer Streitkräfte in Deutschland
GSK	Gesamtselbstkosten
GULAG	Glawnoje Uprawlenije Lagerej, Hauptverwaltung des Straflagersystems der Sowjetunion seit 1917
GVS	Geheime Verschlusssache

H

HAG	Hauptauftraggeber
HAN	Hauptauftragnehmer
HdB	Handwörterbuch der Betriebswirtschaft
HdSW	Handwörterbuch der Sozialwissenschaften
HdWW	Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft
HGB	Handelsgesetzbuch
HVA	Hauptverwaltung Aufklärung

I

IAG	Investitionsauftraggeber
IAP	Industrieabgabepreis
IBWZ	Internationale Bank für Wirtschaftliche Zusammenarbeit
i.d.R.	in der Regel
IWH	Institut für Wirtschaftsforschung Halle
IWP	Industrielle Warenproduktion

K

K-Bilanzen	Kombinatsbilanzen
KI	Kommunistische Internationale
KoKo	Bereich Kommerzielle Koordinierung
Komintern	Kommunistische Internationale
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPP	Konstanter Planpreis
KPR	Kommunistische Partei Russlands
KPU	Kommunistische Partei Ungarns
Kt	Kilotonne
kWh	Kilowattstunde
KZ	Kennziffer

L

LDPD	Liberal Demokratische Partei Deutschlands
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft

M

M	Mark der DDR
MAH	Ministerium für Außenhandel
MAI	Ministerium für Außenhandel und Innerdeutscher Handel
MAK	Material-Ausrüstung-Konsumgüter
MAK-Bilanzierung	Material-, Ausrüstungs- und Konsumgüterbilanzierung
M-Bilanzen	Ministerbilanzen
MdF	Ministerium der Finanzen
ME	Mengeneinheit
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MfV	Ministerium für Verkehrswesen
Mio.	Million
Mrd.	Milliarden
MVN	Materialverbrauchsnormen
MWh	Megawatt-Stunde

N

NEP	Neue Ökonomische Politik (russ. Abkürzung)
NfD	Nur für den Dienstgebrauch
NIWP	Nichtindustrielle Warenproduktion
NÖP	Neue Ökonomische Politik
NÖS	Neues Ökonomisches System
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NS-Regime	Nationalsozialistisches Regime
NVA	Nationale Volksarmee
NSW	Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet
NWVB	Natural- und Wert-Verflechtungsbilanzen

O

OVWR	Oberster Volkswirtschaftsrat
------	------------------------------

P

Pb	Preisbasis
PE	Planentwurf
PFA	Produktionsfondsabgabe

PKO	Preiskoordinierungsorgan
PS	Produktgebundene Preisstützung
Q	
Q	Gütezeichen „Q“
R	
REP	Exportrentabilität (Export Erlös zu Inlandspreis zuzüglich Handelsspanne)
RGBL	Reichsgesetzblatt
RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
RiKo	Richtungskoeffizient
RKV	Rahmenkollektivvertrag
RM	Reichsmark
RSFSR	Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik
RuSt	Rechnungsführung und Statistik
S	
SAG	Sowjetische Aktiengesellschaft
SAPMO	Stiftung Archive der Parteien und Massenorganisationen
S-Bilanzen	Staatsplanbilanzen
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SDAPR	Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands
SFR	Staatliche Finanzrevision
SKK	Sowjetische Kontrollkommission
SL	Prädikat Gestalterische Spitzenleistung
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SM-Stahl	Siemens-Martinstahl
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPK	Staatliche Plankommission
Staatsvertrag	Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik -Staatsvertrag- vom 18.5.1990 (BGBl. II, S. 537)
STAG	Staatliche Aufgabe
STAL	Staatliche Planaufgabe
SW	Sozialistisches Wirtschaftsgebiet
SZS	Staatliche Zentralverwaltung für Statistik

T

t	Tonne
TAN	Technische begründete Arbeitsnorm
TDM	Tausend Deutsche Mark
TKO	Technische Kontrollorganisation zur Qualitätssicherung
TM	Tausend Mark der DDR
Tm ³	Tonnenkubikmeter
TOM	Technische-Organisatorische Maßnahmen
Treuhandgesetz	Gesetz zur Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens (Treuhandgesetz) vom 17.6.1990 (GBl. der DDR I, S. 300)
TVM	Tausend Valuta Mark

U

UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UE	Unfertige Erzeugnisse
US	United States
USDP	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands

V

VbE	Vollbeschäftigungseinheit
VE	Verrechnungseinheit (im innerdeutschen Handel)
VE	Volkseigen
VEB	Volkseigener Betrieb
VGW	Valutagegenwert
VK	Vergaserkraftstoff
VM	Valutamark
VO	Verordnung
VSWG	Viertelsjahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte
VVB	Vereinigung Volkseigener Betriebe
VVS	Vertrauliche Verschlusssache

W

WAO	Wissenschaftliche Arbeitsorganisation
WiGBl.	Wirtschaftsgesetzblatt der Militärregierung Deutschland 1948/49
WO	Wirtschaftsleitendes Organ
WP	Warenproduktion

Z

ZDK	Zentrale Deutsche Kommission für Sequestrierung und Beschlagnahme
ZK	Zentralkomitee
ZOV	Zeitschrift für offene Vermögensfragen
ZVOBl.	Zentralverordnungsblatt

Anlage 1: Vorschlag zur Übergabe von Außenhandelsangaben an den RGW
und UNO-Organen für den Zeitraum vom 1.1.-30.9.1987 vom

15.11

Do. fonth

16.10.1987

Vorschlag
zur Übergabe von Außenhandelsangaben an den RGW und UNO-Organen
für den Zeitraum 1.1. - 30.9.1987

Zum Export und Import insgesamt mit dem NSW

1. Für das 1. Halbjahr 1987 ergaben die statistischen Abrechnungsergebnisse im Gesamthandel mit dem NSW einen Importüberschuß von 250 Mio VM.

Im Interesse des Ausweises eines Exportüberschusses und unter Beachtung der Entwicklung zu den gemeldeten Angaben im Vorjahr wurden die Abrechnungsergebnisse für den NSW-Export um 2,2 Mrd. VM und den NSW-Import um 1,1 Mrd. VM erhöht.

Auf dieser Grundlage wurde dem RGW und den UNO-Organen für das 1. Halbjahr 1987 ein Exportüberschuß von 850 Mio VM gemeldet.

2. Im Zeitraum 1.1. - 30.9.1987 wurden im Gesamthandel mit dem NSW folgende Ergebnisse nach der Methode und zu Umrechnungsverhältnissen für die Öffentlichkeitsarbeit erreicht:

		im Vergleich zum 30.9. des Vorjahres	
		zum tatsächl. Ist	zum gemeldeten Ist
Export	16 603 Mio VM	100,9 %	82,6 %
Import	17 182 Mio VM	114,3 %	92,0 %
Umsatz	33 785 Mio VM	107,3 %	87,7 %
Import- überschuß	579 Mio VM		

16.10.1987

3. Damit auch per 30.9. ein Exportüberschuß gemeldet werden kann wird vorgeschlagen, Veränderungen in gleicher Höhe wie für das 1. Halbjahr vorzunehmen..

für den 30.9. wird auf 910 ein zu meldender
 Daraus ergibt sich ein Exportüberschuß von ~~521~~ ⁹¹⁰ Mio VM. *belegt*

Gleichzeitig wird damit erreicht, daß kein zu starker Rückgang beim Export und Import im Vergleich zu den im Vorjahr gemeldeten Angaben eintritt.

Daraus ergibt sich ein zu meldender

zum gemeldeten Ist 30.9.1986

<p>⁹¹⁰ 18 17 893 36696</p>	<p>Export von 18 803 Mio VM = 93,6 % Import von 148 282 Mio VM = 127,9 % Umsatz von 137 085 Mio VM = 125,7 % Export- überschuß von 521 ⁹¹⁰ Mio VM</p>
--	---

4. Der Exportüberschuß im Handel mit dem sozialistischen Wirtschaftsgebiet beträgt ~~2 044~~ Mio VM, so daß für den Außenhandel insgesamt ein Saldo von ~~172 569~~ ³⁸⁸ Mio VM per 30.9.1987 an den RGW und UNO-Organen gemeldet wird.

3 054

*Mit dem Betrag von 30.9. =
 1150 help. abgeben*

*Mit dem Betrag von 30.9. =
 1315 help. abgeben*

Anlage 2: Schreiben an Honecker vom 4.5.77 bzgl. „abgestimmten Entscheidungsvorschlag“ zur Veröffentlichung von Angaben der Statistik über den Außenhandel der DDR

ZENTRALKOMITEE
HAUSMITTEILUNG

15.16

0000360

AN	Mitglied des Politbüros	Mitarzeichen	Datum	Abgabestart
Genossen Erich Honecker	Günter Mittag		4.5.77	
Betr.				

Lieber Genosse Honecker!

Als Anlage übergebe ich einen mit den Genossen Stoph, Krowkowski und Schürer sowie der Abteilung Planung und Finanzen des ZK abgestimmten Entscheidungsvorschlag zur Veröffentlichung von Angaben der Statistik über den Außenhandel der DDR für das Jahr 1976.

Ich bitte um Zustimmung.

Mit kommunistischem Gruß

Anlage

**Anlage 3:
Bestätigungsurkunde zur Grundsatzentscheidung für ein Investitionsvorhaben mit Vorgabe im Volkswirtschaftsplan**

B e s c h l u ß

Auf der Grundlage der Dokumentation zur Grundsatzentscheidung wird für das Investitionsvorhaben

"Rationalisierung Produktionsabschnitt I/II"

des VEB CKW die Grundsatzentscheidung mit folgenden allgemeinen Angaben und technisch-ökonomischen Kennziffern bestätigt und nachstehende Festlegungen zur Durchführung des Vorhabens getroffen:

1. Allgemeine Angaben

- Investitionsauftraggeber	VEB CKW, BT Liegau
- Wirtschaftsleitendes Organ	VEB Kombinat PEV
- Investitionsbauleistung	IAG
- Importbetrieb	entfällt
- Verfahrensträger	IAG
- Hauptauftragnehmer	IAG
Bau	IAG
Ausrüstungen	IAG
- Außenhandelsbetrieb	entfällt
- Makrostandort	Bezirk Dresden
- Realisierungszeit	02 82 - 12 84

VEB COSID-KAUTASIT-WERKE
Betriebsdirektor

Bestätigungsurkunde
zur
Grundsatzentscheidung

Entsprechend der Verordnung über die Vorbereitung von Investitionen vom 13. 7. 1978 (GBL Teil I, Nr. 23/78) wird die Grundsatzentscheidung für das Investitionsvorhaben

"Rationalisierung Produktionsabschnitt I/II"

Vorhabensnummer: 349 402

des VEB COSID-KAUTASIT-WERKE, BT Liegau

mit dem Beschluß zu den

- allgemeinen Angaben und technisch-ökonomischen Kennziffern
- Festlegungen zur Durchführung des Vorhabens

bestätigt.


Kaufmann
Betriebsdirektor

Coswig, den 3. 2. 1984

Schulze
Generaldirektor

2. Technisch-ökonomische Kennziffern des Vorhabens

2.1. Zu schaffende Kapazitäten

Für das Vorhaben ergibt sich ein Kapazitätswachstum durch Investitionen von

1 700 TStk Gummiformerzeugnissen.

2.2. Produktion im Erfolgsjahr

Der WP-Zuwachs durch Invest betragt insgesamt

7 904 TM

darunter 82,4 TM für NSW-Export
davon 1983 39,1 TM
1984 43,3 TM

2.3. Inbetriebnahmetermine

Aufnahme Probebetrieb (Mon./Jahr)	08	83
Aufnahme Dauerbetrieb (Mon./Jahr)	09	83
Erreichung der vollen Produktion	07	84

Voraussetzung dafür ist die termingerechte Bereitstellung, der durch die SPK freizugebenden Spritzgießmaschinen aus dem Sonderkontingent.

2.4. Investitionsaufwand

Investitionen insgesamt	1503 TM
darunter Bau	779 TM
Ausrüstung	714 TM
Sonstiges	10 TM

Aufteilung auf Realisierungsjahre (TM)

	1982	1983	1984
Investitionen gesamt	126	942	435
dav. Bau	126	574	79
Ausrüstung	-	358	356
Sonstiges	-	10	-

2.5. Verflechtung zum Plan Wissenschaft und Technik

Fehlmeldung

2.6. Kennziffern der Effektivität

		Pb1	Pb2
Warenproduktion zu IAP		7904	7904
Nettoproduktion		1350	1344
einheitl. Betriebsergebnis		837	694
Finanzbedarf für Invest gesamt	1503 TM		
Aktivierung	1503 TM		
Anzahl der Arb.+Angestellten	26 Pers.		
Produktionspersonal	25 "		
drei- und mehrschichtig arb.	6 "		
Anzahl der Prod. Arb. an Masch. und Anlagen	6 "		
Grundfondsquote		0,898	0,894
Grundfonderentabilität		0,557	0,462
Grundfondsausstattung	57,8 TM/vbE		
Arb. Prod. Basis Nettoproduktion		51,9	51,7
Inv. Effektivität Basis WP-Zuwachs	5,26		
Rückflußdauer	2 Jahre		
Schichtkoeffizient d. Prod. Pers.	1,8		
Mechanisierungsgrad	100 %		

2.7. Arbeitskräftebedarf und -sicherung

Für das Vorhaben werden zusätzlich 2 Arbeitskräfte benötigt, die durch Freisetzung bzw. durch Rationalisierung und Mechanisierung von jetzigen Arbeitsplätzen gewonnen werden.

2.8. Finanzierung des Vorhabens

Eigenmittel	1503 TM
davon 1982	84 TM
1983	930 TM
1984	489 TM

2.9. Baustelleneinrichtung

Infolge Eigenrealisierung durch IAG entfällt die Baustelleneinrichtung durch Nutzung vorhandener betrieblicher Anlagen.

Ministerrat der DDR Staatliche Plankommission		VOLKSWIRTSCHAFTSPLAN 19 84										1 6 0 3 8 4 152
Name des Einreichers: VEB COSMO-TECHNISCHE ET 11:30 0107 LISSA-FAHRZEUGE Weissenhof 5		Objektliste zum Vorhaben "Ratio Produktionsabbauschritt I/II" Bearbeiter: Koll. Mohyla Datum: 26.1.84 Unterschrift d. verantwortlichen Leiters:										16 10 12
Telefon: Rausberg 7503, App. 39		Gesamtwertumfang		Umfang im Planjahr				Termin der		EL v. S		
WLO-Nr.	0315	Ges.	Bau	Ausr.	Ges.	Uu	EL-Bau	Ausr.	Sonst. Aktiv.	10	RM	
Vorb.-Nr.	349 402	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
Lfd.Nr. Bezeichnung												
01	Rohbau/Ausbau	779	779		79	79	60			08 84		
02	EL-Installation	35		35	35			35		05 84		
03	Projektierung	10								05 84		
04	Spritzgießmasch.	265		265						12 83		
05	N2-Tank 10000 l	131		131	131			131		12 84		
06	1 Vakuumpumpe	8		8						12 83		
07	Letzaufzug	50		50	50			50		05 84		
08	Wägener-Stoßmasch.	85		85	85			85		12 84		
09	Hand-Abkantmasch.	3		3	3			3		12 84		
10	Hobel-Tafelschere	2		2	2			2		12 84		
11	Gleitschlifftrammel	4		4	4			4		12 84		
12	Temperofen	15		15	15			15		05 84		
13	TUL-Prozeß	36		36	26			26		12 84		
14	Rechentechnik	60		60	5			5		12 84		
		1903	779	714	435	79	60	386				
Bestell-Nr. PV 9209 - VV Spremberg		ges.										

Literaturverzeichnis

- Abeken, Gerhard: Die sowjetzonale Wirtschaftsexpansion und ihre Darstellung in der offiziellen Berichterstattung, in: Wirtschaftsforschung und Wirtschaftsführung, Festgabe für Ferdinand Friedensburg zum 70. Geburtstag (Hrsg. DIW), Berlin 1956
- Abel, Wilhelm: Massenarmut und Hungerkrisen im vorindustriellen Deutschland, Göttingen 1972.
- Abelshausen, Werner: Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945, München 2004
- Agster, Waltraut: Der Wettbewerb in der Markt- und Zentralverwaltungswirtschaft, unv. Diss. Freiburg 1958.
- Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Institut für Ökonomie. Politische Ökonomie. Lehrbuch, Berlin (Ost) 1955, 3. überarbeitete Aufl., Berlin (Ost) 1959.
- Akerlof, George A. et al: East Germany in from the Cold: The Economic Aftermath of Currency Union, in: Brookings Papers on Economic Activity, 1/1991, S. 1-105.
- Albrecht, Alfred: Rechtsstaat, in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.), Staatslexikon, 7. Aufl., 4. Bd., 1988, Sp. 742.
- Ambrosius, Gerold: Die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland 1945-1949, Stuttgart 1977.
- Andert, Reinhold/Herzberg, Wolfgang: Der Sturz, Erich Honecker im Kreuzverhör, Berlin und Weimar 1990.
- Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, 2. Aufl. Frankfurt a.M. 1958
- Autorenkollektiv: Das Finanzsystem der DDR, Hochschule für Ökonomie (Hrsg.), Berlin (Ost) 1962.
- Autorenkollektiv: Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR, Berlin (Ost) 1969
- Autorenkollektiv, Rumjanzew Alexander F. u.a.: Politische Ökonomie des Sozialismus, Übersetzung aus dem Russischen, Berlin (Ost) 1973.
- Autorenkollektiv, Leiter Siegfried Lindner: Wirtschaftliche Rechnungsführung und Kostenrechnung Industrie. Erläuterung wichtiger Begriffe, Berlin (Ost) 1975.
- Autorenkollektiv: Volkswirtschaftsplanung, Lehrbuch, Hrsg. Hans-Heinrich Kinze u.a., Berlin (Ost) 1975.

- Autorenkollektiv, Leiter Günther Geißler: Rechnungsführung und Statistik im Sozialismus - Grundlagen der Gestaltung in der Volkswirtschaft der DDR, Berlin (Ost) 1977.
- Autorenkollektiv der Gewerkschaftshochschule „Fritz Heckert“ beim Bundesvorstand des FDGB (Ltg. Lindner, Siegfried): Grundfragen der sozialistischen Preistheorie, Berlin (Ost) 1977.
- Autorenkollektiv (Forbrig, Gotthard u. a.): Rechnungsführung und Statistik in der Industrie, Lehrbuch, Berlin (Ost) 1978.
- Autorenkollektiv: Grundlagen der Preisbildung in der sozialistischen Industrie, Berlin (Ost) 1980.
- Autorenkollektiv Leiter Kohlert, Peter: Die Absatzwirtschaft der Kombinate und Betriebe, Berlin (Ost) 1982.
- Autorenkollektiv (Forbrig, Gotthard u.a.): Betriebsstatistik, Berlin (Ost) 1983
- Autorenkollektiv Leiter Morgenstern, Karl: Spezialisierung und Kooperation zwischen den RGW-Ländern -aktuell-, Berlin (Ost) 1984.
- Autorenkollektiv der Staatlichen Plankommission, Leiter Harald Rost: Blickpunkt Wirtschaft, Planungsanordnung 1986-1990, Wichtige Instrumente zur Verwirklichung der ökonomischen Strategie, Berlin (Ost) 1985.
- Autorenkollektiv des Amtes für Preise: Industriepreise fördern effektive Erzeugniserneuerung, Berlin (Ost) 1986.
- Autorenkollektiv: Innerbetriebliche wirtschaftliche Rechnungsführung - Ein Leitfaden für die Praxis-, Berlin (Ost) 1986.
- Autorenkollektiv, Leiter Eberhart Schubert: Sozialistische Betriebswirtschaft Industrie, Hoch- und Fachschullehrbuch für Ingenieure, Berlin (Ost) 1987.
- Autorenkollektiv, Leiter Dieter Graichen: Sozialistische Betriebswirtschaft Industrie, Berlin (Ost) 1987.
- Autorenkollektiv, Leiter Werner Kreitel: Buchführung – Grundkurs für ökonomische Ausbildungseinrichtungen, Berlin (Ost) 1987.
- Autorenkollektiv, Brendel, Gerhard/ Schrader, Horst (Hrsg.): Lexikon des Außenhandels, Berlin (Ost) 1987.
- Autorenkollektiv, Leiter Horst Richter: Lehrmethodik Politische Ökonomie, Berlin (Ost) 1988.
- Baar, Lothar/ Müller, Uwe/ Zschaler, Frank: Strukturveränderungen und Wachstumsschwankungen. Investitionen und Budget in der DDR 1949-1989, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (JWG) 1995/2, S. 7-72.
- Badstübner, Rolf/Heitzer, Heinz (Hrsg.): Die DDR in der Übergangsperiode, Berlin (Ost) 1979.

- Bahrmann, Hannes/ Fritsch, Peter- Michael : Sumpf, Privilegien, Amtsmißbrauch, Schiebergeschäfte, Berlin 1990.
- Ballod, Karl (Pseudonym Atlantikus): Ein Blick in den Zukunftsstaat, 1898.
- Barkleit, Gerhard: Die Rolle des Ministeriums für Staatssicherheit beim Aufbau der Luftfahrtindustrie der DDR – Berichte und Studien, Dresden 1995.
- Barkleit, Gerhard/ Hartlepp, Heinz: Zur Geschichte der Luftfahrtindustrie in der DDR 1952-1961, Dresden 1995.
- Barthel, Alexander: Betriebssteuern als Lenkungsinstrument in sozialistischen Planwirtschaften: Zur „wirtschaftlichen Rechnungsführung“ in der DDR, Schriften zum Vergleich von Wirtschaftsordnungen, Bd. 42, Stuttgart, New York 1990
- Barthel, Horst: Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der DDR, Berlin (Ost) 1979
- Baßeler, Ulrich/ Heinrich, Jürgen/ Utecht, Burkhard: Grundlagen und Probleme der Volkswirtschaft, Stuttgart 2006.
- Bästlein, Klaus: Der Fall Mielke. Die Ermittlungen gegen den Minister für Staatssicherheit der DDR, Baden-Baden 2002
- Bauer, Otto: Der Weg zum Sozialismus, Wien 1919.
- Bauer, Otto: Die Sozialisierungsaktion im ersten Jahr der Republik, Wien 1919.
- Beatty, Jack: Die Welt des Peter Drucker, Frankfurt/Main 1998
- Bebel, August: Unsere Ziele, Leipzig 1870.
- Bebel, August: Die Frau und der Sozialismus, Zürich 1879.
- Beck von der, Stefan: Die Konfiskationen in der Sowjetischen Besatzungszone von 1945-1949, Frankfurt a. M. 1996
- Behrens, Fritz: Fragen der Ökonomie und Technik, in: Wirtschaftswissenschaft, Sonderheft Ökonomie und Technik, Berlin (Ost) 1956, S. 1 ff.
- Behrens, Fritz: Abschied von der sozialen Utopie, Berlin 1992.
- Benary, Arne/ Schnippel, Günther/ Wenger, Siegfried: Über die Auswertung der Arbeit Stalins „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Karl-Marx-Universität in Leipzig, in: Wirtschaftswissenschaft, 1. Jg. 1953, S. 198 f.
- Benning, Bernhard: „Der Neue Plan“ und die Neuordnung der deutschen Außenwirtschaft, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 2/1935, Jena 1935, S. 35-62
- Berichte der Sozialisierungskommission, Berlin 1919 ff.

- Berkenkopf, Paul: Zur Lage der Sowjetwirtschaft, in: Schmollers Jahrbuch 56, 1932, S. 51 ff.
- Bernstein, Eduard: Probleme des Sozialismus. Die Neue Zeit, Stuttgart 1896/97.
- Bernstein, Eduard: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Stuttgart 1899.
- Beschlußempfehlung und Bericht des 1. Untersuchungsausschusses des 12. Deutschen Bundestages: Der Bereich Kommerzielle Koordination und Alexander Schalck-Golodkowski. Werkzeuge des SED-Regimes, BT-Drs. 12/7600, Bonn 1994 und Anlagenband 1-3.
- Beyer, Achim: Die Einheit von materieller und finanzieller Planung. Theoretischer Anspruch und wirtschaftliche Praxis, in: Basisbereiche der Wirtschaftspolitik in der DDR, hrsg. von Gernot Gutmann, Asperg b. Stuttgart 1983, S. 11-42.
- Biener, Herbert / Bister, Ottfried/ Czerwenka, Beate: Die Rechnungslegung nach dem D-Markbilanzgesetz 1990, München 1990.
- Bing, Wilhelm: Investitionsfinanzierung in der Zentralverwaltungswirtschaft. Analyse des Prinzips der Eigenerwirtschaftung von Investitionsmitteln in der DDR, Schriften zum Vergleich von Wirtschaftsordnungen, hrsg. von Karl Paul Hensel/ Klemens Pleyer, Stuttgart 1970.
- Block, Herbert: Die Marxsche Geldtheorie, Diss. Jena 1926.
- Boettcher, Erik: Außenhandelsmonopole, in: HdSW, Erster Band, Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1956, S. 477 f.
- Boettke, Peter J.: The Political Economy of Soviet Socialism. The Formative Years, 1918-1928, 1990.
- Boettke, Peter J.: Socialism and the Market. The Socialist Calculation Debate Revisited, 9 vols., London and New York 2000.
- Böhm-Bawerk, Eugen von: Zum Abschluß des Marxschen Systems, in: Staatswissenschaftliche Arbeiten, Festgabe für Karl Knies, Hrsg. Otto von Boenigk, Berlin 1896.
- Bohnet, Armin: Preissystem und Preispolitik im Wirtschaftssystem der DDR, in: Basisbereiche der Wirtschaftspolitik in der DDR. Geld-, Finanz- und Preispolitik, hrsg. von Gernot Gutmann, Asperg b. Stuttgart 1983, S. 43-70.
- Borchert, Hans (Hrsg.): Lexikon der Wirtschaft, Industrie, Berlin (Ost) 1970
- Bousquet, Georges Henri: Hermann Heinrich Gossen (1810-1858), in: HdSW, 4. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1965, S. 618-620.
- Bouvier, Beatrix: Die DDR - ein Sozialstaat? Sozialpolitik in der Ära Honecker, Bonn 2002.

- Boyer, Christoph: Das Wirtschafts- und Sozialrecht im Steuerungs- und Stabilisierungskonzept der SED, in: Deutschland Archiv 4/2003, S. 626-639.
- Bracher, Karl Dietrich: Zeitgeschichtliche Kontroversen. Um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie, München 1976
- Brandt, Karl: Gleichgewicht, ökonomisches, in: HdSW, 4. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1965, S. 600 ff.
- Brandt, Karl: Geschichte der deutschen Volkswirtschaftslehre. Band 2: Vom Historismus bis zur Neoklassik, Freiburg i. Breisgau 1993.
- Brauer, Thomas: Walther Rathenau (1867-1922), in: Hermann Sacher (Hrsg.), Staatslexikon, 5. Aufl., 4. Bd., 1931, Sp. 536 f.
- Braun, Manfred: Eugen Varga (1879-1964), in: Werner Krause, u. a., Ökonomenlexikon, Berlin 1989, S. 586-590.
- Brecht, Wolfgang: Betriebliche Kostenrechnung im System dezentraler und zentraler Lenkung des Wirtschaftsprozesses – ein Vergleich, unv. Diss. Freiburg 1957.
- Breuel, Birgit (Hrsg.): Treuhand intern, Berlin 1993.
- Briefs, Goetz: Kriegswirtschaftslehre und Kriegswirtschaftspolitik, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., 5. Bd., Jena 1923, S. 988 ff.
- Briefs, Goetz: Klassische Nationalökonomie, in: HdSW, 6. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1959, S. 4-19.
- Brintzinger, Klaus-Rainer: Briefs, Gottfried Anton, gen. Goetz (1899-1974), in: Harald Hagemann und Claus-Dieter Krohn (Hrsg.) Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Wirtschaftswissenschaftlichen Emigration nach 1933, Bd. 1, München 1999, S. 78-82.
- Brintzinger, Klaus-Rainer: Herbert Block (1903-1988), in: Harald Hagemann, Claus-Dieter Krohn (Hrsg.), Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Wirtschaftswissenschaftlichen Emigration nach 1933, München 1999, S. 54 ff.
- Bröll, Werner: Die Wirtschaft der DDR Lage und Aussichten, München – Wien 1974
- Broszat, Martin/ Weber, Hermann (Hrsg.): Das SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949, München 1990.
- Brunner, Georg: Einführung in das Recht der DDR, 2. Aufl., München 1979.

- Brunner, Georg: Das politische System der DDR, in: Politische Systeme in Deutschland, Studien zur Deutschlandfrage, hrsg. vom Göttinger Arbeitskreis, Bd. 4, Berlin 1980, S. 41-57.
- Brus, Włodzimierz: Funktionsprobleme der sozialistischen Wirtschaft, Frankfurt a. M. 1971.
- Brus, Włodzimierz: Wirtschaftsplanung. Für ein Konzept der politischen Ökonomie, Frankfurt a. M. 1972.
- Brus, Włodzimierz/ Łaski, Kasimierz: Von Marx zum Markt. Die sozialistischen Länder auf der Suche nach einem neuen Wirtschaftssystem, Marburg 1990.
- Brutzkus, Boris D.: Die sozialistische Wirtschaft, Berlin 1923.
- Brutzkus, Boris D.: Der Fünfjahresplan und seine Erfüllung, Leipzig 1932.
- Brutzkus, Boris D.: Die Lehren des Marxismus im Lichte der russischen Revolution, Berlin 1928.
- Brutzkus, Boris D.: Agrarentwicklung und Agrarrevolution in Rußland, Berlin 1929.
- Brzoka, Hans/Röder, Erich: Gewerkschaftliche Mitwirkung an der betrieblichen Planung, Berlin (Ost) 1978
- Bucharin, Nicolai J.: Programm der Kommunisten (Bolschewiki), Berlin 1919.
- Bucharin, Nicolai J.: Ökonomik der Transformationsperiode, Hamburg 1922.
- Bucharin, Nicolai J.: Der Weg zum Sozialismus, Wien 1925.
- Bücher, Karl: Die Entstehung der Volkswirtschaft. Vorträge und Versuche, 4. Aufl. Tübingen 1904.
- Buck, Hannsjörg, F.: Umweltpolitik und Umwelbelastung, in: Am Ende des realen Sozialismus (2). Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den achtziger Jahren, hrsg. von Eberhard Kuhrt im Auftrag des Bundesministeriums des Innern, Opladen 1996, S. 223-266.
- Bues, Rüdiger: Das Bankensystem der ehemaligen DDR bis 1990 – seine Organisation und Wirksamkeit innerhalb des zentralgeplanten Wirtschaftssystems, Dissertation, Berlin 1996
- Bühler, Rudolf: Die Problematik der Kontrolle betriebswirtschaftlicher Leistungen in Zentralverwaltungswirtschaften, Schriften zum Vergleich von Wirtschaftsordnungen, Heft 17, Stuttgart 1971.
- Bundesminister der Finanzen: Die amtlichen AfA-Tabellen, Mönchengladbach 1998.

- Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hrsg.), Unrecht als System. Dokumente über planmäßige Rechtsverletzungen in der Sowjetzone Deutschlands. Zusammengestellt vom Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen, Bonn. Teil I: 1952, Teil II: 1952-1954 (1955), Teil III: 1954-1958 (1958), Teil IV: 1958-1961.
- Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hrsg.): Sowjetische Besatzungszone Deutschlands in den Jahren 1945 bis 1954, Bonn-Berlin 1964.
- Bundesministerium für Wirtschaft (Hrsg.), Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft. Sammelband der Gutachten von 1948 bis 1972, Göttingen 1973.
- Caldwell, Bruce: Hayek and Socialism, in: Journal of Economic Literature, vol. XXX (Dec. 1997), S. 1856-1890 wieder abgedruckt bei Peter J. Boettke, Socialism and the Market, vol. IX, S. 1886 ff.
- Carell, Erich: Arbeit, in: HdSW Erster Band, Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1956, S. 229-234.
- Cathrein, Victor: Der Sozialismus. Eine Untersuchung seiner Grundlagen und seiner Durchführbarkeit, 14.-16. Aufl., Freiburg i. Breisgau 1923.
- Chaloupek, Günther: Die Österreichische Schule und der Austromarxismus, in: Wirtschaft und Gesellschaft, 4/87, S. 481 ff.
- Chaloupek, Günther: Otto Neurath's Concept of Socialization and Economic Calculation and his Socialist Critics, in: E. Nemeth et al. (eds.), Otto Neurath's Economics in Context. Vienna Circle Institute Yearbook, 2007, vo. 13.
- Chamberlin, Edward H.: The Theory of Monopolistic Competition, Cambridge (Mass.), 1933.
- Christ, Peter / Neubauer, Ralf: Kolonie im eigenen Land. Die Treuhand, Bonn und die Wirtschaftskatastrophe der fünf neuen Länder, Berlin 1991. Mit einem Vorwort von Helmut Schmidt.
- Colombatto, Enrico: Eine praxeologische Betrachtung institutioneller Reformen in post-sowjetischer Zeit, in: Boettke, Peter J./ Colombatto, Enrico/ Leube, Kurt R.: Ludwig von Mises' „Nationalökonomie“. Vademecum zu einem Klassiker der neuen österreichischen Schule, Düsseldorf 2002, S. 83-103.
- Conze, Werner: Vom „Pöbel“ zum „Proletariat“. Sozialgeschichtliche Voraussetzungen für den Sozialismus in Deutschland, in: VSWG, 41. Bd., 1954, S. 333-364.

- Cornelsen, Doris : Die Volkswirtschaft der DDR : Wirtschaftssystem – Entwicklung – Probleme, in : Deutschland-Handbuch (Hrsg. Hartmut Zimmermann), München-Wien 1989, S. 258-275
- Creuzberger, Stefan: Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, Weimar, Köln, Wien 1996.
- DDR-Handbuch, Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), Wissenschaftliche Leitung: Peter Christian Ludz unter Mitwirkung von Johannes Kuppe, 2 Bde. 2. Aufl. Köln 1975.
- DDR-Handbuch, Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), Wissenschaftliche Leitung: Hartmut Zimmermann u. a., 2 Bde., 3. Aufl., Köln 1985.
- Der Neue Brockhaus, 3. Bd., Leipzig 1937.
- Der Neue Brockhaus, Allbuch in vier Bänden und einem Atlas, 4. Bd., Leipzig 1938.
- Deutsche Bundesbank: Jahresabschlüsse westdeutscher Unternehmen 1971-1991, Frankfurt/a.M. 1993.
- Deutsches Institut für Zeitgeschichte in Verbindung mit dem Staatsverlag der DDR: Handbuch der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (Ost) o. Jhg. (1965).
- Dickinson, Henry D.: Price Formation in a Socialist Community, in: Economic Journal, London, Vol. 43, 1933, pp. 237-250.
- Diederichs, Henning H.: Preistheorie und Preispolitik in Mitteldeutschland, unv. Diss., Freiburg 1957.
- Diehl, Karl: Über das Verhältnis von Wert und Preis im ökonomischen System von Karl Marx, Jena 1898.
- Diehl, Karl: Über Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus, Jena 1906, 5. Aufl., 1923.
- Diehl, Karl: Von der sterbenden Wertlehre, in: Schmollers Jahrbuch, 49 Jg., 1925, S. 27 ff.
- Diehl, Karl: Sozialismus und Kommunismus, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., 7. Bd., 1926, S. 609 f.
- Diehl, Markus Albert: Von der Marktwirtschaft zur nationalsozialistischen Kriegswirtschaft. Die Transformation der deutschen Wirtschaftsordnung 1933-1945, Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Nr. 104, hrsg. von Jürgen Schneider/ Markus A. Denzel/ Rainer Gömmel und Margarete Wagner-Braun, Stuttgart 2005.
- Dietzsch, Harald: Die Theorie der Kosten und der Preise in der mitteldeutschen Literatur, unv. Diss. Freiburg 1958.

- Dittmann, Gabriele: Zur Formierung der politischen Ökonomie des Sozialismus als Lehr- und Forschungsdisziplin während der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR, Diss. Berlin 1983.
- Dittrich, Gerhard Winfried: Systemtransformation im Lichte von Bürokratie und Marktversagen, Dissertation Linz 2001.
- Djilas, Milovan: Gespräche mit Stalin, Frankfurt 1962.
- Djilas, Milovan: Die neue Klasse. Eine Analyse des kommunistischen Systems, München 1963.
- Dobretsberger, Josef: Russland, in: Hermann Sacher (Hrsg.), Staatslexikon, 5. Aufl., 4. Bd., 1931, Sp. 1083 f.
- Dobretsberger, Josef: Sozialisierung, in: Sacher, Hermann (Hrsg.), Staatslexikon, 5. Aufl., 4. Bd., 1931, Sp. 1682 f.
- Doering, Detmar: „Einführung: Über Ludwig von Mises“ zum Werk Ludwig von Mises: Die Bürokratie, hrsg. vom Liberalen Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung, Bd. 3, 2. Aufl., Sankt Augustin 2004, S. 5-9.
- dos Santos, António Ramos: What pays what? Cashless Payment in Ancient Mesopotamia (626-331BC), in: Sushil Chaudhuri and Markus A. Denzel (Ed.), Cashless Payments and Transactions from the Antiquity to 1914, Stuttgart 2008, S. 15-32.
- Drahn, Ernst: Sozialdemokratie, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., 7. Bd., Jena 1926, S. 524-529.
- Draht, Martin: Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit in der DDR, 2. Aufl., Bonn 1954.
- Düring, Walther: Währungsneuordnung und Umstellung der Reichsmarkbilanz in den Westzonen, in: Der Wirtschaftsprüfer, Berlin 1949, S. 1-6.
- Düwel, Kurt: Entstehung und Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland 1945-1960. Eine dokumentierte Einführung, Köln, Wien 1981.
- Eckardt von, Heinrich: Schicksal und Bedeutung der Industrie in der russischen Revolution 1917-1922, in: Archiv für Soz., LI. Bd., 1924, S. 183 ff.
- Ebel, Horst: Abrechnung - Das Scheitern der ökonomischen Theorie und Praxis des „realen Sozialismus“, Berlin 1990
- Ebert, Siegfried: Wirtschaftsbetriebe und Binnenwirtschaftslehre in der DDR, Berlin 1977.
- Ehrlicher, Werner: Geldtheorie, in: HdSW, 4. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1965, S. 231-258.

- Eisler, Robert: Das Geld. Seine geschichtliche Entstehung und gesellschaftliche Bedeutung, München 1924.
- Elkart, Wolfgang/ Pfitzer, Norbert: Grundlinien der D-Markeröffnungsbilanz - Einführung und Bilanzierungskonzeption, in: Betriebs-Berater 1990, Supplement Deutsche Einigung, Rechtsentwicklungen, Folge 15, S. 10-27.
- Ellenbogen, Wilhelm: Sozialisierung in Oesterreich, Wien 1921.
- Elster, Ludwig: Naturalwirtschaft, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, hrsg. von Ludwig Elster, Adolf Weber, Friedrich Wieser, 4. umgearbeitete Auflage, 6. Band, Jena 1925, S. 738-741.
- Elster, Ludwig: Carl Menger (1840-1921), in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., 6. Bd., Jena 1926, S. 543 f.
- Engels, Friedrich: Die Lage der arbeitenden Klasse in England, Leipzig 1845, später abgedruckt in Marx/Engels, Werke Bd. 2, Berlin 1972.
- Engels, Friedrich: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. Berlin 1921.
- Engels, Friedrich: Anti-Dühring, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 20, Berlin 1963.
- Erhard, Ludwig: Deutsche Wirtschaftspolitik. Der Weg der Sozialen Marktwirtschaft, Düsseldorf, Wien 1962, mit Reden Ludwig Erhards und Dokumenten ab 1945.
- Erhard, Ludwig: Wohlstand für alle, Düsseldorf 1957.
- Erhard, Ludwig: Rundfunkansprache vom 21. Juni 1948, abgedruckt in: Ludwig Erhard. Gedanken, Reden und Schriften, ausgewählt und herausgegeben von Karl Hohmann, Düsseldorf, Wien, New York 1988, S. 63-69.
- Ermer, Matthias: Von der Reichsmark zur Deutschen Mark der Deutschen Notenbank. Zum Binnenwährungsumtausch in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (Juni/Juli 1948), Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 91, hrsg. von Jürgen Schneider, Markus A. Denzel, Rainer Gömmel, Stuttgart 2000.
- Eucken, Walter: Die zeitliche Lenkung des Wirtschaftsprozesses und der Aufbau der Wirtschaftsordnungen, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 158/159, 1933/44, S. 186 ff.
- Eucken, Walter: Die Grundlagen der Nationalökonomie, 1. Aufl., Jena 1940.

- Eucken, Walter: Unser Zeitalter der Mißerfolge. Fünf Vorträge zur Wirtschaftspolitik, Tübingen 1951.
- Eucken, Walter: Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Tübingen, Zürich, 3. Aufl. 1960.
- Eucken, Walter: Deutschland vor und nach der Währungsreform, in: Jürgen Schneider, Wolfgang Harbrecht (Hrsg.), Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik in Deutschland (1933-1993), Stuttgart 1996, S. 327-360.
- FDGB-Lexikon: Funktion, Struktur, Kader und Entwicklung einer Massenorganisation der SED (1945-1990), Hrsg. von Dowe, Dieter et al., Berlin 2009.
- Fels, Eberhard: Katallaktik, in: HdSW, 5. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1956, S. 569-575.
- Fiedler, Hans-Dieter: Führungsprobleme bei der Planverwirklichung in der zentral geleiteten Wirtschaft, unv. Diss, Freiburg 1957.
- Fielitz, Hans: Das „Neue Rechnungswesen“ der Sowjetzone, in: Neue Betriebswirtschaft, Beilage Nr. 8, Berlin 1954, S. 149 ff.
- Fielitz, Hans: Betriebswirtschaftslehre und Volkswirtschaftslehre in der ökonomischen Theorie der Sowjetzone, in: ZfB, Wiesbaden 1956, S. 577-588
- Foitzik, Jan: Inventar der Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945-1949, im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte, zusammengestellt und bearbeitet von Jan Foitzik, Offene Serie, München 1995.
- Foitzik, Jan (Hrsg.): Sowjetische Interessenspolitik in Deutschland 1944-1954, München 2012
- Förster, Wolfgang: Rechnungswesen und Wirtschaftsordnung. Ein Beitrag zur Diagnose der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs und ihrer Reformen aus betriebswirtschaftlicher Sicht, Berlin 1967.
- Forsthoff, Ernst: Ist die Bodenreform in der Deutschen Demokratischen Republik im Falle der Wiedervereinigung als rechtswirksam anzuerkennen? Rechtsgutachten, Heidelberg 1954.
- Forsthoff, Ernst: Gewaltenteilung, in: Roman Herzog u. a. (Hrsg.), Evangelisches Staatslexikon, 3. Aufl., Bd. 1, 1987, Sp. 1132.
- Frank, Mario: Walter Ulbricht. Eine deutsche Biographie, Berlin 2001.

- Franke, Eva Susanne: Netzwerke, Innovationen und Wirtschaftssystem. Eine Untersuchung am Beispiel des Druckmaschinenbaus im geteilten Deutschland (1945-1949), Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Nr. 90, hrsg. von Jürgen Schneider, Markus A. Denzel, Rainer Gömmel, Ulrich Kluge, John Komlos, Stuttgart 2000.
- Freisler, Roland: Rechtsstaat, in: Die Rechtsentwicklung der Jahre 1933 bis 1935/36. Hrsg. von Erich Volkmar. Zugleich Handwörterbuch der Rechtswissenschaft, Bd. VIII. Der Umbruch 1933/1936, Leipzig 1937, S. 568 ff.
- Friedrich, Heinz: Einheitliche Abschreibungen in der Ostzone, in: Die Wirtschaftsprüfung 1950, S. 356-358.
- Friedrich, Heinz: Die neue Ergebnisrechnung der volkseigenen Betriebe, in: Die Wirtschaftsprüfung 1950, S. 454-455.
- Friedrich, Heinz: DM-Eröffnungsbilanz West und Ost -Ein Vergleich-, in: Der Wirtschaftsprüfer 1951, S. 134-136.
- Friedrich, Carl Joachim/ Brzezinski, Zbigniew K.: Totalitäre Diktatur, Stuttgart, 1957.
- Fritze, Lothar: Panoptikum DDR-Wirtschaft, Akademiebeiträge zur politischen Bildung, Bd. 26, München 1993.
- Fülöp-Miller, René: Geist und Gesicht des Bolschewismus, Zürich, Leipzig, Wien 1926.
- Gebauer, Werner: Kriegswirtschaft, in: HdSW, 6. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1959, S. 394 f.
- Geppert, Dominik: Störmanöver. Das „Manifest der Opposition“ und die Schließung des Ost-Berliner „Spiegel“-Büros im Januar 1978, Berlin 1996.
- Gerlich, Fritz: Der Kommunismus als Lehre vom tausendjährigen Reich, München 1920.
- Gieseke, Jan: Die Hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, Teillieferung IV.1, in: Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur und Methoden. MfS-Handbuch, hrsg. von Klaus-Dietmar Henke et al., Berlin 1995.
- Gisbert, Erich: Die Steuerreform der Ostzone, in: der Wirtschaftsprüfer, Berlin 1949, S. 229-231 und S. 263-269.
- Gleitze, Bruno: Stand der Entwicklung im mitteldeutschen Wirtschaftsraum, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, 1925, S. 58 – 74
- Gleitze, Bruno: Ostdeutsche Wirtschaft (Reihe des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung), Berlin 1956

- Göbel, Jana/ Maier, Wilfried: Vaterland – Tochterland, Berlin 1999.
- Gömmel, Rainer: Realeinkommen in Deutschland. Ein internationaler Vergleich (1810-1914), Nürnberg 1979.
- Gömmel, Rainer; Denzel, Markus A.: Wirtschaft und Wirtschaftsordnung. Festschrift für Jürgen Schneider zum 65. Geburtstag, Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Beihefte, Stuttgart 2002.
- Görtemaker, Manfred: Kleine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, München 2002.
- Gossen, Hermann Heinrich: Entwicklung der Gesetze des menschlichen Verkehrs und der daraus fließenden Regeln für menschliches Handeln, Braunschweig, 1854, Berlin 1889.
- Graml, Hermann: Vom Kriegsende bis zur doppelten Staatsgründung 1945-1949, in: Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949-1989, Hrsg. Werner Weidenfeld, Hartmut Zimmermann, München, Wien 1989, S. 36 ff.
- Gruner Rolf: Durch die Kriegswirtschaft zur Naturalwirtschaft, München 1919.
- Gruner Rolf: Wirtschaftsplan und Naturalrechnung, Berlin 1925.
- Gruner Rolf: Otto Neurath (1882-1945), in: HdSW, 7. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1961, S. 559 f.
- Grüske, Karl-Dieter/ Recktenwald, Horst Claus: Wörterbuch der Wirtschaft, 12. erweiterte Aufl., Stuttgart 1995.
- Grüske, Karl-Dieter: Ludwig von Mises „Gemeinwirtschaft“ zum Geleit, in: Hans-Hermann Hoppe u. a., Ludwig von Mises „Die Gemeinwirtschaft“, Düsseldorf 1996, S. 29 ff.
- Grüske, Karl-Dieter: Ludwig von Mises' „Nationalökonomie“ zum Geleit, in: Boettke, Peter J./ Colombatto, Enrico/ Leube, Kurt R.: Ludwig von Mises' „Nationalökonomie“. Vademecum zu einem Klassiker der neuen österreichischen Schule, Düsseldorf 2002, S. 5-14.
- Gutenberg, Erich: Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, Erster Band, Die Produktion, Berlin, Göttingen, Heidelberg 1951 und spätere Auflage 1958.
- Gutenberg, Erich: Betriebswirtschaftslehre (II) System, in: HdSW, 2. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1959, S. 120-143.
- Gutenberg, Erich: Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, 1. Aufl. Wiesbaden 1958, Nachdruck Wiesbaden 2006.
- Gutmann, Gernot: Zentralgeleitete Wirtschaft, in: HdWW, 9. Bd., Stuttgart und New York, Tübingen, Göttingen und Zürich 1981, Spalte 599-616.

- Gutmann, Gernot (Hrsg.): Das Wirtschaftssystem der DDR. Wirtschaftspolitische Gestaltungsprobleme, Schriften zum Vergleich von Wirtschaftsordnungen, hrsg. von Gutmann, Gernot u. a., Heft 30, Stuttgart, New York 1983.
- Gutmann, Gernot: Euckens Ansätze zur Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft und die Weiterentwicklung durch Hensel, in: ORDO Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Band 40, Stuttgart-New York 1989, S. 55-70
- Gutmann, Gernot: Kreditwesen, Geld- und Währungssystem in der DDR und seine Umstellung im Zuge der Währungsreform, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.), Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“, Bd. III,2, Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik, Baden-Baden 1999, S. 1268-1324.
- Gutmann, Gernot/Buck, Hannsjörg F.: Die Zentralplanwirtschaft der DDR - Funktionsweise, Funktionsschwächen und Konkursbilanz, in: Am Ende des realen Sozialismus (2). Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den achtziger Jahren, hrsg. von Eberhard Kuhrt im Auftrag des Bundesministeriums des Innern, Opladen 1996, S. 7-54.
- Haberler, Gottfried: Der internationale Handel, Berlin 1933
- Haberler, Gottfried/ Verosta, St.: Liberale und planwirtschaftliche Handelspolitik, Berlin 1934
- Hackenberg, Gerd R.: Wirtschaftlicher Wiederaufbau in Sachsen 1945-1949/50, Dissertation Bayreuth 1998.
- Haeger, Bernd: Rechnungslegung in der DDR, in: Der Betrieb 1990, S. 897-904.
- Haeger, Bernd: Das System „Rechnungsführung und Statistik“ in der DDR, in: Der Betrieb 1990, DDR-Report, S. 3015-3016.
- Haendcke-Hoppe-Arndt, Maria: Erfolge und Mißerfolge in der Außenwirtschaft, in: Die Wirtschaftspolitik der Ära Honecker, Hrsg. FS-Analysen Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen, Heft 1/1989, S. 51-67.
- Haendcke-Hoppe-Arndt, Maria: Wer wußte was? Der ökonomische Niedergang der DDR, in: Festschrift für Ilse Spittmann-Rühle, Rückblicke auf die DDR, hrsg. von Gisela Helwig, Köln 1995, S. 120-131.

- Haendcke-Hoppe-Arndt, Maria: Interzonenhandel/Innerdeutscher Handel, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Hrsg. Deutscher Bundestag, Band V/2, Baden-Baden 1995, S. 1543-1571.
- Haendcke-Hoppe-Arndt, Maria: Außenwirtschaft und innerdeutscher Handel, in: Gutmann, Gernot/Buck, Hannsjörg F.: Die Zentralplanwirtschaft der DDR - Funktionsweise, Funktionsschwächen und Konkursbilanz, in: Am Ende des realen Sozialismus (2). Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den achtziger Jahren, hrsg. von Eberhard Kuhrt im Auftrag des Bundesministeriums des Innern, Opladen 1996, S. 55-62.
- Haendcke-Hoppe-Arndt, Maria: Stichwort Außenwirtschaft, in: Eppelmann, Rainer/ Möller, Horst u.a. (Hrsg.): Lexikon des DDR-Sozialismus, Bd. 1 A-M, 2. Aufl., Paderborn, München, Wien, Zürich 1997, S. S. 110-116.
- Hagemann, Harald / Krohn, Claus-Dieter (Hrsg.): Die Emigration deutschsprachiger Wirtschaftswissenschaftler nach 1933. Biographische Gesamtübersicht unter Mitarbeit von Hans Ulrich Esslinger, Hohenheim 1995.
- Halm, Georg: Die Konkurrenz. Untersuchungen über die Ordnungsprinzipien und Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Verkehrswirtschaft, München und Leipzig 1929.
- Halm, Georg: Groß- und Kleinbetrieb, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., Ergänzungsband 1929, S. 384-401.
- Halm, Georg: Ist der Sozialismus wirtschaftlich möglich?, Wirtschaftsprobleme der Gegenwart, hrsg. von Adolf Weber, Berlin 1929.
- Halm, Georg: Wirtschaftssysteme. Eine vergleichende Darstellung, Berlin 1960.
- Handbuch der deutschen Aktiengesellschaften 1950/51, 51. Jg. und 1951/52, 52. Jg. Heppenheim
- Hardach, Gerd: Der Marshall-Plan, München 1994.
- Hayek, Friedrich August von: Collectivist Economic Planning. Critical Studies on the Possibilities of Socialism by N.G. Pierson, Ludwig von Mises, Georg Halm, and Enrico Barone. Edited, with an Introduction and a Concluding Essay by Friedrich August von Hayek, London 1935, Nachdruck 1938.
- Hayek, Friedrich August von: Individualism and Economic Order, Chicago, London 1948.

- Hayek, Friedrich August von: Individualismus und wirtschaftliche Ordnung, Erlench-Zürich 1952.
- Hayek, Friedrich August von: Der Weg zur Knechtschaft, 3. Aufl., Zürich 1952.
- Hayek, Friedrich August von: Liberalismus (I) Politischer Liberalismus, in: HdSW, 6. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1959, S. 591-596.
- Hayek, Friedrich August von: Wiener Schule, in: HdSW, 12. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1965, S. 68-71.
- Hayek, Friedrich August von: Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren, Kieler Vorträge, Neue Folge 56, Kiel 1968.
- Hayek, Friedrich August von: Individualism and Economic Order, London 1948. (deutsch): Individualismus und wirtschaftliche Ordnung, Salzburg, 2. Aufl. 1976.
- Hayek, Friedrich August von: Drei Vorlesungen über Demokratie, Gerechtigkeit und Sozialismus, Tübingen 1977.
- Hayek, Friedrich August von: Liberalismus, Tübingen 1979.
- Hayek, Friedrich August von: The Constitution of Liberty, London 1960. (deutsch) Die Verfassung der Freiheit, Tübingen, 3. Aufl. 1991.
- Hayek, Friedrich August von: Die verhängnisvolle Anmaßung: Die Irrtümer des Sozialismus, Tübingen 1996.
- Hedeler, Wladislaw/ Vatlin, Alexander: Die Weltpartei aus Moskau. Der Gründungskongress der Kommunistischen Internationale 1919. Protokoll und neue Dokumente, Berlin 2008.
- Hefe, Peter: Die Verlagerung von Industrie- und Dienstleistungsunternehmen aus der SBZ/DDR nach Westdeutschland. Unter besonderer Berücksichtigung Bayerns (1945-1961). Beiträge zur Unternehmensgeschichte, hrsg. von Hans Pohl, Bd. 4, Stuttgart 1998.
- Heichelheim, Fritz Moritz: Geld- und Münzgeschichte: I Anfänge und Antike, in: HdSW, 4. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1965, S. 276 ff.
- Heimann, Christian: Systembedingte Ursachen des Niedergangs der DDR-Wirtschaft. Das Beispiel der Textil- und Bekleidungsindustrie 1945-1989, Frankfurt/a.M. 1997.
- Heimann, Eduard: Walther Rathenau (1867-1922), in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., Ergänzungsband, 1929, S. 701 ff.
- Heimann, Eduard: Kapitalismus, in: HdSW, 5. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1956, S. 510-515.

- Heinicke, J.: Referat - Unterschiede des Kostenbegriffes in einer Marktwirtschaft und einer Zentralverwaltungswirtschaft, in: Kurzprotokoll der Plenarsitzung des Forschungsbeirates vom 11./12. Juli 1960 in Berlin, Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (AdSD), Nachlaß Bruno Gleitze, Bd. 118, S. 21-26.
- Held, Colbert C.: Refugee industries in West Germany after 1945, in: Economic Geography 31 (1956), S. 316-335.
- Henschel, Gerda: Zur kritischen Analyse der Entwicklung des Planungssystem in der DDR, in: Wirtschaftswissenschaft 38, Berlin 1990, S. 677f.
- Hensel, Karl Paul: Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft, Schriften zum Vergleich wirtschaftlicher Lenkungssysteme, 2. Aufl., Stuttgart 1959.
- Hensel, Karl Paul: Marktordnung, in: HdSW, 7. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1961, S. 161-169.
- Hensel, Karl Paul: Grundgesetz – Wirtschaftsordnungen, in: ORDO Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, 14. Band, 1963, S. 43-62.
- Hensel, Karl Paul: Planwirtschaft, in: HdSW, 8. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen, 1964, S. 325-338.
- Hensel, Karl Paul: Systemvergleich als Aufgabe. Schriften zum Vergleich von Wirtschaftsordnungen, hrsg. von Gutmann, Gernot u. a., Heft 26, Stuttgart, New York 1977.
- Hentschel, Volker: Ludwig Erhard, die „soziale Marktwirtschaft“ und das Wirtschaftswunder. Historisches Lehrstück oder Mythos?, Bonn 1998.
- Herbst, Andreas/ Ranke, Winfried/ Winkler, Jürgen: So funktionierte die DDR, Bd. 1, Reinbek b. Hamburg 1994.
- Hertle, Hans-Hermann: Der Weg in den Bankrott der DDR-Wirtschaft. Das Scheitern der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ am Beispiel der Schürer/ Mittag-Kontroverse im Politbüro 1988, in: Deutschland Archiv Heft 2/1992, S. 127-145.
- Hertle, Hans-Hermann: „Das reale Bild war eben katastrophal“, Gespräch mit Gerhard Schürer, in: Deutschland-Archiv, Bielefeld 1992, S. 1031-1039
- Hesse, Albert: Karl Diehl (1864-1943), in: HdSW, 2. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1959, S. 590-591.
- Heuer, Uwe-Jens: Recht- und Wirtschaftsleitung im Sozialismus, Berlin 1982.

- Hildebrand, Bruno: Natural-, Geld- und Creditwirtschaft, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Zweiter Band, Jena 1864, S. 1-24.
- Höfner, Ernst/ Kaminsky, Horst: Einschätzung zur Stabilität der Währung der DDR, Anlage 3 (Archiv der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Niederlassung Berlin, GVS B 11-291/89, Berlin 1989).
- Holicki, Armin/ Schmich, Achim: Konzeptionelle Vorbereitung des Fünfjahrplanes in Betrieben und Kombinat, Berlin (Ost) 1979.
- Holl, Christopher: Wahrnehmung, menschliches Handeln und Institutionen. Von Hayeks Institutionenökonomik und deren Weiterentwicklung, Tübingen 2004.
- Honecker, Erich: Moabiter Notizen. Letztes schriftliches Zeugnis und Gesprächsprotokolle vom BRD-Besuch 1987 aus dem persönlichen Besitz Erich Honeckers, Berlin 1994.
- Honigsheim, Paul: Max Weber (1864-1920), in: HdSW, 11. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1961, S. 556-562.
- Hoppe, Hans-Hermann: Die Österreichische Schule und ihre Bedeutung für die moderne Wirtschaftswissenschaft, in: Hans-Hermann Hoppe u. a. (Hrsg.), Ludwig von Mises' „Die Gemeinwirtschaft“, Düsseldorf 1996, S. 73 f.
- Hoppenstedt, Wolfram: Die Rolle Gerhard Colms und anderer Emigranten bei der Vorbereitung der westdeutschen Währungsreform im Jahre 1948, in: Exil und Neuordnung, Bd. 6, Beiträge zur verfassungspolitischen Entwicklung n Deutschland nach 1945, hrsg. von Claus-Dieter Krohn und Martin Schumacher, Düsseldorf 2000, S. 321-333.
- Hoppenstedt, Wolfram: Gerhard Colm. Leben und Werk 1897 bis 1968 (Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Band 65), Stuttgart 1997.
- Hosterbach, Ulrich: Bilanzanalytische Auswertung der DM-Eröffnungsbilanzen, Diplomarbeit, Saarbrücken 1992
- Hummel, Siegfried / Männel, Wolfgang: Kostenrechnung 1, Wiesbaden 1986
- Huszar, Tibor: Proletarierdiktatur in Ungarn, Budapest 1930.
- Institut für Zeitgeschichte und Deutscher Bundestag (Hrsg.): (Wörtliche) Berichte und Drucksachen des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1947-1949, München-Wien 1977, 7. Vollversammlung, 29./30. Oktober 1947 und 18. Vollversammlung 17./18. Juni 1948.
- Issing, Otmar: Geld, in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.), Staatslexikon, Bd. 2, 7. Aufl. 1986, Sp. 799 - 809.
- Issing, Otmar: Einführung in die Geldtheorie, München 2003.

- Iwanzoff, Dymitri N.: Der gegenwärtige Stand der ökonomischen Theorie des Sozialismus in Russland, in: Hans Mayer (Hrsg.), Die Wirtschaftstheorie der Gegenwart, 4. Bd., Konjunkturen und Krisen. Internationaler Verkehr. Hauptprobleme der Finanzwissenschaft. Ökonomie-Theorie des Sozialismus, Wien 1928, S. 346 ff.
- Jahn, Josef B.: Bolschewismus, in: Hermann Sacher (Hrsg.), Staatslexikon, 5. Aufl., Freiburg i. Br. 1926, Sp. 988 f.
- Jakowez, Juri W.: Die Preise in der Planwirtschaft, Berlin 1976.
- Janson, Carl-Heinz: Totengräber der DDR. Wie Günter Mittag den SED-Staat ruinierte, Düsseldorf, Wien, New York 1991.
- Jesse, Eckhard: Die Totalitarismusforschung im Streit der Meinungen, in: Eckhard Jesse (Hrsg.): Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung, Bonn 1996, S. 9-39.
- Joswig, Heinz: Finanzsystem und Währung, in: Das Finanzsystem der DDR, Berlin 1962, S. 625-642.
- Junge, Reinhard: Die Geldpolitik der ungarischen Bolschewisten, in: Schmollers Jahrbücher für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 1919, Bd. 43, S. 1213-1270, Bd. 44a, 1920, S. 101-131.
- Kaemmel, Ernst: Währungsreform, Buchhaltung und Bilanz, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Berlin (Ost), 1948 Nummer 7, Seite 13-18
- Kaiser, Monika: 1972 – Knockout für den Mittelstand: zum Wirken von SED, CDU, LDPD und NDPD für die Verstaatlichung von Klein- und Mittelbetrieben, Berlin 1990.
- Kalmbach, Peter: Friedrich Pollock (1894-1970), in: Harald Hagemann und Claus-Dieter Krohn (Hrsg.), Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Bd. 2, München 1999, S. 537-541.
- Karlsch, Rainer: Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945-1953, Berlin 1993
- Karlsch, Rainer/Laufer, Jochen (Hrsg.): Sowjetische Demontagen in Deutschland 1944-1949 Hintergründe, Ziele und Wirkungen, Berlin 2002.
- Kautsky, Benedikt: Eduard Bernstein, in: HdSW, 2. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1959, S. 5-7
- Kautsky, Karl: Am Tage nach der sozialen Revolution, Berlin 1903.
- Kende, Peter: Logique de l'économie centralisée; un exemple, la Hongrie, Paris 1964.

- Klein, Johannes Kurt: Ursachen und Motive der Abwanderung aus der Sowjetzone Deutschlands, in: Politik und Zeitgeschichte B XXIV/55 (1955), S. 361-383.
- Klein, Werner: Prozeßpolitische Hauptinstrumente der Wirtschaftspolitik in der DDR. Eine betriebliche Wirkungsanalyse, Schriften zum Vergleich von Wirtschaftsordnungen, hrsg. von K. Paul Hensel/ Klemens, Pleyer, Heft 24, Stuttgart 1975.
- Kleines politisches Wörterbuch: Berlin (Ost) 1973.
- Kleps, Karlheinz: Staatliche Preispolitik. Theorie und Realität in Markt- und Planwirtschaft, München 1984.
- Kloten, Norbert: Enrico Barone (1859-1924), in: HdSW, 1. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1956, S. 633-635.
- Knauff, Rudolf: Die Investitionspolitik der DDR, in: Das Wirtschaftssystem der DDR. Wirtschaftspolitische Gestaltungsprobleme, hrsg. von Gernot Gutmann, Stuttgart, New York 1983, S. 331-344.
- Knauthe, Erhart: Die Einheit von materieller und finanzieller Planung, Berlin (Ost) 1959.
- Kniffke, Erich W.: Jahre mit Ulbricht, Köln 1966.
- Knortz, Heike: „Bei Windgeschwindigkeiten über 55 km/h müssen 22 Gebäude aus Sicherheitsgründen von den Werktätigen verlassen werden“. Gesundheitsgefährdung, Umweltzerstörung und verschlissene Produktionsanlagen in Berichten des MfS, in: Deutschland Archiv, Heft 3/2010, S. 462-470.
- Köhler, Oskar: Der Sozialdemokratische Staat, Nürnberg 1891.
- König, Gerhard: Kleines Politisches Wörterbuch, Berlin (Ost) 1967.
- Kolms, Heinz: Stichwort Konsum, in: HdSW, 6. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1959, S. 142-149.
- Kontenrahmen Industrie mit Erläuterungen, Buchungsanweisungen und Buchungsbeispielen gültig ab 1. Januar 1990, Hrsg.: Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Berlin (Ost) 1989.
- Kosiek, Rolf: Historikerstreit und Geschichtsrevision, Tübingen 1987.
- Koslowski, Peter: Die Ordnung der Wirtschaft. Studien zur Praktischen Philosophie und Politischen Ökonomie, Tübingen 1994.
- Kossow, Wladimir W.: Verflechtungsbilanzierung, Theorie und praktische Anwendung, Übersetzung aus dem Russischen, Berlin (Ost) 1975

- Krakat, Klaus: Probleme der DDR-Industrie im letzten Fünfjahrplanzeitraum (1986-1989/90), in: Gutmann, Gernot/Buck, Hannsjörg F.: Die Zentralplanwirtschaft der DDR - Funktionsweise, Funktionsschwächen und Konkursbilanz, in: Am Ende des realen Sozialismus (2). Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den achtziger Jahren, hrsg. von Eberhard Kuhrt im Auftrag des Bundesministeriums des Innern, Opladen 1996, S. 137-172.
- Kreitel, Werner/ Reinecke, Gerhard: Buchführung: Grundkurs für ökonomische Ausbildungseinrichtungen, Berlin (Ost) 1987.
- Kromphardt, Jürgen: „Investitionen, volkswirtschaftliche“, in: HdWW, 4. Bd., Stuttgart und New York, Tübingen, Göttingen und Zürich 1978, Spalte 247-250.
- Krüger, Gerd: „Aktiver“ und passiver Widerstand im Ruhrkampf 1923, in: Besatzung. Funktion und Gestalt militärischer Fremdherrschaft von der Antike bis zum 20. Jahrhundert, hrsg. von Günther Kronenbitter, Markus Pöhlmann und Dierk Walter, Paderborn, München, Wien, Zürich 2006 (Krieg in der Geschichte, 28), S. 119–130.
- Krumrey, Henning: DDR-Betriebe: Bilanzen ohne reale Basis erschweren die Privatisierungspolitik, in: Wirtschaftswoche, Heft 18/1990, S. 24-26.
- Kruse, Joachim: Weißbuch über die „demokratischen Bodenreform“ in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, München 1952.
- Kuhnle, Gerhard Wilhelm: Die Bedeutung und Vorteile der deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen für die DDR. Eine Analyse unter besonderer Berücksichtigung paraökonomischer Aspekte, Dissertation, Frankfurt/Main 1993.
- Kupfernagel, Ernst/ Polaschewski, Edwin/ Reich, Manfred: Kostenrechnung der Industrie. Grundriß, Berlin (Ost) 1967.
- Kupky, Helmut: Die langfristige Entwicklung der Brutto-Anlage-Investitionen der mitteldeutschen Industrie von 1924 bis 1955, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Jhg. 1957, Berlin 1957, S. 391-407.
- Kusch, Günter/ Montag, Rolf/ Specht, Günter/ Wetzger, Konrad: Schlußbilanz – DDR, Fazit einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik, Berlin 1991.
- Küting, Karlheinz/ Weber, Claus-Peter: Der Übergang auf die DM-Bilanzierung. Eine praktische Hilfe zur Umstellung der DDR-Bilanzen, Stuttgart 1990.

- Küting, Karlheinz/ Pfuhl, Joerg: Das D-Markbilanzgesetz (DMBilG) (Teil I-III) – Praktische Schritte zur D-Markbilanzierung auf der Grundlage von elf Fällen, in: Deutsches Steuerrecht (DStR), München, Frankfurt a.M. 1990, S. 575-579, 623-630, 647-654.
- Küting, Karlheinz/ Pfuhl, Joerg: Praktische Erfahrungen mit dem D-Markbilanzgesetz unter besonderer Berücksichtigung der Änderung dieses Gesetzes, in: GmbH-Rundschau, Köln 1991, S. 137-143.
- Küting, Karlheinz/ Pfuhl, Joerg: Bilanzanalytische Auswertung der D-Mark-öffnungsbilanzen, in: Betriebs-Berater 1992, Beilage 12, Heft 19, S. 1-16.
- Lachmann, Ludwig: Wirtschaftsordnung und wirtschaftliche Institutionen, in: ORDO Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, 14. Band, 1963, S. 63-77
- Länderrat des Amerikanischen Besatzungsgebiets (Hrsg): Statistisches Handbuch von Deutschland 1928-1944, München 1949
- Lange, Oskar: On the Economic Theory of Socialism, Minneapolis, Minnesota 1948.
- Lauterbach, Günter: Kritik der Methoden des Vergleichs von Wirtschaftssystemen aus DDR-Sicht, in: Gernot Gutmann (Hrsg.), Methoden und Kriterien des Vergleichs von Wirtschaftssystemen, Berlin 1987, S. 149 ff.
- Lavoie, Don: Rivalry and central planning. The socialist calculation debate reconsidered, Cambridge 1985. Wieder abgedruckt bei Peter J. Boettke, Socialism and the Market, vol. VI, 2000.
- Lehmann, Hans Georg: Deutschland-Chronik 1945-1995, Bonn 1995.
- Lehmann, Jana/ Schatz, Marion (Hrsg. Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt): Leuna zwischen Wiederaufbau und Wendezeit. 1945-1990, Erfurt 2006.
- Lehmitz, Hans: Subventionen und Kosten, in: Der Wirtschaftsprüfer 1949, S. 9-14 (Hans Lehmitz, Professor an der Universität Rostock wurde 1950 vom Landgericht Güstrow im sog. Raiffeisen-Prozeß wegen angeblicher Sabotage zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt)
- Leichter, Käthe: Erfahrungen der österreichischen Sozialisierungsversuche, in: Der lebendige Marxismus, Jena 1924, S. 195 ff.
- Leichter, Otto: Die Wirtschaftsrechnung in der sozialistischen Gesellschaft, Wien 1923.

- Leipold, Helmut: Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme im Vergleich. Grundzüge einer Theorie der Wirtschaftssysteme, 5. Aufl., Stuttgart 1988.
- Lemmnitz, Alfred: Das Geld und die Funktionen des Geldes im Sozialismus und in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, Berlin (Ost) 1955
- Lenel, Hans Otto: Walter Euckens „Grundlagen der Nationalökonomie“, in: ORDO Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Band 40 Stuttgart – New York 1989, S. 3-20
- Lenin, Wladimir I.: Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, Berlin 1918.
- Lenin, Wladimir I.: Staat und Revolution, Berlin 1918.
- Lenin, Wladimir, I.: Ökonomik und Politik in der Zeit proletarischer Diktatur. Gesammelte Werke, Bd. XVII, S. 348 ff.
- Lenin, Wladimir, I.: Notiz zur Frage der Theorie der Märkte, in: Werke Bd. 4, Berlin (Ost) 1955, S. 49 ff.
- Lenin, Wladimir, I.: Entwurf des Programms der SDAPR, in: Werke, Bd. 5, Berlin (Ost) 1956, S. 13 ff.
- Lenin, Wladimir I.: Zur sogenannten Frage der Märkte, in; Werke Bd. 1, Berlin (Ost) 1959.
- Lenin, Wladimir, I.: Noch einmal über die Gewerkschaften, in: Werke, Bd. 32, Berlin (Ost) 1961, S. 73 ff.
- Lenin, Wladimir I. Karl Marx, in: Werke Bd. 21, Berlin (Ost) 1962.
- Leonhard, Wolfgang: Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln-Berlin 1955, Neuauflage 2005.
- Leptin, Gert: Die deutsche Wirtschaft nach 1945 Ein Ost-West-Vergleich, Opladen 1980
- Lerner, Abba P.: Economic Theory and Socialist Economy, in: Review of Economic Studies 2/ 1934 und 5/ 1937.
- Leube, Kurt R.: Über Ludwig von Mises, in: Hans-Hermann Hoppe u. a. (Hrsg.), Ludwig von Mises „Die Gemeinwirtschaft“, Düsseldorf 1996, S. 28 ff.
- Lexikon der Wirtschaft Arbeit, Redaktionskollektiv, Bley, H. et al., Berlin (Ost) 1969.
- Lexikon der Wirtschaft Industrie, Hrsg. Borchert, Hans, Berlin (Ost) 1970, Stichwort: Wirtschaftliche Rechnungsführung, S. 695-697.
- Lexikon der Wirtschaft Rechnungsführung und Statistik, Hrsg. Donda, Arno, Berlin (Ost) 1974.
- Lexikon der Wirtschaft Wirtschaftsrecht, Hrsg. Görner, Gerhard u. a., Berlin (Ost) 1978.

- Lexikon der Wirtschaft Preise, Hrsg. Ambrée, Kurt u. a., 3. Aufl., Berlin (Ost) 1979.
- Lexikon der Wirtschaft Volkswirtschaftsplanung, Hrsg. Steeger, Horst, Berlin (Ost) 1980.
- Lexikon der Wirtschaft Arbeit, Bildung, Soziales, Hrsg. Albrecht, G. u.a., Berlin (Ost) 1982.
- Lexikon der Betriebswirtschaft, hrsg. von Schneck, Ottmar, Stichwort Preis, 5. überarbeitete und erweiterte Aufl., München 2003, S. 786 f.
- Liebknecht, Wilhelm: Was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen, 1891.
- Liefmann, Robert: Hermann Heinrich Gossen (1810-1858), in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., 4. Bd., 1927, S. 1185 ff.
- Lippe, Peter von der: Die gesamtwirtschaftlichen Leistungen der DDR-Wirtschaft in den offiziellen Darstellungen. Die amtliche Statistik der DDR als Instrument der Agitation und Propaganda der SED, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages, Bonn – Berlin 1995, Bd. II/3, S. 2159 ff.
- Lisse, Albert: Handlungsspielräume deutscher Verwaltungsstellen bei den Konfiskationen in der SBZ 1945-1949, Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, hrsg. von Jürgen Schneider, Markus A. Denzel, Rainer Gömmel, Nr. 99, Stuttgart 2003.
- Lutz, Friedrich A.: Walter Eucken (17.1.1891-20.3.1950), in: HdSW, 3. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1961, S. 353-356.
- Machlup, Fritz: Monopol, in: HdSW, 7. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1961, S. 427-452.
- Machlup, Fritz: Oligopol, in: HdSW, 8. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1964, S. 82-94.
- Machlup, Fritz: Polypol, in: HdSW, 8. Bd., Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1964, S. 407-421.
- Machlup, Fritz: Wettbewerb (III) Wirtschaftstheoretische Betrachtungen, in: HdSW, 12. Bd., Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1965, S. 36-49.

- Mager, Diethard: Wismut – die letzten Jahre des ostdeutschen Uranbergbaus, in: Am Ende des realen Sozialismus (2). Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den achtziger Jahren, hrsg. von Eberhard Kuhrt im Auftrag des Bundesministeriums des Innern, Opladen 1996, S. 267-295.
- Mampel, Siegfried: Die sozialistische Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, (Kommentar), 2. neubearb. Aufl., Frankfurt/a.M. 1982.
- Mann, Fritz Karl: Adam Smith (1723-1790), in: HdSW, 9. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1956, „Werttheorie“, S. 290 ff.
- Martin, Thomas: „Und nichts war uns geblieben“. Der Weg der Freitaler Stahlindustrie GmbH zum Volkseigenen Betrieb (1945-1948), Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, hrsg. von Rainer Gömmel, Ulrich Kluge und Jürgen Schneider, Bd. 76, Stuttgart 1997, Geleitwort Jürgen Schneider, S. 16-21.
- Martin, Thomas: Systemimmanente Funktionsmängel der sozialistischen Zentralplanwirtschaft in der SBZ/DDR 1949. Am Beispiel des volkseigenen industriellen Sektors, Diss. vorgelegt an der der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, Bamberg 2001.
- Marx, Karl/ Engels, Friedrich: „Manifest der Kommunistischen Partei“, in: Werke, Band 4, Berlin 1974, S.459-493
- Marx, Karl: Das Kapital. Erster Band, in: Marx/Engels: Werke, Bd. 23, Berlin 1975.
- Mathews, Kurt: Entwicklung und Stand der ostzonalen und ostsektoralen Rechnungslegung (Buchführung und Bilanzierung) Gesamtüberblick, in: Die Wirtschaftsprüfung 1949, S. 501-507, S. 541-546 sowie 1950, S. 12-18.
- Mathews, Kurt: Neue Bestimmungen über die Finanzwirtschaft der Volkseigenen Betriebe der Ostzone, in: Die Wirtschaftsprüfung 1949, S. 343f.
- Matschke, Werner: Die industrielle Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) 1945-1948, Berlin 1988
- Mauch, Gerhard J.: Neurath Otto (*10.12.1882 in Wien, † 22.12.1945 in Oxford) in: Harald Hagemann und Claus-Dieter Krohn (Hrsg.), Biographisches Handbuch der deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration nach 1933, Bd. 2, München 1999, S. 508 f.
- Maunz, Theodor: Deutsches Staatsrecht, 5. Aufl. 1956.
- Maus, Heinz: Rosa Luxemburg (1870-1919), in: HdSW, 7. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1961, S. 69-71.

- Meinhold, Helmut: Investitionen, in: HdSW, 5. Bd., Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1956, S. 333-346.
- Meitzel, Albert: Eberhard Friedrich Schäßle (1831-1903), in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., 7. Bd., 1926, S. 166 f.
- Mellerowicz, Konrad: Betriebswirtschaftslehre und politische Ökonomie, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Heft 15, Berlin (Ost) 1949, S. 519-527.
- Melzer, Manfred: Anlagevermögen, Produktion und Beschäftigung der Industrie im Gebiet der DDR von 1936 bis 1978 sowie Schätzung des künftigen Angebotspotentials, in: Beiträge zur Strukturforchung Heft 59, 1980, Hrsg. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin 1980.
- Mendershausen, Horst: Prices, money and the distribution of goods in postwar Germany, in: The American Economic Review, 39. Jhg. Nashville 1949, S. 646-672.
- Menger, Carl: Grundsätze der Volkswirtschaftslehre. Erster Allgemeiner Theil, Wien 1871.
- Merkle, Franz: DM-Eröffnungsbilanzen, in: Hans Seischab, Karl Schwantag (Hrsg.), Handwörterbuch der Betriebswirtschaftslehre, 3. Aufl., Bd. I, Stuttgart 1956.
- Merseburger, Peter: Der schwierige Deutsche Kurt Schumacher. Eine Biographie, Stuttgart 1995.
- Meßner, Johannes: Karl Marx (1818-1883), in: Sacher, Hermann (Hrsg.), Staatslexikon, 5. Aufl., 3. Bd., 1929, Sp. 1173 f.
- Meyers Lexikon, Bd. 2, 8. Aufl., Leipzig 1937.
- Meyers Neues Lexikon, Bd. 5, 2. Aufl., Leipzig 1975.
- Meyers Neues Lexikon, Bd. 11, 2. Aufl., Leipzig 1975.
- Meyers Neues Lexikon, Bd. 13, 2. Aufl., Leipzig 1976.
- Meyers Neues Lexikon, Bd. 14, 2. Aufl., Leipzig 1976.
- Meyers Enzyklopädisches Lexikon, Bd. 32, Deutsches Wörterbuch O-Z, Mannheim 1981.
- Mielke, Henning: Die Auflösung der Länder in der SBZ/DDR 1945-1952. Von der deutschen Selbstverwaltung zum sozialistisch-zentralistischen Einheitsstaat nach sowjetischem Modell 1945-1952, Stuttgart 1995.
- Mierzejewski, Alfred C.: Ludwig Erhard. Der Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft, München 2004.
- Mises, Ludwig von: Theorie des Geldes und der Umlaufmittel, München 1912, 2. Aufl. 1924.

- Mises, Ludwig von: Die Abschaffung des Geldes in Russland“, in: Neue Freie Presse vom 17. November 1920.
- Mises, Ludwig von: Zu Carl Mengers achtzigsten Geburtstag, in: Neues Wiener Tagblatt, 22. Februar 1920.
- Mises, Ludwig von: Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 47. Bd., Tübingen 1920/21, S. 86-121.
- Mises, Ludwig von: Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus, Jena 1922. In die Erstausgabe der „Gemeinwirtschaft“ hat Mises Teile des Aufsatzes „Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 47. Bd., Tübingen 1920/21, S. 86-121, auf den Seiten 100 ff. eingearbeitet. 2. Aufl., Jena 1932
- Mises, Ludwig von: Carl Menger's „Grundsätze“ in zweiter Auflage, in: Neues Wiener Tagblatt, 26. Februar 1923.
- Mises, Ludwig von: Die geldtheoretische und geldrechtliche Seite des Stabilisierungsproblems, München und Leipzig 1924
- Mises, Ludwig von: Eugen von Böhm-Bawerk: Zu seinem 10. Todestag, in: Neue Freie Presse, 27. Aug. 1924.
- Mises, Ludwig von: Preistaxen, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Band VI (1925), S. 1055-1062
- Mises, Ludwig von: Liberalismus, Stuttgart 1927.
- Mises, Ludwig von: Neue Schriften zum Problem der sozialistischen Wirtschaftsrechnung, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 51. Bd. 60, 1928, S. 189 ff.
- Mises, Ludwig von: Bemerkungen zum Grundproblem der subjektivistischen Wertlehre, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 59: 1, Tübingen 1928, S. 32-47.
- Mises, Ludwig von: Nationalökonomie. Theorie des Handelns und Wirtschaftens, Genf 1940.
- Mises, Ludwig von: Liberalismus (II) Wirtschaftlicher Liberalismus, in: HdSW, 6. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1959, S. 596-603.
- Mises, Ludwig von: Markt, in: HdSW, 7. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1961, S. 131-136.
- Mises, Ludwig von: Human Action, 3. Aufl., Chicago 1966.
- Mises, Ludwig von: Kritik des Interventionismus. Untersuchungen zur Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsideologie der Gegenwart. Verstaatlichung des Kredits? Mit einer Einführung zur Neuauflage von F.A. Hayek, Darmstadt 1976.

- Mises, Ludwig von: Liberalism in the Classical Tradition, 3. Aufl. New York 1985.
- Mises, Ludwig von: Die Bürokratie, hrsg. vom Liberalen Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung, Bd. 3, 2. Aufl., Sankt Augustin 2004.
- Mises, Ludwig von: Liberalismus mit einer Einführung von Hans-Hermann Hoppe, Sankt Augustin 4. Aufl. 2006 (Nachdruck der Originalausgabe von 1927).
- Mises, Ludwig von: Vom Wert der besseren Ideen. Sechs Vorlesungen über Wirtschaft und Politik, München 2008.
- Mises, Margit von: Ludwig von Mises. Der Mensch und sein Werk, München 1981.
- Mittag, Günter: Um jeden Preis. Im Spannungsfeld zweier Systeme, Berlin 1991.
- Moeller, Hero: Währung, in: HdSW, 11. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1961, S. 430-443.
- Moser, Hugo: Sprachliche Folgen der politischen Teilung Deutschlands, Düsseldorf 1962.
- Möller, Hans: Heinrich Freiherr von Stackelberg, in: HdSW, 9. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1956, S. 770-772.
- Morsey, Rudolf/ Weber, Hermann: Kommunistische Partei Deutschlands, in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.), Staatslexikon, 7. Aufl., 3. Bd., 1987, Sp. 604 f.
- Müller, Hans Dieter: Die staatliche Finanzkontrolle der Industriebetriebe in der DDR, Schriften zum Vergleich von Wirtschaftsordnungen, hrsg. von Gutmann, Gernot u. a., Heft 29, Stuttgart, New York 1980.
- Müller, J. Heinz: Walter Eucken (1891-1950), in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.), Staatslexikon. 7. Aufl., 2. Bd., 1986, S. 414.
- Müller-Armack, Alfred: Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft, Hamburg 1947.
- Müller-Armack, Alfred: Stil und Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft, Vortrag aus Anlaß der Tagung der Österreichischen Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft vom 28. August 1951, Köln 1952.
- Müller-Armack, Alfred: Soziale Marktwirtschaft, in: HdSW, 9. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1956, S. 390-392.
- Müller-Armack, Alfred: Religionssoziologie, in: HdSW, 8. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1964, S. 795 f.
- Müller-Enbergs, Helmut/ Wielgoths, Jan/ Hoffmann, Dieter (Hrsg.): Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon, Berlin 2000.

- Mußler, Werner: Die Bedeutung der Arbeit J.W. Stalins „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“. Bericht von der II. theoretischen Konferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: *Einheit*, 8. Jg., Januar 1953, Heft 1, S. 26 ff.
- Naumann, Gerhard/ Trümpler, Eckhard: *Von Ulbricht zu Honecker. 1970 – ein Krisenjahr der DDR*, Berlin 1990.
- Naumann, Robert: Stalin als Ökonom, in: *Das Redaktionskollegium, Unsere Aufgabe*, in: *Wirtschaftswissenschaft*, 1. Jg. 1953, S. 4-20.
- Naumann, Robert: Aus der Vorgeschichte des Lehrbuchs „Politische Ökonomie“, in: *Wirtschaftswissenschaft*, 1955, S. 45 ff.
- Neumann, Gerd: *Die ökonomischen Entwicklungsbedingungen des RGW Band 1: 1945-1958*, Berlin (Ost) 1980.
- Neurath, Otto: *Die Sozialisierung Sachsens*, Chemnitz 1919.
- Neurath, Otto: *Durch die Kriegswirtschaft zur Naturalwirtschaft*, München 1919.
- Neurath, Otto: *Wirtschaftsplan und Naturalrechnung*, Berlin 1925.
- Neurath, Otto: *Economic Writings. Selections 1904-1945*, with an introduction by Thomas Uebel, Dordrecht 2004.
- Nick, Harry: *Sozialismus und Wirtschaftswachstum*, Berlin 1977.
- Nick, Harry: *Marktwirtschaft. Legende und Wirklichkeit*, Köln 1980.
- Niedbalski, Bernd: *Deutsche Zentralverwaltungen und Deutsche Wirtschaftskommission. Ansätze zur zentralen Wirtschaftsplanung in der SBZ 1945–1948*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, Jg. 33, 1985, S. 456-477.
- Nobel, Alfons: Sozialdemokratie, in: Sacher, Hermann (Hrsg.), *Staatslexikon*, 5. Aufl., 4. Bd., 1931, Sp. 1648-1654.
- Nußbaumer, Adolf: *Zur Frage der Wirtschaftsrechnung in der Zentralverwaltungswirtschaft*, in: *Zeitschrift für Nationalökonomie*, Wien, Bd. XIX, 1959, S. 270-301.
- Nützenadel, Alexander: *Stunde der Ökonomen. Wissenschaft, Politik und Expertenkultur in der Bundesrepublik 1949-1974*, *Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft*, Bd. 166, Göttingen 2005.
- Oelßner, Fred: Über das Wirken objektiver Gesetze in der Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik, in: *Einheit*, 9. Jg. Oktober 1954, Heft 10, S. 920 f.
- Oettle, Karl: *Volkseigene Betriebe*, in: *HdWW*, 8. Bd., Stuttgart und New York, Tübingen, Göttingen und Zürich 1979, Spalte 351-368

- Ökonomisches Lexikon A-G, 2. Aufl., Berlin (Ost) 1977; 3. Aufl. Berlin (Ost) 1978.
- Ökonomisches Lexikon H-P, Berlin (Ost) 1979
- Ökonomisches Lexikon Q-Z, Berlin (Ost) 1980
- Ökonomisches Lexikon A-G: Stichwort Eduard Bernstein (1850-1932), 3. neu bearbeitete Aufl., Berlin (Ost) 1978, S. 304 f.
- Opel, Kim Holger: Die Goldmarkeröffnungsbilanz 1924 der Franz Haniel & Cie. GmbH im Lichte zeitgenössischer Bilanztheorien, unv. Diplomarbeit, Köln 2005.
- Opitz, Petra: Friedrich (Fritz) Behrens (1909-1980), in: Werner Krause u. a. (Hrsg.), Ökonomenlexikon, Berlin 1989, S. 34-36.
- Opitz, Petra: Oskar Lange (1904-1965), in: Werner Krause u. a. (Hrsg.), Ökonomenlexikon, Berlin 1989, S. 284-286
- Opitz, Petra: Stanislaw Gustawowitsch Strumilin (1877-1974), in: Werner Krause u. a. (Hrsg.), Ökonomenlexikon, Berlin 1989, S. 55 ff.
- Ortlieb, Heinz Dieter/ Stavenhagen, Gerhard: Sozialisierung: II Geschichte (1) Deutschland, in: HdSW, 9. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1956, S. 464-468.
- Papcke, Sven: Karl Polanyi (* 1886 in Wien, † 1964 in Pickering/Kanada), in: Harald Hagemann, Claus-Dieter Krohn (Hrsg.), Biographisches Handbuch, Bd. 2, München 1999, S. 534 ff.
- Paqué, Karl-Heinz: Die Bilanz. Eine wirtschaftliche Analyse der Deutschen Einheit, München 2009.
- Paqué, Karl-Heinz: Wachstum! Die Zukunft des globalen Kapitalismus, München 2010
- Pehle, Walter H.: Walther Rathenau (1857-1922), in: Wolfgang Benz und Hermann Graml (Hrsg.), Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik, München 1988, S. 263 ff.
- Pejovich, Svetozar: Innovation and Alternative Property Rights, in: Schriften zum Vergleich von Wirtschaftsordnungen, hrsg. von Schüller, Alfred; Leipold, Helmut; Hamel, Hannelore, Heft 33 „Innovationsprobleme in Ost und West“, Stuttgart, New York 1983, S. 41-49.
- Peter, Hans: Kapital (II) Gesellschaftliche Theorie des Kapitals, in: HdSW, 5. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1956, S. 488-494.
- Pfeiffer, Eberhard: Die naturale Planung des Wirtschaftsprozesses in der DDR, unv. Diss., Freiburg 1956.

- Pierson, N.G. et. al: Collectivist Economic Planning. Critical Studies on the Possibilities of Socialism, London 1935, Nachdruck 1938.
- Pirker, Theo/Lepsius, M. Rainer u. a.: Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR. Gespräche und Analysen, Opladen 1995.
- Plötz, Peter: Intensivierungszwang und Intensivierungsmöglichkeit in der DDR-Wirtschaft, Hamburg 1981.
- Pohmer, Dieter/ Hagmayer, Joachim: Wirtschaftsordnung und Betrieb, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft (HdB), Stuttgart 1976.
- Polanyi, Karl: Sozialistische Rechnungslegung, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 1922, Bd. 49/2, S. 377 ff.
- Polaschewski, Edwin: Besonderheiten im Rechnungswesen eines Unternehmens in der DDR, in: Die Wirtschaftsprüfung, Heft 12/1990, S. 329-334.
- Pollock, Friedrich: Die planwirtschaftlichen Versuche in der Sowjetunion 1917-1927, Leipzig 1929.
- Popper, Karl R.: Das Elend des Historizismus, Tübingen 1957.
- Popper, Karl R.: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. Falsche Propheten Hegel, Marx und die Folgen, 8. Aufl. Tübingen 2003.
- Post, Hans-Ulrich: Das System der Wirtschaftsrechnung bei der Planverwirklichung in der volkseigenen Industrie der Deutschen Demokratischen Republik, unv. Dissertation, Freiburg 1955.
- Potthoff, Heinrich: Kurt Schumacher (1895-1952), in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.), Staatslexikon, 7. Aufl., 4. Bd., 1988, Sp. 1095.
- Potthoff, Heinrich: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.), Staatslexikon, 7. Aufl., 4. Bd., Freiburg 1988, Sp. 1223.
- Prollius, Michael von: Die Pervertierung der Marktwirtschaft. Der Weg in die Staatswirtschaft und zurück zur Sozialen Marktwirtschaft, München 1992.
- Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der SED, Bd. II, Berlin 1971.
- Przybylski, Peter: Tatort Politbüro. Bd. 2: Honecker, Mittag und Schalek-Golodkowski, Berlin 1992.
- Pütz, Theodor: Bilateralismus, in: HdSW, 2. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1959, S. 268-271.
- Rauch, Wendelin: Victor Cathrein (1845-1931), in: Hermann Sacher (Hrsg.), Staatslexikon, 5. Aufl., 1. Bd., 1926, Sp. 1197-1199.

- Raupach, Hans: Die Kapitaldisposition in sozialistischen Volkswirtschaften, in: Kapitaldisposition und Wirtschaftsordnung. Professoren-Kolloquien der Adolf-Weber-Stiftung, Berlin 1970, S. 7-21.
- Reich, Manfred (Hrsg.): Handbuch des Hauptbuchhalters, Berlin (Ost) 1984.
- Reiman, Michael: Lenin, Stalin, Gorbačev. Kontinuität und Brüche in der sowjetischen Geschichte, Hamburg 1987.
- Reinhold, Otto: Ökonomische Gesetze des Sozialismus und Wirtschaftspolitik, in: Wirtschaftswissenschaft, Oktober 1972, S. 1443 ff.
- Richter, Gerhard: Die politische Ökonomie und unsere Preise, in: Wirtschaftswissenschaft, 1958, S. 214 ff.
- Richter, Horst/Schliesser, Waldfried: Die Warenproduktion im Sozialismus, Berlin (Ost) 1986
- Richter, Horst (Hrsg.) u.a.: Politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus, 14. Aufl., Berlin (Ost) 1988.
- Richter, Michael: Stichwort antifaschistisch-demokratische Umwälzung, in: Eppelmann, Rainer/ Möller, Horst u. a. (Hrsg.): Lexikon des DDR-Sozialismus, Bd. 1 A-M, 2. Aufl., Paderborn, München, Wien, Zürich 1997, S. 70-73.
- Rimscha, Hans von: Geschichte Rußlands, 2. überarbeitete Aufl., Darmstadt 1970
- Ritschl, Albrecht: Aufstieg und Niedergang der Wirtschaft der DDR: Ein Zahlenbild 1945-1989, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Berlin 1995, S. 11-46
- Ritschl, Hans: Wirtschaftsordnung, in: HdSW, 12. Bd. Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1965, S. 189-203.
- Rittig, Gisbert: Wirtschaftsrechnung, in: HdSW, 12. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1965, S. 238-247.
- Roesler, Jörg/Siedt, Veronika/Elle, Michael: Wirtschaftswachstum in der Industrie der DDR 1945-1970, Berlin (Ost), 1986
- Roper, Willet C: The Problem of Pricing in a Socialist State, Cambridge, Mass. 1929.
- Röpke, Jochen: Der importierte Fortschritt. Neuerungsimport als Überlebensstrategie zentralkoordinierter Systeme, in: ORDO, Bd. 27, Stuttgart, New York 1976, S. 223-241.
- Röpke, Wilhelm: Planwirtschaft, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., 6. Bd., Jena 1925, S. 876-877.
- Röpke, Wilhelm: Sozialisierung, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., 7. Bd., 1926, S. 568 ff.

- Röpke, Wilhelm: Wettbewerb (II) Ideengeschichte und ordnungspolitische Stellung, in: HdSW, 12. Bd., Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1965, S. 29-36.
- Rosenstein-Rodan, Paul N.: Grenznutzen, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., 4. Bd., 1927, S. 1190-1233.
- Rosner, Peter: Otto Bauer (1881-1938), in: Harald Hagemann, Claus-Dieter Krohn (Hrsg.), Biographisches Handbuch der deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration nach 1933, Bd. 1, München 1999, S. 30 ff.
- Ruhl, Klaus-Jörg (Hrsg.): Neubeginn und Restauration, Quellentext: „Gesetz über „Leitsätze für die Bewirtschaftung und Preispolitik nach der Geldreform“, München 1982.
- Rupp, Hans Karl: Politische Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung, Stuttgart, Berlin 1982.
- Salerno, Joseph T.: Ludwig von Mises und seine Ansichten über Vernunft, Wirtschaftsrechnung und Gesellschaft, in: Hoppe, Hans-Hermann/ Leube, Kurt R. et al.: Ludwig von Mises „Die Gemeinwirtschaft“. Vademecum zu einem Klassiker liberalen Denkens in Wirtschaft und Gesellschaft, Düsseldorf 1996, S. 91 ff.
- Sauermann, Heinz: Währungsreformen, in: HdSW, 6. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1961, S. 452-470.
- Schabowski, Günter: Der Absturz, Reinbek b. Hamburg 1992.
- Schäffle, Eberhard Friedrich: Die Quintessenz des Sozialismus, Gotha 1875, 13. Aufl., 1891.
- Schalck-Golodkowski, Alexander: „Zur Vermeidung ökonomischer Verluste und zur Erwirtschaftung zusätzlicher Devisen im Bereich kommerzielle Koordinierung des Ministeriums für Außenwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik“, Dissertation 1970 an der Juristischen Hochschule Potsdam, Betreuer: Generaloberst Mielke -Minister für Staatssicherheit-, Potsdam-Babelsberg 1970.
- Schenk, Fritz: Magie der Planwirtschaft, Köln – Berlin 1960.
- Schenk, Fritz: Im Vorzimmer der Diktatur. 12 Jahre Pankow, Köln, Berlin 1962.
- Schenk, Fritz: Das rote Wirtschaftswunder. Die zentrale Planwirtschaft als Machtmittel der SED-Politik, Stuttgart-Degerloch 1969.
- Scherrer, Gerhard: D-Mark-Eröffnungsbilanz, Systematische Erläuterungen zur Aufstellung, Prüfung, Feststellung und Veröffentlichung der Eröffnungsbilanz nach dem D-Mark-Bilanzgesetz, Köln 1991.

- Schevarado, Jennifer: Vom Wert des Notwendigen. Preispolitik und Lebensstandard in der DDR der fünfziger Jahre. Stuttgart 2006.
- Schiff, Walter: Die Planwirtschaft und ihre ökonomischen Hauptprobleme, Berlin 1932.
- Schließer, Waldfried (Hrsg.): Wertgesetz und Wertkategorien in der sozialistischen Planwirtschaft – eine politökonomische Studie, Berlin 1979.
- Schmalenbach, Eugen: Exakte Kapitallenkung, in: Betriebswirtschaftliche Beiträge, Köln 1948, S. 21-27.
- Schmalenbach, Eugen: Kapital, Kredit und Zins in betriebswirtschaftlicher Beleuchtung, 2. Aufl. Köln und Opladen 1949.
- Schmidt, Conrad: Bolschewismus, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., 2. Bd., 1924, S. 993 ff.
- Schneider, Gernot: Wirtschaftswunder DDR. Anspruch und Realität, Köln 1988.
- Schneider, Erich: Einführung in die Wirtschaftstheorie. IV. Teil. Ausgewählte Kapitel der Geschichte der Wirtschaftstheorie. 1. Bd., Tübingen 1962.
- Schneider, Jürgen: Von der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft zur sozialistischen Zentralplanung in der SBZ/DDR, in: Schneider, Jürgen/Harbrecht Wolfgang (Hrsg.), Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik in Deutschland (1933-1993), Stuttgart 1996, S. 1-90.
- Schneider, Jürgen: „Marxistisch-leninistische Wirtschaftswissenschaften“ nach sowjetischem Modell an den Hochschulen der SBZ / DDR. Legitimation und Propaganda für die Parteitage der SED, in: Hans-Jürgen Gerhard (Hrsg.), Struktur und Dimension. Festschrift für Karl Heinrich Kaufhold zum 65. Geburtstag, Bd. 2, 1997, S. 214-265.
- Schneider, Jürgen: Die Währungsreform in der SBZ: Ausgabe von funktionslosem Geld, in: Ludwig-Erhard-Stiftung (Hrsg.), Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Nr. 77 (3/1998), S. 63-69.
- Schneider, Jürgen: Vortrag zur 29. Sitzung der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ des Deutschen Bundestages am 3.3.1997 in Dresden zum Thema Bilanz der DDR-Wirtschaft, abgedruckt in: Materialien der Enquete-Kommission, Deutscher Bundestag (Hrsg.), Bd. III,1, Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik, Baden-Baden 1999, S. 196-201.

- Schneider, Jürgen: Der Beitrag von Ludwig von Mises und Friedrich August von Hayek zur deutschen Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik nach 1945, in: Exil und Neuordnung, Bd. 6, Beiträge zur verfassungspolitischen Entwicklung in Deutschland nach 1945, hrsg. von Claus-Dieter Krohn und Martin Schumacher, Düsseldorf 2000, S. 335-350.
- Schneider, Jürgen: Öffentliches und privates Wirtschaften in sich wandelnden Wirtschaftsordnungen. Einführung, in: Schneider, Jürgen (Hrsg.): Öffentliches und privates Wirtschaften in sich wandelnden Wirtschaftsordnungen. Referate der 18. Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte vom 7.-9. April 1999 in Innsbruck, Stuttgart 2001, S. 5-17.
- Schneider, Jürgen/ Schwarzer, Oskar/ Kluge, Ulrich: Markt gegen Plan, in: 50 Jahre Deutschland. Ereignisse und Entwicklungen, hrsg. von Hermann Schäfer, Freiburg 1999, S. 28-39.
- Schober, Volker: Der junge Kurt Schumacher 1895-1933. Reihe Politik- und Gesellschaftsgeschichten des Historischen Forschungsseminars der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 53, Bonn 2000.
- Scholz, Günther: Kurt Schumacher, Düsseldorf, Wien und New York 1988.
- Schöne, Ursula: Preis im Widerstreit der Ideologien, Berlin (Ost) 1981
- Schöneburg, Karl-Heinz: Staat und Recht in der Geschichte der DDR, Berlin 1973.
- Schreiber, E./Hendzlik, H./Schmolinsky, K.: Stand, Entwicklung und Perspektiven des Außenhandels DDR-EG, Hrsg. Institut für angewandte Wirtschaftsforschung (IAW), Berlin 1990
- Schroeder, Klaus: Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949-1990, München 1998
- Schroeder, Klaus: Die DDR: eine (spät-)totalitäre Gesellschaft, in: Manfred Wilke (Hrsg.), Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht, Berlin 1998, S. 548 ff.
- Schubert, Eberhart u.a.: Sozialistische Betriebswirtschaft Industrie: Hoch- und Fachschullehrbuch für Ingenieure, Berlin 1986.
- Schulin, Ernst: Walther Rathenau (1867-1922), in: Walther Killy u. a. (Hrsg.), Deutsche Biographische Enzyklopädie, Bd. 8, 2001, S. 150 f.

- Schüller, Alfred: Innovationsprobleme und wirtschaftspolitische Experimente im Systemvergleich, in: Schriften zum Vergleich von Wirtschaftsordnungen, hrsg. von Schüller, Alfred; Leipold, Helmut; Hamel, Hannelore, Heft 33 „Innovationsprobleme in Ost und West“, Stuttgart, New York 1983, S. 1-16.
- Schürer, Gerhard: Schürers Krisen-Analyse (Dokumentation), in: Deutschland Archiv, Heft 9/1992, S. 1112-1120.
- Schürer, Gerhard: Gewagt und verloren. Eine deutsche Biographie, Frankfurt an der Oder 1996.
- Schütz, Gertrud et al.: Kleines Politisches Wörterbuch, Neuausgabe 1988, 8. Aufl., Berlin 1989.
- Schwarzer, Oskar: Sozialistische Zentralplanwirtschaft in der SBZ/DDR. Ergebnisse eines ordnungspolitischen Experiments (1945-1989), Stuttgart 1999.
- Schweisfurth, Theodor: SBZ-Konfiskationen privaten Eigentums 1945 bis 1949. Völkerrechtliche Analyse und Konsequenzen für das deutsche Recht, Baden-Baden 2000.
- Seidel, Bruno: Sozialismus (IV), Neuere Richtungen (1) Revisionismus, in: HdSW, 9. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1956, S. 501-504.
- Seidel, Bruno: Sozialpolitik (Geschichte), in: HdSW, 9. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1956, S. 532-539.
- Seiffert, Wolfgang: Die DDR – Herrschaftsinstrument der SED und Produkt sowjetischer Deutschlandpolitik, in: Hermann von Berg, Franz Loeser, Wolfgang Seiffert, Die DDR auf dem Weg in das Jahr 2000, Köln 1987, S. 29 f.
- Selbmann, Fritz: Demokratische Wirtschaft, Dresden 1948.
- Sendler, Horst: Verwaltungsgerichtsbarkeit, in: Herzog, Roman u. a. (Hrsg.), Evangelisches Staatslexikon, 3. Aufl., 2. Bd., 1997, Sp. 3840.
- Seraphim, Hans-Jürgen: Lenin (1870-1924), in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., Ergänzungsband, 1929, S. 683 ff.
- Seraphim, Hans-Jürgen: Bolschewismus, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., Ergänzungsband, 1929, S. 207- 213.
- Servan-Schreiber, Jean-Jacques: Die amerikanische Herausforderung. Vorwort Franz-Josef Strauß, Hamburg 1968.
- Seul, Arnold: Das Ministerium für Staatssicherheit und die DDR-Volkswirtschaft, in: Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (Hrsg. Deutscher Bundestag), Band VIII, Baden-Baden 1995, S. 532-585

- Sinn, Hans-Werner/Sinn, Gerlinde: Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung, Tübingen 1991.
- Slaby, Dieter: Grundfondsökonomie, 8. Lehrbrief Investitionen (2. Teil) - Lehrmaterial, Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft, Bergakademie Freiberg 1977.
- SMAD-Handbuch: Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland 1945-1949, Bearbeiter: Jan Foitzik und Tatjana W. Zarewskaja-Djakina. Im Auftrag der Gemeinsamen Kommission zur Erforschung der neuesten Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen, hrsg. von Horst Möller und Alexandr O. Tschubarjan, München 2009.
- Smith, Adam: Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen, München 1974
- Socialism and the Market. The Socialist Calculation – Debate Revisited, Volume I-IX. Selected and with a new introduction by Peter J. Boettke, London, New York 2001.
- Söder, Günter: Ökonomie, Politik, Wirtschaftspolitik, Berlin (Ost) 1977
- Solga, Heike: Auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft? Klassenlagen und Mobilität zwischen Generationen in der DDR, Berlin 1995.
- Sommerfeld, Ulrich: Weltwirtschaftliche Transformation und gesamteuropäische Kooperation, in: Wirtschaftswissenschaft, 38, 1990, S. 1670.
- Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED): Der Wirtschaftsplan für 1948 und der Zweijahresplan 1949-1950 zur Wiederherstellung und Entwicklung der Friedenswirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Berlin (Ost) 1948
- Sraffa, Piero: The Laws of Returns under Competitive Conditions, in: Economic Journal, 36, London 1926.
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Erläuterungen zum einheitlichen System von Rechnungsführung und Statistik – Industrie, 4. Aufl. Berlin (Ost) 1973.
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Kontenrahmen Industrie, Berlin (Ost) 1989.
- Stackelberg von, Heinrich Freiherr: Marktform und Gleichgewicht, Wien, Berlin 1934.
- Stalin, Josef W.: Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR. Bemerkungen zu ökonomischen Fragen, die mit der Novemberdiskussion 1951 zusammenhängen, in: Einheit, 7. Jg., Juli 1952, Heft 7, S. 1013-1062.

- Starck, Christian: Gewaltenteilung, in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.), Staatslexikon, 7. Aufl., 2. Bd., 1986, Sp. 1023 ff.
- Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (Ost), Jahrgänge 1955-1990.
- Stavenhagen, Gerhard: Friedrich Engels (1820-1895), in: HdSW, 3. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1961, S. 223-227.
- Stavenhagen, Gerhard/ Höffner, Joseph: Sozialismus, in: Staatslexikon, hrsg. von der Görres-Gesellschaft, Freiburg 1962, Spalte 303-324.
- Stavenhagen, Gerhard: Wirtschaftssysteme, in: Staatslexikon, 8. Band, Freiburg 1963, Spalte 827-838
- Stavenhagen, Gerhard: Geschichte der Wirtschaftstheorie, 3. Aufl., Göttingen 1964.
- Steiner, André: Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, München 2004.
- Stern, Carola: Ulbricht. Eine politische Biographie, Köln, Berlin 1964.
- Stern, Jacob: Thesen über den Sozialismus, 1891.
- Stolper, Gustav: Die deutsche Wirklichkeit. Ein Beitrag zum künftigen Frieden Europas, Hamburg 1949 (Übersetzung der amerikanischen Originalausgabe von 1947).
- Strassenberger, Paul: Methoden der Wirtschaftsplanung, in: Die Wirtschaft, Berlin (Ost) 1951, Heft 37, S. 15 ff.
- Streit, Manfred E.: Die deutsche Währungsunion, in: Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948, hrsg. von der Deutschen Bundesbank, München 1998, S. 675-719.
- Strobel, Wilhelm: DM-Eröffnungsbilanz. Leitfaden für Unternehmer und Berater, Herne/Berlin 1990.
- Strumilin Stanislav G.: Ökonomische Schriften 1. Band: Sozialismus und Planung, hrsg. in deutscher Sprache von Ottomar Kratsch, Berlin 1977.
- Sziklai, Lazlo: Das „kapitalistische“ und das kommunistische Geld, in: Schmollers Jahrbücher für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 44 b, 1920, S. 750 ff.
- Tatzkow, Monika/ Henicke, Hartmut: Zur Praxis der „Enteignung der Naziaktivisten und Kriegsverbrecher“ in der SBZ, in: Zeitschrift für offene Vermögensfragen (ZOV) 1992, S. 182 ff.
- Taylor, Frederick: The Guidance of Production in a Socialist State, in: American Economic Review, Vol. 19, 1929, pp. 1-8.
- Thalheim, Karl C.: Die Wirtschaft der Sowjetzone in Krise und Umbau, Berlin 1964.

- Thiele, Hanswalter u.a. (Hrsg.): Handbuch der Planung für Kombinate und Betriebe Industrie, 1. Aufl. 1982, 2. Aufl., Berlin (Ost) 1988.
- Thieme, Hans Jörg: Notenbank und Währung in der DDR, in: Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948, hrsg. von der Deutschen Bundesbank, München 1998, S. 609-653.
- Tiessen, Ernst: Deutscher Wirtschafts atlas, Berlin 1929
- Tisch, Kläre: Wirtschaftsrechnung und Verteilung im zentralistisch organisierten sozialistischen Gemeinwesen, unv. Diss., Bonn 1932.
- Tjulpanow, Sergej: Deutschland nach dem Kriege (1945-1949) Erinnerungen eines Offiziers der Sowjetarmee Berlin (Ost) 1987
- Tresnak, Paul: Zeitgemäße Rückschau auf die Goldbilanzverordnung von 1923, in: Der Wirtschaftsprüfer 1949, S. 6-9.
- Treuhandanstalt: DM-Eröffnungsbilanz und Gesamteröffnungsbilanz zum 1. Juli 1990 einschließlich Anhang sowie Bilanzen bis zum 31.12.1994.
- Tschajanow, Alexander W.: Skizzen zur Theorie der Arbeitswirtschaft, Folge I. Moskau 1911; Folge II. Moskau 1912; Versuch einer Verarbeitung der Budgetmaterialien nach dem 101. Budget des starobielskischen Kreises des Gouvernements Charkow. Moskau 1915. Das Optimum des Umfanges der landwirtschaftlichen Unternehmungen. Moskau 1921. Die Lehre von der bäuerlichen Wirtschaft. Berlin 1923.
- Tuchtfeldt, Egon: Wirtschaftssysteme, in: HdWW, 9. Bd., Stuttgart und New York, Tübingen, Göttingen und Zürich 1982, Sp. 326-353.
- Varga, Eugen: Die wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur, Wien 1920.
- Varga, Eugen: Grundfragen der Ökonomik und Politik im Imperialismus, Berlin (Ost) 1955
- Vasold, Manfred: Moellendorff, Wichard von (1881-1937), in: Wolfgang Benz und Hermann Graml (Hrsg.), Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik, München 1988, S. 229 f.
- Vasold, Manfred: Rudolf Wissell (1869-1962), in: Wolfgang Benz und Hermann Graml (Hrsg.), Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik, München 1988, S. 369 f.
- Vaugh, Karen I.: Economic Calculation under Socialism. The Austrian Contribution, in: Peter J. Boettke, Socialism and the Market, vol. V, S. 552 f.

- Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968 in der Fassung vom 7. Oktober 1974, Berlin 1974.
- Veröffentlichungen der sächsischen Landesstelle für Gemeinwirtschaft, Dresden 1919 ff.
- Verordnung über die Währungsreform in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, in: Kohlmey, Gunther/ Dewey, Charles: Bankensystem und Geldumlauf in der DDR 1945-1955, S. 202-230.
- Volkswirtschaftsplanung. Lehrbuch, hrsg. von Hans-Heinrich Kinze/ Hans Knop/ Eberhard Seifert, Berlin (Ost) 1975.
- Vollnhals, Clemens: Der Totalitarismusbegriff im Wandel, Aus Politik und Zeitgeschichte 39/2006, S. 21-27
- Voßke, Heinz: Walter Ulbricht. Biographischer Abriß, Berlin 1983.
- Waffenschmidt, Walter Georg: Léon Walras (1834-1910), in: HdSW, 11. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1961, S. 495 f.
- Wagner, Ulrich: Innovationsprobleme im Wirtschaftssystem der DDR, in: Das Wirtschaftssystem der DDR. Wirtschaftspolitische Gestaltungsprobleme, hrsg. Von Gernot Gutmann, Stuttgart, New York 1983, S. 311-329.
- Watrin, Christian: Ludwig von Mises Sozialismuskritik – die ökonomische Perspektive, in: Hoppe, Hans-Hermann/ Leube, Kurt R. et al.: Ludwig von Mises „Die Gemeinwirtschaft“. Vademecum zu einem Klassiker liberalen Denkens in Wirtschaft und Gesellschaft, Düsseldorf 1996, S. 45-57.
- Weber, Hermann (Hrsg.): Der deutsche Kommunismus. Dokumente: „Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 11. Juni 1945“, Köln-Berlin 1963.
- Weber, Hermann: Kommunistische Partei Deutschlands, in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.), Staatslexikon, 7. Aufl., 3. Bd., 1987, Sp. 605.
- Weber, Hermann: Walter Ulbricht (1893-1973), in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.), Staatslexikon, 7. Aufl., 5. Bd., 1989, Sp. 512 f.
- Weber, Hermann: Wilhelm Pieck (1876-1960), in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.), Staatslexikon, 7. Aufl., 4. Bd., 1988, Sp. 394 f.
- Weber, Hermann: Die DDR 1945-1990, München, 4. Aufl. 2006.
- Weber, Max: Grundriß der Sozialökonomik. III. Abteilung Wirtschaft und Gesellschaft, 3. Aufl. 1. Halbband, Tübingen 1947.
- Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie, Tübingen 1922, 5. Aufl. Tübingen 1980.
- Weber, Wilhelm/Albert, Hans/Kade, Gerhard: Wert, in: HdSW, 11. Bd.. Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1961, S. 637-658.

- Weber, Wilhelm/ Jochimsen, Reimut: Wohlstandsökonomik, in: HdSW, 12. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1965, S. 349 ff.
- Weber, Wilhelm/ Streissler, Erich: Nutzen, in: HdSW, 8. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1964, S. 1-19.
- Wehler, Hans-Ulrich: Umbruch und Kontinuität, München 2000
- Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1949-1990, Bonn 2009.
- Weick, Arne: Homburger Plan und die Währungsreform. Kritische Analyse des Währungsreformplans der Sonderstelle Geld und Kredit und seiner Bedeutung für die westdeutsche Währungsreform von 1948, St. Katharinen 1998.
- Weinberger, Otto: Eugen von Böhm-Bawerk, in: HdSW, 2. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1959, S. 385 f.
- Weinberger, Otto: Kapital (I) Geschichte der Kapitaltheorie, in: HdSW, 5. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1956, S. 480-488.
- Weinberger, Otto: Carl Menger (1840-1921), in: HdSW, 7. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1961, S. 301-303.
- Weinberger, Otto: Friedrich von Wieser (1851-1926), in: HdSW, Stuttgart-Tübingen-Göttingen 12. Bd., 1961, S. 71-73.
- Weißleder, Wolfgang: Deutsche Wirtschaftskommission und Errichtung des sozialistischen Staates der DDR, in: Staat und Recht 1975, S. 576 ff.
- Wetzker, Konrad (Hrsg.): Wirtschaftsreport – Daten und Fakten zur wirtschaftlichen Lage Ostdeutschlands, Herausgegeben vom Institut für angewandte Wirtschaftsforschung, Berlin 1990
- Wiese, Leopold von: Malthus und Malthusianismus, in: HdSW, 7. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1961, S. 103 ff.
- Wiese, Leopold von: Wettbewerb (I) Soziologische Einordnung, in: HdSW, 12. Bd., Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1965, S. 25-29.
- Willeke, Rainer J.: Marktformen, in: HdSW, 7. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1961, S. 136-147.
- Willgeroth, Hans: Wertvorstellungen und theoretische Grundlagen des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft, in: Währungsreform und Soziale Marktwirtschaft. Erfahrungen und Perspektiven nach 40 Jahren, Schriften des Vereins für Socialpolitik. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Neue Folge Bd. 190, hrsg. von Wolfram Fischer, Berlin 1989, S. 31-60.
- Winkler, Gunnar (Hrsg.): Sozialreport DDR 1990. Daten und Fakten zur sozialen Lage in der DDR, Stuttgart 1990.

- Winogradow, Nikolai: Die Prinzipien der Volkswirtschaftsplanung, in: Wirtschaftswissenschaft, Berlin Heft 2/1955, S. 223 ff.
- Wirtschaftsrat des Vereinigten Wirtschaftsgebietes (Hrsg.): (Wörtlicher) Bericht über die 14. Vollversammlung am 21./22. April 1948, Wiesbaden o. J.
- Wirtschaftsrat des Vereinigten Wirtschaftsgebietes (Hrsg.): (Wörtlicher) Bericht über die 18. Vollversammlung am 17./18. Juni 1948, Wiesbaden o. J.
- Wissell, Rudolf: Kritik und Aufbau, Berlin 1921; Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums vom 7./V. 1919 (abgedruckt bei Wissell, Rudolf: Praktische Wirtschaftspolitik, S. 97 ff.; Kritisches zur Planwirtschaft, herausgegeben vom Präsidium des Hansabundes für Handel, Industrie und Gewerbe), Berlin 1919.
- Wissell, Rudolf: Praktische Wirtschaftspolitik, Berlin 1919.
- Wissell, Rudolf/ Moellendorff von, Wichard: Wirtschaftliche Selbstverwaltung (Schriftenreihe „Deutsche Gemeinwirtschaft“, herausg. von Ernst Schairer, Heft 10), Jena 1919.
- Wobbe, Therese: Käthe Leichter, in: Harald Hagemann und Claus-Dieter Krohn (Hrsg.), Biographisches Handbuch, S. 367-368.
- Wöhe, Günter: Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, München 1999, 2005.
- Wolf, Herbert: Hatte die DDR je eine Chance?, Hamburg 1991.
- Wolle, Stefan: Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989, Berlin 1998.
- Wollert, Heinrich: Bewertung und Bilanzierung in der Ostzone, in: Die Wirtschaftsprüfung, Stuttgart 1949, S. 54-60.
- Wörterbuch der Ökonomie. Sozialismus, hrsg. von Ehlert, Willi/ Joswig, Heinz und Luchterhand, Willi, Berlin (Ost) 1969.
- Zank, Wolfgang: Wirtschaftsplanung und Bewirtschaftung in der Sowjetischen Besatzungszone – Besonderheiten und Parallelen im Vergleich zum westlichen Besatzungsgebiet, 1945-1949, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 71. Bd., Heft 4/ 1984, S. 485-504.
- Zank, Wolfgang: Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland 1945-1949, München 1987
- Zassenhaus, Herbert: Über die ökonomische Theorie der Planwirtschaft, in: Zeitschrift für Nationalökonomie, Wien, Bd. V, 1934, S. 508- 531.

- Zentrale Staatliche Inspektion für Investitionen der Staatlichen Plankommission:
Hinweise für die Vorbereitung und staatliche Begutachtung von Investitionen, 2. Aufl., Berlin 1987
- Zentralverordnungsblatt der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Berlin 1947, 48, 49.
- Ziegler, Hans: Risiko und Wirtschaftsordnungen – Ein Systemvergleich, unv. Diss., Freiburg 1957.
- Zlabinger, Albert H.: Ludwig von Mises (* 1881 in Lemberg (Galizien), † 1973 in New York), in: Harald Hagemann und Claus-Dieter Krohn (Hrsg.), Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Bd. 2, München 1999, S. 450-452.
- Zschaler, Frank: Die vergessene Währungsreform. Vorgeschichte, Durchführung und Ergebnisse der Geldumstellung in der SBZ 1948, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 2/1997, S. 191-223.
- Zuckerlandl, Robert: Preis (Theorie), in: Johannes Conrad u. a. (Hrsg.), Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 3. Aufl., 6. Bd., 1910, S. 1137 f.
- Zwoch, Gerhard: Karl Kautsky (1854-1938), in: HdSW, 5. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1956, S. 603 f.